



Donau-Universität Krems

Department für Migration und Globalisierung

Österreichische Migrationspolitik: Vision und Entwicklung eines Migrations-Monitoring-Systems

Gudrun Biffl

Johannes Berger, Nikolaus Graf, Thomas Pfeffer, Ulrich Schuh
Isabella Skrivanek, Ludwig Strohner

Dezember 2016

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres

Donau-Universität Krems

Department für Migration und Globalisierung

Österreichische Migrationspolitik: Vision und Entwicklung eines Migrations-Monitoring-Systems

Gudrun Biffi

Johannes Berger, Nikolaus Graf, Thomas Pfeffer, Ulrich Schuh

Isabella Skrivanek, Ludwig Strohner

Schriftenreihe Migration und Globalisierung

Dezember 2016

Projektleitung: Gudrun Biffi

Wissenschaftliche Mitarbeit DUK: Thomas Pfeffer, Isabella Skrivanek

Wissenschaftliche Mitarbeit EcoAustria: Johannes Berger, Nikolaus Graf, Ulrich Schuh, Ludwig Strohner

Dieser Bericht wurde vom Department für Migration und Globalisierung der Donau-Universität Krems und von EcoAustria im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Inneres erstellt.

Die in der Publikation geäußerten Ansichten liegen in der Verantwortung der Autor/inn/en und geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums für Inneres, der Donau-Universität Krems oder von EcoAustria wieder.

© Edition Donau-Universität Krems, Department für Migration und Globalisierung

ISBN: 978-3-903150-06-5

DUK-interne Projektnummer: 281234848

Zitierweise: Gudrun Biffi Johannes Berger, Nikolaus Graf, Thomas Pfeffer, Ulrich Schuh, Isabella Skrivanek, Ludwig Strohner (2016) Österreichische Migrationspolitik: Vision und Entwicklung eines Migrations-Monitoring-Systems. Bericht des Departments Migration und Globalisierung und von EcoAustria im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Inneres. Schriftenreihe Migration und Globalisierung, Krems (Edition Donau-Universität Krems).

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	5
Abbildungsverzeichnis.....	9
Tabellenverzeichnis.....	14
Abkürzungsverzeichnis.....	15
Zum Geleit.....	17
Danksagung.....	18
Hauptaussagen.....	19
Executive Summary.....	21
1 Einleitung.....	25
2 Rahmenbedingungen der österreichischen Migrationspolitik.....	30
2.1 Typologisierung der Migrationen.....	31
2.2 Migrationspolitik und Migrationsrecht.....	33
2.2.1 Modelle der Migrationspolitik.....	33
2.2.2 Personenfreizügigkeit innerhalb der EU.....	34
2.2.3 Die Entwicklung der EU Migrations- und Asylpolitik.....	36
2.2.4 Gesamtansatz für Migration und Mobilität (GAMM).....	38
2.2.5 Europäische Nachbarschaftspolitik.....	40
2.2.6 Bilaterale Dialoge.....	41
2.2.7 Regionale Dialoge.....	41
2.2.8 Weitere Initiativen und Maßnahmen.....	42
2.2.9 Rahmenbedingungen in Österreich (Gesetze, Zuständigkeiten).....	43
2.3 Migration im internationalen Vergleich.....	44
2.3.1 Migrationsströme im globalen Vergleich.....	44
2.3.2 Wanderungsmuster im globalen Vergleich.....	46
2.3.3 Bilaterale Migrationskorridore.....	47
2.3.4 Daten der OECD zu dauerhafter und temporärer Migration.....	51
2.3.5 Daten des UNHCR zu Flucht und Asyl.....	54
2.4 Migration in Österreich.....	59
2.4.1 MigrantInnen in Österreich nach Migrationstyp.....	59
2.4.2 Migrationen in Österreich nach Herkunftsregionen.....	63
2.4.3 Migration in Österreich nach Alter und Qualifikation im Vergleich.....	70
2.4.4 Zusammenfassung zum Status Quo der Migrationen in Österreich.....	73
3 Wirtschaftliche Dynamik und Zuwanderung.....	75
3.1 Literaturüberblick zur Rolle der wirtschaftlichen Einflussgrößen für Migrationen.....	75
3.1.1 BIP pro Kopf.....	76
3.1.2 Wohlfahrtssystem.....	77

3.1.3	Direktinvestitionen und Handel	78
3.1.4	Institutionelle Faktoren.....	80
3.1.5	Zusammenfassung	80
3.2	Status quo der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Migrationen in Österreich	80
3.2.1	Zur Rolle der Wertschöpfung im Vergleich zum Ausland.....	81
3.2.2	Wohlstandsdifferenziale unter Berücksichtigung der Kaufkraft.....	86
3.2.3	Unterschiede in der Arbeitsmarktlage als Anreiz für Migration.....	90
3.3	Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Kontext des Außenhandels.....	92
3.3.1	Aktive Direktinvestitionen aus Österreich im Ausland als Indikator der wirtschaftlichen Verflechtung.....	92
3.3.2	Passive Auslandsinvestitionen nach Österreich aus dem Ausland als Indikator der wirtschaftlichen Verflechtung	97
3.3.3	Beschäftigte in FDI-Unternehmen im Ausland	97
3.3.4	Exporte aus Österreich in das Ausland.....	99
3.3.5	Importe nach Österreich aus dem Ausland.....	104
3.3.6	Wertschöpfungsketten: Aktive Vorleistungen österreichischer Produzenten im Ausland	108
3.3.7	Wertschöpfungsketten: Passive Vorleistungen österreichischer Produzenten aus dem Ausland	110
4	Bildung und Arbeitsmarkt und die Rolle der Migrationen	113
4.1	Demografische Entwicklung	113
4.2	Qualifikationsbedarf	115
4.3	Bestand an qualifizierten/hochqualifizierten Arbeitskräften in Österreich	116
4.3.1	Bildungsstruktur der Bevölkerung und Erwerbstätigen	117
4.3.2	Arbeitsmarktstrukturen	121
4.3.3	Einflussfaktoren auf die Bildungsstruktur der MigrantInnen und ihre Dynamik.....	129
4.3.4	Dynamik der Bildungsstruktur im OECD-Vergleich.....	130
4.3.5	Implikationen für die wirtschafts- und innovationspolitische Ausrichtung.....	133
4.3.6	Implikationen für die Migrationspolitik.....	134
4.4	Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen in Herkunftsländern von MigrantInnen	134
4.4.1	Balkan.....	138
4.4.2	Osteuropa, Zentralasien, Kaukasus	140
4.4.3	Nordafrika	141
4.4.4	Naher-Mittlerer Osten	143
4.4.5	Afrika	147
4.4.6	Asien (Wirtschaft): China und Indien	148
4.4.7	Schlussfolgerung	149
4.5	Indikatoren-Set: Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen und deren Dynamik im Vergleich	150
4.6	Internationale Studierende in Österreich und ihre Rolle im Migrationssystem.....	151
4.6.1	Ausländische Studierende an österreichischen Hochschulen	151
4.6.2	Ausländische AbsolventInnen österreichischer Hochschulen	154
5	Einflussfaktoren auf Migration.....	156
5.1	Wirtschaftspolitische Einflussfaktoren auf Migration	156
5.1.1	Produktmarktregulierung.....	156

5.1.2	Arbeitsmarktregulierung.....	158
5.2	Sozio-demographische Einflussfaktoren auf Migrationen.....	160
5.2.1	Bevölkerungsgröße und Anteil der Jugendlichen.....	160
5.2.2	Sozio-ökonomische Ungleichgewichte anhand des Gini-Koeffizienten.....	162
5.2.3	Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung.....	164
5.2.4	Bevölkerungsdichte.....	166
5.2.5	Gesundheitszustand der Bevölkerung.....	167
6	Unterschiedliche Kulturen und Migrationspolitik.....	168
6.1	Hofstedes Modell des Kulturvergleichs.....	169
6.1.1	Die Entwicklung von Hofstedes Modell zum länderspezifischen Kulturvergleich.....	169
6.1.2	Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit Hofstede's Kulturmodells in der Migrationspolitik.....	172
6.2	Andere Modelle des Kulturvergleichs.....	174
6.2.1	GLOBE (Global Leadership and Organizational Behavior Effectiveness).....	174
6.2.2	Edward Hall und interkulturelle Kommunikation.....	175
6.2.3	Die Theorie der gesellschaftlichen Werte von Schwartz.....	176
6.3	Andere Formen des Ländervergleichs und die Position Österreichs.....	177
7	Indikatoren-Set für die wirtschaftliche Performanz und die soziale Verantwortung.....	180
7.1	Zukunftsperspektiven für die österreichische Wirtschaft und die Rolle der Migrationen.....	180
7.1.1	Wirtschaftliche Entwicklung.....	180
7.1.2	Sozio-ökonomische Entwicklung.....	182
7.1.3	Handel.....	183
7.1.4	Unsicherheiten und Risiken der Zukunftsperspektiven.....	186
7.1.5	Perspektiven für die Migrationen in Österreich.....	189
7.2	Österreichs Positionierung im Rahmen von Scoreboards.....	201
7.2.1	Solide wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.....	202
7.2.2	Wettbewerbsfaktoren in Einklang mit Wirtschaftskraft.....	202
7.2.3	Arbeitsmarktpformance im Spitzenfeld.....	203
7.2.4	Ein vorbildlicher Sozialstaat.....	204
7.2.5	Der Staatshaushalt erreicht die Grenzen der Belastbarkeit.....	204
7.2.6	Österreich im Mittelfeld der Innovationskraft.....	204
8	Visionen und Zielsetzungen einer österreichischen Migrationspolitik.....	207
8.1	Offene Fragen.....	207
8.1.1	Technologische Wende oder industrielle Revolution.....	207
8.1.2	Wohin führt uns diese dritte industrielle Revolution?.....	209
8.2	Mögliche Antworten und Vorschläge für politische Weichenstellungen.....	212
8.2.1	Meinung der ExpertInnen zur Migrationspolitik in Österreich.....	212
8.2.2	Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung: Implikationen für eine abgestimmte Migrationspolitik.....	217
8.2.3	Überlegungen zu einem Migration Scoreboard.....	222
8.3	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	228
9	Literatur.....	235
10	Appendix.....	245

10.1	Abbildungen aus Kapitel 4	248
10.2	Indikatorenset als Monitoringinstrument	251
10.2.1	Andere Datenquellen zur Ergänzung der ILO Key Indicators of the Labour Market.....	267
10.3	ExpertInnenrunden Migrationspolitik	275
10.3.1	Liste der GesprächsteilnehmerInnen	275
10.3.2	Gesprächsleitfaden.....	275

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Migrationspolitik in Wechselbeziehung mit unterschiedlichen Einflussfaktoren und Politiken	20
Abbildung 2: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs, 2 Szenarien.....	20
Abbildung 3: Migrationsmodelle anhand der Ersten Generation MigrantInnen (foreign born) in % der Bevölkerung (2012)	34
Abbildung 4: Globale Migrationsströme zwischen 2005 und 2010.....	45
Abbildung 5: MigrantInnen nach Zielregionen und Herkunftsregionen im globalen Vergleich, 2013	47
Abbildung 6: Die zehn bilateralen Migrationskorridore mit der jeweils größten Zahl internationaler Migran-tInnen pro Jahr für die Zeiträume 2010-2013, 2000-2010 und 1990-2000.....	49
Abbildung 7: Zahl und Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung (15 Jahre und älter) im Vergleich der europäischen OECD-Staaten 2010/11.....	50
Abbildung 8: Zustrom von AusländerInnen mit Niederlassungsrecht 2011 in ausgewählten OECD-Ländern.....	52
Abbildung 9: Temporäre Migration 2011 in ausgewählten OECD-Ländern	52
Abbildung 10: Vertriebene Personen weltweit 2014 (in Millionen).....	56
Abbildung 11: Flüchtlinge, die 10 wichtigsten Herkunftsländer 2014.....	56
Abbildung 12: Anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (ohne Asylwerber in laufenden Verfahren); die 10 wichtigsten Aufnahmeländer 2014 im Vergleich zu den EU-28 (total) und wichtigen Industrieländern.....	57
Abbildung 13: Asylanträge, die 10 wichtigsten Zielländer 2014 für neu eingereichte Anträge im Vergleich zu den EU-28 (total) und zu wichtigen Industrienationen	57
Abbildung 14: Zahl der Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner, die 10 wichtigsten Aufnahmeländer 2014 im Vergleich zum EU-28-Durchschnitt und zu wichtigen Industrieländern.....	58
Abbildung 15: Zahl der Flüchtlinge je US\$ des Pro-Kopf-BIP, die 10 ärmsten Aufnahmeländer im Vergleich zum EU-28 Durchschnitt und zu wichtigen Industrieländern.....	58
Abbildung 16: Zahl der Flüchtlinge pro km ² , die 10 am dichtesten mit Flüchtlingen besiedelten Aufnahmeländer 2014 im Vergleich mit dem EU-28 Durchschnitt und mit wichtigen Industrieländern	59
Abbildung 17: Zustrom von AusländerInnen nach Österreich mit dauerhaftem Niederlassungsrecht, 2011.....	60
Abbildung 18: Temporäre Migration in Österreich, 2011	60
Abbildung 19: Asylansuchen in Österreich 1983-2014.....	61
Abbildung 20: Die 25 wichtigsten Herkunftsländer für Asylansuchen in Österreich im Durchschnitt 2004-13, sowie 2014 ...	61
Abbildung 21: Zusammenschau ausländische Bevölkerung in Österreich nach Aufenthaltsstatus, 1.1.2014.....	62
Abbildung 22: Bestand der im Ausland geborenen Bevölkerung nach Geburtsland, Österreich 2012, Top 25, absolut, sowie in % der Bevölkerung des Herkunftslandes	69
Abbildung 23: Zustrom an im Ausland geborener Bevölkerung nach Geburtsland, Österreich im Durchschnitt 2005 bis 2011, Top 25.....	69
Abbildung 24: Altersstruktur der Bevölkerung (15 Jahre und älter) nach Geburtsland, Anteil der 25-64jährigen in %, 2010/11	71
Abbildung 25: Hochqualifizierten bzw. Niedrigqualifizierten nach Geburtsland (im Ausland, im Inland) in ausgewählten europäischen Ländern, 2010/11, Anteile in %.....	72
Abbildung 26: Anteil der 25-34-jährigen Bevölkerung mit Tertiärausbildung 2012 im internationalen Vergleich, in %.....	73
Abbildung 27: BIP pro Kopf in USD in laufenden Preisen, 2011 bis 2013, Europa und Welt	82
Abbildung 28: Verteilung BIP pro Kopf in USD in laufenden Preisen, Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013, Hervorhebung des obersten Dezils	83
Abbildung 29: BIP pro Kopf in USD laufende Preise im Durchschnitt 2011 bis 2013, Quotient als Wert des Landes dividiert durch Österreich	84
Abbildung 30: BIP pro Kopf in USD laufende Preise im Durchschnitt 2011 bis 2013, Darstellung der untersten beiden Dezile	85
Abbildung 31: Veränderung BIP pro Kopf 2011/2013 zu 1995/1997, Top 50	85

Abbildung 32: Gegenüberstellung BIP pro Kopf Niveau im Durchschnitt 1995 bis 1997 (x-Achse) gegenüber Veränderung 2011/2013 zu 1995/1997 (y-Achse).....	86
Abbildung 33: Bruttonationaleinkommen pro Kopf in Kaufkraftparitäten in USD gemäß Weltbank, Durchschnitt 2011 bis 2013, Welt und Europa.....	88
Abbildung 34: Bruttonationaleinkommen (GNI) pro Kopf in USD, laufende Preise im Durchschnitt 2011 bis 2013, Quotient als Wert des Landes dividiert durch Österreich.....	89
Abbildung 35: Gegenüberstellung BIP pro Kopf (x-Achse) und Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparitäten (y-Achse), jeweils pro Kopf in USD, Durchschnitt 2011 bis 2013.....	90
Abbildung 36: Verteilung der Länder nach Höhe der Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit in Prozent des Arbeitsangebots, Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 nach ILO gemäß Weltbank, Darstellung des obersten Quartils.....	91
Abbildung 37: Darstellung der Länder mit höherer Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit nach ILO gemäß Weltbank, Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 relativ zu Österreich (Österreich=1).....	92
Abbildung 38: Gegenüberstellung Vermögensstand aktiver FDI Österreich im Ausland in Mio. USD, im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013, TOP 50 Länder mit höchstem Vermögensstand.....	93
Abbildung 39: Gegenüberstellung Vermögensstand aktiver FDI Österreich im Ausland in Mio. USD, im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1997, TOP 42 Länder mit höchstem Vermögensstand (ab Rang 42 Nullwerte).....	94
Abbildung 40: Veränderung der aktiven FDI Vermögensposition 2011 bis 2013 gegenüber 1995 bis 1997, FDI jeweils in % des österreichischen BIP.....	94
Abbildung 41: Länderranking Veränderung der aktiven FDI Vermögensposition Österreichs im Ausland 2011 bis 2013 gegenüber 1995 bis 1997, FDI jeweils in % des österreichischen BIP.....	95
Abbildung 42: Vermögensstand aktiver FDI Österreich im Ausland in Mio. USD, im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 relativ zum BIP des Ziellandes (TOP 72, danach Nullwerte).....	96
Abbildung 43: Vermögensbestand an passiven FDI (Inward) des Auslands in Österreich in Mio. USD 2011 bis 2013 (TOP 53, danach Nullwerte).....	97
Abbildung 44: Anzahl der Beschäftigten in österreichischen FDI-Unternehmen im Ausland, 1996 bis 2012 gemäß OeNB.....	98
Abbildung 45: Anzahl der Beschäftigten in österreichischen FDI Unternehmen im Ausland im Jahr 2012 gemäß OeNB, Welt, gewichtet nach dem FDI-Anteil.....	99
Abbildung 46: Anzahl der Beschäftigten in österreichischen FDI Unternehmen im Ausland im Jahr 2012 gemäß OeNB, Europa, gewichtet nach dem FDI-Anteil.....	99
Abbildung 47: Gegenüberstellung des Vermögensbestands der aktiven (Outward-)FDI Österreichs im Ausland (x-Achse, Durchschnitt 2010-2012) und der Exporte Österreichs in das Ausland (y-Achse, Durchschnitt 2011-2013), jeweils in Mio. USD.....	101
Abbildung 48: Exporte absolut in Mio. USD im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt.....	101
Abbildung 49: Exporte absolut in Mio. USD im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Europa.....	102
Abbildung 50: Exporte relativ zum BIP des Ziellandes im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt und Europa.....	103
Abbildung 51: Gegenüberstellung der Importvolumen (x-Achse) und Exportvolumen (y-Achse), jeweils im Durchschnitt 2012 und 2013 in Mio. USD, linke Grafik inklusive Deutschland.....	105
Abbildung 52: Reihung der wichtigsten 50 Importländer, Importe nach Österreich in Mio. USD im Durchschnitt der Jahre 2012 und 2013.....	105
Abbildung 53: Importe absolut in Mio. USD im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt und Europa, TOP 100 der wichtigsten Importländer.....	106
Abbildung 54: Importe relativ zum BIP des Herkunftslandes im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt und Europa, TOP 100 der wichtigsten Importländer.....	107
Abbildung 55: Gegenüberstellung der Verwendung von Vorleistungen im Ausland (aus Österreich exportierte Vorleistungen auf der x-Achse) sowie Exportvolumen aus Österreich insgesamt, jeweils 2011 und in Mio. USD.....	109
Abbildung 56: Volumen der Verwendung von österreichischen Vorleistungen im Ausland (exportierte Vorleistungen) im Jahr 2011 auf Basis der WIOD in Mio. USD.....	109
Abbildung 57: Volumen an österreichischen Vorleistungen in das Ausland (Vorleistungsexporte) im Jahr 2011 nach Zielländern und Branchen, Top 25 (exkl. Kategorie ‚Rest of the World‘).....	110

Abbildung 58: Volumen an vom Ausland bereitgestellten Vorleistungen in Österreich (Vorleistungsimporte) im Jahr 2011 auf Basis der WIOD in Mio. USD	111
Abbildung 59: Volumen der vom Ausland bereitgestellten Vorleistungen in Österreich (Vorleistungsimporte) im Jahr 2011 nach Zielländern und Branchen, Top 25 (exkl. Kategorie ‚Rest of the World‘)	112
Abbildung 60: Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2013-2050 laut Hauptszenario.....	114
Abbildung 61: Entwicklung der Geburtenbilanz und des Wanderungssaldos (Hauptszenario), 2013-2050	114
Abbildung 62: Bevölkerungsprognose nach Altersgruppen (Hauptszenario), 2013-2050.....	115
Abbildung 63: Bildungsstand der Bevölkerung (15-64 Jahre) nach Geburtsland und Geschlecht 2011.....	119
Abbildung 64: Bildungsstand der unselbständig Erwerbstätigen (15-64 Jahre) nach Geburtsland und Geschlecht 2011	120
Abbildung 65: Schülerinnen und Schüler der 4. Schulstufe nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und Migrationshintergrund sowie Herkunftsregion, 2010	121
Abbildung 66: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Geschlecht, Geburtsland 2011, in %	124
Abbildung 67: Bildungsstruktur der Bevölkerung (15+) nach Geburtsland (Österreich/Ausland) und Aufenthaltsdauer, Anteile in %.....	132
Abbildung 68: Entwicklung der Anteile ausländischer Studierender an österreichischen Hochschulen nach Sektoren, 1990-2014.....	152
Abbildung 69: Gesamtzahl ordentlicher Studierender und Anteile ausländischer Studierender (%) an öffentlichen Universitäten in Österreich, 1955-2014.....	152
Abbildung 70: Ausländische Studierende an öffentlichen Universitäten, Verschiebungen zwischen den Herkunftsregionen 1990-2013.....	153
Abbildung 71: Anteile ausländischer Studierender nach Herkunftsregionen 2013.....	153
Abbildung 72: Die 25 wichtigsten Herkunftsländer für ausländische Studierende an österreichischen Universitäten 2013, im Vergleich zu 2000.....	154
Abbildung 73: PMR Index der OECD für 2013	157
Abbildung 74: Gegenüberstellung des PMR Index der OECD für 2013 auf der x-Achse und des EFW Index des Frazer Institutes für 2012 auf der y-Achse.....	157
Abbildung 75: Economic Freedom of the World, EFW Index des Frazer Institutes, 2012 Werte	158
Abbildung 76: EPL Index der OECD 2012 Reguläre Standardbeschäftigung.....	159
Abbildung 77: EPL Index der OECD 2012 Zeitlich befristete Beschäftigung	159
Abbildung 78: Gegenüberstellung des EPL Index für reguläre Beschäftigte 2012 (x-Achse) und zeitlich befristete Beschäftigte 2012 (y-Achse)	160
Abbildung 79: Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 14 Jahren im Jahr 2013	161
Abbildung 80: Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 14 Jahren im Jahr 2013 gemäß Weltbank sowie Bevölkerungsanteil	161
Abbildung 81: Anteil der Bevölkerung im Alter von 0 bis 14 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2013 gemäß Weltbank	162
Abbildung 82: Darstellung des GINI Koeffizienten gemäß Weltbank (im Durchschnitt 2003 bis 2013)	163
Abbildung 83: Gegenüberstellung Brutto-Nationaleinkommen (GNI) pro Kopf im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 in USD (x-Achse) und Gini-Koeffizient im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2013 (y-Achse)	164
Abbildung 84: Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013	165
Abbildung 85: Anteil der Landbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 (x-Achse) sowie der Einbindung der Bevölkerung in das Sekundarschulsystem im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 (y-Achse).....	165
Abbildung 86: Darstellung Bevölkerungsdichte Einwohner pro Quadratkilometer und Darstellung der Bevölkerungsgröße gesamt 2013 in Mio. Einwohner, Auswahl der TOP 50 Länder mit höchster Bevölkerungsdichte sowie Reihung nach der Dichte.....	166
Abbildung 87: Länder nach Bevölkerungsdichte, Einwohner pro Quadratkilometer 2013, exkl. ‚Ausreißer‘ der TOP 16 Stadtstaaten mit größter Dichte	167
Abbildung 88: Lebenserwartung bei Geburt im Durchschnitt 2011 bis 2013 gemäß Weltbank	167
Abbildung 89: Die österreichische ‚Kultur‘ in 6 Dimensionen	172

Abbildung 90: Die österreichische Kultur im Vergleich zur deutschen, serbischen und türkischen.....	173
Abbildung 91: Zirkulare Darstellung der 10 universellen Werte menschlicher Gesellschaften.....	177
Abbildung 92: Ländervergleich in den Dimensionen Demokratie, politische Rechte, zivile Rechte, Korruption, ökonomische Freiheit und Human Development Index.....	179
Abbildung 93: Anteil einzelner Länder bzw. Regionen am Welt-BIP im Jahr 2010 und Prognose für 2030	181
Abbildung 94: Anteil einzelner Länder am Welthandel.....	184
Abbildung 95: Anteile am Welthandel im Jahr 2010 und 2030	184
Abbildung 96: Handel innerhalb und zwischen Regionen 2012 und 2060	185
Abbildung 97: Relative Bedeutung verschiedener Regionen in spezifischen Branchen 2010 und 2060, regionaler Anteil am Welthandel	186
Abbildung 98: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität im Zeitraum 2000 bis 2013	188
Abbildung 99: Öffentliche Verschuldungsquote 2007 und 2014.....	189
Abbildung 100: Anteile der Beschäftigten in FDI Unternehmen (horizontal) und der MigrantInnen einzelner Staaten (vertikal).....	195
Abbildung 101: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Beschäftigten in FDI- Unternehmen (EU-Mitgliedsländer)	196
Abbildung 102: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Beschäftigten in FDI- Unternehmen (Staaten außerhalb der EU).....	197
Abbildung 103: Anteil an Vorleistungsimporten (horizontal) und MigrantInnen (vertikal) einzelner Staaten.....	197
Abbildung 104: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Vorleistungsimporte an den gesamten Vorleistungsimporten (EU-Mitgliedsländer)	198
Abbildung 105: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Vorleistungsimporte an den gesamten Vorleistungsimporten (Staaten außerhalb der EU)	198
Abbildung 106: Zusammenhang zwischen der 15-24-jährigen Bevölkerung im Herkunftsland in Mio. (horizontal) und der Zuwanderung nach Österreich (2006-2012, vertikal), für EU-Länder	199
Abbildung 107: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der jungen Bevölkerung (EU-Mitgliedsländer).....	200
Abbildung 108: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der jungen Bevölkerung (Nicht-EU-Mitgliedsländer).....	200
Abbildung 109: Wirtschaftliche Positionierung Österreichs innerhalb der EU-28 anhand unterschiedlicher Indikatoren, Rangreihen von 1-28.....	201
Abbildung 110: Ranking der innovationsgetriebenen Länder, 2013	205
Abbildung 111: Scorecard innovationsgetriebener Länder 2013: Österreich im Vergleich zu Dänemark und dem jeweils Führenden pro Kategorie.....	206
Abbildung 112: Die Innovationsperformanz der EU-Mitgliedsstaaten 2013	206
Abbildung 113: Migration Scoreboard: Durchschnittliche Emigrationsrate und Emigrationsrate von Hochqualifizierten im internationalen Vergleich (2010/2011)	223
Abbildung 114: Durchschnittliche Einwanderungsquote und Anteil der hochqualifizierten MigrantInnen an den AkademikerInnen in % (Bevölkerung 15+): 2010/11	224
Abbildung 115: Durchschnittliche Einwanderungsquote und Anteil der gering qualifizierten MigrantInnen an der gering qualifizierten Bevölkerung (15+) in %: 2010/11.....	225
Abbildung 116: Verknüpfung von Innovation und Migration in einem Scoreboard (Summary Innovation Index Werte aus 2013, Anteil der AkademikerInnen an den MigrantInnen 2010/11).....	227
Abbildung 117: Zuwanderung im Kontext der österreichischen Wirtschafts- und Qualifikationsstruktur	229
Abbildung 118: Migrationspolitik in Wechselbeziehung mit unterschiedlichen Einflussfaktoren und Politiken	230
Abbildung 119: Die Notwendigkeit für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Szenarien.....	231
Abbildung 120: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs, 2 Szenarien	232
Abbildung 121: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs im Szenario 1: „sozial abgefederter Wandel“	233

Abbildung 122: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs im Szenario 2: „innovationsgetriebener Wandel“	234
Abbildung 123: Anteil der unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland nach Branchen und Geschlecht 2011, in %	248
Abbildung 124: Bildungsstruktur der Bevölkerung (15+) nach Geburtsland (Inland/Ausland) und Aufenthaltsdauer 2000/01 im Vergleich mit 2010/11, Anteile in %	249
Abbildung 125: Bildungsstruktur der Bevölkerung (25-64 Jahre) der mittel- und osteuropäischen EU-Länder im Vergleich zu Österreich, 2011, Anteile in %	267
Abbildung 126: Anteil der Bevölkerung (15+ Jahre) nach Bildungsabschluss, EU-Nachbarländer, Anteile in %	268
Abbildung 127: Anteil der Bevölkerung (25+ Jahre) mit Sekundarabschluss, Tertiärabschluss, ohne Schulabschluss in Nordafrika, 2010, Anteile in %	269
Abbildung 128: Anteil der Bevölkerung (25+ Jahre) mit Sekundarabschluss, Tertiärabschluss, ohne Schulabschluss im Nahen/Mittleren Osten, 2010, Anteile in %	269
Abbildung 129: Anteil der Bevölkerung (15+ Jahre) nach Bildungsabschluss in Eurasien/Kaukasus, Anteile in %	270
Abbildung 130: Anteil der Bevölkerung (25+ Jahre) mit Sekundarabschluss, Tertiärabschluss, ohne Schulabschluss in Asien, 2010, Anteile in %	270

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Qualifikationsstruktur der Zuwanderung nach Österreich und der Abwanderung von ÖsterreicherInnen ins Ausland (15+Jährige): 2000 -2010	29
Tabelle 2: Übersicht EU-Mobilitätspartnerschaften und Beteiligungen der 28 EU Mitgliedsstaaten	40
Tabelle 3: Migrationsströme zum Zweck der Niederlassung im Vergleich mit temporärer Zuwanderung (2011)	53
Tabelle 4: Flüchtlinge in Österreich 2014, pro 1.000 Einwohner, je US\$ BIP und pro km ²	62
Tabelle 5: Bevölkerung nach Geburtsland, Bestand sowie Veränderung in % nach Herkunftsregionen, Stichtag jeweils 1. Jänner	63
Tabelle 6: Top-30 Herkunftsländer nach Geburtsland per 1.1.2015, Bestand sowie Veränderung in %, Stichtag jeweils 1. Jänner	68
Tabelle 7: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25-64 Jährigen nach Geburtsland und Jahr der Zuwanderung nach Österreich	73
Tabelle 8: Unselbständig Beschäftigte nach Branchen, Geburtsland, Geschlecht 2011, absolut.....	125
Tabelle 9: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Branchen, Gesamtanteil der im Ausland Geborenen, Anteil der im Ausland Geborenen nach Herkunft an allen im Ausland Geborenen, 2011	126
Tabelle 10: Anteil der unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland in ausgewählten Branchen in %, MÄNNER, 2011	127
Tabelle 11: Anteil der unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland in ausgewählten Branchen in %, FRAUEN, 2011	128
Tabelle 12: Bruttojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen nach Branchen 2011	129
Tabelle 13: Bildungsstruktur der im Ausland geborenen Bevölkerung (15+) ausgewählter OECD-Länder 2000/01 im Vergleich zu 2010/11, Anteile in %	133
Tabelle 14: Potentielle Herkunftsländer nach wirtschaftlichen Indikatoren (EcoAustria).....	136
Tabelle 15: Potentielle Zielregionen österreichischer Migrationspolitik.....	138
Tabelle 16: Neun Dimensionen menschlicher Kulturen und gesellschaftlicher Organisationsformen.....	174
Tabelle 17: 10 Gesellschaftsgruppen mit unterschiedlicher Ausprägung der neun Kulturdimensionen.....	175
Tabelle 18: Regionale Durchschnitte der öffentlichen Sozialausgaben in % des BIP (gewichtet anhand der Bevölkerungsgröße).....	199
Tabelle 19: Bevölkerung mit ausländischem Geburtsland 2002 und 2015 im Vergleich.....	245
Tabelle 20: Erwerbsquote (15-64 Jahre) nach Geschlecht, 2013	251
Tabelle 21: Beschäftigungsstatus insgesamt	253
Tabelle 22: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, 2013	255
Tabelle 23: Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2013	257
Tabelle 24: Jugendarbeitslosigkeit, 2013	259
Tabelle 25: Analphabetenrate nach Geschlecht.....	261
Tabelle 26: Erwerbspersonen nach Bildungsabschluss und Geschlecht.....	263
Tabelle 27: Beschäftigte nach Haushaltskonsum-basierten wirtschaftlichen Klassen	266
Tabelle 28: Beschäftigte (15+ Jahre) nach Wirtschaftsbereichen in der EU-28, Anteile in %.....	271
Tabelle 29: Beschäftigte (15+ Jahre, wenn nicht anders angegeben) nach Wirtschaftsbereichen, Anteile in %	272
Tabelle 30: Erwerbsquoten (15+ Jahre) und Arbeitslosenquoten (15-74 Jahre) in der EU-28, in %.....	273
Tabelle 31: Erwerbsquoten und Arbeitslosenquoten (15+ Jahre, wenn nicht anders angegeben), in %	274

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAMM	Gemeinsame Agenda für Migration und Mobilität (Common Agenda on Migration and Mobility - CAMM)
CELAC	Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Agreements, Instrument der EU Nachbarschaftspolitik
GAMM	Gesamtansatz für Migration und Mobilität - GAMM der EU (seit 2011), davor Gesamtansatz für Migration - GAM der EU (seit 2005)
Gini-Index	statistisches Maß zur Darstellung der Ungleichverteilungen von Einkommen und Vermögen in einzelnen Ländern
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
ENI	Europäisches Nachbarschaftsinstrument
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EU	Europäische Union
EU-2	Länder, die 2009 Mitglied der EU geworden sind: Bulgarien und Rumänien
EU-10	Länder, die 2004 Mitglied der EU geworden sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EASO	Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen
ETF	European Training Foundation
FRONTEX	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
IDP	Intern dislozierte Personen (Internally displaced people)
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
MME	Migration, Mobility and Employment
MP	Mobilitätspartnerschaft
UNHCR	UN Flüchtlingshochkommissariat (Office of the United Nations High Commissioner for Refugees)

Zum Geleit

Migration ist – weltweit – eines der ganz großen Themen unserer Zeit. Obwohl dieses Thema so alt wie die Geschichte der Menschheit und dem Menschensein immanent ist, haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren fundamental geändert. Noch nie zuvor waren Menschen so stark miteinander vernetzt und so mobil wie gerade jetzt in diesem Augenblick. Heutzutage geht es nicht mehr in erster Linie um die Verlagerung des Lebensmittelpunktes von einem Nachbarstaat in den nächsten, sondern vielfach um transkontinentale Migration und oft um Migrationsketten. Diese beiden Faktoren – Mobilität und Kommunikation – haben Migration in einen völlig neuen Kontext gestellt und der positive Umgang dieses alten Phänomens im „neuen Gewand“ benötigt ebenso neuartige und innovative Ansätze.

Migration hat mit Veränderung des eigenen Lebens zu tun. Nicht nur dann, wenn man sich selbst bewegt, sondern auch, weil sich durch den Zuzug neuer Menschen das eigene Umfeld verändert. Auch trägt Migration das Element des „Anders-seins“ in sich und polarisiert daher wie kaum ein anderes. Von umso größerer Bedeutung ist daher die Versachlichung der Debatte und die Einsicht, dass bei dieser hochgradig komplexen und sensiblen Materie simple Antworten und Ansätze, die sorgfältiger und tiefgründiger Überlegungen entbehren, nicht einer seriösen Überprüfung stand halten können.

Am 7. Dezember 2016 hat Prof. Paul Lendvai als Vorsitzender des im April 2014 eingerichteten „Migrationsrats für Österreich“ dessen Bericht an den Bundesminister für Inneres, Mag. Wolfgang Sobotka, übergeben. Dieser Bericht (Migrationsrat für Österreich 2016), der die Grundlage für die Entwicklung einer modernen gesamtstaatlichen Migrationsstrategie darstellt, wird dem Anspruch eines wesentlichen Beitrags zur Sachlichkeit gerecht, indem Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Verstrebungen mit nahezu sämtlichen Bereichen des Staates und der Gesellschaft sichtbar gemacht und aufgezeigt werden.

Doch dies wäre ohne ein profundes und solides Tatsachenfundament nicht möglich gewesen. Einen wesentlichen Beitrag zu diesem vom unabhängigen Gremium des Migrationsrats erarbeiteten Fundament hat die vorliegende, unter der Leitung von Frau Univ.-Prof. Dr. Gudrun Biffl erstellte Studie der Donau-Universität Krems, Department für Migration und Globalisierung, geleistet. Der „Migrationsrat für Österreich“ verfügte mit dieser Studie über ein umfassendes Kompendium, das zahlreiche Faktoren aufzeigt, die sowohl auf die Migrationsphänomene wirken als auch von diesen beeinflusst werden. Der wirtschaftliche Aspekt findet in ihr ebenso Beachtung wie Finanzierungs-, Demographie-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- oder soziale sowie auch kulturelle Fragen. Die österreichische Positionierung im internationalen Vergleich mit migrationsrelevanten Staaten wird im eigens entwickelten „Migration Scoreboard“ besonders deutlich.

Jedem, der hinter die Kulissen des (leider allzu oft bloß oberflächlich) vieldiskutierten Themas Migration blicken und Zusammenhänge erkennen und verstehen möchte, sei daher die Lektüre dieser tiefgründigen Publikation eindringlich empfohlen. Ich bin davon überzeugt, dass diese für die Entwicklung einer gesamtstaatlichen Migrationsstrategie wertvolle Impulse gesetzt hat.

Wien, im Dezember 2016

Mag. Peter Webinger

Leiter der Gruppe III/B (Asyl, Migration, Staatsbürgerschaft, Personenstand, Menschenrechte)
im Bundesministerium für Inneres

Danksagung

Die vorliegende Studie wurde im Jahr 2015 vom Forschungsteam des Departments Migration und Globalisierung der Donau Universität Krems in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsforschern von EcoAustria erstellt. Aufgabe der Studie war die Entwicklung einer Vision für eine nachhaltige Migrationspolitik, die einen Beitrag zum Erhalt des Sozialen Friedens in Österreich leisten kann. Wie schon in den vorangegangenen Worten zum Geleit dargestellt, sind die im vorliegenden Dokument enthaltenen Forschungserkenntnisse in den 2016 erschienen Bericht des Migrationsrates für Österreich, einem unabhängigen Beratungsgremium des Bundesministeriums, eingeflossen (Migrationsrat für Österreich 2016).

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich bei den vielen Personen bedanken, die uns bei der Erarbeitung dieses Berichts unterstützt haben, besonders bei den vielen ExpertInnen, mit denen wir im Zuge unserer Recherchen ausführliche Gespräche führen konnten, bei den Kollegen von EcoAustria für die gute Zusammenarbeit und nicht zuletzt bei unserem Fördergeber, ohne dessen Unterstützung diese Studie nicht zustande gekommen wäre.

Krems, im Dezember 2016

Gudrun Biffli

Leiterin des Departments Migration und Globalisierung
Donau-Universität Krems

Hauptaussagen

Migrationen stehen in komplexen Wechselbeziehungen mit den verschiedensten Einflussfaktoren, sowohl in den Herkunftsregionen als auch in den Zielregionen.

Migrationspolitik kann nur als ein wesentlicher Teilaspekt eines Gesamtkonzeptes der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wachstumspolitik erfasst werden und ist ihrem Wesen nach eine Querschnittsmaterie.

Migrationen in Österreich ergänzen das Qualifikationsspektrum der österreichischen Arbeitskräfte in allen Qualifikationssegmenten: 33% der Zuwanderer sind Hilfs- und Anlernarbeiter, 48% sind Fachkräfte und 19% sind AkademikerInnen. Ein Blick auf die absoluten Arbeitskräftezahlen verdeutlicht die starke Konzentration der ÖsterreicherInnen auf die mittlere und höhere Fachqualifikation: 25% aller Hilfs- und Anlernarbeiter, 15% aller mittleren Fachkräfte und 21% aller AkademikerInnen sind MigrantInnen.

Migrationspolitik zielt auf den Erhalt der wirtschaftlichen Leistungs- und Innovationskraft Österreichs ab und leistet damit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt.

Migrationspolitik hat aber auch humanitäre Ziele, die im Einklang mit internationalen Prinzipien stehen.

Die österreichische Migrationspolitik sucht die Abstimmung mit der Integrationspolitik, um ein gedeihliches Zusammenleben und die Sicherheit innerhalb Österreichs sicherzustellen.

Die österreichische Migrationspolitik ist von den korporatistischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsstrukturen geprägt, die den Ausgleich von Interessen in den Vordergrund stellen.

Die österreichische Migrationspolitik muss (auch künftig) auf den Wandel nationaler und internationaler Rahmenbedingungen zu reagieren imstande sein, indem Migrationen so eingesetzt werden, dass sie den wirtschaftlichen Strukturwandel sozial abfedern.

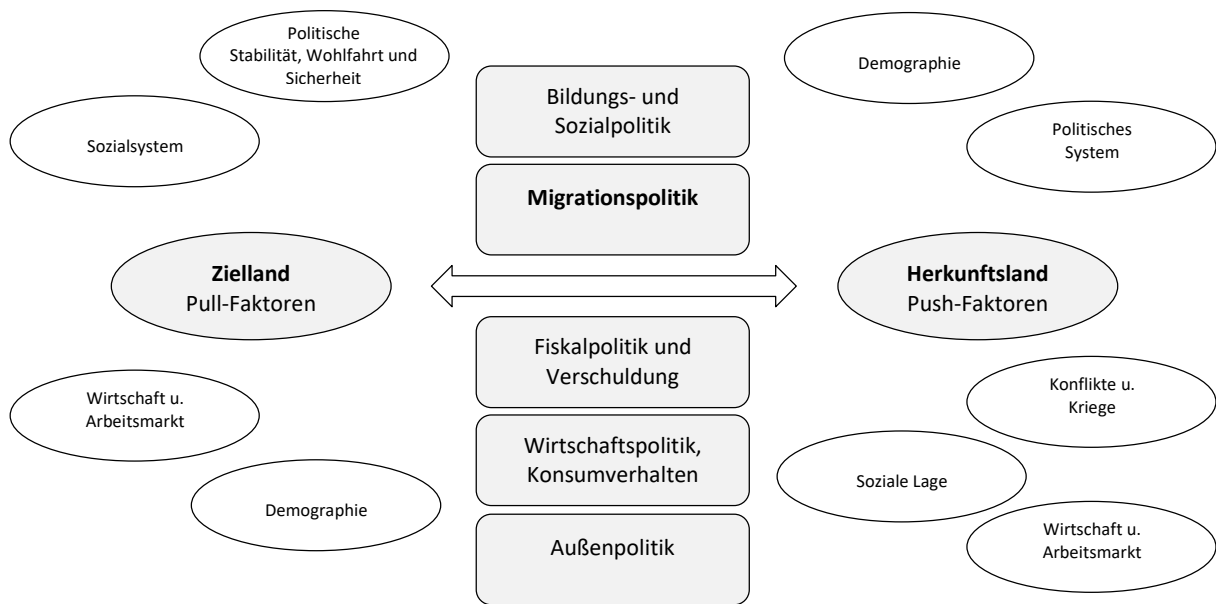
Angesichts der gegenwärtigen revolutionären technologischen Veränderungen (Industrie 4.0, Internet der Dinge, 3D-Drucker, dezentrale Energieerzeugung) braucht es zur nachhaltigen Sicherung der Wohlfahrt und Lebensqualität in Österreich eine Vision der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung.

Zwei Szenarien bzw. Visionen werden entworfen, in denen der Migrationspolitik eine wichtige Rolle zukommt:

Szenario 1 steht für einen sozial abgefederten wirtschaftlichen Strukturwandel, der von einer regionalen Erweiterung des Wirtschaftsraums entlang derzeitiger Wertschöpfungsketten geprägt ist und der von einer Internationalisierung der dualen Ausbildung unterstützt wird. Migrationen würden hier vorwiegend mittlere Fachkräfte betreffen und zirkulärer Natur sein.

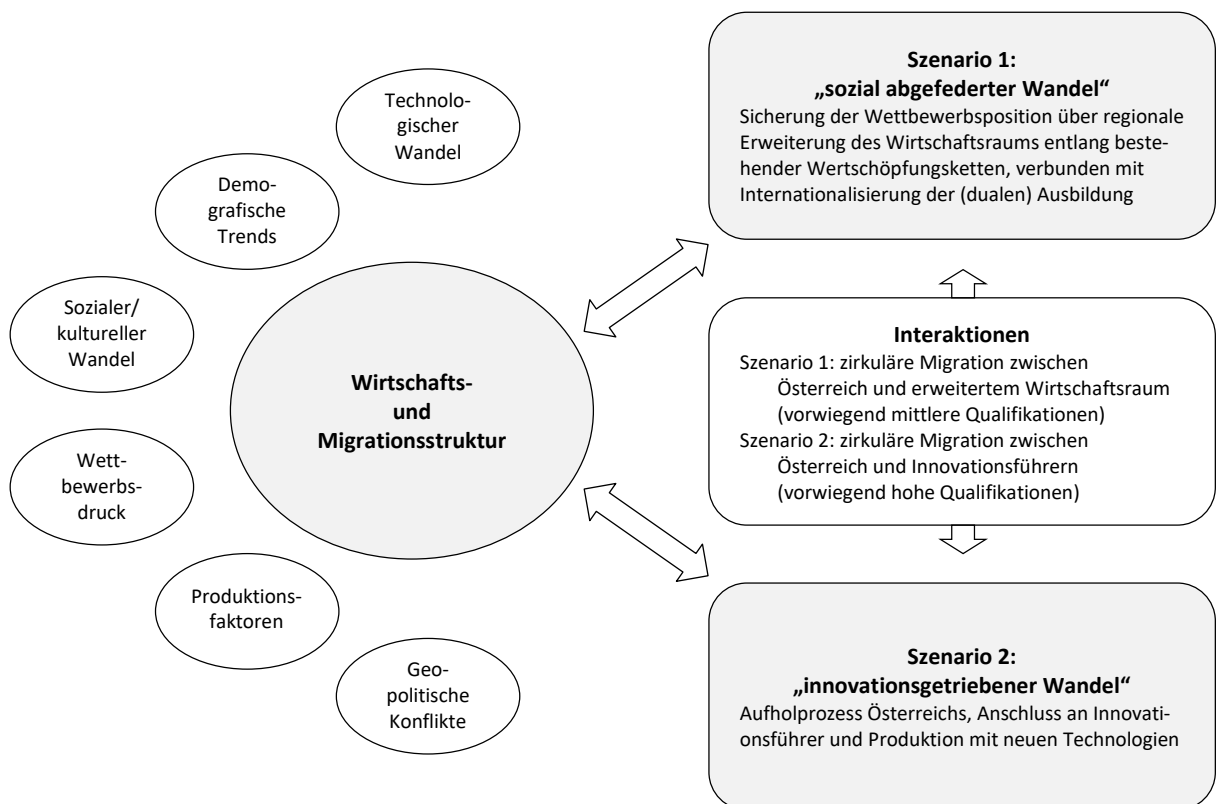
Szenario 2 verfolgt das Ziel, an die Länder, die Technologie- und Innovationsführer sind und an die Österreich derzeit hochqualifizierte Arbeitskräfte verliert, aufzuschließen (Catching-up process). Die Innovationsstrategie trägt zur inhaltlichen Ausweitung der Wertschöpfungskette bei, verbunden mit einer Flexibilisierung, Technisierung und Dezentralisierung der Produktion im Sinne von ‚Industrie 4.0‘. Migrationen sind von einer hohen Mobilität hochqualifizierter Arbeitskräfte geprägt, von Einbindung in Forschungsnetzwerke und Wissenschaftsaustausch.

Abbildung 1: Migrationspolitik in Wechselbeziehung mit unterschiedlichen Einflussfaktoren und Politiken



Migrationsbeziehungen zwischen Ziel- und Herkunftsland sind komplex und nur ansatzweise steuerbar

Abbildung 2: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs, 2 Szenarien



Executive Summary

Migrationen sind in ein wirtschaftliches und gesellschaftliches System eingebettet. Viele unterschiedliche Faktoren wirken auf Migrationen ein und werden im Gegenzug von Migrationen beeinflusst. Demographische Strukturen wie die Alterung der Bevölkerung sowie wirtschaftliche Faktoren wirken in komplexer Weise auf migrationspolitische Entscheidungen. Dabei spielt die Finanzierbarkeit des Sozialsystems ebenso eine Rolle wie der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Auch die Fähigkeit des Bildungssystems, die Jugend ebenso wie die Erwachsenen mit den Qualifikationen auszustatten, die die Wirtschaft und Gesellschaft für den Erhalt des Wohlstands braucht, steht in einer Wechselwirkung mit Migrationen. Einerseits sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund so auszubilden, dass sie sich entfalten können und ihre Potenziale ausschöpfen können – zu ihrem Wohl und dem der Gesellschaft, andererseits braucht es Zuwanderer, die Qualifikationen haben, die in Österreich zu knapp sind, was die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums gefährdet.

Die wirtschaftlichen und bildungspolitischen Pull-Faktoren werden ergänzt um soziale und humanitäre Pull-Faktoren, die sich zum Teil auch aus einer langen Geschichte der Zuwanderung ergeben. Familien- und Kettenwanderung gehören hier ebenso dazu wie die Zuwanderung von Flüchtlingen.

Auch zu berücksichtigen ist, dass enge Wirtschaftsbeziehungen Migrationsströme zwischen den Handelspartnern begünstigen. Angesichts der starken wirtschaftlichen Vernetzung Österreichs mit der EU mag es daher nicht überraschen, dass von den 1,5 Millionen Zuwanderern im Jänner 2015 (Personen, die im Ausland geboren wurden, d.h. MigrantInnen der ersten Generation) 46% aus der EU-28 kamen und 53% aus Drittstaaten. Unter den Drittstaaten nehmen europäische Drittstaaten (inklusive Türkei) mit 38% aller MigrantInnen der ersten Generation den ersten Platz ein (10,8% aller MigrantInnen kommen aus der Türkei), gefolgt von Asien (10%), Afrika (3%) und Amerika (2,3%).

Die Zuwanderung aus Asien gewann vor allem seit 2010 an Dynamik, wobei allerdings neben den stärkeren Handelsvernetzungen, insbesondere mit China und Indien, auch die Fluchtmigration aus Afghanistan, Irak, Iran und Syrien eine bedeutende Rolle spielt. Österreich konnte aber auch nennenswerte Wirtschaftsbeziehungen mit einzelnen Regionen Afrikas etablieren, vor allem den nordafrikanischen Mittelmeerländern sowie Nigeria, Ghana und Elfenbeinküste. Auch mit diesen Ländern gewann die Migration infolge an Bedeutung, die allerdings auch um Fluchtmigration, insbesondere aus Somalia, ergänzt wurde.

Den Pull-Faktoren in Österreich stehen somit auch Push-Faktoren im Herkunftsland gegenüber. Zu letzteren zählen neben politischen, wirtschaftlichen und klimabedingten Krisen auch eine große Bevölkerungsdichte, insbesondere ein hoher Anteil von arbeitslosen Jugendlichen. Auch die Durchlässigkeit der Sozialhierarchie, also die soziale Mobilität von gut ausgebildeten und hoch motivierten Menschen aus unteren Sozialschichten, im Herkunftsland in Relation zum Zielland spielt eine wichtige Rolle. Ausschlaggebend für die Abwanderung sind letztendlich aber die Migrationskosten, die von der geographischen Nähe und von sozialen Netzwerken ebenso abhängen wie von dem erwarteten Einkommen im Zielland. Bei hohen Migrationskosten kann der Fall eintreten, dass sehr arme Menschen bzw. sehr arme Länder ein großes Migrationspotenzial haben, die hohen Migrationskosten aber einer effektiven Abwanderung im Wege stehen.

Auch knappe staatliche Ressourcen und eine hohe Staatsschuldenquote spielen bei Migrationsentscheidungen eine Rolle, indem sie staatliche Investitionen in Technologie und Infrastruktur einschränken. Das kann die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften begünstigen, die sich anderswo Karrierechancen im Hochqualifikationssegment im Innovationsbereich ausrechnen.

Aus dem Gesagten geht hervor, dass die Migrationspolitik eine Querschnittsmaterie ist, die in vielen Politikfeldern zu berücksichtigen ist. Migrationspolitik zielt prioritär auf den Erhalt der wirtschaftlichen Leistungs- und Innovationskraft Österreichs ab und leistet damit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt. Sie ist aber auch ihrer Natur nach eine internationale Politik, die stets wirtschaftliche, politische, kulturelle und strategische Beziehungen zwischen Österreich und den Herkunftsländern zu berücksichtigen hat. Der Brückenschlag zu den Herkunftsländern von MigrantInnen erleichtert auch die Integration von MigrantInnen in Österreich und ist einer zirkulären Migration förderlich.

Der Bildungsgrad der MigrantInnen in Österreich ist je nach Herkunftsregion sehr unterschiedlich. Unter der Bevölkerung mit EU-14 Hintergrund haben nur 16% der Männer und 17% der Frauen eine niedrige Qualifikation (gegenüber 17% der einheimischen Männer und 24% der einheimischen Frauen), mehr als die Hälfte hat einen mittleren Bildungsabschluss und deutlich mehr als die Einheimischen haben einen tertiären Abschluss, nämlich 31% der Männer (gegenüber 12% der einheimischen Männer) und 27% der Frauen (gegenüber 14% der einheimischen Frauen). Ihre Qualifikationsstruktur ist somit deutlich besser als die der in Österreich geborenen Bevölkerung.

Die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit EU-12 Hintergrund liegt zwischen jener der Einheimischen und der mit EU-14 Migrationshintergrund. Von den EU-12 BürgerInnen haben im Vergleich zu den in Österreich Geborenen mehr eine niedrige (24% der Männer und 28% der Frauen) bzw. hohe Qualifikation (18% der Männer und Frauen) und weniger eine mittlere Qualifikation.

Bei den Drittstaatsangehörigen ist die Qualifikationsstruktur je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich. Die Bevölkerung ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft hat vergleichsweise häufig eine formal geringe Qualifikation, nur wenige haben eine hohe Qualifikation. Im mittleren Qualifikationsbereich unterscheidet sich der Anteil bei den Männern ex-jugoslawischer Herkunft nicht stark von jenen mit EU-14 bzw. EU-12 Hintergrund, bei den Frauen ex-jugoslawischer Herkunft sowie bei den Männern und Frauen türkischer Herkunft ist der Abstand deutlich größer. Im Schnitt hatten 39% aller Drittstaatsangehörigen maximal Pflichtschulabschluss und 14% waren AkademikerInnen.

In der Studie wird ein Migration Scoreboard konzipiert, das auf einen Blick die österreichische Positionierung in einem internationalen Umfeld von Ländern aufzeigt, die entweder Geberländer oder Aufnahmeländer von MigrantInnen sind. Besonders wichtig für wirtschafts- und migrationspolitische Entscheidungen bzw. Strategien ist es herauszufinden, in welchem Maße Migrationen einen Nettowachstum an qualifizierten bzw. unqualifizierten Arbeitskräften zur Folge haben. Daraus ergeben sich Konsequenzen für das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial, insbesondere aber die technologischen Produktionsmöglichkeiten.

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass viele Länder eine geringe allgemeine Auswanderungsquote haben, dass es zwischen diesen Ländern aber zum Teil sehr große Unterschiede in der Abwanderungsquote von hochqualifizierten Personen gibt. So haben etwa Japan, die USA, Russland, China, Kanada, Australien und die Türkei eine geringe durchschnittliche Abwanderungsrate und gleichzeitig auch eine geringe Emigrationsrate von AkademikerInnen. Im Gegenzug gibt es Länder, die eine hohe Abwanderungswahrscheinlichkeit der Bevölkerung mit einfachen Qualifikationen haben und eine geringe von hochqualifizierten Personen, so etwa Mexiko. Weiters gibt es Länder, die sowohl eine hohe durchschnittliche Auswanderungsquote als auch eine hohe Emigrationsrate von AkademikerInnen haben. Dazu zählen die neuen EU-MS in Zentral-Osteuropa ebenso wie Portugal. Österreich hat eine vergleichsweise geringe Abwanderungsquote von 5,5%, dafür aber eine mehr als doppelt so hohe Emigrationsrate von AkademikerInnen. Damit steht Österreich schlechter da als ähnlich hoch entwickelte EU-Länder wie Frankreich oder die nordischen Länder (zwischen 5 und 8%).

Österreich ist im Vergleich zu anderen hochentwickelten Industrieländern nicht sehr attraktiv für hochqualifizierte MigrantInnen. So lag Österreich mit einem Migrationsanteil an der Bevölkerung von 18% im Jahr 2010/11 zwar im oberen Mittelfeld der Aufnahmeländer, der Anteil der MigrantInnen an den AkademikerInnen lag mit 20,8% zwar darüber, aber nicht so hoch wie in anderen Einwanderungsländern. In Europa sind vor allem Großbritannien, Irland, die Schweiz und Luxemburg in der Lage, hochqualifizierte MigrantInnen anzulocken. In der Folge haben in Luxemburg 54% aller AkademikerInnen einen Migrationshintergrund, in der Schweiz 32%, in Irland 26% und in Großbritannien 23%. In Übersee hat vor allem Australien einen hohen Migrationsanteil unter den AkademikerInnen (38,7%), gefolgt von Neuseeland (37,8%) und Kanada (29,6%).

In Österreich befriedigen MigrantInnen in stärkerem Maße den Bedarf an Qualifikationen im unteren Qualifikationssegment. In der Folge waren im Jahr 2010/11 ein Viertel aller Personen mit maximal Pflichtschulabschluss MigrantInnen, aber nur 15% der Bevölkerung mit mittlerer Qualifikation.

Für die Nachhaltigkeit der österreichischen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die in hohem Maße den Wohlstand in Österreich beeinflusst, ist die Positionierung in zukunftsorientierten Bereichen wichtig. Dazu zählt die Innovationsfähigkeit Österreichs, die in Hinblick auf die Implementierung von und Anpassung an die revolutionären technologischen Veränderungen (Industrie 4.0, Internet der Dinge, 3D-Drucker, smart grid) auf die Probe gestellt wird. Dem Innovation-Scoreboard der EU 2014 zufolge lag Österreich im Jahr 2014 an neunter Stelle in der EU-28, d.h. Österreich ist ein guter ‚Innovation Follower‘, hat aber (noch) nicht die Voraussetzungen geschaffen, an die Innovationsführerschaft anzuschließen. Verantwortlich dafür ist einerseits die vergleichsweise langsame Ausweitung der universitären Ausbildung der Bevölkerung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, die vergleichsweise schwache Ausstattung und Nutzung von modernen Breitbandtechnologien, sowie geringe Risikokapitalinvestitionen.

Gleichzeitig ergibt sich aus der Alterung der Gesellschaft ein Druck auf die Finanzierung des Bildungs- und Sozialsystems, dem angesichts der im internationalen Vergleich hohen Staatsverschuldung nur mit Reformen sowie einer strategischen Neupositionierung der Wirtschaft begegnet werden kann. Der Migrationspolitik kann in dem Zusammenhang eine Schlüsselfunktion zukommen, einerseits als Instrument zur Abschwächung der Alterungsdynamik, andererseits zur Ausweitung des Qualifikationspotenzials der Gesellschaft

Es bieten sich zwei Szenarien für die strategische Neuausrichtung an: ein kurz- bis mittelfristiges Wachstums- und Beschäftigungskonzept, das sozial abgefedert ist, sowie ein langfristig ausgerichtetes Szenario, für das allerdings schon kurz- und mittelfristig Weichen gestellt werden müssen, die erst längerfristig ihre Wirkung zeigen werden.

In dem ersten Szenario werden die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette räumlich ausgeweitet. Da es in den etwas weiter entfernten Ländern meist einen Mangel an Fachkräften gibt, könnte Österreich über bilaterale Abkommen und mit Unterstützung der Betriebe in Österreich das duale Ausbildungssystem ‚exportieren‘. Die bildungspolitische Ergänzung der Wirtschafts-, Handels- und Investitionspolitik wäre eng mit zirkulärer Migration verbunden, die im Wesentlichen auf das mittlere Qualifikationsprofil der Fachkräfte abzielt.

Das zweite Szenario sieht den Aufbau einer hochqualifizierten Humankapitalstruktur mit dem Ziel vor, Anschluss an die Innovationsführer in Europa und Übersee zu finden. Damit könnten die Wertschöpfungsketten inhaltlich erweitert werden (Robotik, IKT, Software, wissensintensive Dienstleistungen), was den Industriestandort Österreich nachhaltig sichern könnte. Migrationen werden einen Schwerpunkt auf höhere Qualifikationen und Wissensaustausch haben.

1 Einleitung

Die vorliegende Studie ist ein Beitrag zu einem Grundlagenpapier des Migrationsrats für Österreich, der ein unabhängiges und beratendes Gremium des Bundesministeriums für Inneres bei der Entwicklung einer gesamtstaatlichen Migrationspolitik ist. Ziel der Studie ist es, dem „Migrationsrat für Österreich“ Antworten auf die Frage zu liefern, in welchem Maße und auf welche Art die Migrationspolitik dazu beitragen kann, dass Österreich ein sicherer und stabiler Staat bleibt, in dem man in Wohlstand leben kann.

Angesichts dieser Fragestellung wird die Rolle der Migrationspolitik als Teil eines Gesamtkonzeptes für die österreichische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gesehen. Migrationen sind nämlich in ein wirtschaftliches, soziales, technologisches und kulturelles Umfeld eingebettet, das nicht nur einem steten Wandel unterliegt, sondern das sich auch gegenseitig beeinflusst und befruchtet. Daher kann Migrationspolitik nicht zum Selbstzweck werden. Sie ist vielmehr eine Politik unter vielen, die einen Beitrag zum Wohlstand eines Landes und einer Gesellschaft leisten kann. Sie muss sich wie jede andere Politik an geänderte Rahmenbedingungen anpassen, wenn sie einen nachhaltigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum, dem Wohlstand, der Sicherheit und der sozialen Stabilität eines Landes leisten will.

Da die Migrationspolitik das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beeinflusst und durchdringt, ist sie ihrer Natur nach eine Querschnittsmaterie, die nicht von einem Ministerium oder einem politischen Akteur allein zu planen oder umzusetzen ist. Ebenso wenig kann sie die alleinige Antwort auf bestimmte Herausforderungen unserer Gesellschaft liefern. Sie kann allerdings einen Teil der Antwort geben, im Zusammenwirken mit anderen Politiken und Maßnahmen. So kann es etwa sinnvoll sein, in einer Situation der strukturellen Verknappung von bestimmten Qualifikationen verstärkt in die Aus- und Weiterbildung bzw. Umschulung von Einheimischen zu investieren und gleichzeitig Zuwanderung von spezifischen knappen beruflichen Kompetenzen zu organisieren. Damit kann die Migrationspolitik eine wichtige Ergänzung zur Bildungspolitik sein, inflationären Tendenzen, die aus Knappheit entstehen, entgegenwirken und das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage an Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Migrationspolitik ist aber keineswegs als eine ad hoc Politik zu verstehen, die rasch auf Bedürfnisse der Wirtschaft reagiert, sondern als langfristig angelegte und wirkende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die obendrein noch eine humanitäre Dimension aufweist. Eine strategische Migrationspolitik muss nach innen ebenso wie nach außen wirken und kommunizieren. Dazu braucht es Mechanismen und institutionelle Rahmenbedingungen, die von dem Bewusstmachen des Beitrags der Migrationen für das Aufnahmeland ebenso getragen sind wie von der Schaffung von Anreizen für potenzielle Zuwandernde. Beide Seiten, die Menschen im Aufnahmeland wie im Herkunftsland, müssen davon überzeugt werden, dass die Migration einen positiven Beitrag für sie leistet, also eine ‚win-win‘ Situation darstellt. Um einen gesellschaftspolitischen Konsens zur Befürwortung einer Migrationspolitik, die zum Teil auf Niederlassung, zum Teil auf temporärem Aufenthalt (zirkuläre Migration) ausgerichtet ist, zu erzielen, braucht es ein koordiniertes politisches Vorgehen und glaubwürdige Überzeugungsarbeit, die mit evidenzbasierter Forschung unterlegt wird. Aber auch die Entwicklung von Anreizmechanismen und Informationen für Menschen im Ausland, die für kurz- oder längerfristi-

ge Niederlassung in Österreich gewonnen werden sollen, braucht einen langen Atem. Es ist nicht nur eine Willkommens- und Anerkennungskultur in Österreich zu entwickeln¹, sondern auch sicherzustellen, dass MigrantInnen berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden, die sie sich für sich und ihre Familie wünschen.

Eine Migrationspolitik, die dazu beiträgt, dass Zuwanderer in Österreich willkommen geheißen werden, damit sie ihre Fähigkeiten einsetzen und ihre Potenziale entwickeln können, ist auch ein guter Nährboden für die einheimische Bevölkerung. Denn sie trägt dazu bei, dass die Arbeitsbedingungen attraktiv sind, die beruflichen Karrierechancen gegeben und eine Balance zwischen Beruf und Familie zu finden ist. Unter derartigen Rahmenbedingungen wird sich auch so manche/r Österreicher/in überlegen, im Land zu bleiben oder nach einem Auslandsaufenthalt wieder zurück zu kehren, um sich hier voll einzubringen. Damit soll gesagt sein, dass es eine Wechselbeziehung zwischen den Umwelt- und Rahmenbedingungen einerseits und der Zu- bzw. Abwanderung andererseits gibt.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, dass die Migrationspolitik einerseits komplementär zu anderen Politikfeldern liegen kann, andererseits aber auch in Konflikt mit anderen Politiken kommen kann. Zu letzterem Bereich zählen vor allem die Außenhandelspolitik und die Entwicklungspolitik. Österreich hat im Gefolge der Ostöffnung und des Zerfalls des früheren Jugoslawien ein klares Signal der Priorisierung der Außenhandels- und Investitionspolitik gegenüber der Migrationspolitik abgegeben, in der Erwartung, dass damit die Wirtschaft einen nachhaltigen Wachstumsschub erhält. Diese Entscheidung kann davon abgeleitet werden, dass Österreich die Handelsabkommen der EU mit den Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL) im Jahre 1991 unterzeichnet hat, obschon es noch kein Mitglied der EU war. Damit wurde der österreichische Handel mit den MOEL liberalisiert; gleichzeitig wurden die Migrationsgesetze reformiert, um die Zuwanderung zu restringieren und eine Neuorientierung zugunsten höherer Qualifikationen zu erzielen (Fremdengesetz BGBl Nr. 838/1992)². In der Folge schwächte sich die Zuwanderung signifikant ab und der Außenhandel setzte zu einem Höhenflug an. (Biffi 2006, Biffi-Skrivanek 2014)

Die exportorientierte Wachstumspolitik der frühen 1990er Jahre in Kombination mit einer restriktiven Migrationspolitik fand in der Einführung von Übergangsregelungen für die neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-10 und EU-2) eine Fortsetzung. Als Konsequenz der Förderung des Außenhandels in einem erweiterten Wirtschaftsraum beschleunigte sich der wirtschaftliche und technologische Strukturwandel in Österreich. Damit verbunden war eine regionale Spezialisierung entlang einer Wertschöpfungskette zwischen Österreich und den neuen EU-MS und damit eine Änderung der Arbeitsteilung zwischen Österreich und diesen Regionen, die neue berufliche und qualifikatorische Anforderungen an die Arbeitskräfte in Österreich, darunter auch die Zuwanderer, stellt.

Die österreichische wirtschaftliche Wachstums- und Entwicklungsstrategie setzt somit verstärkt auf die Auslagerung von Produktionsbereichen mit standardisierten Produktionsprozessen und investiert in höherwertige Produktionsprozesse in Österreich, die hochqualifizierte Arbeitskräfte voraussetzen. Einen Beitrag dazu hat die Migrationspolitik zu leisten, da die nötigen Qualifikationen nicht in ausreichendem Maße aus dem heimischen Bildungssystem lukriert werden können.³ Ein Blick auf die Zahl

¹ Mehr zur Planung und Umsetzung der Willkommenskultur in Österreich in Berger et al 2014.

² Fremdengesetze unterliegen einem kontinuierlichen Wandel, einerseits über die Einbindung von EU-Richtlinien, andererseits infolge veränderter Rahmenbedingungen. Dazu Schmid-Rosenberg-Kluschatzka 2004.

³ Für Deutschland siehe Fuchs – Kubis – Schneider(2015), für Österreich Lassnig et al (2013).

und Struktur der Zuwanderer der ersten Generation im Jahr 2010/2011 im Vergleich zu 2000/2001 zeigt, dass die Reorientierung der Migrationspolitik in Richtung Höherqualifizierung in den letzten Jahren von Erfolg gekrönt war. Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass sich der Anteil der hochqualifizierten Zuwanderer (1. Generation = foreign born) in der letzten Dekade von 11,3% auf 18,5% erhöht hat. Angesichts der Steigerung der Zuwanderung hat sich die Zahl der hochqualifizierten MigrantInnen mehr als verdoppelt. Damit konnte der Abgang von hochqualifizierten ÖsterreicherInnen zwischen 2001 und 2011 im Gegensatz zu den 1990er Jahren mehr als kompensiert werden. In einem späteren Kapitel wird auf die Dynamik und Struktur der Zuwanderung nach Österreich und der Abwanderung von Österreicherinnen ins Ausland noch genauer eingegangen. An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass die Auswanderungsquote von hochqualifizierten ÖsterreicherInnen mit rund 13% (2010/2011) im internationalen Vergleich relativ hoch ist. In Deutschland ist die Abwanderungsquote der Hochqualifizierten nur etwa halb so hoch (7,8%), obschon die durchschnittliche Auswanderungsquote etwa gleich hoch ist (2010/2011 5,5% in Österreich gegenüber 4,5 % in Deutschland).

In vielen Entwicklungsländern liegen die Abwanderungsquoten von qualifizierten Arbeitskräften so hoch, dass sie ein Entwicklungshemmnis für Wirtschaft und Gesellschaft sind. In dieser Situation kann die Entwicklungspolitik mit der Migrationspolitik Europas in Konflikt geraten, nicht zuletzt da die Entwicklungshilfe heutzutage im Wesentlichen auf die Höherqualifizierung der Bevölkerung, eine bessere Gesundheitsversorgung und die Schaffung einer Bildungsinfrastruktur, ausgerichtet ist, und die entwickelten Industrieländer im Gegenzug vorwiegend gut qualifizierte Migranten/innen aufnehmen wollen.

Ein weiterer Aspekt, der in der Planung und Umsetzung der Migrationspolitik zu bedenken ist, ist der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft. Dieses Ziel ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für das Wohlbefinden aller in der Gesellschaft sondern auch für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Dieses Ziel kann angesichts der zunehmenden sprachlichen und ethnisch-kulturellen Diversität der MigrantInnen nicht ohne Integrationspolitik, die ein ergänzendes Standbein der Migrationspolitik ist, erreicht werden. Dabei ist anzumerken, dass ein Gefühl der Zugehörigkeit nicht allein auf den Nationalstaat bezogen sein kann, sondern vielmehr auf der Zugehörigkeit zu einer vielfältigen Gesellschaft mit ihren Werten und Verhaltensmustern. Dabei ist klar zwischen Verhaltensmustern zu trennen, die kulturell-traditioneller Prägung sind und solchen, die eine Folge von Armut und Ausgrenzung sind. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Anpassungsgeschwindigkeit der Zuwanderer an die Verhaltensmuster der Aufnahmegesellschaft je nach Bildungs- und Sozialschicht und/oder ethnisch-kultureller Herkunft unterschiedlich rasch erfolgen kann. (Biffi 2011)

Diese Ausführungen zeigen, dass eine derartig komplexe Politik wie die zu Migrationen längerfristig angelegt und institutionell unterlegt sein muss, wie die erfolgreichen traditionellen Einwanderungsländer zeigen. Das bedeutet aber nicht, dass Österreich dieselben Strukturen aufbauen soll, sondern dass sich Österreich im Klaren sein muss, welche Rolle die Migrationen in der österreichischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung derzeit und in Zukunft spielen sollen. Daher wird in der vorliegenden Studie der Entwicklung von Instrumenten, die Transparenz in die verschiedenen Dimensionen der Migrationspolitik bringen, nämlich einem komplexen System des Migrationsmonitorings, besonderes Augenmerk geschenkt.

Im Folgenden wird das Thema Migration mit all seinen Komponenten und in all seiner Komplexität beleuchtet. Um ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Dimensionen der Migrationspolitik zu erlangen, werden im ersten inhaltlichen Kapitel die verschiedenen Migrationsformen dargestellt, der rechtliche und politisch-administrative Rahmen, gefolgt von einem Überblick über die Mig-

rationen im internationalen Vergleich und den Status-Quo der Migrationen in Österreich. Der Überblick über die Formen der Migrationen liefert einen ersten Einblick in die möglichen Triebfedern von Migrationen, seien sie individueller Natur, ein Resultat staatlicher strategischer oder wirtschaftlicher Orientierung oder einfach die Folge von unvorhersehbaren Katastrophen. Der Umgang des Staates und der Gesellschaft mit den Herausforderungen, die Migrationen mit sich bringen, wird ebenfalls thematisiert. Dabei wird auf die wechselseitige Beeinflussung und die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Migrationsformen wie der Arbeits- und Familienmigration, der Migration zu Zwecken der Aus- und Weiterbildung und der Fluchtmigration eingegangen.

Danach folgt ein Literaturüberblick über vorwiegend wirtschaftliche Wirkungsmechanismen von Migrationen, gefolgt von der Darstellung des Status-quo der wirtschaftlichen Vernetzung Österreichs und der Rolle der Migrationen. Diese Einblicke werden in einem weiteren Kapitel um die demographische Entwicklung in Österreich und den Status Quo der Qualifikationsstruktur des österreichischen Arbeitsmarktes ergänzt. Aus der Position der MigrantInnen in der österreichischen Bildungs- und Arbeitsmarktstruktur wird der Schwerpunkt der österreichischen Migrationspolitik ersichtlich. Die Gegenüberstellung mit der Bildungs- und Arbeitsmarktdynamik der Herkunftsländer ermöglicht die Entwicklung von Indikatoren für ein Monitoring der Angebots- und Nachfragesituation in Österreich und den wesentlichen Quellenländern, was für die Abschätzung möglicher Migrationsströme eine wichtige Information darstellt.

In einem weiteren Kapitel wird auf die unterschiedlichen Faktoren eingegangen, Push- und Pull-Faktoren, die Migrationen auslösen und perpetuieren können. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, ob neben wirtschaftlichen Vernetzungen, die meist mit Migrationen Hand in Hand gehen, auch andere Faktoren, wie geografische Nähe, Kultur, soziale Kontakte, oder strategische politische Faktoren für eine erleichterte Zuwanderung mehr Augenmerk erhalten sollten. Angesichts der großen Bedeutung, die die Politik dem sozialen Zusammenhalt einräumt, wird in einem eigenen Kapitel auf die Implikationen einer ethnisch-kulturellen Vielfalt der Migration eingegangen und die Herausforderung der Integrationspolitik, einer Querschnittspolitik, die eine Migrationspolitik begleiten und unterstützen muss.

Durch die gesamte Studie zieht sich die Nutzbarmachung der Scoreboard – Methode als Instrument der Einordnung Österreichs in internationale Strukturen und Prozesse. Sie dient als Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung und Anwendung der Methode auf Migrationsprozesse. Dabei ist es wichtig, Indikatoren zu bestimmen, die für die Entwicklung und Umsetzung der Migrationspolitik wichtig sind, damit daraus ein System des Migrationsmonitorings (MiMoS) abgeleitet werden kann, das sich aus unterschiedlichen Modulen zusammensetzt. Ein Modul bezieht sich auf die Arbeitsmigration, infolge der Pfadabhängigkeit ist damit auch Familienmigration und Kettenwanderung verbunden, ein weiteres auf die Fluchtmigration. Letzteres gewinnt in jüngerer Zeit an Bedeutung, und zwar ein Monitoring der Herkunftswege und der Verteilung der Flüchtlinge auf Länder Europas. Derzeit kommt es infolge der großen Zahl an Bootsflüchtlingen im Mittelmeer zu einer Neuorientierung auf EU-Ebene, was die Entwicklung von Szenarien schwierig macht.

Aus der Position Österreichs in diversen Scoreboards und den österreichischen institutionellen Rahmenbedingungen, die den wirtschaftlichen Strukturwandel und in seiner spezifischen Ausprägung vorantreiben, wird eine Vision für die mittel- bis langfristige österreichische wirtschaftliche Entwicklung entworfen und eine mögliche unterstützende Rolle der Migrationen. Bevor eine Vision über die mittel- bis langfristigen Ziele der österreichischen Migrationspolitik entwickelt werden kann, wird auf einige offene Fragen im Zusammenhang mit dem technologischen Wandel und den Implikationen für

die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eingegangen. Sie werden den Arbeitsmarkt prägen und dabei der Bildungs- und Migrationspolitik eine Schlüsselfunktion zukommen lassen.

Darauf aufbauend werden im Wesentlichen zwei mögliche Entwicklungsszenarien entworfen bzw. Visionen entwickelt: in dem ersten Szenarium wird angenommen, dass die Stärke der österreichischen Wirtschaft im mittleren Qualifikationssegment erhalten bleibt und Österreich nicht auf die führenden EU-Länder im Innovationsbereich anschließen kann, zumindest nicht in absehbarer Zukunft. Verbunden damit ist eine Weiterführung der derzeitigen Migrationspolitik, die einen Schwerpunkt in der Zuwanderung aus dem EU-Raum hat. In einem zweiten Szenarium schafft Österreich den Anschluss an die Innovationsführerschaft in Europa, verbunden mit einer Forcierung von Forschung und Entwicklung im Bereich der neuesten Technologien und der Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus allen Ländern der Welt. Diese beiden Szenarien sind mit unterschiedlichen Ausprägungen eines Migration-Scoreboard verbunden, in denen der wirtschafts-, bildungs- und migrationspolitische Aktionsraum Österreichs exemplarisch im Vergleich zu ausgewählten Ländern dargestellt wird.

Darauf aufbauend werden alle Fäden der Studie zusammengeführt und Empfehlungen ausgesprochen, unter Berücksichtigung der Meinungen von ExpertInnen, die eine Antwort auf die Kernfrage geben, wie die Migrationspolitik dazu beitragen kann, dass Österreich ein sicherer und stabiler Staat bleibt, in dem man in Wohlstand leben kann.

Tabelle 1: Qualifikationsstruktur der Zuwanderung nach Österreich und der Abwanderung von ÖsterreicherInnen ins Ausland (15+Jährige): 2000 -2010

	Qualifikationsstruktur, in % und absolut			
	Insgesamt	Niedrig	Mittel	Hoch
1. Generation Zuwanderer in Österreich				
2000/2001	100%	49,4%	39,3%	11,3%
	923.700	456.308	363.014	104.378
2010/2011	100%	33,2%	48,3%	18,5%
	1.151.800	382.398	556.319	213.083
1. Generation ÖsterreicherInnen im Ausland				
2000/2001	100%	24,4%	47,0%	28,6%
	391.700	95.575	184.099	112.026
2010/2011	100%	17,9%	47,4%	34,7%
	414.800	74.249	196.615	143.936
Saldo				
2000/2001	532.000	360.733	178.915	-7.648
2010/2011	737.000	308.148	359.704	69.147

Quelle: Arslan et al. 2014, eigene Darstellung

2 Rahmenbedingungen der österreichischen Migrationspolitik

Migrationen gehören zu den sensibelsten Bereichen der Politik, da sie nicht nur ökonomische, sondern auch politische, kulturelle, sicherheitspolitische und militärisch-strategische Aspekte aufweisen. In der Folge setzen sich Migrationspolitiken aus verschiedenen Komponenten zusammen und haben institutionelle Regelungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen je nach geopolitischer Lage. Das derzeitige Migrationsmodell Österreichs hat seine Wurzeln in der Arbeitsmigration, im Gastarbeitermodell der frühen 1960er Jahre. Aber auch die Zuwanderung aus humanitären Gründen hat die österreichische Migrationsgeschichte und -politik geprägt. So war Österreich zu Zeiten des Kalten Krieges ein ‚offenes Tor‘ für Fluchtmigration aus dem ‚Ostblock‘. Bei Personen aus diesen Ländern wurde die Frage nach der Berechtigung auf Asylgewährung gemäß Genfer Konvention nicht gestellt. Viele Flüchtlinge wurden aber nicht politisch verfolgt oder hatten, ähnlich wie heute, nicht die Absicht, sich in Österreich niederzulassen. Üblich war vielmehr, gleichzeitig mit dem Asylansuchen auch den Antrag auf Auswanderung in die traditionellen Einwanderungsländer wie USA, Kanada und Australien zu stellen. Im Gefolge der Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn im Jahr 1956 und des Einmarsches der Warschauer Pakt Truppen in die Tschechoslowakei 1968 flüchteten insgesamt knapp 350.000 Personen nach Österreich, von denen aber nur etwa 30.000 in Österreich blieben. Nicht viel anders verliefen die jüngeren Verbleibsdaten von FluchtmigrantInnen. So richteten zwischen 1981 und 2013 529.600 Personen in Österreich einen Asylantrag. Davon wurden rund 90.000 oder 17% positiv rechtskräftig beurteilt, weitere 205.000 oder 39% wanderten weiter. Von den 234.000 rechtskräftig negativ bewerteten Asylanträgen (44% aller Asylanträge) verblieb nur ein geringer Prozentsatz in Österreich, nämlich subsidiär Schutzberechtigte, die allerdings ein hohes Maß an Aufenthaltsunsicherheit haben.

Die österreichische Migrationsgeschichte ist allerdings nicht nur von Einwanderung und Transitwanderung geprägt, sondern bis heute auch von Auswanderung. Aus- oder Abwanderung aus Österreich hat eine lange Geschichte; sie ist zum Teil eine Folge von wirtschaftlichen Gründen – viele ÖsterreicherInnen haben den Weg ins Ausland gesucht, um der Armut zu entgehen oder um sich ein besseres Leben anderswo zu schaffen, aber auch politische und religiöse Verfolgung und Diskriminierung waren oft ein Grund für die Auswanderung. (Horvath – Neyer 1996, Fassmann – Münz 1996)⁴ Daraus resultieren unterschiedliche persönliche Netzwerke, wirtschaftliche Ausrichtungen und politische Partnerschaften, die den Aktionsrahmen der österreichischen Politik beeinflussen.

Darüber hinaus bringt die Globalisierung einerseits und die EU-Integration andererseits viel Bewegung in die Migrationslandschaft. Erkennbar ist eine zunehmende Fragmentierung der Migration nach Aufenthaltsdauer, etwa die Differenzierung zwischen Langzeitmigrierenden (die länger als 12 Monate in Österreich bleiben), Kurzzeitmigrierenden (die als zirkulär migrierende zwischen 3 und 12 Monaten bleiben) und vorübergehend Migrierenden (die sich zwischen 0 und 3 Monaten in Österreich aufhalten). (Fassmann 2002) Insgesamt nimmt die Mobilität zu, nicht nur in Österreich sondern generell in der EU. Anders als im 19. Jahrhundert oder in der Nachkriegszeit sehen wir am europäischen Kontinent heute nur in Ausnahmefällen (Zerfall Jugoslawiens) Massen-, Gruppen- oder Kollektivwanderungen. Heute werden Migrationen von Individual- und Familienwanderungen (Familienzu-

⁴ Österreich folgte dem Gesamttrend der Habsburger Monarchie, die Anfang des 20. Jahrhunderts zum wichtigsten Sende-land von Einwanderern in die USA geworden war.

sammenführung; nachziehende Angehörige) geprägt. Zusätzlich bleibt die Differenzierung zwischen legaler („regulärer“) und illegaler („irregulärer“) Migration – einschließlich Verschleppte – virulent, wie die Zahl der illegal in „Sweat-Shops“, etwa in der italienischen Textilindustrie Beschäftigten (Chinesen) deutlich macht. (Biffi - Altenburg 2012) Daneben bleiben auch Faktoren wie „failed states“, Bürgerkriege (Afghanistan, Syrien, Süd Sudan), Umwelt- oder Naturkatastrophen wirksam, die Fluchtbewegungen auslösen, erhalten.

Um mehr Licht in die unterschiedlichen Dimensionen der Migration und ihre Steuerbarkeit zu bringen, wird im Folgenden ein Überblick über die verschiedenen Formen der Migration gegeben. Eine Form der Typologisierung nimmt die Wissenschaft vor, und zwar je nach Wissenschaftsdisziplin mit einem unterschiedlichen Fokus. Eine andere Art der Differenzierung setzt bei den rechtlichen Rahmenbedingungen an, die in der Migrationspolitik, insbesondere auch der Steuerung der Migrationen, eine wesentliche Rolle spielen.

2.1 Typologisierung der Migrationen

Migrationen können aus einer **individuellen Entscheidungsperspektive** typologisiert werden sowie aus einer **Makro-Perspektive**. Neben rein persönlichen Motiven, lassen sich in der theoretischen und empirischen Literatur bestimmte Einflussgrößen auf Migrationsströme festmachen. (vgl. Castles-Miller 2009, Han 2006, Fassmann 2003) Diese Einflüsse können sozialer, klimatischer, wirtschaftlicher, kultureller, historischer oder auch politischer Natur sein. Unvorhersehbare Ereignisse wie Kriege oder Umweltkatastrophen sind ebenfalls immer wieder ein wesentlicher Quell von Migrationen. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Bürgerkrieg in Syrien und der Aufstieg des ‚Islamischen Staats‘ (IS).

Individuelle Entscheidungen zur Migration beruhen einerseits auf Selbstselektion der MigrantInnen (Borjas 1987), als Reaktion auf die Entfaltungsmöglichkeiten im eigenen Land gegenüber den Perspektiven im Zielland, andererseits auf Zuwanderungsmöglichkeiten im Einwanderungsland. Demgemäß spielen wirtschaftliche Rahmenbedingungen und soziale Hierarchien bzw. Mobilitäten im Abgabe- und Aufnahmeland eine wichtige Rolle. Sie werden grosso modo als **Push- und Pullfaktoren** bezeichnet. Dazu gehören z.B. die Einkommenssituation im Herkunfts- bzw. Zielland, die Arbeitsmarktchancen, aber auch die Möglichkeit, Humankapital im Zielland relativ zum Herkunftsland wirtschaftlich verwerten zu können. Besonders der letzte Aspekt ist wichtig, weil die **Durchlässigkeit der Sozialhierarchie**, also die soziale Mobilität infolge von Bildung (meritokratische Faktoren) für Outsider oft nicht leicht durchschaubar ist. In dem Zusammenhang ist anzumerken, dass Österreich eine vergleichsweise geringe vertikale soziale Mobilität aufweist, was sich u.a. in der relativen Starrheit der Bildungsstrukturen nach Status der Eltern spiegelt. (Biffi-Zentner-Skrivanek 2014) Allgemein gilt, dass in Ländern mit vergleichsweise flacher Sozial- und Lohnhierarchie die vertikale soziale Mobilität höher ist, etwa in Schweden, als in Ländern mit ausgeprägten Einkommensunterschieden wie etwa im Vereinigten Königreich. (Crawford et al 2011) Die Dauer des Aufenthalts hängt davon ab, in welchem Maße Erwartungen erfüllt werden.

Es sind aber nicht nur die individuellen Entscheidungen von Menschen, die hinter Migrationsströmen stehen, sondern auch die Motivation einzelner Betriebe und Wirtschaftssektoren, die mittels Migration ihre Produktionsmöglichkeiten erweitern wollen; ausländische Arbeitskräfte erleichtern das Überleben von Betrieben/Sektoren, die unter Wettbewerbsdruck stehen aber nicht das nötige Kapital für Rationalisierungsinvestitionen haben oder deren Produktionsprozesse an Grenzen der Automatisierung stoßen. Eine Alternative zur Aufnahme von MigrantInnen ist die Multinationalisierung der Produktion oder die Erhöhung der Kapitalintensität der Produktion im Inland mit dem Ziel der

Anhebung der Arbeitsproduktivität. Diesen Weg hat Österreich im Gefolge der Ostöffnung beschritten, mit den zu erwartenden Konsequenzen für die Qualifikationsstruktur der Nachfrage nach Arbeitskräften im Inland. Angesichts der Verlagerung von standardisierten Produktionsprozessen in die östlichen Nachbarländer und der Ausweitung der Produktion im oberen Qualifikationssegment in Österreich verschlechterten sich die Beschäftigungschancen von Arbeitskräften mit einfachen und mittleren Qualifikationen während sie sich für Arbeitskräfte im höheren Qualifikationssegment verbesserten. Das trug nicht nur zu einer Ausweitung der Lohnunterschiede nach Qualifikationen bei sondern verstärkte auch den frühen Erwerbsabgang von Hilfs- und AnlernarbeiterInnen sowie FacharbeiterInnen. (Biffel 2002A, Biffel et al 2005)

Im Gefolge des Fallens der Übergangsregelungen kommen aber auch zunehmend Menschen mit einfachen Qualifikationen aus den EU-MS nach Österreich. (Berger et al. 2011) Diese Entwicklung hat zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit im unteren Qualifikationssegment beigetragen. Das hat Implikationen für die bildungs- und wirtschaftspolitischen Entwicklungsstrategien ebenso wie für die sozialpolitische Diskussion im Rahmen der Alterung der österreichischen Gesellschaft sowie die Migrationspolitik gegenüber Drittstaatsangehörigen.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal von Migrationsströmen betrifft **Neu- oder Erstzuwanderungen** im Gegensatz zur **Kettenwanderung**. Im ersten Fall werden Personen aus Regionen aufgenommen, mit denen es keinen traditionellen Wanderungsbezug gibt, etwa über eine Anwerbung, eine Unternehmensniederlassung, Entwicklungshilfestandort, Kulturinstitute etc. Wenn einmal neue Wege eingeschlagen worden sind, kommt es meist zu einer anhaltenden Zuwanderung aus dieser Region, also zur sogenannten Kettenwanderung. (OECD 1978) Dabei ist zu bedenken, dass die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft, u.a. mittels Etablierung einer Produktionsniederlassung für den Export (export processing zone)⁵, Zuwanderung zur Folge hat. (Sassen 1989) Das bedeutet, dass internationale Aktivitäten eines Staates oder multinational agierender Unternehmen Auslöser für Migrationsströme sein können, die in der Folge Kettenwanderung auslösen. In diesem Kontext sind den Pullfaktoren auch große Ausländerkonzentrationen im Aufnahmeland hinzuzuzählen, da sie den Zugang gleicher ethnischer/kultureller Minderheiten zu Beschäftigung und Unterkunft erleichtern.

Auf einer **Makro-Ebene** werden gesamte Regionen als Abwanderungs- oder Zuwanderungsregionen typologisiert. In ersteren überwiegen **Push-Faktoren** wie hohe Arbeitslosigkeit, Armut, wirtschaftliche Stagnation, in der zweiten überwiegen Pull-Faktoren wie Arbeitskräfteknappheit, rasches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, verbunden mit stimulierenden Faktoren wie hohen Lohnunterschieden zwischen Abwanderungs- und Zuwanderungsregion, und einem hemmenden Faktor, der **regionalen Distanz**. Der Faktor der regionalen Distanz ist sowohl ein Proxy für Transportkosten als auch für die soziale Distanz (Sprache, Kultur).

Neben wirtschaftlichen Motivationen kann auch das **Sozialsystem** einen Anreiz zur Wanderung auslösen (Armutswanderung), entweder zur Verbesserung der eigenen sozialen Absicherung oder der der Familienangehörigen (Bildungssystem oder gesundheitliche Versorgung).

⁵ Der Aufbau einer auf Massenproduktion abzielenden exportorientierten Produktion (früher Bergbau und Plantagen, seit den 1960er Jahren arbeitsintensive Sachgüterproduktion) in Ländern mit z. T. präkapitalistischen Produktionsstrukturen löste massive regionale Arbeitsmigrationen aus und war meist mit der Rekrutierung von Arbeitskräften verbunden, die in einem evolutionären Industrialisierungsprozess nicht oder nicht in dem Ausmaß als Arbeitskräfte mobilisiert worden wären, z. B. junge Frauen in der Mikroelektronik in Asien (siehe Lim, 1980).

Weitere Typologisierungsmöglichkeiten betreffen den zeitlichen Verlauf. In Ländern mit vorwiegend temporärem Aufenthaltsrecht von MigrantInnen ist die konjunkturelle Reagibilität der Migration wesentlich ausgeprägter als in Ländern, die vorwiegend MigrantInnen mit dem Ziel der Niederlassung aufnehmen. Letztere verfolgen mit der Migrationspolitik langfristige Entwicklungsziele.

Die genannten Typologien schenken der sozio-kulturellen Zugehörigkeit von MigrantInnen als Migrationsanreiz vergleichsweise wenig Augenmerk, obwohl, wie das unterschiedliche Wandermuster der Staatsangehörigen verschiedener EU-Länder zeigt, traditionelle Wanderungsbeziehungen (historische Dimension) sehr wichtig für das Ausmaß und die Richtung der Wanderungsströme sind. Molle und Mourik (1988) weisen auf diesen Konnex hin und zeigen, dass es einen starken negativen Zusammenhang zwischen internationalen Wanderungen und der Größe des Kulturunterschiedes gibt. Wir gehen in unserer Studie dieser Frage nach und wählen für die Messung des Kulturunterschiedes einen Kulturindex, der von Hofstede (1984) entwickelt wurde und der in späterer Folge genauer dargestellt wird.

2.2 Migrationspolitik und Migrationsrecht

2.2.1 Modelle der Migrationspolitik

Jedes Migrationsmodell in Europa und in Übersee hat gewisse Schwerpunkte und historisch gewachsene Verpflichtungen (Hysterese) aber auch gewisse Gemeinsamkeiten, die aus den internationalen Rechtsnormen resultieren. So ist etwa die Einwanderung in die USA, nach Kanada und Australien, in jüngerer Zeit auch Israel⁶, eine Konsequenz der Wachstumspolitik, die das Bevölkerungswachstum einschließt („nation building“). Hingegen resultiert ein Großteil der Einwanderung in einigen Ländern Europas, etwa Frankreichs, Belgiens, Hollands und des Vereinigten Königreichs, aus dem Recht auf Zuwanderung aus den früheren Kolonialländern. Analog dazu gewährt Deutschland „Aussiedlern“, also Nachfahren der deutschen Auswanderer nach Osteuropa aus der Zeit vor dem 20. Jahrhundert, die Einwanderung. Trotzdem verstehen sich Deutschland, ebenso wie Österreich und die Schweiz, nicht als Einwanderungsländer im engeren Sinne, obschon die Zuwanderung ähnlich hoch ist wie in den traditionellen Einwanderungsländern und den vormaligen Kolonialländern. (Abbildung 3)

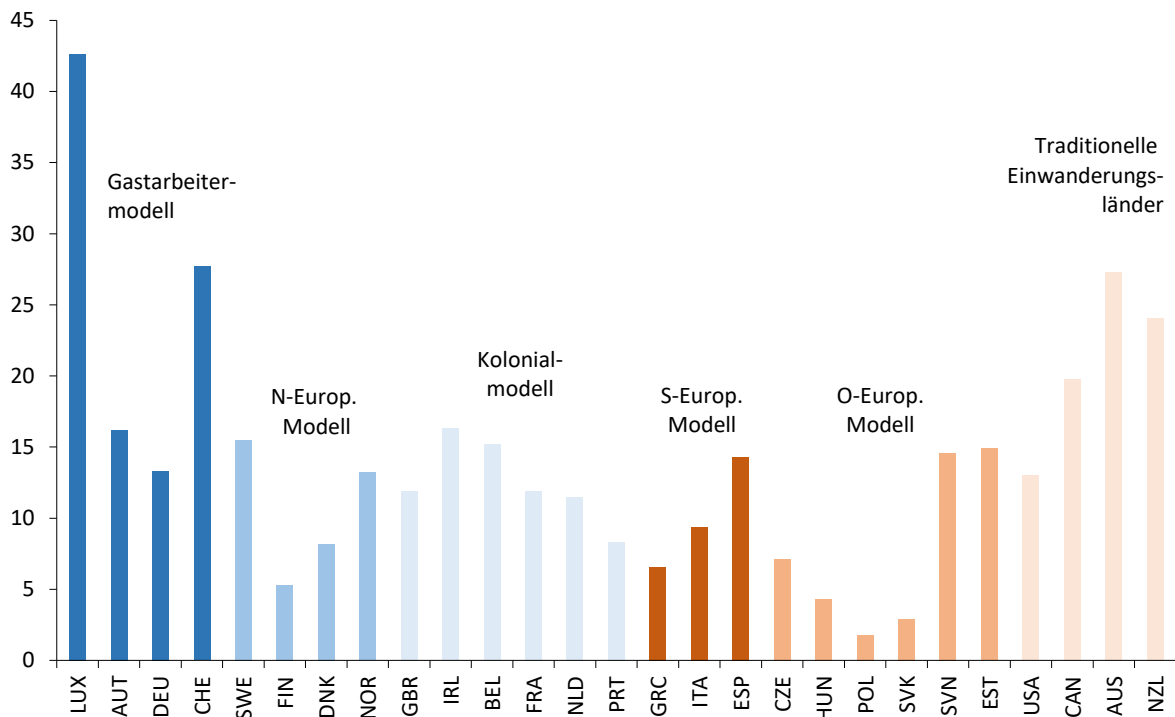
Im Gegensatz zur EWG/EU haben die nordischen Länder die Freizügigkeit ihrer Staatsbürger bereits 1954 eingeführt. In den 1960er und 1970er Jahren ging von der raschen Industrialisierung Schwedens eine Sogwirkung auf Arbeitskräfte aus den angrenzenden Ländern, insbesondere aus Finnland, aus. Mit der wirtschaftlichen Umstrukturierung und der Angleichung der Einkommen zwischen den Ländern stabilisierte sich die Wanderungsbilanz. Schweden versteht sich allerdings, im Gegensatz zu Österreich, als Einwanderungsland. Es will über den leichten Zugang zur Staatsbürgerschaft die Integration der Zuwanderer fördern.

Anders ist die Zuwanderung in den südeuropäischen Ländern zu erklären. Diese Länder haben eine lange Geschichte der Auswanderung, oft verbunden mit einer Kolonialvergangenheit, die sich nicht nur in bestimmten Handelsbeziehungen und politisch-strategischen Loyalitäten spiegelt, sondern auch im Muster der jüngeren Zuwanderung, die zum Teil eine Folge der Rückwanderung von Nach-

⁶ Israel hat einen gewissen Sonderstatus, da es sich nicht primär als Einwanderungsland sieht sondern als Schutzmacht für Juden, die in das Land der ‚Vorfahren‘ heimkehren wollen. Nichtjüdische AusländerInnen können nur als ‚Gastarbeiter‘ mit befristetem Aufenthaltsstatus ins Land kommen.

fahren der vormaligen Auswanderer ist. Letztere ist einerseits die Folge von wirtschaftlichen Krisen und Demokratiedefiziten – etwa in Argentinien, Uruguay, Peru in Südamerika oder von Pontischen Griechen um das Schwarze Meer (Push-Faktoren), andererseits von präferentieller Behandlung von ‚rückkehrenden Auswanderern‘ in den ‚Mutterländern‘ (Pull-Faktoren).

Abbildung 3: Migrationsmodelle anhand der Ersten Generation MigrantInnen (foreign born) in % der Bevölkerung (2012)



Quelle: OECD 2013, eigene Darstellung

Auch die zentral-osteuropäischen Länder können auf eine Tradition der Zuwanderung in der Periode des Realsozialismus verweisen, die über Kettenwanderung bis heute anhält. Das gilt vor allem für MigrantInnen aus bestimmten vormaligen kommunistischen Ländern, wie etwa Vietnam oder Afghanistan. (Biffel 2012)

2.2.2 Personenfreizügigkeit innerhalb der EU

Seit 1993 ist die Personenfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union (neben der Warenverkehrsfreiheit, der Dienstleistungsfreiheit und dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr) für EU-Bürger garantiert. Die Personenfreizügigkeit beinhaltet sowohl das Recht jedes EU-Bürgers, in anderen EU-Mitgliedsländern eine Beschäftigung aufzunehmen (Arbeitnehmerfreizügigkeit), als auch das Recht, sich in anderen EU-Mitgliedsländern niederzulassen (Niederlassungsfreiheit).

Historisch gesehen ist die innereuropäische Mobilität im Gefolge einer zunehmenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration schrittweise erleichtert worden. Zwischen 1958 und 1968 wurde graduell die Freizügigkeit der Arbeitskräfte zwischen den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg) eingeführt. Ab 1968 (mit der Vollendung der Zollunion) konnten Staatsangehörige der Europäischen Gemeinschaft in jedem Mitgliedstaat prinzipiell ohne Arbeitsbewilligung eine Arbeit aufnehmen. Für bestimmte Bereiche galten bis 1970 Übergangsregelungen, insbesondere im Banken- und Versiche-

rungswesen, im Transportsektor und in bestimmten freien Berufen. In diesen Sektoren blieben zum Teil bis 1992 (Vollendung des Binnenmarktes) deutliche Mobilitätsbarrieren erhalten, einerseits infolge der unvollständigen Integration der Kapitalmärkte, andererseits aufgrund von Sonderverträgen im Bereich des Transportwesens sowie unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen für die Ausübung freier Berufe in den einzelnen Ländern. Im Bereich der Güterproduktion und der Landwirtschaft sowie im Handel wurde innerhalb der EU der freie Markt für Arbeit und Dienstleistungen schon in den 1970er Jahren erzielt. Im Weißbuch (1985) beschritt die Kommission mit der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen einen neuen Weg zur Überwindung der materiellen Hemmnisse für die Freizügigkeit der Personen in freien Berufen. Da die Harmonisierung der Systeme und Institutionen sehr schleppend voran kommt, beschränkt man sich seit den 1980er Jahren im Wesentlichen auf die gegenseitige Anerkennung der nationalen Regeln und Normen, die für die Ausübung einer bestimmten Beschäftigung gelten. Die Sozialversicherungssysteme werden koordiniert, um auch hier Hindernisse für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu beseitigen. Jedoch bleiben die zum Teil sehr unterschiedlichen nationalen Sozialsysteme im Bereich der nationalen Souveränität, was zu großen Unterschieden im Zugang zu Elementen des Sozialsystems für freizügigkeitsberechtigte EU-BürgerInnen führt. Diese Unterschiede können, wie weiter unten noch im Detail ausgeführt, Migrationen zwischen bestimmten Ländern begünstigen. So führt etwa Martin Ruhs (2015) aus, dass der freie Zugang zum Arbeitsmarkt mit dem Zugang zu Elementen des Sozialsystems Hand in Hand geht, unabhängig davon, ob die Sozialleistung aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlt wird oder aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben (contributory or non-contributory welfare). So etwa im Vereinigten Königreich, wo Anreize für die Beschäftigung im Niedriglohnbereich geschaffen wurden, etwa über die Auszahlung einer negativen Einkommensteuer (Jahressteuerausgleich) und der Auszahlung der Familienbeihilfe, um die Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften zu senken. Diese de facto Subventionierung von Niedriglohtätigkeiten schickt nicht nur falsche Signale an Wirtschaft und Arbeitnehmer/innen sondern kann auch dazu beitragen, dass die Beibehaltung der EU-Mitgliedschaft, wie eben jetzt im Vereinigten Königreich, von politischen Akteuren hinterfragt wird.

Mit der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen wurde die Regelung der Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der EU erweitert (Entsenderichtlinie). Mit dieser Richtlinie wird der arbeitsrechtliche Status von Arbeitskräften, die in einem anderen Land als dem der Anstellung eine Dienstleistung erbringen, geregelt.⁷ Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organisation) zählt die entsendeten Arbeitskräfte zu den Arbeitsmigranten/innen, obschon das Handelsrecht als primärer Rechtsrahmen zur Anwendung kommt. Demzufolge fallen auch entsendete Arbeitskräfte unter den Schutz der Migrant Worker Conventions 97 und 143 der ILO.⁸

Für den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Niederlassung von Staatsangehörigen aus Drittländern gelten keine national übergreifenden Vereinbarungen, sondern unterschiedliche Regelungen der einzelnen Staaten. Zu berücksichtigen ist, dass die Mobilität der EU/EWR StaatsbürgerInnen - außer für eine gewisse Phase von Übergangsregelungen - nicht institutionell gesteuert werden kann, dass

⁷ Die Zuständigkeit des jeweiligen EU-MS ist in Artikel 11 – 16 der Verordnung 883/2004 geregelt, die sozialrechtlichen Agenden in den Artikeln 14 - 21 der Verordnung 987/2009.

⁸ Convention No.143 fokussiert auf die Integration von MigrantInnen und die Verringerung der irregulären Migration. Convention 97 bezieht sich auf das Gleichbehandlungsrecht, das von vielen Einwanderungsländern nicht unterzeichnet wurde. Nur 42 Länder, meist Auswanderungsländer, haben diese Konvention unterzeichnet.

aber Anreizmechanismen geschaffen werden können, etwa durch die Entwicklung eines Österreich-profils, das einer Zuwanderung förderlich ist. Der gegenwärtige Schwerpunkt einer koordinierten Migrations- und Integrationspolitik, der unter dem Titel ‚Willkommenskultur‘ zusammengefasst werden kann, zielt auf eine derartige Sichtbarmachung der Lebensqualität und der Öffnung gegenüber Zuwanderern ab. (vgl. Biffel et al 2014)

2.2.3 Die Entwicklung der EU Migrations- und Asylpolitik

Innerhalb der EU wird eine kohärente Migrationspolitik angestrebt; um dieses Ziel zu erreichen, kommt es zu einer Reihe von Regelungen der grenzüberschreitenden Wanderung von Menschen. Die EU agiert aber nicht nur als Koordinator sondern zunehmend auch als Gesetzgeber. In 5-Jahresprogrammen kommt es zusehends zu einer Vergemeinschaftung im Bereich der Visa-, Asyl- und Migrationspolitik:

- Das Tampere Programm (2000 – 2004)
- Das Haager Programm (2005 – 2009)
- Das Stockholm Programm (2010 – 2014)
- Das Post-Stockholm Programm (2015-2019).

Die Koordination der Migrationspolitik betrifft potenziell alle fünf wesentlichen Migrationsformen:

1. Arbeitsmigration:
Hier ist der nationale Aktionsrahmen infolge der Freizügigkeit der EU/EWR Staatsbürger/-innen auf Drittstaatsangehörige beschränkt. Wenn man Anreize für die Zuwanderung aus anderen EU-MS setzen will, bedarf es anderer Wege der Steuerung, die bis dato entweder nicht ausreichend genutzt werden oder noch nicht voll entwickelt sind.
2. Familienmigration:
der Regelungsspielraum der Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen wird in der EU-Richtlinie 2003/86/EG geregelt (Artikel 8 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte)
3. Bildungs-/Studierendenmigration:
Regelungen sind auf Drittstaatsangehörige beschränkt, etwa über Studienzugangsregelungen.
4. Sonstige (Privatiers):
Einschränkungen für Drittstaatsangehörige
5. Fluchtmigration (Asylwerber/-innen, de facto Flüchtlinge):
Hier wird der nationale Aktionsradius einerseits durch UNO-Konventionen bestimmt (Genfer Konvention), andererseits durch EU-weite Regelungen, etwa die Dubliner Verordnung (EG Nr. 343/2003 – Dublin II) und das Schengenabkommen.

Die zunehmende Vergemeinschaftung, also Zuständigkeit europäischer Instanzen, im Bereich der Migrations- und Asylpolitik hat in den 1990er Jahren begonnen und beeinflusst die nationalstaatlichen Handlungsspielräume. Für die aktuelle Struktur einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik auf EU-Ebene waren vier Verträge und drei Mehrjahresprogramme zur Durchführung der EU-Innenpolitik wichtig: Die Verträge von Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2000 und Lissabon

2007 sowie das Tampere Programm 2000-2004, das Haager Programm 2005-2009 und das Stockholm Programm 2010-14.

Mit dem 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht wurden die Einwanderungs- und Asylpolitik in den rechtlichen Rahmen der EU aufgenommen, wobei nur die Visapolitik in die erste Säule überführt und somit „vergemeinschaftet“ wurde⁹. Die Einwanderungs- und Asylpolitik verblieben in der dritten Säule im Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde auch die sogenannte „Unionsbürgerschaft“ geschaffen. Seitdem ist die Unterscheidung zwischen EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörigen relevant. Denn mit der Unionsbürgerschaft ist nicht nur das Recht verbunden, sich in der EU frei zu bewegen und niederzulassen, sondern auch das Recht, in allen EU-Ländern wie ein Inländer behandelt zu werden, z.B. bei der Arbeitssuche oder dem Kauf einer Wohnung. Die Unionsbürgerschaft ersetzt nicht die nationale Staatsbürgerschaft, sondern tritt hinzu. Jeder, der die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats besitzt, ist auch „Unionsbürger“. (vgl. EP 2015, Haase-Jugl 2007, Kratzmann 2014, 86)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik wurden mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 (1999 in Kraft) gelegt. Agenden der Asyl- und Migrationspolitik wurden zu erheblichen Teilen in die erste Säule der „vergemeinschafteten“ Politikbereiche überführt. Der Vertrag von Nizza 2000 (in Kraft 2003) brachte Mitentscheidungsmöglichkeiten für das Europäische Parlament im Bereich Asyl und irreguläre Migration. Mit dem Vertrag von Lissabon 2007 (in Kraft 2009) wurden die Kompetenzen der EU in einigen Bereichen der Migrationspolitik ausgeweitet, zugleich aber festgehalten, dass es weiterhin den Mitgliedstaaten obliegt festzulegen, wie viele Drittstaatsangehörige zur Arbeitssuche in ihr Hoheitsgebiet einreisen dürfen. Der Vertrag von Lissabon brachte auch die Festlegung von thematischen Schwerpunkten auf die Bekämpfung von Menschenhandel, die Integration von Drittstaatsangehörigen und reguläre Migration. Durch die Verträge wurden die Einwanderungs- und Asylpolitik in zunehmendem Ausmaß als gemeinsames europäisches Interesse wahrgenommen und rechtlich verankert. (vgl. Biffl-Faustmann 2013, 56f., Kratzmann 2014, 87)

Zur Umsetzung der Verträge dienten die Mehrjahresprogramme, aus denen sich gemeinsam mit dem Pakt zu Einwanderung und Asyl (siehe unten) verschiedenen Felder mit den zugehörigen Institutionen und Deutungen herausgebildet haben: legale Migration, irreguläre Migration, internationaler Schutz sowie Kooperation mit den Herkunftsstaaten. (vgl. Kratzmann 2014, 88f.)

Schwerpunkte im Tampere Programm waren im Bereich einer koordinierten Migrationspolitik die Errichtung der Generaldirektion Justiz und Inneres, Richtlinien im Bereich Einwanderung, irreguläre Migration und Integration von Drittstaatsangehörigen, den Aufbau von Partnerschaften mit Herkunftsländern, den verstärkten Schutz der EU-Außengrenzen und die Errichtung eines europäischen Asylsystems. Im Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union lagen die Schwerpunkte auf dem Kampf gegen irreguläre Zuwanderung, irreguläre Er-

⁹ Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 hatte die EU keine eigene Rechtspersönlichkeit; sie bot den institutionellen Rahmen für 3 Teilbereiche oder Säulen; den Bereich der Europäischen Gemeinschaften (Euratom, EGKS, EG), der auch schon vor 1992 bestand und wo Entscheidungen im Rat unter Mitspracherecht des Europaparlaments getroffen wurden; die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (ZJI) waren bis zum Vertrag von Amsterdam intergouvernementale Entscheidungsfelder, in denen das Europaparlament kein Mitspracherecht hatte. Mit dem Vertrag von Lissabon erhielt die EU eine eigene Rechtspersönlichkeit, was zur Einbindung aller 3 Säulen in die EU führte, mit einheitlichen supranationalen Entscheidungen nach dem Muster der EG.

werbstätigkeit und Menschenhandel, der Ausarbeitung eines strategischen Plans zur legalen Zuwanderung, der verstärkten Kooperation mit Herkunftsländern (Rückkehr, Rückübernahme), intensivere Kontrolle und Überwachung der EU-Außengrenzen, Schaffung eines Visa-Informationssystems und eines gemeinsamen Auswärtigen Dienstes, Einführung eines einheitlichen und effizienten Asylverfahrens, sowie Förderung der Integration von Drittstaatsangehörigen. Migrationsrelevante Aspekte im Stockholmer Programm waren das Bekenntnis zur uneingeschränkten Freizügigkeit für EU-BürgerInnen, die Ablehnung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der EU, die Empfehlung, eine Strategie der inneren Sicherheit für die EU zu entwickeln, das weitere Vorgehen gegen irreguläre Einwanderung und Stärkung von Frontex bei gleichzeitiger Gewährleistung von internationalem Schutz.

Mit dem Rahmenprogramm „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (2007-13) wurden 2007 die finanziellen Gemeinschaftsinstrumente der EU entlang von vier Schwerpunkten erweitert. Das waren die Kontrolle und der Schutz der Außengrenzen mit der Einrichtung des Außengrenzenfonds, die Asylpolitik mit der Verlängerung des Europäischen Flüchtlingsfonds, die Integration von Drittstaatsangehörigen mit der Einrichtung des Europäischen Integrationsfonds sowie die Bekämpfung der illegalen Immigration und der Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, die sich unrechtmäßig auf dem Gebiet der EU aufhalten mit der Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds. (vgl. Europäische Kommission 2008, Kratzmann 2014, 87f.)

Bedeutsam für die Ausrichtung der europäischen Migrations- und Asylpolitik war gemäß Kratzmann (2008, 88) der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl von 2008 (vgl. Rat der EU 2008) mit fünf thematischen Schwerpunkte, die bis heute eine wichtige Rolle für die europäische Migrationssteuerung und Migrationspolitik haben. Die fünf übergeordneten Themen des Pakts sind

- Gestaltung der legalen Einwanderung,
- Bekämpfung der illegalen Einwanderung,
- Stärkung der Wirksamkeit der Grenzkontrollen,
- Schaffung eines Europas des Asyls,
- Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern.

Der Pakt wurde für seine als restriktiv eingestufte Ausrichtung und den starken Fokus auf Maßnahmen gegen irreguläre Einwanderung kritisiert. (vgl. Kratzmann 2008, 88)

2.2.4 Gesamtansatz für Migration und Mobilität (GAMM)

Den übergeordneten Rahmen für die auswärtige Migrations- und Asylpolitik der EU bietet der „Gesamtansatz für Migration und Mobilität“ (GAMM). Er wurde 2005 als „Gesamtansatz zur Migration“ (GAM) vom Europäischen Rat verabschiedet und 2011 um „Mobilität“ im Titel und um inhaltliche Komponenten erweitert. Der GAMM ist auch fester Bestandteil des allgemeinen außenpolitischen Rahmens der EU. Mit dem GAMM ist festgelegt, wie die EU den politischen Dialog und die operative Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich Migration und Mobilität gestaltet. (vgl. EK 2014c, 2) Dem GAMM liegt das Verständnis zu Grunde, dass dieser nur in enger Partnerschaft zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern sinnvoll ist. Die Schwerpunkte des GAMM liegen auf

- legaler Migration und Mobilität,
- irregulärer Migration und Menschenhandel,

- internationalem Schutz und Asylpolitik (seit 2011) sowie
- Migration und Entwicklung.

Maßnahmen im Bereich des GAMM umfassen bilaterale und regionale Politikdialoge und Aktionspläne, im Rechtsbereich Visaerleichterungen und Rückübernahmeabkommen, operative Unterstützung und Kapazitätsaufbau durch EU-Einrichtungen (FRONTEX, EASO, ETF) und Fazilitäten für technische Hilfe (MIEUX, TAIEX) sowie Programm- und Projekthilfen für Behörden in Drittstaaten, weitere Akteure wie Zivilgesellschaft, Migrantenverbände, internationale Organisationen. Die sogenannte Mobilitätspartnerschaft (MP) und Gemeinsame Agenda für Migration und Mobilität (Common Agenda on Migration and Mobility – CAMM) sind die wichtigsten bilateralen Vereinbarungen, um den Politikdialog und die operative Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu erleichtern. (vgl. DG Migration and Home Affairs 2015, EK 2014c, 2)

Die Mobilitätspartnerschaften (MP) sind dabei als flexibler, nicht rechtsverbindlicher Regelungsrahmen zur Steuerung des Personenverkehrs (Visaliberalisierung, Rücknahmeabkommen) zwischen der EU und Drittstaaten ausgelegt. (vgl. EK 2014a, Mobilitätspartnerschaft mit Jordanien, S. 8) Der Schwerpunkt für MP liegt auf den Ländern in der „Nachbarschaft“ der EU. Bisher hat die EU mit zehn Ländern Mobilitätspartnerschaften abgeschlossen, an denen sich die in Tabelle 2 angeführten EU-Staaten beteiligen (Signatarstaaten).

Fünf Mitgliedstaaten, darunter Österreich, beteiligen sich bisher an keiner Mobilitätspartnerschaft. Von den Mitgliedstaaten, die sich an Mobilitätspartnerschaften beteiligen, leistet die Mehrheit bisher keinen finanziellen Beitrag. In diesem Zusammenhang nennt die Kommission den nicht bindenden, flexiblen Charakter des GAMM als Achillesferse, da ausgewogene und umfassende Angebote der EU gegenüber Drittstaaten erschwert werden. Es müsse überlegt und diskutiert werden, wie echte und ausgewogene Partnerschaften angeboten werden könnten: „Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich intensiver um einen Beitrag zu den Mobilitätspartnerschaften zu bemühen, und zwar sowohl in finanzieller Hinsicht als auch durch andere Initiativen wie ordnungspolitische und legislative Maßnahmen“ (EK 2014c, 24). So sollten etwa auch Fragen der Rückkehr und Rückübernahme Teil eines umfassenden Angebots sein, die über verbesserte Mobilitätsregelungen hinausgehen und auch Regelungen aus anderen Politikbereichen betreffen. Die Kommission nennt hier als Beispiele den Handel inklusive GATS/Modus 4, die Wirtschaft und Industrie. (vgl. EK 2014c, 22f.)

Die „Gemeinsame Agenda für Migration und Mobilität“ (Common Agenda for Migration and Mobility – CAMM) ist neben den MP der am weitesten entwickelte Rahmen für bilaterale Kooperation. Während bei den MP aber die Schaffung von Visaerleichterungen und von Rückübernahmeabkommen vorgesehen ist, gilt das für die CAMM nicht. Die MP richten sich an Länder der EU-Nachbarschaft, die CAMM vorrangig an Länder außerhalb der Nachbarschaft der EU. An Indien und Nigeria wurden 2013 Vorschläge für eine CAMM gerichtet. Der Dialog zu Migration mit Südafrika soll auch in Form einer Gemeinsamen Agenda fortgeführt werden. (vgl. DG Migration and Home Affairs 2015, EK 2014b, 19)

Tabelle 2: Übersicht EU-Mobilitätspartnerschaften und Beteiligungen der 28 EU Mitgliedsstaaten

Beteiligte MS	Kap Verde	Moldau	Georgien	Armenien	Aserbaidshan	Marokko	Tunesien	Jordanien	Anzahl Beteiligungen je MS
	Vereinbart im Jahr...								
	2008	2008	2009	2011	2013	2013	2014	2014	
Frankreich	x	x	x	x	x	x	x	x	8
Italien		x	x	x		x	x	x	6
Polen		x	x	x	x		x	x	6
Schweden		x	x	x		x	x	x	6
Deutschland		x	x	x		x	x		5
Niederlande			x	x	x	x			4
Portugal	x	x				x	x	x	5
Belgien			x	x		x	x		4
Rumänien		x	x	x				x	4
Spanien	x					x	x	x	4
Tschechien		x	x	x	x				4
Bulgarien			x	x	x				3
Dänemark			x				x	x	3
Griechenland		x	x					x	3
Großbritannien			x			x	x		3
Litauen		x	x		x				3
Slowakei		x			x				2
Slowenien		x			x				2
Ungarn		x						x	2
Zypern		x						x	2
Estland			x						1
Lettland			x						1
Luxemburg	x								1
<i>Finnland</i>									0
<i>Irland</i>									0
<i>Kroatien</i>									0
<i>Malta</i>									0
<i>Österreich</i>									0
Anzahl beteiligte Mitgliedstaaten	4	14	16	10	8	9	10	11	

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den ursprünglichen Signatarstaaten der jeweiligen Gemeinsamen Erklärung über eine Mobilitätspartnerschaft. Ob weitere Mitgliedstaaten später zu den einzelnen Mobilitätspartnerschaften beigetreten sind, wurde nicht recherchiert.

2.2.5 Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bildet neben dem GAMM den Rahmen für den Dialog zu Migration und Mobilität zwischen der EU und den Partnerländern. Ziele der ENP sind die Unterstützung der Partnerstaaten bei Stabilisierung, Modernisierung und Umsetzung demokratischer Reformen sowie die Förderung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft. Die Maßnahmen umfassen finanzielle Unterstützung, stärkere wirtschaftliche Integration, engere politische und kulturelle Beziehungen sowie vertiefte sektorale Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten und den Partnern untereinander. Den finanziellen Rahmen der ENP bildet das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI).

Die ENP richtet sich an die unmittelbaren Nachbarn der EU

- im Osten: Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine und
- im Süden: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästina/die palästinensischen Autonomiegebiete, Syrien, Tunesien.

Die Nachbarschaftspolitik mit den südlichen Nachbarländern wurde nach dem Arabischen Frühling 2011 neu ausgerichtet als „Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“. Die Schwerpunkte liegen auf der Unterstützung der politischen Transition (wie Justizreform und Korruptionsbekämpfung), Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere vertiefte, umfassende Freihandelsabkommen (Deep and Comprehensive Free Trade Agreements – DCFTA) und Mobilitätspartnerschaften. Mobilitätspartnerschaften wurden bisher mit Marokko und Tunesien geschlossen. Assoziierungsabkommen bestehen bereits mit den Ländern des Mittelmeerraums, Verhandlungen über ein DCFTA wurden mit Marokko 2013 begonnen. (vgl. WKO 2014, BMEIA o.J.)

Als EU-Mitglied ist Österreich Teilnehmer an der Union für den Mittelmeerraum (UfM), deren Ziel die Förderung der Integration und demokratischer Reformen mit Projekten zur Stärkung der regionalen und subregionalen Kooperation ist. Im Rahmen der UfM beteiligt sich Österreich an der Anna-Lindh-Stiftung (ALF), die lokale NGOs vernetzt. In Österreich wird die ALF vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) betreut.

2.2.6 Bilaterale Dialoge

Bilaterale Dialoge finden in verschiedenen Formen statt. Die Mobilitätspartnerschaften sind ein wichtiger Rahmen. Der Dialog im Bereich Justiz und Inneres sowie Migration ist bei praktisch allen Ländern Teil der Umsetzung von Assoziierungsabkommen, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Rahmenabkommen und ähnlichen Instrumenten, die von der EU abgeschlossen wurden. Bilaterale Dialoge gibt es mit

- den Erweiterungsländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien,
- den Ländern der Östlichen Partnerschaft (Eastern Partnership – EaP) Moldau, Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan,
- den Ländern des südlichen Mittelmeerraums v.a. Tunesien, Marokko, Jordanien,
- den Ländern südlich der Sahara, insbesondere Kap Verde, Nigeria und Südafrika,
- den asiatischen Ländern China, Indien, in Südasien Vietnam und Indonesien und im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Bangladesch, Indonesien, Nepal und Philippinen.

Sonstige Schwerpunktländer sind die USA (Plattform für die Zusammenarbeit in Migrations- und Flüchtlingsfragen) bezüglich u.a. Rückkehr und Wiedereingliederung, Nutzung biometrischer Merkmale, Neuansiedelung und Bekämpfung des Menschenhandels, Kapazitätsaufbau im Bereich Migrationssteuerung und Arbeitsmigration sowie zur Abstimmung von Standpunkten. Mit Russland wurde 2011 ein Migrationsdialog eingeleitet. (vgl. EK 2014c, 3-11)

2.2.7 Regionale Dialoge

Für Regionale Dialoge bilden im Osten der Prager Prozess, der Budapester Prozess sowie das Gremium zu Migration und Asylfragen innerhalb der Östlichen Partnerschaft den Rahmen. Im Süden sind es die Afrika-EU-Partnerschaft für Migration, Mobilität und Beschäftigung (Migration, Mobility and Employment – MME) und der Rabat Prozess. Weitere Schwerpunkte sind der EU-CELAC Dialog über Migration mit den lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) sowie der EU-AKP-Migrationsdialog (Afrika, Karibik, Pazifik – AKP). In einer Bewertung der Regionalen Dialoge stellt die Kommission in mehreren regionalen Dialogen begrenztes Engagement der Mitgliedstaaten fest. Ge-

nerell stellten sich echte Erfolge nur dann ein, wenn in der EU und in den Partnerländern die jeweilige Agenda politisch engagiert vorangetrieben wird. Das schließt mit ein, die Einstellung einzelner Dialoge in Betracht zu ziehen; die Kommission empfiehlt, bei der Aufnahme weiterer Dialoge eher zeitlich befristete Initiativen zu setzen. (vgl. EK 2014c, 15f.)

2.2.8 Weitere Initiativen und Maßnahmen

Mit Russland, Ukraine, Moldau, Georgien, Kosovo wurde 2013 der Dialog zur Liberalisierung der Visabestimmungen fortgesetzt, mit der Türkei wurde der Dialog 2013 begonnen. Moldau wurde per 28. April 2014 in die Liste der nicht der Visumpflicht unterliegenden Länder aufgenommen.

2013 kam es zu einem ersten Treffen im Rahmen des Dialogs zu Migration und Mobilität mit China, zur Einleitung von Verhandlungen über Rückübernahmeaspekte und zur Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomatenpässe. Der Dialog auf hoher Ebene dient dem Austausch über politische Maßnahmen und bewährte Praktiken, um Möglichkeiten zur Erleichterung der Mobilität zu erkunden, und um die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung irregulärer Migration zu stärken.

Die Afrika-EU-Partnerschaft für Migration, Mobilität und Beschäftigung (Migration, Mobility and Employment – MME) wurde im Dezember 2007 auf dem zweiten Gipfeltreffen der EU und afrikanischer Staats- und Regierungschefs ins Leben gerufen. Dabei wurde ein Aktionsplan für die Periode 2011-2013 angenommen; in der Folge fanden mehrere Treffen zu den Themen Menschenhandel, Rechte von MigrantInnen, Migration und Mobilität in regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, Zugang zu internationalem Schutz und Erleichterung der Mobilität durch verbessertes Grenzmanagement statt. Dem Bericht über die Umsetzung des GAMM zufolge besteht der Mehrwert des MME-Prozesses in „der kontinentalen Dimension und der Koordinierung migrationsbezogener Aktivitäten der Afrikanischen Union und der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften Afrikas“. (EK 2014c, 14) Gleichzeitig stellt der kontinentale Charakter die größte Herausforderung für die Partnerschaft dar. Im April 2014 wurde die „Roadmap 2014-17“ für die gemeinsame EU-Afrika-Strategie angenommen. In der Roadmap wurden fünf Prioritäten festgelegt – Frieden und Sicherheit; Demokratie, gute Regierungsführung (Governance) und Menschenrechte; Förderung der menschlichen Ressourcen (human development); Nachhaltige und inklusive Entwicklung und Wachstum sowie Globale und aktuelle Fragen.

Weitere aktuelle Entwicklungen und Rahmenbedingungen betreffen:

- den starken Anstieg der Asylanträge und irregulärer Grenzüberschreitungen, die den Druck zum Handeln auf die EU-MS erhöhen. Gefährliche Bootsquerungen über das Mittelmeer (Oktober 2013 Lampedusa 360 Tote). (vgl. EK 2014b) April 2015 800 Tote vor der Küste Libyens. Darauf wird ein Sondergipfel der EU einberufen, die Mittel zur Unterstützung wurden verdreifacht, die Zuständigkeit bleibt bei Frontex; ein gesamteuropäisches Asylsystem wird geplant; Ebenso ein neuerlicher EU-Sondergipfel, diesmal mit der Afrikanischen Union;
- den zunehmenden Zustrom von AsylwerberInnen, der die EU und ihre Mitgliedstaaten zwingt, ihre Einwanderungs-, Asyl- und Außengrenzenpolitik zu überdenken bzw. weiterzuentwickeln, und zwar auf der Grundlage des Schutzes für MigrantInnen und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. (EK 2014b, 1)
- GAMM – weitere Zielsetzungen aus Sicht der Kommission (GAMM Umsetzungsbericht 2012-13) betreffen eine bessere Nutzung der verschiedenen vorhandenen Instrumente.

Inhaltlich werden im Bericht der Kommission über die Umsetzung des GAMM folgende Bereiche angesprochen: ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen einzelstaatlichen Zuständigkeiten (insbesondere zur Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen), eine Beschleunigung des Zusammenwachsens des EU-Arbeitsmarktes, eine Erleichterung der Mobilität im Rahmen der Dienstleistungsfreizügigkeit (GATS Modus 4), eine Erleichterung bei der Ausstellung von Kurzzeitvisa, Visapolitik (Vielreisende), eine Zusammenarbeit mit Partnerländern, um eine Triple-Win-Migration zu erzielen, d.h. eine Situation, die für das Herkunftsland, das Heimatland und die Zuwanderer gut ist.

2.2.9 Rahmenbedingungen in Österreich (Gesetze, Zuständigkeiten)

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass die direkte fremdenrechtliche Steuerbarkeit der Migrationen nach Österreich sehr gering und im Wesentlichen auf Drittstaatsangehörige beschränkt ist. (Biffi 2011) Allerdings gelten auch für Letztere teilweise europarechtliche Vorgaben. Darüber hinaus hat die österreichische Entwicklungspolitik Schwerpunktländer für die Entwicklungszusammenarbeit definiert, so etwa Kosovo und Albanien (Westbalkan), Moldau, Armenien, Georgien (Schwarzmeerraum/Südkaukasus), Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Bhutan (Himalaya/Hindukusch), und die palästinensischen Gebiete. Migrationen aus diesen Ländern bedürfen daher einer Politikabstimmung, wie eingangs erwähnt.

Angesichts des geringen Spielraums für eine an den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ausgerichteten Migrationspolitik wurde mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz 2011 ab dem 1. Juli 2011 der Kern eines neuen Zuwanderungsmodells für Drittstaatsangehörige eingeführt, die „Rot-Weiß-Rot-Karte“. (Biffi – Bock-Schappelwein 2013) Die „Rot-Weiß-Rot – Karte“¹⁰ regelt die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften und differenziert zwischen:

- Besonders Hochqualifizierten,
- Fachkräften in Mangelberufen,
- Sonstigen Schlüsselkräften,
- Studienabsolventinnen und –absolventen,
- Selbständigen Schlüsselkräften.

Im Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode wurde die Schaffung der „Rot-Weiß-Rot - Karte“ damit begründet, dass das „bisherige Quotensystem [...] nicht präzise genug die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes und der Gesellschaft abbilden“ konnte und dass das neue Zuwanderungsmodell auf „sachliche Parameter wie Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, aber auch die zu erwartende Integrationsfähigkeit und sicherheitsrelevante Aspekte“ Bedacht nimmt. (Österreich 2008: S. 106)

Ein transparentes Zuwanderungsmodell, das alle Kriterien für die Zuwanderung explizit und für alle zugänglich macht, etwa indem es jedem die Möglichkeit eröffnet zu testen, ob man die Kriterien erfüllt – in Anlehnung an traditionelle Einwanderungsländer wie Kanada und Australien – trägt zur Ak-

¹⁰ Die organisatorischen Vorgaben sind auf der website der Ministerien nachzulesen, ebenfalls die jeweils gültigen Mangelberufe. Deren Zahl wurde in den letzten Jahren laufend reduziert; sie hält derzeit bei 12 Mangelberufen (für 2015). <http://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung-rot-weiss-rot-karte/fachkraefte-in-mangelberufen.html>

zeptanz der Zuwanderung bei der Aufnahmebevölkerung bei. Dabei ist das gewählte System, das Punkte für verschiedene Kriterien vergibt, besonders hilfreich. Es signalisiert eine objektive Vorgangsweise, ist leicht berechenbar, erleichtert die Steuerung der Zuwanderung und eröffnet über Änderungen der Punktestrukturen eine Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an geänderte Anforderungen.

Punktesysteme geben potenziellen Zuwanderern und Arbeitgebern klare Linien und Vorgaben für die Zuwanderung/Nominierung von Arbeitskräften vor. Auch der Öffentlichkeit wird verdeutlicht, dass die Zuwanderung auf ganz bestimmten Kriterien aufbaut, die nachvollziehbar sind. Die Einbindung der Zuwanderung in ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das Migrationen als Teil eines wirtschaftlichen Entwicklungskonzepts sieht, das zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt, ist wichtig, um den ÖsterreicherInnen die Angst um Arbeitsplätze zu nehmen. Auch eine gewisse räumliche Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie, die in Österreich etwa im Zusammenwirken mit der EU-Nachbarschaftspolitik stehen könnte – macht die Rolle der Zuwanderungspolitik in der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik transparent und kohärent. Damit erobert der Staat nicht nur einen gewissen Gestaltungsrahmen in der Einwanderungspolitik sondern gewinnt auch das Vertrauen der Bevölkerung.

2.3 Migration im internationalen Vergleich

2.3.1 Migrationsströme im globalen Vergleich

Die UNO schätzt, dass sich die Zahl der internationalen MigrantInnen¹¹ (nachfolgend in diesem Kapitel kurz "MigrantInnen") von 154 Millionen im Jahr 1990 auf 232 Millionen im Jahr 2013, bzw. um 50%, erhöht hat. Das entspricht einem Anteil an der Weltbevölkerung von 3,2%; im Jahr 1990 lag ihr Anteil bei 2,9%. Der absolute Anstieg relativiert sich somit, wenn man die Bevölkerungsgröße und damit das Bevölkerungswachstum einbezieht. Der relative Anstieg von 2,9% auf 3,2% entspricht einem Zuwachs von 10%. Der stärkste Zuwachs mit durchschnittlich +4,6 Millionen MigrantInnen pro Jahr vollzog sich zwischen 2000 und 2010. 1990-2000 lag der Zuwachs bei durchschnittlich 2 Millionen pro Jahr, 2010-2013 bei 3,6 Millionen. Von den 232 Millionen im Jahr 2013 leben 59% in entwickelten Ländern. Dort beträgt der MigrantInnen-Anteil im Durchschnitt 10,8% der Bevölkerung gegenüber einem Anteil von 1,6% in Entwicklungsländern. (UN-DESA 2013a, 1) Von den 136 Millionen MigrantInnen in entwickelten Ländern stammten 82 Millionen bzw. 60% aus Entwicklungsländern und 54 Millionen aus entwickelten Ländern.

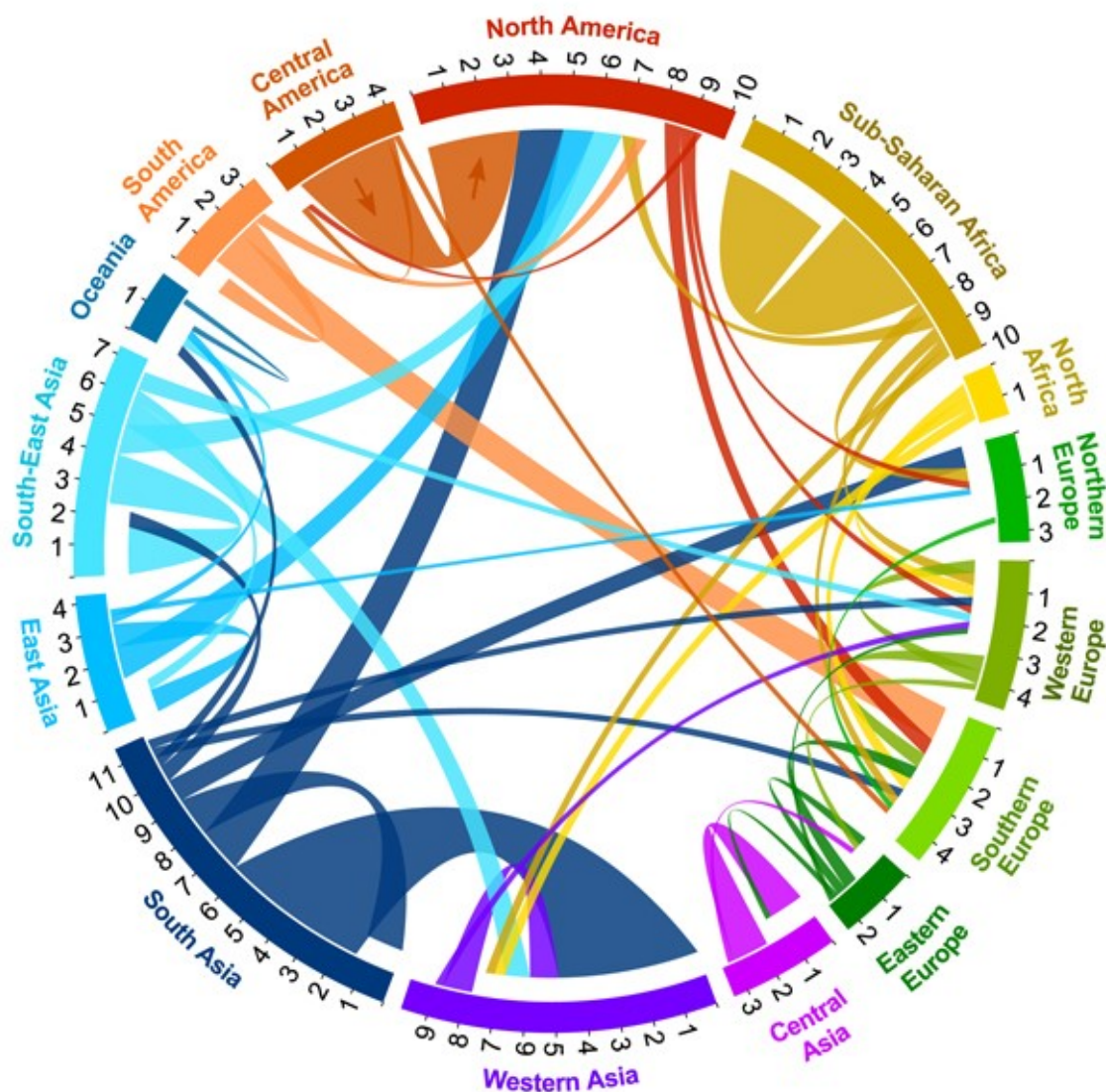
In Abbildung 4 werden die Migrationsströme zwischen und innerhalb der großen Weltregionen zwischen 2005 und 2010 in einem Kreisdiagramm (Zu- und Abwanderungsströme in Millionen Menschen) dargestellt¹². Das ist an dem Abstand zwischen dem Ab/Zuwanderungsstrom zum Kreisrand abzulesen: größere Nähe der den Wanderungsstrom symbolisierende Linie zum Kreisrand kennzeichnet die Herkunftsregion, der größere Abstand dieser Linie die Zielregion. Daraus ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass die Migrationsströme aus Asien und Süd- bzw. Mittelamerika wesentlich stärker auf ganz bestimmte Regionen konzentriert sind als Ströme aus und nach Europa. In der Folge hat Europa eine größere Diversität der Zuwanderer als Nordamerika oder Ozeanien (Australien und Neu-

¹¹ Definiert als Personen mit ausländischem Geburtsland (foreign born).

¹² Es werden nur Migrationsströme mit über 170.000 Personen erfasst.

seeland). Auch ist festzuhalten, dass die größten Migrationsströme zwischen oder zu Nachbarregionen stattfinden. Dazu passen auch die starke innereuropäische Wanderung und eine vergleichsweise schwache Abwanderung aus Europa in andere Kontinente. Es sind aber auch zum Teil starke Migrationsströme, die durch den Mittelpunkt des Kreises gehen und die damit Migration über weitere Strecken symbolisieren. Diese Migrationsströme, die weite Distanzen überwinden, führen grosso modo aus ärmeren Ländern in reichere Länder; die Ströme in die Gegenrichtung sind vernachlässigbar gering. So ist etwa ein breiter Zuwanderungsstrom von Mittelamerika nach Nordamerika, der nicht um einen gleich hohen Rückstrom beantwortet wird, an dem breiteren Abstand von der Kreislinie Nordamerikas und dem knappen Abstand der Ströme vom Mittelamerikaband abzulesen. Auch die Wanderungsströme zwischen Südamerika und Südeuropa stellen eine Nettozuwanderung nach Europa dar.

Abbildung 4: Globale Migrationsströme zwischen 2005 und 2010



Quelle: Abel et al. 2014, Science/AAAS.¹³

¹³ <http://blogs.scientificamerican.com/observations/global-migrant-flows-an-interactive-map/>

Zwischen 2005 und 2010 wanderte der Großteil der MigrantInnen aus Südasien innerhalb von Südasien; es kam jedoch auch zu einer starken Abwanderung nach Westasien - in die Golfstaaten, sowie nach Nordamerika und Nordeuropa, in geringerem Maße auch nach Ozeanien, Südeuropa und Westeuropa. Afrikanische MigrantInnen aus dem Sub-Sahara Bereich bleiben im Wesentlichen in diesem Raum. Zwischen 2005 und 2010 wanderten geschätzte 665.000 MigrantInnen innerhalb von Ostafrika und 1 Million innerhalb von Westafrika. Dabei dürfte es sich, gemäß Abel et al (2014) um Wanderungen zwischen den Mitgliedstaaten der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion handeln, also im Wesentlichen um Wanderungen zwischen der Elfenbeinküste, Burkina Faso und Guinea-Bissau. Im Gegensatz dazu ging der größte Migrationsstrom aus Westafrika nach Westeuropa; er umfasste 277.000 Personen.

Im Folgenden wird auf einzelne Regionen und internationale Wanderungsmuster im Detail eingegangen.

2.3.2 Wanderungsmuster im globalen Vergleich

Die größte Zahl von MigrantInnen lebt in Europa (72,4 Millionen), gefolgt von Asien (70,8 Millionen) und Nordamerika (53,1 Millionen). Die wichtigsten Herkunftsregionen sind Asien mit 92,6 Millionen und Europa mit 58,5 Millionen Menschen, die nicht in ihrem asiatischen bzw. europäischen Geburtsland leben. Die drittgrößte Gruppe von MigrantInnen weltweit kommt aus Lateinamerika und der Karibik mit 36,7 Millionen Menschen. 30,9 Millionen der 2013 geschätzten 232 Millionen MigrantInnen stammen aus afrikanischen Ländern, 4,3 Millionen aus Nordamerika und 1,8 Millionen aus Ozeanien. Bei 6,7 Millionen MigrantInnen fehlt die Information über die Herkunftsregion. In Afrika stammt mit 82% der Großteil der MigrantInnen aus der Region selbst, das heißt aus afrikanischen Staaten. Auch für Asien gilt dieses Muster, wo 76% der MigrantInnen aus asiatischen Ländern stammen.

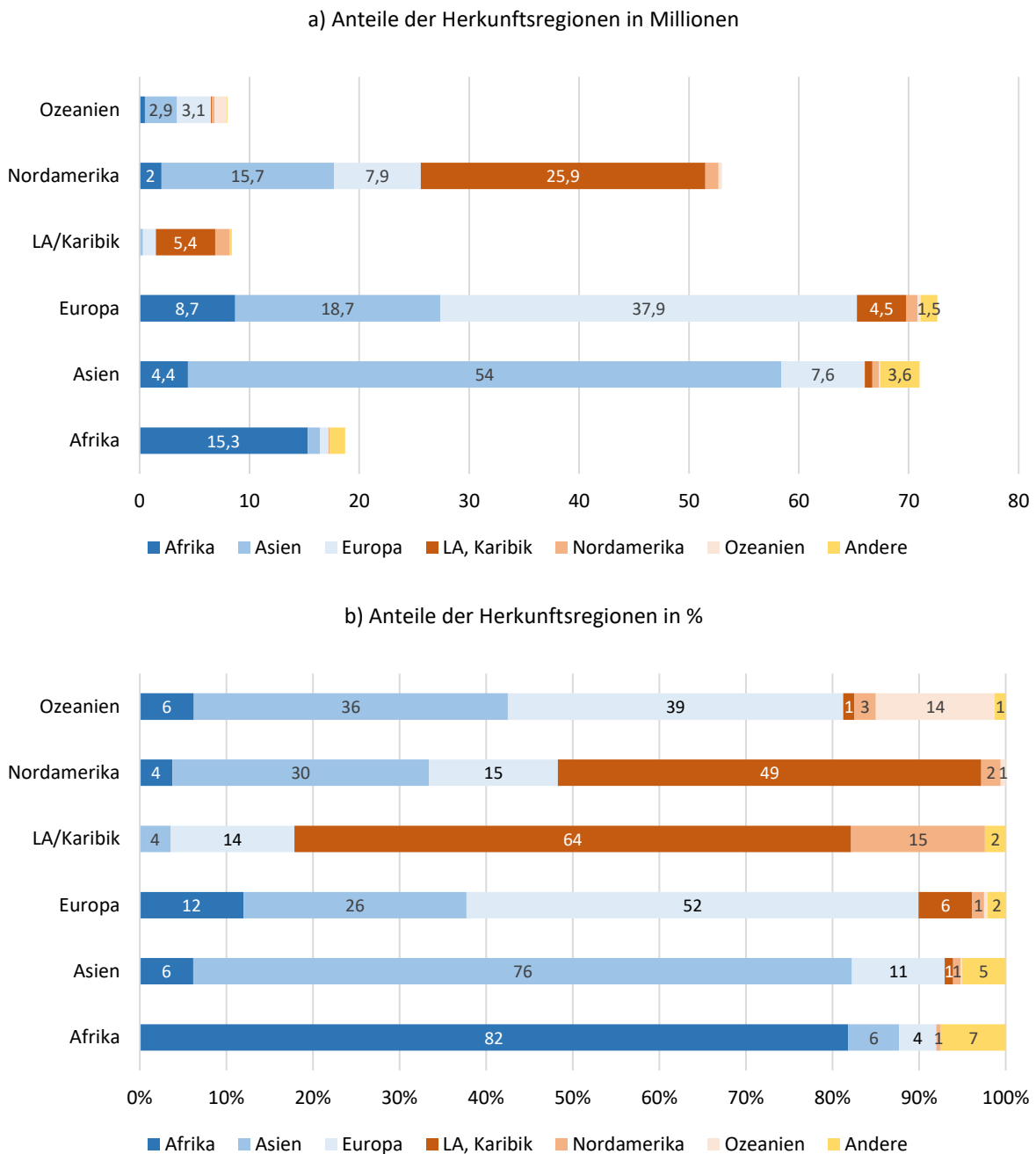
Mehrheitlich aus der Region selbst, aber in geringerem Ausmaß als in Afrika und Asien, sind auch die MigrantInnen in Lateinamerika/Karibik (67%) und Europa (52%). Hingegen stammen nur 2% der MigrantInnen in Nordamerika aus nordamerikanischen Ländern, in Ozeanien sind nur 14% der MigrantInnen aus der Region. Zu berücksichtigen ist die Klassifikation der Regionen, die Anzahl der Länder pro Region, die Bevölkerungsgröße der einzelnen Länder und ihre geografische Größe. So sind beispielsweise in der Klassifikation Nordamerika nur fünf Länder/Gebietseinheiten zugeordnet, Europa mehr als 40. In der Region Nordamerika lebt der Großteil der Bevölkerung in den USA (ca. 320 Millionen) und Kanada (ca. 35 Millionen), auf Grönland entfallen ca. 55.000, auf die zu den französischen Überseegebieten gehörigen Inseln St-Pierre et Miquelon ca. 6.000 Einwohner. Zu Ozeanien zählen Australien (24 Millionen Einwohner), Neuseeland (4,5 Millionen) sowie die Inseln Melo-, Mikro- und Polynesiens. Abbildung 5 illustriert die beschriebenen Größenordnungen in den einzelnen Zielregionen und gibt Auskunft über die Herkunftsregionen der MigrantInnen.

Die höchsten MigrantInnen-Anteile haben 2013 Ozeanien mit 21% (1993 17%) gefolgt von Nordamerika mit 15% (1993 10%) und Europa mit 10% (1993 7%). In den anderen Regionen liegen die Anteile unter 2% mit 1,7% in Afrika, 1,6% in Asien und 1,4% in Lateinamerika/Karibik. In Lateinamerika/Karibik und Afrika ist der Anteil gegenüber 1990 zurückgegangen. Das hat auch damit zu tun, dass die Bevölkerung insgesamt stärker gewachsen ist als die Zahl der MigrantInnen in diesen Regionen. (vgl. UN-DESA 2013b, 5)

Auf Länder-Ebene betrachtet, lebt von der auf 232 Millionen geschätzten Zahl der MigrantInnen (2013) die Hälfte in nur zehn Ländern – nämlich in den USA (46 Millionen), der Russischen Föderation

(11 Millionen), Deutschland (10 Millionen), Saudi-Arabien (9 Millionen), den Vereinigten Arabischen Emiraten (V.A.E) (8 Millionen), Großbritannien (8 Millionen), Frankreich, Kanada, Australien und Spanien. Die größten Zuwächse hatten die USA (+23 Millionen), die V.A. Emirate (+7 Millionen) und Spanien (+6 Millionen). (vgl. UN-DESA 2013b, 5)

Abbildung 5: MigrantInnen nach Zielregionen und Herkunftsregionen im globalen Vergleich, 2013



Quelle: UN-DESA 2013b (Tabelle I.2), eigene Darstellung

2.3.3 Bilaterale Migrationskorridore

Der durchgängig größte bilaterale Migrationskorridor ist der zwischen den USA und Mexiko, wobei vor allem 1990-2000 die Einwanderung von Mexiko in die USA mit ca. 500.000 MigrantInnen pro Jahr enorm war, 2000-2010 lag die Zahl bei durchschnittlich 260.000 MigrantInnen zwischen Mexiko und den USA pro Jahr. Während in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts sieben der zehn größten bila-

teralen Korridore nach Nordamerika bzw. Europa gingen, waren es 2000-2010 fünf Korridore und 2010-2013 drei. Wichtige Korridore, vor allem in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, bestehen zwischen südasiatischen Ländern und ölproduzierenden Golfstaaten. Das ist der Korridor von Indien in die Vereinigten Arabischen Emirate, der durchgängig von 1990-2013 unter den Top-10 liegt, sowie die Wanderung von Bangladesch nach Saudi-Arabien und in die V.A. Emirate.

Große Flüchtlingskorridore bestanden/bestehen zwischen Palästina und Jordanien, Irak und Syrien (2000-2010), Sudan und Süd Sudan (2010-2013), Somalia und Kenia (2010-2013). Durchgängig unter den Top-10 Korridoren ist auch der Korridor zwischen Myanmar und Thailand. Dieser Korridor dürfte sowohl mit der politischen Situation (Ende der Militärdiktatur in Myanmar 2010, politische Polarisierung in Thailand seit Anfang 2000) als auch der wirtschaftlichen Situation (Haushaltshilfen, Pflegerinnen, Kindermädchen aus Myanmar in Thailand) zu tun haben.

In Europa fanden in den 1990er Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Sowjetunion große Wanderungen von Russland und Kasachstan nach Deutschland statt ("Aussiedler"). In den 2000er Jahren zählt die Wanderung von Rumänien nach Italien sowie nach Spanien zu den Top-10 Korridoren. Auch in den Jahren nach Ausbruch der massiven Wirtschaftskrise ist die Wanderung von Rumänien nach Italien einer der wichtigsten Korridore, ebenso wie die Wanderung von Polen nach Großbritannien. (vgl. Abbildung 6)

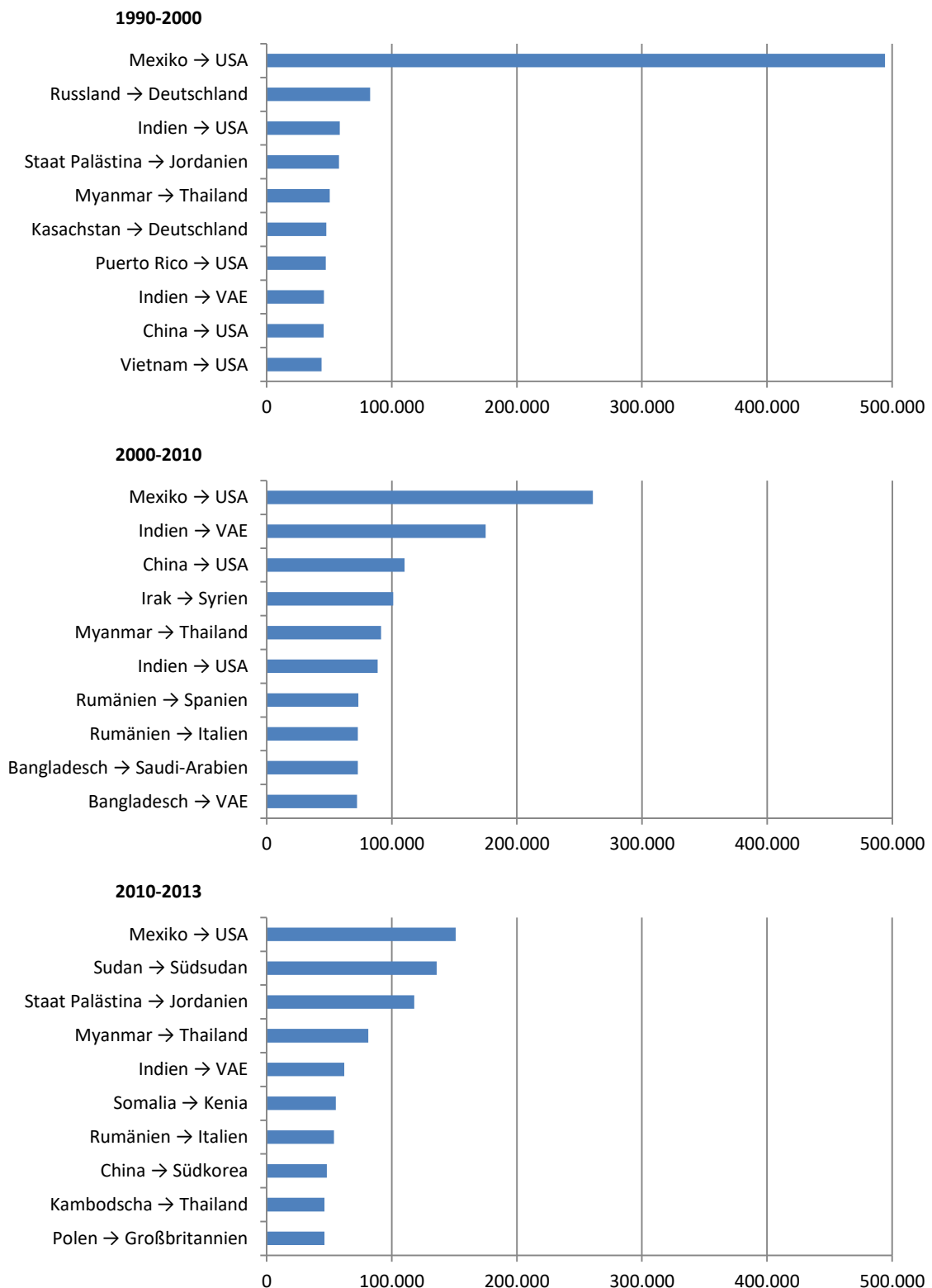
Was migrationspolitische Maßnahmen betrifft, hat sich der Anteil von Regierungen, die Maßnahmen zur Reduktion von Einwanderung setzen, von 40% im Jahr 1996 auf 16% im Jahr 2011 reduziert und der Anteil von Regierungen mit proaktiven migrationspolitischen Maßnahmen von 4% auf 11% erhöht. Der Anteil jener mit Politiken, den Status quo beizubehalten bzw. ohne spezifische Maßnahmen, erhöhte sich von 55% auf 73%. Die Öffnung gegenüber Migration war vor allem in den entwickelten Ländern ausgeprägt, nicht zuletzt infolge der Alterung der Bevölkerungen; hier hat sich der Anteil von Regierungen, die Maßnahmen zur Senkung der Einwanderung setzten, von 60% 1996 auf 10% im Jahr 2011 reduziert. Der Anteil der Länder mit proaktiven Maßnahmen erhöhte sich von 2% 1996 auf 22% 2011. Bei den umgesetzten Maßnahmen besteht ein Trend zur Selektivität gegenüber hochqualifizierten MigrantInnen. 2011 hatten 60% der entwickelten Länder Maßnahmen gesetzt, um die Zuwanderung von Hochqualifizierten zu fördern - gegenüber 32% der Entwicklungsländer. Der relative Anstieg gegenüber 2005 war allerdings in den Entwicklungsländern höher; hier hatten 2005 nur 14% Maßnahmen zugunsten Hochqualifizierter gesetzt gegenüber 41% der entwickelten Länder. (vgl. UN-DESA 2013a, 1f.)

Von den Ländern, die 2011 Maßnahmen zur Erhöhung von Migration setzten, lagen alle in Europa:

- in Osteuropa: Weißrussland, Bulgarien, Polen, die Russische Föderation, die Slowakei und die Ukraine,
- in Nord- und Westeuropa: Finnland, Schweden und Österreich,
- in Südeuropa: San Marino und Slowenien.

Sowohl in den entwickelten Ländern als auch in den Entwicklungsländern sind irreguläre Migrationen ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda. Basierend auf verfügbaren UN-Daten traf dies auf 84% der Regierungen in Afrika zu, auf 79% in Asien, 77% in Europa sowie 60% in Lateinamerika und der Karibik. (vgl. UN-DESA 2013a, 2)

Abbildung 6: Die zehn bilateralen Migrationskorridore mit der jeweils größten Zahl internationaler MigrantenInnen pro Jahr für die Zeiträume 2010-2013, 2000-2010 und 1990-2000

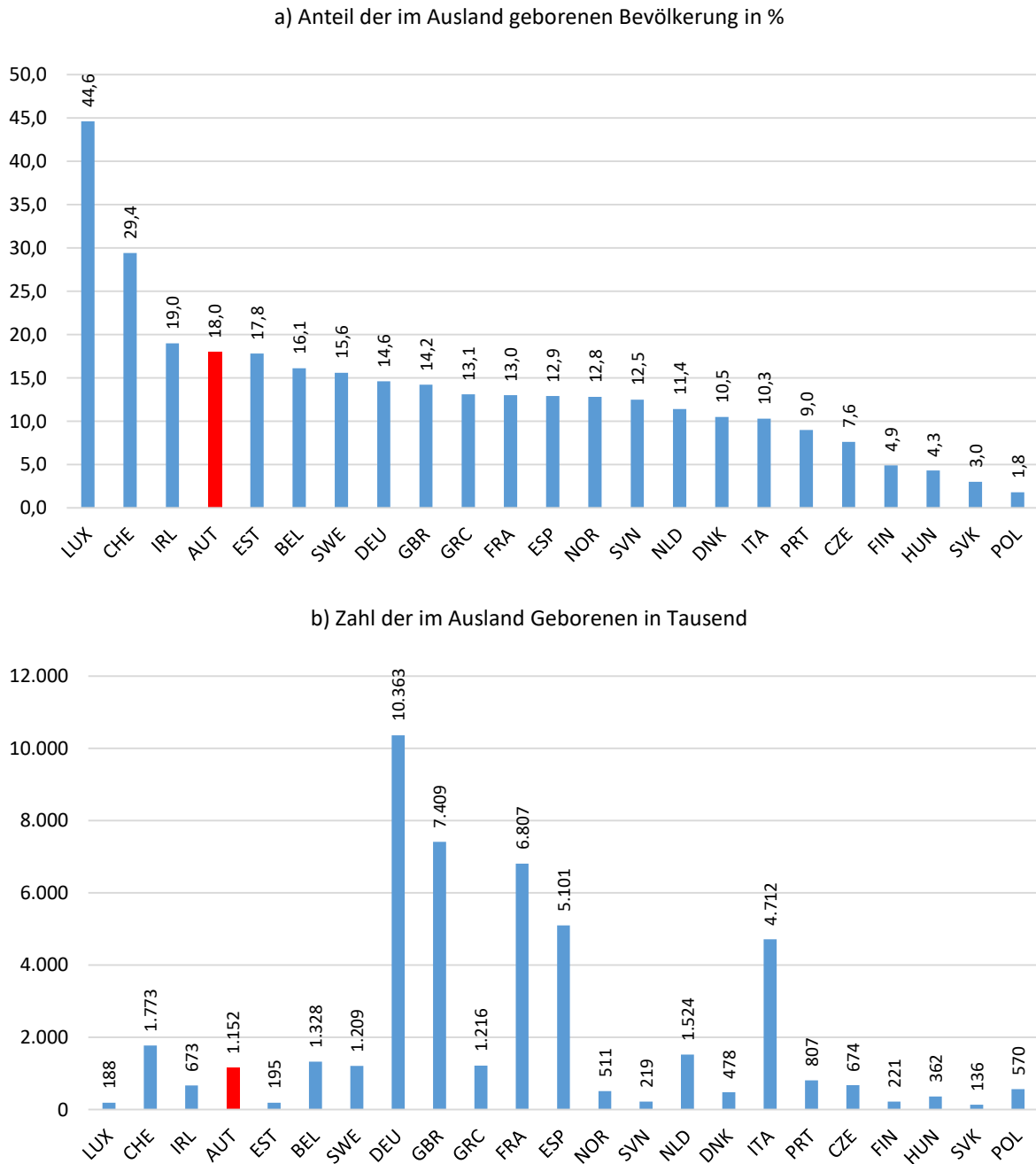


Quelle: UN-DESA 2013b, eigene Darstellung.

Die Top-5 Auswanderungsländer sind Indien, Mexiko, Russland, China und Bangladesch. Von diesen fünf Ländern implementierte Mexiko Maßnahmen zur Senkung der Auswanderung. Im Gegensatz

dazu entwickelte Bangladesch Maßnahmen zur Förderung der Auswanderung. In den anderen drei Ländern wurden keine spezifischen fördernden bzw. einschränkenden Maßnahmen gesetzt.

Abbildung 7: Zahl und Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung (15 Jahre und älter) im Vergleich der europäischen OECD-Staaten 2010/11



Quelle: Arslan et al. (2014) Tabelle 4, eigene Darstellung.

Im globalen Vergleich setzten 24% der Länder Maßnahmen zur Reduktion der Auswanderung, 9% zur Förderung der Auswanderung und zwei Drittel (67%) hatten keine spezifischen diesbezüglichen Maßnahmen. (vgl. UN-DESA 2013a, 3) Eine wachsende Zahl von Ländern entwickelt Maßnahmen, um Ausgewanderte zurückzugewinnen. Im Jahr 1996 waren es 43%, gegenüber 51% 2005 und 63% 2011. Während in der Vergangenheit vor allem Entwicklungsländer Maßnahmen setzten - im Jahr 2005 nämlich 60% der Entwicklungsländer gegenüber 31% der entwickelten Ländern, ergreifen nunmehr

auch eine Mehrheit der entwickelten Länder (2011 54%) ‚Rückholmaßnahmen‘. Von den Entwicklungsländern sind es 66%. (vgl. UN-DESA 2013a, 3)

Den UN-Daten zufolge lag 2013 der Anteil der im Ausland Geborenen Bevölkerung in Europa bei ca. 10%. Wie angeführt, stellt dies einen Durchschnittswert über mehr als 40 Länder dar, darunter Russland mit mehr als 140 Millionen EinwohnerInnen, einem Land, das zu den derzeitigen Top-5 Auswanderungsländern zählt. Unter den europäischen OECD-Mitgliedstaaten ist die Bandbreite der im Ausland geborenen Bevölkerung sehr groß und reichte 2010/11 von 1,8% in Polen bis 44,6% in Luxemburg. Österreich ist mit einem Anteil von 18% unter den Ländern mit hohem Migrationsanteil. In absoluten Zahlen leben in Europa die meisten MigrantInnen in Deutschland (10,4 Millionen), Großbritannien (7,4 Millionen), Frankreich (6,8 Millionen), Spanien (5,1 Millionen) und Italien (4,7 Millionen). Von der österreichischen Bevölkerung wurden 1,2 Millionen im Ausland geboren. Abbildung 5 veranschaulicht die beschriebenen Größenordnungen und Anteile für die europäischen OECD-Mitgliedstaaten.

2.3.4 Daten der OECD zu dauerhafter und temporärer Migration

Im Bereich der evidenzbasierten Politikgestaltung ist die OECD eine wichtige Akteurin im Bereich der Migrationspolitik, die eine umfassende Datenbasis zu migrationsrelevanten Bereichen aufgebaut hat, jährlich Analysen zur Entwicklung des weltweiten Migrationsgeschehens herausgibt, allen voran den „International Migration Outlook“, zu spezifischen Themen sowie regionale Monitorings und Analysen durchführt. So wurde neben Schweden, Deutschland, Neuseeland und Norwegen auch Österreichs Arbeitsmigrationspolitik von der OECD bewertet. (vgl. OECD 2014A)

Die OECD unterscheidet in ihren Statistiken (OECD 2013) im Wesentlichen zwischen drei Formen der Zuwanderung, die ein Resultat migrationspolitischer amtlicher Regelungen sind:

- Migration zum Zweck der Niederlassung
- Temporäre Migration
- Zustrom Asylsuchender

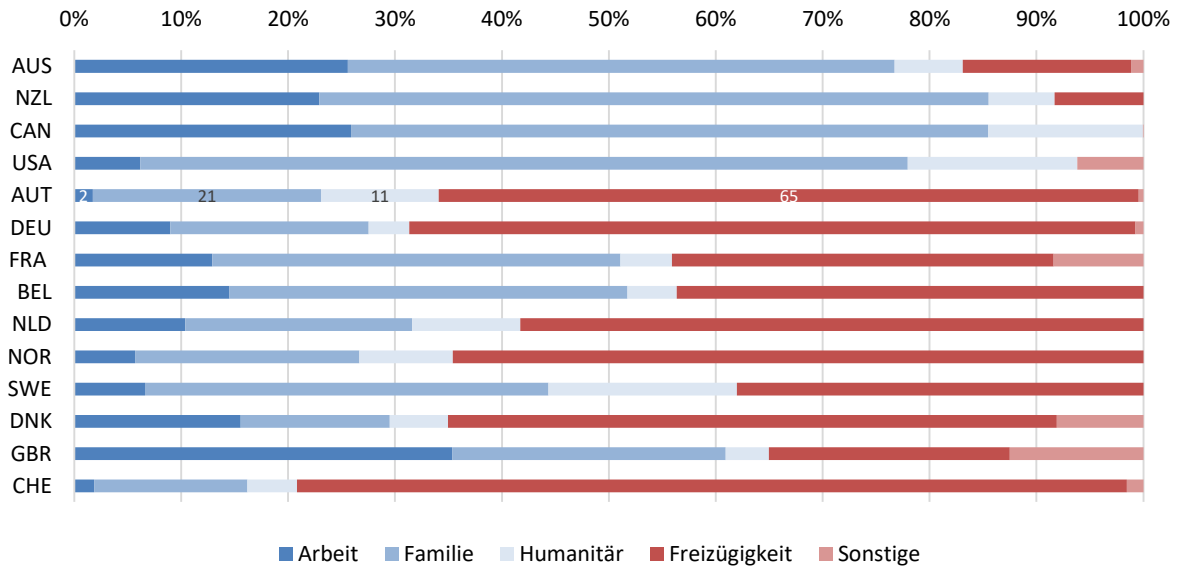
Migration zum Zweck der Niederlassung

Die dauerhafte Niederlassung von AusländerInnen kann aus unterschiedlichen Gründen gewährt werden, nämlich zum Zweck der Arbeitsaufnahme, der Familiengründung oder -zusammenführung (inkl. begleitende Familienmitglieder), aus humanitären Gründen, infolge von Freizügigkeit, sowie je nach Aufnahmeland aus anderen „sonstigen“ Gründen.

Dauerhafte Niederlassungsbewilligungen in der Kategorie Arbeit haben die Arbeitsaufnahme zum Ziel, entweder über Unternehmersponsoring (nachfrageorientiertes Einwanderungsmodell nach dem Muster der USA) oder über den Nachweis ausreichender Qualifikationen (angebotsorientiertes Einwanderungsmodell nach dem Muster von Kanada und Australien). Familienzusammenführungen setzen das Vorhandensein von Ankerpersonen, die über eine Niederlassungsgenehmigung im Ziel land verfügen, voraus. Die Bewilligung zur Niederlassung aus humanitären Gründen kann als Ergebnis erfolgreicher Asylverfahren erteilt werden. Im Fall der EU basiert Freizügigkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten auf den EU-Verträgen, während die Freizügigkeit in Australien und Neuseeland auf einem zwischenstaatlicher Abkommen beruht. Bezogen auf die Zahlen in den EU-Ländern ist festzuhalten, dass die Kategorien ‚Arbeit‘, ‚Familie‘ und ‚Humanitär‘ nur auf Migrant/inne/n aus Drittstaaten anwendbar sind, während sich die große Kategorie der Freizügigkeit auf Migration aus den EU-

Mitgliedsstaaten bezieht. In Österreich fallen rund zwei Drittel der Niederlassungsbewilligungen in diese Kategorie.

Abbildung 8: Zustrom von AusländerInnen mit Niederlassungsrecht 2011 in ausgewählten OECD-Ländern

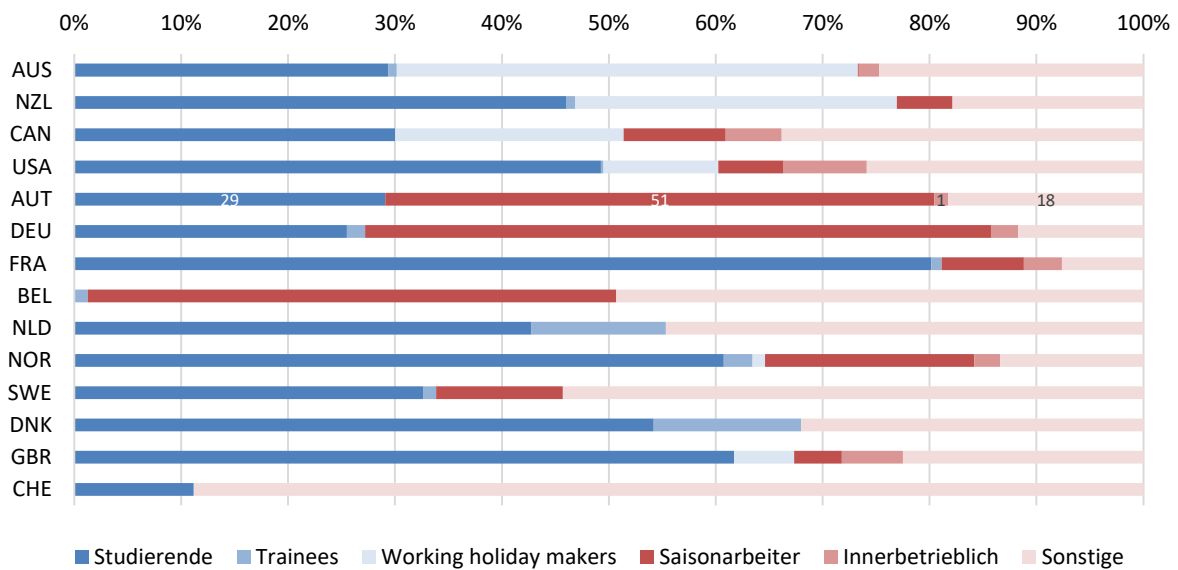


Quelle: OECD International Migration Outlook 2014, eigene Berechnung und Darstellung

Temporäre Migration

Im Zusammenhang mit befristeter Migration unterscheidet die OECD zwischen internationalen Studierenden, Trainees, Working holiday makers, Saisonarbeitern, innerbetrieblichen Transfers und sonstigen befristeten Aufenthaltstiteln.

Abbildung 9: Temporäre Migration 2011 in ausgewählten OECD-Ländern



Quelle: OECD International Migration Outlook 2014, eigene Berechnung und Darstellung

Während die Kategorie ‚internationale Studierende‘ sowohl Austauschstudierende, als auch individuell im Ausland Studierende umfasst, handelt es sich bei ‚Trainees‘ meist um Nachwuchskräfte im Rahmen von Förderprogrammen von internationalen Unternehmen. Die Kategorie ‚Working holiday makers‘ ist vor allem in angelsächsischen Ländern gebräuchlich. In Österreich wurde sie erst 2014 eingeführt, eingeschränkt auf Neuseeland, Korea, Hongkong und Taiwan und auf 6 Monate. Sie erfasst meist gut qualifizierte Personen zwischen 18-30 Jahren, die im Rahmen bilateraler, zwischenstaatlicher Abkommen Reisen mit kurzfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten kombinieren.

Tabelle 3: Migrationsströme zum Zweck der Niederlassung im Vergleich mit temporärer Zuwanderung (2011)

Zustrom mit Niederlassungsrecht in %														
	AUS	NZL	CAN	USA	AUT	DEU	FRA	BEL	NLD	NOR	SWE	DNK	GBR	CHE
Arbeit	25,6	22,9	25,9	6,2	1,7	9,0	12,9	14,6	10,4	5,7	6,7	15,5	35,3	1,9
Familie	51,2	62,7	59,6	71,8	21,4	18,6	38,2	37,2	21,2	20,9	37,7	14,0	25,6	14,3
Humanitär	6,4	6,1	14,5	15,9	11,0	3,8	4,8	4,7	10,1	8,8	17,7	5,3	4,0	4,7
Freizügigkeit	15,8	8,3	65,4	67,9	35,7	43,7	58,2	64,6	38,0	56,9	22,5	77,6
Sonstige	1,1	..	0,0	6,2	0,3	0,7	8,4	8,0	12,5	1,5
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Gesamt in Tsd.	219,5	44,5	248,7	1061,4	58,4	290,8	240,7	61,8	105,6	61,6	71,8	41,3	322,6	124,3
Zustrom mit temporärem Aufenthaltsrecht in %														
	AUS	NZL	CAN	USA	AUT	DEU	FRA	BEL	NLD	NOR	SWE	DNK	GBR	CHE
Studierende	29,3	46,0	30,0	49,3	28,9	25,5	80,2	..	42,7	60,9	32,5	54,7	61,7	11,2
Trainees	0,8	0,9	..	0,2	..	1,7	1,0	1,6	12,4	2,3	1,3	14,2	..	0,0
Working holid.	43,1	30,1	21,4	10,7	0,8	5,7	..
Saisonarbeiter	0,1	5,2	9,5	6,1	51,6	58,6	7,8	49,6	..	19,5	12,0	..	4,4	..
Innerbetrieb.	1,9	..	5,3	7,8	1,3	2,5	3,6	2,3	5,7	..
Sonstige	24,7	17,9	33,8	25,9	18,2	11,7	7,6	49,6	44,5	13,3	54,3	32,1	22,5	88,8
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Gesamt in Tsd.	430	149,8	257	908,2	15,9	286	81,2	12,7	27,4	12,8	31,7	10,6	366,3	104,3

Quelle: OECD International Migration Outlook 2014, eigene Darstellung

Bewilligungen zur Saisonarbeit werden in bestimmten Branchen in Zeiten erhöhten Arbeitsanfalls erteilt. ‚Innerbetriebliche Transfers‘ entstehen dann, wenn ein Betrieb Mitarbeiter zeitlich befristet in anderen Niederlassungen beschäftigt.

Ein Vergleich des Zustroms von Personen, die sich niederlassen, mit der Zahl der Personen, die nur vorübergehend ins Land kommen (Tabelle 3), zeigt, dass in Kanada, USA, Deutschland und dem Vereinigten Königreich etwa ebenso viele Leute mit einem temporären Aufenthaltstitel im Jahr zuwandern, wie Personen mit dauerhaftem Niederlassungsrecht. In Australien und Neuseeland hingegen ist die Zahl der temporären Aufenthalte bedeutend höher als die der Niederlassungsberechtigten. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Zuwanderer mit Niederlassungsrecht in Österreich ebenso wie in Schweden, Frankreich und Norwegen, nicht zuletzt wegen der Freizügigkeit innerhalb der EU, bedeutend höher als die Zahl der Drittstaatsangehörigen mit befristetem Aufenthaltsrecht.

Der Großteil der Migrant/innen mit temporärem Aufenthaltsrecht kommt mit dem Ziel der Arbeitsaufnahme ins Land. So sind neben den Saisonarbeiter/innen und sonstigen befristet Beschäftigten auch ‚working holiday makers‘ Arbeitskräfte; bei Letzteren handelt es sich um Studierende auf Reisen, die sich ihren Aufenthalt im Ausland über Arbeit in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten finanzieren.

Australien genehmigt keine Niederlassung für Personen mit einfachen Qualifikationen, nicht zuletzt weil diese Tätigkeiten typischerweise von den ‚working holiday makers‘ ergriffen werden.

Zustrom Asylsuchender

Die Zahl der Asylsuchenden wird von der OECD nicht den oben genannten Kategorien der Migrationen zugeordnet, sondern gesondert dargestellt. Eingang in die Migrationsstatistik erhalten sie erst, sobald ein Niederlassungsrecht aus humanitären Gründen erteilt wurde. Da die OECD sich im Zusammenhang mit Flucht und Asyl auf Daten des UNHCR stützt, wird dieser Themenbereich im nächsten Abschnitt auf Basis der UNHCR-Daten ausgeführt.

2.3.5 Daten des UNHCR zu Flucht und Asyl

Obwohl es Flucht und staatlichen Schutz von Flüchtlingen schon in vorangegangenen Jahrhunderten gab, ist die moderne, weltweite Flüchtlingspolitik erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden. Asyl und die Rechte von Flüchtlingen basieren auf der Internationalen Erklärung der Menschenrechte (1948), vor allem aber auf der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) und ihrem Ergänzungsprotokoll (1967), sowie auf einer Reihe von regionalen Folgedokumenten. Diese internationalen Verträge spezifizieren die Rechte von Flüchtlingen und die Verpflichtung aller Signatarstaaten, diese Rechte zu schützen. In der Genfer Flüchtlingskonvention werden etwa die folgenden Rechte explizit angeführt:

- Recht auf Nicht-Zurücksendung in das Herkunftsland
- Recht, nicht ausgewiesen zu werden
- Recht, nicht für eine illegale Einreise bestraft zu werden
- Recht auf Arbeit
- Recht auf Unterbringung
- Recht auf Bildung
- Recht auf öffentliche Unterstützung
- Recht auf Religionsausübung
- Recht auf Zugang zur Gerichtsbarkeit
- Recht auf Bewegungsfreiheit innerhalb des Aufnahmelandes
- Recht auf die Ausstellung von Identitäts- und Reisedokumenten.

UNHCR ist das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen und fungiert als globaler Hüter der Genfer Konvention. Teil seines Mandats ist die Erstellung der weltweit umfassendsten Statistik zu Vertreibung, Flucht und Asyl (UNHCR 2015).

Die Gesamtheit der in dieser Statistik enthaltenen Bevölkerung („total population of concern“) setzt sich aus den folgenden Kategorien zusammen (siehe UNHCR 2015: S. 56):

- Flüchtlinge und Personen in Flucht-ähnlichen Situationen
Dabei handelt es sich um Personen, die nach der UN-Flüchtlingskonvention 1951 und anderen internationalen Vereinbarungen als Flüchtlinge oder Personen in Flucht-ähnlichen Situationen anerkannt wurden.¹⁴

¹⁴ Der Status als Flüchtling kann entweder auf Basis individueller Überprüfungen (z.B. im Rahmen von Asylverfahren), oder auf Basis von Gruppenentscheidungen in Situationen von Massenflucht.

- Asylsuchende
Asylsuchende sind Personen, die internationalen Schutz beantragt, aber deren Status als Flüchtling noch nicht offiziell anerkannt wurde.¹⁵
- Intern dislozierte Personen („internally displaced persons, IDPs“)
IDPs sind Personen, die ihre Heimat aufgrund von bewaffneten Konflikten oder von Naturereignissen verlassen haben, dabei aber keine internationale Grenze überschritten haben.
- Zurückgekehrte IDPs
Personen, die mit Hilfe des UNHCR im Berichtsjahr in ihre Heimatregion zurückgekehrt sind.
- Zurückgekehrte Flüchtlinge
Dabei handelt es sich um frühere Flüchtlinge, die in ihr Heimatland zurückgekehrt, aber noch nicht voll integriert sind.
- Staatenlose unter dem UNHCR-Mandat
Dabei handelt es sich um Personen, die über keine Staatsbürgerschaft verfügen.
- Andere schutzbedürftige Personen („persons of concern“)
Personen, die in keine der zuvor genannten Kategorien fallen, aber trotzdem vom UNHCR als schutzbedürftig betrachtet werden.

Mit einer Gesamtsumme von 59,5 Millionen vertriebener Personen war 2014 das Jahr mit den meisten vertriebenen Personen seit Beginn der Aufzeichnungen. Insgesamt 13,9 Millionen wurden erst 2014 Opfer von Vertreibung. Betrachtet man die Gesamtsumme, dann besteht sie aus 38,2 Millionen IDPs, 19,5 Millionen Flüchtlingen und 1,8 Millionen Asylwerbern. Die mit fast zwei Drittel überwiegende Mehrheit der vertriebenen Personen hält sich also noch in den Herkunftsländern mit kriegerischen Auseinandersetzungen auf, während knapp unter einem Drittel der Vertriebenen ins Ausland geflohen sind und damit als Flüchtlinge oder Asylwerber registriert wurden.

Die wichtigsten drei Herkunftsländer (Syrien 3,87 Mio., Afghanistan 2,59 Mio., Somalia 1,11 Mio.) sind für 53%, die wichtigsten zehn Herkunftsländer für insgesamt 77% aller Flüchtlinge weltweit verantwortlich. Dies zeigt, wie stark sich eine geringe Anzahl bewaffneter Konflikte auf globale Flüchtlingsströme auswirkt, bzw. dass die Weltgemeinschaft ein großes Interesse an der Konfliktvermeidung und –eindämmung haben muss.

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind es nicht die Industrieländer, sondern vielmehr Länder in sich entwickelnden Regionen¹⁶, die mit 86% den Hauptanteil der weltweit registrierten Flüchtlinge¹⁷ aufgenommen haben. Erstmals an der Spitze der Aufnahmeländer befand sich 2014 die Türkei (1,59 Mio.), gefolgt von Pakistan (1,50 Mio.) und dem Libanon (1,15 Mio.). Jedes einzelne dieser drei Länder beherbergte mehr Flüchtlinge als die Gesamtheit der EU-28 Mitgliedsländer (1,09 Mio.).

Wenn man eine Liste der weltweit wichtigsten Länder der 2014 eingereichten Asylanträge erstellt, ergibt sich aber ein anderes Bild der Aufnahmeländer. Hier führt die Russische Föderation (267.764) deutlich vor Deutschland und Frankreich. Insgesamt sind unter den 10 führenden Aufnahmeländern sechs westliche Industrienationen zu finden. Dies lässt die Vermutung zu, dass das Instrument der individuellen Asylverfahren vor allem in westlichen Industrieländern eingesetzt wird, während das

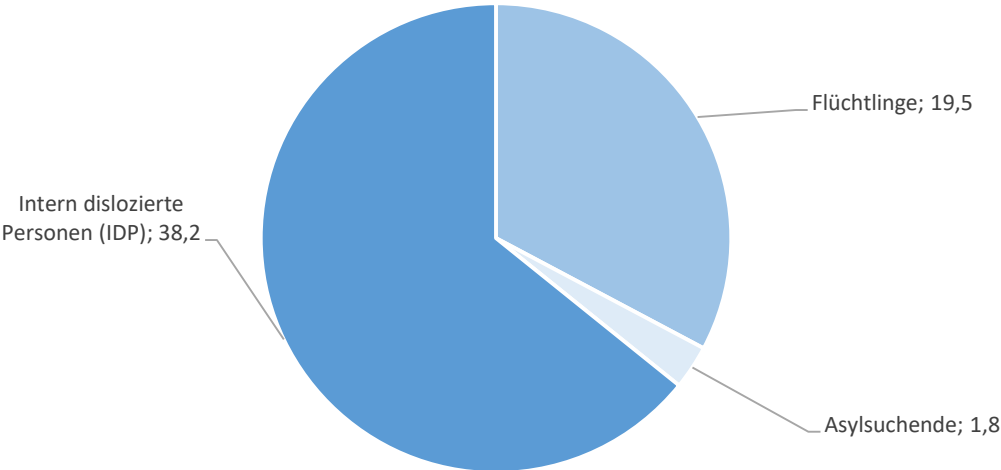
¹⁵ Statistisch unterschieden wird zwischen den zu Beginn eines Berichtsjahres noch laufenden Verfahren („pending cases“), und den im Verlauf eines Berichtsjahres eingebrachten Asylanträgen („applications“).

¹⁶ Nach der Definition von <https://unstats.un.org/unsd/methods/m49/m49regin.htm>

¹⁷ Da viele Industriestaaten keine Flüchtlingsstatistiken führen, schätzt das UNHCR die Zahl der Flüchtlinge in diesen Ländern auf Basis der positiv erledigten Asylanträge der letzten 10 Jahre.

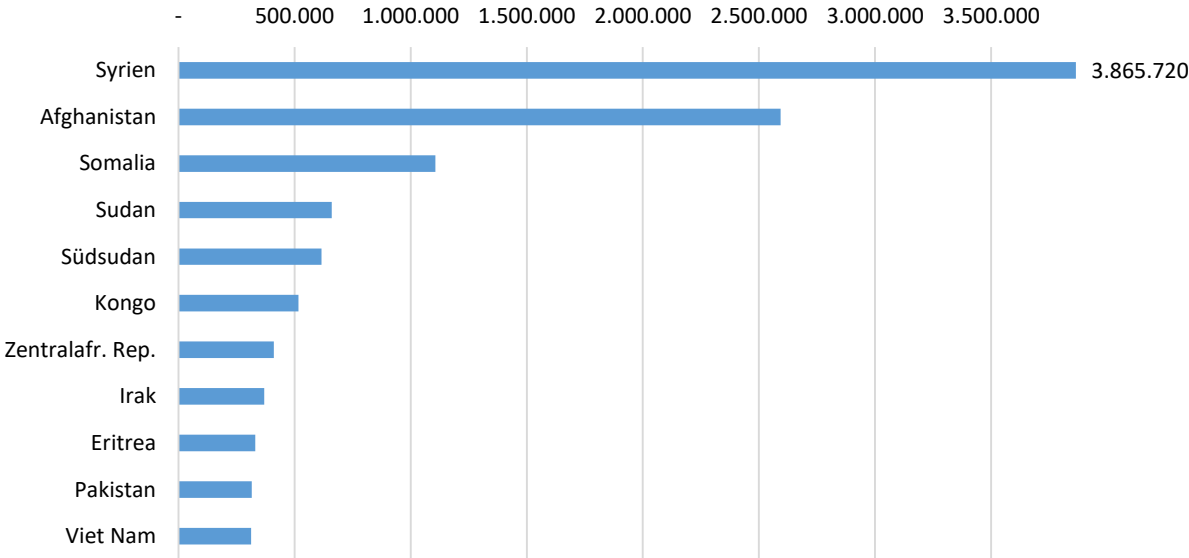
Instrument der Gruppenentscheidung über die Anerkennung des Flüchtlingsstatus vor allem in Situationen der Massenflucht, und hier besonders von Ländern, die direkt an Staaten mit kriegerischen Auseinandersetzungen angrenzen, eingesetzt wird.

Abbildung 10: Vertriebene Personen weltweit 2014 (in Millionen)



Quelle: UNHCR 2015, eigene Darstellung

Abbildung 11: Flüchtlinge, die 10 wichtigsten Herkunftsländer 2014

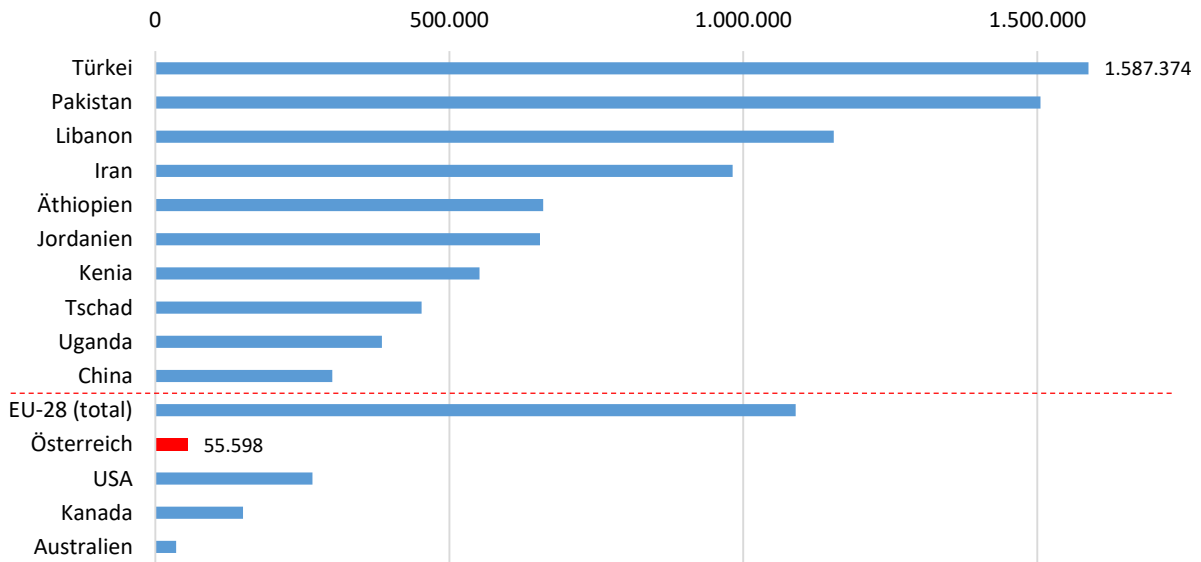


Quelle: UNHCR 2015, eigene Darstellung

Die UNHCR-Statistik erlaubt es auch, die Belastung der Aufnahmeländer von AsylwerberInnen anhand der Indikatoren ‚Flüchtlinge je US\$ des Pro-Kopf-BIP‘, ‚Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner‘ und ‚Flüchtlinge pro km²‘ zu vergleichen. Ein wesentlicher Vorteil dieser und anderer internationaler akkordierter Erhebungsverfahren liegt darin, die jeweiligen Belastungen in standardisierter Weise messbar und damit auch vergleichbar zu machen.

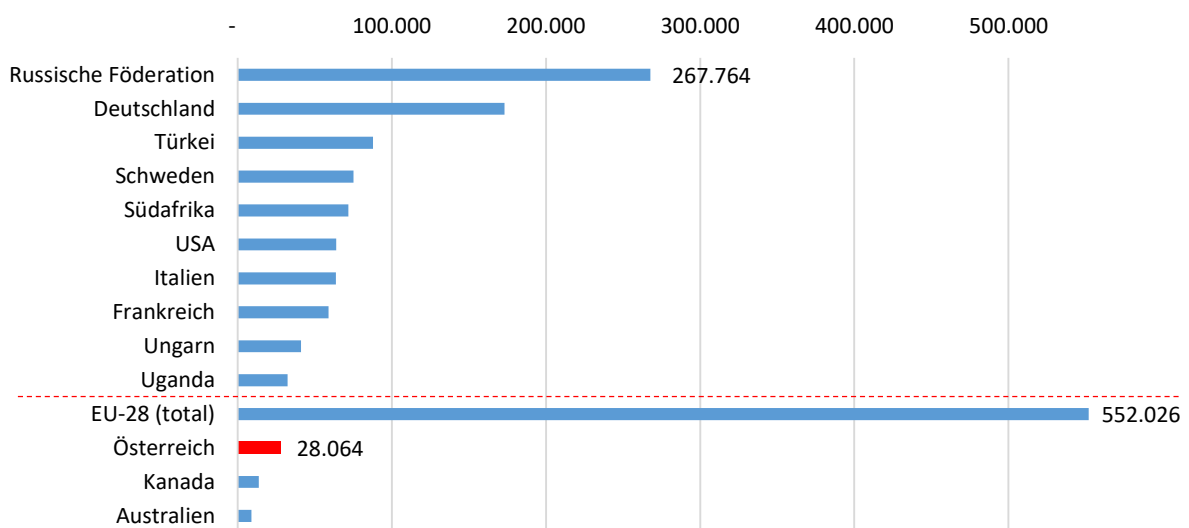
In der ersten Kategorie führt Äthiopien mit 440 Flüchtlingen je US\$ des Pro-Kopf-BIP, vor Pakistan (315) und dem Tschad (202), während im Durchschnitt der EU-28 nur knapp 1 Flüchtling je US\$ des Pro-Kopf-BIP anfallen. In dieser Top-10 Liste der Aufnahmeländer befinden sich nur afrikanische (8) und asiatische (2) Staaten.

Abbildung 12: Anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (ohne Asylwerber in laufenden Verfahren); die 10 wichtigsten Aufnahmeländer 2014 im Vergleich zu den EU-28 (total) und wichtigen Industrieländern



Quelle: UNHCR 2015, für Österreich Ende 2013, davon 22.745 in laufenden Asylverfahren; eigene Darstellung. <http://www.unhcr.org/globaltrends/2014-GlobalTrends-annex-tables.zip>, Table 1.

Abbildung 13: Asylanträge, die 10 wichtigsten Zielländer 2014 für neu eingereichte Anträge im Vergleich zu den EU-28 (total) und zu wichtigen Industrienationen

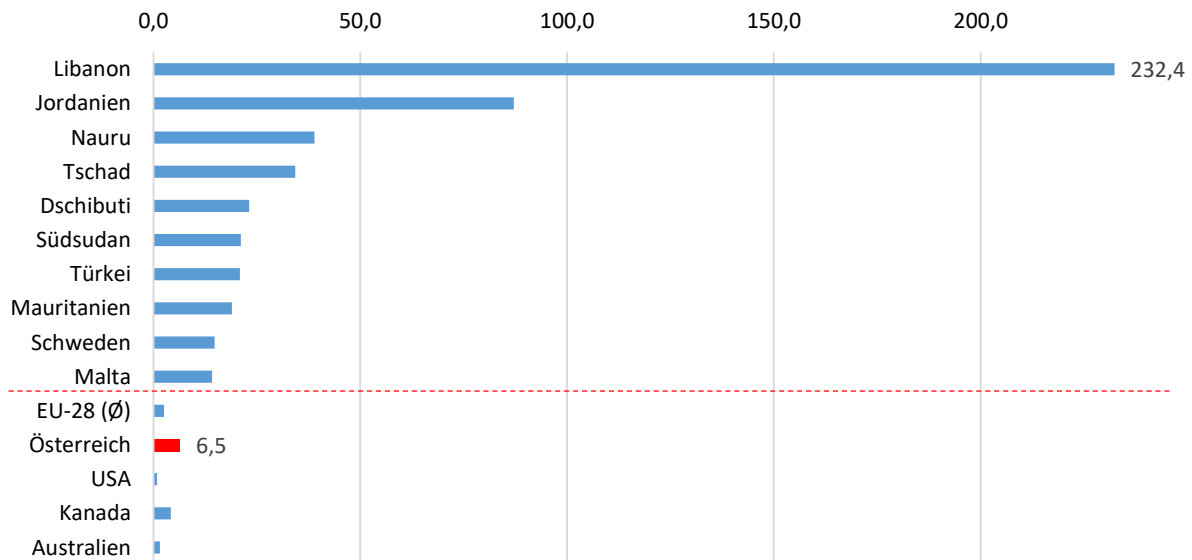


Quelle: UNHCR 2015, siehe oben, Table 9; eigene Darstellung.

Die Liste der Länder mit den meisten Flüchtlingen pro 1.000 Einwohner wird mit großem Abstand vom Libanon (232) angeführt, gefolgt von Jordanien (87) und dem pazifischen Inselstaat Nauru (40). In diesen Top-10 Ländern sind auch zwei europäische Staaten gelistet, nämlich Schweden (14,8) und

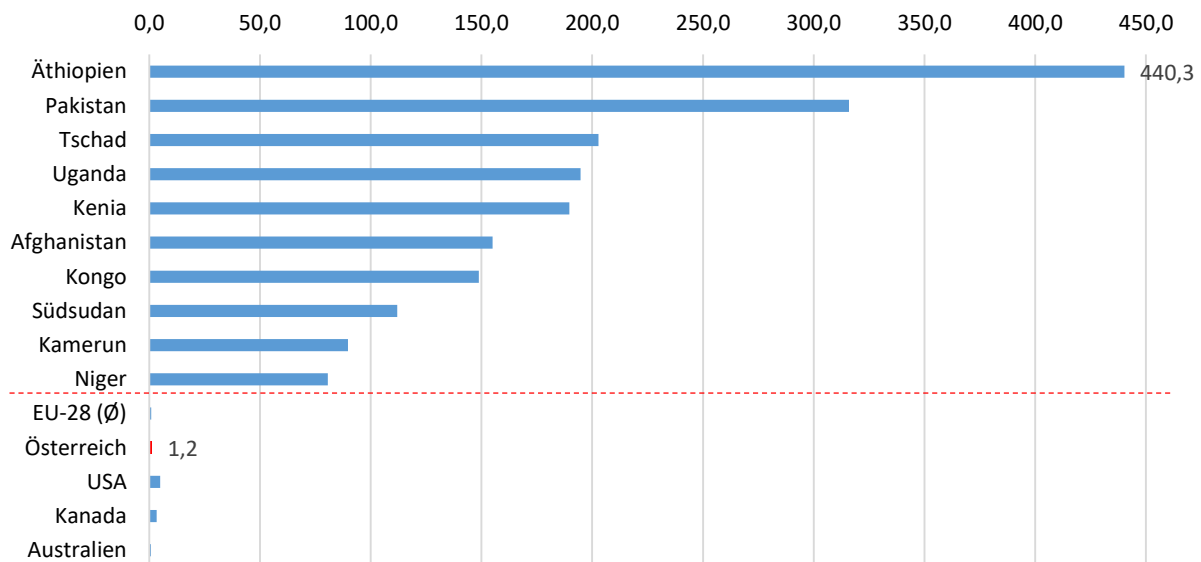
Malta (14,2), während im Durchschnitt der EU-28 nur 2,5 Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner aufgenommen wurden.

Abbildung 14: Zahl der Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner, die 10 wichtigsten Aufnahmeländer 2014 im Vergleich zum EU-28-Durchschnitt und zu wichtigen Industrieländern



Quelle: UNHCR 2015, eigene Darstellung

Abbildung 15: Zahl der Flüchtlinge je US\$ des Pro-Kopf-BIP, die 10 ärmsten Aufnahmeländer im Vergleich zum EU-28 Durchschnitt und zu wichtigen Industrieländern



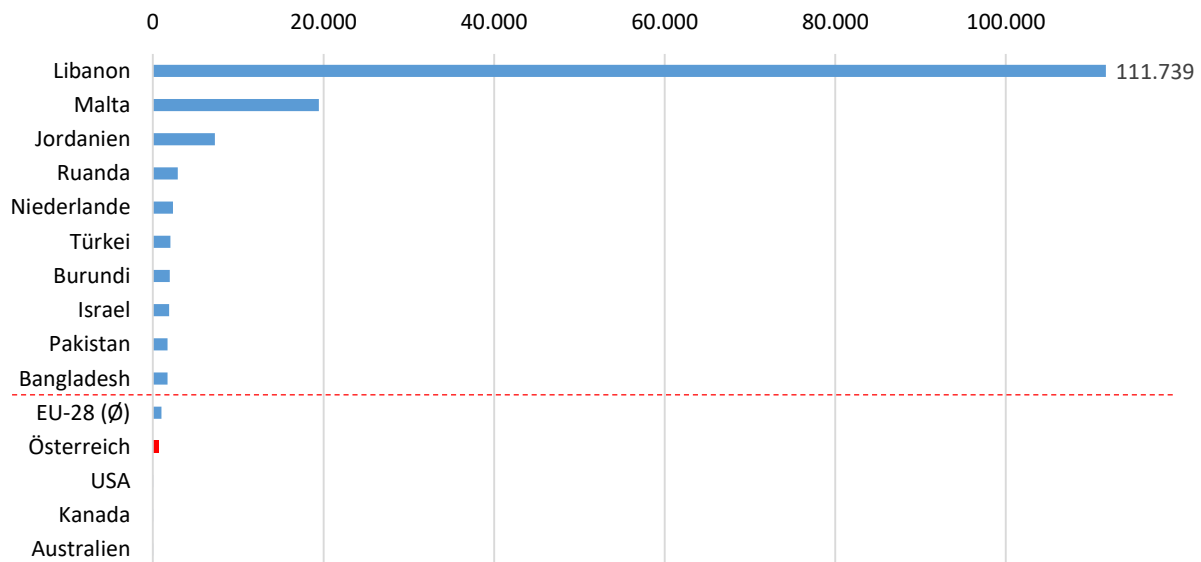
Quelle: UNHCR 2015, eigene Darstellung

Sieht man sich die Zahl der Flüchtlinge pro km² an, dann führt auch hier der Libanon (111.739) mit großem Abstand, vor Malta (19.473) und Jordanien (7.260). V.a aufgrund der hohen Aufnahmequote von dicht besiedelten Ländern wie Malta und die Niederlande ergibt sich für die EU-28 im Durchschnitt die Zahl von 983 Flüchtlingen pro km².

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich bei Flucht und Asyl um international verbriefte Menschenrechte handelt, für deren Sicherstellung die Signatarstaaten in Abstimmung mit der internatio-

nenalen Gemeinschaft verantwortlich sind. Die Zahl der Flüchtlinge ist in den letzten Jahren stark gestiegen, wobei der bei weitem überwiegende Anteil der Belastungen nicht auf entwickelte Nationen sondern auf Länder in sich entwickelnden Regionen, die zumeist an die Konfliktherde direkt angrenzen, entfällt.

Abbildung 16: Zahl der Flüchtlinge pro km², die 10 am dichtesten mit Flüchtlingen besiedelten Aufnahmeländer 2014 im Vergleich mit dem EU-28 Durchschnitt und mit wichtigen Industrieländern



Quelle: UNHCR 2015, eigene Darstellung

2.4 Migration in Österreich

2.4.1 MigrantInnen in Österreich nach Migrationstyp

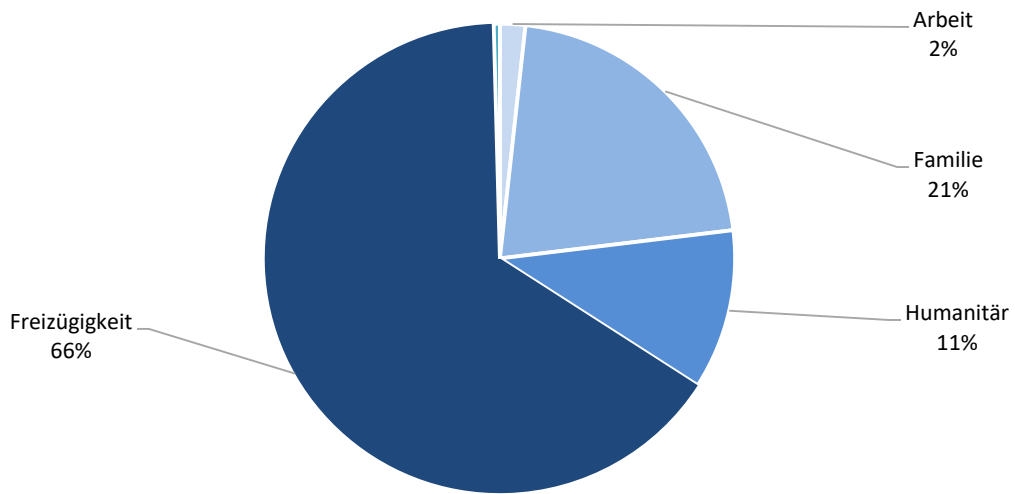
Analysiert man den Zustrom von MigrantInnen mit dauerhaftem Niederlassungsrecht nach Österreich auf Basis von OECD-Daten, dann lässt sich feststellen, dass 2011¹⁸ zwei Drittel dieses Zustroms auf Basis von Freizügigkeit erfolgte. Da diese Kategorie der Migration auf Basis der EU Niederlassungsfreiheit erfolgt, kann sie mit Migration aus EU Mitgliedsländern gleichgesetzt werden.

Das verbleibende Drittel kann damit als Zustrom von MigrantInnen aus Dritt-Staaten, d.h. Staaten außerhalb der EU, interpretiert werden. Nur 2% des Gesamtzustroms von Drittstaatsangehörigen basiert auf arbeitsbezogenen Niederlassungen, 21% auf Familienzusammenführungen und 11% auf humanitären Gründen.

Wiederum auf Basis der OECD-Daten und –Kategorien lässt sich auch die temporäre Migration in Österreich darstellen. Hier überwiegen mit 52% eindeutig die Saisonarbeiter, gefolgt von 29% internationaler Studierender (Drittstaatsangehörige), 1% innerbetrieblichen Transfer, sowie 18% sonstiger Formen temporärer Aufenthalte.

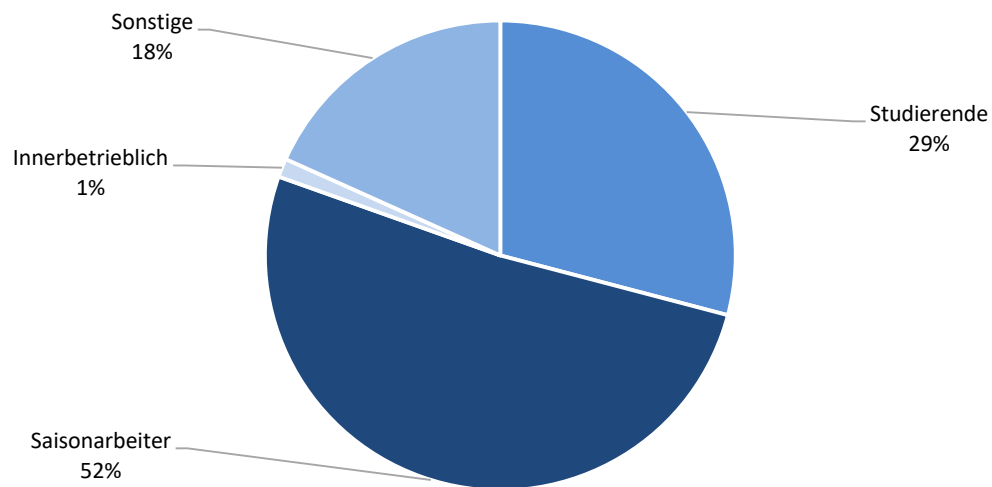
¹⁸ Das Jahr 2011 wurde gewählt, da hierfür international vergleichbare Daten zur Verfügung stehen.

Abbildung 17: Zustrom von AusländerInnen nach Österreich mit dauerhaftem Niederlassungsrecht, 2011



Quelle: OECD 2014B, eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 18: Temporäre Migration in Österreich, 2011

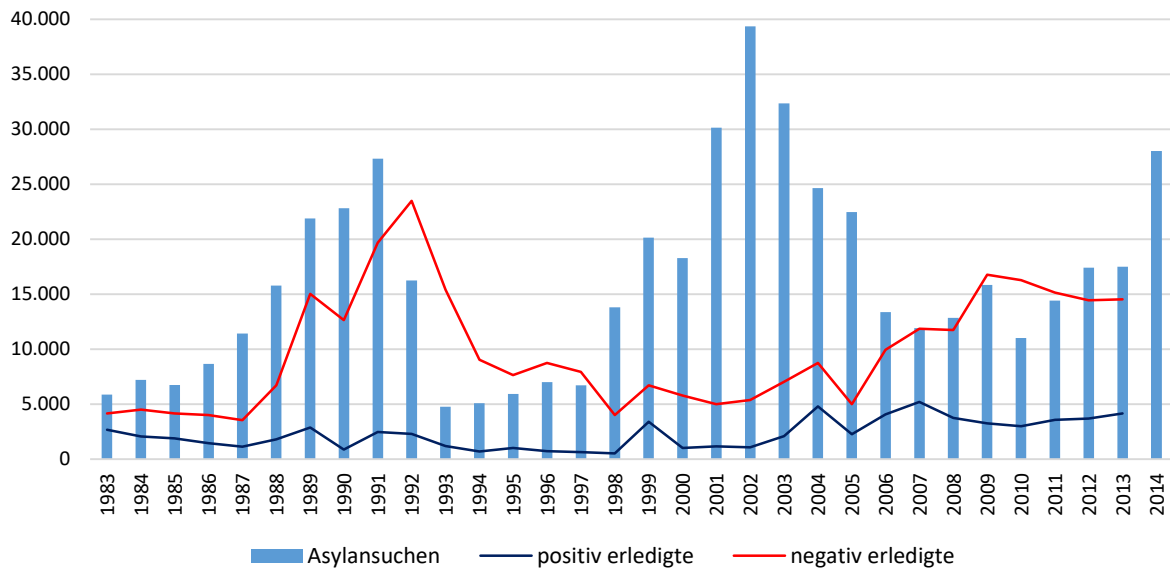


Quelle: OECD 2014B, eigene Berechnung und Darstellung

Der jährliche Zustrom von Asylsuchenden schwankt stark, wie Abbildung 19 für die Jahre 1983-2014 zeigt. Sichtbar wird anhand dieser Grafik auch, dass die Zahl der negativ erledigten Asylansuchen in der Vergangenheit immer über der Zahl der positiv erledigten Ansuchen lag. Die Zahl der Asylansuchen stieg 2014 infolge der anhaltenden Krise im Nahen Osten sprunghaft an, lag aber mit 28.065 immer noch unter den Werten für die Jahre 2001-2003. Extrapoliert man die Daten von Eurostat für

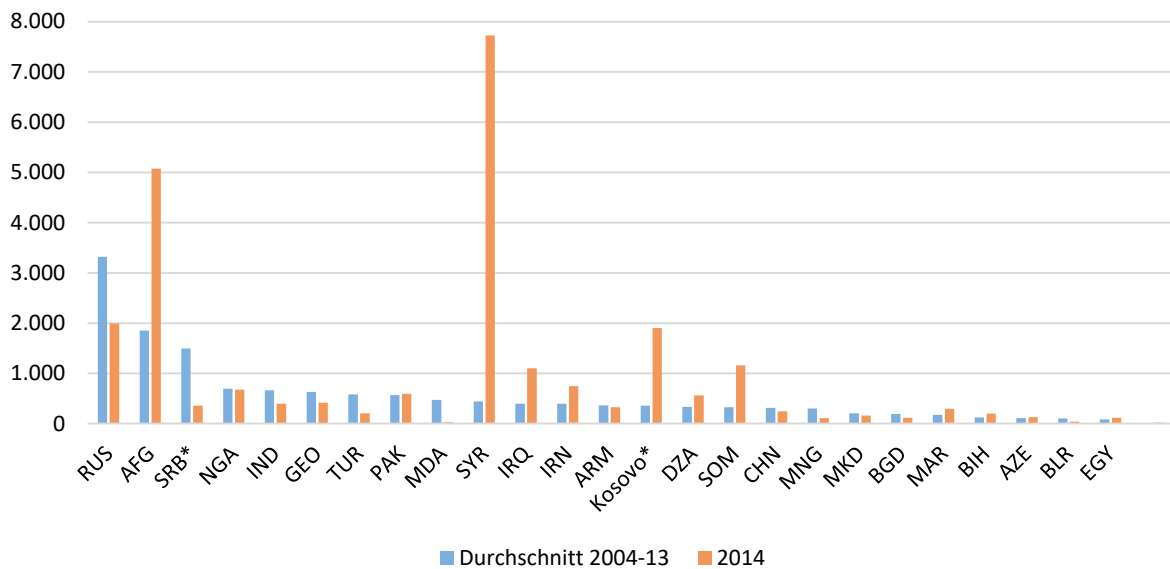
das erste Quartal, ist für 2015 allerdings mit einem weiteren, deutlichen Anstieg der Asylansuchen zu rechnen¹⁹.

Abbildung 19: Asylansuchen in Österreich 1983-2014



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Abbildung 20: Die 25 wichtigsten Herkunftsländer für Asylansuchen in Österreich im Durchschnitt 2004-13, sowie 2014



* Zahlen für Serbien ab 2006 ohne Montenegro, ab 2009 ohne Kosovo; Zahlen für Kosovo ab 2009

Quelle: Statistik Austria + BMI (für 1004-13), Eurostat (für 2014), eigene Berechnung und Darstellung

¹⁹ <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6888001/3-18062015-CP-DE.pdf/5a819c5c-6c72-4a90-bf5b-e5456610ffda>

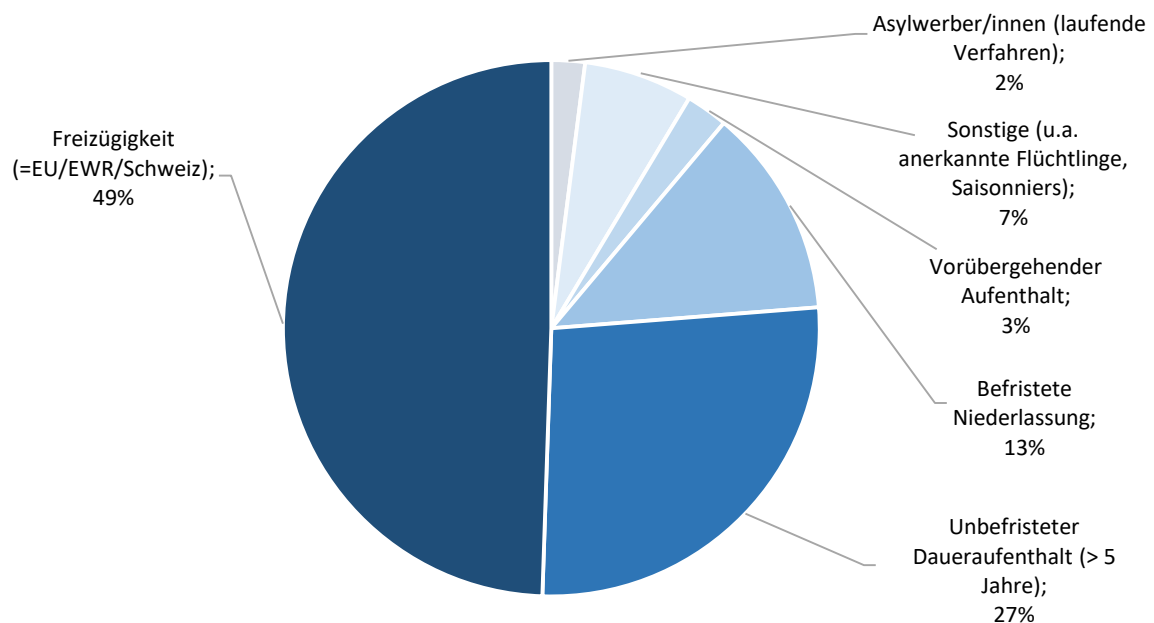
Die Herkunftsstruktur der Asylsuchenden war im Durchschnitt der Jahre 2004-2013 relativ stabil (vgl. Abbildung 20). Die wichtigsten Herkunftsländer in diesem Zeitraum waren die Russische Föderation, Afghanistan und Serbien²⁰, mit durchschnittlich 3.321, 1.854 und 1.495 Asylanträgen pro Jahr. Im Jahr 2014 ändert sich diese Rangordnung schlagartig, vor allem durch die Zunahme der Asylanträge aus Syrien (7.730) und Afghanistan (5.075), aber auch aus dem Kosovo (1.905), während die Zahl der Asylanträge aus der Russischen Föderation (1.995) und aus Serbien (360) stark gesunken sind.

Tabelle 4: Flüchtlinge in Österreich 2014, pro 1.000 Einwohner, je US\$ BIP und pro km²

	Österreich	EU-28	Welt
Flüchtlinge, absolut	55.598	1.089.145	14.380.094
		Rang Österreichs	Rang Österreichs
pro 1.000 Einwohner	6,5	3	28
je US\$ des Pro-Kopf-BIP	1,2	7	66
pro km ²	665	4	19

Quelle: UNHCR Global Trends Forced Displacement in 2014, eigene Darstellung

Abbildung 21: Zusammenschau ausländische Bevölkerung in Österreich nach Aufenthaltsstatus, 1.1.2014



Quelle: Statistik Austria 2014 Statistisches Jahrbuch "migration & integration", S. 39, eigene Darstellung

Die Zahl der Asylanträge gibt aber nur bedingt Auskunft darüber, wie viele Personen im Land als Flüchtlinge aufgenommen werden. Da es in vielen Industrieländern keine amtlichen Flüchtlingsstatistiken gibt, schätzt das UNHCR diese Zahl auf Basis der bewilligten Asylanträge der letzten 10 Jahre. Für Österreich ergibt sich daraus mit Ende 2014 eine Gesamtzahl von 55.598 aufgenommenen Flüchtlingen. Dies entspricht 6,5 Flüchtlingen pro 1.000 Einwohnern, 1,2 Flüchtlingen je US\$ des Pro-

²⁰ Zahlen ab 2006 ohne Montenegro, ab 2009 ohne Kosovo

Kopf BIP, oder 664 pro km². Mit diesen Werten nimmt Österreich in der jeweiligen Kategorie zwar den 3., 7. und 4. Platz unter den EU-28, aber nur den 28., 66. und 19. Platz weltweit ein.

Für Österreich lässt sich eine gesamthafte Zusammenschau unterschiedlicher Migrationsformen auf Basis des Statistischen Jahrbuchs ‚migration & integration‘ erstellen, wobei die Kategorisierung der Migrationsformen allerdings etwas stärker disaggregiert als das der OECD ist.

Nimmt man Daten der Statistik Austria zum Ausgangspunkt, dann sind mit 1.1.2014 von den 1,066.166 in Österreich sesshaften Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft rund 49% auf Freizügigkeit zurückzuführen und damit als EU-Bürger anzusehen, während die verbleibenden 51% aus Drittstaaten kommen. Umgelegt auf die Grundgesamtheit der in Österreich sesshaften ausländischen Staatsangehörigen verfügen 27% über einen unbefristeten Daueraufenthalt von mehr als 5 Jahren, 13% fallen in die Kategorie ‚befristete Niederlassung‘, 3% verfügen über einen ‚vorübergehenden Aufenthalt‘. 2% können als Asylwerber/innen mit laufenden Verfahren eingestuft werden, während 7% in die Kategorie ‚sonstige‘ fallen.

2.4.2 Migrationen in Österreich nach Herkunftsregionen

Im Folgenden werden die effektiven Migrationsstrukturen und -ströme in Österreich als Zielland genauer betrachtet.

Tabelle 5: Bevölkerung nach Geburtsland, Bestand sowie Veränderung in % nach Herkunftsregionen, Stichtag jeweils 1. Jänner

	Anzahl		Anteile in %		Veränderung in %			
	2002	2015	2002	2015	2002/15	2002/05	2005/10	2010/15
Insgesamt	8.063.640	8.584.926	100,0	100,0	6,5	1,7	1,8	2,8
Österreich	6.951.546	7.100.331	86,2	82,7	2,1	1,4	0,4	0,3
Nicht-Österreich	1.112.094	1.484.595	13,8	17,3	33,5	3,8	10,5	16,4
<i>Nicht-Österreich nach Herkunftsregionen:</i>								
EU-Staaten (28)	448.765	681.544	40,4	45,9	51,9	9,0	13,7	22,5
EU-Staaten vor 2004	197.922	295.149	17,8	19,9	49,1	9,7	18,6	14,7
EU-Beitrittsstaaten ab 2004	250.843	386.395	22,6	26,0	54,0	8,5	9,8	29,2
EWR, Schweiz, assoz. Kleinst.	13.275	15.713	1,2	1,1	18,4	4,8	6,4	6,2
Drittländer	650.054	787.338	58,5	53,0	21,1	0,2	8,1	11,8
Europa (inkl. Türkei)	427.593	558.673	38,4	37,6	30,7	14,8	7,1	6,2
Afrika	26.554	46.597	2,4	3,1	75,5	32,9	13,6	16,2
Amerika	20.683	33.731	1,9	2,3	63,1	18,6	19,2	15,4
Nordamerika	9.125	12.815	0,8	0,9	40,4	8,0	15,8	12,3
Lateinamerika	11.558	20.916	1,0	1,4	81,0	26,9	21,5	17,4
Asien	67.971	143.981	6,1	9,7	111,8	28,9	20,9	35,9
Ozeanien	2.084	2.884	0,2	0,2	38,4	9,8	9,4	15,2
Unbekannt	105.169	1.472	9,5	0,1	-98,6	-89,7	-94,6	151,2

Quelle: Statistik Austria (Statistik des Bevölkerungsstandes), eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 5 zeigt die Entwicklung der österreichischen Bevölkerung zwischen 2002 und 2015 nach Herkunftsregionen. Insgesamt wuchs die Bevölkerung in diesem Zeitraum um 6,5% von knapp 8,1 Millionen im Jahr 2002 auf 8,6 Millionen im Jahr 2015. Der Zuwachs war stärker als in den Vorjahren von Zuwanderung getragen. Die Zahl der im Inland geborenen Bevölkerung erhöhte sich in diesem Zeitraum um 150.000 bzw. 2,1%, während die Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung um 370.000 bzw. 33,5% stieg. Der Zuwachs ging in deutlich stärkerem Ausmaß auf Zuwanderung aus dem EU-Raum zurück (2002-2015 + 230.000 bzw. + 51,9%) als auf die Zuwanderung aus Drittstaaten (2002-2015 + 140.000 bzw. + 21,1%). Der Vergleich engerer Zeiträume (Veränderung in % 2005 gegenüber 2002, 2010 gegenüber 2005, 2015 gegenüber 2010) veranschaulicht die gestiegene Zuwanderungsdynamik vor allem in den letzten fünf Jahren (2010/15). Bei der Zuwanderung aus Drittstaaten hatte die Zuwanderung aus europäischen Drittstaaten quantitativ mit einem Zuwachs von 130.000 die

größte Bedeutung. Relativ betrachtet nahm die Zuwanderung aus Asien mit + 111,8 % am stärksten zu. Unter den EU-Staaten war die Zuwanderung aus den "neuen" Mitgliedstaaten (Beitritt ab 2004) stärker mit knapp 140.000 bzw. +54% als aus den "alten" Mitgliedstaaten (EU-Staaten vor 2004) mit knapp 100.000 bzw. +49,1%.

Tabelle 6 veranschaulicht im Detail, welche Herkunftsländer für Österreich besonders bedeutsam sind:

- An erster Stelle stand und steht **Deutschland** mit knapp 215.000 Personen im Jahr 2015. Gegenüber 2002 hat sich der Bestand beträchtlich erhöht. Quantitativ war der Zuwachs von in Deutschland Geborenen mit + 75.000 der größte im Einzelländervergleich (siehe Spalte "Zuwachs, 2002-2015, absolut" in Tabelle 6), relativ nimmt der Zuwachs gegenüber 2002 von +53,4% Platz 95 unter den betrachteten Ländern ein. 2002 stammten 12,6% der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich aus Deutschland, 2015 waren es 14,5%.
- Unter den Top-3 Herkunftsländern hat sich zwischen 2002 und 2015 nichts geändert, die zweit- und drittgrößte Gruppe sind weiterhin in der **Türkei** bzw. in **Bosnien und Herzegowina** Geborene. Gegenüber 2002 nehmen 2015 nun aber in der Türkei Geborene den zweiten Platz mit 160.000 bzw. einem Anteil von 10,8% ein. Die Zahl der in Bosnien und Herzegowina geborenen Bevölkerung erhöhte sich auf knapp 160.000, ihr Anteil an der im Ausland geborenen Bevölkerung ging von 12,1% 2002 auf 10,7% 2015 zurück. Die Zuwanderung aus der Türkei war vor allem bis Mitte der 2000er Jahre sehr dynamisch und flachte dann stark ab. Die Zuwanderung aus Bosnien und Herzegowina hingegen fiel bis 2010 vergleichsweise schwächer aus, war dann aber in den letzten Jahren deutlich höher als die aus der Türkei.
- **Serbien** bleibt weiterhin eines der wichtigsten Herkunftsländer für Österreich und rangiert gemessen an der Zahl der im Ausland Geborenen Bevölkerung weiterhin auf Platz 4. Seine Position leitet sich vor allem davon ab, dass es in der Vergangenheit ein wichtiges Herkunftsland für Österreichs Gastarbeiter/innen war und nun Ketten- und Familienmigration bedeutende Promotoren sind. Gegenüber 2002 erhöhte sich die Zahl der in Serbien geborenen Bevölkerung um knapp 15.000 bzw. + 12,2%. Der relative Zuwachs liegt somit deutlich unter dem Durchschnitt des Zuwachses der nicht in Österreich geborenen Bevölkerung von 33,5% (vgl. Tabelle 5), quantitativ war es allerdings der zehntgrößte Zuwachs.
- Die fünftgrößte MigrantInnen-Gruppe (nach Geburtsland) bilden in **Rumänien** geborene Personen. Ihre Zahl erhöhte sich von knapp 40.000 im Jahr 2000 auf mehr als 90.000 im Jahr 2015, das entspricht einem Zuwachs von 133,1%. Während sich die Zuwanderung aus der Türkei, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien zwischen 2002 und 2015 teils sehr abschwächte, blieb die Zuwanderung aus Rumänien auf hohem Niveau, insbesondere seit 2008. Für Rumänien galten, wie für das 2007 beigetretene Bulgarien und schon die 2004 beigetretenen ost- und mitteleuropäischen Staaten, Übergangsfristen bis zur vollen Freizügigkeit am österreichischen Arbeitsmarkt. Sie waren bei der Zulassung zum Arbeitsmarkt gegenüber Drittstaatsangehörigen zu bevorzugen (Gemeinschaftspräferenz), nach zwölf Monaten rechtmäßiger Zulassung am österreichischen Arbeitsmarkt erhielten sie eine Freizügigkeits-

bestätigung.²¹ Für Rumänien und Bulgarien liefen die Übergangsregelungen Ende 2013 aus. Die Entwicklungen seit 2013 deuten darauf hin, dass durch die Übergangsregelungen das Migrationspotential nach Österreich abgeschwächt wurde. 2013 zählte Österreichs Bevölkerung knapp 74.000 in Rumänien geborene Personen, 2014 79.000 und 2015 91.000. In Kapitel 2.3.3. wurden die weltweit größten bilateralen Migrationskorridore aufgezeigt. Da hat sich gezeigt, dass die Wanderung von Rumänien nach Italien bzw. Spanien zwischen 2000 und 2010 zu den weltweit zehn größten Korridoren zählte; die Wanderung von Rumänien nach Italien verblieb auch 2010-13 unter den weltweit größten Korridoren.²²

Aus den fünf genannten Ländern stammen zusammen 760.000 Personen und damit 52,1% der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs 2015. Die in der Reihung folgenden fünf Länder (Platz 6 bis 10) sind Polen, Ungarn, Kroatien, Tschechien und Slowakei. Sie umfassen knapp 250.000 Personen bzw. 16,8% der im Ausland geborenen Bevölkerung.

- Die Zahl der in **Polen** geborenen Bevölkerung erhöhte sich von 41.000 auf knapp 70.000 Personen und entspricht einem Anteil von 4,7% an der im Ausland geborenen Bevölkerung. In absoluten Zahlen war der Zuwachs um knapp 29.000 der fünftgrößte Zuwachs hinter Deutschland, Türkei, Rumänien und Ungarn. Dieser vollzog sich vor allem nach dem polnischen EU-Beitritt 2004 sowie nach Auslaufen der Übergangsfristen 2011.
- Die Zahl der in **Ungarn** geborenen Bevölkerung hat sich zwischen 2002 und 2015 verdoppelt und umfasst 2015 mehr als 61.000 Personen. Vor allem in den letzten fünf Jahren war der Zuwachs beträchtlich. 2011 lag die Zahl der in Ungarn Geborenen bei 39.000, 2012 bei knapp 43.000, 2013 bei 48.000, 2014 bei 55.000 und 2015 bei mehr als 61.000.
- Die Zahl der in **Kroatien** geborenen Bevölkerung veränderte sich hingegen nur in geringem Ausmaß, von knapp 41.000 im Jahr 2002 auf knapp 42.000 im Jahr 2015. Zwischen 2007 und 2013 war sie sogar rückläufig, seit 2014 nimmt sie wieder zu.
- Anders hat sich die Zahl der in **Tschechien** geborenen Bevölkerung entwickelt; sie nahm zwischen 2002 und 2015 erheblich ab, und zwar von 57.000 auf 40.000. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die letzte Zuwanderungswelle eine Weile zurückliegt und eine Folge der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 war; in der Folge sind knapp 59% der in Tschechien geborenen Bevölkerung 65 Jahre und älter. Obschon die Wanderungsdynamik zwischen Tschechien und Österreich im Vergleich mit den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten gering ist, war der Außenwanderungssaldo²³ zwischen 2002 und 2015 doch durchgängig positiv. Über die Wanderung nahm die Zahl der in Tschechien geborenen Bevölkerung zwischen 2002 und 2015 um 4.137 Personen zu. Einen Außenwanderungssaldo in ähnlicher Höhe verzeichnete Österreich

²¹ vgl. http://www.migration.gv.at/fileadmin/downloads/infoblaetter/Uebergangsregelungen_fuer_Bulgarien_Rumaenien_Kroatien.pdf [6. 7. 2015]

²² Gegenüber 1990 ging die Bevölkerung in Rumänien um 3,3 Millionen zurück, von 23,2 Millionen im Jahr 1990 auf 19,9 Millionen im Jahr 2014. (vgl. Eurostat, eigene Berechnungen).

²³ Differenz zwischen Zuzügen aus Tschechien und Wegzügen nach Tschechien

mit Slowenien (+ 4.985 Personen zwischen 2002 und 2015), allerdings ist Slowenien mit einer Bevölkerung von 2,1 Millionen deutlich kleiner als Tschechien mit 10,5 Millionen.²⁴

- 2002 nahm die Zahl der in der **Slowakei** geborenen Bevölkerung noch Rang 14 unter den Herkunftsländern ein. Bis 2015 verdreifachte sich ihre Zahl fast und heute zählt die Slowakei zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern. 2002 waren knapp 13.000 Personen in der Slowakei geboren, 2015 waren es mehr als 35.000.

Zwei Drittel der im Ausland geborenen Bevölkerung stammen somit aus nur zehn Ländern, mit denen Österreich bereits lange Migrationsbeziehungen hat. Das gilt durch die GastarbeiterInnenanwerbung für die Türkei und Nachfolgestaaten Jugoslawiens. In Gefolge der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren war Österreich auch ein wichtiges Aufnahmeland für Flüchtlinge aus dieser Region.

Mit Deutschland bestehen enge wirtschaftliche Verflechtungen, schon lange vor dem österreichischen EU-Beitritt, auch dieselbe Landessprache erleichtert die Wanderung zwischen den beiden Ländern. Mit den mittel-osteuropäischen Ländern bestehen Verbindungen, die teils noch auf die Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie (österreichische Volksgruppen), teils auf die Bevölkerungsverschiebungen und -vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgehen, auch verblieb ein Teil der Flüchtlinge nach dem Ungarn-Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 und nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 in Österreich.

Zu einer Fluchtbewegung aus Rumänien kam es 1990/91 nach dem Sturz des Ceaucescu-Regimes in den Weihnachtsfeiertagen 1989. (vgl. Bauböck/Perchinig 2006, 726ff., Zuser 1996, 15ff.) Nach Öffnung des Eisernen Vorhangs, mit der EU-Annäherung und mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder wurde damit zum einen an historische Beziehungen angeknüpft, zum anderen die zunehmenden Mobilitätsmöglichkeiten genutzt, die auch vom unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand im Vergleich zu Österreich gefördert wurden. Seit den 1990er Jahren haben sich die Krisenherde, mit Ausnahme der Jugoslawien-Kriege, weiter von Österreich entfernt. Repressionen in der Türkei und anderen Staaten des Mittleren Ostens, vor allem im Irak, Iran und in Afghanistan, brachten Flüchtlinge nach Österreich, ebenso wie die Krisen im Kaukasus (Tschetschenien) und insbesondere in den letzten beiden Jahren Flüchtlinge aus Syrien.

Zwischen 2002 und 2007 entfielen in Österreich die meisten positiven Entscheidungen²⁵ über Asylanträge auf Russland, Afghanistan, Serbien-Montenegro, Iran, Irak, Türkei, Somalia, Armenien, Georgien, Serbien, die Demokratische Republik Kongo, Syrien und Aserbaidschan, (je mehr als 150 insgesamt). Zwischen 2008 und 2013 entfielen die meisten erstinstanzlichen positiven Entscheidungen auf Afghanistan, Russland, Syrien, Irak, Somalia, Iran, Türkei, Armenien, Kosovo, Serbien, Georgien, China, Demokratische Republik Kongo, Aserbaidschan (je mehr als 150 insgesamt).²⁶ Diese Entwicklungen spiegeln sich in der Bevölkerungsstatistik wieder:

²⁴ vgl. Statistik Austria/Wanderungsstatistik 2002-2014, eigene Abfrage über STATcube, eigene Berechnungen, Statistik Austria/Statistik des Bevölkerungsstandes, Eurostat/Bevölkerung zu Jahresbeginn 1960-2014.

²⁵ "Genfer Abkommen Rechtsstatus", "Humanitärer Rechtsstatus", 2007 auch "sonstige positive Beschlüsse"

²⁶ Eurostat/Decisions on asylum applications by citizenship till 2007 Annual data (rounded) [migr_asydctzy] und First instance decisions on applications by citizenship, age and sex Annual aggregated data (rounded) [migr_asydcfsta], eigene Berechnungen der Summe der positiven Entscheidungen 1999-2007, 2008-2013.

- Die Zahl der in **Russland** geborenen vervierfachte sich von 2002 bis 2015 von 7.800 auf 31.700. Ein Großteil sind Flüchtlinge: Der Höchststand der positiven Entscheidungen über Asylanträge wurde 2004 mit mehr als 2.900 erreicht, seit 2009 liegt die jährliche Zahl erstinstanzlicher positiver Entscheidungen bei unter 1.000 jährlich, 2013 bei 770. 2002 betrug der Anteil der in Russland Geborenen an der im Ausland geborenen Bevölkerung 0,7%, bis 2015 hat er sich auf 2,1% erhöht.
- Die Zahl der in **Afghanistan** geborenen Personen erhöhte sich von 2.600 Personen im Jahr 2002 auf mehr als 20.000 im Jahr 2015, das entspricht einem Anstieg um 685%.
- Die Zahl der in **Syrien** Geborenen hat sich zwischen 2002 und 2015 fast versiebenfacht, wobei es von 2014 auf 2015 zu mehr als einer Verdopplung von 5.200 auf 12.300 Personen kam.
- Die Zahl der in **Somalia** Geborenen bildet in Relation zur im Ausland geborenen Bevölkerung eine kleine Gruppe mit einem Anteil von 0,2% und knapp 2.900 Personen im Jahr 2015. Gegenüber 2002 hat sich ihre Zahl aber erheblich erhöht. Gemäß Statistik des Bevölkerungsstandes lebten 2002 142 in Somalia geborene Personen in Österreich.
- Die Zahl der in **Armenien** Geborenen erhöhte sich von 609 Personen im Jahr 2002 auf 3.117 Personen im Jahr 2015. Gemäß Eurostat-Daten wurden zwischen 2002 und 2013 660 Asylanträge von Armeniern bzw. Armenierinnen (erstinstanzlich) positiv entschieden.

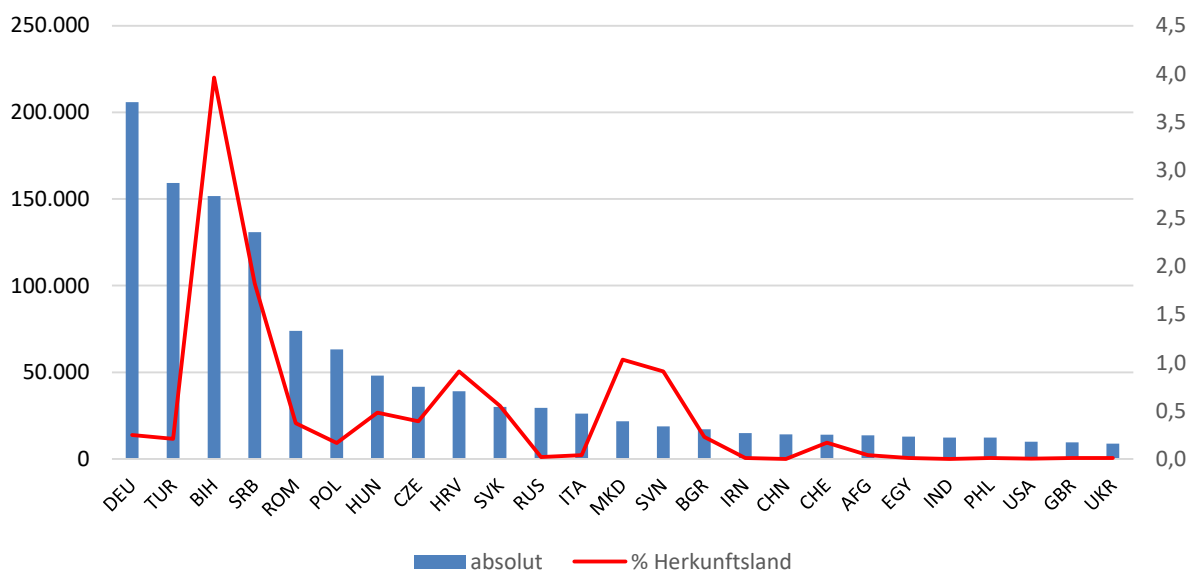
Das Bild der Herkunftsländer relativiert sich unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße der Herkunftsländer. Vergleichsweise große Herkunftsländer wie Deutschland und die Türkei sind zwar im Hinblick auf die absolute Anzahl der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs von großer Bedeutung. Österreich spielt allerdings als Zielland aufgrund der Kleinheit für die Herkunftsländer mengenmäßig nur eine nachrangige Rolle. Das schließt aber nicht aus, dass Österreich als Zielland für diese Länder von Bedeutung ist. Wenn man die Bevölkerungsstände der MigrantInnen in Relation zur Bevölkerung des Herkunftslandes bringt, verliert Österreich in den genannten größeren Ländern als Zielland quantitativ an Bedeutung, für einige kleinere Länder ist Österreich in dieser Betrachtung ein ausgesprochen wichtiges Zielland. In der relativen Betrachtung (vgl. Abbildung 22) gilt das vor allem für Personen aus Bosnien und Herzegowina. Ein Bevölkerungsstand von 151.705 im Jahr 2012 in Bosnien geborenen und in Österreich ansässigen Personen entspricht bei einer bosnischen Gesamtbevölkerung von etwa 3,8 Mio. im Jahr 2012 einem relativen Wert von etwa 4%. Im Vergleich dazu weist Serbien einen Wert von 1,8% auf. Mazedonien, Slowenien und Kroatien liegen bei knapp 1%. Die Werte unterstreichen die Bedeutung Österreichs für die Menschen aus dem ex-jugoslawischen Raum als Zielland, nicht zuletzt als Folge der langen Geschichte der Gastarbeiterzuwanderung und der Aufnahmebereitschaft Österreichs von Flüchtlingen im Gefolge des Zerfalls von Jugoslawien. Wenngleich der Anteil der aus der Türkei stammenden MigrantInnen in Relation zur Bevölkerung in der Türkei (0,22%) klein ist - wie auch der Wert für Deutschland (0,26%) – sind doch beide wichtige Herkunftsländer für Österreich, mit denen historische Migrationsbeziehungen bestehen und die für die zukünftige Ausrichtung der österreichischen Migrationspolitik berücksichtigt werden sollten.

Tabelle 6: Top-30 Herkunftsländer nach Geburtsland per 1.1.2015, Bestand sowie Veränderung in %, Stichtag jeweils 1. Jänner

Geburtsland	Bevölkerung		Rangplatz: Bevölkerung			Anteil an im Ausland Geborenen				Zuwachs					Rangplatz: Zuwachs	
	1.1.2002 absolut	1.1.2015 absolut	2015 absolut	2002 absolut	Diff.	2015 in %	2002 in %	2015 kumuliert, in %	2002 kumuliert, in %	2002-2015 absolut	2002/05 in %	2005/10 in %	2010/15 in %	2002/15 absolut	2002/15 relativ (%)	
Deutschland	140.126	214.998	1	1	0	14,5	12,6	14,5	12,6	74.872	53,4	11,0	23,0	12,4	1	95
Türkei	126.828	160.039	2	3	1	10,8	11,4	25,3	24,0	33.211	26,2	16,6	6,7	1,4	3	120
Bosnien und Herzegowina	135.104	158.853	3	2	-1	10,7	12,1	36,0	36,2	23.749	17,6	6,9	3,5	6,2	7	130
Serbien	120.058	134.679	4	4	0	9,1	10,8	45,0	46,9	14.621	12,2	8,6	0,0	3,3	10	132
Rumänien	39.149	91.271	5	8	3	6,1	3,5	51,2	50,5	52.122	133,1	19,1	28,7	52,1	2	41
Polen	41.337	69.898	6	6	0	4,7	3,7	55,9	54,2	28.561	69,1	15,7	19,2	22,6	5	80
Ungarn	30.722	61.508	7	9	2	4,1	2,8	60,0	56,9	30.786	100,2	5,8	15,7	63,5	4	55
Kroatien	40.777	41.718	8	7	-1	2,8	3,7	62,8	60,6	941	2,3	4,8	-7,1	5,1	51	135
Tschechische Republik	56.739	40.324	9	5	-4	2,7	5,1	65,6	65,7	-16.415	-28,9	-4,6	-17,0	-10,3	139	138
Slowakei	12.796	35.450	10	14	4	2,4	1,2	67,9	66,9	22.654	177,0	30,9	51,1	40,1	8	35
Russische Föderation	7.811	31.717	11	20	9	2,1	0,7	70,1	67,6	23.906	306,1	130,9	43,4	22,7	6	16
Kosovo	16.151	30.432	12	12	0	2,0	1,5	72,1	69,0	14.281	88,4	28,2	30,1	13,0	11	67
Italien	25.933	29.287	13	10	-3	2,0	2,3	74,1	71,4	3.354	12,9	0,0	-3,6	17,1	23	131
Mazedonien	14.882	23.243	14	13	-1	1,6	1,3	75,7	72,7	8.361	56,2	23,6	12,5	12,3	14	94
Bulgarien	7.601	21.615	15	22	7	1,5	0,7	77,1	73,4	14.014	184,4	30,2	36,5	60,0	12	33
Slowenien	20.573	21.109	16	11	-5	1,4	1,8	78,5	75,2	536	2,6	-1,8	-7,5	13,0	68	134
Afghanistan	2.594	20.349	17	34	17	1,4	0,2	79,9	75,5	17.755	684,5	60,8	79,5	171,9	9	7
Iran	11.262	16.203	18	16	-2	1,1	1,0	81,0	76,5	4.941	43,9	5,5	10,1	23,9	17	101
China	7.636	15.143	19	21	2	1,0	0,7	82,0	77,2	7.507	98,3	60,0	10,5	12,2	16	59
Schweiz	11.958	14.394	20	15	-5	1,0	1,1	83,0	78,2	2.436	20,4	5,0	7,7	6,4	33	126
Ägypten	10.059	13.518	21	17	-4	0,9	0,9	83,9	79,1	3.459	34,4	14,8	8,7	7,7	22	111
Indien	8.689	13.088	22	19	-3	0,9	0,8	84,8	79,9	4.399	50,6	22,0	8,2	14,1	18	97
Philippinen	9.315	12.622	23	18	-5	0,9	0,8	85,6	80,8	3.307	35,5	14,4	11,8	5,9	24	108
Syrien	1.784	12.332	24	43	19	0,8	0,2	86,5	80,9	10.548	591,3	25,3	29,0	327,6	13	8
Ukraine	3.085	10.651	25	30	5	0,7	0,3	87,2	81,2	7.566	245,3	71,2	40,6	43,4	15	23
USA	7.439	10.465	26	23	-3	0,7	0,7	87,9	81,9	3.026	40,7	7,1	16,7	12,6	26	104
Großbritannien-Nordirland	6.762	10.320	27	24	-3	0,7	0,6	88,6	82,5	3.558	52,6	12,6	19,1	13,8	21	96
Frankreich	5.944	8.246	28	25	-3	0,6	0,5	89,1	83,0	2.302	38,7	10,2	15,4	9,1	34	106
Niederlande	5.105	8.168	29	26	-3	0,6	0,5	89,7	83,5	3.063	60,0	14,5	24,2	12,5	25	90
Nigeria	3.664	7.456	30	27	-3	0,5	0,3	90,2	83,8	3.792	103,5	99,4	-0,5	2,6	20	53

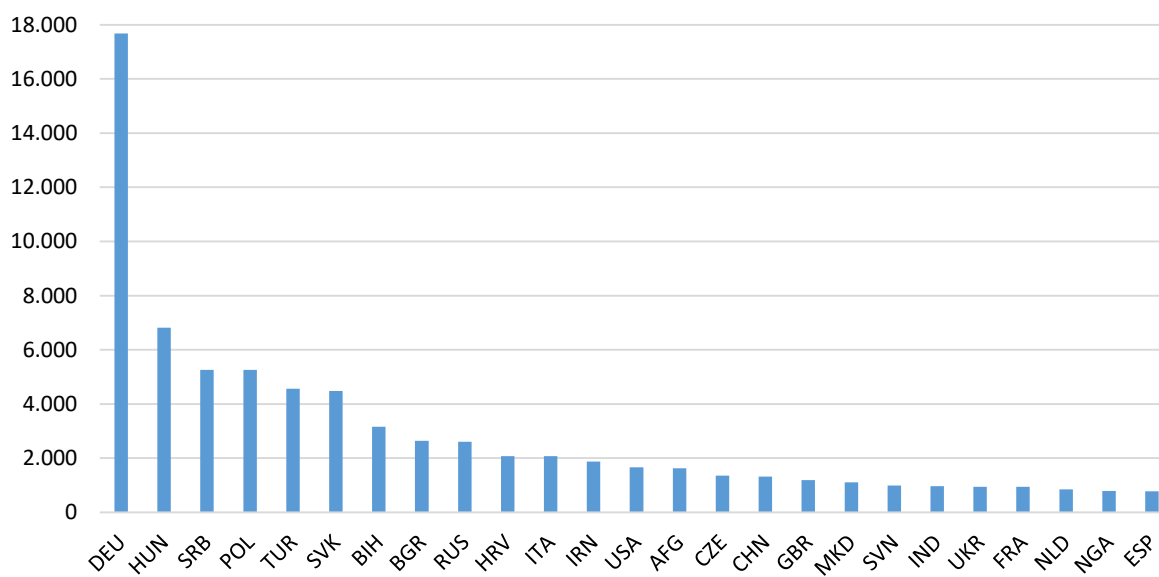
Quelle: Statistik Austria (Statistik des Bevölkerungsstandes), eigene Berechnungen.

Abbildung 22: Bestand der im Ausland geborenen Bevölkerung nach Geburtsland, Österreich 2012, Top 25, absolut, sowie in % der Bevölkerung des Herkunftslandes



Quelle: OECD 2014B, eigene Darstellung

Abbildung 23: Zustrom an im Ausland geborener Bevölkerung nach Herkunftsland, Österreich im Durchschnitt 2005 bis 2011, Top 25



Quelle: OECD 2014B, eigene Darstellung

Politisch relevant ist neben dem Bestand der im Ausland geborenen Personen auch der Zustrom. Im Folgenden wird der Zustrom der im Ausland geborenen Zuwanderer nach Nationalität über den Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2011 gebildet. (Abbildung 21) Datengrundlage ist die Migrationsstatistik der OECD. (vgl. OECD 2014B) Das Bild unterscheidet sich dabei nur unwesentlich vom Bestand (vgl. oben). Das wichtigste Zuwanderungsland ist Deutschland mit im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2011 etwa 17.700 Zuwanderern, vor Ungarn (etwa 6.800), Serbien (5.260), Polen, Türkei, Slowakei, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Russland und Kroatien.

Auch hier ist die starke Orientierung zu den Nachbarländern, insbesondere zu jenen im Osten, erkennbar. Länder von größerer Bedeutung außerhalb Europas sind der Iran, als zwölftwichtigstes Herkunftsland im Zeitraum 2005 bis 2011 (durchschnittlich etwa 1.870 Zuwanderer), die USA (Rang 13 mit etwa 1.650 Zuwanderern), Afghanistan (Rang 14 mit etwa 1.620 Zuwanderern), China (Rang 16 mit etwa 1.324 Zuwandern) sowie Indien (Rang 20 mit etwa 1.000 Zuwanderern).

2.4.3 Migration in Österreich nach Alter und Qualifikation im Vergleich

Im Folgenden liegt der Fokus auf Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Migrationsstrukturen in Österreich und anderen EU-Ländern, differenziert nach der Alters- und Qualifikationsstruktur. Diese Unterscheidung ist wichtig, um die Rolle der Migrationen in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zu sehen.

Die Altersstruktur der Migrationsbevölkerung (15+ Jahre) ist im europäischen Vergleich in Österreich günstig. 80% sind im aktiven Erwerbsalter von 25-64 Jahren. Nur Italien, die Schweiz und die Niederlande haben noch etwas höhere Anteile. In fast allen in Abbildung 24 dargestellten Ländern ist der Anteil der Bevölkerung im aktiven Erwerbsalter von 25-64 bei den im Ausland Geborenen höher als unter dem im Inland Geborenen. Eine Ausnahme bilden die Slowakei, Ungarn, Estland und Polen. Diese abweichende Struktur hat auch mit den im 20. Jahrhundert veränderten Grenzen zu tun, insbesondere in Polen, wo 2010/11 4,7% der im Ausland Geborenen 15-24 Jahre alt waren, 20% 24-65 Jahre und 75% 65 Jahre und älter.

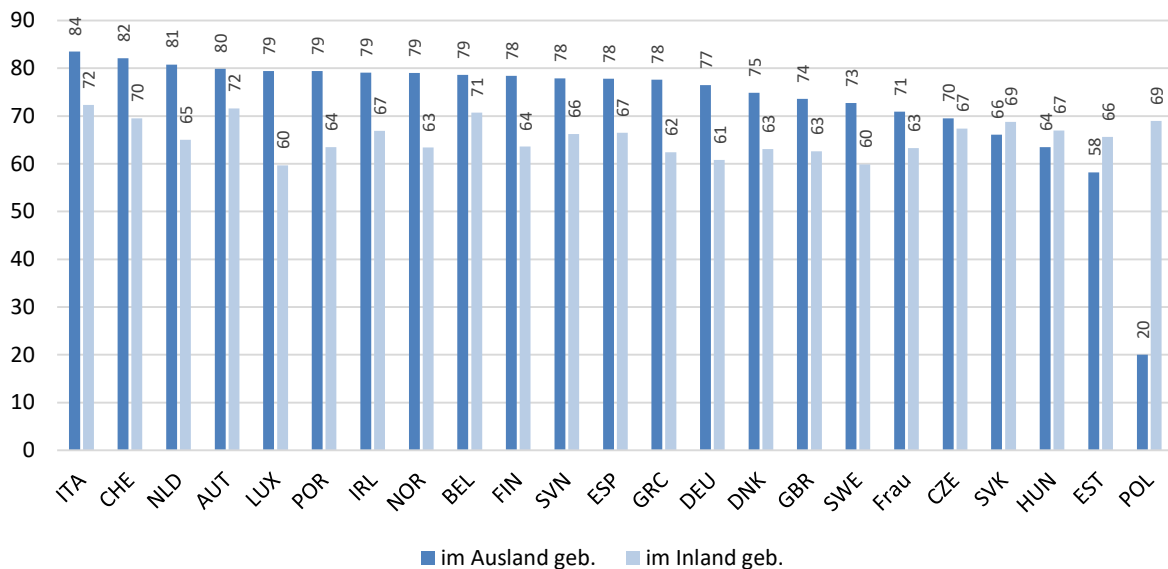
Der Trend zu selektiven migrationspolitischen Maßnahmen wurde im vorangehenden Kapitel bereits angesprochen. Für eine erste Positionierung Österreichs wird nachfolgend in Abbildung 25 für ausgewählte europäische Länder der Anteil der Hoch- und Niedrigqualifizierten nach Geburtsland dargestellt. Was den Anteil der hochqualifizierten MigrantInnen anbelangt ist Österreichs Position vergleichsweise bescheiden mit einem Anteil von 19%. Den höchsten Anteil unter den europäischen OECD-Mitgliedstaaten hat Großbritannien mit 47%. Dabei hat es einen großen Abstand gegenüber den anderen europäischen Staaten; innerhalb der OECD hat nur Kanada mit 52% einen noch höheren Anteil hochqualifizierter MigrantInnen. Deutlich höhere Anteile als Österreich haben auch Irland (39%), Norwegen (35%) und die Schweiz (31%) sowie unter den skandinavischen Ländern auch Dänemark (30%) und Schweden (29%). Im Ländervergleich zeigt sich bei Großbritannien und Irland der große Abstand zum Anteil der Hochqualifizierten unter den im Inland Geborenen, wo in Großbritannien und Irland "nur" je 27% einen Tertiärabschluss haben. Beim Anteil der MigrantInnen mit formal niedrigen Qualifikationen liegt Österreich im mittleren Bereich mit einem Anteil von 33%. Wesentlich höhere Anteile haben die südeuropäischen Länder, wo aber unter den im Inland Geborenen ein noch höherer Anteil nur eine formal niedrige Qualifikation vorweisen kann. Auch Frankreich, Belgien, die Niederlande und Deutschland sowie unter den skandinavischen Ländern Finnland haben mehr MigrantInnen mit nur niedriger Qualifikation.

Dieser internationale Vergleich zeigt, dass Migrationen in den diversen europäischen Ländern eine unterschiedliche Rolle spielen. Während MigrantInnen in England und Irland, zum Teil auch in den nordischen Ländern, die Arbeitsmarktnachfrage vor allem am oberen Qualifikationsende befriedigen, liegt der Schwerpunkt in Österreich vor allem in der Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs am unteren Ende des Qualifikationsspektrums und nur ansatzweise am oberen Ende. Wie wir später in der wirtschaftlichen Positionierung Österreichs sehen werden, ist Österreich ‚Weltmeister‘ in der innovatorientierten mittleren ausgereiften Technologie, in der zum Teil sehr spezialisierte Fachkräfte mit

mittleren und höheren Qualifikationen zum Einsatz kommen. Damit diese Entwicklung möglich war, kam es in Österreich in den letzten 30-40 Jahren vor allem über die Verlängerung der Ausbildung nach der Pflichtschule zur Höherqualifizierung der ÖsterreicherInnen. Im Gegensatz dazu ist die universitäre Ausbildung in Österreich bis jetzt noch nicht zu einer Selbstverständlichkeit für einen Großteil der Jugend geworden. Das ist daran ersichtlich, dass im Jahre 2012 gerade mal 23% der 25-34jährigen einen Hochschulabschluss haben, gegenüber einem OECD-Durchschnitt von 39%. In den nordischen Ländern liegen die Werte bei 40% und darüber. (Abbildung 26)

Der Akademisierungsgrad der österreichischen Bevölkerung ist daher mit 16% der über 25-jährigen InländerInnen weiterhin vergleichsweise gering und nur vergleichbar mit einigen MOEL. (Biffi 2000A und 2002B, Biffi-Isaac 2002)

Abbildung 24: Altersstruktur der Bevölkerung (15 Jahre und älter) nach Geburtsland, Anteil der 25-64jährigen in %, 2010/11



Quelle: OECD 2014B/Tabelle 5, eigene Darstellung.

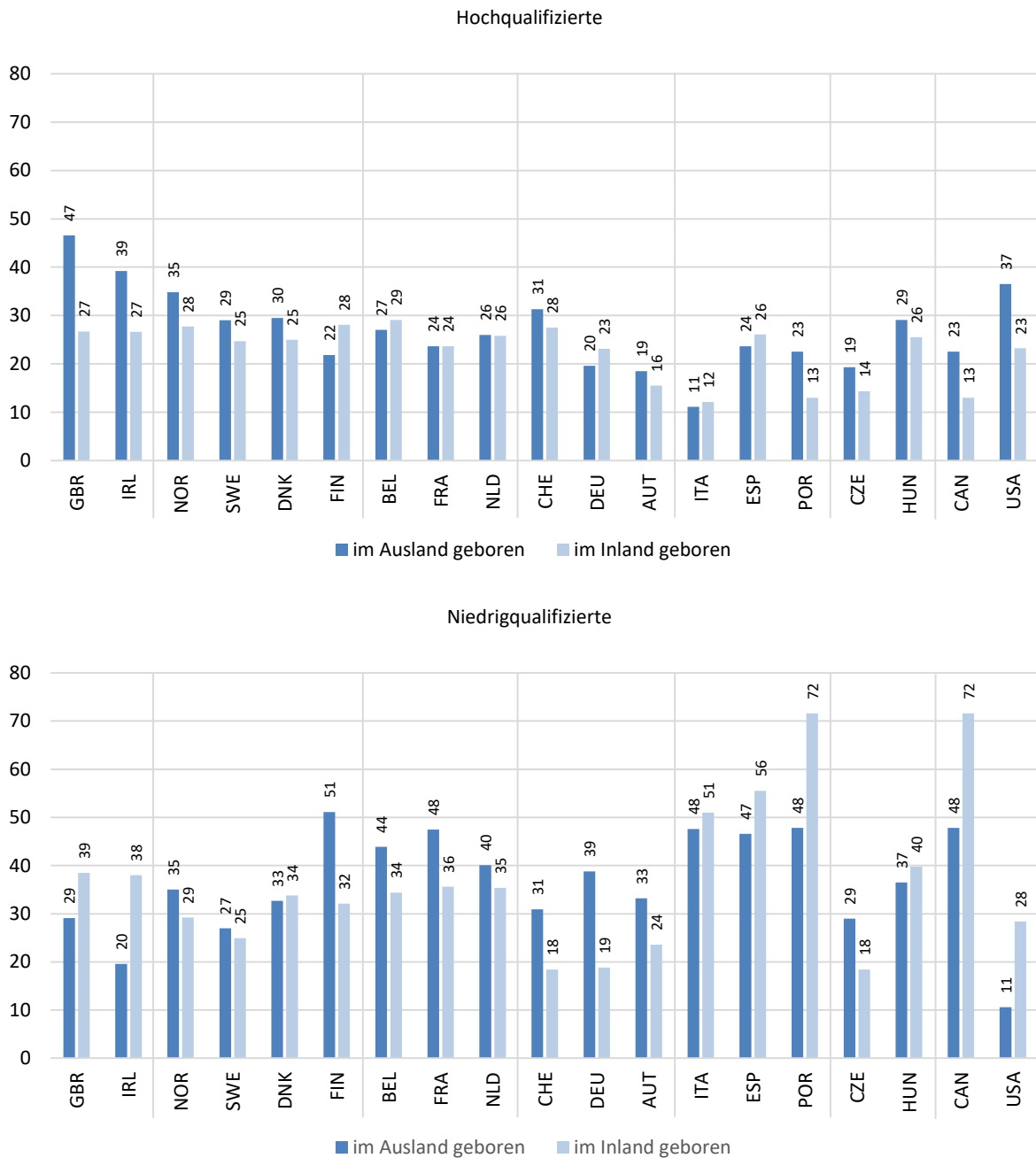
MigrantInnen werden demnach in Österreich stärker als InländerInnen in Tätigkeitsbereichen am unteren Qualifikationsspektrum eingesetzt und weniger im mittleren Qualifikationssegment. Auf die hohe Komplementarität der MigrantInnen in Österreich wurde in der Literatur immer wieder hingewiesen. Das bedeutet, dass MigrantInnen in hohem Maße zur Stabilisierung der Beschäftigung von InländerInnen beitragen, während sie selbst in besonders hohem Maße konjunkturellen und strukturellen Beschäftigungsschwankungen ausgesetzt sind. (Winter-Ebmer-Zweimüller 1999, Biffi 2002/2004)

Erst seit jüngerer Zeit werden MigrantInnen verstärkt zur Ergänzung im mittleren und höheren Qualifikationssegment eingesetzt, nicht zuletzt eine Folge der stärkeren Zuwanderung aus der EU und des steigenden Bedarfs an AkademikerInnen, der nicht mehr zur Gänze aus den nationalen Ressourcen gespeist werden kann.

So hatten etwa die EU-MigrantInnen, die nach 2010 nach Österreich gekommen sind (25-64jährige) zu 40% eine Hochschulausbildung, in der Periode 2000-2009 lag der Anteil bei 25%. Aber auch bei den Drittstaatsangehörigen hat seit 2010 eine merkbliche Verschiebung zu Höherqualifizierung einge-

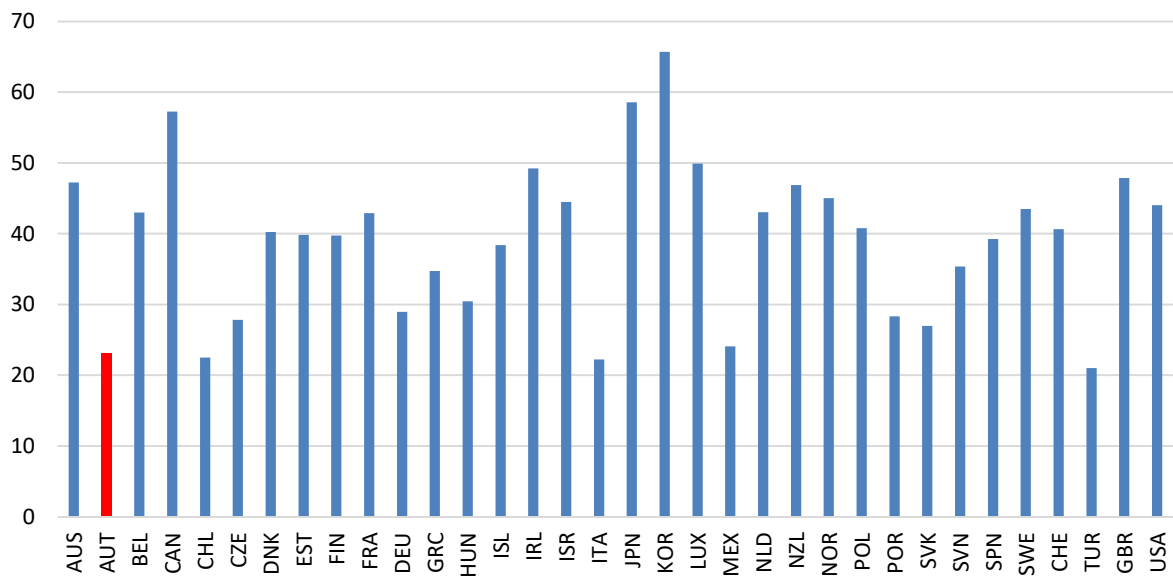
setzt. Seither haben 35% (25-64jährige) eine Hochschulausbildung, nach nur 17% in der Periode 2000-2009.

Abbildung 25: Hochqualifizierten bzw. Niedrigqualifizierten nach Geburtsland (im Ausland, im Inland) in ausgewählten europäischen Ländern, 2010/11, Anteile in %



Quelle: OECD 2014B/Tabelle 5, eigene Darstellung.

Abbildung 26: Anteil der 25-34-jährigen Bevölkerung mit Tertiärausbildung 2012 im internationalen Vergleich, in %



Quelle: OECD Education at a Glance 2014, eigene Darstellung

Tabelle 7: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25-64 Jährigen nach Geburtsland und Jahr der Zuwanderung nach Österreich

Geburtsland	Jahr der Zuwanderung	Höchste abgeschlossene Bildung			
		Pflichtschule	Lehre, BMS	AHS, BHS	Universität o.ä.
EU	bis 1999	11%	42%	25%	22%
	2000-2009	10%	40%	24%	25%
	seit 2010	10%	30%	21%	40%
außerhalb der EU	bis 1999	42%	36%	13%	9%
	2000-2009	38%	25%	19%	17%
	seit 2010	24%	22%	19%	35%
Österreich		12%	57%	15%	16%
Nicht-Österreich		27%	34%	19%	20%
EU		10%	38%	24%	28%
außerhalb der EU		39%	31%	15%	14%
Insgesamt		15%	52%	16%	17%

Quelle: Statistik Austria/Mikrozensus 2014, eigene Darstellung

2.4.4 Zusammenfassung zum Status Quo der Migrationen in Österreich

Die Migrationen in Österreich haben unterschiedliche Wurzeln, beginnend von der Gastarbeiterzuwanderung in den 1960er Jahren, über die damit verbundene Familienzusammenführung und Kettenwanderung, die Fluchtmigration aus den östlichen und südöstlichen Nachbarländern, mit denen Österreich eine gemeinsame Geschichte und Akkulturation teilt, zu der Zuwanderung aus den Nachbarländern im Westen und Norden, die im Wesentlichen eine Konsequenz der wirtschaftlichen Verflechtung sind, die durch die Freizügigkeit in der EU noch beflügelt wurde. Die jüngere Fluchtmigration ebenso wie die Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Entwicklungshilfe bringt zunehmend Menschen aus fernerer Ländern und Kontinenten nach Österreich. Infolge nimmt die kulturelle und sprachliche Vielfalt der MigrantInnen zu, was die Entwicklung bzw. den Ausbau von Integrationsmaßnahmen in Ergänzung zur Migrationspolitik notwendig macht, will man den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicher stellen.

Die Rolle der Migrationen in der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich in Österreich über die Zeit nicht grundlegend geändert: MigrantInnen sollen einerseits zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft beitragen, andererseits zur Sicherung der Finanzierbarkeit von sozialen und personenbezogenen Diensten (Pflegebereich, Reinigungsdienste). Die Qualifikationsanforderungen haben sich im Gefolge des wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels stark verändert, was zu einer gewissen qualifikatorischen Polarisierung der Zuwanderung geführt hat. Mit der Alterung der österreichischen Gesellschaft kommen neben den wirtschaftlichen Argumenten für eine spezifische qualifikatorische Zuwanderung Mengenargumente stärker ins Spiel. Das heißt, dass eine Verjüngung der (erwerbsfähigen) Bevölkerung für die Sicherung der Sozialbudgets von Vorteil ist. Die Altersstruktur der österreichischen MigrantInnen ist aus dieser Perspektive sehr vorteilhaft und trägt in diesem Sinne zur Sicherung der Wohlfahrt bei.

3 Wirtschaftliche Dynamik und Zuwanderung

3.1 Literaturüberblick zur Rolle der wirtschaftlichen Einflussgrößen für Migrationen

Um die Bedeutung der unterschiedlichen Typen und Formen von Migrationen für eine Gesellschaft herauszuarbeiten, wird im Folgenden die empirische Literatur zur Wirkungsweise vorgestellt. Diese gibt wichtige Hinweise darauf, welche Bedeutung einzelnen Typen und Formen der Migration beigemessen werden kann. Dabei wird wirtschaftlichen Verflechtungen von Ländern besonderes Augenmerk geschenkt. Diese Verflechtungen können sich sowohl in Form von Direktinvestitionen als auch in Form von Handelsbeziehungen manifestieren.

In der ökonomischen Theorie basiert die Migrationsentscheidung von Individuen bzw. Haushalten prinzipiell auf Einkommensdifferenzialen zwischen Herkunftsland und Zielland.²⁷ Dabei muss das Einkommensdifferenzial ausreichend groß sein, um sowohl die direkten Kosten der Migration als auch die individuelle Präferenz für das Verbleiben im Herkunftsland abzudecken.²⁸ Ist das Einkommen im Zielland gegenüber der Situation im Herkunftsland deutlich unsicherer, dann kann dies zu Zurückhaltung in der Migrationsentscheidung führen. Bei hohen Migrationskosten kann der Fall eintreten, dass in sehr armen Ländern das Migrationspotenzial sehr gering ist, da diese Kosten nicht gedeckt werden können.

Nicht-ökonomische Einflussgrößen werden in der ökonomischen Theorie dahingehend berücksichtigt, dass sie die individuelle Präferenz hinsichtlich der Migrationsentscheidung beeinflussen. So können Netzwerkeffekte, wenn aus einem Herkunftsland bereits Personen im Zielland ansässig sind, die individuelle Präferenz verstärken. Dies kann z.B. eine Folge eines geringeren Humankapitalverlusts sein oder in einem verbesserten Zugang zu Information, Kreditmöglichkeiten etc. bestehen (Hatton und Williamson 2003, Biffi 2012). Informationen, die Netzwerke zur Verfügung stellen, betreffen z.B. die Möglichkeit, eine Arbeitsstelle zu finden, Informationen über die wirtschaftliche Situation, das Sozialsystem, die Bevölkerung oder die Kultur.

Diese theoretische Überlegung bildet für die empirischen Untersuchungen der Einflussgrößen auf das Migrationspotenzial regelmäßig die Basis. Nachfolgend werden die Ergebnisse dieser Untersuchungen dargestellt.

Pedersen et al. (2008) untersuchen die Migrationsströme aus 129 Ländern in 22 OECD Ländern für die Periode 1990 bis 2000. Sie untersuchen eine Bandbreite von Einflussgrößen. Darunter finden sich das BIP pro Kopf im Herkunfts- und Zielland, die Handelsbeziehungen (gemessen als Importe plus Exporte), öffentliche Sozialausgaben im Zielland bzw. Steuereinnahmen. Da Steuereinnahmen und Sozialausgaben hoch korreliert sind, wurden nur die Sozialausgaben in der Schätzung verwendet.

Die verschiedenen Schätzungen in Pedersen et al. zeigen, dass die einzelnen Pull- und Push-Faktoren teilweise davon abhängen, welche Variablen in die Schätzung aufgenommen werden und wenig robust sind. Das BIP pro Kopf im Zielland als Pull-Faktor ist in jenen Schätzungen statistisch signifikant, in welchen auch um den Bestand an bereits eingewanderten Personen aus demselben Land kontrol-

²⁷ Für einen Überblick siehe z.B. Hatton und Williamson (2003).

²⁸ Die Migrationspolitik im Zielland kann sowohl die direkten Kosten (z.B. über Quotenregelungen) als auch die individuelle Präferenz (z.B. Qualifizierte Zuwanderung) beeinflussen.

liert wurde. Interessanterweise weist in diesen Fällen auch das Vorzeichen eine intuitiv falsche Richtung auf, d.h. das Vorzeichen ist negativ. Dies würde bedeuten, dass Immigration geringer ausfallen würde, falls das BIP pro Kopf höher wäre. Das BIP pro Kopf im Herkunftsland, als Indikator für einen Push-Faktor, zeigt sich hingegen als robuster und der Koeffizient weist ein negatives Vorzeichen auf. Dies weist auf den erwarteten Zusammenhang hin, wonach Emigration mit dem BIP pro Kopf abnimmt. Vertiefte Schätzungen deuten darauf hin, dass ein inverser U-förmiger Verlauf zu bestehen scheint. Dies unterstützt die These, dass in sehr armen Ländern die Kosten für die Migration häufig nicht getragen werden können. Bei weiterer Unterscheidung der Zielländer ist dieser Effekt lediglich in liberalen²⁹ Wohlfahrtsstaaten von Bedeutung.

Die öffentlichen Sozialausgaben im Zielland werden in der Literatur regelmäßig als Pull-Faktor betrachtet. Die Ergebnisse in Pedersen et al. deuten auf einen signifikant positiven Einfluss hin, wobei die Signifikanz nicht robust in Bezug auf die Spezifikation ist. Die Robustheit steigt jedoch deutlich, falls ebenfalls ein U-förmiger Verlauf für die Schätzung unterstellt wird. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass für die Emigration die Sozialausgaben im Zielland in jenen Herkunftsländern bedeutender sind, die ein besonders geringes Einkommen bzw. ein besonders hohes Einkommen aufweisen. Nach Zerlegung der Zielländer in verschiedene Wohlfahrtssysteme zeigt sich, dass dieser Effekt wiederum von den liberalen Wohlfahrtsstaaten getrieben wird.

Das Handelsvolumen ist ebenfalls nicht robust über alle Spezifikationen, die Ergebnisse deuten aber auf einen positiven Zusammenhang zwischen dem Niveau der Migration und dem Handelsvolumen hin.

3.1.1 BIP pro Kopf

Hatton und Williamson (2003) untersuchen Einflussfaktoren auf Migrationsströme in die USA im Zeitraum 1971 bis 1998. In ihrer Schätzung ist das Verhältnis von BIP pro Kopf im Herkunftsland zum BIP pro Kopf in den USA signifikant. Ein Unterschied zur Schätzung von Pedersen et al. liegt darin, dass Hatton und Williamson das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten heranziehen und nicht in nominellen Werten. Die Verteilung der Einkommen innerhalb der Bevölkerung geht in zweifacher Weise ein. Erstens wird das Verhältnis des Gini-Koeffizienten des Herkunftslandes in Relation zum Zielland (hier USA) sowohl in linear als auch quadratischer Form herangezogen, wobei beide Koeffizienten signifikant sind. Die Koeffizienten deuten auf einen inversen U-förmigen Verlauf hin.

Dies bedeutet, dass die Emigration in die USA mit steigender Ungleichheit im Herkunftsland (im Vergleich mit den USA) ansteigt und ab einem maximalen Punkt wiederum abnimmt. Besonders hohe Ungleichheit im Herkunftsland verringert wiederum die Migration.

Zweitens wird ein Armutsmaß herangezogen, definiert als Verhältnis des Gini-Koeffizienten zum quadrierten mittleren Haushaltseinkommen. Eine Erhöhung des Gini-Koeffizienten bei gegebenem mittleren Haushaltseinkommens erhöht die Ungleichheit, eine Erhöhung des mittleren Haushaltseinkommens reduziert sie. In einer zweiten Schätzung über Einflussgrößen auf die Nettomigrationsrate in 80 Ländern zeigt sich, dass Afrika die einzige Region ist, in welcher ein Anstieg des Einkommens im Herkunftsland zu einer niedrigeren Nettomigrationsrate führt.³⁰ In Westeuropa ist der Einfluss des Armutsmaßes sehr gering, sodass der Einfluss einer Einkommenserhöhung auf die Nettomigrations-

²⁹ Dazu gehören die USA, Großbritannien und Neuseeland.

³⁰ Das Einkommen tritt in der Schätzung an mehreren Stellen auf. Erstens beim BIP pro Kopf als auch beim Armutsindikator.

rate im Vergleich zu anderen Regionen sehr hoch ausfällt. Mayda (2010) und Clark et al. (2007) bestätigen in ihren Arbeiten sowohl die empirische Bedeutung der Verteilung im Ursprungs- als auch Zielland sowie den inversen U-förmigen Verlauf. Den inversen U-förmigen Verlauf hinsichtlich des BIP pro Kopf findet auch Westmore (2014). Wird um den Bestand an MigrantInnen zu Beginn des Beobachtungszeitraums kontrolliert, dann findet sich dieser Verlauf lediglich bei MigrantInnen mit geringer Ausbildung.

3.1.2 Wohlfahrtssystem

Speziell mit der Frage, welche Rolle Wohlfahrtssysteme für Migrationsentscheidungen spielen, setzen sich Giulietti und Wahba (2012) auseinander. Dieses Thema ist in der ökonomischen Literatur noch vergleichsweise neu.³¹ Folgt man Borjas (1999), dann kann erstens ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat MigrantInnen anziehen, die sonst möglicherweise nicht in das Land gewandert wären. Durch eine bessere Absicherung von Arbeitsmarktrisiken ist dies in einem ersten Schritt insbesondere für Personen mit geringen Qualifikationen von Bedeutung. Aber auch Personen mit hoher Ausbildung können eine Präferenz für Staaten mit ausgebauten Wohlfahrtssystemen aufweisen, sodass das Sozialsystem auch für diese Personengruppe relevant ist. Zweitens kann ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat Implikationen auf die Rückwanderung ausüben. Soziale Transfers können dazu führen, dass Personen im Land verbleiben und nicht (z.B. im Falle von Arbeitslosigkeit) in das Heimatland zurückkehren. Razin und Wahba (2011) führen diese Idee weiter aus und kommen zu dem Ergebnis, dass die Vorstellung des Wohlfahrtsstaates als „Magnet“ für Migration, insbesondere für Personen mit geringer Ausbildung, nur für freie Migrationssysteme gilt. Bei Bestehen einer Migrationspolitik und Restriktionen in der Zuwanderung ist davon auszugehen, dass Zielländer mit ausgeprägten Wohlfahrtssystemen hochqualifizierte MigrantInnen als Nettobeitragsleister zum Sozialsystem präferieren.

Die Ergebnisse der empirischen Literatur zum Thema Wohlfahrtsstaat als „Migrationsmagnet“ sind uneinheitlich. Levine und Zimmermann (1999) finden für die USA keine substantielle Evidenz für den Einfluss des Sozialsystems auf die Migrationsentscheidung. Sie gingen in ihrer Untersuchung der Frage nach, inwieweit unterschiedliche Sozialsysteme in den einzelnen Bundesstaaten die Migration zwischen Bundesstaaten beeinflussen. Gelbach (2000) und Enchautegui (1997) finden Evidenz dafür, dass die unterschiedlichen Sozialsysteme Einfluss auf das Migrationsverhalten zwischen Bundesstaaten von alleinerziehenden Müttern bzw. Frauen vor dem Eintritt in das Erwerbsleben ausüben. McKinnish (2005, 2007) zeigt, dass der Einfluss bei Personen, die nahe an der Grenze zu einem anderen Bundesstaat leben, stärker ist. Neuere Arbeiten konzentrieren sich auf Europa. De Giorgi und Pellizzari (2009) untersuchen den Einfluss der Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung auf die Migration in die EU-15 Länder. Sie finden einen kleinen aber signifikanten Einfluss. Brücker et al. (2002) kommen zu dem Ergebnis, dass Länder mit ausgebautem Sozialsystem eher Personen mit geringer Ausbildung anziehen, während Personen mit hoher Ausbildung eher in Staaten mit geringeren Sozialausgaben auswandern, da die Steuerbelastung niedriger ausfällt. Westmore (2014) findet einen positiven Zusammenhang zwischen Immigration und relativen, d.h. Differenz zwischen Ziel-

³¹ Bahnbrechend war die Arbeit von Borjas (1999). Borjas, G. J. (1999). Immigration and Welfare Magnets. *Journal of Labour Economics* 17(4), 607-637.

und Herkunftsland, öffentlichen Transferleistungen in Prozent des BIP.³² Diese Studien, wie auch die von Pedersen et al., berücksichtigen nicht, dass Zuwanderung einen Einfluss auf die Sozialausgaben ausüben kann und somit die Ergebnisse verzerren kann („Endogenitätsproblem“). Zum einen kann der Einfluss direkt sein, falls Migration zu einem überproportionalen Anstieg der Sozialausgaben führt. Zum anderen sind indirekte Effekte möglich, indem die Politik auf Zuwanderung reagiert und die Sozialleistungen kürzt, z.B. über kürzere Bezugsdauern, erschwerten Zugang etc. Razin und Wahba (2011) versuchen dieses Endogenitätsproblem zu korrigieren und kommen zu dem Ergebnis, dass in freien Migrationsregimen die Sozialleistungen eine starke Anziehungskraft auf MigrantInnen ausüben (abgebildet über Zuwanderung aus EU-Mitgliedsländern), während in Bereichen der kontrollierten Zuwanderung (Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern) versucht wird den Fokus auf hochqualifizierte Migration zu legen und Beschränkungen für Geringqualifizierte festzulegen. Giuliatti et al. (2012) finden bei Kontrolle um eine mögliche Endogenität einen positiven Zusammenhang in 19 EU-Ländern über die Periode 1993 bis 2008 zwischen Arbeitslosenleistungen und Migration aus Drittstaaten, jedoch keinen Zusammenhang bei Migration aus EU-Mitgliedstaaten. Nowotny (2015) findet ebenso einen positiven Einfluss der Ersatzrate in der Arbeitslosenversicherung auf die Migration, nicht jedoch in Bezug auf Familienleistungen. Nowotnys Ergebnissen zufolge führen höhere Steuersätze und Sozialversicherungsbeiträge des Weiteren zu mehr Migration von Personen mit geringeren Qualifikationen und bewirken bei hochqualifizierten Personen das Gegenteil.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass einige empirische Studien einen Zusammenhang zwischen Sozialsystemen und Migrationsentscheidungen feststellen, wobei sich die Ergebnisse vor allem auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen. Bezüglich Familienleistungen ist die Evidenz eher gering. Auch das Abgabensystem, welches mit dem Sozialsystem im Zusammenhang steht, übt einen Einfluss auf das Migrationsverhalten aus.

3.1.3 Direktinvestitionen und Handel

In der empirischen Literatur finden sich in den letzten Jahren vermehrt Untersuchungen über den Einfluss von ausländischen Direktinvestitionen auf das Migrationsverhalten. Unsicherheiten bestehen in der empirischen Literatur hinsichtlich der Richtung des Wirkungskanals. Es gibt sowohl Arbeiten, die zu dem Schluss kommen, dass Migration Direktinvestitionen auslösen kann, während andere Arbeiten die Direktinvestitionen als vorgelagert sehen. Der Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Migration lässt sich theoretisch durch den Abbau von Informationsdefiziten erklären. So verringern Informationen von MigrantInnen über ihr Herkunftsland die Kosten für Direktinvestitionen in diesen Herkunftsländern bzw. Informationen über die Zielländer der Migration die Kosten für Direktinvestitionen aus den Herkunftsländern der Migration in die Zielländer. So stellen MigrantInnen nicht nur Arbeitskraft und Kapital zur Verfügung, sondern auch ein soziales Netzwerk in den Herkunftsländern. Ein zweites Argument basiert darauf, dass MigrantInnen ihre Ersparnisse nutzen, um in den Herkunftsländern Investitionen durchzuführen. Auch in diesem Fall geht den Investitionen die Migration voraus. Umgekehrt verringern auch Direktinvestitionen in den Herkunftsländern die Informationskosten über ein potenzielles Zielland für MigrantInnen.

³² Für MigrantInnen mit geringer Ausbildung ist der Koeffizient sowohl bei der Transferleistung als auch dem Einkommensteuersatz höher.

In der empirischen Literatur wird der Nachweis einer Korrelation zwischen Migration und Direktinvestitionen erbracht. Groznik (2003) untersucht den Zusammenhang für die USA für den Zeitraum 1950 bis 1997, mit dem Ergebnis, dass beide Zeitreihen positiv miteinander korreliert sind. Dies würde dafür sprechen, dass Migration die Kosten für Direktinvestitionen vom Herkunfts- in das Zielland verringert. Kim (2006) zeigt für die USA, dass Migration mit Direktinvestitionen und dem Handelsvolumen korreliert, Handel und Direktinvestitionen aber Substitute sind. Dabei zeigt die empirische Analyse, dass Migration den Direktinvestitionen und Handel vorausgeht. Foad (2011) findet ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen Migration und eingehenden Direktinvestitionen. Der empirischen Schätzung nach führt eine Verdoppelung des Anteils an MigrantInnen an der Bevölkerung, ausgehend vom nationalen Durchschnitt in den USA, zur Gründung von zusätzlich 20 Tochterunternehmen ausländischer Unternehmen aus dem Herkunftsland der MigrantInnen. Foads Analyse ergab auch, dass MigrantInnen mit höherer Qualifikation mehr Direktinvestitionen anziehen, mit Ausnahme von MigrantInnen aus afrikanischen Ländern.

Die empirischen Ergebnisse von Javorcik et al. (2011) kommen für die USA wiederum zu dem Schluss, dass Migration in die USA zu höheren Direktinvestitionen in den Herkunftsländern führt. Saxeenian (2001) zeigt, dass ein erheblicher Teil des Wachstums des IT Sektors in Indien auf AuswanderInnen in die USA zurückzuführen ist. Kugler und Rapoport (2006) unterscheiden zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten AuswanderInnen. Nach deren Ergebnis ist der Effekt auf zukünftige Direktinvestitionen bei MigrantInnen mit höherer Qualifikation zwar deutlich stärker, jedoch gibt es auch bei Personen mit geringeren Qualifikationen einen Zusammenhang.

Neben diesen Studien, die Migration als Auslöser für Direktinvestitionen sehen, gibt es aber auch Arbeiten, die umgekehrt die Direktinvestitionen in Herkunftsländer als Ursache für nachfolgende Migration sehen. Aroca und Maloney (2005) betrachten die bilateralen Flüsse zwischen Mexiko und den USA mit dem Ergebnis, dass Direktinvestitionen und Migration positiv korreliert sind und die Direktinvestitionen vorausgehen. D'Agosto et al. (2006) untersuchen ebenso den Effekt von Direktinvestitionen in den Herkunftsländern auf die Migrationsentscheidung der dort ansässigen Bevölkerung. Gemäß den Autoren können Direktinvestitionen mehrere Einflüsse ausüben. Ein Aspekt von Direktinvestitionen kann darin liegen, dass sie die Migration verringern, da die Arbeitsnachfrage als Folge der Investition steigt und somit auch die Arbeitsmarktchancen im Herkunftsland. Auf der anderen Seite verringern die Direktinvestitionen Liquiditätsbeschränkungen bezüglich der Migration infolge des zusätzlichen Arbeitseinkommens und erhöhen die Humankapitalbildung im Land. Dies kann zu einer verstärkten Emigration von höher qualifizierten Personen führen. Zudem erhöhen die Investitionen den Offenheitsgrad des Landes und die ökonomischen und kulturellen Verbindungen mit dem potenziellen Zielland. Dies verringert die Kommunikations- und Transaktionskosten der Migration (siehe D'Agosto et al. (2006)). Direktinvestitionen unterstützen auch auf direkte Weise die Humankapitalbildung. So führt Miyamoto (2003) Beispiele an, in denen Unternehmen in die Ausbildung bzw. Bildungsinfrastruktur investiert haben, z.B. in China, Costa Rica oder Indonesien. In der empirischen Schätzung finden die Autoren Evidenz für den positiven Einfluss von Direktinvestitionen auf die Humankapitalbildung. Zudem finden sie einen positiven Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Migration als Folge der Reduktion von Informations- und Transaktionskosten für Migration.

Die empirische Literatur zum Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen (teilweise auch Handel) und Migration liefert teilweise recht unterschiedliche Ergebnisse. Dennoch ist festzuhalten, dass ein Zusammenhang besteht. Die Ergebnisse legen nahe, dass die wirtschaftliche Verbindung zwischen zwei Ländern Informations- und Transaktionskosten deutlich senken und somit wirtschaftliche Verflechtungen eine Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. So besitzen Unternehmen bessere In-

formationen über potenzielle Arbeitnehmer aus anderen Ländern und können Stärken und Schwächen besser abschätzen. Ebenso haben MigrantInnen eine realistischere Sicht darüber, was potenzielle Arbeitgeber erwarten und sind vermutlich auch über die Arbeitskultur besser informiert. Somit können wirtschaftliche Verflechtungen als wichtige Information dienen, auf welche Regionen die Migrationspolitik ihre spezielle Aufmerksamkeit legen könnte.

3.1.4 Institutionelle Faktoren

Westmore (2014) untersucht auch noch den Einfluss von Arbeitsmarktregulierung sowie der Regulierung der Unternehmenstätigkeit. Hinsichtlich der Arbeitsmarktregulierung im Zielland fällt die Migration sowohl von Personen mit geringerer als auch höherer Ausbildung kräftiger aus. Inkludiert man einen Indikator für den Schutz von Teilzeitarbeitskräften, dann führt dieser zu einem geringeren Bestand an geringer qualifizierten MigrantInnen. Die Regulierung der Unternehmenstätigkeit führt zu geringerer Zuwanderung, sowohl von Personen mit geringer als auch hoher Qualifikation. Dies könnte zur Abschreckung von MigrantInnen führen, die einer selbständigen Tätigkeit im Zielland nachgehen wollen.

3.1.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die empirischen ökonomischen Studien einige wenige Einflussfaktoren für Migration identifizieren. Eine wesentliche Größe ist der Unterschied in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Herkunfts- und Zielland. Dabei geht es um Differenzen im Potenzial der Einkommenserzielung sowie die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Bei sehr hoher Arbeitslosigkeit ist davon auszugehen, dass das Potenzial der Einkommenserzielung nicht erreicht werden kann. Weitere wichtige Faktoren sind insbesondere bereits existierende Netzwerkeffekte, die die Kosten der Zuwanderung deutlich reduzieren können. Auch wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Herkunfts- und Zielländern können Migrationsströme beeinflussen, wobei es unterschiedliche Sichtweisen über den Einfluss gibt.

Als weitere Einflussgrößen werden in der Literatur institutionelle Rahmenbedingungen genannt, wie die soziale Absicherung, die Regulierung des Arbeitsmarktes und der Unternehmenstätigkeit oder auch die steuerliche Belastung. Diese Rahmenbedingungen üben somit neben den wirtschaftlichen ebenso Einfluss auf die Zuwanderung aus, insbesondere die Zusammensetzung nach Qualifikationen. Im Folgenden wird auf den rechtlichen, institutionellen und politisch-administrativen Rahmen der Migration genauer eingegangen.

3.2 Status quo der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Migrationen in Österreich

Bevor man eine Vision für die zukünftige Rolle der Migrationen und der Migrationspolitik vornehmen kann, ist es notwendig, sich mit dem Status quo auseinander zu setzen. Dafür ist es wichtig, einiges über die derzeitige und zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu erfahren, den Einfluss von technologische Veränderungen zu berücksichtigen sowie die Entwicklungspläne der EU. In dem Zusammenhang gilt dem Lissabon Programm mit dem Ziel der Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit, der Förderung der Innovationskraft und Sicherung der Arbeitsplätze in Europa besondere Aufmerksamkeit, insbesondere auch der Sicherung des Industriestandortes (Industrie 4.0). Von den Migrationen wird erwartet, dass sie einen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts leisten ohne die soziale Kohäsion aufs Spiel zu setzen.

3.2.1 Zur Rolle der Wertschöpfung im Vergleich zum Ausland

In der wissenschaftlichen Literatur wird die Bedeutung von Wohlstandsdifferenzialen als Treiber von Migrationsströmen hervorgehoben. Demnach wirkt ein niedriges Wohlstandsniveau in der Regel als Push-Faktor aus einem Herkunftsland, ein hohes Wohlstandsniveau als Pull-Faktor in ein Zielland. Das ökonomische Wohlstandsniveau wird in der empirischen Literatur häufig anhand des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf dargestellt.³³ Anhand von Daten der Weltbank lässt sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Länder der Welt miteinander vergleichen. Die Werte werden in USD in laufenden Preisen angegeben. Da nicht für alle Länder Werte für 2013 verfügbar sind, wird ein Durchschnitt über die Jahre 2011 bis 2013 gebildet.

Die hoch entwickelten Ökonomien im westlichen Europa sowie in Nordamerika erreichen die höchsten Werte. Nach einer Reihe von oberen Ausreißern, wie etwa Monaco, Luxemburg, Norwegen, Schweiz und Bermuda, erreichen unter den entwickelten Ökonomien des Westens vor allem Australien (Rang 8 mit einem BIP von 65.705 USD pro Kopf), Dänemark (Platz 9) und Schweden (Rang 10) sowie Kanada (Rang 12) Höchstwerte. Österreich liegt mit einem Wert von 49.980 USD auf Rang 17 gerade noch im obersten Dezil der Top 19 Volkswirtschaften der Welt (in Abbildung 28 farblich unterlegt).

Da der Großteil der Länder ein kleineres BIP pro Kopf aufweist als Österreich, ergibt sich für den Großteil der Länder ein Quotient von kleiner eins. Der Quotient wird durch Division des Werts des jeweiligen Landes im Zähler durch den Österreichwert im Nenner gebildet. Dies ist in Abbildung 29 erkennbar. Im oberen Teil sind die Länder mit niedrigerem BIP pro Kopf als Österreich abgebildet, d.h. mit einem Wert von kleiner eins; im unteren Teil die Länder mit einem höheren BIP pro Kopf.

Es ist zu erkennen, dass eine Reihe der hochentwickelten Ökonomien in Nordamerika und Europa ein höheres BIP pro Kopf aufweisen und entsprechend nicht abgebildet sind. Namentlich gilt dies etwa für die USA und Kanada, bzw. in Europa für Norwegen, Schweden oder Dänemark. Es folgen die hellgrün abgebildeten Länder, die zwar niedrigere Werte aufweisen, das österreichische Niveau jedoch annähernd erreichen. Ländern mit deutlich niedrigeren Werten werden die dunkelgrauen Felder zugewiesen. Hier sind insbesondere die Länder in West-, Zentral- bzw. Ostafrika, in Süd- und Südostasien sowie bestimmte Länder in Südamerika wie etwa Bolivien und Paraguay zu nennen.

³³ Daneben haben sich in der jüngeren Literatur noch alternative Wohlstandsmaße etabliert.

Abbildung 27: BIP pro Kopf in USD in laufenden Preisen, 2011 bis 2013, Europa und Welt

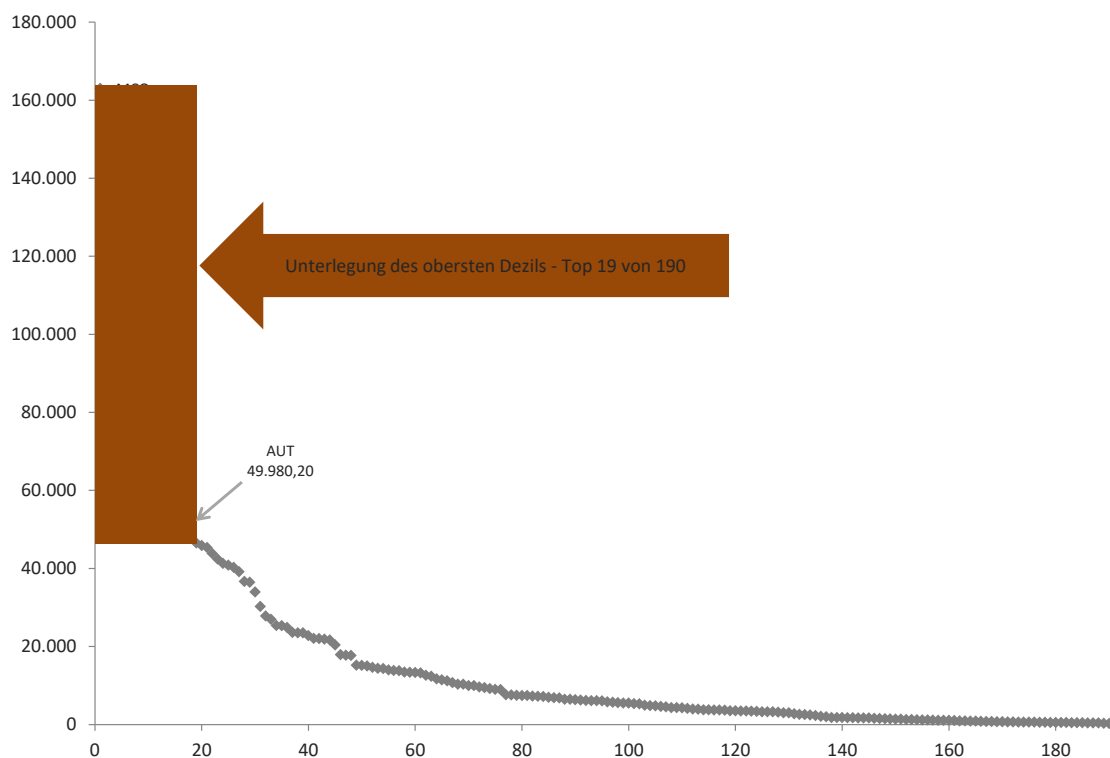


Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Auf der anderen Seite der Skala sind Länder mit einem höheren BIP pro Kopf als Österreich dargestellt (vgl. Abbildung 29 unterer Teil). Hier finden sich Länder, die möglicherweise aus anderen Gründen – etwa aufgrund geografischer Nähe, wie dies bei der Schweiz der Fall ist, als Herkunftsländer von MigrantInnen für Österreich in Betracht kommen; hier ist die Wirtschaftsstruktur ebenfalls so weit entwickelt ist, dass Migrationen das Wohlstandsniveau nur über ihren Beitrag zur Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit positiv beeinflussen. Wenngleich internationale Studien –

etwa jene im Kontext des ‚Better Life Index‘ der OECD – darauf verweisen, dass neben dem BIP pro Kopf auch noch andere Faktoren aussagekräftige Informationen zum ‚Wohlstand der Gesellschaften‘ bilden, so wird hier davon ausgegangen, dass das BIP pro Kopf wohl ein wichtiger Wohlstandsindikator ist. Demnach würde ein, zu einem potenziellen Zielland niedrigerer Wert, die Wahrscheinlichkeit der Wanderung erhöhen. Ab einem gewissen Ausmaß der Divergenz (vgl. bei Pederson et al. findet sich beispielsweise ein Nachweis eines invers U-förmigen Zusammenhangs) werden sehr starke Wohlstandunterschiede die Wahrscheinlichkeit der Migration aber wieder verringern, da in sehr armen Ländern die migrationsbedingten Kosten von den betroffenen Personen weniger leicht getragen werden können.

Abbildung 28: Verteilung BIP pro Kopf in USD in laufenden Preisen, Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013, Hervorhebung des obersten Dezils



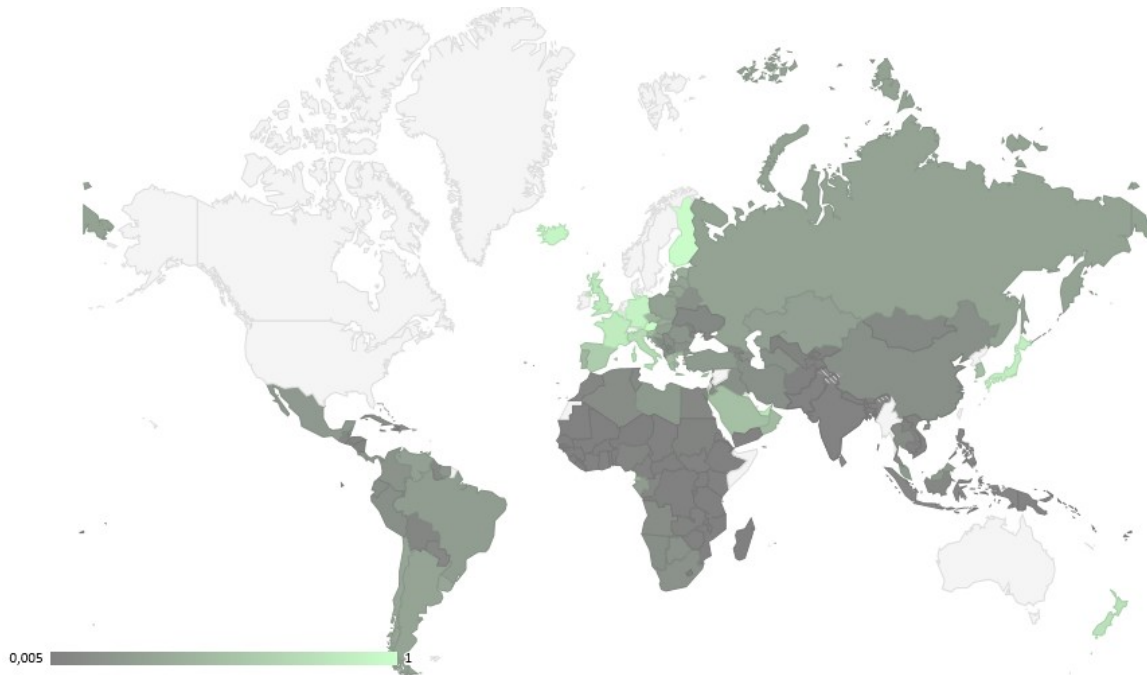
Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Die Abbildung 30 stellt das BIP pro Kopf der untersten zwei Dezile dar. Erfasst werden dabei insbesondere die Länder in Ost-, Mittel- und Zentralafrika, darüber hinaus Afghanistan, Pakistan, Kambodscha oder Haiti. Insbesondere für diese Länder ist zu erwarten, dass angesichts des niedrigen Wohlstandsniveaus die Kosten der Wanderung so hoch sind, dass sie ein echtes Mobilitätshindernis darstellen können.

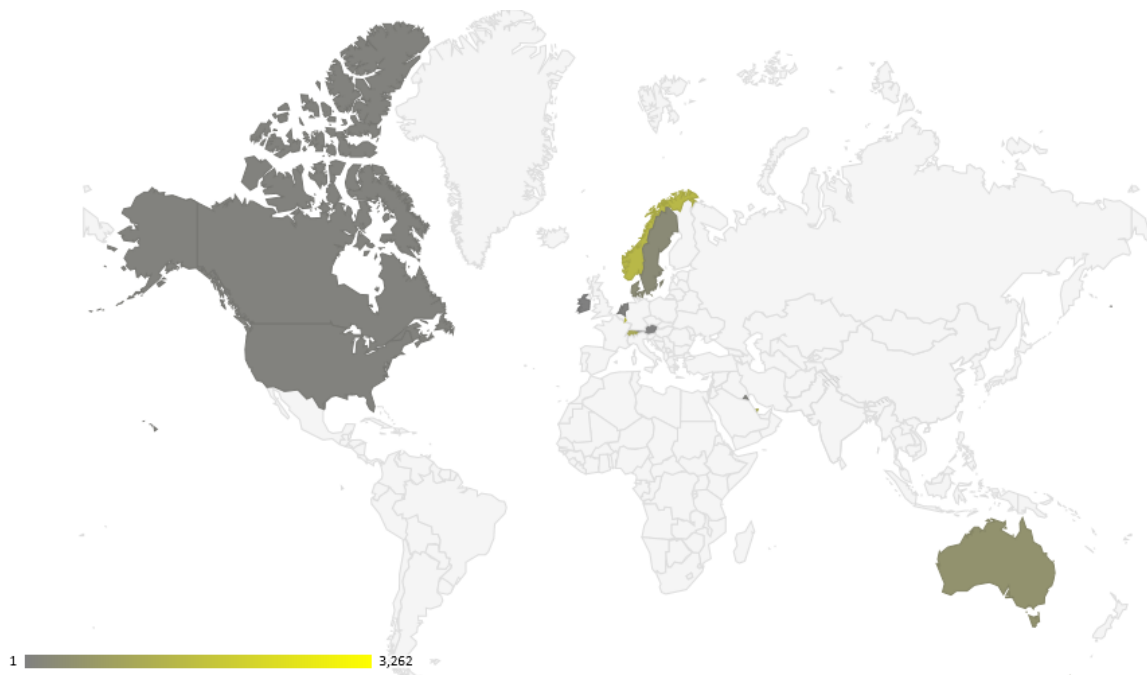
In der Abbildung 31 ist die Veränderung des BIP pro Kopf in der langfristigen Darstellung abgebildet. Dabei wird die relative Veränderung in der Periode 2011 bis 2013 gegenüber 1995 bis 1997 dargestellt. Es zeigt sich, dass häufig gerade jene Länder, die niedrigere Niveaus aufweisen, überdurchschnittliches Wachstum aufweisen und damit wirtschaftlich aufholen.

Abbildung 29: BIP pro Kopf in USD laufende Preise im Durchschnitt 2011 bis 2013, Quotient als Wert des Landes dividiert durch Österreich

Länder mit Werten kleiner 1



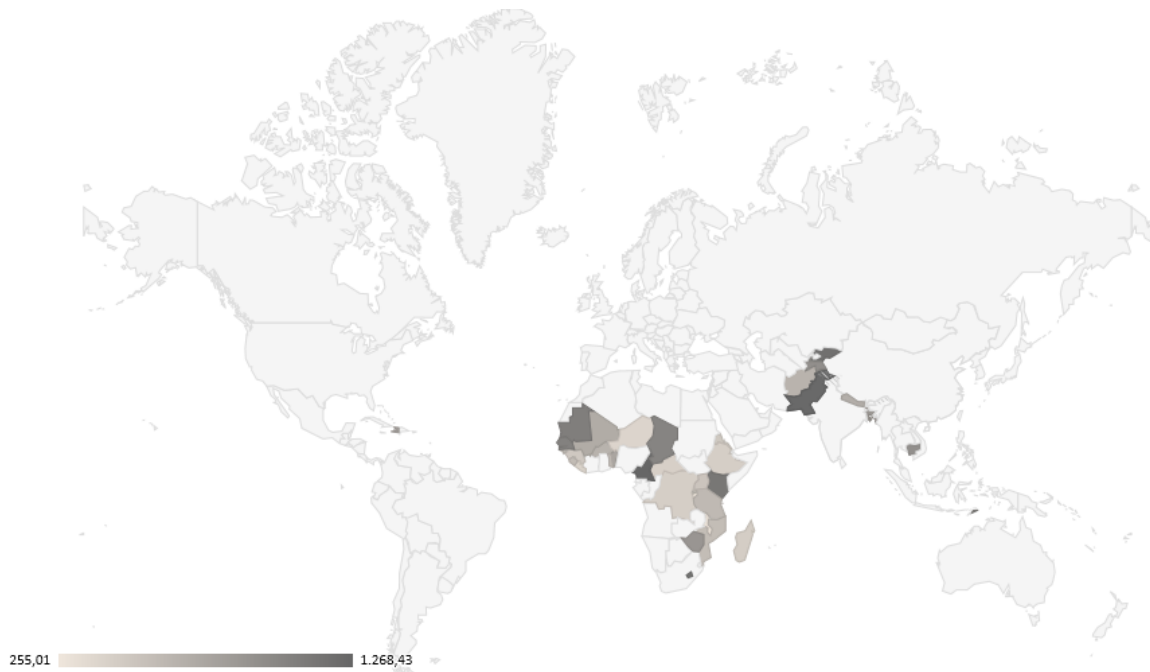
Länder mit Werten größer 1



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

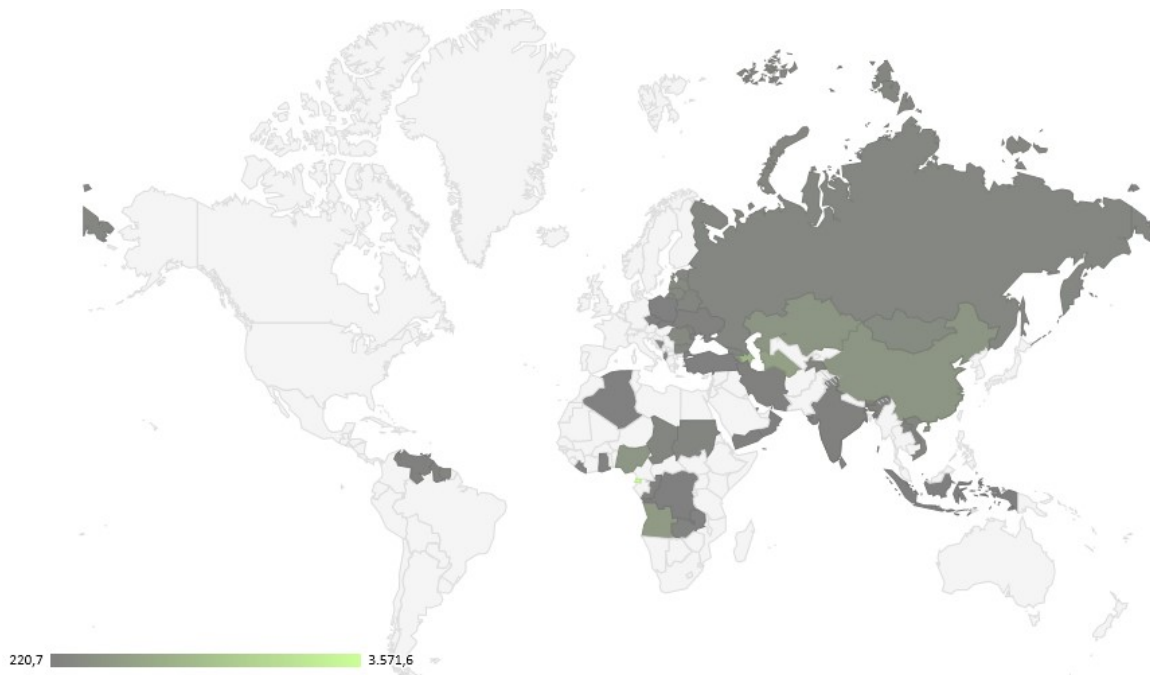
Wenngleich die Länder mit überdurchschnittlichem Wachstum häufig niedrigere Niveaus aufweisen – im Untersuchungszeitraum weisen beispielsweise Äquatorialguinea, Aserbaidschan und Turkmenistan das größte Wachstum auf, während beispielsweise Deutschland nur an 173. Stelle rangiert, Österreich an 157. Stelle und Dänemark an 159. Stelle – so lässt sich in der globalen Betrachtung ein generelles Bild der Konvergenz nur schwer erkennen (vgl. Abbildung 32).

Abbildung 30: BIP pro Kopf in USD laufende Preise im Durchschnitt 2011 bis 2013, Darstellung der untersten beiden Dezile



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Abbildung 31: Veränderung BIP pro Kopf 2011/2013 zu 1995/1997, Top 50



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Ein starker negativer Zusammenhang zwischen Niveau und Entwicklung, der eine Konvergenzentwicklung indizieren würde, ist nicht zu erkennen. Auf der rechten unteren Seite des abgebildeten Scatterplots ist eine Gruppe von hoch entwickelten Ökonomien auszumachen, die eine niedrige wirtschaftliche Dynamik aufweisen. Hierzu zählt auch Österreich. Bei den Ländern mit niedrigerem Wohlstandsniveau auf der anderen Seite der Skala steht einer Reihe stark wachsender „Catching-up Eco-

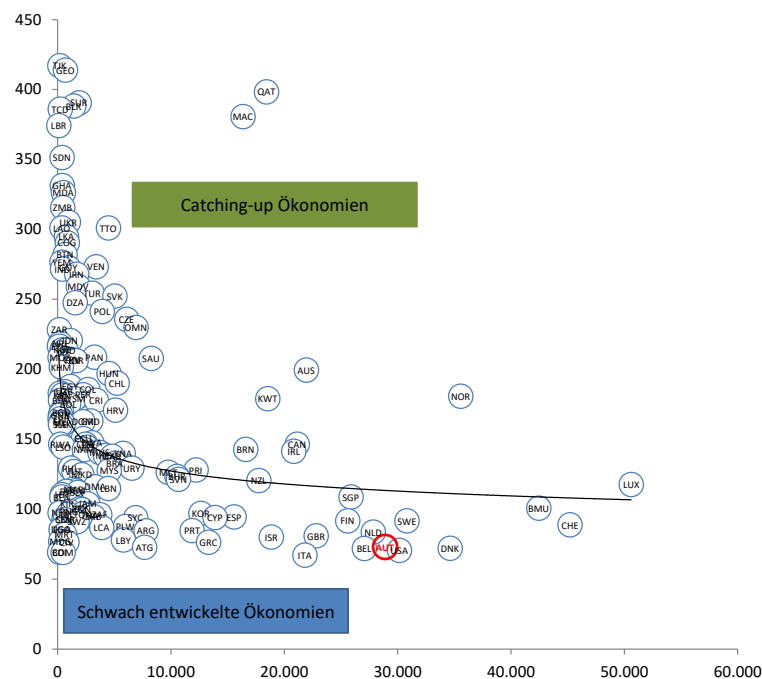
nomies', etwa China, Nigeria, die sich entwickelnden Balkanländern sowie die neueren EU-Mitgliedstaaten, einer Reihe von Ländern gegenüber, die bei niedrigem Wohlstandsniveau zugleich eine niedrige Dynamik aufweisen. Als Beispiele hierfür gelten Malawi, Zimbabwe oder Burundi. Daneben finden sich auch ‚Ausreißer‘, die bei hohem Entwicklungsniveau auch überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweisen. Hierzu zählen insbesondere Norwegen und Australien sowie Katar und Macau.

Demnach sind in der globalen Betrachtung drei Cluster zu erkennen:

- hoch entwickelte Ökonomien, die eher konsolidiertes bis niedriges Wachstum aufweisen (darunter Österreich),
- sich rasch entwickelnde ‚Catching-up Economies‘, die hohes Wachstum, jedoch im Vergleich zu den entwickelten Ländern ein niedrigeres Niveau aufweisen, und schließlich
- die schwach entwickelten Ökonomien, die sowohl ein niedriges Entwicklungsniveau als auch eine geringe Dynamik aufweisen.

Diese Erkenntnis ist wichtig, geht daraus doch hervor, dass Länder wie Norwegen oder Australien ganz andere wirtschaftliche Voraussetzungen für die Zuwanderung haben als etwa Österreich.

Abbildung 32: Gegenüberstellung BIP pro Kopf Niveau im Durchschnitt 1995 bis 1997 (x-Achse) gegenüber Veränderung 2011/2013 zu 1995/1997 (y-Achse)



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

3.2.2 Wohlstandsdifferenziale unter Berücksichtigung der Kaufkraft

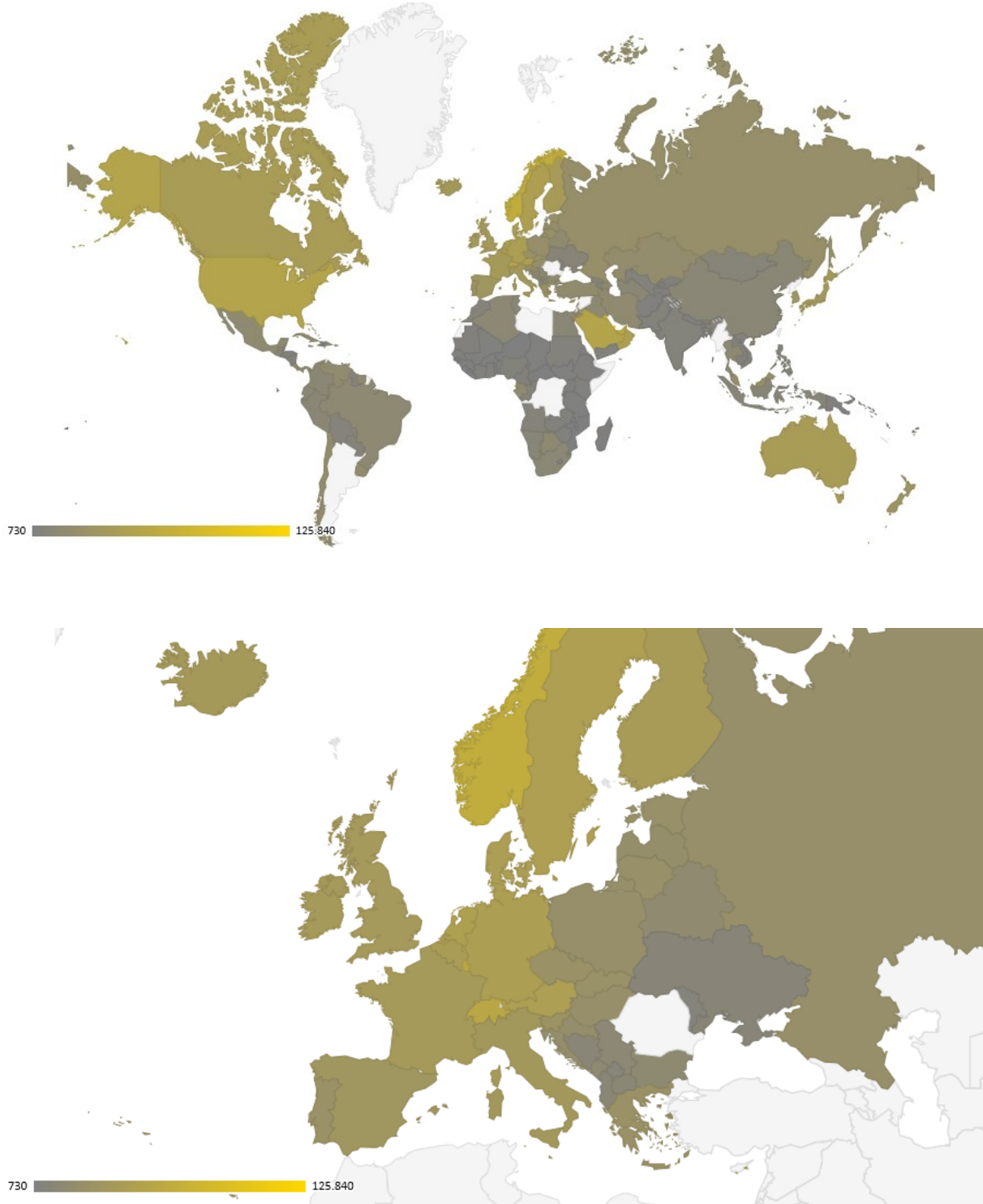
In der wissenschaftlichen Literatur werden von einigen Autoren Wohlstandsdifferenziale unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten herangezogen (vgl. hierzu Hatton und Williamson 2003), im Gegensatz zu den obigen Daten der Weltbank zum BIP pro Kopf, die Kaufkraftunterschiede zwischen

Ländern nicht berücksichtigen. Da davon auszugehen, dass sich Kaufkraftunterschiede auf das Wohlstandsniveau und die Lebensqualität der Bevölkerung auswirken, gehen wir hier auch dieser Frage nach. Dabei ist zu bedenken, dass beide Variablen hochgradig korreliert sind und daher a priori kaum unterschiedliche Rangordnungen zwischen Ländern entstehen. Jedoch bewirkt die Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten tendenziell eine Verringerung der Streuung (vgl. Abbildung 33). Manche der hoch entwickelten Staaten, etwa Luxemburg, Norwegen oder die Schweiz, tendenziell auch Österreich, verlieren in der kaufkraftbereinigten Betrachtung relativ stark an Gewicht.

Die Positionierung der Länder in Relation zu Österreich anhand des Bruttonationaleinkommens stimmt mit der nach Maßgabe des BIP pro Kopf relativ gut überein (vgl. Abbildung 33 zu Abbildung 29). Überdurchschnittliche Divergenz zu Österreich weisen insbesondere die Länder in Ost-, Zentral- und Westafrika sowie in Süd- und Südostasien auf. Hingegen weisen die Länder, die im unteren Teil der Abbildung 33 abgebildet sind, ein höheres Bruttonationaleinkommen als Österreich auf. Neben den Ausreißern Katar, Macau, Kuwait und Singapur, sind in Europa insbesondere Norwegen, Luxemburg, Niederlande und die Schweiz zu erwähnen, außerhalb Europas die USA. Das Bild erinnert stark an die Verteilung des BIP pro Kopf, sodass hier nicht weiter vertieft wird.

Insgesamt lässt sich aus den dargestellten Wohlstandsquotienten ableiten, dass die entwickelten westlichen Ökonomien als Herkunftsland von MigrantInnen mit geringerer Wahrscheinlichkeit aus Gründen der Verbesserung der eigenen Wohlfahrt in Betracht kommen. Migrationsentscheidungen aus diesen Ländern werden da eher unabhängig vom relativen Wohlfahrtsniveau getroffen, beispielsweise aus persönlichen Gründen, aus spezifischen Berufsperspektiven, oder aus Gründen der geografischen bzw. kulturellen Nähe. Sehr wohl in Betracht kommen aus Gründen der eigenen Wohlfahrtsverbesserung Migrationen aus den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern innerhalb der Europäischen Union bzw. außerhalb, etwa Ukraine, Weißrussland, Georgien, der Balkanraum sowie weiterhin die westlichen Balkanstaaten und die Türkei.

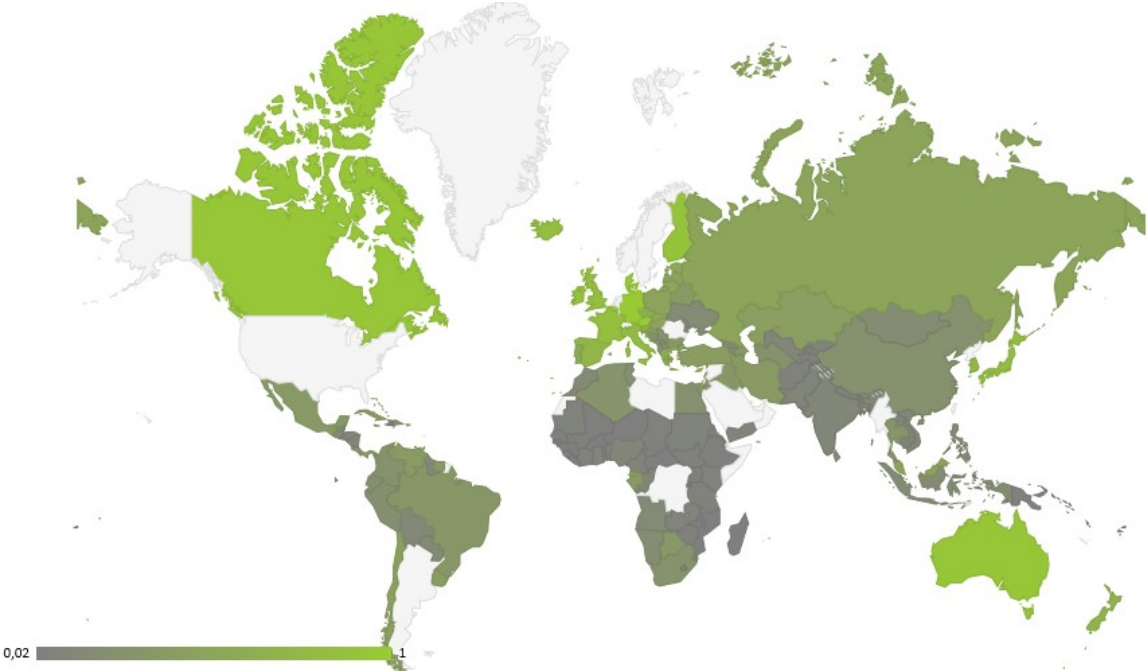
Abbildung 33: Bruttonationaleinkommen pro Kopf in Kaufkraftparitäten in USD gemäß Weltbank, Durchschnitt 2011 bis 2013, Welt und Europa



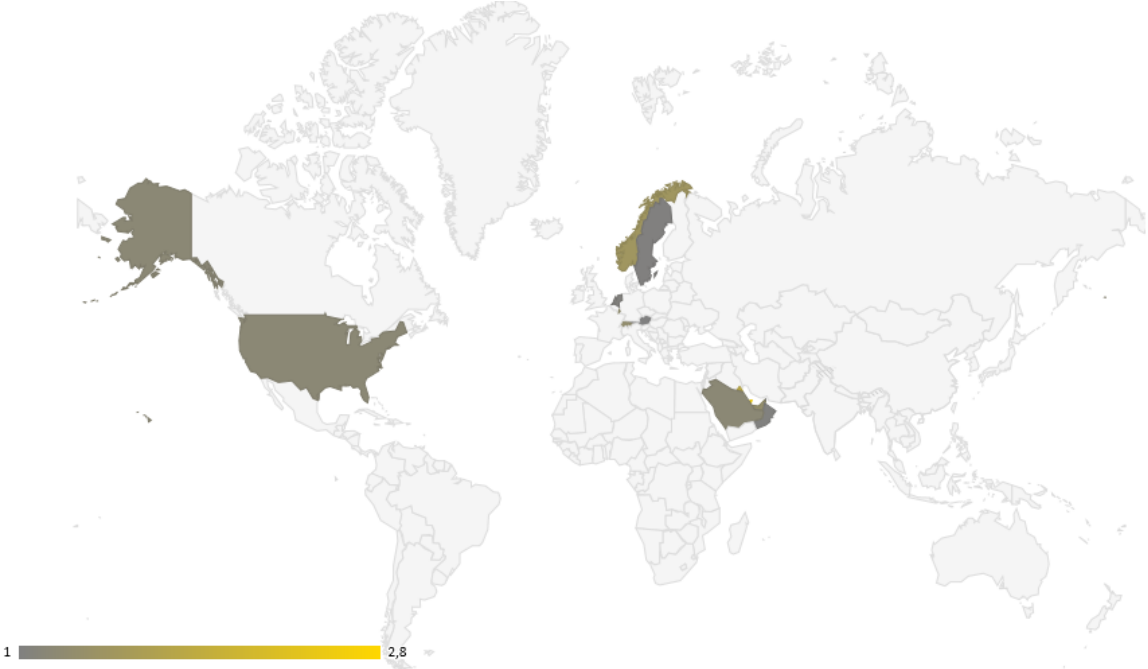
Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Abbildung 34: Bruttonationaleinkommen (GNI) pro Kopf in USD, laufende Preise im Durchschnitt 2011 bis 2013, Quotient als Wert des Landes dividiert durch Österreich

Länder mit Werten kleiner eins

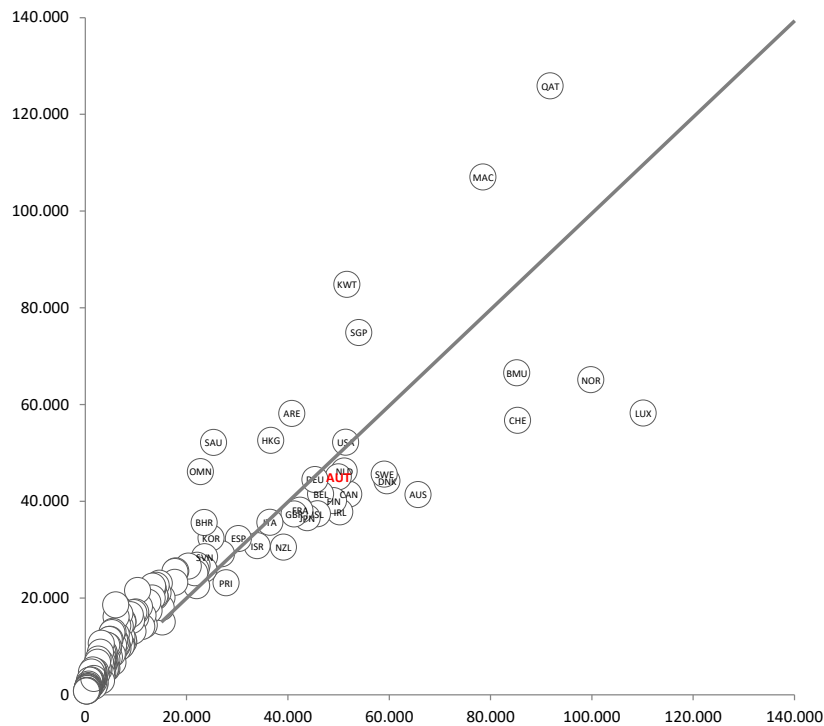


Länder mit Werten größer 1



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Abbildung 35: Gegenüberstellung BIP pro Kopf (x-Achse) und Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparitäten (y-Achse), jeweils pro Kopf in USD, Durchschnitt 2011 bis 2013



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

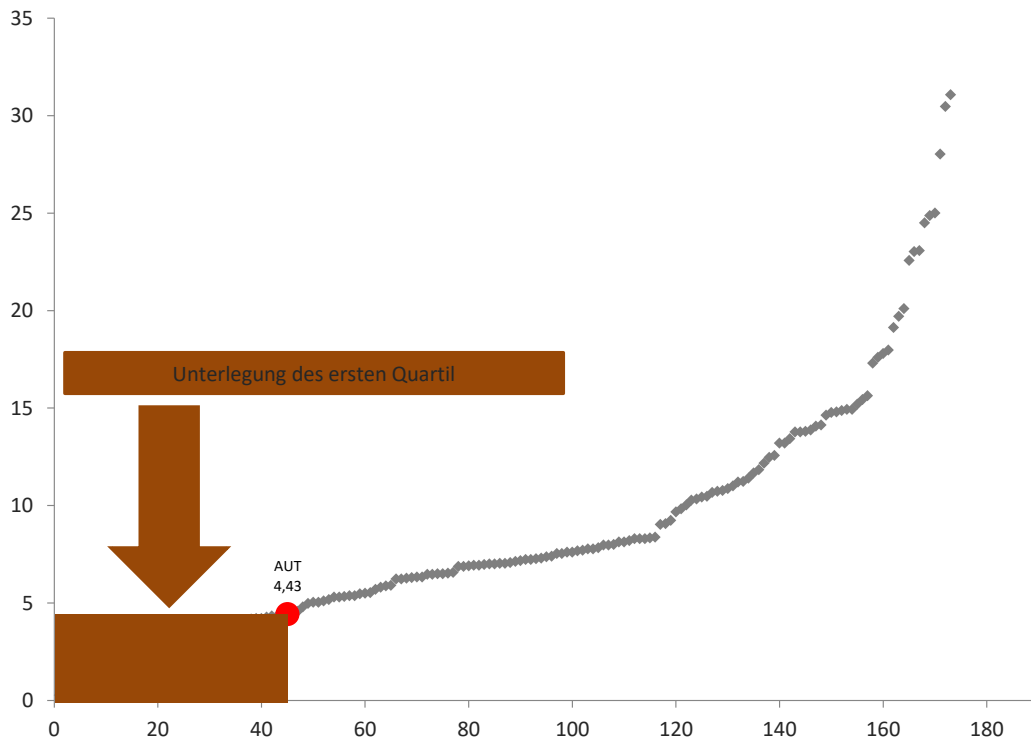
3.2.3 Unterschiede in der Arbeitsmarktlage als Anreiz für Migration

In der Literatur werden Erwerbschancen und die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu den ökonomisch relevanten Motivationsgründen für Migrationsbewegungen gezählt. Der Forschungsbericht von Arpaia et al. im Auftrag der Europäischen Kommission (vgl. 2014) implementiert beispielsweise Unterschiede der Arbeitslosenquoten als erklärende Variable im Rahmen eines Gravitationsmodells. Die Resultate untermauern die Annahme, dass die relativen Arbeitslosenquoten Migrationen auslösen können, d.h. das Migrationsniveau zwischen zwei Ländern wird statistisch signifikant von Arbeitslosigkeitsdifferenzialen beeinflusst.

Diese Erkenntnis ist konform mit der allgemeinen Wahrnehmung, dass Menschen auf der Suche nach Arbeit und einer Verbesserung der Lebensbedingungen die Strapazen einer Migration auf sich nehmen. Die Erwerbschancen werden häufig an der Höhe der Arbeitslosenquote abgelesen. Sie gilt als gute Annäherung für die Aufnahmefähigkeit eines Arbeitsmarktes. Länder mit niedriger Arbeitslosenquote sind ein attraktives Zielland für MigrantInnen, während Länder mit hoher Arbeitslosigkeit tendenziell ein Herkunftsland für Migration sind. Diese Herkunfts-/Zielland-Systematik lässt sich an Arbeitslosigkeitsquotienten ablesen. Als Vergleichsgrundlage werden im Folgenden Daten der Weltbank herangezogen. Diese basieren auf dem Labour-Force Konzept der ILO, demzufolge beschäftigungslose Personen, die arbeitsbereit sind und aktiv Arbeit suchen, als Anteil am Arbeitsangebot (Labour Force) gemessen werden. Nach diesem Konzept hatte Österreich im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 eine Arbeitslosigkeit von etwa 4,4% (4,1% im Jahr 2011, 4,3% im Jahr 2012, 4,9% im Jahr 2013). Die Werte haben sich in jüngerer Zeit stark verschlechtert, insbesondere im Jahr 2014, angesichts einer stagnierenden Wirtschaft und steigendem Arbeitskräfteangebot. Von den datenmä-

ßig erfassten 173 Ländern, entspricht der österreichische Wert Rang 44 unter den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Damit liegt Österreich im ersten Quartil der Vergleichsländer.

Abbildung 36: Verteilung der Länder nach Höhe der Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit in Prozent des Arbeitsangebots, Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 nach ILO gemäß Weltbank, Darstellung des obersten Quartils



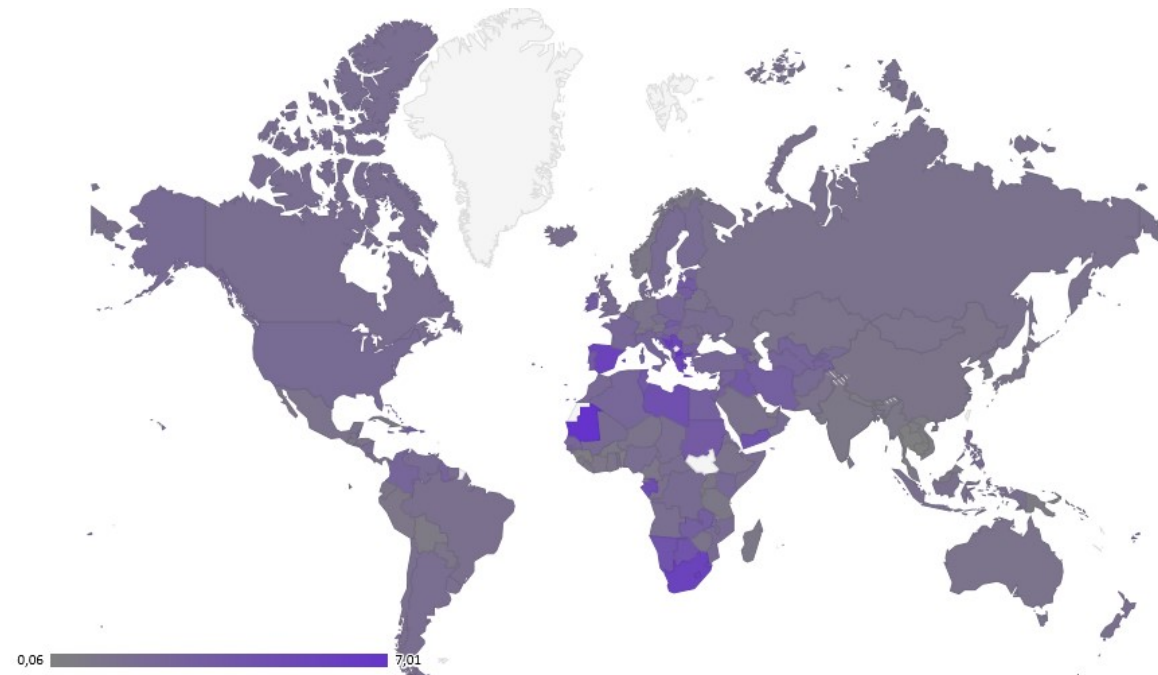
Quelle: ILO, Weltbank, eigene Darstellung.

Im Folgenden sind die Länder nach dem Quotienten der Arbeitslosenquoten dargestellt. Dabei werden im ersten Teil nur jene Länder dargestellt, die einen Wert von größer als eins aufweisen, d.h. diese Länder haben eine höhere Arbeitslosigkeit als Österreich.³⁴ Dem theoretischen Ansatz und der empirischen Evidenz folgend, würden Personen aus den Ländern mit höherer Arbeitslosigkeit eine höhere Migrationswahrscheinlichkeit aufweisen. Die Länder mit der größten Differenz, die in geografischer Nähe zu Österreich sind, sind Mazedonien (mit einer Arbeitslosenquote von rund 30%), Bosnien Herzegowina (rund 28%) sowie Serbien (rund 23%). Im Allgemeinen weisen die Länder des ehemaligen Jugoslawien vergleichsweise hohe Arbeitslosenquoten auf. Slowenien stellt hier mit einem Wert von etwa 9% nur bedingt eine Ausnahme dar. Europaweit haben nur wenige Länder eine niedrigere Arbeitslosenquote als Österreich. Dies sind Norwegen und die Schweiz. Unabhängig von der geografischen Nähe haben zahlreiche afrikanische Länder, etwa Mauretanien, Lesotho oder Südafrika, sehr hohe Differentiale auf. Diese Länder weisen jedoch eine sehr hohe geografische und wohl auch kulturelle Distanz zu Österreich auf und damit hohe Migrationskosten, die nicht so leicht zu überwinden sind.

³⁴ Das Differential wird als Wert des jeweiligen Landes dividiert durch den Wert für Österreich gebildet. Länder mit höherer Arbeitslosigkeit weisen einen Wert auf, der größer als eins ist, umgekehrt Länder mit niedrigerer Arbeitslosigkeit einen Wert kleiner als eins.

Diese Ausführungen weisen darauf hin, dass Personen in Südosteuropa ein hohes Abwanderungspotenzial in der Suche nach Arbeit haben und dass sich Österreich durch die geografische Nähe als mögliches Zielland (Pull-Push Migration) anbietet. Derzeit verhindern die Zugangsbarrieren für Drittstaatsangehörige mit einfachen Qualifikationen stärkere Migrationsströme.

Abbildung 37: Darstellung der Länder mit höherer Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit nach ILO gemäß Weltbank, Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 relativ zu Österreich (Österreich=1)



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

3.3 Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Kontext des Außenhandels

In der Literatur (vgl. etwa Groznik 2003 oder Kim 2006) finden sich Hinweise darauf, dass ökonomische Verflechtungen zwischen Ländern (Außenhandel, Auslandsinvestitionen) ein relevanter Faktor für Migrationsströme sein können.

3.3.1 Aktive Direktinvestitionen aus Österreich im Ausland als Indikator der wirtschaftlichen Verflechtung

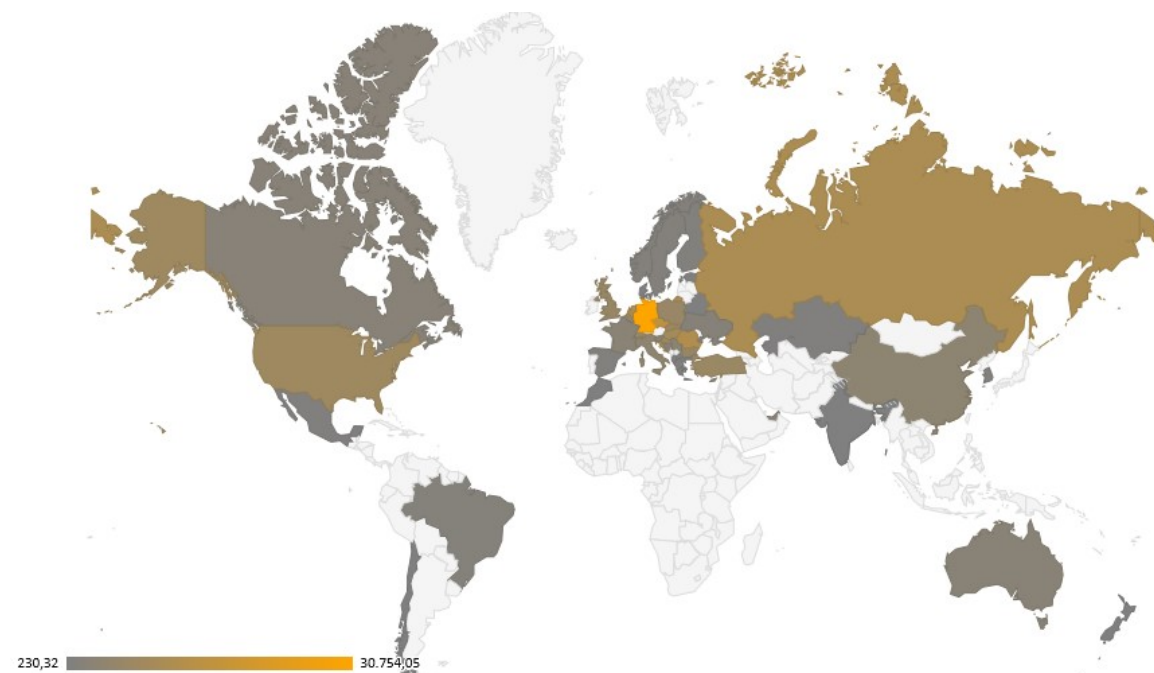
Im Folgenden werden die österreichischen Direktinvestitionen in das Ausland (FDI) betrachtet. Datengrundlage sind Informationen der OECD zur FDI Vermögensposition Österreichs im Ausland. Die Daten sind in Millionen (Mio.) USD angegeben. Den Ergebnissen der empirischen Literatur folgend, würden Länder mit hoher wirtschaftlicher Verflechtung und entsprechend hohen FDI eine höhere wechselseitige Migrationswahrscheinlichkeit aufweisen. Da die Kausalität zwischen FDI und Migrationswahrscheinlichkeit in der empirischen Literatur in beide Richtungen gehen kann, werden im Folgenden sowohl die Vermögensstände der aktiven FDI von Österreich in das Ausland, als auch jene der passiven FDI aus dem Ausland in Österreich betrachtet.

Dabei hat sich aus Sicht von Österreich im Zeitverlauf von Mitte der 1990er Jahre an zum einen das Ausmaß der FDI stark vergrößert, zum anderen hat sich aber auch die Struktur verschoben. Betrug

der Bestand an FDI noch 11,8 Mrd. USD, so betrug dieser 2012 bereits 231,4 Mrd. USD und hat sich damit im Untersuchungszeitraum annähernd verzwanzigfacht. Strukturell haben sich die FDI aus Österreich stark in Richtung der näheren östlichen Staaten verschoben, allen voran Russland, Tschechien, die Slowakei und Rumänien.

Wie angedeutet weisen die aktiven FDI aus Österreich eine hohe Wachstumsdynamik auf. Dabei ist es sinnvoll, die Wachstumsdynamik mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu relativieren. Daher folgt eine Darstellung der Veränderung der FDI Vermögensposition normiert durch das österreichische BIP. Als Datengrundlage werden OECD Zahlen herangezogen, sowohl für FDI als auch für das BIP. Das allgemeine Bild bleibt konsistent: auch nach Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zeigen die aktiven FDI eine beträchtliche Wachstumsdynamik. Mit Portugal als Zielland von aktiven FDI existiert in Europa generell nur ein Land, das unter Berücksichtigung des BIP eine negative Entwicklung, d.h. einen Abbau des Investitionsstocks aufweist. Strukturell zeigt sich auch hier die starke Ostorientierung der österreichischen Wirtschaftsaktivitäten. Insbesondere die geografisch nahen östlichen Partnerstaaten sowie Russland haben stark an Bedeutung gewonnen, ebenso Deutschland. Der Trend zur Ausweitung von FDI geht auch in Richtung China und USA erkennbar, jedoch deutlich abgeschwächer.

Abbildung 38: Gegenüberstellung Vermögensstand aktiver FDI Österreich im Ausland in Mio. USD, im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013, TOP 50 Länder mit höchstem Vermögensstand

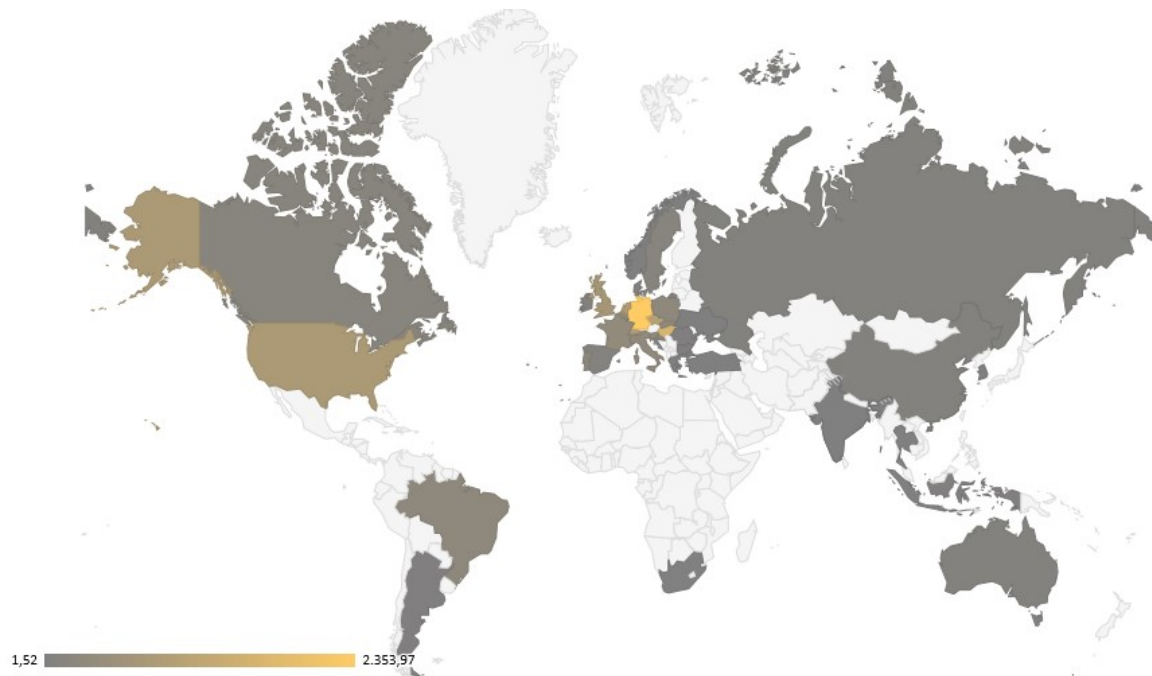


Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Ergänzend lassen sich die österreichischen FDI im Ausland in Relation zur Wirtschaftsgröße des Ziellandes der FDI bringen. So wird die relative Bedeutung erkennbar, die Österreich als Wirtschaftspartner für die jeweilige Zielregion einnimmt. Obschon die Wirkungsweise der Investitionen nicht eindeutig ist, könnte man doch erwarten, dass in jenen Ländern, in denen Österreich hohe Investitionen relativ zum BIP vornimmt, eine gewisse Anreizwirkung für Migrationen nach Österreich entsteht. Das konnte zumindest in Deutschland beobachtet werden, wo doch der größte Teil der öster-

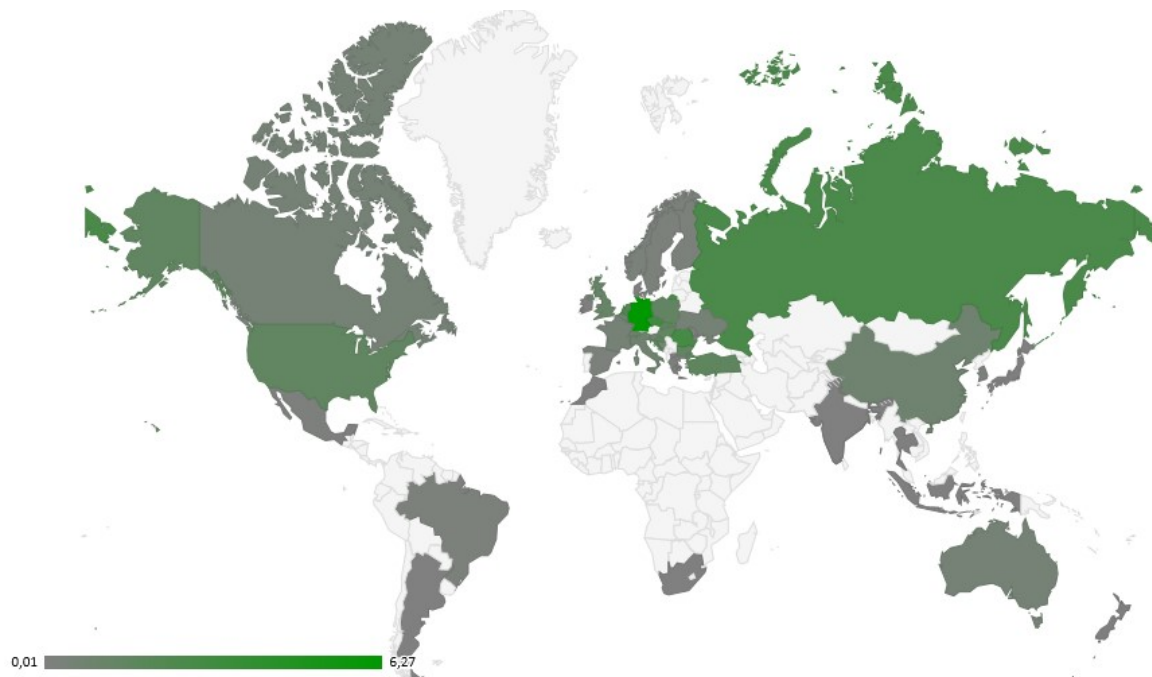
reichischen FDI hingeht. Zwar sind österreichische FDI nach Deutschland relativ zur Größe der deutschen Ökonomie gering, jedoch für Österreich von großer Bedeutung.

Abbildung 39: Gegenüberstellung Vermögensstand aktiver FDI Österreich im Ausland in Mio. USD, im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1997, TOP 42 Länder mit höchstem Vermögensstand (ab Rang 42 Nullwerte)



Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 40: Veränderung der aktiven FDI Vermögensposition 2011 bis 2013 gegenüber 1995 bis 1997, FDI jeweils in % des österreichischen BIP

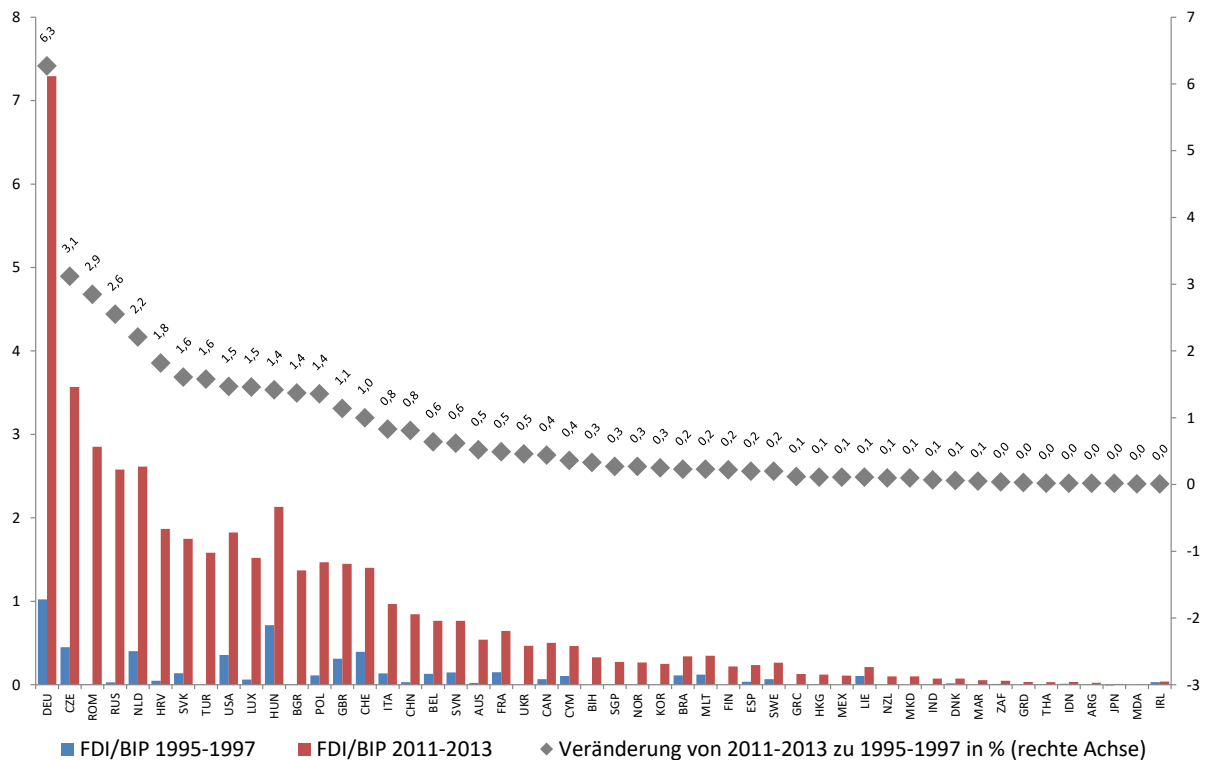


Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Unter Vernachlässigung einer Reihe von Ausreißern wie Grenada, Malta und Zypern verdeutlicht die relative Betrachtung erneut die große Bedeutung, die Österreich für die östlichen Nachbarländer in Europa einnimmt, wie nachfolgende Zahlen verdeutlichen. So belaufen sich die österreichischen FDI Vermögensbestände in Kroatien auf 13,4% des kroatischen BIP, in Bulgarien sind es, Bulgarien 10,7%, in Bosnien und Herzegowina 7,8%, in der Slowakei 7,7%, in Serbien 7,5%, in Tschechien 7%, in Ungarn 6,8%, in Slowenien und Rumänien jeweils 6,7%, in Mazedonien 4,2%, in Albanien 3,8% und in Montenegro 2,7%.

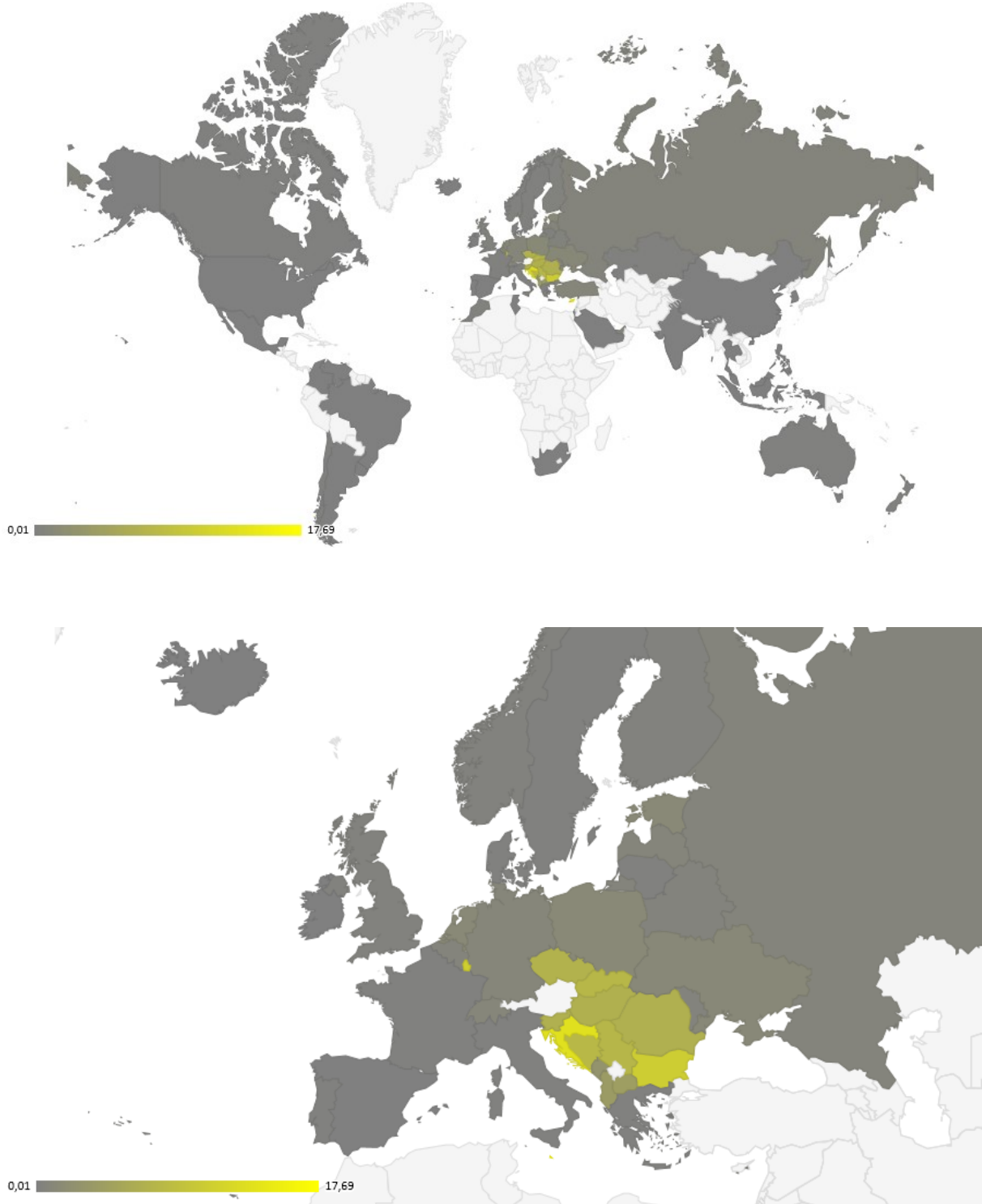
Noch in den Jahren 1995 bis 1997 waren österreichische Auslandsinvestitionen nur für wenige Länder relevant, wobei auch die damalige Reihung von Malta (mit FDI in der Höhe von 7,7% des damaligen maltesischen BIP) angeführt wurde. Danach folgten Ungarn mit 3,5%, Tschechien mit 1,7%, Slowenien (1,6%) sowie die Slowakei (1,2%).

Abbildung 41: Länderranking Veränderung der aktiven FDI Vermögensposition Österreichs im Ausland 2011 bis 2013 gegenüber 1995 bis 1997, FDI jeweils in % des österreichischen BIP



Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 42: Vermögenstand aktiver FDI Österreich im Ausland in Mio. USD, im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 relativ zum BIP des FDI Ziellandes (TOP 72, danach Nullwerte)



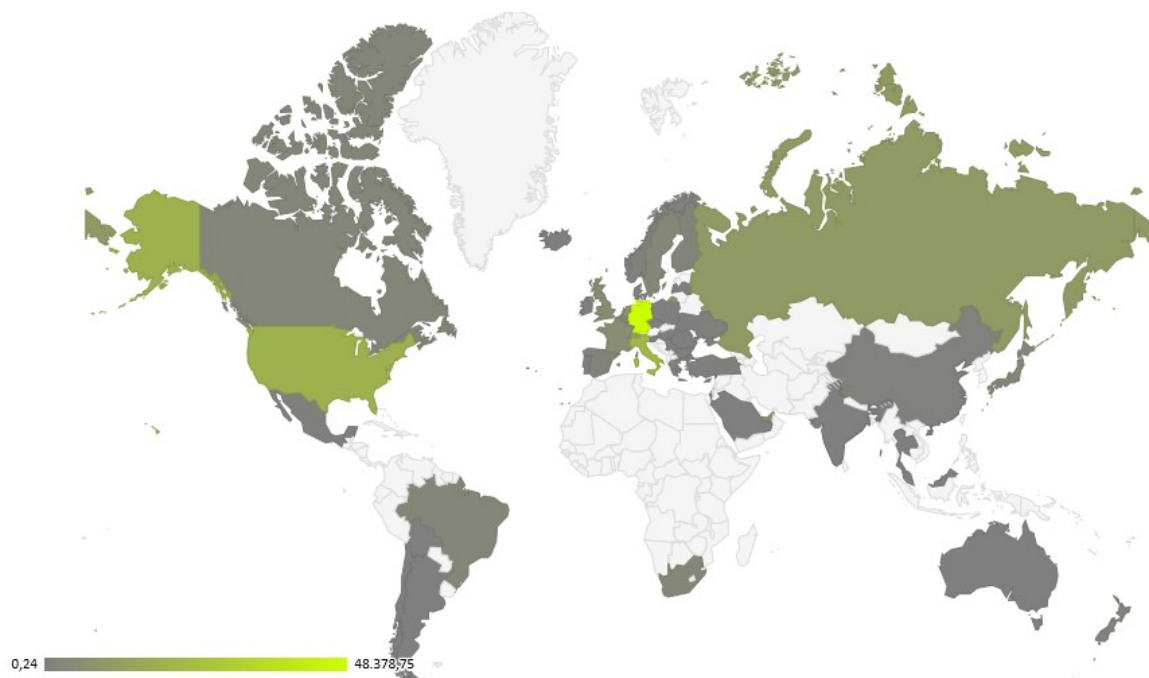
Quelle: OECD, Weltbank, eigene Darstellung.

3.3.2 Passive Auslandsinvestitionen nach Österreich aus dem Ausland als Indikator der wirtschaftlichen Verflechtung

Ein Merkmal der wirtschaftlichen Bedeutung Österreichs für andere Länder liefern die Investitionen des Auslands in Österreich. Für Österreich sind insbesondere die westeuropäischen Nachbarn, die USA und Russland in Österreich von Bedeutung. Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 betrug der Vermögensbestand an passiven FDI aus Deutschland etwa 48,4 Mrd. USD, es folgen Italien mit 21,5 Mrd. USD, die USA mit 18,6 Mrd. USD.

Die Bedeutung Österreichs als Investitionsland für das Ausland relativiert sich, wenn man die Größe der Quellenländer in Relation zum passiven FDI in Österreich berücksichtigt, so etwa im Fall von USA und Russland. Für Deutschland und Italien stellen FDI in Österreich allerdings durchaus eine relevante Größenordnung dar. Relativ zum BIP Deutschlands betragen die in Österreich investierten FDI Vermögensbestände aus Deutschland etwa 1,4%. Deutschland liegt dabei auf Rang sechs der Länder mit den größten relativen Investitionsaufkommen in Österreich. Das höchste „Involvement“ in Österreich relativ zum eigenen BIP weist Zypern (6,1% des BIP) auf, gefolgt von Luxemburg (4,7%), Malta (2,5%), den Vereinigten Arabischen Emiraten (1,5%), der Schweiz (1,5%) und Deutschland.

Abbildung 43: Vermögensbestand an passiven FDI (Inward) des Auslands in Österreich in Mio. USD 2011 bis 2013 (TOP 53, danach Nullwerte)



Quelle: OECD, Weltbank, eigene Darstellung.

3.3.3 Beschäftigte in FDI-Unternehmen im Ausland

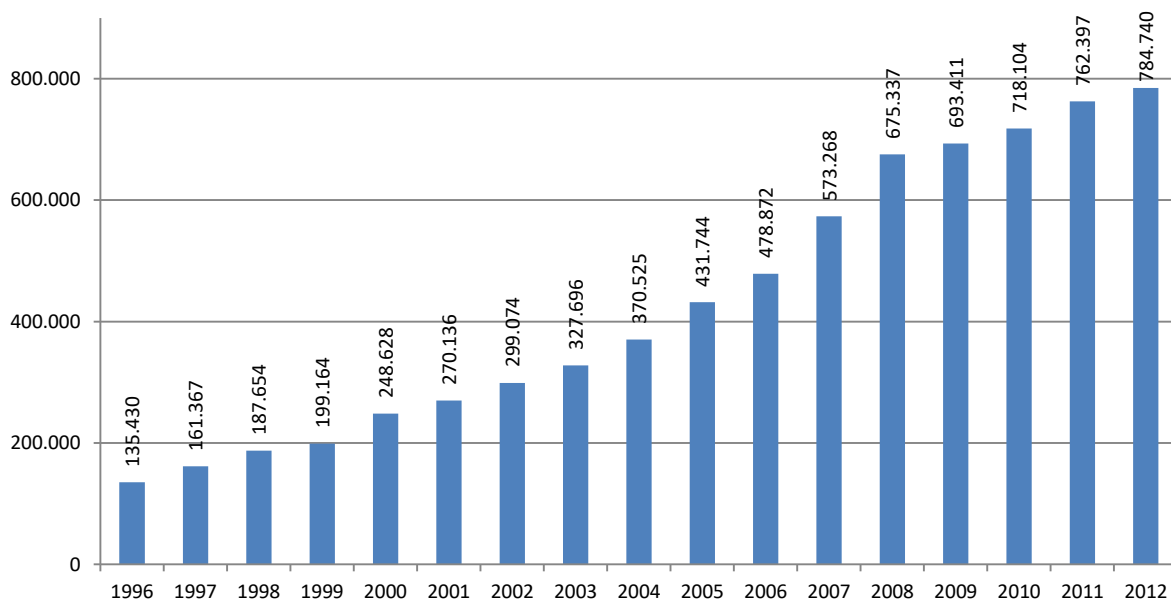
Die österreichische Nationalbank publiziert Informationen über die Zahl der Beschäftigten in Unternehmen im Ausland, in denen österreichisches FDI-Vermögen investiert wird. Die Zahl der Beschäftigten ist mit dem Anteil, den der österreichische Investor an der ausländischen Tochter hält, gewichtet. Beschäftigte bei indirekten Beteiligungen (sogenannte „Enkel“) sind nicht enthalten. Auch wird angenommen, dass die Migrationswahrscheinlichkeit mit der Beschäftigungsintensität der aktiven österreichischen FDI zunimmt. Aus Abbildung 40 ist ersichtlich, dass die Auslandsaktivität österreichischer Fremdinvestitionen seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gestiegen ist, von 135.430 Beschäftigten im Jahr 1996 auf 784.740 im Jahr 2012.

Die Zahl der Beschäftigten in österreichischen FDI-Unternehmen im Ausland können nach Zielländern differenziert werden (vgl. Abbildung 41). Dabei zeigt sich auch hier, der starke Fokus auf die europäischen Nachbarländer, allen voran Tschechien, auf das mit etwa 94.100 Beschäftigten der größte Anteil im Ausmaß von etwa 12% der Auslandsbeschäftigten entfällt, gefolgt von Deutschland mit 75.350 Beschäftigten (9,6%), Rumänien mit 71.080 Beschäftigten (9%) und Ungarn mit 66.264 Beschäftigten (8,4%). Für das Baltikum lassen die Daten der OeNB keine differenzierte Darstellung zu. Daher wurde das Gesamtvolumen für die drei baltischen Staaten (2.355 Beschäftigte) über die betreffende Verteilung der FDI-Volumen imputiert. Außerhalb Europas lässt sich ein größerer Beschäftigungseinfluss österreichischer FDI für die USA (25.783 bzw. 3,3%), die Türkei (17.020 Beschäftigte bzw. 2,2%) und China (15.740 Beschäftigte bzw. 2%) identifizieren.

Für Afrika, jedoch auch für Länder in Asien und Südamerika, sind auf Basis der ausgewerteten Informationen der österreichischen Nationalbank keine differenzierten Daten verfügbar. Über alle afrikanischen Länder sind etwa 5.650 Beschäftigungsverhältnisse mit österreichischem FDI verknüpft. Dies ist insgesamt kein allzu hoher Wert, der zwischen Serbien (mit 4.725 Arbeitsplätzen) und Indien (6.330 Arbeitsplätze) liegt.

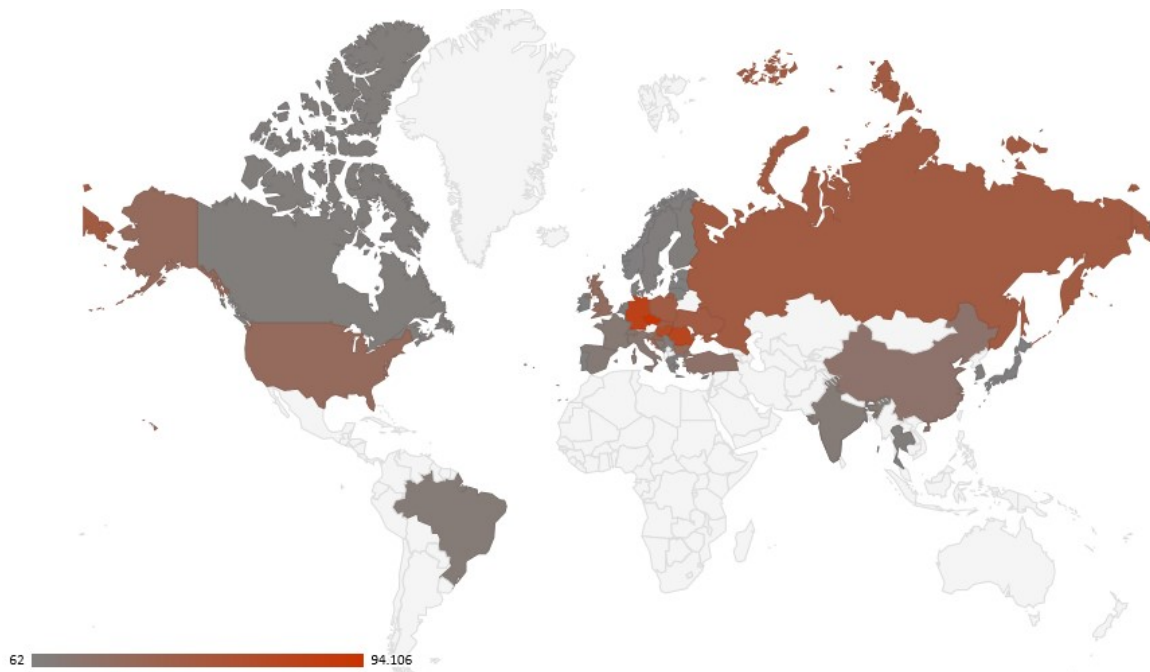
Nach Branchen ist nur eine Gesamtbetrachtung über alle Länder möglich. Die Daten der OeNB differenzieren nämlich nicht nach beiden Dimensionen, Ländern und Branchen. Wenig überraschend erweist sich der Sektor der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in dem die osteuropäischen Töchter zahlreicher österreichischer Banken von Bedeutung sind, als der beschäftigungsintensivste FDI-Sektor. Auf diesen Wirtschaftszweig entfallen 181.385 Beschäftigte. Dies entspricht 23,1% der Auslandsbeschäftigten österreichischer FDI. Zweitwichtigster Sektor ist bereits der Groß- und Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen (22,2%), gefolgt von der Mineralölverarbeitung bzw. der chemischen und pharmazeutischen Industrie (Gummi- u. Kunststoffwaren) und dem Baugewerbe (jeweils 5,8%).

Abbildung 44: Anzahl der Beschäftigten in österreichischen FDI-Unternehmen im Ausland, 1996 bis 2012 gemäß OeNB



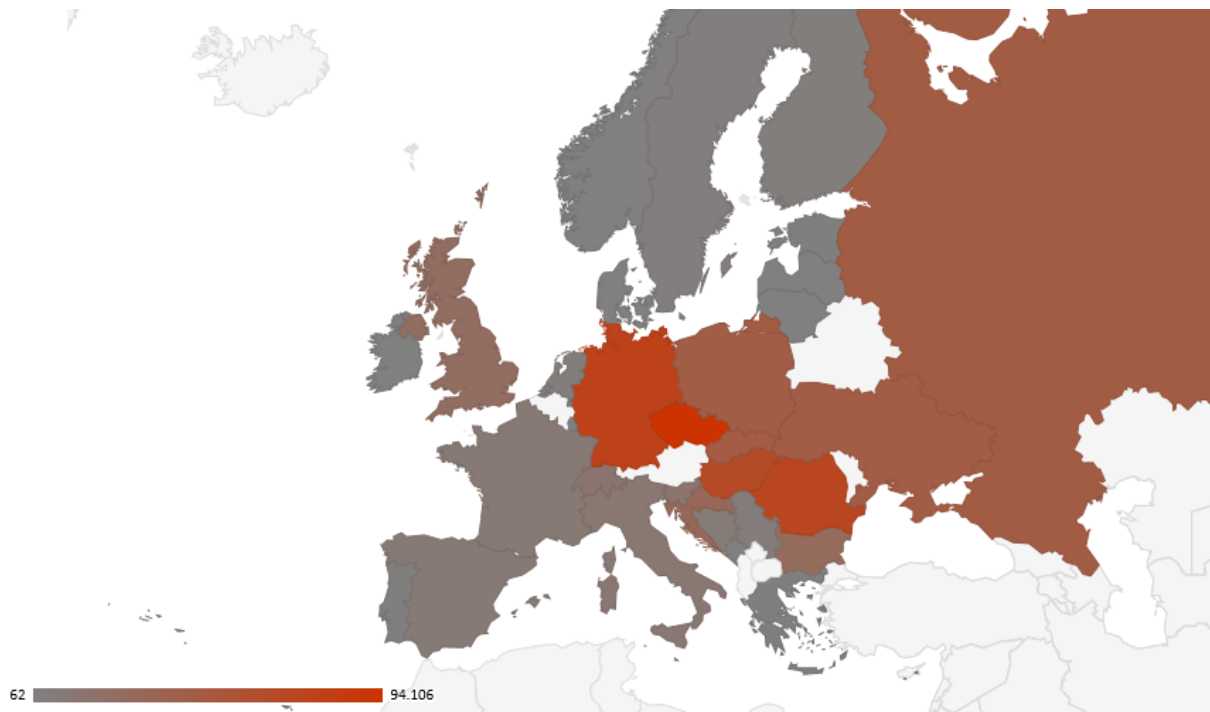
Quelle: OeNB, eigene Darstellung.

Abbildung 45: Anzahl der Beschäftigten in österreichischen FDI Unternehmen im Ausland im Jahr 2012 gemäß OeNB, Welt, gewichtet nach dem FDI-Anteil



Quelle: OeNB, eigene Darstellung.

Abbildung 46: Anzahl der Beschäftigten in österreichischen FDI Unternehmen im Ausland im Jahr 2012 gemäß OeNB, Europa, gewichtet nach dem FDI-Anteil



Quelle: OeNB, eigene Darstellung.

3.3.4 Exporte aus Österreich in das Ausland

Ein weiteres Merkmal der wirtschaftlichen Verflechtung sind Handelsströme. Im Folgenden werden die Exporte in das Ausland dargestellt. Der empirischen Literatur folgend, wird angenommen, dass

ein hohes Handelsvolumen einen hohen Grad der wirtschaftlichen Verflechtung signalisiert; in welchem Maße dadurch Migrationen beeinflusst werden, hängt davon ab, ob der Handel komplementär oder substitutiv wirkt. In der empirischen Literatur finden sich entsprechende Hinweise auf beide Aspekte (Kim 2006, Venables 1999, Bruder 2004, Biffi 2013, Hofer-Huber 2001).

Anzumerken ist, dass die Exporte generell mit den aktiven Auslandsinvestitionen aus Österreich korreliert sind. Wie aus Abbildung 47 erkennbar ist, besteht eine allgemeine Tendenz dahingehend, dass Exporte verstärkt in jene Länder gehen, in denen Österreich stärker investiert bzw. besteht eine Wechselwirkung zwischen beiden Größen. Dieser Zusammenhang wird aber auch über die geografische Nähe vermittelt. Die wichtigsten Partnerländer Österreichs liegen im geografischen Umfeld. Zudem ist der Zusammenhang stark von Deutschland getrieben, das sowohl bei Exporten als auch bei FDI deutlicher Spitzenreiter ist.

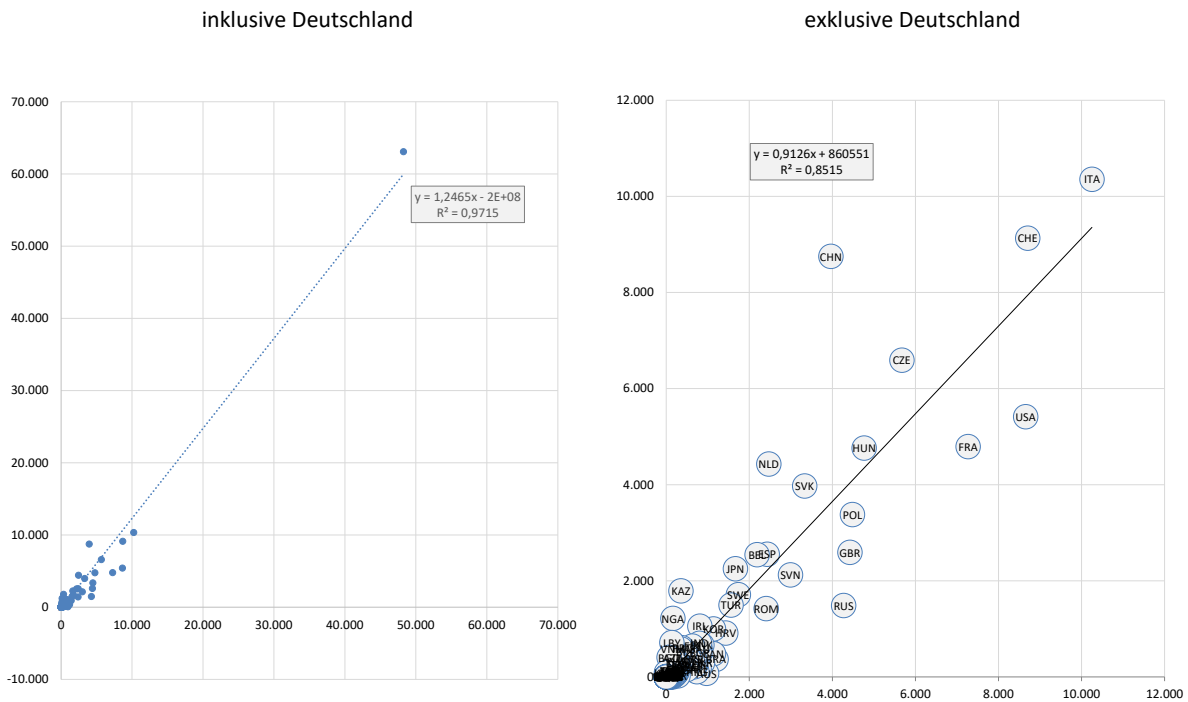
Der statistische Zusammenhang bleibt jedoch auch ohne Berücksichtigung Deutschlands (vgl. Abbildung 47, rechter Teil) bestehen. Jedoch dominieren auch hier Länder, die geografisch in der Nähe sind, so etwa Italien, Schweiz, Frankreich, Tschechien, Ungarn, Polen oder Russland. Ausnahmen bilden die USA und China.

Abbildung 48 und Abbildung 49 stellen die Exportvolumen im Durchschnitt der Jahre 2012 und 2013 in USD dar. Wie schon im Streudiagramm der Abbildung 47 erkennbar, ist das Exportaufkommen Österreichs stark auf das benachbarte europäische Ausland konzentriert. Dabei spielt Deutschland mit einem Aufkommen von fast 50 Mrd. USD die herausragende Rolle. Italien folgt als zweitwichtigster Handelspartner mit 10,25 Mrd. USD. Außerhalb Europas sind noch die USA und China von Bedeutung.

Ähnlich wie bei den FDI Österreichs in das Ausland sind auch bei den Exporten Größeneffekte zu berücksichtigen. In absoluter Betrachtung sind größere Ökonomien als Zielland naturgemäß relevanter. Im Folgenden werden die Exportvolumen nach Zielländern in Relation zur Gesamtwirtschaft der Zielländer gesetzt.

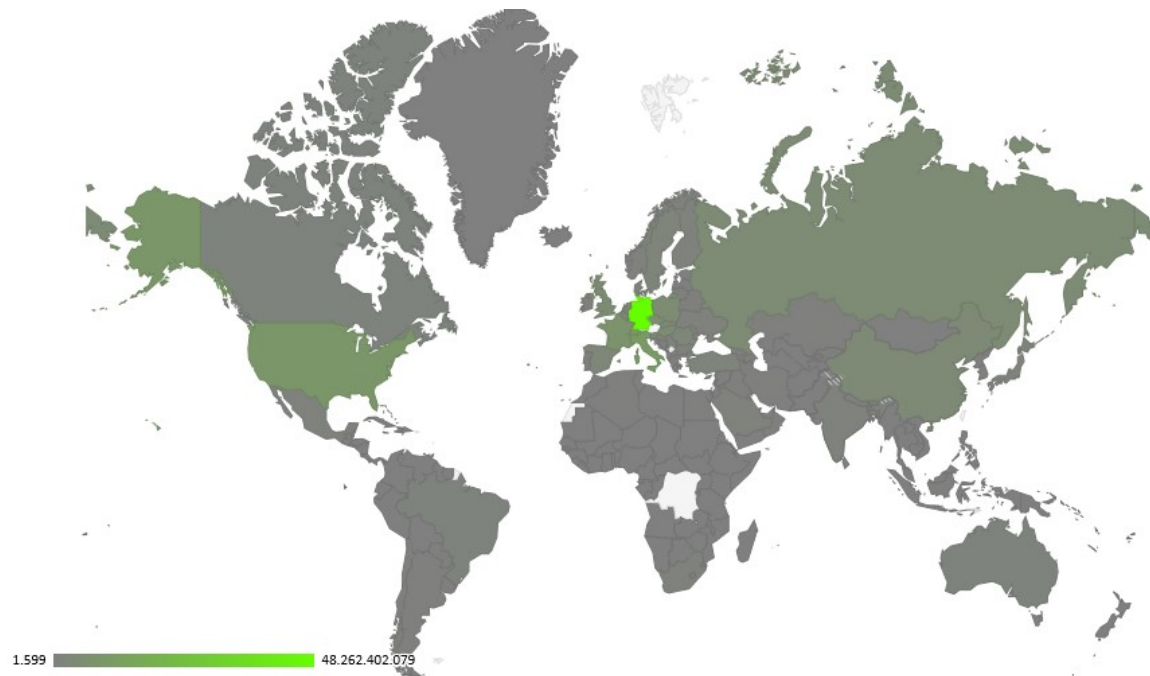
Die relative Betrachtung in Abbildung 50 zeigt, dass österreichische Exporte insbesondere im benachbarten Umfeld von Relevanz sind. Relativ zum BIP des Ziellandes betragen österreichische Exporte in Slowenien 6,2%, in Ungarn 3,6%, in der Slowakei 3,5% und in Tschechien 2,6%. Österreichs Exporte sind auch für Bosnien, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Mazedonien und Rumänien von großer Bedeutung.

Abbildung 47: Gegenüberstellung des Vermögensbestands der aktiven (Outward-)FDI Österreichs im Ausland (x-Achse, Durchschnitt 2010-2012) und der Exporte Österreichs in das Ausland (y-Achse, Durchschnitt 2011-2013), jeweils in Mio. USD



Quelle: OECD ITCS Harmonised System 2012, eigene Darstellung.

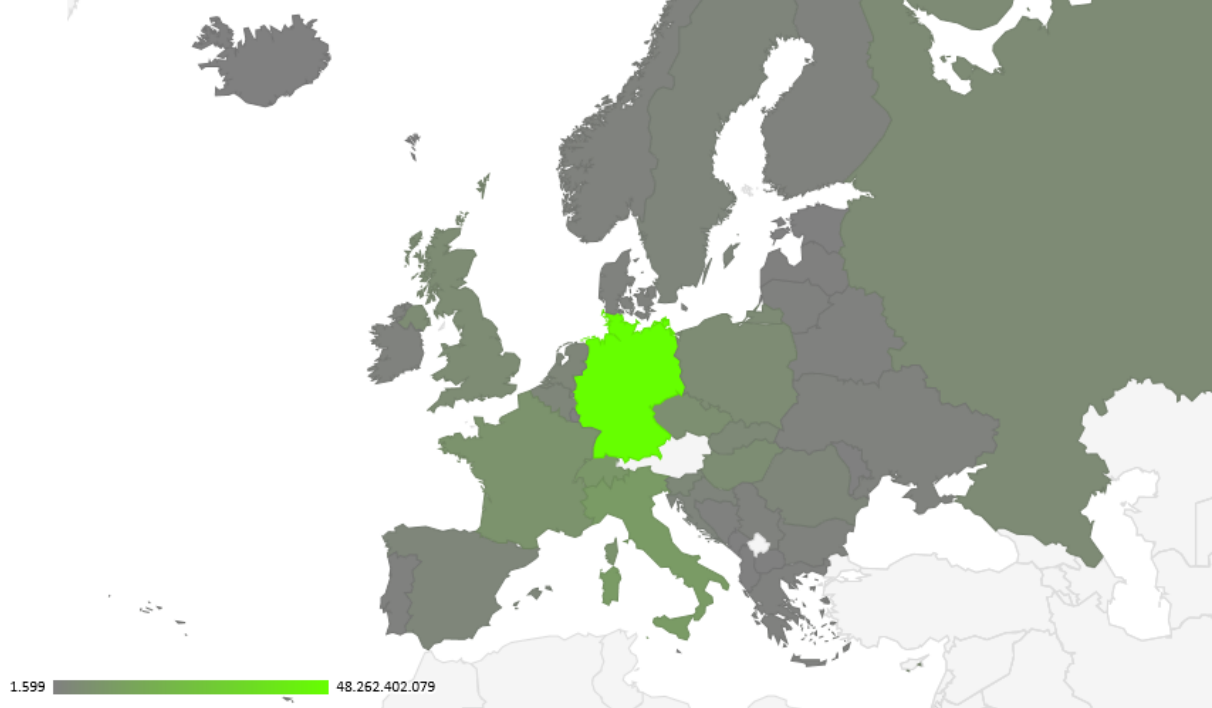
Abbildung 48: Exporte absolut in Mio. USD im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt³⁵



Quelle: OECD, ITCS, eigene Darstellung.

³⁵ Da für den gewählten Untersuchungszeitraum die Exportzahlen für Serbien, Montenegro und Rumänien in der OECD ITCS Statistik fehlen, wurden diese auf Basis von Statistik Austria Daten geschätzt.

Abbildung 49: Exporte absolut in Mio. USD im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Europa



Quelle: OECD ITCS, eigene Darstellung.

Abbildung 50: Exporte relativ zum BIP des Ziellandes³⁶ im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt und Europa



Quelle: OECD, ITCS Harmonised System 2012, eigene Darstellung.

³⁶ Um Datenlücken zu kompensieren, wurde der Referenzwert des BIP des Ziellandes über den Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 gebildet. Die Exportdaten stehen auf OECD Ebene nur über die Jahre 2012 und 2013 zur Verfügung.

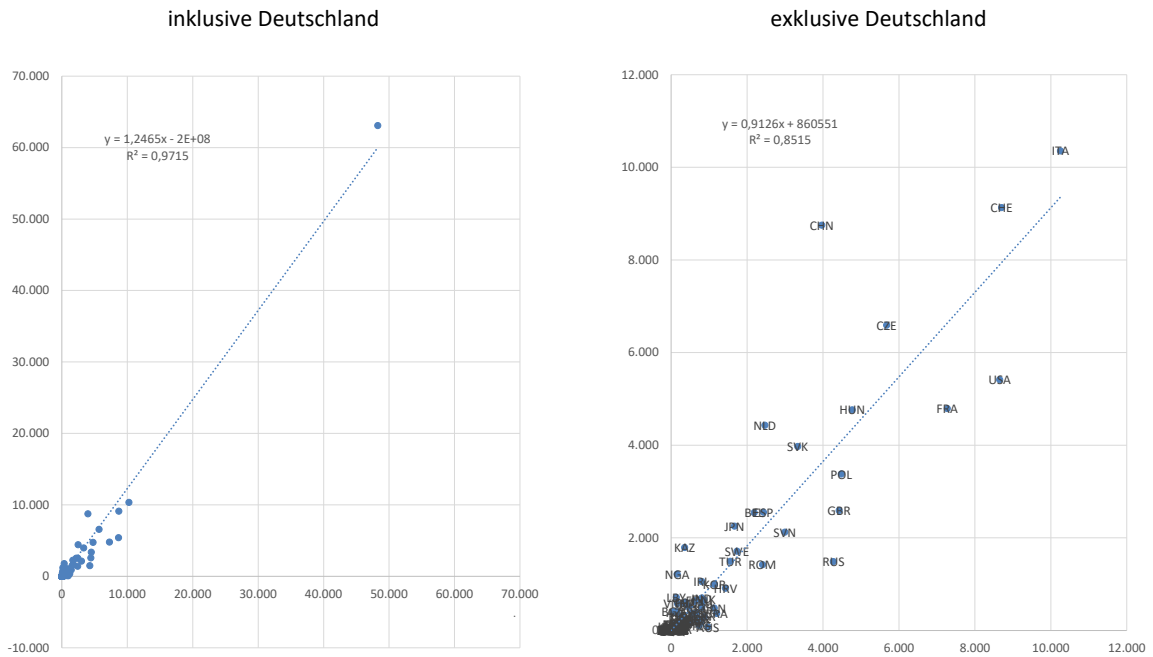
3.3.5 Importe nach Österreich aus dem Ausland

Relevant erscheinen aus Sicht der Migration auch die Importströme. Wenn aus einem Land kräftig importiert wird, kann das ein Indiz dafür sein, dass die Produktionsprozesse komplementär im Rahmen der Wertschöpfungskette sind. Das kann bedeuten, dass sich hier in der Folge auch Migrationsströme ergeben können. Dies lässt sich theoretisch mit dem Abbau von Informationslücken erklären. Dabei ist vorweg zu nehmen, dass Import- und Exportvolumen stark miteinander korreliert sind. Dies gilt, wie in Abbildung 51 (links inkl. Deutschland, rechts exkl. Deutschland) dargestellt, mit und ohne Einbeziehung von Deutschland als mit Abstand wichtigstem Handelspartner.

In Bezug auf die absoluten Importvolumen nimmt Deutschland eine herausragende Position für Österreich ein. Im Durchschnitt der Jahre 2012 und 2013 belief sich der Wert der Importe aus Deutschland nach Österreich auf 63,1 Mrd. USD. Das ist das mit Abstand höchste Importvolumen, gefolgt von Italien mit 10,4 Mrd. USD, der Schweiz (9,1 Mrd. USD) und China (8,8 Mrd. USD). Von großer Bedeutung für Österreich sind zudem Tschechien, die USA, Frankreich und Ungarn.

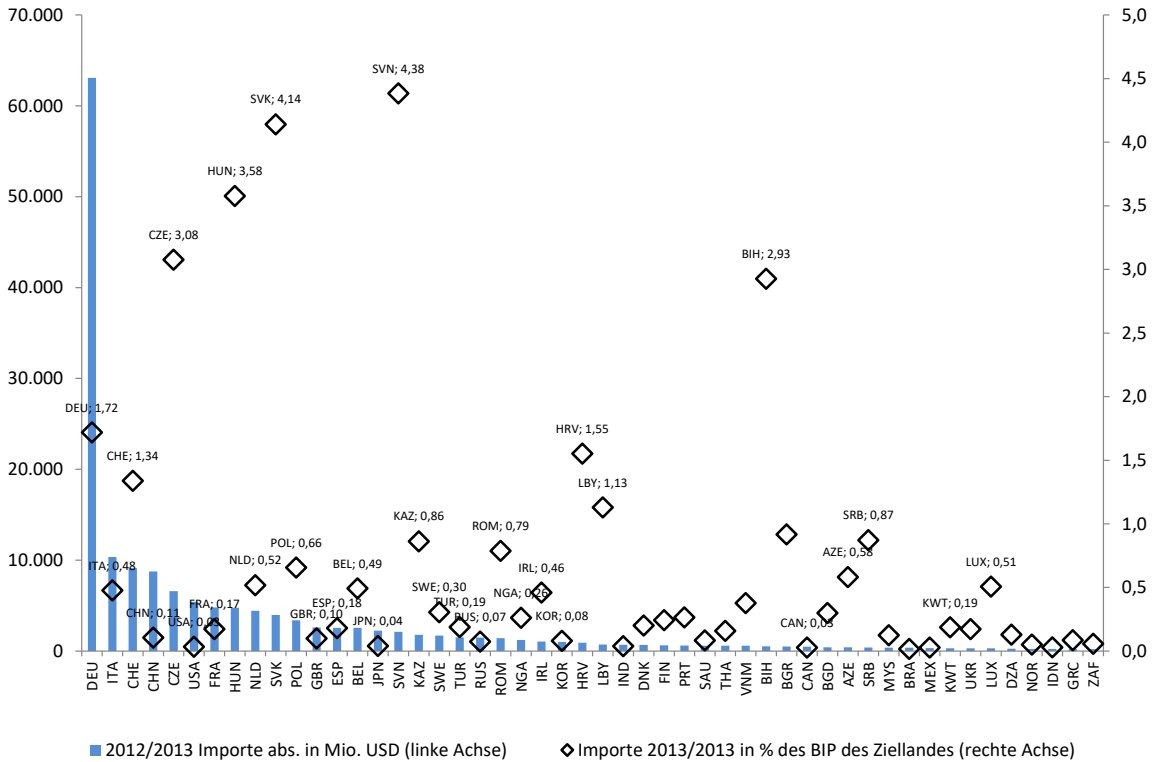
Die Bedeutung der großen Länder, Deutschland, Italien, die USA oder China, relativiert sich unter der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtleistung der Herkunftsländer. In dieser Betrachtung beträgt das Importvolumen nach Herkunftsländern 1,7% des deutschen BIP, 0,5% des italienischen BIP und 0,03% des US-amerikanischen BIP. Von besonderer Bedeutung ist Österreich für Slowenien. Hier belaufen sich die Importe auf 4,4% des slowenischen BIP. Ebenfalls von hoher Bedeutung ist Österreich für die Slowakei (4,1% des BIP), Ungarn (3,6%) und Tschechien (rund 3% des BIP).

Abbildung 51: Gegenüberstellung der Importvolumen (x-Achse) und Exportvolumen (y-Achse), jeweils im Durchschnitt 2012 und 2013 in Mio. USD, linke Grafik inklusive Deutschland



Quelle: OECD International Trade Statistics 2012 Harmonisation, eigene Darstellung.

Abbildung 52: Reihung der wichtigsten 50 Importländer, Importe nach Österreich in Mio. USD im Durchschnitt der Jahre 2012 und 2013



Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 53: Importe absolut in Mio. USD im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013, Welt und Europa, TOP 100 der wichtigsten Importländer



Quelle: OECD, Statistik Austria, eigene Darstellung.

3.3.6 Wertschöpfungsketten: Aktive Vorleistungen österreichischer Produzenten im Ausland

Eng verknüpft mit der Export- und Importstruktur Österreichs ist die Einbindung österreichischer Produktion in internationale Wertschöpfungsketten. Im Rahmen dieser internationalen Wertschöpfungsketten stellen österreichische Produzenten Vorleistungen bereit, umgekehrt wird im Rahmen von Produktionsprozessen in Österreich auf internationale Vorleistungen zurückgegriffen. Die Integration in internationale Wertschöpfungsketten lässt sich anhand von internationalen Input-Output-Tabellen darstellen. Im Rahmen des siebten Rahmenprogramms der Europäischen Union wurde eine weltweite Datenbasis, die sogenannte „World-Input-Output-Database“ (WIOD), erarbeitet. Sie berücksichtigt vierzig Länder, die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union plus dreizehn größere Ökonomien wie etwa die USA, Japan, China, Türkei, sowie 35 Wirtschaftssektoren. Der theoretischen Überlegung und empirischen Forschung zufolge erhöht eine starke Einbettung in internationale Wertschöpfungsketten die Migrationswahrscheinlichkeit zwischen zwei Ländern.

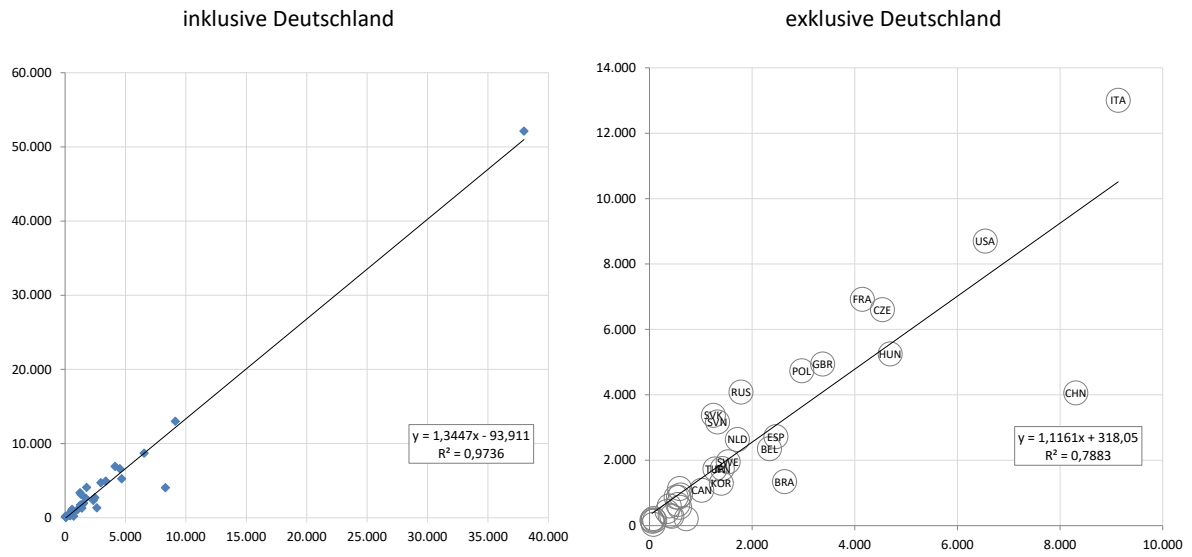
Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die aus Österreich exportierten Vorleistungen betrachtet. Kategorisch handelt es sich dabei um eine ‚Teilmenge‘ der Exporte, die jedoch nicht als Konsum oder als Investitionsgüter in die Endnachfrage geleitet werden, sondern im Ausland von Produzenten im Rahmen von deren Wertschöpfung weiter verarbeitet werden. Als zeitlicher Bezugspunkt wird mit dem Jahr 2011 das letzte für Österreich verfügbare Jahr herangezogen.

Im Jahr 2011 stellte Österreich den Daten zufolge Vorleistungen im Wert von 427,6 Mrd. USD bereit. Hiervon wurde ein großer Teil nicht in Österreich weiterverarbeitet, sondern im Rahmen internationaler Wertschöpfungsketten in das Ausland exportiert. Die im Jahr 2011 in das Ausland exportierten Vorleistungen beliefen sich auf 145,27 Mrd. USD. Die Differenz in der Höhe von 282,36 Mrd. USD wurde in Österreich weiter verarbeitet.

Auf Basis der WIOD Daten lässt sich nachverfolgen, in welche Länder diese Vorleistungen exportiert wurden. Die Ergebnisse der Vorleistungsexporte im Rahmen internationaler Wertschöpfungsketten spiegeln die allgemeinen Exportstrukturen Österreichs. Wie in Abbildung 55 dargestellt, besteht eine starke Korrelation zwischen der Bereitstellung von Vorleistungen an ausländische Produzenten und dem Exportvolumen insgesamt. Der Zusammenhang schwächt sich durch die Herausnahme von Deutschland aus dem Datenplot ab, bleibt jedoch bestehen.

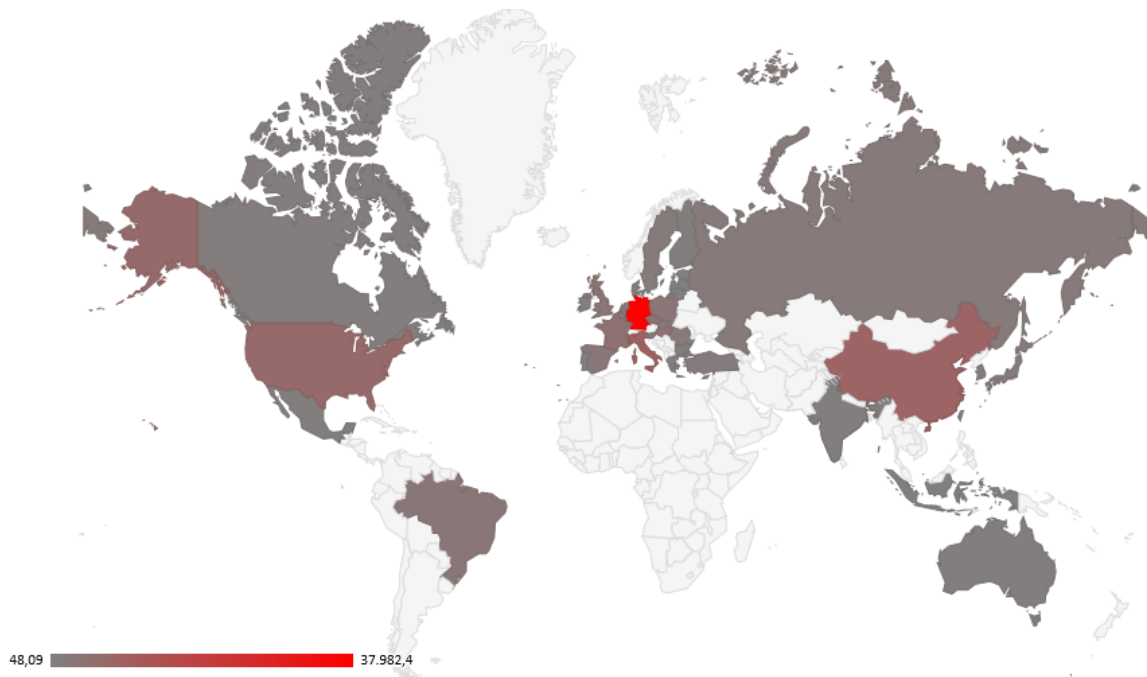
Nach Zielländern und Branchen (vgl. Abbildung 56) zeigt sich neuerlich die Bedeutung der deutschen Produktionssektoren. Bei den sechs wichtigsten Zielbranchen handelt es sich jeweils um Produktionssektoren in Deutschland. Darunter fallen die Herstellung von Transport-Ausrüstung mit einem Volumen von 10,4 Mrd. USD bzw. 7,2% der aus Österreich exportierten Vorleistungen, die deutsche Metallindustrie (mit rund 6 Mrd. USD, 4,1%), der deutsche Maschinenbausektor (3,7 Mrd. USD, 2,5%), die Herstellung von elektrischen und optischen Ausrüstungsgütern (2,7 Mrd. USD, 1,9%), der Bausektor sowie die chemische Industrie. In den USA ist insbesondere der Sektor der Herstellung von Transport-Ausrüstung Abnehmer, in China die Metallindustrie sowie der Großhandel und der Maschinenbau, in Italien ebenfalls die Metallindustrie.

Abbildung 55: Gegenüberstellung der Verwendung von Vorleistungen im Ausland (aus Österreich exportierte Vorleistungen auf der x-Achse) sowie Exportvolumen aus Österreich insgesamt, jeweils 2011 und in Mio. USD



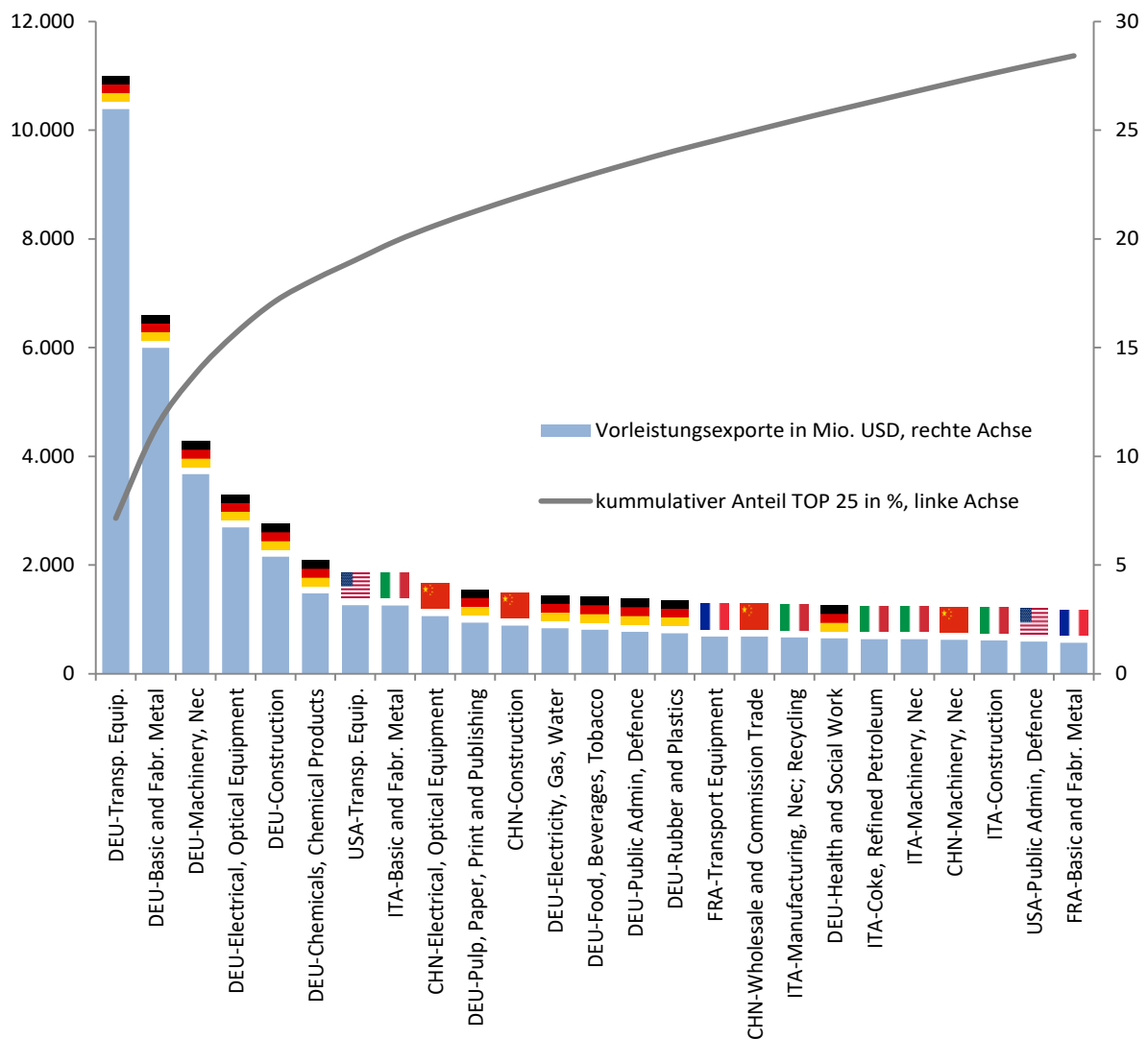
Quelle: OECD ITCS, WIOD, eigene Darstellung.

Abbildung 56: Volumen der Verwendung von österreichischen Vorleistungen im Ausland (exportierte Vorleistungen) im Jahr 2011 auf Basis der WIOD in Mio. USD



Quelle: WIOD, eigene Darstellung.

Abbildung 57: Volumen an österreichischen Vorleistungen in das Ausland (Vorleistungsexporte) im Jahr 2011 nach Zielländern und Branchen, Top 25 (exkl. Kategorie ‚Rest of the World‘)



Quelle: WIOD, eigene Darstellung.

3.3.7 Wertschöpfungsketten: Passive Vorleistungen österreichischer Produzenten aus dem Ausland

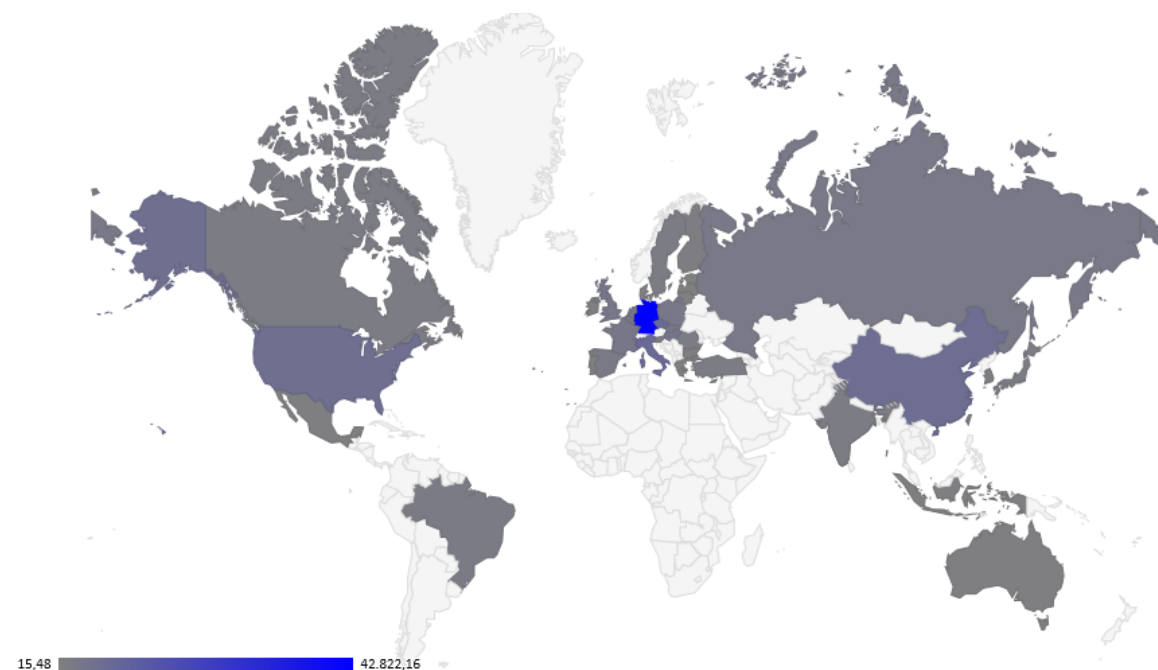
Der Grad der wirtschaftlichen Verflechtung ist auch an den Vorleistungsimporten abzusehen. Dabei handelt es sich um Güter und Dienstleistungen, die von österreichischen Produzenten im Rahmen der Wertschöpfungsketten vom Ausland bezogen werden. Der theoretischen Überlegung folgend, erscheinen Länder, aus denen Österreich vermehrt Vorleistungen bezieht, als Herkunftsland für MigrantInnen attraktiv, weil entsprechende Beziehungen etabliert sind, Informationskanäle bestehen, etc. Die Grundstruktur ist mit den Exportstrukturen vergleichbar. Im Jahr 2011 wurden von österreichischen Herstellern Vorleistungen aus dem Ausland im Ausmaß von 128,1 Mrd. USD bezogen. In branchenübergreifender Betrachtung ist Deutschland dabei der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Rund 33% der in Österreich aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen entfielen auf Deutschland. Sie betragen in Summe 42,8 Mrd. USD. Zweitwichtigster Handelspartner ist Tschechien mit ein Volumen von 5,93 Mrd. USD vor Italien (5,86 Mrd. USD) und China (4,63 Mrd. USD).

Ähnlich wie bei den Vorleistungsexporten lassen sich auch die vom Ausland bereitgestellten Vorleistungsimporte nach Partnerländern und Branche darstellen. Auch in dieser Betrachtung zeigt sich die überragende Bedeutung Deutschlands. Unter den 25 wichtigsten Vorleistungssektoren sind elf deutsche Sektoren zu finden, darunter die Metallindustrie, Transport Ausrüstungen, elektrische und optische Ausrüstungen, die chemische Industrie sowie der Maschinenbau.

Hinsichtlich der Wechselbeziehung zwischen Migration und Österreichs Integration in internationale Wertschöpfungsketten, lässt sich schlussfolgern, dass Österreichs wichtigste Handelspartner in Europa bzw. darüber hinaus unter den hoch entwickelten Ökonomien zu finden sind. Diese Länder erscheinen als Herkunftsländer für Migration zwar attraktiv, sind aber nicht die klassischen Auswanderungsländer. Häufig handelt es sich bei diesen Ländern selbst um Einwanderungsländer, wobei ein gewisses Konkurrenzverhältnis bei der Bemühung um qualifizierte Zuwanderung nicht zu übersehen ist.

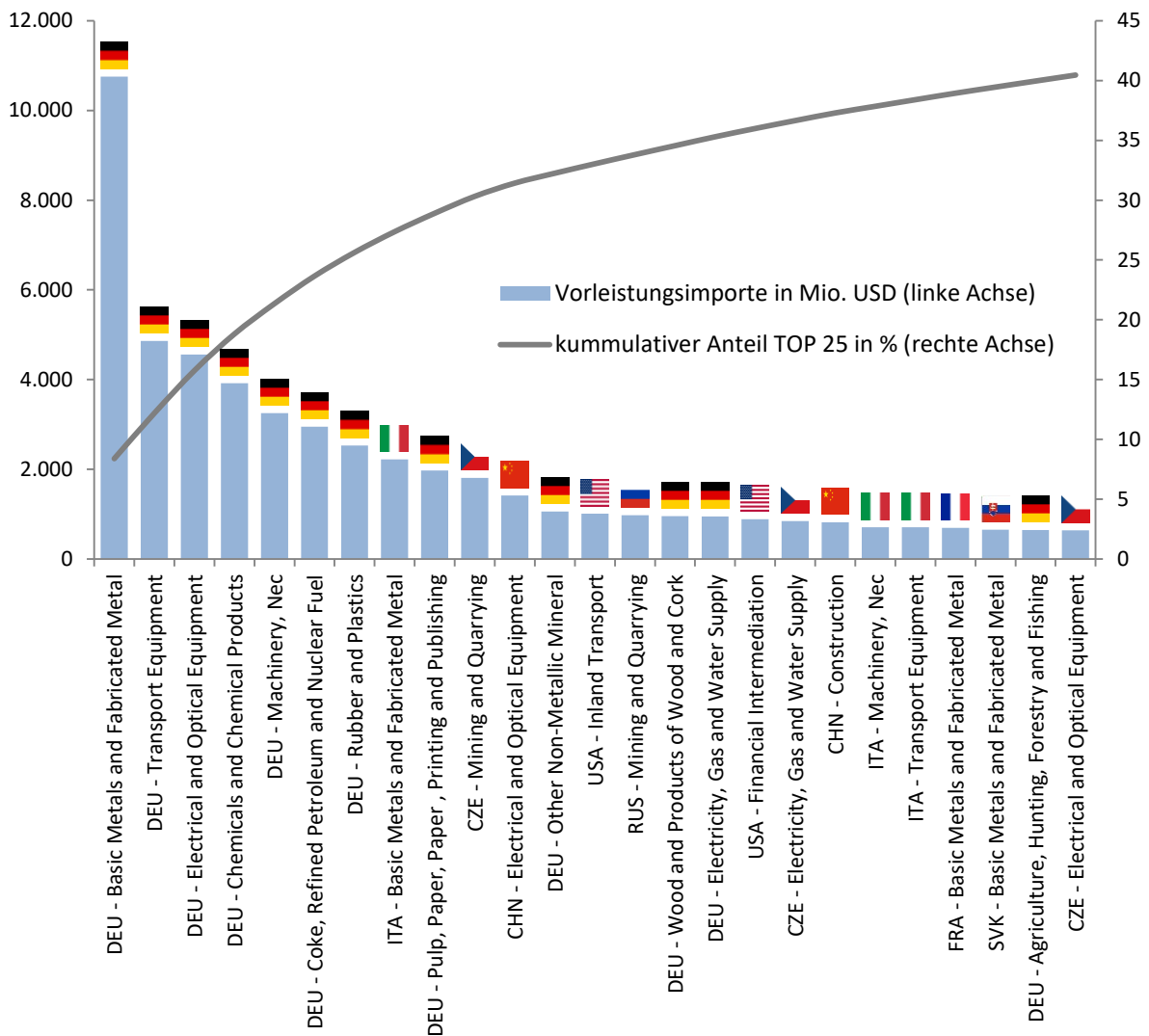
Die Daten zeigen allerdings auch, dass sich Österreich auch außerhalb Westeuropas und Nordamerikas in die Wirtschaftsvernetzung einbringen konnte. Hierzu zählen zum einen die neuen EU-Mitglieder im Süden und Osten Europas, darüber hinaus Russland, China und Indien. Leider sind afrikanische bzw. in Teilen auch asiatische und südamerikanische Länder in den WIOD-Daten nicht darstellbar. Aus den Außenhandelsstrukturen lässt sich allerdings ableiten, dass eine quantitative nennenswerte Kooperation der österreichischen Wirtschaft mit einzelnen Regionen Afrikas etabliert ist. Relevante Importländer für Österreich sind die nordafrikanischen Mittelmeerländer, etwa Tunesien, Algerien, Libyen sowie darüber hinaus Nigeria, Ghana und die Elfenbeinküste.

Abbildung 58: Volumen an vom Ausland bereitgestellten Vorleistungen in Österreich (Vorleistungsimporte) im Jahr 2011 auf Basis der WIOD in Mio. USD



Quelle: WIOD, eigene Darstellung.

Abbildung 59: Volumen der vom Ausland bereitgestellten Vorleistungen in Österreich (Vorleistungsimporte) im Jahr 2011 nach Zielländern und Branchen, Top 25 (exkl. Kategorie ‚Rest of the World‘)



Quelle: WIOD, eigene Darstellung.

4 Bildung und Arbeitsmarkt und die Rolle der Migrationen

4.1 Demografische Entwicklung

Die Prognosen von Statistik Austria gehen davon aus, dass Österreichs Bevölkerung über eine andauernde Zuwanderung in Zukunft weiter wachsen wird. Die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose nimmt eine Zunahme der Bevölkerung gegenüber dem Ausgangsjahr 2013 (8,5 Millionen) auf 8,8 Millionen bis 2020 an. Bis 2030 werden 9,2 Millionen erreicht, 2040 9,4 Millionen und 2050 9,5 Millionen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier 25-64) geht von 62% (2013) bis 2030 auf 57% und bis 2050 auf 54% zurück. Der Anteil der Älteren (65+) steigt von 18% (2013) auf 24% bis 2030 und auf 28% bis 2050.

Das Wachstum der Bevölkerung wird dabei ab Ende der 2020er Jahre allein von der Zuwanderung getragen. Ab 2028 wird angenommen, dass sich die Geburtenbilanz dreht und die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten übersteigen wird.

Im Ausgangsjahr der Prognose, 2013, lag der Zuwanderungssaldo bei knapp 55.000. In der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose wird ein rückläufiger Wanderungssaldo erwartet (Saldo 2020 40.000, 2030 30.000, 2040 knapp 27.000 und 2050 knapp 26.000).³⁷ In Summe wächst die österreichische Bevölkerung bis 2050 durch Zuwanderung um 1,3 Millionen.

Die Zahl der Jungen (unter 15 Jahren) bleibt anteilmäßig bis 2050 relativ gleich, in absoluten Zahlen steigt sie von 1,22 Millionen (2013) noch bis Anfang 2030 auf 1,32 Millionen an und geht dann bis 2050 auf 1,3 Millionen zurück. Ohne Migration würde es zukünftig zu einem deutlichen Rückgang der jungen Bevölkerung (bis 14 Jahre, 15-29 Jahre) kommen. Unter der Annahme einer fortgesetzten Zuwanderungsdynamik bedeutet das auch, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem weiter steigen wird und somit der Bedarf für entsprechende Maßnahmen im Bildungssystem zur Förderung ihrer Potentiale weiter zunimmt - nicht nur im großstädtischen Ballungsraum Wien. (vgl. Lassnigg et al. 2013, 13)

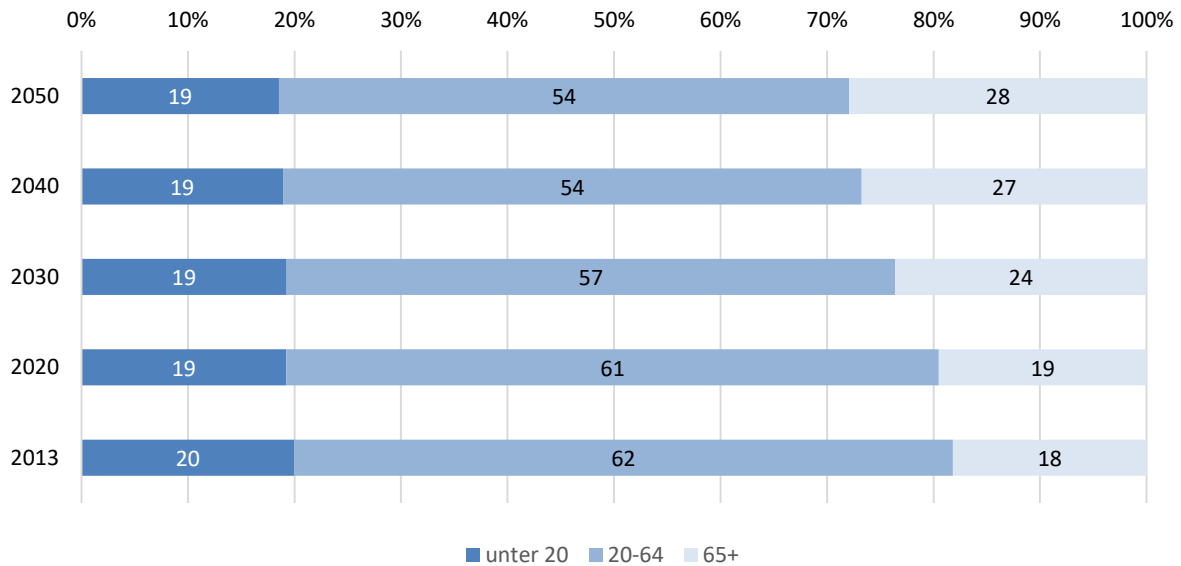
Die Bevölkerung im Haupterwerbssalter nimmt trotz Zuwanderung ab, die einzigen Gruppen mit beträchtlichem Wachstum sind die 60-64-Jährigen, die derzeit – trotz des Regelpensionsalters von 65 Jahren für Männer und noch 60 Jahren für Frauen – eine geringe Erwerbseinbindung haben. Auch die Zahl der 65-69-Jährigen wird in den nächsten Dekaden deutlich zunehmen. Die Zahl der Jugendlichen im Ausbildungsalter (15-19) geht bis Anfang der 2020er Jahre zurück und erhöht sich dann wieder. Der Rückgang dieser jüngeren Altersgruppen führt zu einer verstärkten Konkurrenz zwischen den Hochschulen und der Nutzung dieser Altersgruppen als Fachkräfte. Bei einem steigenden Fachkräftebedarf wird somit der Wettbewerb um Jugendliche zunehmen. (Lassnigg 2013, 76)

Vor dem Hintergrund dieser demografischen Veränderungen ist die Zuwanderungspolitik ein wichtiger Bestandteil von Maßnahmen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs und der Verjüngung der Bevölkerungsstruktur. Allerdings reicht die Zuwanderung nicht aus, um den Wohlstand in Österreich zu erhalten und den Sozialstaat nachhaltig zu finanzieren. Daher geht Statistik Austria in der Erwerbsprognose davon aus, dass das derzeit noch nicht voll ausgeschöpfte Arbeitskräftepotential (Frauen,

³⁷ Für 2014 wurde ein Wanderungssaldo von 56.400 angenommen, tatsächlich lag er laut Wanderungsstatistik von Statistik Austria bei 72.300.

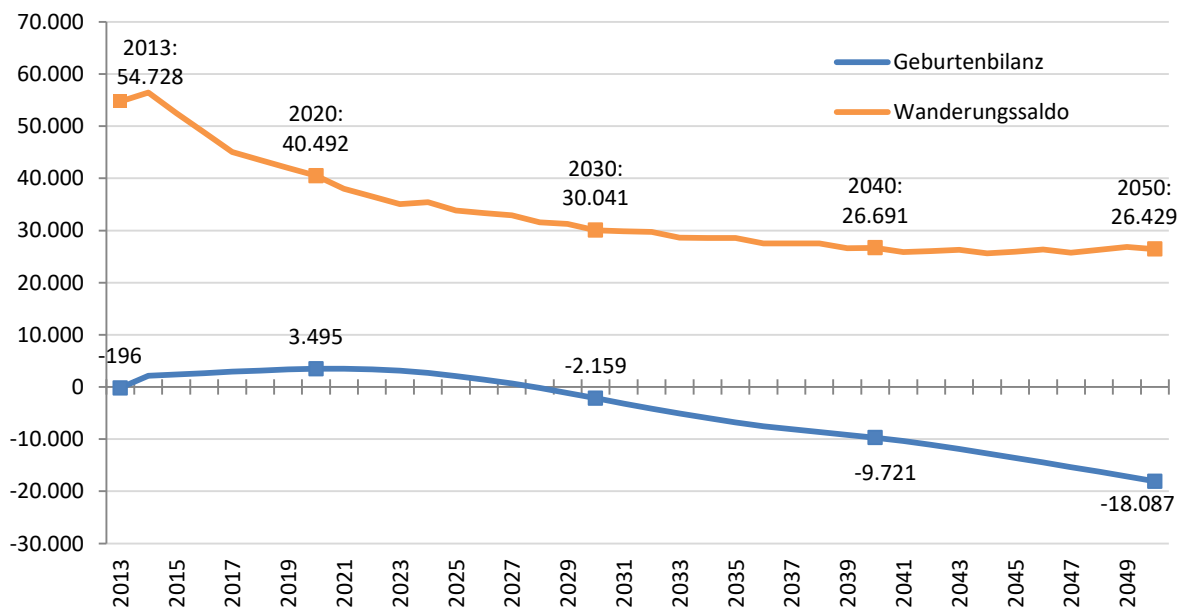
MigrantInnen, Ältere) aktiviert wird. Dafür ist es aber auch notwendig, im Vorfeld gewisse institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Flexibilität bei Arbeitszeiten über die Lebensphasen für beide Geschlechter).

Abbildung 60: Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2013-2050 laut Hauptszenario



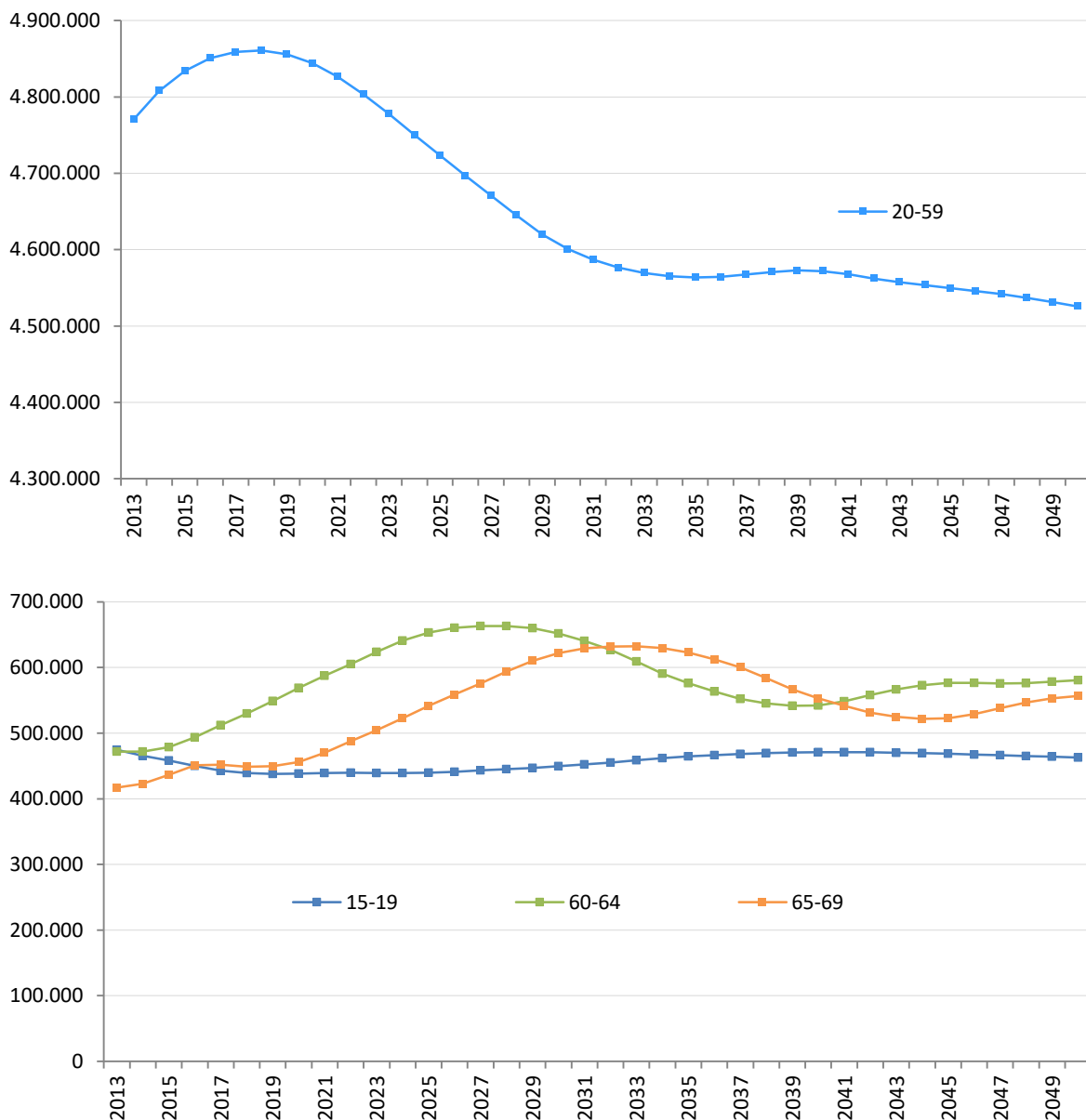
Quelle: Statistik Austria/Bevölkerungsprognose 2014 (Erstellt am 20.11.2014), eigene Darstellung.

Abbildung 61: Entwicklung der Geburtenbilanz und des Wanderungssaldos (Hauptszenario), 2013-2050



Quelle: Statistik Austria/Bevölkerungsprognose 2014, Hauptvariante (Erstellt am 20.11.2014), eigene Darstellung.

Abbildung 62: Bevölkerungsprognose nach Altersgruppen (Hauptszenario), 2013-2050



Quelle: Statistik Austria/Bevölkerungsprognose 2014, Hauptvariante (Erstellt am 20.11.2014), eigene Darstellung.

4.2 Qualifikationsbedarf

Österreichs Volkswirtschaft befindet sich in der Phase des Übergangs zu zunehmend durch Wissenschaft, Technologie und Innovation bestimmtem Wachstum. Im Ländervergleich vollzieht sich der Strukturwandel zu ausbildungsintensiven Wirtschaftsbereichen langsam; bis Mitte der 1990er Jahre war die Entwicklung Österreichs von einem technologischen Aufholprozess geprägt. In den letzten 20 Jahren hat sich das technologische Profil der österreichischen Wirtschaft relativ wenig verändert. Die Stärken liegen im Bauwesen und Bergbau, den Materialwissenschaften, der Metallurgie und dem Werkzeugmaschinenbau. Bei der technologischen Spezialisierung in strategisch wichtigen Bereichen, wie etwa der Bio- und Nanotechnologie sowie den Informations- und Kommunikationstechnologien,

konnte noch nicht aufgeholt werden. Der Wertschöpfungsanteil ist im mittleren Technologiebereich weiterhin hoch und es fand eine technologische Aufwertung statt. (vgl. Janger/Reinstaller 2009, 606, 614f.) Österreichs Wirtschaft hat dabei einen hohen Grad der Offenheit, der unter den OECD-Ländern nur in Dänemark, Irland, Belgien, Tschechien und Ungarn noch höher ist. In Österreich betrug der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 57%, wobei vor allem der Export von Gütern bedeutend ist (Zwischenprodukte, Maschinen, Fahrzeuge). Beim Export von Dienstleistungen, insbesondere von wissensbasierten Dienstleistungen, zählt Österreich nicht zu den Spitzenreitern. (vgl. Skriner 2013, 30)

Beim Innovationspotential werden Österreich im Vergleich mit den innovativsten kleinen offenen Volkswirtschaften (Dänemark, Finnland, Schweden, Schweiz) die größten Rückstände im Bereich Bildung, Wettbewerbspolitik und Innovationsfinanzierung attestiert. Die unternehmerische Forschung und Innovation wird in hohem Maße von ausländischen multinationalen Konzernen geprägt; unter den Klein- und Mittelbetrieben gibt es nur wenige, die innovativ sind. Für die langsame Veränderung zugunsten technologie- und wissensintensiver Branchen werden auch eine unzureichende Gründungsdynamik und ein niedriger Anteil ausländischer Direktinvestitionen in Österreich verantwortlich gemacht. (vgl. Janger/Reinstaller 2009, 607)

Der Arbeitskräftebedarf setzt sich aus zwei Komponenten zusammen - dem Expansionsbedarf und dem Ersatzbedarf. Der Expansionsbedarf ergibt sich durch strukturelle Verschiebungen der Wirtschaftsbereiche und Veränderungen im Bedarf von bestimmten Qualifikationen. Der Ersatzbedarf ergibt sich durch die Übergänge der Beschäftigten zwischen Branchen und Berufen sowie der Verweildauer in bestimmten Berufen. Ein grobes Maß für den Ersatzbedarf liefert die demografische Struktur der Beschäftigten im jeweiligen Beschäftigungssegment.

In der österreichischen Berufslandschaft hat die mittlere Ausbildung, vor allem die Lehre, eine große Bedeutung. Der Trend zur Höherqualifizierung ist allerdings erkennbar. Der Strukturwandel führt einerseits zu einem Rückgang von klassischen Produktionsberufen (Anlagen- und Maschinenbedienung) und zu einer verstärkten Nachfrage von Dienstleistungs- und Büroberufen. Andererseits verändern sich die Tätigkeitsprofile und die Arbeitsanforderungen werden komplexer. Das geht zulasten Geringqualifizierter und betrifft auch Personen mit (berufsbildenden) mittleren Qualifikationen, während AkademikerInnen profitieren und es auch zu einer verstärkten Nachfrage nach AkademikerInnen in vormals nicht-akademischen Berufen kommt. Bei den Hilfstätigkeiten wird eine heterogene Dynamik erwartet, das bedeutet eine wachsende Nachfrage bei Verkaufs- und Dienstleistungshilfskräften und eine sinkende Nachfrage im Produktionsbereich. Bei diesem kann auch wenig demografisch bedingte Entspannung erwartet werden, weil der Anteil der Älteren vergleichsweise niedrig ist. (vgl. Bock-Schappelwein/Horvath 2013, 73f.) Was den Ersatzbedarf betrifft, so lag der Anteil der über 50-Jährigen in allen Berufs- und Qualifikationsgruppen 2010 bei 22%. Besonders hoch sind die Anteile in zahlreichen Berufen im Bereich der berufsbildenden mittleren Qualifikationen und hat mit der non-formalen Höherqualifizierung dieser Altersgruppe zu tun. Bei den Jüngeren erfolgt/e die Höherqualifizierung über einen Matura- bzw. Universitätsabschluss.

4.3 Bestand an qualifizierten/hochqualifizierten Arbeitskräften in Österreich

Angeichts der großen Bedeutung hoch qualifizierter Arbeitskräfte im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, den sogenannten MINT-Fächern wie Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, für ein innovationsgetriebenes Wirtschaftswachstum - in MINT-Fächern entstehen Ideen, Produkte und Dienstleistungen, die es hochentwickelten Industrie- und Wissensge-

sellschaften ermöglichen, konkurrenzfähig zu bleiben und den Wohlstand zu halten – wird in diesem Kapitel der derzeitige Bestand an Arbeitskräften in diesem Bereich und die Rolle der Migrationen genauer untersucht. In der Folge wird in Hinblick auf die Alterung der österreichischen Bevölkerung und dem damit verbunden Anstieg des Bedarfs an Gesundheitsfachkräften diesem Qualifikationssegment und der Rolle der MigrantInnen besonderes Augenmerk geschenkt.

4.3.1 Bildungsstruktur der Bevölkerung und Erwerbstätigen

Abbildung 63 veranschaulicht die aktuelle Bildungsstruktur der Bevölkerung nach Geburtsland und Geschlecht für das Jahr 2011³⁸. Sie bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64, was einen direkten Vergleich mit der Bildungsstruktur der Erwerbsbevölkerung in der international üblichen Altersabgrenzung 15-64 erlaubt (Abbildung 64). Würde man die Altersgrenze nach oben (über 64 Jahre) offen lassen, wäre der Anteil jener mit Pflichtschulabschluss höher (vor allem bei den Frauen) und der Anteil jener mit mittlerer und hoher Qualifikation niedriger. Daran sind der Alterseffekt und das im Zeitverlauf geänderte Bildungsverhalten der Generationen ersichtlich.

- Im Jahr 2011, in dem die erste Registerzählung als Nachfolge der bislang üblichen Volkszählungen durchgeführt wurde, hatte der überwiegende Teil der in Österreich geborenen Bevölkerung eine mittlere Qualifikation, nämlich 71% der Männer und 62% der Frauen. Weniger als ein Fünftel der Männer (17%) und weniger als ein Viertel der Frauen (24%) hatte eine niedrige Qualifikation (maximal Pflichtschulabschluss). Über einen Tertiärabschluss verfügten knapp 12% der Männer und 14% der Frauen.
- Die im Ausland geborene Bevölkerung ist im Gesamtdurchschnitt schlechter qualifiziert - deutlich mehr haben eine niedrige Qualifikation, nämlich knapp 40% der Männer und 43% der Frauen. Der Anteil jener mit mittlerer Qualifikation ist deutlich niedriger mit 46% bei den im Ausland geborenen Männern und 43% bei den Frauen. Im Bereich der hohen Qualifikation dahingegen ist der Anteil bei den Männern mit 14% höher, bei den Frauen ausländischer Herkunft ist der Anteil mit 14% so hoch wie bei den in Österreich geborenen Frauen.

In der Bildung nach Herkunftsregionen wird eine tendenziell bipolare Bildungsstruktur der Bevölkerung ausländischer Herkunft ersichtlich, die allerdings eine Konsequenz unterschiedlicher Qualifikations Schwerpunkte von Herkunftsländern ist.

- Unter der Bevölkerung mit EU-14 Hintergrund haben nur 16% der Männer und 17% der Frauen eine niedrige Qualifikation, mehr als die Hälfte hat einen mittleren Bildungsabschluss und deutlich mehr als die in Österreich Geborenen haben einen tertiären Abschluss, nämlich 31% der Männer und 27% der Frauen. Ihre Qualifikationsstruktur ist besser als die der in Österreich geborenen Bevölkerung.
- Die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit EU-12 Hintergrund liegt zwischen jener der in Österreich Geborenen und jener mit EU-14 Hintergrund. Von den EU-12 BürgerInnen haben im Vergleich zu den in Österreich Geborenen mehr eine niedrige bzw. hohe Qualifikation und weniger eine mittlere Qualifikation.

³⁸ Dieser Zeitpunkt wurde gewählt, da es zu der Zeit auch im internationalen Vergleich Volkszählungen gab.

Von dieser Struktur unterscheidet sich die Bevölkerung ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft. Deutlich mehr haben eine formal geringe Qualifikation, nur wenige eine hohe Qualifikation. Im mittleren Qualifikationsbereich unterscheidet sich der Anteil bei den Männern ex-jugoslawischer Herkunft nicht stark von jenen mit EU-14 bzw. EU-12 Hintergrund, bei den Frauen ex-jugoslawischer Herkunft sowie bei den Männern und Frauen türkischer Herkunft ist der Abstand deutlich größer.

- 68% der Männer und 80% der Frauen türkischer Herkunft haben eine formal niedrige Qualifikation, 29% der Männer und 18% der Frauen eine mittlere und 3% bzw. 2% haben eine hohe Qualifikation.
- Von den Männern und Frauen ex-jugoslawischer Herkunft haben 46% der Männer und 57% der Frauen eine niedrige Qualifikation, 49% der Männer und 38% der Frauen verfügen über eine mittlere und je ca. 4% über eine hohe Qualifikation.

Abbildung 64 zeigt im Vergleich dazu die Bildungsstruktur der unselbständig Erwerbstätigen nach Geburtsland und Geschlecht für das Jahr 2011. Tendenziell ist die Bildungsstruktur der Erwerbstätigen stets besser als die der Gesamtbevölkerung, da die Erwerbsquote mit steigendem Bildungsgrad ansteigt. Bei den Erwerbstätigen ausländischer Herkunft gilt dies besonders für Frauen.

Von den in Österreich geborenen unselbständig Beschäftigten haben 74% der Männer und 67% der Frauen eine mittlere Qualifikation (Bevölkerung insgesamt 71% bzw. 62%). 12% der Männer und 17% der Frauen haben eine hohe Qualifikation (Bevölkerung insgesamt 12% bzw. 14%). Der Anteil der Geringqualifizierten liegt hingegen bei den Männern bei nur 14% (insgesamt 17%) und bei den Frauen bei 16% (insgesamt 24%).

Im Geschlechtermuster ist der Anteil von hochqualifizierten Frauen höher als unter Männern und gleichzeitig haben mehr Frauen als Männer maximal einen Pflichtschulabschluss. Darin spiegelt sich der Unterschied im Bildungsmuster von Frauen und Männern: die Lehrausbildung, und damit die mittlere Qualifikation, hat in Österreich nach wie vor eine hohe Bedeutung; sie ist aber ein Ausbildungsweg, der vor allem von jungen Männern gewählt wird. Etwa zwei Drittel der Lehrlinge sind männlich.

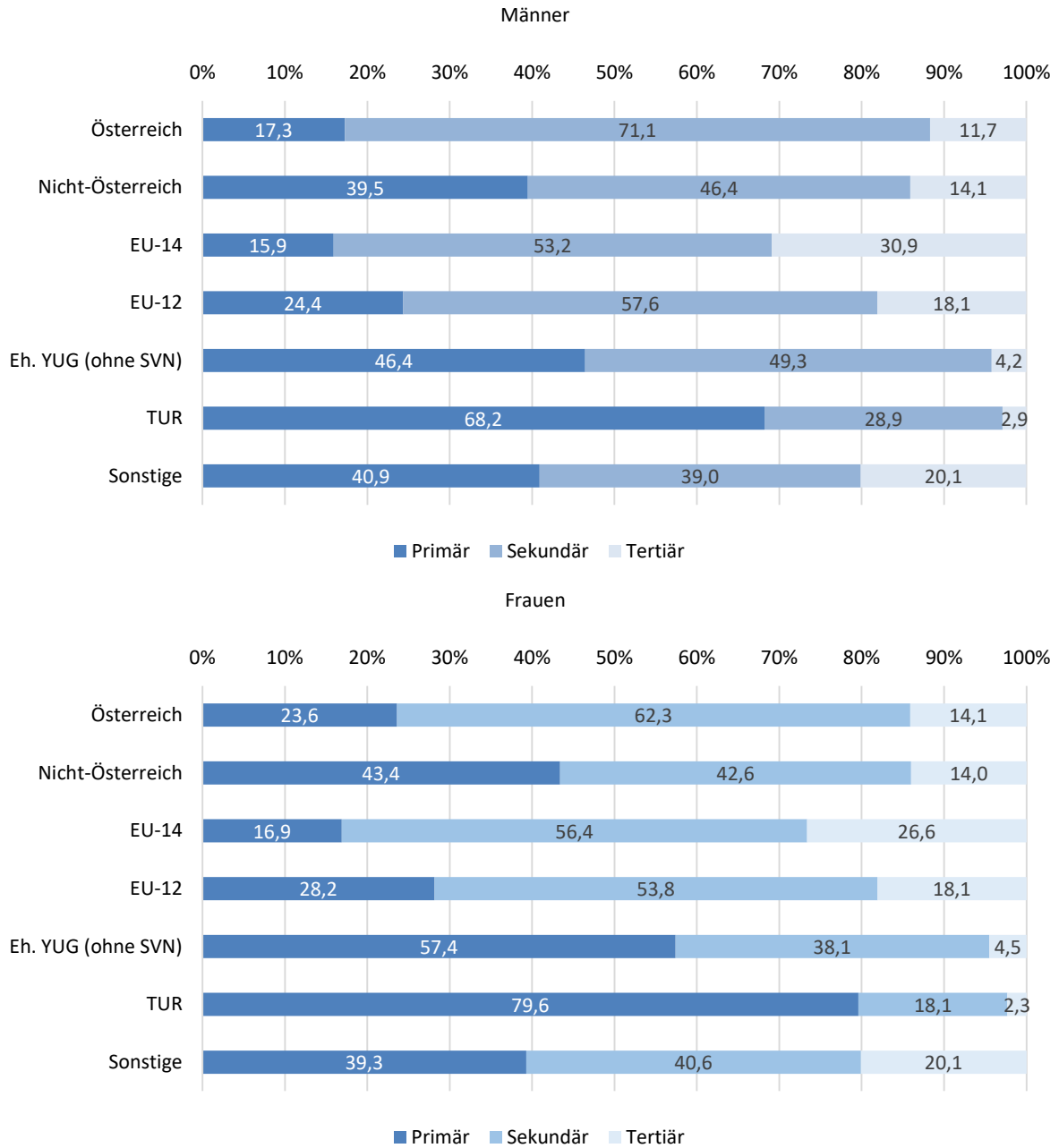
Wie oben angeführt besteht ein Alterseffekt in der Bildungsstruktur infolge eines gewandelten Bildungsverhaltens über die Generationen. Wenn man die ältere Bevölkerung berücksichtigt (65+ Jahre), ist der Anteil jener mit niedriger Qualifikation deutlich höher. In den jüngeren Altersgruppen ist dieser Anteil je nach betrachteter Gruppe sehr klein bzw. deutlich geringer. Das kann etwa anhand der Bildungsstruktur der Eltern von Volksschulkindern gezeigt werden. Bei den Bildungsstandardserhebungen wird nämlich eine Reihe sozioökonomischer Kontextfaktoren erhoben.

Abbildung 65 zeigt dies für die Eltern der Volksschulkinder des Schuljahres 2010. Die meisten Eltern sind jünger und besser gebildet als die Gesamtbevölkerung. In allen Gruppen ist der Anteil jener mit maximal Pflichtschulabschluss deutlich geringer als in der Gesamtgruppe der 15- bis 64-jährigen, wie in Abbildung 63 basierend auf den Daten der Registerzählung 2011 dargestellt ist. Deutlich mehr haben eine hohe Qualifikation.

Ausgehend von diesem Vergleich lässt sich sagen, dass der Trend zu höherer Bildung - im Sinne von einer über die Pflichtschule hinausgehenden Ausbildung - bei allen betrachteten Gruppen gegeben ist. Allerdings ist es ein langsamer Prozess, der sich über die Generationen verändert. Neben den formalen Bildungsabschlüssen stellt sich auch die Frage, wie diese Qualifikationen am österreichi-

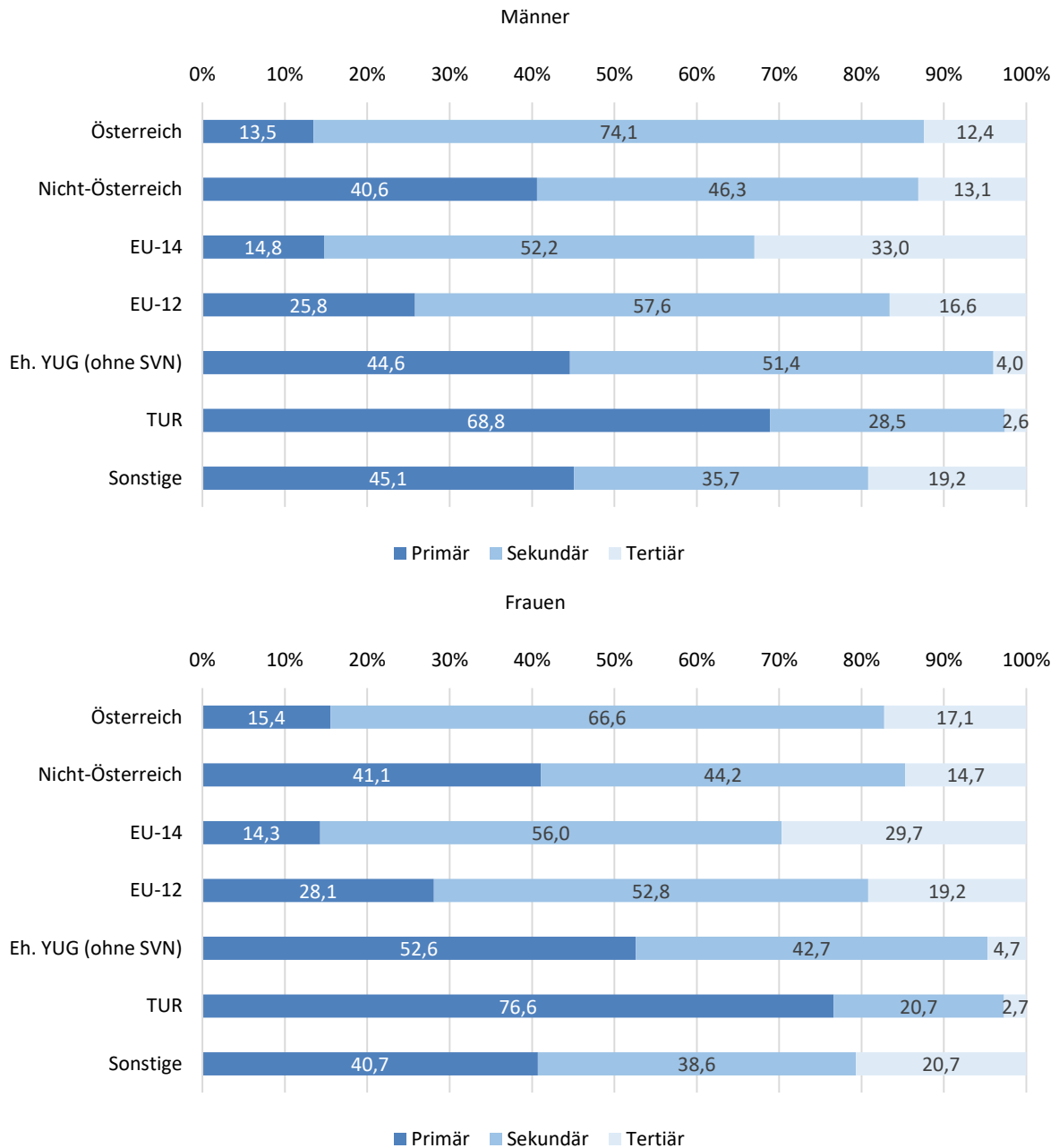
schen Arbeitsmarkt realisiert werden können, d.h. welche beruflichen Positionen, Netzwerke, Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten damit verbunden sind.

Abbildung 63: Bildungsstand der Bevölkerung (15-64 Jahre) nach Geburtsland und Geschlecht 2011



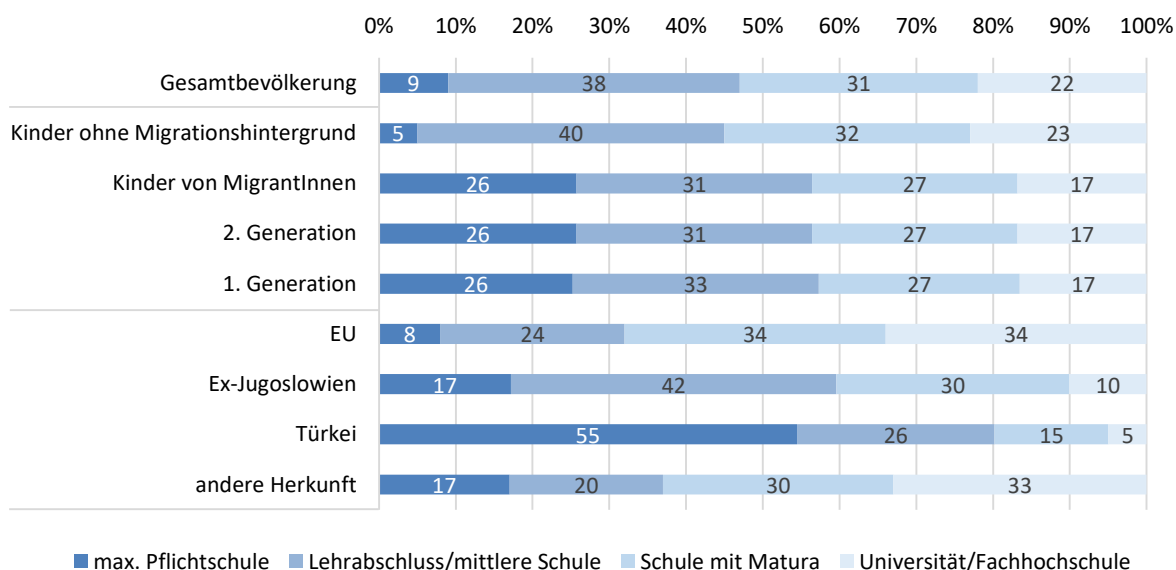
Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, eigene Auswertung und Darstellung.

Abbildung 64: Bildungsstand der unselbständig Erwerbstätigen (15-64 Jahre) nach Geburtsland und Geschlecht 2011



Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, eigene Auswertung und Darstellung.

Abbildung 65: Schülerinnen und Schüler der 4. Schulstufe nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und Migrationshintergrund sowie Herkunftsregion, 2010



Quelle: Vogtenhuber et al. 2012, S. 23, eigen Darstellung

4.3.2 Arbeitsmarktstrukturen

Ausgehend von der Bildungsstruktur lässt sich feststellen, dass die Zuwanderung aus EU-14-Staaten stärker hohe und höhere Qualifikationsbedarfe abdeckt und die Zuwanderung aus den EU-12 sowohl zur Abdeckung im oberen und unteren Qualifikationssegment beiträgt. Die Zuwanderung aus Drittstaaten geht in alle Qualifikationssegmente hinein – je etwa 40% der Männer und Frauen hat eine niedrige bzw. mittlere Qualifikation, je etwa 20% eine hohe Qualifikation. Die MigrantInnen aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei sind zum einen in Branchen tätig, die im Zuge der Anwerbung von GastarbeiterInnen viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigten. Da ein starker wirtschaftlicher Strukturwandel stattgefunden hat und sich auch die Bildungsstruktur dieser Herkunftsgruppen verbreitert (Abbildung 65), haben sich auch ihre beruflichen Tätigkeitsfelder teils erweitert.

Von den Männern mit ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft ist noch ein deutlich größerer Teil im Produktionssektor beschäftigt mit einem Anteil von 47% bzw. 44% gegenüber 37% der in Österreich Geborenen, nur 27% bei den Männern mit EU-14 Herkunft und 40% bei der EU-12 Herkunft sowie nur 18% der Männer aus anderen Drittstaaten. Die Frauen sind überwiegend in Dienstleistungsbranchen tätig. Etwas höhere Anteile im Produktionsbereich haben die Frauen ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft. (vgl. Abbildung 66)

Tabelle 8 zeigt für das Jahr 2011 die Zahl der unselbständig Beschäftigten nach Branchen (ÖNACE-Abschnitte), Geschlecht und Herkunftsregionen. Die größten Beschäftigungsbereiche sind insgesamt (Männer und Frauen zusammen) der Handel, mit 600.000 Beschäftigten, die Herstellung von Waren - auch mit knapp 600.000 Beschäftigten, die öffentliche Verwaltung mit 315.000 Beschäftigten, die Bereiche Erziehung und Unterricht mit mehr als 300.000 und das Gesundheits- und Sozialwesen mit knapp 300.000 Beschäftigten. Bei den unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland sind auch die Herstellung von Waren (95.000) und der Handel (90.000 Beschäftigte) die zwei wichtigsten Beschäftigungsbereiche, an dritter bis fünfter Stelle stehen allerdings die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (85.000), das Gastronomie- und Beherbergungswesen (83.000) sowie der Bausektor (64.000). Für den Gesundheits- und Erziehungsbereich werden in Österreich ein hoher

Insideranteil und eine starke Betonung des Senioritätsprinzips festgestellt. (vgl. Bock-Schappelwein/Bremberger/Huber 2008, 33) Von Bock-Schappelwein et al. (2008) werden diese Institutionen als ein Grund gewertet, dass entsprechende ausländische Qualifikation schwierig transferiert werden können. Des Weiteren besteht in diesen Bereichen ein hoher Anteil reglementierter Berufe, teils ist auch die österreichische Staatsbürgerschaft Voraussetzung. Für den österreichischen Bundesdienst gilt grundsätzlich, dass dieser österreichischen StaatsbürgerInnen sowie allen Personen mit unbeschränktem Arbeitsmarktzugang offen steht. Einen "Staatsbürgerschaftsvorbehalt" gibt es für "Verwendungen, die ein Verhältnis besonderer Verbundenheit zu Österreich voraussetzen". (BKA 2015)

Tabelle 9 zeigt die Relationen, also welche Bedeutung die Beschäftigung von MigrantInnen in den einzelnen Bereichen der österreichischen Volkswirtschaft hat sowie welche Herkunftsgruppen insbesondere von Bedeutung sind, also welche Gruppe der im Ausland Geborenen jeweils die höchsten Anteile in den einzelnen Wirtschaftsbereichen hat. Sie sind in der Tabelle jeweils grau schattiert hervorgehoben.

Im Gesamtdurchschnitt sind 17% der unselbständig Beschäftigten in Österreich im Ausland geboren. Die sonstigen Dienstleistungen sowie Gastronomie und Beherbergungsindustrie stehen bei den im Ausland geborenen Beschäftigten zahlenmäßig an dritter und vierter Stelle. Anteilsmäßig ist in diesen Wirtschaftsbereichen ihr Anteil am größten.

Unter den männlichen Beschäftigten in der Gastronomie/Beherbergung sind 41% im Ausland geboren, unter den weiblichen Beschäftigten sind es 33%. Bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen liegen die jeweiligen Anteile bei 33% bzw. 40%.

Der Gastronomie- und Beherbergungsbereich unterliegt großen saisonalen Schwankungen und ist gekennzeichnet durch schwankende Arbeitszeiten (Schichtdienste, Wochenend- und Feiertagsarbeit) sowie unterdurchschnittlichen Einkommensmöglichkeiten. Zu den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen zählen die Vermietung beweglicher Sachen, Arbeitskräfteüberlassung, Reisebüros und Reiseveranstalter, private Wach- und Sicherheitsdienste, Gebäudebetreuung (inkl. Reinigung) Gartenbau, Call-Center, Sekretariats- und Schreibdienste, Kopierläden etc. Auch in diesem Bereich sind die erzielten Einkommen unterdurchschnittlich, wie Tabelle 12 basierend auf den Lohnsteuer- und Sozialversicherungsdaten für das Jahr 2011 veranschaulicht. Überdurchschnittliche MigrantInnenanteile haben bei den Männern auch die Land- und Forstwirtschaft (24%), der Bau (24%), das Realitätenwesen (20%) sowie der Bereich Kunst, Unterhaltung, Erholung (20%). Bei den Frauen sind es auch das Realitätenwesen (23%), der Bereich Kunst, Unterhaltung, Erholung (20%) und die privaten Haushalte (24%). In den Bereich Kunst, Unterhaltung, Erholung fallen kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten, Spiel-, Wett- und Lotteriewesen sowie die Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung.

Auf den Wirtschaftsabschnitt "Herstellung von Waren" entfallen knapp 16% der unselbständigen Gesamtbeschäftigung. In der aggregierten Betrachtung ist die Bedeutung der Beschäftigung von MigrantInnen durchschnittlich. Dies gilt auch bei den "Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen", auf die 5% der unselbständigen Gesamtbeschäftigung entfallen und im Hinblick auf Innovationen den wirtschaftlich bedeutsamen Sektor "Forschung und Entwicklung" enthalten.

Die beiden letzten Tabellen zeigen für die einzelnen Produktions- und Dienstleistungsbereiche dieser Wirtschaftsabschnitte wie hoch der Anteil der Beschäftigten mit ausländischem Geburtsort ist, sowie

welche Herkunftsgruppe unter den im Ausland Geborenen jeweils die größte Bedeutung hat. Die Sektoren mit überdurchschnittlichen Anteilen sind in den Tabellen grau hervorgehoben. Ebenso sind jeweils die Herkunftsregionen mit hohen Anteilen in den jeweiligen Sektoren grau markiert.

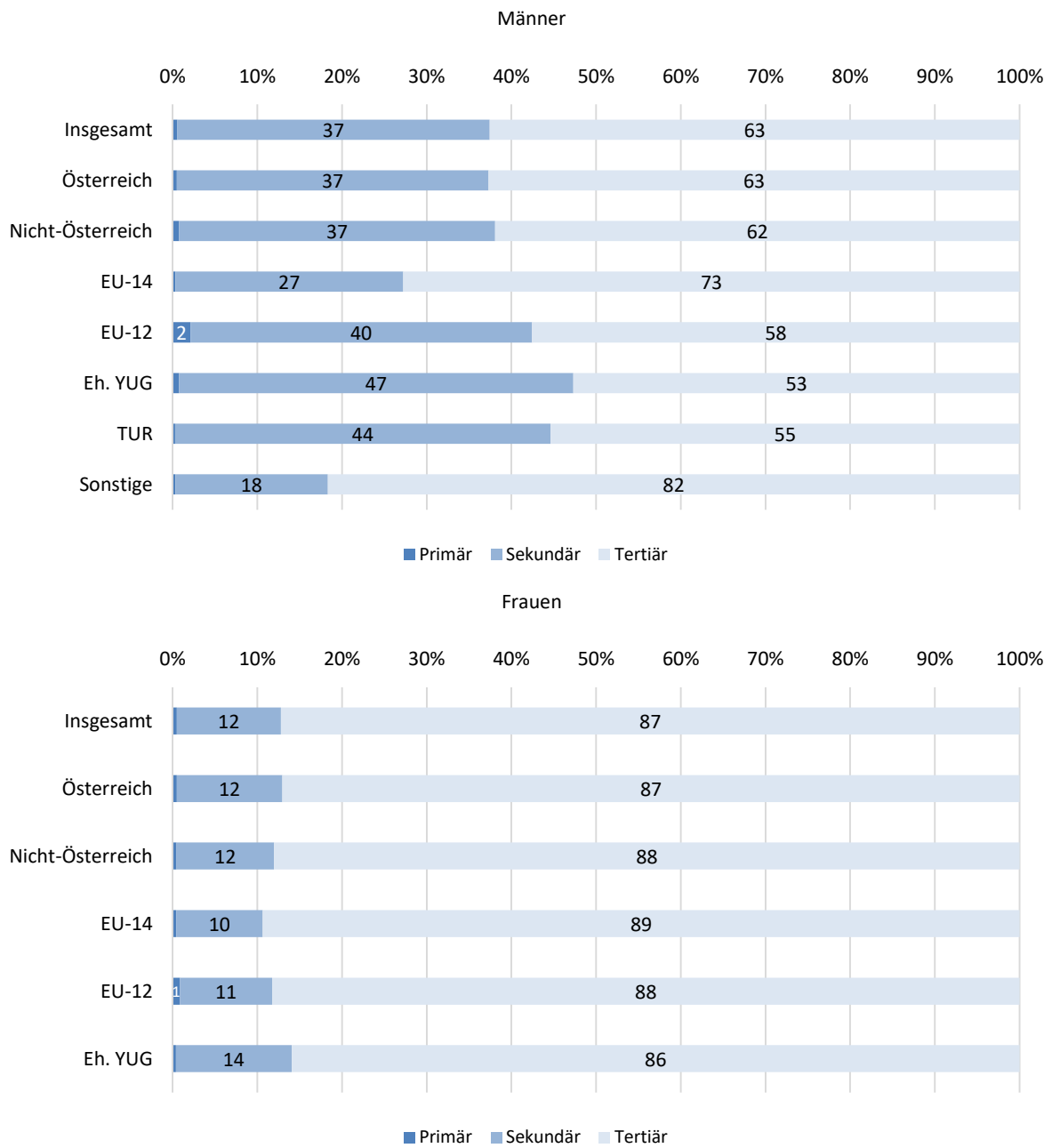
Die disaggregierte Betrachtung zeigt, dass die Beschäftigung von MigrantInnen im Sachgüterbereich für einige Sektoren recht bedeutsam ist, vor allem bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Textilien, Bekleidung, Lederwaren/Schuhe sowie Gummi- und Kunststoffwaren. Bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen trifft das insbesondere auf die Forschung und Entwicklung sowie die Arbeitskräfteüberlassung zu.

Bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen hängt der Bereich "Gebäudebetreuung, Gartenbau" (inkl. Reinigungsgewerbe) in sehr hohem Maß von MigrantInnen ab. Im Sachgüterbereich finden sich vor allem Beschäftigte ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft. Hier zeigt sich einerseits die Kontinuität bzw. sektorale Verfestigung die auf die GastarbeiterInnen-Anwerbung zurückgeht. Andererseits zeigt sich die Bedeutung der Beschäftigung von MigrantInnen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit bzw. zur Abschwächung des Strukturwandels. So zählte etwa der Textilsektor im Jahr 1973 knapp 74.000 Beschäftigte, der AusländerInnenanteil lag bei 27%. 1984 waren es 47.000 Beschäftigte und mit einem AusländerInnenanteil von 19%. (vgl. Matuschek 1985, 190) 2011 zählte der Textilsektor nur mehr knapp 10.000 Beschäftigte, davon 30% mit ausländischem Geburtsort.

Im Gesundheits- und Sozialwesen hat der Pflegebereich (Alten-/Pflegeheime) überdurchschnittliche MigrantInnenanteile mit 20% bei den Männern und 22% bei den Frauen. Bei den Frauen mit ausländischem Geburtsort entfällt mehr als die Hälfte auf Migrantinnen aus EU-12 Ländern bzw. Länder des früheren Jugoslawien. Bei den Männern sind andere Drittstaaten und, mit Abstand, an zweiter Stelle Länder des früheren Jugoslawien.

Die Verfügbarkeit von ausländischen Arbeitskräften/Arbeitskräften mit Migrationshintergrund verbessert zum einen somit die Wettbewerbsfähigkeit von Sektoren unter Wettbewerbsdruck, wo Grenzen der Automatisierung bestehen (z.B. Landwirtschaft, Tourismus) und gewährleistet/federt zum anderen die durch den wirtschaftlich-technologisch Strukturwandel die geänderte Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen ab.

Abbildung 66: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Geschlecht, Geburtsland 2011, in %



Anmerkung: Ehemaliges Jugoslawien ohne Slowenien. Sonstige inklusive unbekannt.

Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, DUK-Auswertungen und –Darstellung.

Tabelle 8: Unselbständig Beschäftigte nach Branchen, Geburtsland, Geschlecht 2011, absolut

	Branche	Geburtsland							
		Insgesamt	Ö	Nicht-Ö	EU-14	EU-12	Eh-YUG	TUR	Sonstige
Männlich	Land-/Forstwirtschaft	10.819	8.237	2.582	186	1.178	889	155	174
	Sekundärer Sektor	722.819	595.150	127.669	15.320	22.521	55.253	24.699	9.876
	Bergbau	6.274	5.714	560	105	94	224	92	45
	Herstellung von Waren	433.280	367.837	65.443	10.590	9.601	24.549	13.835	6.868
	Energieversorgung	22.229	21.558	671	274	103	151	32	111
	Wasserversorg./Abfallentsorg.	14.235	12.070	2.165	257	300	863	546	199
	Bau	246.801	187.971	58.830	4.094	12.423	29.466	10.194	2.653
	Tertiärer Sektor	1.225.487	1.013.723	211.764	41.432	32.163	62.530	30.827	44.812
	Handel	255.350	216.028	39.322	7.417	6.667	12.847	6.382	6.009
	Verkehr	151.417	121.201	30.216	3.386	4.175	12.008	6.268	4.379
	Beherbergung/Gastronomie	84.669	50.061	34.608	5.693	4.499	7.531	5.118	11.767
	Information/Kommunikation	53.859	48.205	5.654	2.330	1.132	758	219	1.215
	Finanz-/Versicherungsleist.	59.031	54.646	4.385	1.595	847	793	341	809
	Realitätenwesen	20.401	15.961	4.440	585	750	1.865	695	545
	Freiberufliche/techn. DL	89.763	76.381	13.382	4.580	2.372	2.811	1.029	2.590
	Sonst. wirtschaftl. DL	127.345	85.211	42.134	4.258	6.225	16.424	7.481	7.746
	Öffentl. Vw.	159.797	153.571	6.226	1.745	964	1.472	500	1.545
	Erziehung/Unterricht	98.957	87.692	11.265	4.727	1.421	1.580	751	2.786
	Gesundheits/Sozialwesen	68.993	59.309	9.684	2.439	1.455	2.064	790	2.936
	Kunst/Unterhalt./Erholg.	24.899	19.915	4.984	1.424	915	1.324	316	1.005
Sonstige DL	28.997	24.344	4.653	1.099	655	984	919	996	
Private Haush.	1.055	874	181	56	36	30	7	52	
Exterrit. Org.	954	324	630	98	50	39	11	432	
Gesamt	1.959.125	1.617.110	342.015	56.938	55.862	118.672	55.681	54.862	
Weiblich	Land-/Forstwirtschaft	8.794	7.356	1.438	234	560	396	93	155
	Sekundärer Sektor	221.603	186.274	35.329	5.674	7.024	14.095	4.818	3.718
	Bergbau	874	808	66	22	10	20	sw	12
	Herstellung von Waren	163.227	133.766	29.461	4.478	5.569	11.990	4.350	3.074
	Energieversorgung	4.856	4.588	268	88	71	64	15	30
	Wasserversorg./Abfallentsorg.	4.423	3.863	560	96	101	182	110	71
	Bau	48.223	43.249	4.974	990	1.273	1.839	341	531
	Tertiärer Sektor	1.571.172	1.300.985	270.187	49.571	57.031	88.686	27.954	46.945
	Handel	345.531	294.550	50.981	9.728	10.822	17.916	5.133	7.382
	Verkehr	42.884	36.651	6.233	1.285	1.692	1.597	545	1.114
	Beherbergung/Gastronomie	146.187	97.880	48.307	6.653	10.753	15.122	5.795	9.984
	Information/Kommunikation	30.422	26.380	4.042	1.341	1.038	665	155	843
	Finanz-/Versicherungsleist.	64.673	59.196	5.477	1.392	1.424	1.478	265	918
	Realitätenwesen	33.212	25.448	7.764	853	1.348	4.086	720	757
	Freiberufliche/techn. DL	112.505	95.765	16.740	4.571	4.165	4.193	760	3.051
	Sonst. wirtschaftl. DL	107.477	64.112	43.365	3.045	5.901	20.180	8.524	5.715
	Öffentl. Vw.	155.091	142.664	12.427	2.660	2.894	3.522	867	2.484
	Erziehung/Unterricht	203.995	182.744	21.251	6.539	4.218	4.904	1.117	4.473
	Gesundheits/Sozialwesen	225.061	189.905	35.156	7.557	8.834	10.152	2.132	6.481
	Kunst/Unterhalt./Erholg.	25.878	20.742	5.136	1.517	1.309	1.183	208	919
Sonstige DL	71.670	60.454	11.216	2.035	2.154	3.379	1.681	1.967	
Private Haush.	5.350	4.074	1.276	191	373	268	49	395	
Exterrit. Org.	1.236	420	816	204	106	41	sw	462	
Gesamt	1.801.569	1.494.615	306.954	55.479	64.615	103.177	32.865	50.818	

Anmerkung: Ehemaliges Jugoslawien ohne Slowenien. Sonstige inklusive unbekannt.

Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, eigene Auswertung und Darstellung.

Tabelle 9: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Branchen, Gesamtanteil der im Ausland Geborenen, Anteil der im Ausland Geborenen nach Herkunft an allen im Ausland Geborenen, 2011

	Branche	Beschäftigte insgesamt	Anteil in % Nicht-Ö	Verteilung Nicht-Österreich nach Herkunft, Anteile in % (Nicht-Ö = 100)				
				EU-14	EU-12	Eh-YUG	TUR	Sonstige
Männlich	Land-/Forstwirtschaft	10.819	24	7	46	34	6	7
	Bergbau	6.274	9	19	17	40	16	8
	Herstellung von Waren	433.280	15	16	15	38	21	10
	Energieversorgung	22.229	3	41	15	23	5	17
	Wasserversorg./Abfallentsorg.	14.235	15	12	14	40	25	9
	Bau	246.801	24	7	21	50	17	5
	Handel	255.350	15	19	17	33	16	15
	Verkehr	151.417	20	11	14	40	21	14
	Beherbergung/Gastronomie	84.669	41	16	13	22	15	34
	Information/Kommunikation	53.859	10	41	20	13	4	21
	Finanz-/Versicherungsleist.	59.031	7	36	19	18	8	18
	Realitätenwesen	20.401	22	13	17	42	16	12
	Freiberufliche/techn. DL	89.763	15	34	18	21	8	19
	Sonst. wirtschaftl. DL	127.345	33	10	15	39	18	18
	Öffentl. Vw.	159.797	4	28	15	24	8	25
	Erziehung/Unterricht	98.957	11	42	13	14	7	25
	Gesundheits/Sozialwesen	68.993	14	25	15	21	8	30
	Kunst/Unterhalt./Erholg.	24.899	20	29	18	27	6	20
	Sonstige DL	28.997	16	24	14	21	20	21
	Private Haush.	1.055	17	31	20	17	4	29
Gesamt	1.959.125	17	17	16	35	16	16	
Weiblich	Land-/Forstwirtschaft	8.794	16	16	39	28	6	11
	Bergbau	874	8	33	15	30	sw	18
	Herstellung von Waren	163.227	18	15	19	41	15	10
	Energieversorgung	4.856	6	33	26	24	6	11
	Wasserversorg./Abfallentsorg.	4.423	13	17	18	33	20	13
	Bau	48.223	10	20	26	37	7	11
	Handel	345.531	15	19	21	35	10	14
	Verkehr	42.884	15	21	27	26	9	18
	Beherbergung/Gastronomie	146.187	33	14	22	31	12	21
	Information/Kommunikation	30.422	13	33	26	16	4	21
	Finanz-/Versicherungsleist.	64.673	8	25	26	27	5	17
	Realitätenwesen	33.212	23	11	17	53	9	10
	Freiberufliche/techn. DL	112.505	15	27	25	25	5	18
	Sonst. wirtschaftl. DL	107.477	40	7	14	47	20	13
	Öffentl. Vw.	155.091	8	21	23	28	7	20
	Erziehung/Unterricht	203.995	10	31	20	23	5	21
	Gesundheits/Sozialwesen	225.061	16	21	25	29	6	18
	Kunst/Unterhalt./Erholg.	25.878	20	30	25	23	4	18
	Sonstige DL	71.670	16	18	19	30	15	18
	Private Haush.	5.350	24	15	29	21	4	31
Gesamt	1.801.569	17	18	21	34	11	17	

Anmerkung: Ehemaliges Jugoslawien ohne Slowenien. Sonstige inklusive unbekannt. Aus Datenschutzgründen ist ein Teil der Daten mit der Methode „Target Swapping“ verschmutzt (SW, Zellbesetzungen kleiner gleich 5).

Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, eigene Auswertung und Darstellung.

Tabelle 10: Anteil der unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland in ausgewählten Branchen in %, MÄNNER, 2011

	Branche	Beschäftigte insgesamt	Nicht-Ö	Anteile in % nach Geburtsland					
				EU-14	EU-12	Eh-YUG	TUR	Sonst.	
Männlich	Herstellung von Waren	Nahrungs-/Futtermittel	31.450	26	9	15	37	25	13
		Getränke	6.226	14	18	13	31	30	9
		Tabak	241	5	sw	sw	sw	sw	15
		Textilien	5.160	33	6	7	29	48	10
		Bekleidung	1.223	33	13	9	33	36	10
		Leder/waren, Schuhe	1.437	41	8	32	21	13	26
		Holz/Korbwaren	25.903	16	13	15	46	20	6
		Papier/Pappe und Waren	13.431	13	14	9	33	36	9
		Druckerzeugnissen	9.281	14	17	14	37	19	13
		Kokerei, Mineralölverarbeitung	475	8	46	32	sw	sw	3
		Chem. Erzeugnisse	12.901	13	27	13	33	14	12
		Pharmazeutische Erzeugnisse	6.076	15	33	13	34	6	14
		Gummi-/Kunststoffwaren	21.154	22	13	12	40	26	9
		Glas/-waren, Keramik	24.893	15	15	16	46	17	7
		Metallerzeugung,-bearbeitung	29.156	11	13	12	42	26	8
		Metallerzeugnissen	56.344	17	11	15	41	25	7
		Datenverarbeitungsgeräten	13.911	15	39	12	21	6	21
		Elektrische Ausrüstungen	32.053	12	25	14	32	15	13
		Maschinenbau	61.884	11	21	16	36	16	11
		Kraftwagen und -teile	24.243	14	18	13	38	20	11
	Sonst. Fahrzeugbau	4.359	14	26	17	35	12	11	
	Möbel	20.986	9	21	20	34	16	8	
	Sonst. Waren	9.315	20	16	16	38	16	15	
	Reparatur/Installation v. Maschinen	21.178	10	20	21	40	8	12	
	Freiberufl., wissensch., technische DL	Rechtsberatung/Wirtschaftsprüfung	8.988	9	36	21	17	6	21
		Unternehmensführung, -beratung	29.216	14	30	15	23	12	20
		Architektur- und Ingenieurbüros	30.837	15	31	21	28	6	15
		Forschung, Entwicklung	7.503	23	52	15	7	2	24
		Werbung,Marktforschung	10.315	17	35	18	16	9	23
		Sonst. freiberufl./techn. Tätigk.	2.667	20	33	20	16	10	21
		Veterinärwesen	237	14	24	24	29	sw	sw
		Vermietung v. beweglichen Sachen	6.132	18	26	21	30	10	13
		Arbeitskräfteüberlassung	72.975	33	10	16	34	18	21
	Reisebüros und Reiseveranstalter	3.936	17	33	14	19	11	23	
	Sonst. wirtsch.	Private Wach-/Sicherheitsdienste	9.738	22	17	17	30	9	26
		Gebäudebetreuung; Gartenbau	27.756	47	4	11	53	21	11
		Wirtschaftliche Dienstleistungen	6.808	21	22	13	19	7	39
	GH-/Sozial.	Gesundheitsw.	89.075	12	34	19	20	4	22
		Alten-/Pflegeheime	43.372	20	21	15	22	4	38
		Sozialwesen	57.458	20	21	12	22	13	32

Anmerkung: Aus Datenschutzgründen ist ein Teil der Daten mit der Methode „Target Swapping“ verschmutzt (SW, Zellbesetzungen kleiner gleich 5).

Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, eigene Auswertung und Darstellung.

Tabelle 11: Anteil der unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland in ausgewählten Branchen in %, FRAUEN, 2011

	Branche	Beschäftigte insgesamt	Nicht-Ö	Anteile in % nach Geburtsland					
				EU-14	EU-12	Eh-YUG	TUR	Sonst.	
Weiblich	Herstellung von Waren	Nahrungs-/Futtermittel	34.406	20	10	19	42	20	9
		Getränke	2.467	15	21	23	40	5	11
		Tabak	73	sw	sw	sw	sw	sw	sw
		Textilien	4.581	27	9	14	35	33	10
		Bekleidung	6.058	23	12	17	32	28	11
		Leder/waren, Schuhe	2.131	32	8	33	38	8	14
		Holz/Korbwaren	6.278	13	20	21	45	7	8
		Papier/Pappe und Waren	3.497	20	12	18	45	15	11
		Druckerzeugnissen	4.605	15	21	17	42	9	11
		Kokerei, Mineralölverarbeitung	183	15	26	48	sw	sw	11
		Chem. Erzeugnisse	4.654	16	26	25	29	5	15
		Pharmazeutische Erzeugnisse	5.570	19	25	22	37	4	12
		Gummi-/Kunststoffwaren	7.949	24	10	18	50	13	9
		Glas/-waren, Keramik	7.146	14	20	11	41	19	9
		Metallerzeugung,-bearbeitung	3.924	12	20	20	42	9	9
		Metallerzeugnissen	14.432	15	15	17	45	15	8
		Datenverarbeitungsgeräten	6.380	18	23	20	36	6	15
		Elektrische Ausrüstungen	12.093	19	16	19	42	13	10
		Maschinenbau	12.014	13	24	19	34	10	13
		Kraftwagen und -teile	5.331	18	14	15	44	19	8
	Sonst. Fahrzeugbau	1.105	19	18	15	51	7	9	
	Möbel	6.587	11	18	21	42	11	8	
	Sonst. Waren	8.055	22	14	20	45	9	12	
	Reparatur/Installation v. Maschinen	3.708	12	28	24	25	3	20	
	Freiberufl., wissensch., technische DL	Rechtsberatung/Wirtschaftsprüfung	36.884	10	21	27	29	6	16
		Unternehmensführung, -beratung	25.867	17	24	25	27	5	19
		Architektur- und Ingenieurbüros	21.839	19	27	25	29	3	17
		Forschung, Entwicklung	6.437	23	43	18	11	3	24
		Werbung,Marktforschung	15.543	14	31	24	20	6	18
		Sonst. freiberufl./techn. Tätigk.	3.812	19	30	26	20	4	20
		Veterinärwesen	2.123	11	51	18	13	3	16
		Vermietung v. beweglichen Sachen	4.781	17	20	23	28	11	18
		Arbeitskräfteüberlassung	29.729	30	11	20	35	15	19
	Reisebüros und Reiseveranstalter	9.406	13	41	16	11	5	26	
	Sonst. wirtsch.	Private Wach-/Sicherheitsdienste	4.127	22	16	26	34	9	16
		Gebäudebetreuung; Gartenbau	49.696	60	3	10	54	23	10
		Wirtschaftliche Dienstleistungen	9.738	18	21	21	26	11	21
	GH-/Sozial.	Gesundheitsw.	89.075	16	25	25	30	5	15
		Alten-/Pflegeheime	43.372	22	16	26	33	3	22
		Sozialwesen	57.458	19	22	25	24	9	20

Anmerkung: Aus Datenschutzgründen ist ein Teil der Daten mit der Methode „Target Swapping“ verschmutzt (SW, Zellbesetzungen kleiner gleich 5).

Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, eigene Auswertung und Darstellung.

Tabelle 12: Bruttojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen nach Branchen 2011

ÖNACE 2008 Abschnitte	Anzahl der Personen	Unselbständig Erwerbstätige			Arithm. Mittel
		25%	50%	75%	
		verdienen weniger als ... Euro			
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	50.164	896	3.781	12.618	9.102
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6.585	25.297	34.850	50.364	42.490
C Herstellung von Waren	636.869	21.483	32.391	44.835	36.232
D Energieversorgung	28.929	33.510	50.636	70.613	54.541
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	17.429	18.025	27.694	36.665	29.609
F Bau	293.727	15.617	26.866	34.968	27.843
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	606.131	10.956	20.768	31.963	25.495
H Verkehr und Lagerei	211.564	16.854	29.141	38.995	30.778
I Beherbergung und Gastronomie	309.801	2.756	9.464	17.850	11.684
J Information und Kommunikation	95.048	19.688	39.029	58.113	43.366
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	131.556	23.205	40.835	63.190	49.659
L Grundstücks- und Wohnungswesen	45.136	6.925	21.144	37.235	27.583
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	180.522	9.212	25.380	42.100	33.748
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	259.738	5.144	14.885	24.782	17.462
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	570.766	23.711	35.178	49.438	37.779
P Erziehung und Unterricht	104.838	4.000	18.051	34.329	25.033
Q Gesundheits- und Sozialwesen	266.620	10.036	20.263	30.826	22.776
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	53.171	3.940	14.456	30.060	22.180
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	98.269	8.260	17.682	30.254	22.749
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf	1.543	2.808	8.462	18.031	12.467
U Extraterritoriale Organisationen und Körperschaften	94	12.720	35.057	56.025	46.977
Unbekannt	36.248	301	1.060	3.600	8.608
Insgesamt	4.004.748	11.087	24.843	38.470	29.017

Quelle: Statistik Austria, 2012. Lohnsteuer- und HV-Daten, ohne Lehrlinge. Eigene Darstellung.

4.3.3 Einflussfaktoren auf die Bildungsstruktur der MigrantInnen und ihre Dynamik

Bock-Schappelwein, Bremberger und Huber (2008) haben anhand von Daten des Mikrozensus die Einflussfaktoren auf die Qualifikationsstruktur von Zuwandernden in Österreich untersucht. Ihrer deskriptiven und ökonomischen Analyse zufolge sind die wichtigsten Einflussfaktoren demnach

1. die Länderstruktur der Zugewanderten,
2. die Migrationspolitik sowie
3. das Alter bei Zuwanderung.

Auch nach Kontrolle um andere Einflussfaktoren haben in Ex-Jugoslawien bzw. der Türkei Geborene eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit einen Hochschulabschluss zu besitzen und eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit nur über einen Pflichtschulabschluss zu verfügen.

Von den betrachteten Zuwandererkohorten haben die in den 1960er und 1970er Jahren Zugewanderten die schlechteste Qualifikationsstruktur („GastarbeiterInnen“ für Tätigkeiten in der Produktion) und die zwischen 2003 und 2006 Zugewanderten (Abschaffung der Quote für Niedrigqualifizierte 2003) die beste Struktur. (Bock-Schappelwein/Bremberger/Huber 2008, 19) Von den 1960-79 Zugewanderten hatten 45% eine niedrige, 41% eine mittlere und 14% eine hohe Qualifikation. Bei den 2003-2006 Zugewanderten lagen die Anteile bei 30%, 48% und 22%.

Die AutorInnen werten dies als Indiz für die Effekte einer geänderten Migrationspolitik. Die Auswertung aktueller Mikrozensus-Daten (2014) bestätigt diesen Trend weitgehend und zwar für EU-Staatsangehörige wie für Drittstaatsangehörige gleichermaßen. Von den aus der EU seit 2010 Zugezogenen hatten 40% einen Hochschulabschluss und nur 10% einen Pflichtschulabschluss, von den aus Drittstaaten seit 2010 Zugezogenen hatten 35% einen Hochschulabschluss und nur 24% einen Pflichtschulabschluss. (vgl. Tabelle 7, Kapitel 2.4.3) Auf die Bildungsstruktur in den (potentiellen) Herkunftsländern wird in Kapitel 4.4 eingegangen.

Den Analysen von Bock-Schappelwein, Bremberger und Huber (2008) zufolge weisen jene die schlechteste Bildungsstruktur auf, die im Alter von 16-19 Jahren zugewandert sind. Dies wird mit der Diskontinuität der Bildungslaufbahn und den Schwierigkeiten, von einem in das andere Bildungssystem zu wechseln, begründet. (vgl. S. 17) Diese Altersgruppe gilt in Österreich nicht mehr als schulpflichtig. Sie können nur in Ausnahmefällen als außerordentliche SchülerInnen aufgenommen werden, also von der Notengebung zeitlich befristet ausgenommen werden. Da der Schwerpunkt von Sprachfördermaßnahmen im österreichischen Bildungssystem überwiegend im Pflichtschulbereich liegt, sind auch aus diesen Gründen die Rahmenbedingungen für den Einstieg in eine weiterführende schulische Ausbildung sowie den schulischen Erfolg für Jugendliche in diesem Alter schwierig. (vgl. zu den Bestimmungen BMBF 2014, 9ff.)

Neben den drei genannten Faktoren beeinflussen auch persönliche Charakteristika die Bildungsstrukturen. Migrantinnen, Verheiratete und Personen mit zwei oder mehr Kindern haben eine geringere Wahrscheinlichkeit über einen Universitätsabschluss zu verfügen. Regional besteht vor allem in Wien eine ausgeprägt bipolare Bildungsstruktur. (vgl. Bock-Schappelwein/Bremberger/Huber 2008, 18ff.)

Der vergleichsweise niedrigere Anteil Hochqualifizierter hat neben der Länderstruktur der Zuwanderung auch mit historischen Unterschieden in der Migrationspolitik zu tun. Im Vergleich zu Deutschland und Schweiz, aber auch Schweden, setzte die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in Österreich später ein und das österreichische Lohnniveau war niedriger. Aus den Sendeländern wanderten vor allem die Niedrigqualifizierten zu. Des Weiteren gibt es in gewissen höher qualifizierten Berufen Zugangsbarrieren sowie eine große Bedeutung des Senioritätsprinzips. (vgl. Bock-Schappelwein/Bremberger/Huber 2008, 8f; Biffl 2000.)

4.3.4 Dynamik der Bildungsstruktur im OECD-Vergleich

Der für Österreich beschriebene Trend zur Höherqualifizierung der MigrantInnen besteht OECD-weit. Von den in den letzten fünf Jahren Zugewanderten in den OECD-Ländern (Datenbasis OECD-DIOC 2010/11) sind 37% hochqualifiziert im Vergleich zu 29% bei den länger ansässigen Zugewanderten. In dieser Entwicklung kommt einerseits das insgesamt steigende Bildungsniveau der Bevölkerung (im weltweiten Vergleich) zum Ausdruck, andererseits wurden die migrationspolitischen Rahmenbedingungen vielfach zugunsten Hochqualifizierter geändert. (vgl. Arslan et al. 2014, 15) Dies war auch in Österreich mit der Einschränkung der Arbeitskräftezuwanderung auf hoch qualifizierte Schlüsselkräfte im Jahr 2003 der Fall. Die Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte zu Jahresmitte 2011 brachte keine Erleichterung für die Zuwanderung einfach qualifizierter Arbeitskräfte. Letztere findet vor allem über die Familienzusammenführung und die Anerkennung von Flüchtlingen statt.

Die OECD-Daten zur Migrationsbevölkerung sind nicht direkt mit den oben dargestellten Daten vergleichbar. Die OECD-Daten für Österreich basieren auf dem Mikrozensus, die Kapitel 4.3.1 verwendeten entstammen der österreichischen Registerzählung 2011, die aus verschiedenen Administrativedatenbanken erstellt wurde.

Die Verschiebung von MigrantInnen mit einfachen Qualifikationen zugunsten höher Qualifizierter zeigt sich für Österreich bereits 2000/01: Von MigrantInnen, die zehn Jahre und länger in Österreich lebten, hatten 45% eine niedrige, 43% eine mittlere und 12% eine hohe Qualifikation. Bei den Neuzugewanderten (bis 5 Jahre) hatten hingegen 33% eine niedrige, 46% eine mittlere und 21% eine hohe Qualifikation. Wie der weitergehende Vergleich mit 2010/11 zeigt, fanden die Verschiebungen zwischen den Niedrig- und Hochqualifizierten statt, während der mittlere Qualifikationsbereich recht stabil bleibt: Im Gesamtdurchschnitt waren 2000/01 42% der im Ausland geborenen Bevölkerung niedrig qualifiziert, 45% hatten eine mittlere und 13% eine hohe Qualifikation. Bis 2010/11 ging der Anteil der Niedrigqualifizierten um 8 Prozentpunkte auf 34% zurück und erhöhte sich zugunsten der Hochqualifizierten um 5 Prozentpunkte auf 18% und um 3 Prozentpunkte auf 48% im mittleren Bereich.

Tabelle 13 zeigt Österreichs Position im Vergleich mit ausgewählten OECD-Ländern, die nach folgenden Kriterien ausgewählt wurden:

- Ähnliche Zuwanderungsgeschichte: Gastarbeiter – Deutschland, Schweiz
- Ähnliche Qualifikationssysteme (duale Ausbildung): Deutschland, Schweiz
- Kleine, offenen Volkswirtschaften: Schweden, Schweiz.
Dänemark, Finnland, Schweden und die Schweiz sind die innovativsten kleinen offenen Volkswirtschaften in Europa (vgl. Janger/Reinstaller 2009, 607).
- Traditionelle Einwanderungsländer mit unterschiedlicher Migrationspolitik: USA, Kanada.
- Länder mit Punktesystem: Kanada, Großbritannien (seit 2005).
- Für die dargestellten europäischen Länder wird angenommen, dass Österreich potentiell im Wettbewerb um qualifizierte MigrantInnen bestimmter Ausbildungssegmente steht, z.B. in Deutschland führt die GIZ (Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) "Fachkräftesicherungsprogramme" durch.

Im Vergleich mit den obigen Ländern ist die Bildungsstruktur der MigrantInnen in Österreich eher unterdurchschnittlich. Höhere Anteile von MigrantInnen mit formal niedriger Qualifikation haben nur Deutschland mit 41% und die Niederlande mit 40% (Österreich 34%). Bei den mittleren Qualifikationen hat Österreich die höchsten Anteile, gegenüber 2000/01 hat sich der Anteil etwas erhöht (+3 Prozentpunkte bzw. Veränderung um 7%). Die stärkere Zunahme gegenüber 2000/01 verzeichnet Österreich bei den hohen Qualifikationen (+ 5 Prozentpunkte bzw. Veränderung um 38%).

Deutschland verzeichnete auch einen Zuwachs bei den mittleren Qualifikationen, während der Anteil der Hochqualifizierten konstant bei 15% blieb.

Die Schweiz erfuhr einen Rückgang bei den niedrigen und mittleren Qualifikationen zugunsten des Anteils von MigrantInnen mit hohen Qualifikationen (+7 Prozentpunkte bzw. Veränderung um 30%), deren Anteil nun bei 30% liegt.

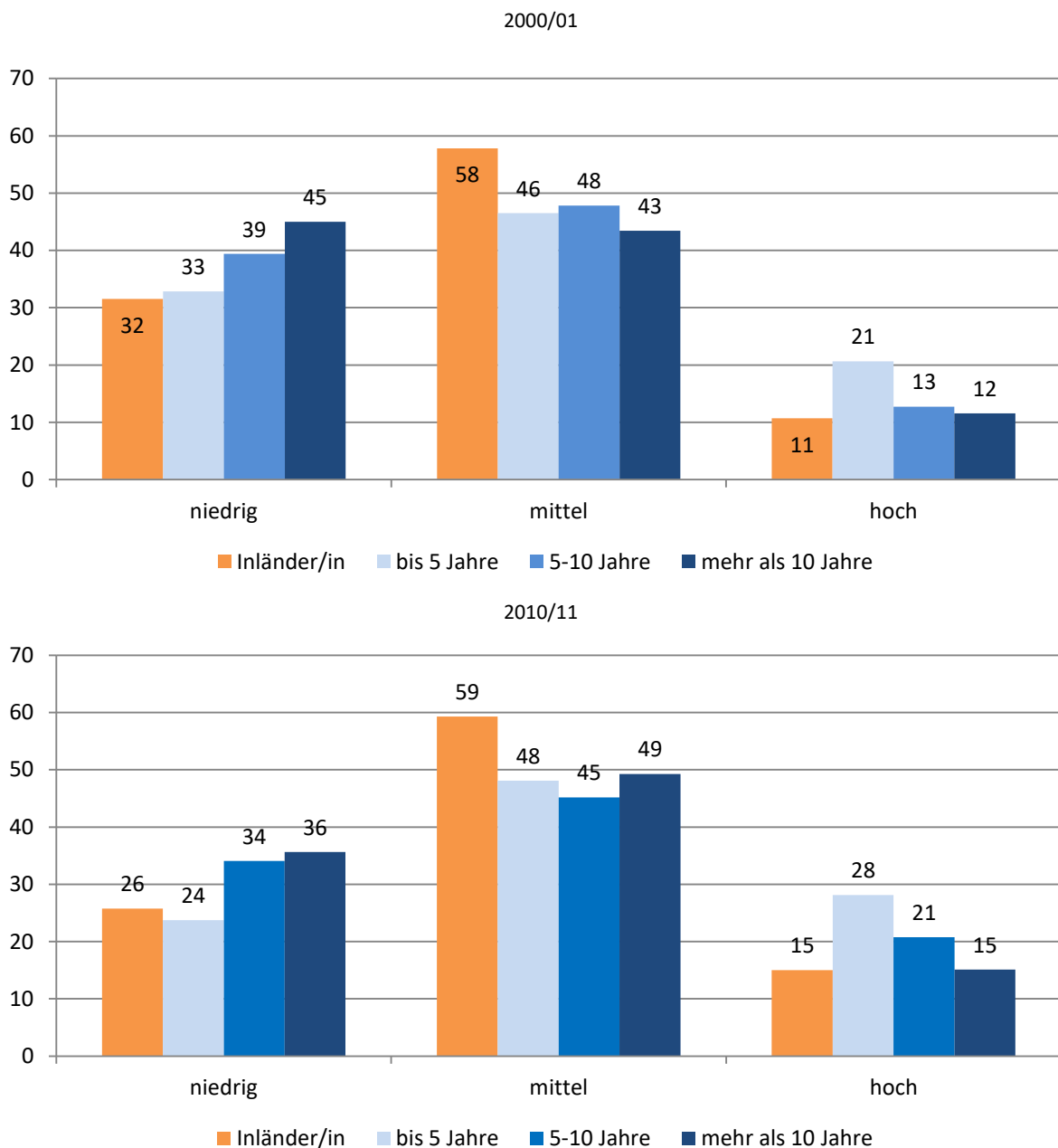
In den Niederlanden fand eine Verschiebung vom Anteil der niedrigqualifizierten MigrantInnen zu den MigrantInnen mit mittlerer und höherer Qualifikation statt, wobei die relative Zunahme beim Anteil der Hochqualifizierten höher ausfiel.

Schweden verzeichnete Rückgänge beim Anteil jener mit niedriger und mittlerer Qualifikation zugunsten der Hochqualifizierten, deren Anteil nun bei 29% liegt.

Die Bildungsstruktur der MigrantInnen in Großbritannien weicht sehr stark von den anderen hier dargestellten europäischen Ländern ab. Mit 47% verfügt fast die Hälfte über einen tertiären Bildungsabschluss. Bei den mittleren Qualifikationen hat es den niedrigsten Anteil und der Anteil der

MigrantInnen mit niedriger Qualifikation (29%) ist am zweitgeringsten, nur in Kanada verfügen noch weniger MigrantInnen (18%) über einen formal geringen Bildungsabschluss.

Abbildung 67: Bildungsstruktur der Bevölkerung (15+) nach Geburtsland (Österreich/Ausland) und Aufenthaltsdauer, Anteile in %



Quelle: OECD-DIOC, eigene Berechnung und Darstellung.

Kanada verzeichnete eine starke Verschiebung von den Geringqualifizierten zu den Hochqualifizierten. 2000/01 hatten 30% der MigrantInnen eine formal niedrige Qualifikation, 2010/11 waren es nur 18%. Der Anteil der Hochqualifizierten stieg von 38% auf 52%.

Während das kanadische Migrationssystem an einem kriteriengeleiteten Punkte-System ausgerichtet ist, ist das US-amerikanische Einwanderungsmodell an großen Prinzipien wie Familie, Bedarfe der Betriebe (employer nomination scheme) und humanitäre Gründe ausgerichtet. In Abhängigkeit von der Konjunktur- und Bedarfslage sowie humanitären Entwicklungen gibt es Deckelungen durch Zu-

wanderungsquoten. (vgl. Biffl 2011, 55) Im Gegensatz zu Kanada haben die USA die große Südgrenze zu Mexiko, der wie, basierend auf den UN-Daten, dargestellt nach wie vor der größte bilaterale Migrationskorridor weltweit ist. Im Gegensatz zu Kanada sind die MigrantInnen in den USA zu relativ ähnlich hohen Anteilen in allen Qualifikationsbereichen vertreten, wobei sich gegenüber 2000/01 auch in den USA der Anteil der formal Geringqualifizierten reduziert hat und der Anteil jener mit mittlerer und hoher Qualifikation zugenommen hat.³⁹

Tabelle 13: Bildungsstruktur der im Ausland geborenen Bevölkerung (15+) ausgewählter OECD-Länder 2000/01 im Vergleich zu 2010/11, Anteile in %

Land	Jahr	Bildungsstruktur im Ausland Geborene, insgesamt		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Österreich	2000/01	42%	45%	13%
	2010/11	34%	48%	18%
Deutschland	2000/01	46%	39%	15%
	2010/11	41%	44%	15%
Schweiz	2000/01	34%	43%	23%
	2010/11	31%	38%	30%
Niederlande	2000/01	48%	31%	19%
	2010/11	40%	34%	26%
Schweden	2000/01	30%	46%	24%
	2010/11	27%	44%	29%
Großbritannien	2000/01	-	-	-
	2010/11	29%	24%	47%
Kanada	2000/01	30%	32%	38%
	2010/11	18%	30%	52%
USA	2000/01	39%	35%	26%
	2010/11	33%	37%	30%
Alle im Ausland geb.	2000/01	42%	45%	13%
	2010/11	34%	48%	18%

Anmerkung: Schweden 2000/01 bei 8% der im Ausland Geborenen Bildung unbekannt, 2010/11 bei 10%

Quelle: OECD-DIOC 2000/01, 2010/11, DUK-Auswertungen und –Darstellung.

4.3.5 Implikationen für die wirtschafts- und innovationspolitische Ausrichtung

Schweden und die Schweiz zählen in Europa (gemeinsam mit Dänemark und Finnland) zu den innovativsten kleinen offenen Volkswirtschaften, denen es in zunehmenden Maß gelingt hochqualifizierte MigrantInnen anzuziehen bzw. anders gesagt, die den Übergang zu einem durch Wissenschaft, Technologie und Innovation bestimmten wirtschaftlichen Wachstumspfad in deutlich stärkerem Ausmaß vollzogen haben als Österreich. Dieser Strukturwandel zu ausbildungsintensiveren Wirtschaftszweigen wird auch Österreich attestiert, allerdings vollzieht er sich später und langsamer als in den meisten anderen EU-14 Ländern. Den größten Rückstand hat in Österreich im Vergleich zu diesen vier Ländern sowie im EU27/OECD Länderdurchschnitt bei den Indikatoren Bildung, Wettbewerbspolitik und Innovationsfinanzierung. (Janger/Reinstaller 2009, 607, 615)

Die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und Position im Innovationsbereich kann zu Zielkonflikten zwischen den aktuellen Qualifikationsbedarfen und innovationspolitischen Zielen führen. Lassnigg (2013) fasst dies folgendermaßen zusammen:

³⁹ Abbildung 116 im Anhang zeigt im Detail, wie sich die Bildungsstruktur in den genannten Ländern nach Aufenthaltsdauer verschoben hat.

"In den öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre spielen Fachkräftemangel und Rekrutierungsschwierigkeiten in Österreich wie auch in den Regionen eine beträchtliche Rolle. (...) Teilweise findet sich in der Diskussion eine Gegenüberstellung von höheren und mittleren Qualifikationen dergestalt, dass aufgrund der international niedrigen Akademisierungsquoten und der Europäischen Benchmarks die Frage nach einer Erhöhung gestellt wird, während es auf der anderen Seite auch Anhaltspunkte für eine dringliche Nachfrage nach mittleren Fachkräften insbesondere aus der Lehre gibt. Teilweise treten bei dieser Gegenüberstellung auch Konflikte zwischen der längerfristigen Orientierung in Richtung Innovationsführerschaft und dem kurzfristig gegebenen Bedarf der Betriebe in ihrer gegenwärtigen Praxis auf." (101)

Janger und Reinstaller (2009) weisen auch darauf hin, dass im österreichischen Bildungswesen die Berufsbezogenheit zumindest kurzfristig nicht aufgegeben werden sollte, um den anhaltenden Erfolg von "low- und medium-tech" Branchen nicht zu gefährden. Den Autoren zufolge, wäre die "kurzfristige massive Forcierung der berufsübergreifenden tertiären Ausbildung zulasten berufsbezogener Sekundarausbildung ... ineffektiv" (614).

4.3.6 Implikationen für die Migrationspolitik

Migrationspolitik ist für die Standortpolitik wichtig. Bei der Standortentscheidung forschungsaktiver multinationaler Unternehmen ist die Verfügbarkeit qualifizierten Forschungspersonals neben dem Schutz geistigen Eigentums eines der wichtigsten Motive für eine Ansiedelung, wie eine Erhebung unter mehr als 200 multinational tätigen Konzernen 15 verschiedener Branchen aus den USA und Westeuropa ergab. (vgl. Thursby/Thursby 2006, 35) Standortpolitisch ist es somit für Österreich bedeutsam, diesen Bedarf durch das nationale Bildungssystem abzudecken sowie durch migrationspolitische Rahmenbedingungen dazu beizutragen, dass die nachgefragten Qualifikationen durch Zuwanderung zumindest teilweise abgedeckt bzw. abgedeckt werden können. Das ergibt die Frage, ob und wie es gelingen kann, die Hoch- und Höchstqualifizierten aus dem Ausland anzuziehen bzw. Hochqualifizierte im Inland zu halten. Da Österreich im Wettbewerb mit anderen hoch entwickelten Ökonomien steht und es bisher kaum gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen, sind Änderungen in den Rahmenbedingungen anzudenken. Dabei ist zu bedenken, dass es Zielkonflikte zwischen den kurzfristigen Bedarfen der Betriebe (mittlere Qualifikationen) und den innovationspolitischen längerfristigen Zielen (wissens- und technologiebasiert, ausbildungsintensiv) gibt, die es zu lösen gilt.

4.4 Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen in Herkunftsländern von MigrantInnen

In Österreich lebt und arbeitet eine große Vielfalt von MigrantInnen; sie kommen aus allen Weltregionen, wenn auch einige Regionen auf Grund traditioneller Migrationspfade, wirtschaftlicher Vernetzung oder anderweitig strategisch wichtiger Faktoren von besonderer Bedeutung für Österreich sind oder waren. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über Bildungssysteme und Arbeitsmarktsysteme von Ländern oder Regionen gegeben, die zum Teil schon heute zum Teil aber auch erst in absehbarer Zukunft für die österreichischen wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Entwicklungsperspektiven von großer Bedeutung sind bzw. sein werden. Besondere Aufmerksamkeit bei der Auswahl der Länder und Regionen wird auf das Vorhandensein von Qualifikationen gerichtet, die der österreichische Arbeitsmarkt sucht (Mangelberufsliste) .

Kriterien für die Zuordnung zu (potentiellen) Herkunftsländern/-Regionen sind:

- ökonomische, politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, humanitäre Beziehungen mit Österreich und/oder
- zu erwartende wichtige Rolle für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und/oder
- wichtige Herkunftsländer in der Vergangenheit gemessen am Bestand der MigrantInnen nach Herkunftsland bzw. am Zustrom der MigrantInnen nach Herkunftsland im Durchschnitt 2005-11), und/oder
- absehbare Abkommen bzw. besondere Beziehungen mit der Europäische Union (Indikatoren: Beitrittsgespräche, Assoziationsabkommen, Nachbarschaftspolitik, Partnerschaften, Initiativen).

Der Analyse der wirtschaftlichen Verflechtung und österreichischen Außenhandelsstruktur zufolge [vgl. KAPITEL 3] sind die nachfolgend in Tabelle 14 dargestellten Länder für Österreich bedeutsam, wobei folgende Indikatoren für die Einschätzung herangezogen wurden:

1. Starke Wohlstandsunterschiede gemessen am BIP/Kopf
2. Hohe Unterschiede in den Arbeitslosenquoten
3. Österreichische FDI im Ausland
4. Österreichische FDI relativ zur Wirtschaftsgröße
5. Ausländische FDI in Österreich
6. Ausländische FDI relativ zu BIP der HK-Länder
7. Beschäftigte in österreichischen FDI im Ausland
8. Wichtige Exportländer
9. Exportvolumen in Relation zur Gesamtwirtschaft der Zielländer
10. Importländer
11. Importvolumen relativ zur Wirtschaftsleistung der Herkunftsländer
12. Vorleistungsexporte
13. Vorleistungsimporte
14. Relevante afrikanische Importländer für Österreich
15. Anteil MigrantInnen/Gesamtmigration gegenüber Anteil Beschäftigte FDI-Unternehmen
16. Anteil MigrantInnen/Gesamtmigration gegenüber Anteil der Vorleistungsimporte an allen Vorleistungsimporten.

Tabelle 14: Potentielle Herkunftsländer nach wirtschaftlichen Indikatoren (EcoAustria)

Indikator	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Anzahl
Land/Region																	
EU-15																	
Deutschland			x		x	x	x	x		x		x	x				8
Italien					x			x		x		x	x			x	6
Frankreich								x		x							2
Luxemburg						x											1
EU Zentral-/Osteuropa																	
Tschechien			x	x			x	x	x	x	x		x		x	x	10
Ungarn				x			x	x	x	x	x						6
Slowakei			x	x					x		x						4
Rumänien			x	x			x		x								4
Slowenien				x					x		x				x		4
Kroatien				x					x						x		3
Zypern				x		x											2
Bulgarien				x					x								2
Malta				x		x											2
Estland															x		1
MOEL der EU	x																1
Polen								x									1
EU-Nachbarn																	
Balkan	x																1
Bosnien-Herzegowina		x		x					x								3
Mazedonien		x		x					x								3
Russland			x					x							x		3
Montenegro				x											x		2
Serbien		x							x								2
Ukraine	x														x		2
Türkei	x						x										2
Albanien				x													1
Belarus	x																1
Nordafrika																	
Algerien														x			1
Libyen														x			1
Tunesien														x			1
Asien																	
China			x				x	x		x		x	x			x	7
Indonesien																x	1
Zentralasien-Kaukasus																	
Georgien	x																1
Afrika																	
Afrika		x															1
Ghana														x			1
Lesotho		x															1
Mauretanien		x															1
Nigeria														x			1
Elfenbeinküste														x			1
Südafrika																x	1
Andere																	
USA			x		x		x	x		x		x					6
Schweiz						x		x		x							3
VAE						x											1
Brasilien																x	1
Grenada				x													1

Ausgehend von der **Migrationsbevölkerung in Österreich** sind die größten Herkunftsländer (Top-25, ausländischer Geburtsort) Deutschland, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Rumänien, Polen, Ungarn, Tschechien, Kroatien, Slowakei, Russland, Italien, Mazedonien, Slowenien, Bulgarien, Iran, China, Schweiz, Afghanistan, Ägypten, Indien, Philippinen, USA, Großbritannien und Ukraine.

In den letzten Jahren kam der **größte Zuzug** (Top-25) aus Deutschland, Ungarn, Serbien, Polen, Türkei, Slowakei, Bosnien, Bulgarien, Russland, Kroatien, Italien, Iran, USA, Afghanistan, Tschechien,

China, Großbritannien, Mazedonien, Slowenien, Indien, Ukraine, Frankreich, Niederlande, Nigeria und Spanien.

In der **Entwicklungszusammenarbeit** setzt Österreich regionale Schwerpunkte. Im Donauraum-Westbalkan zählen Albanien und der Kosovo zu den Schwerpunktländern, im Schwarzmeerraum-Südkaucasus sind es Moldau, Armenien und Georgien. In Afrika engagiert sich Österreich in Burkina Faso, Äthiopien, Uganda und Mosambik. Weitere Schwerpunkte sind die Karibik, Bhutan sowie die Palästinensischen Gebiete.⁴⁰

Österreich ist ein wichtiges Zielland für Flüchtlinge, wie aus dem Überblickskapitel zu Asyl ersichtlich wurde. Die **wichtigsten Herkunftsländer für Asylwerbende** in der letzten Dekade (vgl. BMI Asylstatistiken 2003, 2008, 2011, 2014) waren im Jahr

2002: Armenien, Afghanistan, Georgien, Indien, Irak, Iran, Russland, Mazedonien, Moldau, Türkei, Serbien-Montenegro, Nigeria,

2007: Serbien, Russland, Moldau, Afghanistan, Türkei, Georgien, Mongolei, Indien, Nigeria, Irak,

2010: Russland, Afghanistan, Kosovo, Nigeria, Indien, Iran, Georgien, Türkei, Serbien, Irak,

2013: Afghanistan, Syrien, Pakistan, Algerien, Kosovo, Nigeria, Iran, Marokko, Irak.

Die **meisten positiven Erledigungen** pro Jahr (mehr als 100) entfielen auf die folgenden Herkunftsländer:

2002: Afghanistan, Irak, Iran, Serbien-Montenegro,

2007: Afghanistan, Armenien, Iran, Russland, Somalia, Türkei,

2010: Afghanistan, Iran, Russland, Somalia, Syrien, Türkei,

2013: Afghanistan, Irak, Iran, Russland, Somalia, Syrien.

Angesichts der Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und der wesentlichen Herkunftsregionen von AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen liegt es nahe, in der Analyse der zukünftigen Ausrichtung der österreichischen Migrationspolitik die in Tabelle 15 angeführten Regionen/Länder genauer ins Auge zu fassen:

⁴⁰ <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/> [27.5.2015]

Tabelle 15: Potentielle Zielregionen österreichischer Migrationspolitik

Balkan	Naher-Mittlerer Osten	EU Zentral- und Osteuropa
Bosnien-Herzegowina	Syrien	Tschechien
Serbien	Irak	Slowakei
Montenegro	Iran	Ungarn
Mazedonien		Slowenien
Albanien	Zentralasien-Kaukasus	Polen
Kosovo	Tadschikistan	Estland
	Kirgistan	Lettland
Osteuropa	Kasachstan	Litauen
Belarus	Armenien	Bulgarien
Ukraine	Aserbajdschan	Rumänien
Moldau	Georgien	Kroatien
Russland		
Eurasien	Afrika (Asyl)	EZA Schwerpunktländer
Türkei	Eritrea	Äthiopien
	Somalia	Uganda
Nordafrika	Nigeria	Mozambique
Ägypten	Sudan	Burkina-Faso
Marokko		Bhutan
Tunesien	Asien (Wirtschaft, Asyl)	Palästinensische Gebiete
Libyen	China	
Algerien	Indien	

Nachfolgend werden die Arbeitsmarkt- und Bildungssysteme für die genannten Länder am Balkan, in Osteuropa, Nordafrika, im Nahen-Mittleren Osten, Zentralasien-Kaukasus, Afrika und Asien beschrieben. Die Darstellung beruht vor allem auf Länderanalysen internationaler Organisationen wie OECD, ILO, Weltbank, Währungsfonds. Sie sollen einen grundlegenden Überblick über die Arbeitsmarktsituation und die Bildungssysteme in Nicht-EU-Ländern geben.

4.4.1 Balkan

Im Gegensatz zur friedlichen Transformation in den mittel- und osteuropäischen Staaten waren die Staaten des Westbalkans in den 1990er Jahren vom kriegerischen Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen betroffen. Strukturelle Reformen waren in dieser Dekade schon begonnen worden und mit dem Ende der Kriege wurde der Übergang zu Marktwirtschaften fortgesetzt. (vgl. Murgasova et al. 2015, 12ff; Micevska 2007) Die wirtschaftliche Transitionsphase war in den 1990er Jahren von sehr niedrigen bzw. negativen BIP-Wachstumsraten geprägt. Albanien erreichte 1999 wieder in etwa das Niveau von 1989, nach einem Einbruch 1992 auf zwei Drittel von 1989. Für Bosnien-Herzegowina und Montenegro stehen dazu keine Daten zur Verfügung. In Serbien brach zwischen 1989 und 1994 das BIP um 60% ein. Mitte/Ende der 1990er Jahre verbesserte sich die wirtschaftliche Situation, getragen durch ausländische Direktinvestitionen in Südosteuropa und einem Wachstum des Dienstleistungssektors, wenngleich die Anfälligkeit für Schwankungen bestehen blieb. In Serbien erhielt das BIP-Volumen durch den Kosovokrieg erneut einen Rückschlag und erreichte erst 2004 wieder mehr als 50% des Werts von 1989. (ILO/Europarat 2007, 11) Das Wachstum seit Anfang der 2000er Jahre war vor allem von der Entwicklung im Bau-, Tourismus- und Transportsektor getragen. Trotz dieses Wachstums blieb das Handelsdefizit (hohe Importabhängigkeit aufgrund wenig diversifizierter Produktion nach dem Kollaps von Schlüsselindustrien) weiter hoch. Das sozialistische Jugoslawien hatte eine recht diversifizierte Wirtschaftsstruktur, die Bandbreite der Produktionssektoren umfasste etwa den Fahrzeugbau, Chemische Erzeugnisse, Textilien, Nahrungsmittel und Möbel. Durch den Kollaps von Schlüsselindustrien nach 1989 blieb daher die Importabhängigkeit hoch. In Serbien trugen die

Sanktionen seit Anfang der 1990er Jahre und der Verlust der Märkte im früheren Jugoslawien zum Rückgang des Produktionssektors bei. Die NATO Bombardements zerstörten dann 1999 den Großteil der Produktionsstätten. In Folge konnte sich der produzierende Bereich nur in Teilbereichen erholen (Chemische Erzeugnisse, Metallerzeugung). (ILO/Europarat 2007, 12, Mihes/Popovo/Roch 2011, 2) Das Niveau der Arbeitslosigkeit blieb dennoch hoch, im Durchschnitt bei mehr als 20% noch 2008 (also vor Einbruch der Wirtschaft). Das Beschäftigungsniveau ist niedrig und bewegt sich bei 40 bis 45% im Durchschnitt seit 2000. Damit liegt es um 10 Prozentpunkte unter dem Niveau der Neuen EU-Mitgliedstaaten. Besonders niedrig ist die Beschäftigung bei Frauen und Jugendlichen, besonders markant Bosnien-Herzegowina und Kosovo. (vgl. Murgasova et al. 2015, 12ff.) Die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre) ist in allen Ländern sehr hoch und in allen Ländern zumindest doppelt so hoch wie jene der Erwachsenen (25+ Jahre), was allerdings auch in der EU üblich ist. Die höchsten Werte verzeichneten 2013 Bosnien-Herzegowina (60%), Mazedonien (52%) und Serbien (49%). In Montenegro lag sie bei 41%, in Albanien bei 28% (gegenüber 9% in Österreich). (vgl. S. 259/Tabelle 24)

Mit dem Einsetzen der globalen Wirtschaftskrise nahmen die ausländischen Direktinvestitionen, die vor allem in den Dienstleistungsbereich gegangen waren, ab und damit das Wachstum im Dienstleistungssektor. Das BIP-Wachstum brach in Folge ein. Auch Albanien verzeichnete einen Wachstums einbruch, das Wachstum war aber auch 2010 noch positiv, während Bosnien-Herzegowina und Montenegro negativem Wachstum gegenüberstanden. In Bosnien-Herzegowina und Montenegro ist der Anteil ausländischer Direktinvestitionen deutlich höher als in Albanien. 2008 betrug der Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Bosnien-Herzegowina 42% des BIP und in Montenegro 67%. In Albanien lag der Anteil hingegen nur bei 20%. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011, 3) Insbesondere der Bankensektor wurde durch die FDI vollständig transformiert. Der höhere FDI-Anteil trug in Bosnien-Herzegowina und Montenegro zum Wachstum formaler Unternehmensgründungen bei, während in Albanien die Investitionen vergleichsweise niedrig blieben und wenig zur Schaffung von Unternehmen beitrugen. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011, 10, Murgasova et al. 2015, 12-14)

Die informelle Ökonomie hat – auch als Folge des schwierigen Transformationsprozesses in Folge des Zerfalls von Jugoslawien bzw. des Ende des Kommunismus in Albanien (Wirtschaftseinbruch, hohe Arbeitslosigkeit, schwache soziale Sicherungssysteme) und struktureller Probleme – einen wichtigen Stellenwert. In Albanien wurde eine Reihe von Studien zur Feststellung des Ausmaßes informeller Beschäftigung durchgeführt. Den Schätzungen zufolge beläuft sich der Anteil der informellen Beschäftigung auf 30-60% der Gesamtbeschäftigung. Untersuchungen für Montenegro gehen von einem Viertel bis einem Drittel aus, für Bosnien-Herzegowina wird auch etwa ein Drittel angenommen. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011, 9)

Die AutorInnen des IMF-Sonderberichts zum Westbalkan (Murgasova et al. 2015, 12ff.) sehen in der chronischen Unterauslastung der Arbeitskräfte die vielleicht größte Schwäche des wirtschaftlichen Modells am Westbalkan. Als Ursachen werden ausgeprägte Qualifikationslücken (stärker als im Baltikum und Zentraleuropa) angeführt sowie das Scheitern, das Erbe der (Arbeiter-)Selbstverwaltung und des gesellschaftlichen Eigentums (social ownership) in die Privatwirtschaft überzuführen, was zu Rigiditäten am Arbeitsmarkt und einem de facto Schutz von Insidern geführt hat. Diese Probleme wurden durch die hohe Abhängigkeit der Region von Rücküberweisungen verstärkt, die dazu beitragen, den Akzeptanzlohn (engl. reservation wage, der Lohn, zu dem Personen bereit sind zu arbeiten) über das Produktivitätsniveau zu heben. Die Untersuchungen zur informellen Beschäftigung zeigen, dass vor allem Personen mit geringen Qualifikationen im informellen Bereich tätig werden. Strukturell zeigt sich, dass die Schul- und Ausbildungspläne oft von den tatsächlichen Bedarfen am Arbeitsmarkt abweichen. Die AutorInnen bringen dies mit einem Mangel an Ressourcen im Bildungssystem

in Verbindung, was zu langsamen bzw. unzureichenden Änderungen und fehlenden Verbindungen zwischen den Lehrplänen und dem Bedarf des Arbeitsmarktes führt. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011, 13)

4.4.2 Osteuropa, Zentralasien, Kaukasus

Die Länder in Osteuropa (hier bezogen auf Russische Föderation, Belarus, Moldau), Zentralasien (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) und im Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) waren mit dem Ende der Sowjetunion von weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen betroffen. Es vollzog sich eine Transitionsphase von planwirtschaftlich gesteuerten Volkswirtschaften hin zu offeneren und marktorientierten Wirtschaften. Dies hatte eine lang anhaltende Phase wirtschaftlichen Einbruchs zur Folge und, damit verbunden, einen stark sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung. Vom wirtschaftlichen Einbruch waren Tadschikistan und Aserbaidschan am stärksten betroffen – sie verzeichneten in den 1990er Jahren (1991-1997) zweistellige negative Wirtschaftswachstumsraten. In Moldau betrug das BIP 1999 nur mehr ein Drittel des Niveaus von 1989. Am vergleichsweise besten verlief die Entwicklung in Belarus, wo das Tempo der wirtschaftlichen Reformen langsamer war und auch weniger Reformen umgesetzt wurden. Ende der 1990er Jahre kehrten die Ökonomien auf einen Wachstumspfad zurück, den sie Anfang der 2000er Jahre Großteils weiter ausbauen konnten. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011, 2, ILO 2008, 1f.)

Des Weiteren ist das Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung in der Region sehr uneinheitlich und schlug sich nicht immer in einem Beschäftigungswachstum nieder. Aserbaidschan und Armenien hatten 2002-07 jährliche BIP-Wachstumsraten von über 10%. Eine mittlere Gruppe bilden Belarus, die Russische Föderation, Georgien, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan mit Wachstumsraten zwischen 5 und 10% jährlich. Am unteren Ende rangierte Kirgistan mit einem Wachstum um die 3%. Während in Aserbaidschan, wie auch in Russland, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan, das Wachstum in hohem Maße von der Erdöl- und Erdgasförderung getragen ist, konnte Armenien durch boomende Exporte von Metallen und Edelmetallen sowie den Ausbau des Bau- und Dienstleistungssektors ein stabiles Wachstum verzeichnen. Die Arbeitslosenquoten lagen in den zentralasiatischen Ländern/Kaukasus 2013 zwischen 5% in Kasachstan und 16% in Armenien, die Jugendarbeitslosenquoten zwischen knapp 5% in Kasachstan) und 33% in Armenien. Einen hohen Wert der Jugendarbeitslosigkeit verzeichnete auch Georgien mit 31%, in Turkmenistan lag sie bei 20%, in Aserbaidschan, Kirgistan und Tadschikistan bei etwa 15%. (vgl. S. 259/Tabelle 24)

Auch das Bevölkerungswachstum war in der Region sehr uneinheitlich. In Aserbaidschan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan wuchs die Bevölkerung erheblich, während sie in Belarus, Armenien, Russland und Kasachstan relativ gleich blieb und in Georgien sogar erheblich sank. Die Gründe für das langsame Wachstum bzw. den Einbruch waren zum einen, dass nach der Unabhängigkeit viele, darunter ethnische Minderheiten, auswanderten. Das betraf vor allem Kasachstan, wo zu Sowjetzeiten die Einwanderung von Russen gefördert wurde und gleichzeitig andere ethnische Gruppen umgesiedelt wurden. Der Großteil der regionalen Migrationsbewegungen geht nach Russland sowie an zweiter Stelle nach Kasachstan. Des Weiteren kam es in Russland, Kasachstan, Aserbaidschan, Usbekistan und Tadschikistan zum Rückgang der Lebenserwartung. Als Ursachen werden die hohe Belastung der Bevölkerung während der Transition, verbunden mit einem ungesunden Lebensstil (Alkohol- und Drogenmissbrauch), sowie drastische Kürzungen im Bereich des staatlichen Gesundheitswesens und der Sozialausgaben angeführt. (vgl. ILO 2008)

Rücküberweisungen von MigrantInnen stellen in einigen der Länder einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Das betrifft allen voran Tadschikistan, wo 2006 die Rücküberweisungen auf 36% des BIP kamen, sowie auch in Armenien (18%) und Kirgistan (12%). In Georgien war der Anteil der Rücküberweisungen Ende der 1990er Jahre mit 10% (1998) noch höher als 2006 mit 6%. In Aserbaidshan stieg der Anteil von 0% auf 4%. Gemäß einer ILO-Untersuchung nehmen die MigrantInnen aus Zentralasien Nischen auf den Arbeitsmärkten ein und nehmen Tätigkeiten an, die von den Ansässigen nicht erbracht werden wollen. Dort arbeiten sie oft im informellen Sektor ohne regulären Status. (vgl. ILO 2008)

In Moldau ist die Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen hoch. 2008 betrug der Bestand ausländischer Direktinvestitionen knapp 43% des BIP. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011, 3) Des Weiteren kommt der informellen Ökonomie eine große Rolle zu. Der Arbeitskräfteerhebung von Moldau zu Folge, entfällt ein Drittel der Gesamtbeschäftigung in Moldau auf informelle Beschäftigung. (vgl. Mihes/Popovo/Roch 2011: S9; Lücke et al 2009)

4.4.3 Nordafrika

In den vergangenen Jahrzehnten hat in den Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) eine starke Bildungsexpansion stattgefunden, die allerdings von geringer Produktivität war. Sie trug also nicht zu einer verbesserten Wirtschaftsentwicklung bei; das Stellenwachstum blieb mäßig und die Arbeitslosenquoten von Jugendlichen mit höherem Schul-/Universitätsabschluss blieben hoch. Im Gegensatz zum gesellschaftlichen Nutzen werden allerdings auf individueller Ebene für einige MENA Länder wahrgenommene Effekte als hoch eingestuft, insbesondere Universitätsabschlüsse. (vgl. Salehi-Isfahani 2009, 2)

Die nordafrikanischen Staaten (Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien) unterscheiden sich in ihrer Ressourcenausstattung (Netto-Öl-Importländer, Netto-Öl-Exportländer; Marokko größter Phosphatexporteur weltweit), nach der Diversifizierung und dem Entwicklungsstand ihrer Ökonomien sowie in nach der Art der Transition/Entwicklungen nach dem Arabischen Frühling. (vgl. ILO 2009, 14, Subrahmanyam/Castel 2014, 1) Obwohl grundlegende Unterschiede in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur der nordafrikanischen Staaten bestehen, sind alle mit ähnlichen Arbeitsmarktproblemen konfrontiert und es wurde mit ähnlichen Maßnahmen reagiert. Die Arbeitsmärkte sind durch Dualität und Ungleichheit geprägt. Das äußert sich in großen Unternehmen und Beschäftigten im formalen Sektor einerseits sowie kleinen Unternehmen und dem Rest der Erwerbsaktiven, die arbeitslos oder informell beschäftigt sind, im Allgemeinen bei schlechten Arbeitsbedingungen. Subrahmanyam/Castel (2014) zu Folge ist die Zahl der entmutigten Arbeitskräfte (disengagement) und damit der Rückzug vom Arbeitsmarkt groß. Es besteht eine Diskrepanz zwischen dem Qualifikationsangebot der Arbeitskräfte und der Nachfrage der Arbeitgeber, schwaches Beschäftigungswachstum, wenige Stellen für qualifizierte Arbeitskräfte, schwacher Regelungsrahmen der Arbeitsbeziehungen sowie beschränkte Möglichkeiten zur Organisation von Interessen (Bildung von Gewerkschaften nur nach formeller Genehmigung durch die Regierung, richterliche Auflösungsmöglichkeiten von Gewerkschaften, kein Streikrecht etc.). (vgl. Subrahmanyam/Castel 2014, 1f.)

Die gesamte Region ist von einer sehr niedrigen Erwerbsbeteiligung gekennzeichnet, mit Erwerbsquoten um/unter 50%, und hohen Arbeitslosigkeitsniveaus. Die Bevölkerung ist davon ungleich betroffen. Unterschiede bestehen nach Alter, Bildung, Geschlecht und Wohnort. Unter den Jugendlichen (15-24) ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit drei Mal höher als unter den Erwachsenen (25+ Jahre), die Arbeitslosigkeit steigt mit dem Bildungsniveau. Vor allem Jugendliche sind von Un-

terbeschäftigung betroffen. Frauen sind gefährdeter (vulnerable) als Männer. Das äußert sich in einem zwei Mal höherem Arbeitslosigkeitsrisiko und einer drei Mal geringeren Erwerbsbeteiligung im Vergleich zu den Männern. Von den Jugendlichen ist nur ein Drittel erwerbsaktiv, bei den jungen Frauen gar nur ein Fünftel. Frauen arbeiten oft unbezahlt. Gemäß ILO waren zwischen 2006 und 2010 nur 34% der arbeitenden Frauen in Marokko, 39% in Algerien und 51% in Ägypten in bezahlter Beschäftigung. (vgl. Matsumoto/Elder 2010, 67, Subrahmanyam/Castel 2014, 3f.)

Innerhalb der Länder bestehen teils große regionale Unterschiede, so hat etwa in manchen Regionen Tunesiens nur eine von zehn Personen im Erwerbsalter eine Stelle. Die meisten Arbeitsmöglichkeiten bieten sich in Tunesien in den Küstenregionen. Ähnliche Trends lassen sich auch in anderen nordafrikanischen Staaten beobachten.

Informelle Beschäftigung ist in den nordafrikanischen Ländern verbreitet und in ländlichen Gebieten tendenziell höher als in urbanen Gebieten. Gemäß ILO entfallen 41% der Stellen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich auf informelle Beschäftigungsverhältnisse ohne Arbeitsvertrag und Sozialschutz. In Marokko haben 30% der Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag, in Tunesien 46% und in Ägypten 50%. Die Arbeitsbedingungen im informellen Sektor unterscheiden sich vom formellen Sektor, wo zumindest Mindestlöhne und ein hoher Beschäftigungsschutz gelten. Frauen und Jugendliche sind in stärkerem Ausmaß von informeller Beschäftigung betroffen. Ein Mangel an Stellen im formellen Sektor drängt viele am Arbeitsmarkt Neueintretende (Jugendliche) in den informellen Sektor. (vgl. Matsumoto/Elder 2010, 67, Subrahmanyam/Castel 2014, 4)

Gründe für die hohen Arbeitslosenquoten und das Ausmaß informeller Beschäftigung, die vor allem Jugendliche und Frauen betrifft, sind auf der Angebotsseite einerseits demographisch bedingt, durch ein rasches Wachstum der jugendlichen Bevölkerung und eine gestiegene Frauenerwerbsbeteiligung. So beträgt etwa das Medianalter in Ägypten 26 Jahre und in Marokko 28,2 Jahre. Das heißt in Ägypten ist die Hälfte der Bevölkerung jünger als 26 Jahre, in Marokko jünger als 28,2 Jahre. Im Vergleich dazu liegt das Medianalter in Österreich bei 43,6 Jahren. Die anhaltende Diskriminierung aufgrund des Geschlechts behinderte die wirtschaftliche Inklusion von Frauen und hat viele zum Rückzug vom Arbeitsmarkt bewegt. Die Bildungssysteme sind veraltet bzw. inadäquat, was zu einem Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage geführt hat (skills mismatch). Für Marokko wird beispielsweise festgestellt, dass der Fokus auf Allgemeinbildung/höhere Bildung zulasten der Berufsausbildung und zu einem Mangel an Qualifikationen im mittleren (berufsbildenden) Bereich geführt hat. (vgl. ILO 2009, 10, Fassmann 2014, 237)

Während das Stellenangebot im öffentlichen Sektor zurückgeht, bereiten die Bildungssysteme die Auszubildenden vor allem auf Stellen im öffentlichen Sektor vor. Die Bildungsinhalte werden als theoretisch und auf auswendig lernen orientiert charakterisiert. Die Vermittlung von Problemlösungskompetenz und die Anwendung von erworbenem Wissen spielt eine geringe Rolle. Insgesamt, so Subrahmanyam/Castel (2014, 6), gibt es ein Überangebot bei den Sozial- und Geisteswissenschaften und einen Mangel an Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Technikern. Der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten hat, dem globalen Trend folgend zugenommen, während die Qualität der Ausbildung nicht gewährleistet ist. Betriebliche Weiterbildung ist relativ wenig verbreitet. Im Durchschnitt der MENA-Länder bieten 26,5% der Unternehmen ihren Mitarbeitern Weiterbildungsmöglichkeiten (globaler Durchschnitt 35%), in Algerien sind es 17%, in Ägypten 25% und in Marokko 25%. (vgl. ILO 2009, 3, Subrahmanyam/Castel 2014, 6f.)

Nachfrageseitig haben ein ungünstiges Investitionsklima, hohe Kosten der Unternehmenstätigkeit und rigide Arbeitsmarktregulierungen das Wachstum des privaten Sektors und von Stellen in der

Privatwirtschaft behindert (Bürokratie, Korruption, hoher Aufwand bei Unternehmensgründung). Das trägt dazu bei, dass kleine Unternehmen im informellen Sektor tätig sind und klein bleiben, um nicht erfasst zu werden. Hohe Unternehmenssteuern für Arbeitgeber-Betriebe, restriktive Einstellungs-/Kündigungsregelungen und hohe Mindestlohniveaus setzen keine Anreize, Arbeitskräfte einzustellen bzw. sie formal zu beschäftigen. Begrenzte Möglichkeiten einen Unternehmenskredit zu erlangen, behindern die Möglichkeiten zur selbständigen Erwerbstätigkeit und die Gründung neuer dynamischer Unternehmen. Das hängt mit dem hohen Risiko zusammen (schwacher Gläubigerschutz, geringe Rechnungsprüfungs- und Berichtsstandards, schwache Vertragsdurchsetzungsgesetzgebung). Der Afrikanischen Entwicklungsbank zu Folge beschäftigen 90% der Unternehmen in Nordafrika weniger als fünf Beschäftigte. (vgl. Subrahmanyam/Castel 2014, 7f.)

Der Mangel an wirtschaftlicher Diversifizierung und Entwicklung hat das Stellenwachstum in der Privatwirtschaft behindert und beeinträchtigt damit die Chancen, die steigende Zahl von neuemintretenden ausgebildeten Jugendlichen aufzunehmen. Der Rückgang im verarbeitenden Gewerbe konnte nicht durch eine Weiterentwicklung der Industrieproduktion abgefangen werden (z.B. Elektronik). So liegt beispielsweise in Ägypten der Anteil der Hochtechnologieexporte (Sektoren mit hoher Forschungsintensität) bei 1%. Der Großteil der Stellen wurde im schnell wachsenden Dienstleistungsbereich geschaffen, der von geringer Produktivität und niedrigen Löhnen gekennzeichnet ist. Insgesamt hat das zu einer Verschiebung der Gesamtbeschäftigung zu geringer qualifizierten Stellen geführt. Durch diese Dynamik verbleibt der öffentliche Sektor als Hauptarbeitgeber für qualifizierte und gut bezahlte Stellen für die gebildeten Jugendlichen in Nordafrika. Ungleiche öffentliche Investitionen, mit dem Schwerpunkt auf den Küstenregionen gegenüber dem Landesinneren, haben zu wachsender regionaler Ungleichheit und einer „brain drain“ Migration von gebildeten Jugendlichen vom Landesinneren an die Küsten geführt. (vgl. Subrahmanyam/Castel 2014, 8)

Gleichstellung bei der Einstellung ist eine lange bestehende öffentliche Policy und bis vor kurzem wurden allen Personen – inklusive Frauen – mit post-sekundärer oder beruflicher Sekundarausbildung Stellen im öffentlichen Sektor garantiert. Für Frauen ist der Zugang zu Stellen in der Privatwirtschaft begrenzt, Subrahmanyam/Castel führen als Gründe tief verwurzelte und überholte soziale Normen an, so dass Frauen oft der Zugang zu gut bezahlten Stellen im formalen Sektor fehlt. Da nur der öffentliche Sektor der Hauptanbieter von angemessenen Stellen für gebildete Frauen ist, bleiben viele eher arbeitslos bis sie eine Position im öffentlichen Sektor erlangen können. In Ägypten arbeiten beispielsweise 37% der beschäftigten jungen Frauen im öffentlichen Sektor gegenüber 10% der jungen Männer. (vgl. Subrahmanyam/Castel 2014, 5)

4.4.4 Naher-Mittlerer Osten

In **Syrien** kam es 2011, wie auch in Tunesien, Ägypten, Libyen und Jemen, zu Protestbewegungen. Sie führten in weiterer Folge zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der syrischen Opposition und dem Regime. Seitdem befinden sich große Teile des Landes in einer Kriegssituation bzw. sind verwüstet und Millionen von Syrern und Syrerinnen sind auf der Flucht. Österreich verzeichnet seit 2013 einen starken Anstieg von syrischen Asylsuchenden und innerhalb eines Jahres verdoppelte sich die Zahl der in Syrien geborenen Bevölkerung in Österreich von 5.200 zu Jahresanfang 2014 auf 12.300 zu Jahresanfang 2015. Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf die Vorkriegssituation und soll einige Informationen zum Arbeitsmarkt- und Bildungssystemkontext liefern, aus dem die syrischen Flüchtlinge kommen.

Die syrische Wirtschaft ist, wie auch die nordafrikanischen Staaten, durch einen großen öffentlichen und einem schwach entwickelten privaten Sektor gekennzeichnet. Eine beschleunigte wirtschaftliche Umstrukturierung vom Staatskapitalismus zu liberalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hat in Folge der sich verschlechternden Ölexportbilanz seit den 2000er Jahren eingesetzt. Syrien ist am Übergang vom Nettoölexporteur zu Nettoölimporteur. Die (verstaatlichte) Landwirtschaft war in der Vergangenheit ein wichtiger Arbeitgeber, mit im Jahr 2006 19% der Beschäftigten und einem Anteil von knapp 24% am BIP. (vgl. ILO 2009, 14ff.) Privatisierungen und die Streichung von Subventionen in der Landwirtschaft und starke Produktivitätssteigerungen innerhalb weniger Jahre führten zu massiven jährlichen Arbeitsplatzverlusten, vor allem für Frauen. Dies trug zur Binnenmigration vom Land in die Städte bei. Frauen finden vor allem im öffentlichen Sektor Beschäftigung. Syrien hat einen sehr großen informellen Sektor. Von der Beschäftigung in der Privatwirtschaft ist der Großteil informell, ohne Registrierung bei der Sozialversicherung und mit einem großen Anteil selbständiger Beschäftigung. (vgl. ILO 2009, 3f.) Personen mit postsekundären Bildungsabschluss fanden in der Vergangenheit überwiegend im öffentlichen Sektor Beschäftigung, der von Überbesetzung und niedriger Arbeitsproduktivität gekennzeichnet war. In der Vergangenheit hatten UniversitätsabsolventInnen Anspruch auf eine Stelle im öffentlichen Sektor, unabhängig davon ob Stellen für die spezifischen Qualifikationen frei waren. (vgl. ETF 2005, 33)

In den 2000er Jahren bestand durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsalter, eine gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen, die politischen Krise im Libanon und der Rückkehr von syrischen Arbeitskräften bzw. Einschränkungen der traditionellen zirkulären Migration zwischen den beiden Ländern sowie durch den großen Zustrom von irakischen Flüchtlingen großer Angebotsdruck am syrischen Arbeitsmarkt. (vgl. ETF 2005, 6, Fortuny/Al Hussein 2010, 6) Arbeitslosigkeit betraf in Syrien primär die Neueintretenden am Arbeitsmarkt, vor allem Jugendliche. So waren 2002 80% der Arbeitslosen im Alter von 15-24 Jahren. (vgl. ETF 2005, 28) Auch in Syrien war somit die Jugendarbeitslosigkeit ein drängendes Problem. Um die Arbeitslosenrate stabil zu halten, wurde geschätzt, dass jährlich 250.000 bis 300.000 neue Stellen geschaffen werden mussten, um die Neueintretenden am Arbeitsmarkt aufzunehmen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist niedrig, im urbanen Bereich sind sie vor allem in der Verwaltung sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich tätig. Für diese Stellen sind postsekundäre Ausbildungen erforderlich. (vgl. ILO 2009, 10) Im ländlichen Bereich ging der Stellenrückgang in der Landwirtschaft in stärkerem Ausmaß zulasten der Frauen und wurde nicht durch Beschäftigungswachstum in anderen Bereichen kompensiert. Unter den Personen mit höherem Abschluss (Universitäten, postsekundäre Institute) war die Arbeitslosigkeit vergleichsweise gering, allerdings bestehen viele Hinweise, dass sie vielfach unterbeschäftigt und in Positionen tätig waren, die keinen höheren Abschluss erforderten. Zu berücksichtigen ist auch die Abwanderung von AbsolventInnen ins Ausland, auf der Suche nach Stellen, die in Syrien nicht verfügbar sind. (vgl. ETF 2005, 28) Die höchsten Arbeitslosenraten verzeichneten Personen mit einem berufsbildenden Sekundarabschluss, vor allem Frauen. (vgl. ETF 2005, 28)

Der berufsbildende Schulbereich verzeichnete steigende Schülerzahlen, hatte allerdings hohe Abbruch- und niedrige Abschlussquoten. Ein hoher Anteil der AbsolventInnen setzte die Ausbildung in einem postsekundären Institut (intermediate institute) fort. Als Gründe führte die European Training Foundation (2005) an, dass die Schuldiplome mangelnde Akzeptanz am Arbeitsmarkt fänden oder das Verhalten als Versuch zu werten ist, die Chancen auf bessere Stellen zu erhöhen. (vgl. ETF 2005, 5, 29) Generell sei die interne Effizienz der Sekundarbildung (allgemeine bzw. berufsbildende Richtung) gering. Den postsekundären Instituten (intermediate institutes), sie bilden z.B. für den Bildungs- und Gesundheitsbereich oder im technischen Bereich (Textilproduktion) aus, wurde eine ho-

he Glaubwürdigkeit und Prestige unter den Studierenden zugeschrieben. (Auch in Syrien bestehe an den Universitäten ein Qualitätsproblem sowie eine bürokratische Verwaltung. (vgl. ETF 2005, 36ff.) Allerdings hält die ETF auch fest: „These criticisms are sometimes expressed in such sweeping terms that one wonders why so many Syrian graduates emigrate so easily and do so well abroad.“ (vgl. ETF 2005, 35) Weiterbildungsangebote waren in Syrien wenig verbreitet. Das hat damit zu tun, dass der Arbeitsmarkt sehr stark auf die Erstausbildungsdiplome abstellt und dann das Bestreben besteht, eine einmal erlangte Stelle zu behalten. (vgl. ETF 2005, 39f.)

Die Situation in **Afghanistan** war in den vergangenen drei Jahrzehnten von Kriegen und internen Konflikten geprägt und brachte in den letzten fünfzehn Jahren auch eine größere Zahl von afghanischen Flüchtlingen nach Österreich. Die Zahl der in Afghanistan geborenen Bevölkerung erhöhte sich von 2.600 Personen im Jahr 2002 auf mehr als 20.000 im Jahr 2015. Die Sicherheitssituation ist weiterhin prekär.⁴¹ In der Kategorisierung der Vereinten Nationen zählt Afghanistan zu den am wenigsten entwickelten Ländern. 50% der Bevölkerung sind unter 15 Jahren, 57% unter 25 Jahre. Der Großteil der Erwerbsbevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig (80%), 10% sind im Dienstleistungssektor, 10% in Industrie und Handwerk. Der Wertschöpfungsbeitrag der Landwirtschaft entspricht knapp 25% des afghanischen BIP, 22% entfallen auf Industrie und Handwerk sowie knapp 54% auf den Dienstleistungssektor. (vgl. GIZ 2015) 90% der Stellen wurden von der ILO (2010) als vulnerable Beschäftigung kategorisiert, da sie kein stabiles und ausreichendes Einkommen ermöglichen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist sehr niedrig. Gemäß ILO-Schätzung (ILO-KILM Daten) lag die Erwerbsquote der Männer (15-64) im Jahr 2011 bei 81%, die der Frauen bei 15%. Beim Beschäftigungsstatus besteht ein ausgeprägter Gendergap. Tagelöhner, unselbständig Beschäftigte, Arbeitgeber und selbständig Tätige sind vor allem Männer (84-97%), unbezahlte mithelfende Familienangehörige vor allem Frauen (78%). Kinderarbeit ist verbreitet, wobei es keine zuverlässigen Daten über das Ausmaß gibt. Kinder arbeiten unter ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen, als Verkäufer, in Werkstätten, in der Landwirtschaft, Teppichknüpferei, als Lumpensammler, Schmiede etc. (vgl. ILO 2010, 1f.) In Afghanistan besteht seit 1975 Schulpflicht für die 7- bis 13-jährigen. Der Schulbesuch ist kostenlos, allerdings stellen die Kosten für Schulmaterialien für viele Familien eine zu hohe Belastung dar. (vgl. GIZ 2015) Die Analphabetenrate ist mit 68% weiter hoch, hat sich gegenüber 1979 (82%) aber verbessert. Bei den Jugendlichen nahm die Analphabetenrate von 70% 1979 auf 53% 2011 ab. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern bleibt hoch, 82% der Frauen und 55% der Männer können nicht lesen und schreiben. Bei den Jugendlichen (15-24 Jahre) hat sich die Situation verbessert, mit Analphabetenraten von 68% bei den jungen Frauen und 38% bei den jungen Männern. (vgl. UIS 2014) Das Bildungssystem gilt als veraltet und nicht an die Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasst. Trainingszentren verfügen großteils nur über eine veraltete Ausstattung und überholte Ausbildungspläne. Verschärft werden die Probleme durch schwache Ausbildungseinrichtungen für Ausbilder und Lehrkräfte. Es wird geschätzt, dass etwa 80% der Lehrkräfte ins Ausland geflohen sind bzw. andere Berufe ausüben und im Durchschnitt nur etwa ein Viertel der Lehrer und Lehrerinnen über die minimalen Qualifikationen zum Unterrichten verfügt. 70-80% der Schulgebäude wurden infolge der Kriegshandlungen zerstört. (vgl. GIZ 2015)

⁴¹ Vgl. Handelsblatt vom 30.6.2015 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/kabul-taliban-toeten-19-menschen-bei-anschlag-auf-nato-konvoi/11989944.html>, NZZ vom 19.4.2015 <http://www.nzz.ch/international/naher-osten-und-nordafrika/praesident-ghani-warnt-vor-is-in-afghanistan-1.18525673>

Der Iran ist seit der islamischen Revolution 1979 international weitgehend isoliert. Aufgrund seines Atomprogramms wurden seit 2006 auf Ebene der Vereinten Nationen bzw. der EU mehrere Sanktionsrunden beschlossen.⁴² Mitte Juli 2015 kam es nach langen und zähen Verhandlungen zwischen den UNO-Vetomächten und Deutschland sowie dem Iran zu einer Einigung über ein Abkommen mit dem Iran, das garantieren soll, dass das iranische Atomprogramm nur friedlichen Zwecken dient. Dafür sollen die verhängten Sanktionen aufgehoben werden (wenn die Internationale Atomenergieagentur die Einhaltung der Verpflichtungen durch den Iran bestätigt)⁴³, was die wirtschaftliche und internationale Rolle des Iran stärken würde. (vgl. Gärtner 2015, 1) Der Iran hat eine sehr junge Bevölkerung. Die Kohorte der 15-29-jährigen hat etwa einen Anteil von 35%. Diese demographische Struktur übt Druck auf das iranische Bildungssystem und den Arbeitsmarkt aus. 70% der Arbeitslosen im Iran sind unter 30 Jahre. Ein Fünftel der jungen Männer und ein Drittel der jungen Frauen ist arbeitslos. (vgl. Egel/Sahehi-Isfahani 2010, 7f., 10, 13) Der Arbeitsmarkt ist durch eine starke Dominanz des öffentlichen Sektors gekennzeichnet, der auch im Iran Hauptarbeitgeber für UniversitätsabsolventInnen ist. Ein Viertel der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig (10% des BIP), ein Drittel in der Industrie (46% des BIP). Neben der Erdöl- und Erdgasproduktion, die den wichtigsten Sektor der iranischen Wirtschaft bilden, verfügt der Iran vor allem auch über Textil-, Zement-, Stahl-, und Baustoffindustrie.⁴⁴

Das iranische Schulsystem gliedert sich in die Primarstufe (1. bis 5. Schulstufe), die untere Sekundarstufe (6. bis 8. Schulstufe), die obere Sekundarstufe (9. bis 11. Schulstufe) sowie einer Pre-Universitätsstufe (12. Schulstufe) für diejenigen (Vorbereitungsjahr), die an die Universität gehen wollen. Als Teil einer großen Schulreform wurde 1991 die obere Sekundarstufe von vier auf drei Jahre verkürzt. Zwei Zweige der Berufsbildung sowie das Vorbereitungsjahr statt der vormaligen 12. Schulstufe der oberen Sekundarstufe wurden eingeführt. Schulpflicht besteht im Iran bis zur 8. Schulstufe. Die Steuerung des Bildungssystems erfolgt durch die Zentralregierung und schließt die Verwaltung der nationalen Prüfungen mit ein. Das Schulsystem ist überwiegend öffentlich und kostenlos, weniger als 10% der SchülerInnen besuchen Privatschulen. Das Universitätssystem war bis in die 1980er Jahre überwiegend öffentlich. Seitdem kam es zu einem starken Ausbau privater Universitäten. 2006 war etwa die Hälfte der Studierenden an privaten Universitäten eingeschrieben, vor allem an der Islamischen Azad Universität, die eng mit den führenden iranischen Geistlichen und Politikern verbunden ist und von diesen kontrolliert wird. (vgl. Salehi-Isfahani 2009, 5) Am Ende der 9. Schulstufe wechseln die SchülerInnen in den allgemeinen (akademischen) oder technisch/berufsbildenden Zweig der oberen Sekundarstufe, basierend auf den Leistungen der unteren Sekundarstufe. Die SchülerInnen des akademischen Zweigs legen am Ende eine nationale Abschlussprüfung ab (Matura), die vom Bildungsministerium gesteuert wird. Das Abschlusszeugnis bietet Zugang zu den Vorbereitungsklassen für die Universität oder zur Beschäftigung. Jene, die die Vorbereitungsklasse erfolgreich abschließen, sind für die nationalen Universitätsaufnahmeprüfungen (concours) zugelassen. Das Auswahlverfahren ist sehr kompetitiv und nur ein vergleichsweise kleiner Teil wird aufgenommen. (vgl. Salehi-Isfahani 2009, 3, 5f.) Der technische/berufsbildende Zweig gliedert sich den „Kar-danesh“ und

⁴² DIE ZEIT online 14.7.2015, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-07/iran-atomprogramm-un-verhandlungen-chronologie>

⁴³ NZZ online 14.7.2015, <http://www.nzz.ch/international/deutschland-und-oesterreich/tauwetter-zwischen-den-usa-und-iran-1.18580065>, Der Standard online 14.7.2015, <http://derstandard.at/2000019129920/Historische-Einigung-bei-Atomverhandlungen-mit-Iran-in-Wien-erzielt>

⁴⁴ <http://liportal.giz.de/iran/wirtschaft-entwicklung/>

„Fanni Herfei“-Zweig. Der Kar-danesh Zweig hat gemäß Salehi-Isfahani (2009) den geringsten Status und umfasst jene mit den schlechtesten Leistungen in der unteren Sekundarstufe. Der Kar-danesh Zweig umfasst ein Jahr allgemeiner Ausbildung bevor die Auszubildenden einem Arbeitgeber für eine Lehre im Umfang von zwei Jahren zugewiesen werden. Fanni Herfei Schulen bieten eine dreijährige technisch-berufsbildende Ausbildung. AbsolventInnen können eine technische Ausbildung in ihrem Bereich (Kardani) auf tertiärem Niveau anschließen, wenn sie die Aufnahmeprüfung bestehen. Für die SchülerInnen des Kar-danesh Zweigs wurde auch die Möglichkeit geschaffen, diese Aufnahmeprüfung zu machen und damit den Zugang zum tertiärem System zu erlangen. Das trug zum Anstieg der SchülerInnenzahlen in den Kar-danesh bei, die Chance auf einen universitären Platz (Kardani) ist gemäß Salehi-Isfahani (2009) aber sehr gering. (vgl. S. 6) Gärtner resümierte über seinen Besuch bei iranischen Think Tanks zwischen Dezember 2014 und Jänner 2015, dass die iranischen Jugendlichen und Studierenden nach Bildung und Auslandskontakten „hungrig“ sind. „Sollten die Sanktionen und die Isolierung des Iran jedoch andauern, werden sich die Bildungs-und Arbeitsmöglichkeiten der bildungshungrigen jungen Menschen sowie die Chancen im Ausland zu studieren, weiter verschlechtern. Dann wächst eine Generation mit antiwestlichen Gefühlen heran, und gerade das will man verhindern. Die Nuklearverhandlungen sind somit Verhandlungen über die Zukunft des Iran.“ (Gärtner 2015, 10)

4.4.5 Afrika

Somalia ist einer der Krisenherde, aus dem weltweit die drittgrößte Zahl von Flüchtlingen kommt (Ende 2014 1,11 Millionen Menschen) und auch in Österreich zählte Somalia in den vergangenen Jahren zu den Herkunftsländern mit den zahlenmäßig meisten positiven Entscheidungen über Asylanträge. Die Zahl der in Somalia geborenen Bevölkerung erhöhte sich in Österreich von 142 im Jahr 2002 auf knapp 2.900 im Jahr 2015. Somalia ist seit 1988 von bewaffneten Konflikten betroffen und UNDP stellt fest: „Somalia remains one of the most complex environments in which to deliver assistance.“⁴⁵ 70% der somalischen Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt, 42% sind im Alter von 14-29 Jahren. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen liegt gemäß UNDP bei 67%. Die Armutsrate liegt bei 73%, 68% der erwachsenen Bevölkerung sind Analphabeten. 42% der Kinder im Schulalter besuchen eine Schule, eines von drei sind dabei Mädchen.

Nigeria zählt den Top-25 Ländern mit dem größten Zuzug zwischen 2002 und 2015 und es zählte in der Vergangenheit (betrachtet wurden die Jahre 2002, 2007, 2010, 2013, vgl. Kapitel 4.4) zu den wichtigsten Herkunftsländern bei den Asylanträgen. Während der Anstieg der in Somalia geborenen Bevölkerung vor allem auf die Zuerkennung von Asyl zurückgeht, ist die Anerkennungsquote für nigerianische Asylwerbende gering. Der Zuwachs der aus Nigeria stammenden Bevölkerung ist somit auf andere Gründe der Migration zurückzuführen (Familiengründe, Bildungsgründe, Erwerbstätigkeit, andere Gründe). Nigeria zählt auch zu jenen afrikanischen Staaten, mit denen eine gewisse wirtschaftliche Vernetzung besteht. 42% der österreichischen Importe aus afrikanischen Ländern stammen aus Nigeria und es bestehen auch österreichische Direktinvestitionen in Nigeria. Bei den Expor-

⁴⁵ <http://www.so.undp.org/content/somalia/en/home/countryinfo/>

ten besteht teils eine sehr starke Spezialisierung, wie das Beispiel der Vorarlberger Stickereien zeigt.⁴⁶

4.4.6 Asien (Wirtschaft): China und Indien

China hat sich seit den 1980er Jahren zur weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft, hinter den USA und vor Japan, entwickelt. Ziel der chinesischen Führung ist es, China bis 2020 zu einer alle Bevölkerungsgruppen einbeziehende moderat wohlhabende Gesellschaft zu werden. Das durchschnittliche BIP pro Kopf ist im Vergleich niedrig. Für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und dessen größtmöglichen Beitrag zum Wohle aller BürgerInnen muss China, so die OECD „become more inclusive and greener“ (vgl. Koen/Herd/Hill 2013, 6) Das hohe Wirtschaftswachstum ist durch das rasche und nachhaltige Wachstum im Industrie- und Dienstleistungsbereich gestützt, wo hohe Gewinne großteils reinvestiert werden. Einen Arbeitskräfteüberhang gibt es in der Landwirtschaft, wo noch 35% der Beschäftigten tätig sind. In der mittleren Frist wird die Demographie von einer wachstumsfördernden zu einer bremsenden Komponente, da die Größe der jüngeren Kohorten schrumpft und durch die Alterung die Bevölkerung im Erwerbsalter zu sinken beginnt. Das Erreichen der Spitze bei der Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung wird in Kürze erwartet. (vgl. Koen/Herd/Hill 2013, 9) Die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung nimmt kontinuierlich zu und das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung ist mit anderen Ländern im oberen Segment der mittleren Einkommensgruppe (upper middle income countries) vergleichbar. Schulpflicht besteht bis zur neunten Schulstufe (untere Sekundarstufe) und ist kostenlos. Dieser Umstand hat dazu beitragen, dass der Schulbesuch bis zur 9. Schulstufe durchgängig gegeben ist und die Bildungsteilnahme auf höheren Bildungstufen steigt. Die Abschlussquoten für die obere Sekundarstufe steigen und die Zahl der Studierenden an Hochschulen hat sich in den 2000er Jahren fast verdreifacht. Die Regierung plant, dass bis 2020 alle Kinder zwölf Ausbildungsjahre erhalten. Die Qualität des Hochschulwesens verbessert sich. Nach dem Shanghai-Ranking, das die *faculty performance* bewertet, liegen 27 chinesische Universitäten unter den Top-500 weltweit. (vgl. Koen/Herd/Hill 2013, 12) In der von der ILO durchgeführten Erhebung zum Übergang von Jugendlichen von der Schule in den Arbeitsmarkt (school-to-work-transition, SWTS) werden für die chinesischen Jugendlichen in der kurzfristigen Perspektive merkliche Beschäftigungsprobleme gesehen. (vgl. Matsumoto/Elder 2010) Die SWTS Erhebung bestätigt, dass Arbeitslosigkeit zahlenmäßig und in Bezug auf die Dauer in den letzten Jahren zugenommen hat, da sich das auf garantierte Beschäftigung orientierte System zu einem marktorientierteren System ändert. Die Erwartungen der jungen Neueintretenden am Arbeitsmarkt (Präferenz für Beschäftigung im öffentlichen Sektor) sowie ihre Qualifikation seien dabei noch nicht an die veränderten Marktbedarfe angepasst. Das marktbaasierte Beschäftigungssystem gibt den angehenden Beschäftigten größere Wahl in ihrer Beschäftigung und den Arbeitgebern mehr Autonomie bei der Gehaltsgestaltung und den Dienstverträgen. Lebenslange stabile Beschäftigung wird für viele chinesische Jugendliche somit aber zunehmend zur Seltenheit. (vgl. Matsumoto/Elder 2010, 66f.) In Österreich hat sich die in China geborene Bevölkerung seit 2002 in etwa verdoppelt, von 7.600 auf 15.100 Personen.

Die **indische** Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren ein kontinuierliches Wachstum verzeichnet, das andauern soll. Die Wirtschaftsstruktur hat sich in den vergangenen zwei Dekaden stark gewandelt,

⁴⁶ Vgl. Wirtschaftsblatt online 10.4.2011, <http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/people/1191104/Vorarlberger-Stickereien-fur-Nigeria>

mit einem wachsenden Anteil des Handels und der Dienstleistungen, rückläufigen Anteilen der Landwirtschaft und zunehmender Handelsliberalisierung. Die Landwirtschaft hat einen Anteil von 18% am BIP, im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren war das Wachstum allerdings unterdurchschnittlich. Da die Landwirtschaft aber noch für zwei Drittel der indischen Bevölkerung die Lebensgrundlage bietet, hat der relative Rückgang direkte Auswirkungen auf die ländlichen Haushalte, vor allem unter den Landarbeitern. Durch das hohe Niveau staatlicher Kreditaufnahme besteht wenig fiskalischer Spielraum für Investitionen und laufende Ausgaben, wie etwa für berufsbildende Maßnahmen, die für die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung im Erwerbsalter nötig wären. Der erwartete Anteil der Ausgaben im Sozialbereich betrug für 2008/09 nur 8,6% der Gesamtausgaben. Grundlegende Herausforderungen der indischen Wirtschaft sind somit die Verbesserung des fiskalischen Spielraums sowie eine effiziente Ressourcenverteilung. (vgl. ILO 2009, 13) Das Wachstum der indischen Wirtschaft hat nur in geringem Maß zur Schaffung von Arbeitsplätzen hoher Qualität beitragen, sondern entfiel in erster Linie auf Zuwächse im informellen Sektor, wo 85% der indischen Beschäftigten arbeiten. (vgl. ILO 2009, 18; OECD 2012, 28) Die Erwerbsquote der Männer ist sehr hoch. Für die 15-64jährigen betrug sie im Jahr 2013 82%, bei den 24-54jährigen lag sie bei 97%. Bei den Frauen (15-64) ist mit 28% weniger als ein Drittel erwerbstätig, unter den 25-54jährigen ist er etwas höher mit knapp 34%. Die OECD attestiert Indien in ihrer „Better Policies“ Series (vgl. OECD 2012), dass langfristige Investitionen in eine kleine Zahl von Elite-Hochschulen die Entwicklung der indischen IT-Industrie und Unternehmensdienstleistungssektor gefördert haben. Allerdings kam es zu keinen breiter angelegten Investitionen in die Breitenbildung, was zu Ungleichheit und sozialer Exklusion weiter Bevölkerungsteile beitrug. Nur etwa die Hälfte der jeweiligen Alterskohorte besucht eine Sekundarschule. Deutlich mehr Mädchen als Buben sind dabei nicht mehr in der Schule. Im Bereich der Grundschulbildung hat Indien den flächendeckenden Schulbesuch fast erreicht und die indische Regierung ist bestrebt, den durchgängigen Abschluss der Grundschule zu fördern. Die allgemeine Schulbildung (elementary education) ist kostenlos und verpflichtend. Für die Sekundarbildung bestehen Bestrebungen, die Reichweite und Qualität zu verbessern (Berücksichtigung der Sekundarbildung im letzten Fünfjahresplan der Regierung, Aktionsplan Sekundarbildung für Alle). Im Hochschulbereich nimmt die Zahl der Einrichtungen zu. Viele sind privat finanziert und verwaltet, aber von unterschiedlicher Qualität. Auch die Nachfrage nach Studienplätzen wächst. Diese Entwicklungen schaffen aus Sicht der OECD große Möglichkeiten, gehen aber mit der Herausforderung einher, das Hochschulsystem mit den aufkommenden Qualifikationsbedarfen der Wirtschaft sowie der Gewährleistung gleichen Zugangs in Einklang zu bringen. Das schließt nicht nur ausreichendes Lehrpersonal für spezifische Ausbildungsrichtungen und die Förderung analytischen Denkens mit ein, sondern auch die Förderung von Kreativität, kritischem Denken und kommunikative Fähigkeiten. (vgl. OECD 2012, 26).

4.4.7 Schlussfolgerung

Die Bildungs- und Arbeitsmarktstruktur und –situation ist in den dargestellten Ländern sehr unterschiedlich. Implikationen für die österreichische Migrations- und Integrationspolitik können sich u.a. aus den folgenden Aspekten ergeben, da durch die Migration ein Wechsel zwischen den Arbeitsmarkt –und Bildungssystem des Heimatlandes und Österreichs stattfindet.

Das betrifft etwa

- das Ausmaß des informellen Sektors, der in vielen Ländern 40% und mehr der Beschäftigung umfasst und in dem in stärkerem Ausmaß Frauen (unbezahlt) beschäftigt sind,
- die Erwerbseinbindung der Bevölkerung (Erwerbsquoten)

- einer teils sehr niedrige Erwerbseinbindung der Frauen (Erwerbsquoten der Frauen von unter 30% in Nordafrika, Nahen-Mittleren Osten) verbunden mit eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten für Frauen,
- ein starkes Mismatch zwischen den durch das Bildungssystem bereitgestellten Qualifikationen und den Bedarfen des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer geringen Verbreitung von Weiterbildungsangeboten und betrieblicher Qualifizierung,
- schwach entwickelte Systeme der sozialen Sicherung.

Die Systemkenntnis, die Erfahrungen (was z.B. „normal“) sowie die individuellen Fähigkeiten unterscheiden sich, was ein Zurechtfinden im „neuen“ österreichischen System erschwert.

4.5 Indikatoren-Set: Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen und deren Dynamik im Vergleich

Für ein MigrationsMonitoringSystem braucht es Indikatoren, die Anhaltspunkte für den Status Quo der Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen und deren Dynamik in Österreich liefern, und damit einen Einblick in den Bedarf an Arbeitskräften, der nicht zur Gänze aus dem Inland abgedeckt werden kann. Analog dazu braucht es dieselben Informationen über Länder, aus denen Österreich prioritär passende Arbeitsqualifikationen über Migrationen zu erhalten hofft. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Differentiale in den Indikatoren Aufschluss darüber geben, in welchem Maße Push- und Pull-Faktoren wirksam werden können.

Für den Vergleich zwischen EU-Mitgliedstaaten bietet Eurostat eine umfassende Datenbasis. Im Fall von internationalen Vergleichen ist es erforderlich, auch andere Datenbanken heranzuziehen. Zu beachten ist, dass die Datenbasis für einzelne Länder lückenhaft sein kann bzw. nur in unterschiedlichen Datenbanken verfügbar ist. Das bedeutet, dass für manche Ländern nur eingeschränkte bzw. veraltete Informationen zu Verfügung stehen. Bei der Verwendung verschiedener Datenquelle kann die direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben sein.

Aus diesen Gründen bilden für das Indikatoren-Set zum Migrations-Monitoring „Key Indicators of the Labour Market“ (kurz „KILM“) der Internationalen Arbeitsorganisation ILO die Grundlage. Die ILO hat mit den sogenannten KILM eine umfassende Datenbasis zur Beschreibung des Arbeitsmarktgeschehens etabliert, um die Verfügbarkeit von Daten und ihre Vergleichbarkeit zu verbessern. Die KILM umfassen insgesamt 18 Indikatoren.

Für das Migrations-Monitoring wurden die folgenden Indikatoren berücksichtigt und die letztverfügbaren Werte für die verschiedenen in Kapitel 4.4 beschriebenen Länder nach Regionen tabellarisch aufbereitet. Die Tabellen sind in Kapitel 10.2 ab Seite 251 dargestellt.

Die berücksichtigten Indikatoren umfassen

- die Erwerbsquoten nach Geschlecht (KILM 1a)
- den Beschäftigungsstatus (KILM 3)
- die Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren (KILM 4a)
- die Arbeitslosenquoten nach Geschlecht (KILM 9a)
- die Jugendarbeitslosenquote (KILM 10a)
- die Bildungsstruktur der Erwerbsbevölkerung nach Geschlecht (KILM 14a)
- die Analphabetenraten nach Geschlecht (KILM 14d) sowie als Armutsindikator

- die Beschäftigung nach Haushaltskonsum-basierten wirtschaftlichen Klassen (KILM 18b)

4.6 Internationale Studierende in Österreich und ihre Rolle im Migrationssystem

4.6.1 Ausländische Studierende an österreichischen Hochschulen

Die Summe der 25.809 ausländischen Studierenden, die 2014 an österreichischen Hochschulen (öffentliche Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten) neu zu ordentlichen Studien⁴⁷ zugelassen wurden (Sommer- und Wintersemester) macht immerhin 21,6% aller 154.300 ausländischen Staatsangehörigen aus, die 2014 nach Österreich zugezogen sind. (migration & integration 2015, Statistik Austria). Diese Zahlen unterstreichen die Rolle der österreichischen Hochschulen als „Magnet der Neuzuwanderung“ (Fassmann & Shovakar 2015), bzw. die Bedeutung der Hochschulen für die Migrationspolitik.

Österreichs Hochschulen hatten immer schon eine starke Anziehungskraft für ausländische Studierende, auch wenn es zwischen den Sektoren des österreichischen Hochschulsystems große Unterschiede in den Anteilen an ausländischen Studierenden gibt. So weisen etwa die Fachhochschulen 2014 mit durchschnittlich 16,1% ausländischer Studierenden einen vergleichsweise moderaten Anteil auf, während diese Anteile bei Forschungs-Universitäten schon bei 25,0% liegen, bei Privatuniversitäten bei 39,1% und bei den Kunst-Universitäten sogar bei 46,9%. Gemeinsam ist den verschiedenen Hochschulsektoren jedoch ein kontinuierliches, nahezu parallel verlaufendes Wachstum dieser Anteile seit den 1990ern.

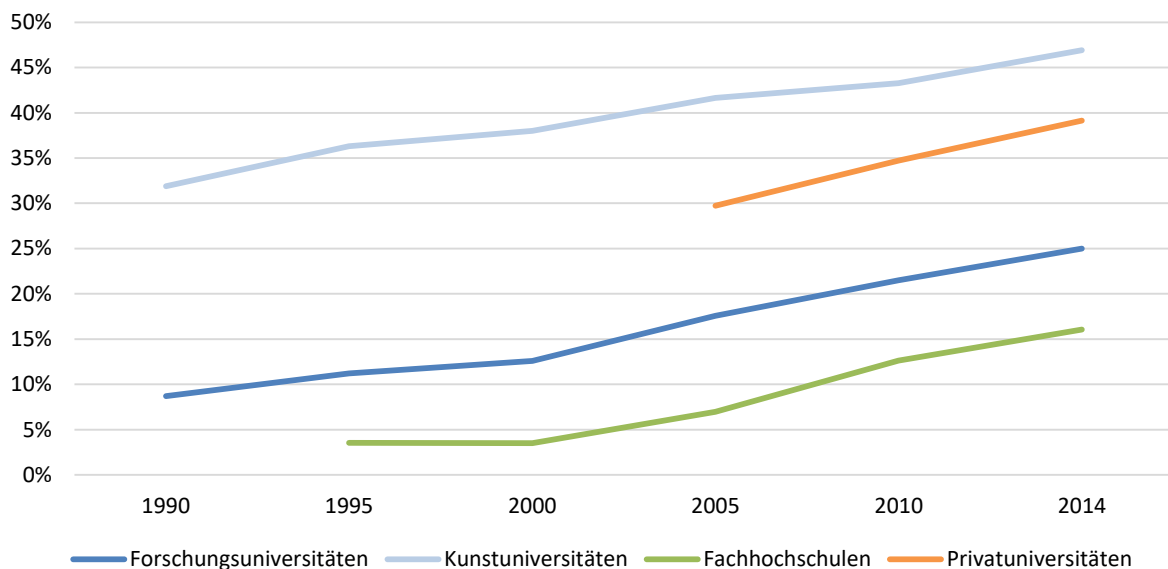
Da der Bereich der öffentlichen Universitäten mit 83,5% aller in Österreich inskribierten ordentlichen Studierenden immer noch der quantitativ dominierende Hochschulsektor ist und im Gegensatz zu den beiden erst in den 1990er Jahren gegründeten Sektoren (FHS und Privatuniversitäten) auch über eine umfangreichere Datenlage verfügt, bietet es sich an, diesen Sektor etwas sorgfältiger zu analysieren. So lässt sich etwa zeigen, dass ein Anteil von 25,7% an ausländischen Studierenden zwar durchaus einen Spitzenwert – auch im internationalen Vergleich – darstellt. Gleichzeitig fällt im langjährigen Vergleich auf, dass dieser Anteil immer noch unter dem für 1960 errechneten Wert von 26,9% liegt. Von den frühen 1960er Jahren bis in die späten 1980er Jahre ist der Anteil ausländischer Studierender an den staatlichen Universitäten nämlich stetig gesunken. Dieser Trend, der zumindest teilweise auf die Hochschulexpansion und die damit verbundene, seit den 1960ern stark steigende Partizipation österreichischer Alterskohorten an hochschulischen Bildungsangeboten zurückzuführen ist, erreichte mit 9,2% seinen Tiefpunkt im Jahre 1988. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ergab sich eine Trendumkehr, die durch die Ost-Öffnung und den EU-Beitritt weiter verstärkt wurde und zu einem stetigen Wachstum der Anteile an ausländischen Studierenden führte.

Betrachtet man die Anteile der Herkunftsregionen der ausländischen Studierenden, dann lässt sich seit 1990 eine starke Zunahme an Studierenden aus osteuropäischen Ländern verzeichnen. Dieser Trend ist eine klare Folge der Ostöffnung. Der Anteil von Studierenden aus Osteuropäischen Ländern an allen ausländischen Studierenden erreichte 2005 mit 30,3% einen Höhepunkt und hat sich 2013

⁴⁷ Nicht eingerechnet in diese Zahl sind die 7.515 ausländischen Studierenden, die neu als außerordentliche Studierende in Universitätslehrgängen aufgenommen wurden. Da die meisten dieser Lehrgänge berufsbegleitend organisiert sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass mit der Inskription in einen solchen Lehrgang auch automatisch eine Niederlassung in Österreich verbunden ist.

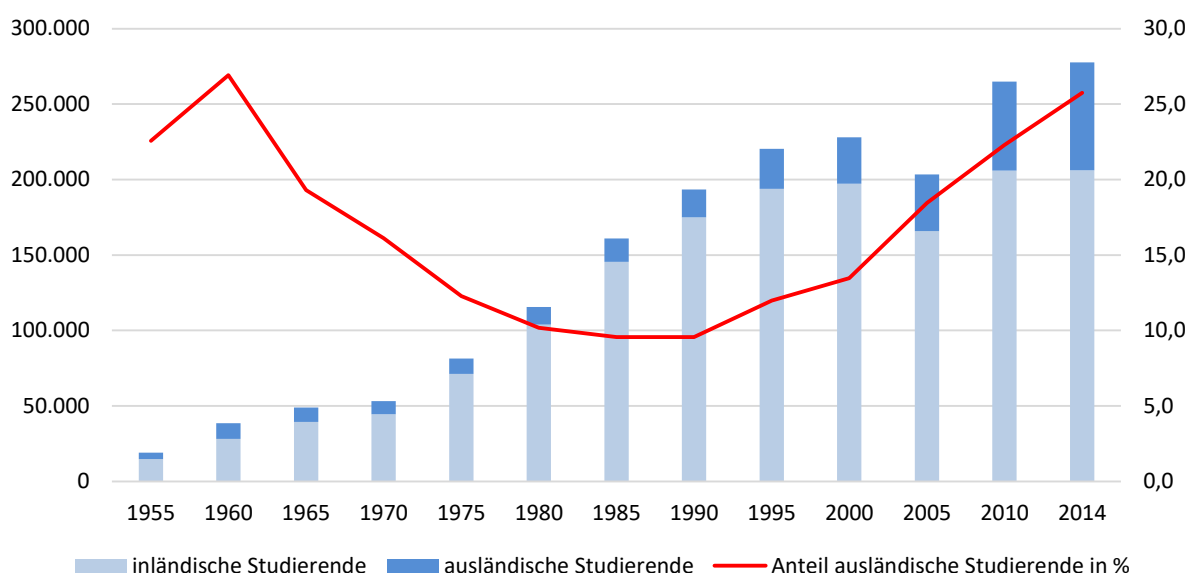
auf 24,5% eingependelt. Im gleichen Zeitraum ist ein anteilmäßiger Rückgang der Studierenden aus Entwicklungsländern zu verzeichnen, von 27,3% im Jahr 1990 auf nur mehr 12,6% im Jahr 2013. Insgesamt führt dies zu einer massiven Verschiebung der Anteile zugunsten europäischer und auf Kosten außereuropäischer (inkl. türkischer) Studierender. Betrug dieses Verhältnis 1990 noch 63,1% zu 36,9%, lag es 2013 schon bei 80,9% zu 19,1%.

Abbildung 68: Entwicklung der Anteile ausländischer Studierender an österreichischen Hochschulen nach Sektoren, 1990-2014



Quelle: Statistik Austria (StatCube), eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 69: Gesamtzahl ordentlicher Studierender und Anteile ausländischer Studierender (%) an öffentlichen Universitäten in Österreich, 1955-2014

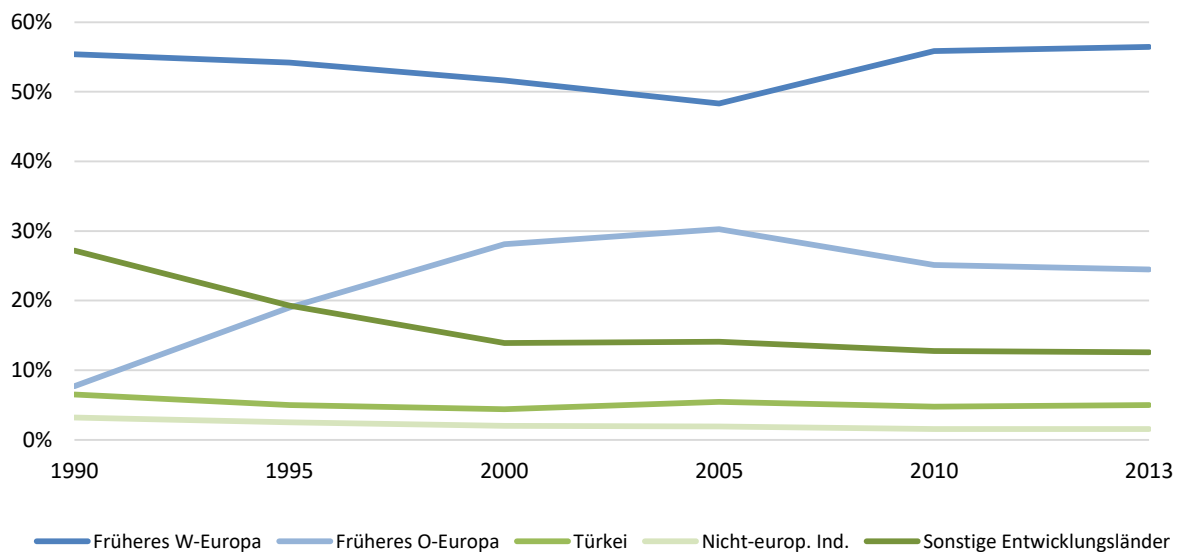


Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

Wechselt man von der geographischen Regionsbezeichnung zur Unterscheidung zwischen EU/EWR und Drittstaaten, dann kommen 74,0% aller ausländischen Studierender aus EU/EWR-Staaten. Dies ist insofern relevant, als sich entlang dieser Differenzierung auch Hochschulzugangs- und Aufent-

haltsbestimmungen unterscheiden. Durch den EU-Beitritt konnte das österreichische Hochschulsystem auf EU-BürgerInnen keine anderen Zugangsregelungen anwenden als auf österreichische StudienbewerberInnen. (Biffi – Isaac 2002, Biffi 2003) Eine Folge davon ist ein starker Zustrom von deutschen Studierenden, deren Anteil sich seit 2000 fast verfünffachte. Auffällig ist auch, dass fast die Hälfte aller ausländischen Studierenden auf nur zwei Länder entfällt, nämlich auf Deutschland (38,0%) und auf Italien (11,5%), wobei es sich im Fall von Italien im Wesentlichen um Studierende aus Südtirol handelt.

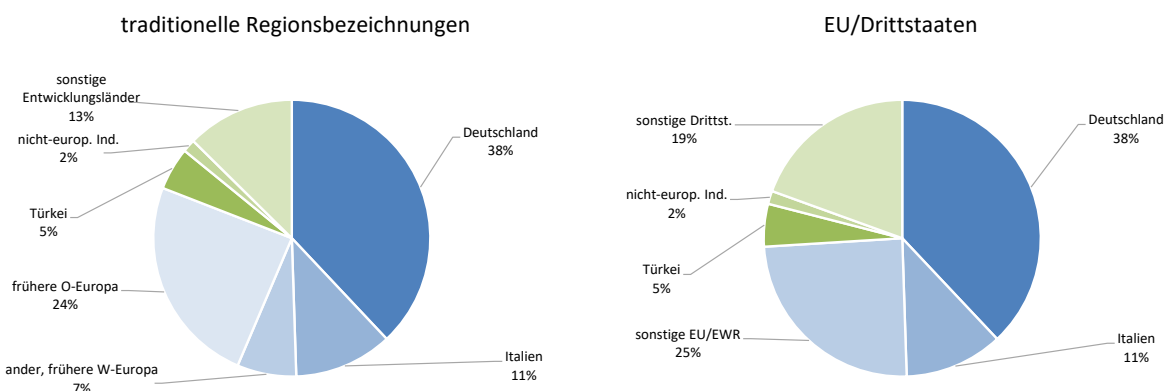
Abbildung 70: Ausländische Studierende an öffentlichen Universitäten, Verschiebungen zwischen den Herkunftsregionen 1990-2013



Früheres West-Europa: EU-12 plus Finnland, Schweden, Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz;
 Früheres Ost-Europa: Bosnien, Bulgarien, Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn
 Nicht-europäische Industrieländer: Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland

Quelle: Hochschulbericht 2002, Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

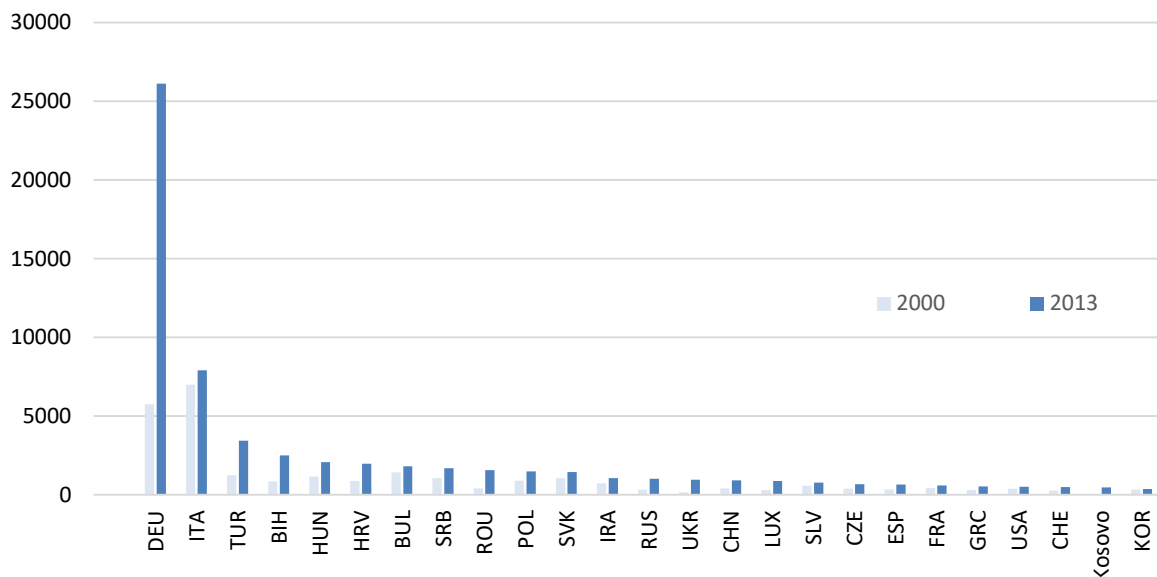
Abbildung 71: Anteile ausländischer Studierende nach Herkunftsregionen 2013



Früheres West-Europa: EU-12 plus Finnland, Schweden, Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz;
 Früheres Ost-Europa: Bosnien, Bulgarien, Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn
 Nicht-europäische Industrieländer: Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland

Quelle: Hochschulbericht 2002, Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 72: Die 25 wichtigsten Herkunftsländer für ausländische Studierende an österreichischen Universitäten 2013, im Vergleich zu 2000



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung

4.6.2 Ausländische AbsolventInnen österreichischer Hochschulen

Im Studienjahr 2012/13 konnten insgesamt rund 37.000 Studierende ihr Studium erfolgreich beenden, der Anteil ausländischer Graduiertes lag bei 21,8%. Von den 8.134 ausländischen Graduierten kamen 80,1% aus der EU und 19,9% oder 1.600 aus Drittstaaten. Obwohl der hohe Anteil ausländischer Studierender als ein Zeichen für attraktive Hochschulen und als kulturelle Bereicherung der österreichischen Hochschulbildung interpretiert werden kann, ist er auch aus einer migrationspolitischen Sicht wichtig, nämlich wenn man ihren Beitrag zum Arbeitsmarkt in Österreich berücksichtigt. Eine der wenigen Quellen, die es zum Verbleib von ausländischen AbsolventInnen österreichischer Hochschulen in Österreich gibt, ist das „Internationalisierungspanorama I/2015“ (Fassmann & Shovakar 2015), das auf Basis einer Sonderauswertung der sogenannten „Dropout-Studie“ (Thaler & Unger 2014) den Verbleib auf dem österreichischen Arbeitsmarkt untersuchte.

Um den Verbleib von ausländischen Graduierten österreichischer Universitäten analysieren zu können, mussten Daten der Bildungsstatistik über die AbsolventInnenjahrgänge 2009/10, 2010/11 und 2011/12 mit Daten der Sozialversicherung und des AMS verknüpft werden. Dies war die Voraussetzung dafür, um Schlüsse für die Arbeitsmarktintegration 16 Monate nach Graduierung ziehen zu können. Aufgrund der damit verbundenen methodischen Herausforderungen⁴⁸ und schwierigen Datengelage konnten zwar keine exakten Daten geliefert, sehr wohl aber quantifizierende Einschätzungen abgegeben werden:

⁴⁸ So verfügen etwa nicht alle ausländische Studierende über eine österreichische Sozialversicherungsnummer, die die Voraussetzung dafür ist, einen Übertritt in den österreichischen Arbeitsmarkt statistisch nachweisen zu können.

- Mindestens 40% der ausländischen Graduierten sind bis 16 Monate nach Beendigung ihres Studiums in Österreich erwerbstätig geworden. Die tatsächlichen Zahlen könnten noch höher sein.
- Der Übertritt in den österreichischen Arbeitsmarkt hängt sowohl von den Arbeitsmarktchancen der jeweiligen Studienrichtung ab (so wandern etwa 13% der österreichischen Medizin-AbsolventInnen ins Ausland ab), als auch vom Studientyp. So geht etwa das bildungsbezogene Erwerbskarrieremonitoring bei 80% der BachelorabsolventInnen von einem Übertritt in ein Masterstudium aus (Auer, Wanek-Zajic, Zauner 2012, S. 23), während Diplom-Abschlüsse, Master und Doktorate mit viel höherer Wahrscheinlichkeit direkt in den Arbeitsmarkt einsteigen. Es lässt sich bei Bachelor-AbsolventInnen daher derzeit nur schwer feststellen, ob sie weiterstudieren oder aus Österreich abwandern.
- Im Gegensatz zu Staatsangehörigen aus EWR-Ländern benötigen AbsolventInnen aus Drittstaaten Aufenthalts- und Beschäftigungsbewilligungen. Ausländische AbsolventInnen, die ein Diplomstudium ab dem zweiten Studienabschnitt bzw. ein Masterstudium zur Gänze an einer österreichischen Hochschule absolviert haben, können nach Abschluss ihres Studiums um eine sechsmonatige Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung zum Zweck der Arbeitssuche ansuchen. Haben sie eine Arbeitsstelle gefunden, die mit einem monatlichen Mindestbruttogehalt von € 2.030.- honoriert wird, dann können sie eine „Rot-Weiß-Rot-Karte“ beantragen. Diese Regelung gilt nicht für Bachelor-Abschlüsse oder für Doktorate/PhDs, wodurch mehr als die Hälfte der Graduierten aus Drittstaaten ausgeschlossen sind.

Im Jahr 2014 wurden an StudienabsolventInnen aus Drittstaaten 220 Rot-Weiss-Rot-Karten ausgestellt (davon 146 oder 73% an Frauen). Das bedeutet, dass knapp 14% der StudienabsolventInnen aus Drittstaaten in Österreich verbleiben, um hier zu arbeiten. Die wichtigsten Quellenländer der UniversitätsabsolventInnen aus Drittstaaten sind: Bosnien-Herzegowina, die Russische Föderation, Ukraine, Volksrepublik China.⁴⁹ Auffällig ist, dass es in den letzten Jahren zu einer Diversifizierung der Herkunftsländer gekommen ist. Im Gegensatz zu Österreich lag die Verbleibsquote von ehemaligen Studierenden aus Drittstaaten in Deutschland im Jahr 2013 bei über 50%. Die wichtigsten Quellenländer in Deutschland sind die Volksrepublik China, die Ukraine, die Russische Föderation, die Türkei, Indien, Marokko und Kamerun. (Hanganu und Heß 2014)

Angesichts dieser Ergebnisse lässt sich schließen, dass neben einer Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Karte und einer eingehenderen Erforschung der Karriereverläufe von (ausländischen) AbsolventInnen zusätzliche Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration wünschenswert wären.

⁴⁹ Mehr dazu in Biffi 2014: S 53.

5 Einflussfaktoren auf Migration

5.1 Wirtschaftspolitische Einflussfaktoren auf Migration

In der Literatur (vgl. Westmore 2014) werden institutionelle und rechtliche Regelmechanismen zu den wesentlichen Faktoren gezählt, die Migrationen beeinflussen. International vergleichende Daten stehen von Seiten der OECD in Gestalt des Produktmarktregulierungsindex zur Verfügung. Dieser zielt darauf ab, unternehmerische und gewerbliche Freiheitsgrade abzudecken. Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen sind dabei am ‚Employment Protection Index‘ ablesbar, dieser wird ebenfalls von der OECD publiziert. Darüber hinaus steht von Seiten des kanadischen Frazer-Instituts ein ‚Economic Freedom of the World Index‘ zur Verfügung.

5.1.1 Produktmarktregulierung

Die Restriktivität der Marktregulierung lässt sich auf Grundlage des Produktmarktregulierungsindex der OECD (PMR-Index) ablesen. Den theoretischen Überlegungen zufolge würde ein restriktives Marktregulierungsregime die Migrationswahrscheinlichkeit in dieses Zielland eher verringern, da es für Einwanderer entsprechend schwierig ist, sich eine gewerbliche Einkommensgrundlage zu schaffen. Umgekehrt könnte ein restriktives Umfeld im Herkunftsland die Anreize, das Land zu verlassen und sich außerhalb der Heimat eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen, erhöhen. Der Index erfasst die wirtschaftliche Restriktivität des Produktmarktregimes.⁵⁰ Er unterscheidet drei große Dimensionen, und zwar:

- i. die Bedeutung des Staates als Eigentümer von Unternehmen bzw. Monopolunternehmen (etwa von Energieunternehmen, Transportunternehmen etc.),
- ii. gewerbliche Marktzugangsbarrieren bzw. Einschränkungen wirtschaftlicher Handlungsspielräume (z.B. Werbeverbote) sowie
- iii. internationale Hindernisse im Zusammenhang mit Außenhandel und Investitionen.

Hohe Indexwerte stellen demnach ein restriktives und wenig wirtschaftsliberales Umfeld dar. Es zeigt sich, dass insbesondere die entwickelten westlichen Ökonomien vergleichsweise liberale Systeme aufweisen, während insbesondere die asiatischen Länder wie China oder Indien sehr restriktive Systeme haben. Die liberalen Länder erscheinen als Zielländer von Migrationsentscheidungen attraktiv, während die Restriktionen in den möglichen Herkunftsländern eher als ‚Push-Faktor‘ wirken.

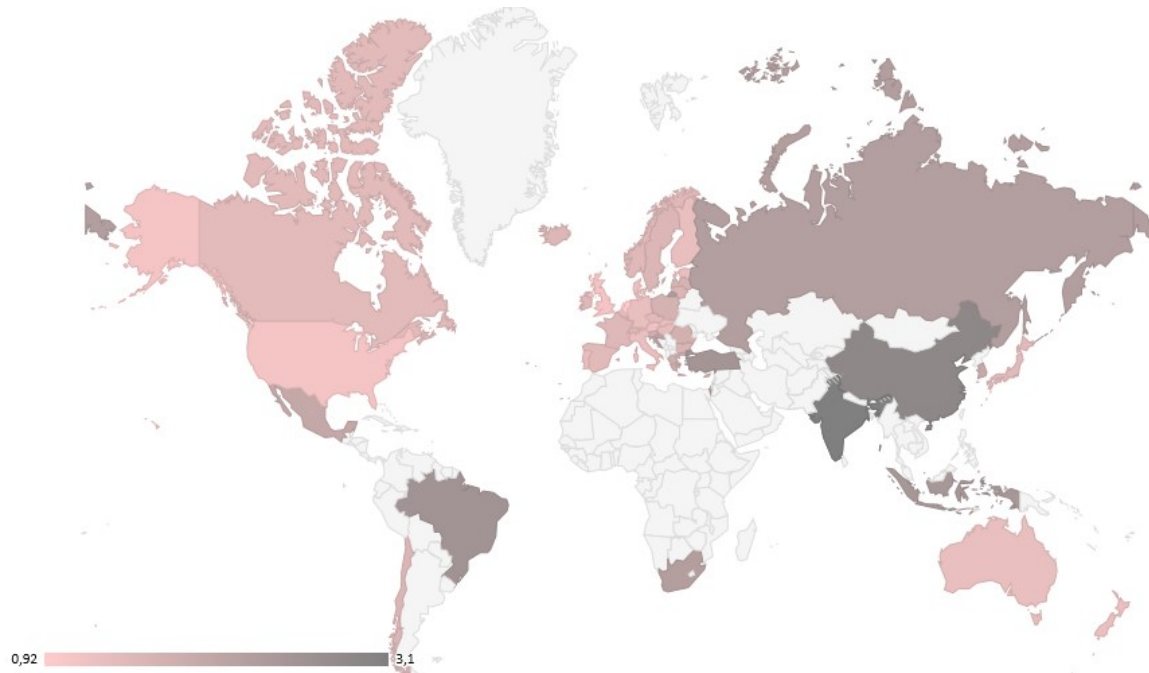
Ein Nachteil des PMR Index ist, dass er nur für wenige Länder verfügbar ist. Ein alternatives Maß zur Messung unternehmerischer Freiheitsgrade versus wirtschaftlicher Restriktivität bietet der inhaltlich ähnliche ‚Economic Freedom of the World‘ (EFW) Index des Frazer Instituts. Der Frazer Index misst nicht den Grad der Restriktivität, sondern umgekehrt den Grad der Offenheit. Die beiden Indikatoren sind terminologisch verwandt und entsprechend (negativ) korreliert (vgl. Abbildung 74). Länder, die ein hohes Maß an restriktiver Marktregulierung aufweisen (in der Abbildung 74 im rechten Teil des Scatterplots, etwa China, Indien, Indonesien), weisen wenig überraschend auch ein niedrigeres Maß an wirtschaftlicher Freiheit auf (in der Abbildung im unteren Teil des Scatterplots).

Ähnlich wie der PMR Index der OECD attestiert auch der EFW Index den westlichen Industrienationen ein hohes Maß an wirtschaftlicher und gewerblicher Freiheit (vgl. Abbildung 75). Die entwickelten

⁵⁰ Methodische Informationen zum PMR Index der OECD finden sich auf der Website der OECD unter: <http://www.oecd.org/eco/growth/indicatorsofproductmarketregulationhomepage.htm>.

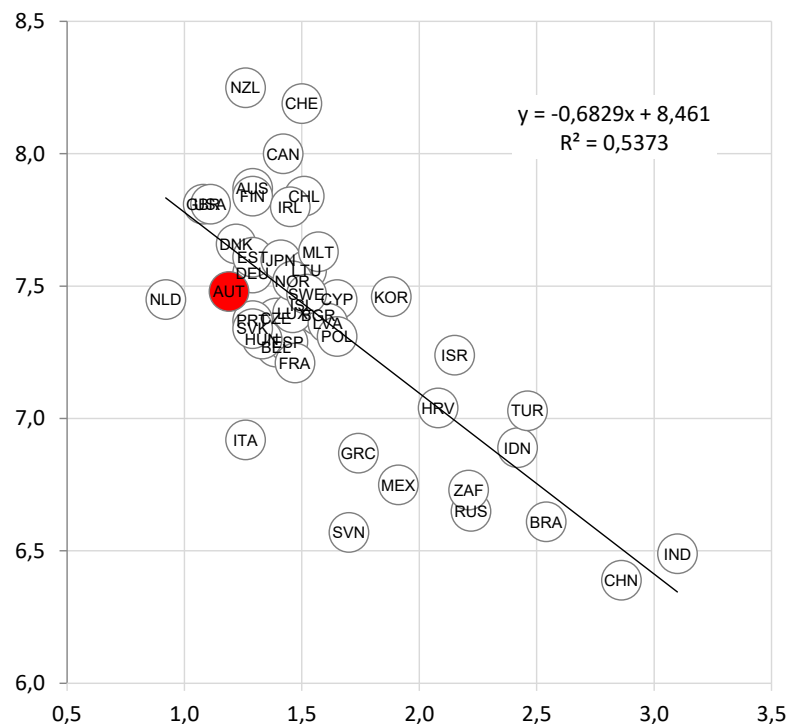
Länder in Europa, in Nordamerika bzw. Australien sind daher als Zielländer von Migrationsströmen attraktiv, während in den asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Ländern restriktive Regulierungen entsprechend eher als ‚Push Faktor‘ wirken könnten. Anzumerken ist, dass der Frazer-Index eine Reihe von wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern identifiziert, die ein liberaleres Regime aufweisen als Österreich, d.h. sich Österreich unter den hoch entwickelten Ländern im Mittelfeld befindet.

Abbildung 73: PMR Index der OECD für 2013



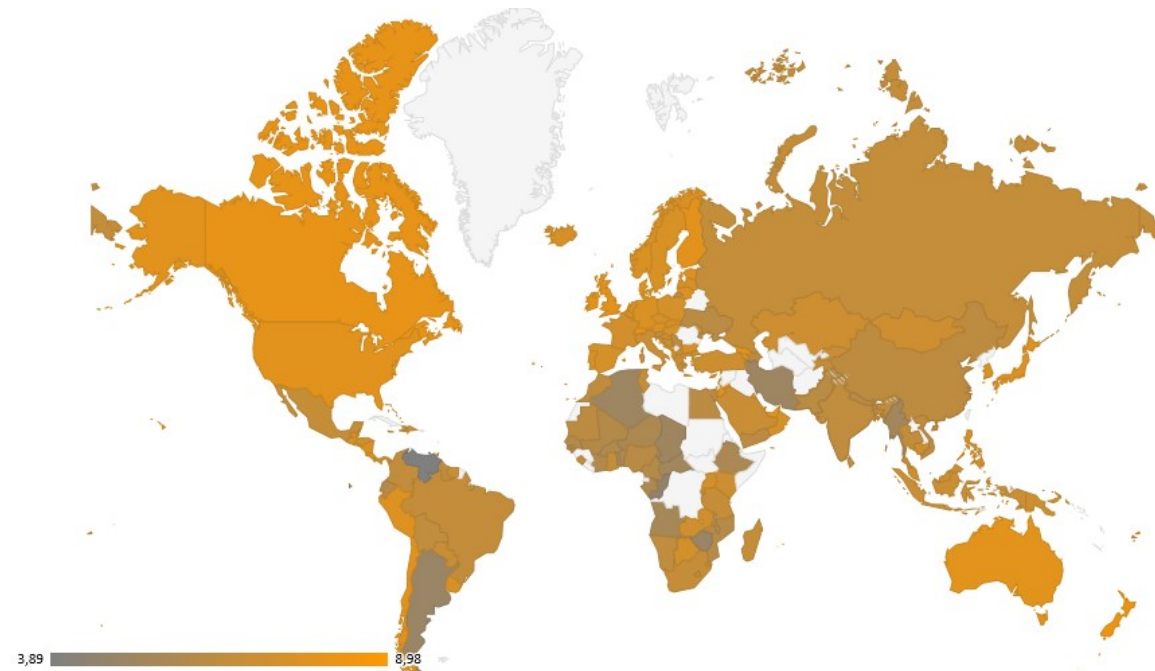
Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 74: Gegenüberstellung des PMR Index der OECD für 2013 auf der x-Achse und des EFW Index des Frazer Institutes für 2012 auf der y-Achse



Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 75: Economic Freedom of the World, EFW Index des Frazer Institutes, 2012 Werte



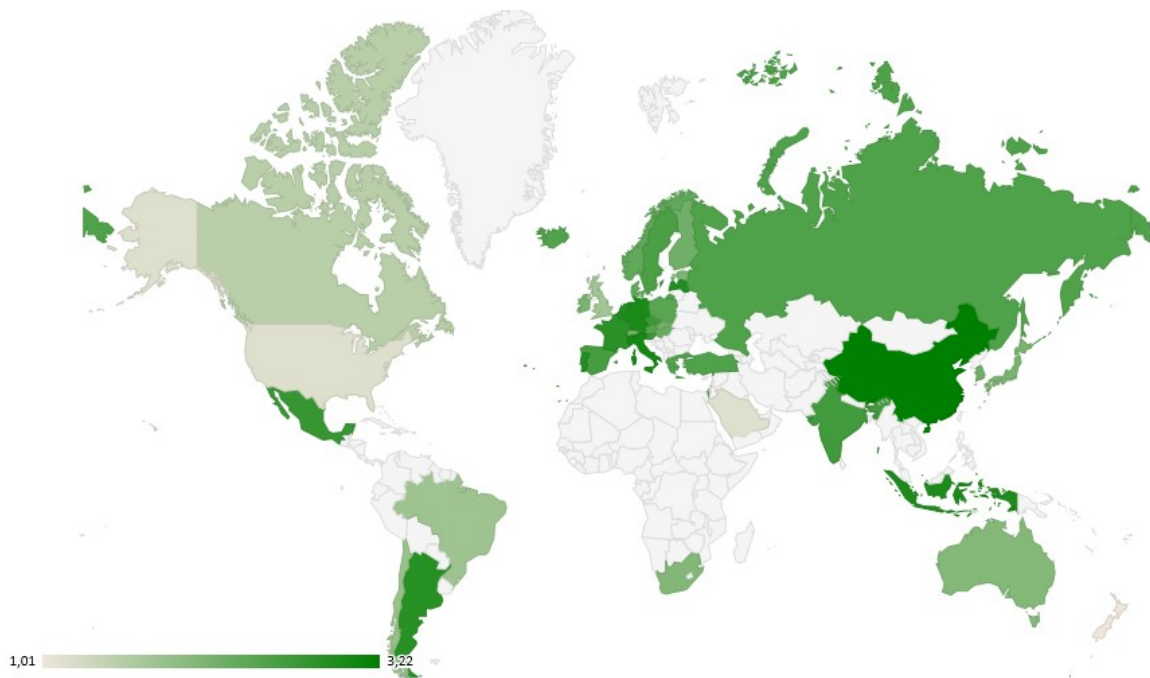
Quelle: Frazer Institute, eigene Darstellung.

5.1.2 Arbeitsmarktregulierung

In internationalen Vergleichen hat sich zur Bestimmung von arbeitsrechtlichen Restriktionen die Heranziehung des OECD Index der ‚Employment Protection Legislation‘ etabliert.⁵¹ Dieser Index erfasst die Kosten und Verfahrensaufwände, die im Zusammenhang mit der Kündigung einzelner MitarbeiterInnen bzw. Belegschaftsgruppen erforderlich sind, sowie die Verfahren, die bei der zeitlich befristeten Neueinstellung relevant sind. Der Index folgt einer Skala von 0 (für geringe Regulierung) bis 6 (restriktives System). Dabei wird zwischen regulären Standardbeschäftigungsverhältnissen und befristeten Arbeitsverhältnissen unterschieden. Anzumerken ist, dass die beiden Indexwerte nicht stark korreliert sind, d.h. die Regulierung der regulären Beschäftigungsverhältnisse ist relativ unabhängig von zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Österreich weist bei beiden Indexwerten mittlere Werte auf.

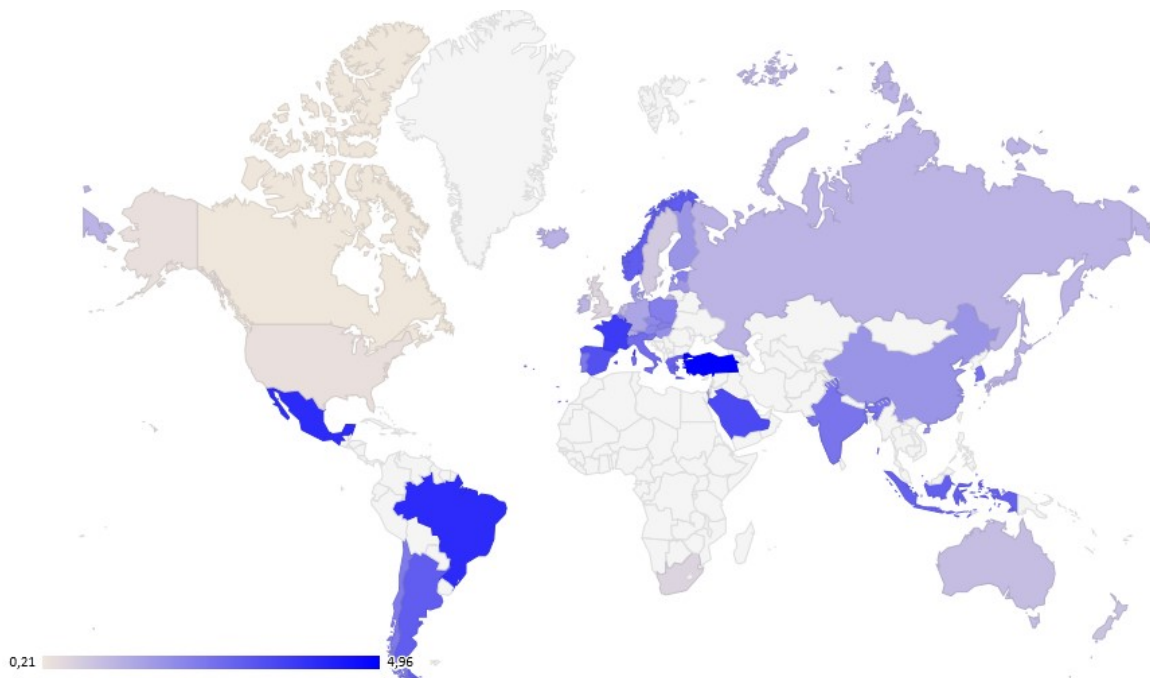
⁵¹ Methodische Informationen finden sich auf der OECD Website unter:
<http://www.oecd.org/employment/emp/oecdindicatorsofemploymentprotection.htm>

Abbildung 76: EPL Index der OECD 2012 Reguläre Standardbeschäftigung



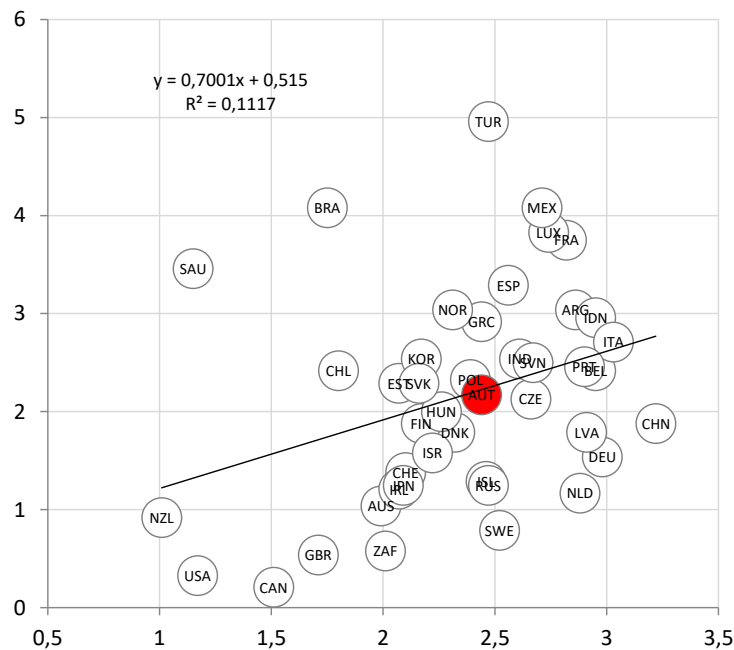
Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 77: EPL Index der OECD 2012 Zeitlich befristete Beschäftigung



Quelle: OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 78: Gegenüberstellung des EPL Index für reguläre Beschäftigte 2012 (x-Achse) und zeitlich befristete Beschäftigte 2012 (y-Achse)



Quelle: OECD, eigene Darstellung.

5.2 Sozio-demographische Einflussfaktoren auf Migrationen

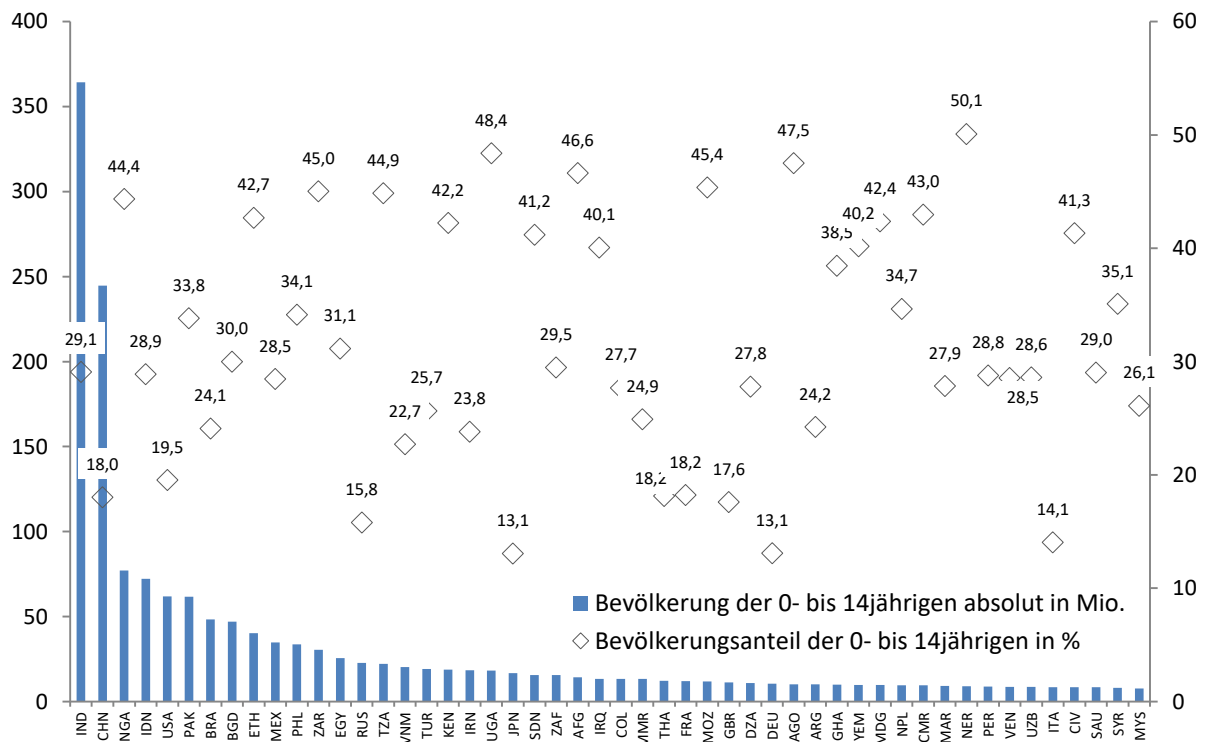
Im Folgenden wird auf wesentliche sozio-demographische Einflussfaktoren auf Migrationsprozesse eingegangen, so etwa die Bevölkerungsgröße, den Grad der sozio-ökonomischen Ungleichheit, die Bildungspartizipation der Jugend, den Anteil der ländlichen Bevölkerung sowie die Bevölkerungsdichte.

5.2.1 Bevölkerungsgröße und Anteil der Jugendlichen

Die empirischen Befunde legen nahe, dass ein hoher Anteil von Jugendlichen einer Migrationsdynamik förderlich ist. Daher wird im Folgenden die Bevölkerung im Alter von 0 bis 14 Jahren sowie deren Bevölkerungsanteil im internationalen Vergleich dargestellt. Diese Altersgruppe ist die Hauptbevölkerungsgruppe, die in mittlerer Zukunft im Fokus der Migration stehen wird.

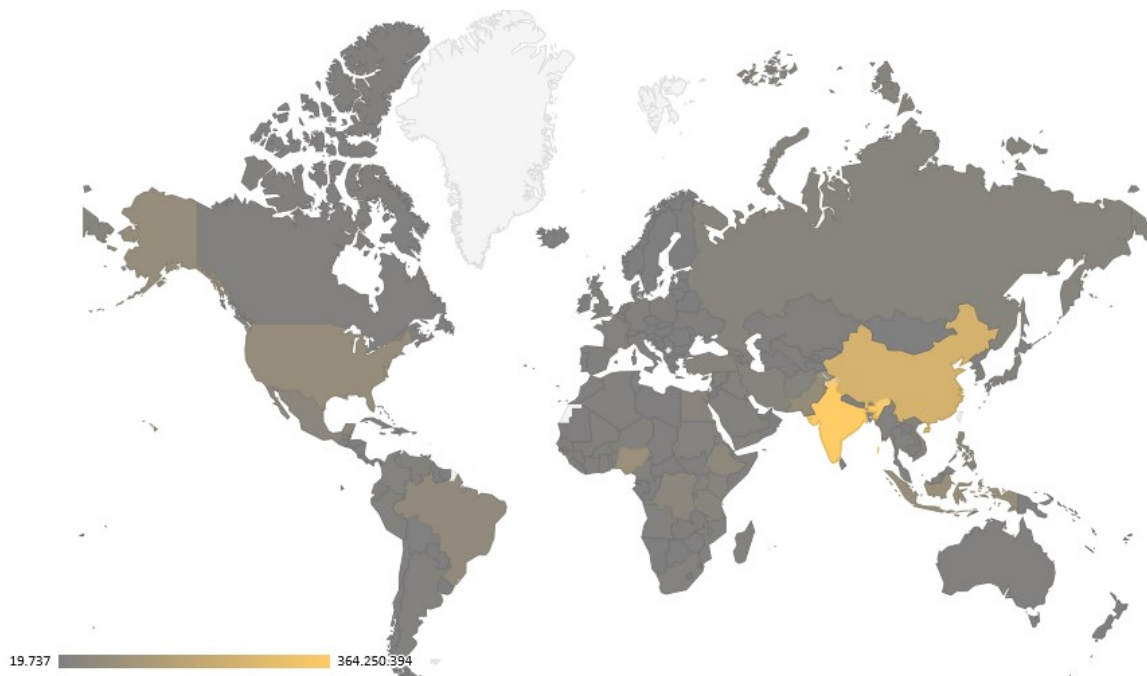
Der internationale Überblick weist auf die herausragende demografische Bedeutung von Indien und China hin. In Indien lebten 2013 etwa 364 Millionen Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren, in China waren es 244,7 Millionen Kinder. Auch Nigeria und Indonesien sind mit 77 bzw. 72 Millionen Kindern von großer Bedeutung. Dabei haben die Indien und China mit den meisten Kindern in absoluten Zahlen keine außerordentlich hohen Anteile der Jugend an der Bevölkerung. China hat mit 18% sogar einen ausgesprochen kleinen Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung. Die größten Anteile weisen afrikanische Länder auf, etwa Niger, der Tschad, Uganda, Angola, Mali sowie Somalia (jeweils 50% bis 47%).

Abbildung 79: Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 14 Jahren im Jahr 2013



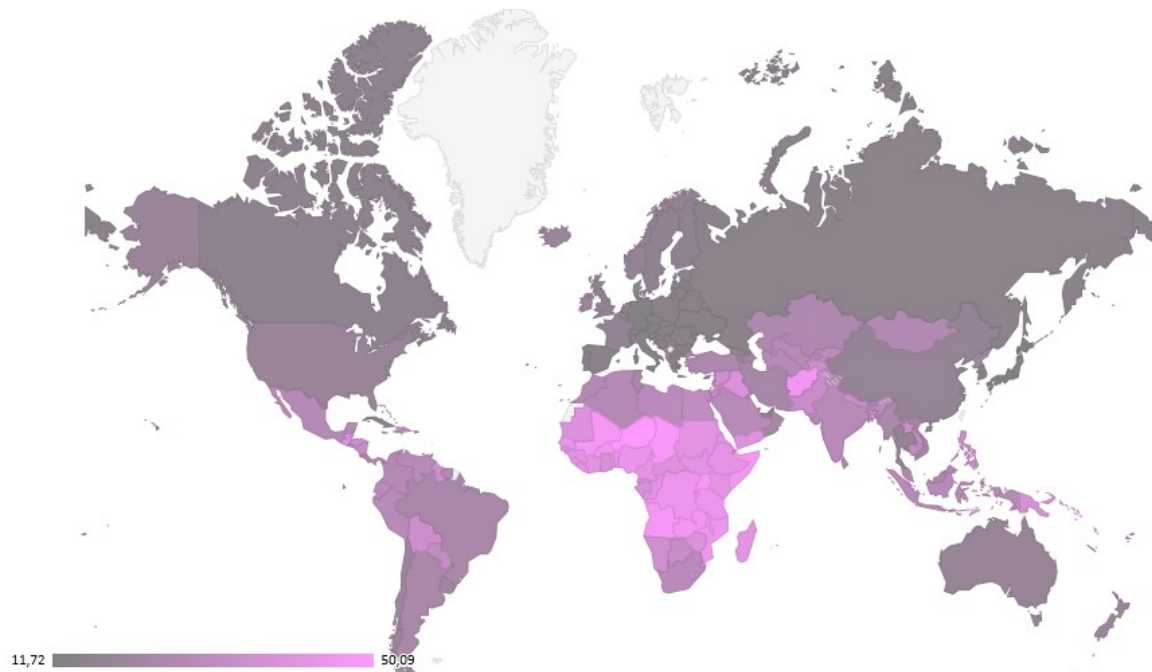
Quelle: OECD, Statistik Austria, eigene Darstellung.

Abbildung 80: Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 14 Jahren im Jahr 2013 gemäß Weltbank sowie Bevölkerungsanteil



Quelle: OECD, Statistik Austria, eigene Darstellung.

Abbildung 81: Anteil der Bevölkerung im Alter von 0 bis 14 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2013 gemäß Weltbank



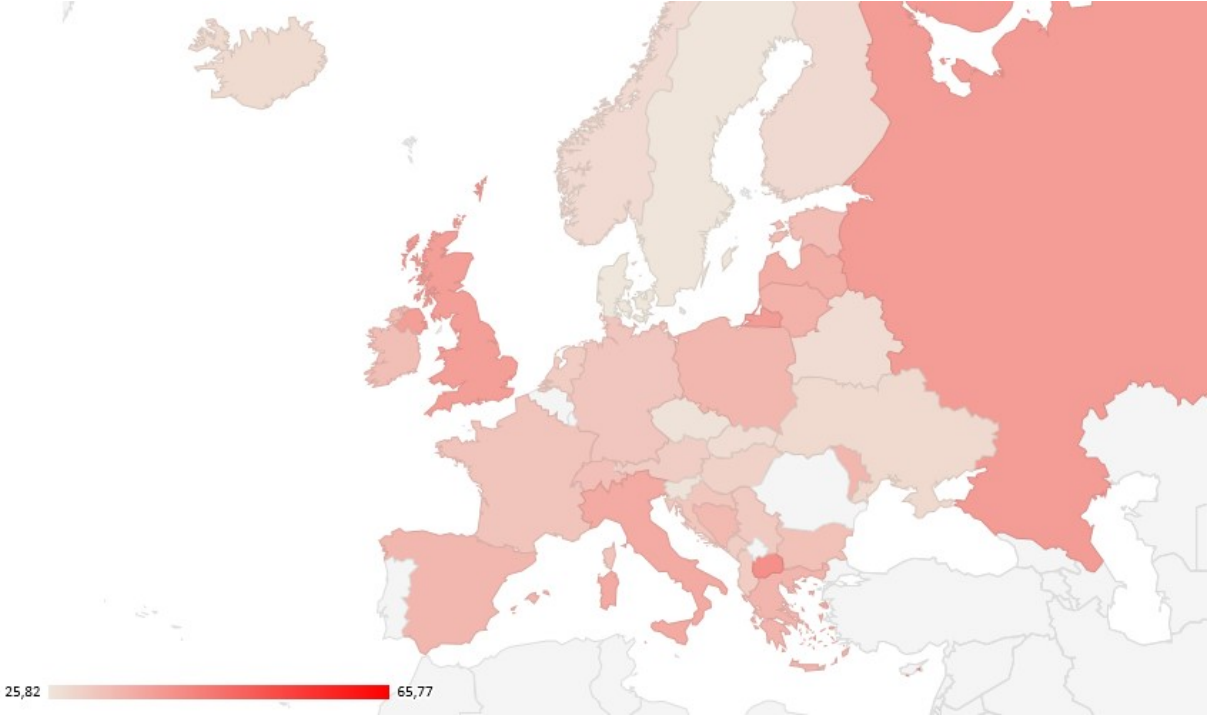
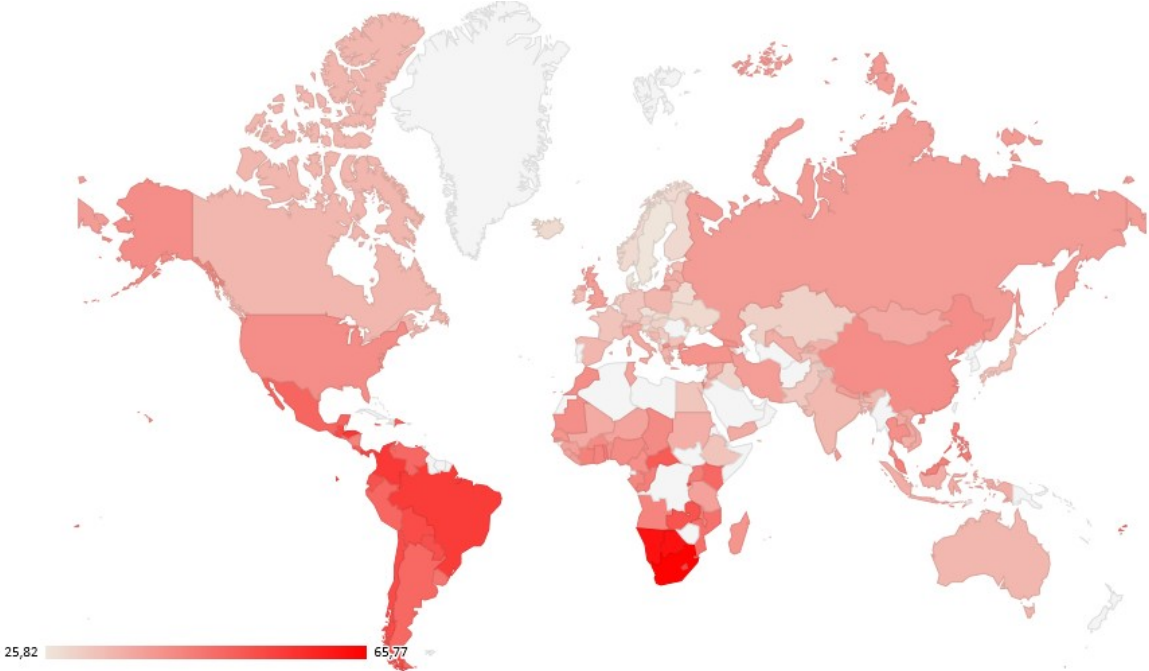
Quelle: OECD, Statistik Austria, eigene Darstellung.

5.2.2 Sozio-ökonomische Ungleichgewichte anhand des Gini-Koeffizienten

In der Literatur wird gezeigt, dass starke Ungleichverteilungen einen Einfluss auf Migrationen haben können. Österreich zählt zu den Ländern mit einem niedrigen Gini-Koeffizienten. Das bedeutet, die sozioökonomische Ungleichverteilung ist in Österreich relativ niedrig. In einer Reihenfolge der 131 Länder, für die die Weltbank einen Gini-Koeffizient berechnet hat, nimmt Österreich im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2013 den 15. Platz ein.

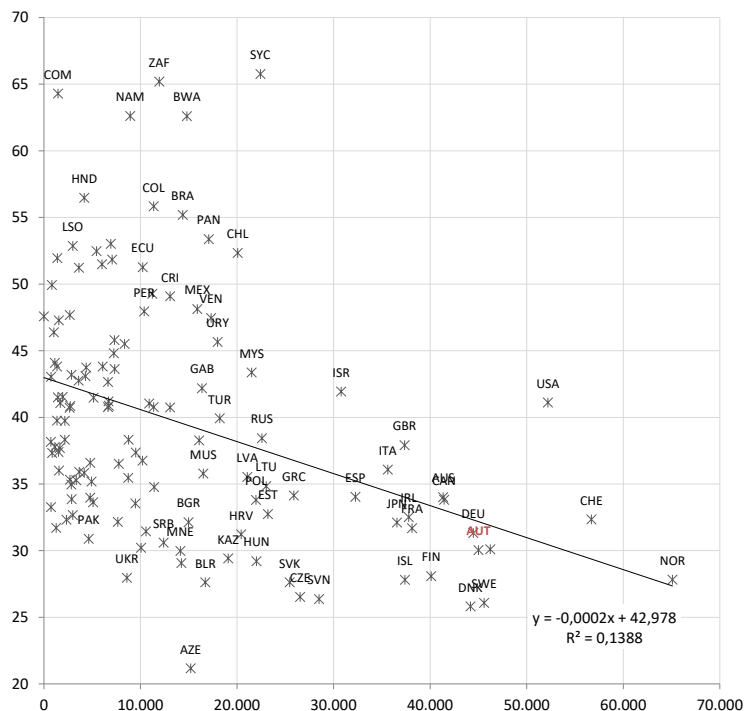
Wie aus Abbildung 83 hervorgeht, besteht eine schwache statistische Systematik dahingehend, dass Länder mit einem höheren Entwicklungsniveau tendenziell einen niedrigeren Gini-Koeffizienten aufweisen. Österreich zählt zu den Ländern, die bei einem hohen Nationaleinkommen pro Kopf in Kaufkraftparitäten einen unterdurchschnittlichen Gini-Koeffizienten aufweisen. Die vergleichsweise flache Einkommensverteilung in Österreich kann somit eine Anziehungskraft für MigrantInnen ausüben, insbesondere wenn es sich um Menschen mit einfachen Qualifikationen am unteren Ende der Sozialhierarchie handelt.

Abbildung 82: Darstellung des GINI Koeffizienten gemäß Weltbank (im Durchschnitt 2003 bis 2013)



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Abbildung 83: Gegenüberstellung Brutto-Nationaleinkommen (GNI) pro Kopf im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 in USD (x-Achse) und Gini-Koeffizient im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2013 (y-Achse)



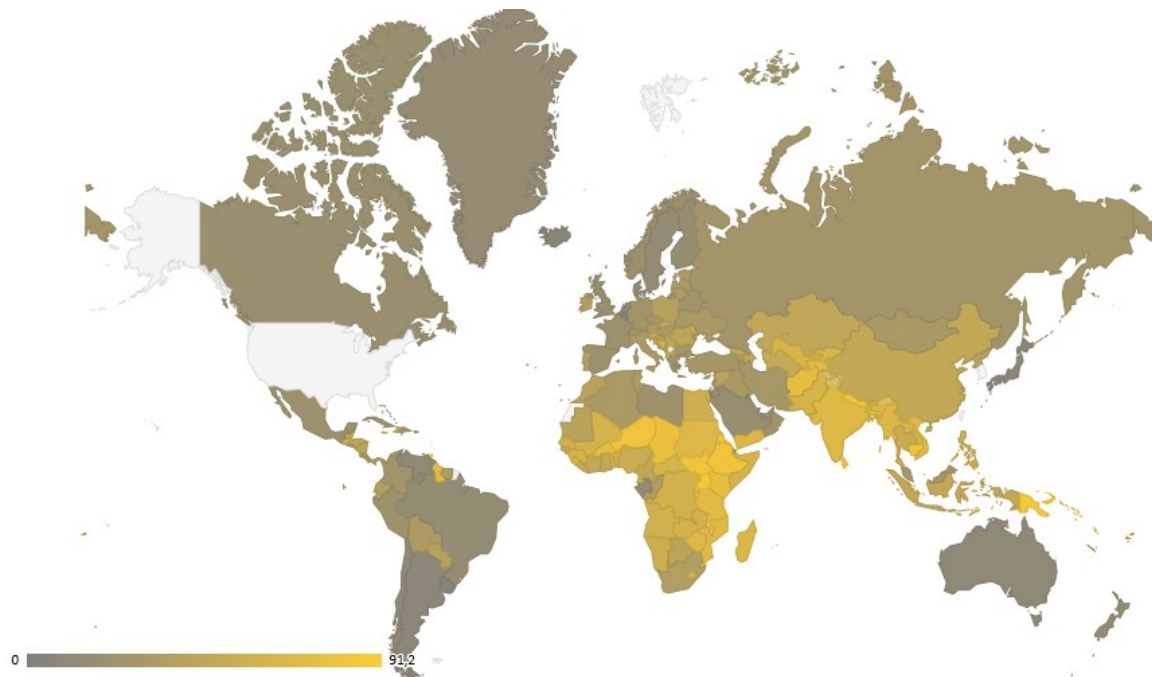
Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

5.2.3 Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung

Relevant im Hinblick auf Migrationsströme ist der Anteil der ländlichen Bevölkerung, da es im Fall von hohen Anteilen infolge von Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft mittelfristig zur Landflucht kommen wird, was Migrationsbewegungen nicht nur im Inland sondern auch ins Ausland zur Folge haben kann. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung ist insbesondere in Afrika, in weiten Teilen Asiens sowie in einzelnen Ländern in Zentral- und Südamerika hoch. Den höchsten Anteil an Landbevölkerung weist Trinidad und Tobago mit 91,2% auf, gefolgt von Burundi (88,8%), Papua Neuguinea (87%) und Uganda (84,9%) auf. Migrationsbewegungen aus diesen Regionen zeichnen sich schon jetzt ab.

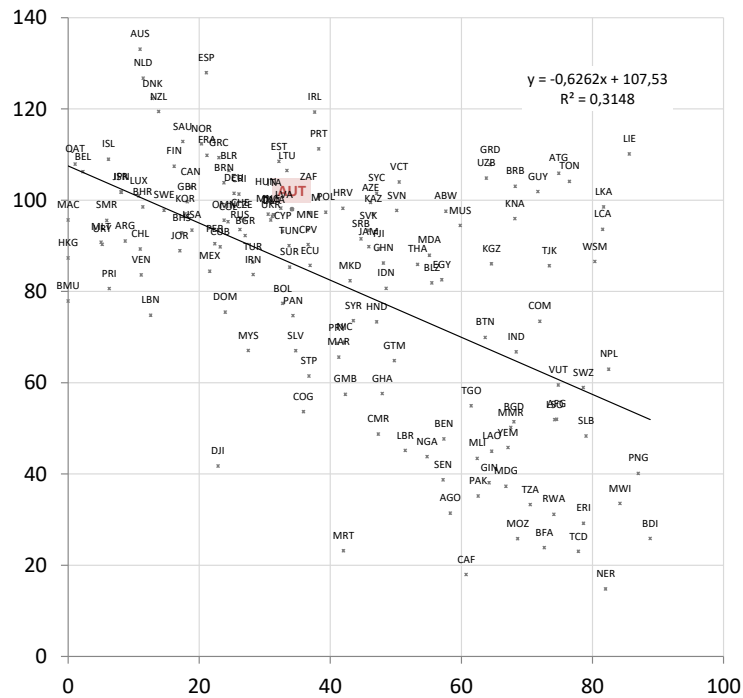
Eine Gegenüberstellung der Schuleinbindungsraten und des Anteils der ländlichen Bevölkerung zeigt, dass Staaten mit hoher Landbevölkerung dazu tendieren, eine geringere Schuleinbindungsquote aufzuweisen. Als das Land mit der niedrigsten Schuleinbindungsquote (14,8%), weist Niger einen Landbevölkerungsanteil von etwa 82% auf. Die zentralafrikanische Republik weist bei einer Schuleinbindungsquote in das Sekundarsystem von nur etwa 18% einen Landbevölkerungsanteil von 60,7% auf. Auf der anderen Seite der Skala stehen die westlichen Industriestaaten, die die höchsten Schuleinbindungsquoten nahe 100% erzielen und häufig einen hohen Verstädterungsgrad aufweisen. Für Österreich im Speziellen zeigt sich bei einem Landbevölkerungsanteil im gehobenen unterdurchschnittlichen Bereich eine Schuleinbindungsquote von 100%.

Abbildung 84: Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Abbildung 85: Anteil der Landbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 (x-Achse) sowie der Einbindung der Bevölkerung in das Sekundarschulsystem im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 (y-Achse)

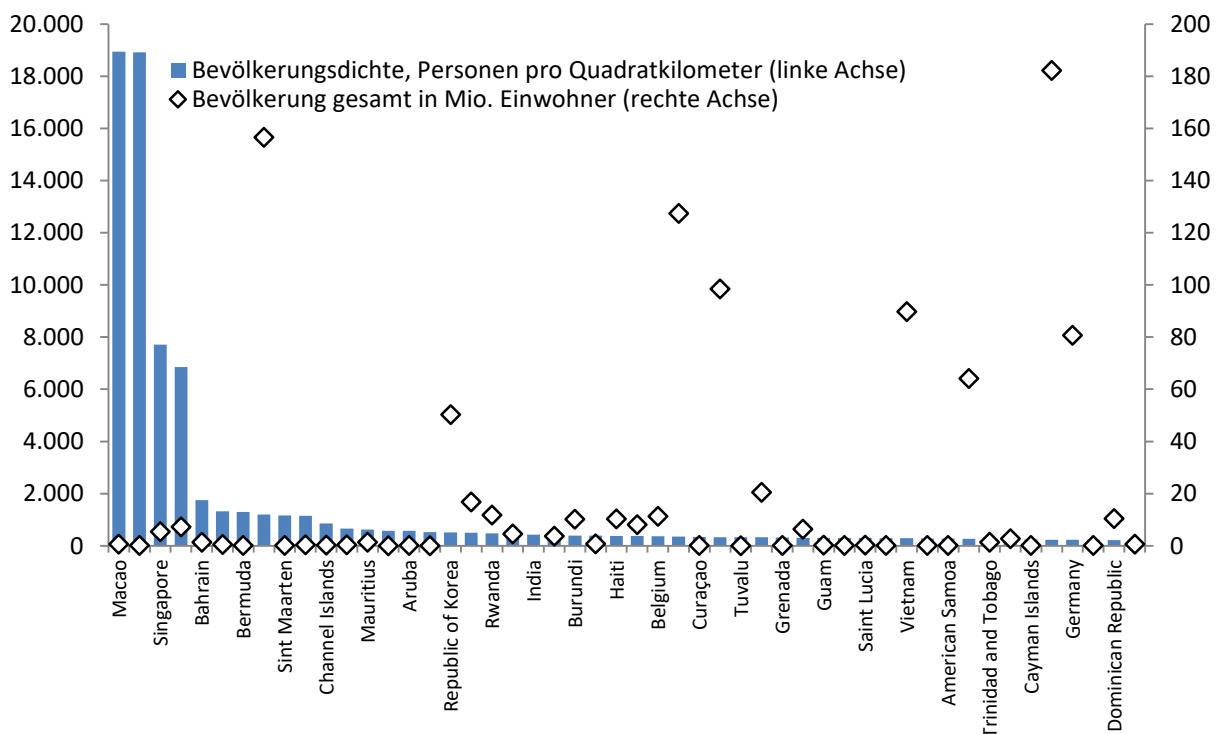


Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

5.2.4 Bevölkerungsdichte

Als weiterer relevanter demografischer Indikator für Migrationen ist noch die Bevölkerungsdichte zu nennen. Länder mit einer höheren Bevölkerungsdichte kommen tendenziell eher als Herkunftsland in Betracht bzw. Personen aus diesen Ländern weisen eine höhere Migrationswahrscheinlichkeit auf. Die Weltbank publiziert Informationen zur Bevölkerungsgröße pro Quadratkilometer. Dabei sind einige Mega-Cities als Ausreißer zu berücksichtigen. Städte wie Singapur (Bevölkerungsdichte von 7.700 Einwohnern pro Quadratkilometer bei insgesamt 5,4 Mio. Einwohnern), Hong Kong (Bevölkerungsdichte von 6.800 bei 7,2 Mio. Einwohnern) oder zum Teil auch Macau (18.942 Einwohner pro Quadratkilometer bei insgesamt 566.300 Einwohnern) weisen auf engem Raum vergleichsweise große Bevölkerungsgrößen auf. Danach folgen Insel- und Stadtregionen, die eine hohe Dichte bei vergleichsweise kleiner Bevölkerung aufweisen. Dies sind etwa Monaco (etwa 18.900 Einwohner pro Quadratkilometer bei insgesamt 37.831 Einwohnern), Bahrain (1.750) oder Bermuda (1.300). Von den Flächenstaaten weist etwa Südkorea mit einer Bevölkerungsdichte von 515 Einwohnern pro Quadratkilometer bzw. 50,2 Mio. Einwohnern insgesamt die größte Dichte auf.

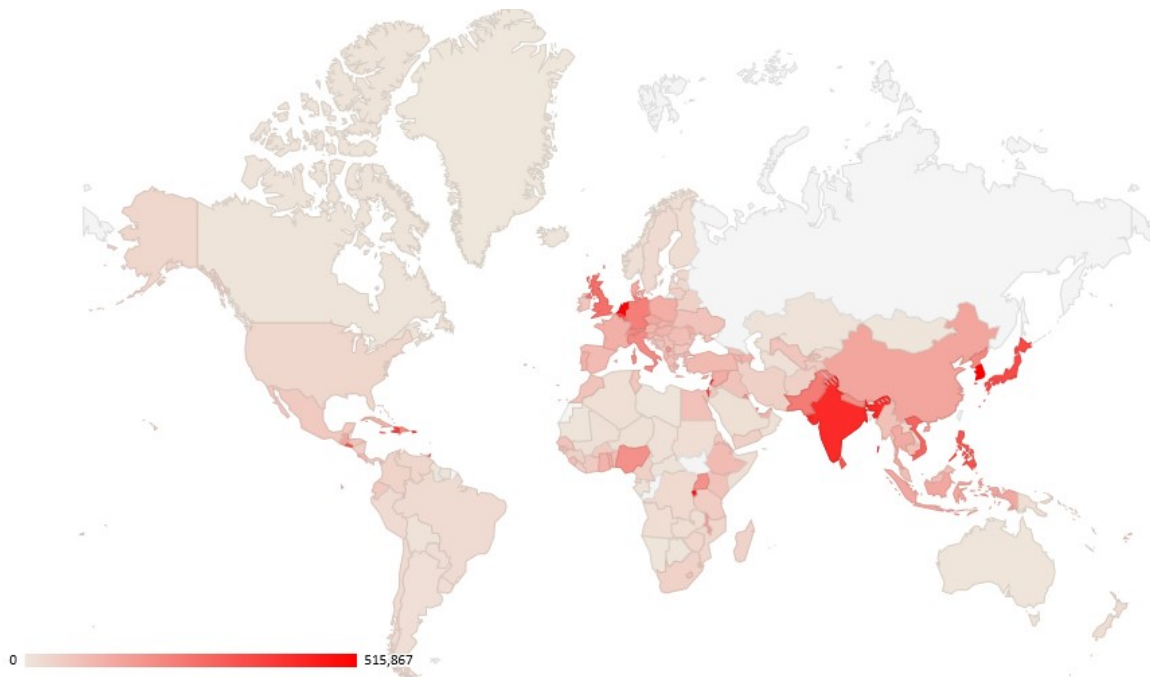
Abbildung 86: Darstellung Bevölkerungsdichte Einwohner pro Quadratkilometer und Darstellung der Bevölkerungsgröße gesamt 2013 in Mio. Einwohner, Auswahl der TOP 50 Länder mit höchster Bevölkerungsdichte sowie Reihung nach der Dichte



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

In der folgenden Darstellung sind weltweit alle Länder nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsdichte ab Südkorea dargestellt. Dabei zeigen sich weltweit beträchtliche Unterschiede. Insbesondere im asiatischen Raum weisen einige Länder bemerkenswert hohe Werte auf. Allen voran steht Indien mit einer Dichte von 421 Einwohnern pro Quadratkilometer, dies bei einer Bevölkerungsgröße von 1,25 Mrd. Einwohnern. Bei wesentlich geringerer Bevölkerungsgröße von 16,8 Mio. Einwohnern weisen auch die Niederlande eine beachtliche Bevölkerungsdichte von etwa 500 Personen pro Quadratkilometer auf. Österreich liegt mit 102 Personen pro Quadratkilometer eher im Mittelfeld des Rankings.

Abbildung 87: Länder nach Bevölkerungsdichte, Einwohner pro Quadratkilometer 2013, exkl. ‚Ausreißer‘ der TOP 16 Stadtstaaten mit größter Dichte

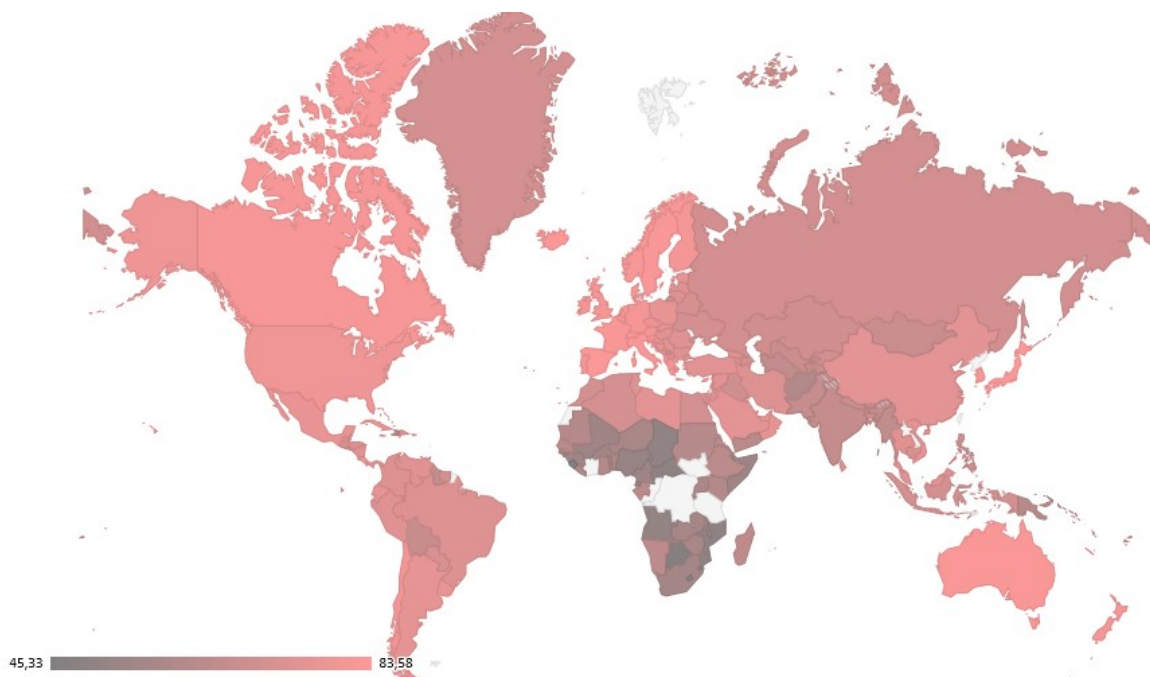


Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

5.2.5 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Ebenfalls relevant im Hinblick auf die Abschätzung von Migrationspotenzialen erscheint der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Als Anhaltspunkt für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wird die Lebenserwartung bei Geburt herangezogen.

Abbildung 88: Lebenserwartung bei Geburt im Durchschnitt 2011 bis 2013 gemäß Weltbank



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung.

Dabei wird eine geringe Lebenserwartung als Indiz für einen eher niedrigen Lebensstandard und schlechte Gesundheitsbedingungen gewertet. In der globalen Betrachtung sind insbesondere afrika-

nische und asiatische Staaten von einer geringen Lebenserwartung betroffen. Das Land mit der höchsten statistischen Lebenserwartung bei Geburt (nach Hong Kong mit 83,6 Jahren und San Marino mit 83,3 Jahren) ist Japan mit etwa 83 Jahren, gefolgt von Island (82,8 Jahre), der Schweiz (82,7 Jahre), Spanien (82,4 Jahre) und Italien (82,2 Jahre). Das Land mit der niedrigsten Lebenserwartung gemäß Weltbank ist Sierra Leone mit 45,3 Jahren. Danach folgen Botswana (47 Jahre), Lesotho (48,8 Jahre) und Swasiland.

6 Unterschiedliche Kulturen und Migrationspolitik

Migrationen sind und waren stets ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung und menschlicher Biographien. Sie sind mit einer kulturellen Diversifizierung der Gesellschaften verbunden, die von Nationalstaaten häufig als Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen werden. Samuel Huntington thematisiert in seinem Buch „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ (1998) kulturelle Unterschiede zwischen Nationen und sieht in der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Macht Chinas einerseits und in der Entwicklung eines fundamentalistischen politischen Islam andererseits eine Gefahr für die internationale politische Stabilität. Obschon die pauschale Koppelung von Kultur und Raum einer empirischen Untersuchung nicht standhält, bringt sein Buch doch die großen Unsicherheiten unserer westlichen Gesellschaft im Umgang mit ‚fremden‘ Kulturen zum Ausdruck, unabhängig davon, ob diese Kulturen weit weg oder unter uns sind⁵².

Den Kulturen bzw. der ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit wird in der heutigen, globalisierten Postmoderne zunehmende Bedeutung für die Identitätsstiftung beigemessen, im Gegensatz zur identitätsstiftenden Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Klasse oder ideologischen Positionierung, die typisch für die Moderne war. Daraus können sich neue Bruchlinien für Konflikte ergeben, die die traditionellen Antagonismen zwischen sozialen Klassen bzw. Schichten überlagern. Aus diesen Überlegungen heraus sieht die EU in der Förderung der Integration von MigrantInnen eine prioritäre Aufgabe, die dem Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen förderlich sein soll.

Auch wir widmen der ethnisch-kulturellen Vielfalt ein eigenes Kapitel, nicht zuletzt um ein besseres Verständnis für die Herkunftsstruktur der MigrantInnen und die Implikationen für das gemeinsame Zusammenleben zu erlangen. Wir gehen in dem Zusammenhang auf Kulturvergleiche ein, die Hofstede erstellt, und vergleichen die von Hofstede aufgestellten Charakteristika für Österreich mit anderen Staaten, die typische Herkunftsländer von MigrantInnen in Österreich sind.

Im Anschluss daran gehen wir auf andere Modelle des internationalen Kulturvergleichs ein und heben kritische Punkte in derartigen Bezugssystemen hervor. Daraus ist abzuleiten, dass es schwierig bis unmöglich ist, Kulturkonzepte so zu operationalisieren, dass daraus politische Handlungsoptionen abgeleitet werden könnten.

⁵² Huntington differenziert nicht zwischen Kultur und Zivilisation, einer Unterscheidung, der im deutschen Sprachraum großes Augenmerk geschenkt wird. Der Begriff Kultur wird mit Bildung, moralischem Verhalten, Brauchtum, Sprache und gemeinsamen religiösen Verhaltensmustern in Verbindung gebracht während Zivilisationen aus technologischen und wissenschaftlichen Entwicklungen, einer gesellschaftlichen Strukturierung (Klassen, Hierarchien, Arbeitsteilung) verbunden mit Staatenbildung entstehen.

6.1 Hofstede's Modell des Kulturvergleichs

6.1.1 Die Entwicklung von Hofstede's Modell zum länderspezifischen Kulturvergleich

Das Modell von Geert Hofstede stellt den ersten und wohl auch bekanntesten Versuch dar, Unterschiede zwischen länderspezifischen (nationalen) Kulturen anhand von konzeptuellen Dimensionen statistisch quantifizierbar zu machen.⁵³

Hofstede war Mitglied einer Forschungsgruppe bei der US-Firma IBM, die mittels Fragebogen die Einstellungen von MitarbeiterInnen in den weltweit verstreuten Niederlassungen dieses internationalen Konzerns erhob. Auf diese Weise konnten zwischen 1967 und 1972 rund 116.000 Fragebögen aus insgesamt 70 Ländern gesammelt werden. Obwohl diese Daten ursprünglich für unternehmensinterne Zwecke gesammelt worden waren, bildeten sie auch die Grundlage für den Vergleich ‚nationaler Kulturen‘. Um dieses Ziel zu erreichen, konstruierte Hofstede in einem ersten Schritt aus länderspezifischen Stichproben von Personen mit vergleichbarem soziodemographischem Hintergrund (z.B. Status, Geschlecht, etc.) typische Verhaltensmuster. In einem weiteren Schritt begann Hofstede damit, Daten nicht auf einer individuellen, sondern auf einer nationalen Ebene zu vergleichen. Um den länderspezifischen Antwortwert auf eine Frage zu ermitteln, errechnete er den Mittelwert aus allen Antworten innerhalb der zuvor gebildeten Stichprobe. Durch den Vergleich der Korrelation zwischen einzelnen Merkmalen und durch eine Faktoranalyse einiger länderspezifischen Mittelwerte identifizierte er schließlich vier Dimensionen, nach denen länderspezifische Kulturen unterschieden werden konnten. Jede dieser Dimensionen wurde durch Antworten auf drei bis sechs Fragen aus dem ursprünglichen Fragebogen definiert. (Smith, Fischer, Vignoles, & Bond 2013: S. 26f.)

Die vier Dimensionen „Machtdistanz“, „Individualismus vs. Kollektivismus“, „Maskulinität vs. Femininität“ und „Unsicherheitsvermeidung“, die bestimmte Eigenschaften von länderspezifischen Kulturen (und nicht von Individuen) vergleichbar machen, bildeten die Basis für Hofstede's Modell, das 1980 in der klassischen Studie *Culture's Consequences* (Hofstede, 1980) veröffentlicht wurde. Später wurde das Modell um zwei Dimensionen („Lang- oder kurzfristige Ausrichtung“, „Nachgiebigkeit vs. Beherrschung“) auf insgesamt sechs Dimensionen erweitert. Auch die Datenbasis wurde verbreitert. So wurden für die ersten vier Dimensionen die ursprünglichen IBM-Daten durch Daten aus einer großen Anzahl an Folgestudien ergänzt, wodurch das Modell auf nunmehr 76 Länder angewendet werden konnte. Die beiden zuletzt genannten Dimensionen wurden durch eine komplett andere Datenbasis unterlegt, nämlich durch den World Values Survey.⁵⁴ Sie konnten in der Folge auf 93 Länder angewandt werden. (Hofstede, Hofstede, & Minkov, 2010).

Was die sechs Dimensionen des Kulturvergleichs im Einzelnen bedeuten, lässt sich am besten anhand eines Beispiels erläutern, in unserem Fall anhand des Beispiels Österreich, das auch auf der Website des Hofstede Centre⁵⁵ aufgerufen werden kann. Die hier angeführten Daten und die verwendeten Definitionen basieren auf dem Buch *Cultures and Organizations – Software of the Mind*. (Hofstede, Hofstede, & Minkov, 2010).

1. Machtdistanz

Machtdistanz misst die Erwartungshaltung und den Grad der Akzeptanz von Machtungleich-

⁵³ Andere Ansätze sind etwa das GLOBE project, Trompenaars, Hall, Schwartz.

⁵⁴ <http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>

⁵⁵ <http://geert-hofstede.com/austria.html>

gewichten der Menschen, die in ihren Organisationen oder Institutionen geringe Möglichkeiten der Machtausübung haben. Diese Dimension wurde anhand von drei Fragen definiert: 1) wie häufig Angestellte davon zurückschrecken, ihre abweichende Meinung ihren Vorgesetzten gegenüber zu äußern, 2) wie sehr Angestellte einen eher autokratischen Führungsstil ihrer Vorgesetzten wahrnehmen und 3) wie sehr Angestellte einen eher autokratischen Führungsstil ihrer Vorgesetzten erwarten.

Der österreichische Wert in dieser Dimension ist der geringste unter 76 Ländern. Das bedeutet, dass Arbeitskräfte in Österreich ein Führungsverhalten erwarten, das Vorgesetzte zugänglich für die Anliegen ihrer Untergebenen macht, bzw. in dem Vorgesetzte eher als Coaches und Unterstützer wahrgenommen werden und wo Hierarchien eher eine geringe Bedeutung haben. In diesem Fall ist Macht sehr dezentralisiert, Vorgesetzte berücksichtigen in hohem Maß die Erfahrungen ihrer MitarbeiterInnen. Es wird erwartet, dass MitarbeiterInnen um ihre Meinung gefragt werden. Kontrolle wird abgelehnt und das Verhalten gegenüber Vorgesetzten ist in der Regel eher formlos. Partizipative Kommunikation hat große Bedeutung.

2. Individualismus vs. Kollektivismus

Das wichtigste Thema in dieser Dimension ist das Ausmaß an wechselseitiger Abhängigkeit von Mitgliedern einer Gesellschaft. Von Mitgliedern individualistischer Gesellschaften wird erwartet, dass sie sich v.a. um sich selbst und ihre engen Angehörigen kümmern, während Individuen in kollektivistischen Gesellschaften in größeren Gruppen bzw. Verbänden eingebunden sind, die um den Preis von Loyalitätsbekundungen füreinander sorgen. Gemessen wird diese Dimension einerseits anhand von individualistischen Merkmalen, etwa 1) dem Ausmaß an persönlicher Zeit abseits der Arbeit, 2) der Freiheit, eigene Wege zu gehen, etwa in der Berufsentscheidung, sowie 3) dem Ausmaß der persönlichen Herausforderungen, die auch das Gefühl persönlicher Leistungen/Erfolge ermöglichen. Andererseits werden in dieser Dimension kollektivistische Merkmale erhoben, wie 4) die Möglichkeit zu Training und Weiterbildung, 5) physische Rahmenbedingungen, wie Luft, Licht und Raum beim Arbeiten, sowie 6) Herausforderungen, die eine angemessene Nutzung der eigenen Fähigkeiten zulassen.

Mit einem Index-Wert von 55, bzw. dem Rang 29 unter 76 Staaten kann Österreich als ein individualistisches Land angesehen werden. Von den Individuen wird erwartet, dass sie sich um sich selbst kümmern. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist auf den beiderseitigen Vorteil angelegt, die Rekrutierung und die Beförderung von MitarbeiterInnen beruht vor allem auf Leistung und Verdiensten.

3. Konkurrenzorientierung vs. Lebensqualität⁵⁶

In dieser Dimension wird der Gegensatz zwischen Konkurrenzorientierung und der Orientierung an Lebensqualität und Sicherheit erhoben. Konkurrenzorientierte Kulturen sind gekennzeichnet durch 1) die Möglichkeit, hohe Einkommen zu lukrieren, 2) ein hohes Maß an beruflicher Anerkennung, 3) die Möglichkeit zur Beförderung und 4) Herausforderungen, die per-

⁵⁶ Hofstede wurde für die Benennung dieser Dimension entlang der Unterscheidung Maskulinität vs. Femininität zu Recht kritisiert, da sie Geschlechterstereotypen perpetuiert (siehe etwa Smith, Fischer, Vignoles, & Bond, 2013, S. 31). Wir benennen diese Dimension daher in Konkurrenzorientierung vs. Lebensqualität um.

sönliche Erfolgserlebnisse ermöglichen. An Lebensqualität orientierte Kulturen sind eher durch 5) gute Beziehungen zu direkten Vorgesetzten, 6) Kooperation unter Gleichrangigen, 7) einem hohen Stellenwert eines attraktiven Lebensraums und 8) Beschäftigungssicherheit gekennzeichnet. In statusorientierten Ländern geht es vor allem darum, der Beste zu sein, während gegenteilig orientierte Länder eher auf Lebensqualität setzen.

Mit insgesamt 79 Indexpunkten und dem 3. Platz unter 76 Ländern kann Österreich als Land identifiziert werden, das statusorientierte Verhaltensweisen bevorzugt. Österreich ist in besonders hohem Maß erfolgsorientiert. Führungskräfte sollen entscheidungsfreudig sein, die Betonung liegt auf Wettbewerb und Leistung. Folgt man der Interpretation des Hofstede Centres, dann lässt sich diese Haltung auch an den harten Auseinandersetzungen in Wahlkämpfen feststellen.

4. Unsicherheitsvermeidung

In der Dimension Unsicherheitsvermeidung geht es darum, wie sehr sich eine länderspezifische Kultur durch Ambiguität und unklare Situationen bedroht fühlt, bzw. durch die eigenen Glaubenssätze und Institutionen Unsicherheit zu vermeiden sucht. Diese Dimension wurde durch drei Merkmale definiert, nämlich 1) dem empfundenen Stress im Job, 2) dem Drang, Regeln zu befolgen und 3) der Absicht, eine langfristige Bindung mit dem Arbeitgeber einzugehen.

Mit dem Wert 70 befindet sich Österreich an 34. Stelle unter 76 Ländern. Das bedeutet, dass Österreich ein Land ist, in dem rigide Vorstellungen über erwünschte Werthaltungen und Verhaltensweisen gelten und in dem man gegenüber unorthodoxen Ideen und Verhaltensweisen (bzw. auch anderen Kulturen⁵⁷) intolerant ist. Wie in anderen Ländern mit hohen Werten in dieser Dimension besteht auch in Österreich ein großes Bedürfnis nach klaren Regeln, ungeachtet dessen, ob sie durchgesetzt werden. Was individuelle Motivationen angeht, so ist das Sicherheitsbedürfnis stärker als der Wunsch nach Innovation und Veränderung. Entscheidungen werden erst nach sorgfältiger Analyse aller verfügbaren Informationen getroffen.

5. Lang- oder kurzfristige Ausrichtung

Diese Dimension beschreibt die Orientierung einer länderspezifischen Kultur an Vergangenheit und Zukunft. Normative Kulturen, die geringe Werte in dieser Dimension aufweisen, bevorzugen die Orientierung an traditionellen Werten und sind gegenüber sozialen Veränderungen eher misstrauisch. Kulturen mit höheren Werten in dieser Dimension können als vergleichsweise pragmatischer und zukunftsorientierter angesehen werden. Fest gemacht wird diese Dimension durch Antworten auf die Fragen, 1) ob Sparsamkeit ein wichtiger Wert ist, der Kindern vermittelt werden sollte, 2) wie stolz Respondenten auf ihr Land sind und 3) wie wichtig der Einsatz für andere ist.

Mit einem relativ hohen Wert von 60 Indexpunkten in dieser Dimension befindet sich Österreich an 33. Stelle unter 93 Länder und kann daher als pragmatische Kultur bezeichnet werden, die sich stark an gegenwärtigen Situationen und Kontexten orientiert. Die österreichi-

⁵⁷ Tatsächlich verwendeten die Autoren sogar eine Anekdote aus Österreich, um den Zusammenhang zwischen der Tendenz zur Unsicherheitsvermeidung und der Inzidenz von Intoleranz, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit darzustellen. (vgl. Hofstede, Hofstede, & Minkov, 2010).

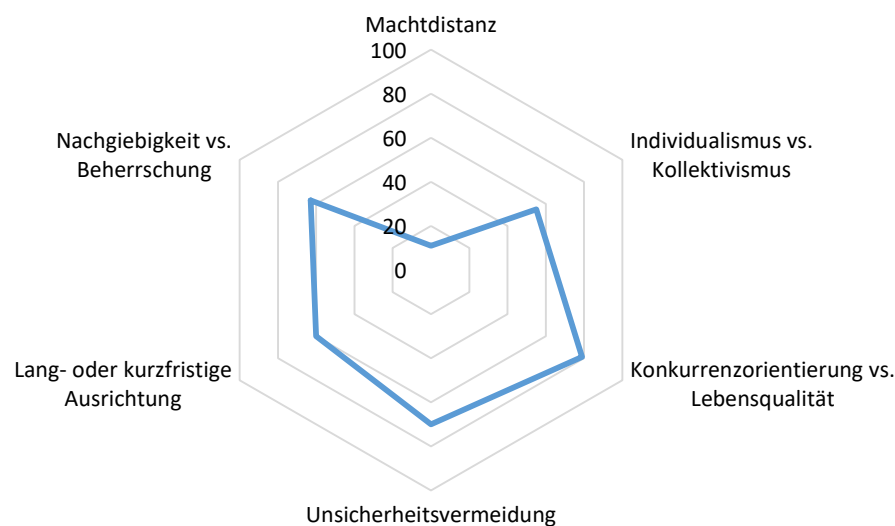
sche Kultur ist auch durch hohe Anpassungsfähigkeit, Sparsamkeit und die Bereitschaft, Investitionen in die Zukunft zu tätigen, sowie durch Ausdauer, wenn man ein Ziel erreichen will, gekennzeichnet.

6. Nachgiebigkeit vs. Beherrschung

In dieser letzten Dimension wird beschrieben, wie sehr eine länderspezifische Kultur die Äußerung und rasche Befriedigung von Bedürfnissen zulässt, oder ob sie eher auf Bedürfniskontrolle und Selbstbeherrschung abstellt. Definiert wird diese Dimension durch Antworten auf die Frage, 1) wie glücklich sich Respondenten selbst einschätzen, 2) wie viel Kontrolle sie sich über ihr eigenes Leben zuschreiben und 3) wie wichtig sie Freizeit einschätzen.

Mit einem Indexwert von 63 befindet sich Österreich an 23. Stelle unter 93 Ländern und ist daher eher hedonistisch eingestellt. Mit anderen Worten kann Österreich als Land bezeichnet werden, in dem Lebensfreude und Lebenslust einen hohen Stellenwert genießen. Die österreichische Kultur zeichnet sich durch Optimismus aus, Freizeit ist besonders wichtig.

Abbildung 89: Die österreichische ‚Kultur‘ in 6 Dimensionen



Quelle: Hofstede, Hofstede, & Minkov, 2010, eigene Darstellung

6.1.2 Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit Hofstede's Kulturmodells in der Migrationspolitik

Hofstede's Modell basiert auf einer sehr fundierten Datenbasis und komplexen statistischen Verfahren, es wurde breit rezipiert und Ergebnisse konnten in vielen Folgestudien bestätigt werden. Das Modell findet Eingang in strategischen Managemententscheidungen, Standort- und Investitionsentscheidungen. Es liegt daher nahe, es auch in der Migrationspolitik zu berücksichtigen. Wir gehen in der Folge der Frage nach, welche Dimensionen der Herkunftsregionen der Migrationsströme nach Österreich eine große Übereinstimmung und welche große Abweichungen aufzuweisen haben.

Im Vorfeld ist allerdings zu bedenken, dass man große Vorsicht bei der Entwicklung von Schlussfolgerungen walten lassen muss. So weist Hofstede etwa selbst darauf hin, dass die länderspezifischen Werte aus einer großen Bandbreite individueller Antworten errechnet wurden; daher muss vermie-

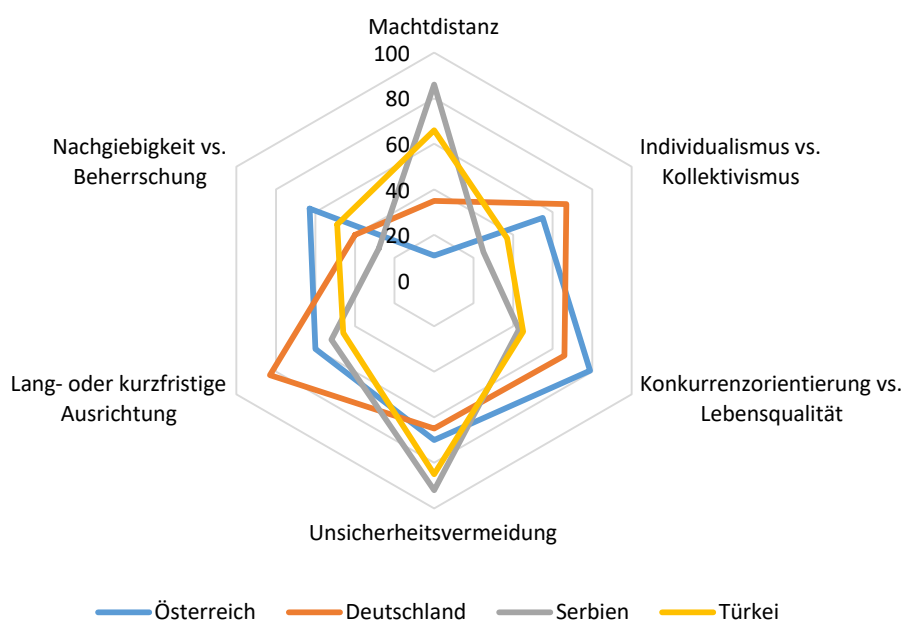
den werden, in einer stereotypisierenden Weise von den länderspezifischen Werten auf die Präferenzen von Einzelpersonen zu schließen. (Hofstede, Hofstede, & Minkov, 2010, S. 39f.)

Weiters weist Hofstede darauf hin, dass die hier dargestellten, länderspezifische Kulturen nur eine mögliche Aggregationsform von ‚Kultur‘ unter anderen Alternativen darstellt. Auch ethnische Gruppen, Organisationen, Professionen, aber auch Geschlechter, Generationen oder soziale Klassen könnten anhand ihrer kulturellen Besonderheiten unterschieden werden, was jedoch auch andere Erhebungs- und Analyseinstrumente erforderlich machen würde. (Hofstede, 2011: S. 3). Einzelpersonen können daher auch mehreren kulturellen Kontexten zugehörig sein.

Es sollte auch berücksichtigt werden, dass Hofstede sich um die Zusammenstellung möglichst homogener, bzw. vergleichbarer Stichproben bemühte und andererseits die verwendeten Datensätze auch ein gewisses Alter aufweisen. Sowohl veränderte demographische Zusammensetzungen der Stichproben, als auch zeitliche Veränderungen länderspezifischer Kulturen könnten die Ergebnisse verändern.

Nicht zuletzt muss darauf hingewiesen werden, dass eine statistische ‚Ähnlichkeit‘ von Kulturen nicht unbedingt als ein Zeichen von besonderer ‚Kompatibilität‘ dieser Kulturen gedeutet werden kann. So ist etwa davon auszugehen, dass zwei Kulturen mit einem ähnlich hohen Wert in der Dimension Unsicherheitsabsorbption vermutlich dazu tendieren werden, sich ähnlich stark voneinander abzugrenzen.

Abbildung 90: Die österreichische Kultur im Vergleich zur deutschen, serbischen und türkischen



Quelle: Hofstede, Hofstede, & Minkov, 2010, eigene Darstellung

Aus Abbildung 90 ist ersichtlich, dass die österreichische Kultur mit keiner der in Österreich sehr prominent vertretenen Herkunftskulturen von MigrantInnen übereinstimmt. So unterscheidet sich vor allem die Dimension der Machtdistanz zwischen Österreich und den anderen Herkunftsländern, wobei der Unterschied zwischen Deutschland und Österreich am geringsten und zu Serbien am höchsten ist. Demzufolge erwarten Personen aus der Türkei und Serbien in höherem Maße als ÖsterreicherInnen einen autokratischen Führungsstil. Im Gegenzug ist der Unterschied in der Dimension der Unsicherheitsvermeidung zwischen den Ländern vergleichsweise gering. Groß sind auch die Un-

terschiede zwischen Österreich und den vormaligen ‚Gastarbeiterzuwanderungsländern‘ Serbien und Türkei im Bereich der Konkurrenzorientierung, soll heißen, dass Personen in Österreich stärker wettbewerbsorientiert sind als Personen aus Serbien und der Türkei, die letztlich schon zufrieden sind, wenn sie einen stabilen Job haben. Die geringen Werte der Türkei und Serbiens im Bereich der Nachgiebigkeit/Beherrschung sind ein Indikator dafür, dass sie stärker an traditionellen Normen und Verhaltensmustern festhalten als ÖsterreicherInnen, und gegenüber Veränderungen skeptisch reagieren. Auch der geringe Wert des Individualismus im Fall der Türkei, etwas abgeschwächt bei Serbien, ist ein Indikator dafür, dass Gruppenzugehörigkeit und Gruppenloyalität eine hohe Bedeutung zuge-messen wird. Damit ergeben sich klare Unterschiede zu Österreich und Deutschland.

Diese Unterschiede in den von Hofstede identifizierten Dimensionen der kulturellen Identität spie-geln sich auch darin, dass unter MigrantInnen türkischer Herkunft in Österreich gemäß einer Erhe-bung unter MigrantInnen in Österreich im Frühjahr 2014 ein höherer Anteil als unter MigrantInnen im Schnitt (31,3% gegenüber 17,4%) eine gewisse mentale Distanz zu Österreich zum Ausdruck brin-gen. (Statistik Austria 2014, S.99)

6.2 Andere Modelle des Kulturvergleichs

6.2.1 GLOBE (Global Leadership and Organizational Behavior Effectiveness)

Bei GLOBE handelt es sich um ein Forschungsnetzwerk von 170 SozialwissenschaftlerInnen aus 61 unterschiedlichen Kulturen der Welt, die den Zusammenhang zwischen Sozialkulturen, Organisati- onskulturen und –Praktiken sowie Führungsverhalten untersuchen. Das Meta-Ziel ist die Entwicklung einer evidenzbasierten Theorie, die es ermöglicht, die Wirkung von kulturellen Variablen auf Füh-rungsverhalten und Organisationsprozesse zu verstehen, die Effektivität zu messen und zu prognosti-zieren. Angesichts der zunehmenden Globalisierung von privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftli- chen Organisationen und der steigenden Interdependenz von Ländern und Regionen wird es immer wichtiger, den Einfluss kultureller Faktoren auf Verhaltensmuster von Führungskräften und Organisa- tionsprozessen zu verstehen.

In einem Vergleich von 62 Ländern bzw. Gesellschaften⁵⁸ (House et al 2004), wurden Gemeinsamkei- ten und Unterschiede in den Gesellschafts- und Organisationskulturen an Hand von neun Kulturdi- mensionen ermittelt. Dabei wird davon ausgegangen, dass Kulturen in jeder einzelnen der Dimensio- nen innerhalb eines breiten Spektrums an Ausprägungsgraden verortet sein können, etwa zwischen dem Extrem einer hohen Durchsetzungskraft (assertiveness) und einer sehr geringen, die an Selbst- aufgabe grenzt. Die ForscherInnen unterscheiden 7 Stufen der Ausprägungsskala, d.h. dass die Di- mensionen, ähnlich wie bei Hofstede, nicht als Dichotomien zu verstehen sind, sondern als Ausprä- gungsgrade einer Dimension in einer Gesellschaft innerhalb eines Kontinuums von Möglichkeiten, etwa von einer hohen Performanzorientierung bis zu einer Laissez Faire Einstellung. Die Kulturdimen- sionen des GLOBE-Projektes erinnern stark an die von Hofstede, obschon es in der einen oder ande- ren Dimension eine weitere Untergliederung geben kann.

Tabelle 16: Neun Dimensionen menschlicher Kulturen und gesellschaftlicher Organisationsformen

⁵⁸ Die Unterscheidung ist dann wichtig, wenn zwei oder mehrere unterschiedliche ‚Kulturen‘, im Sinne einer gesellschaftli- chen Organisationsform, unterschieden werden, etwa Ost- und Westdeutschland oder Englisch- und Französisch Kanada.

Performance Orientation	Uncertainty Avoidance	Humane Orientation
Institutional Collectivism	In-Group Collectivism	Assertiveness
Gender Egalitarianism	Future Orientation	Power Distance

Quelle: House et al. 2004, eigene Darstellung.

In der Folge werden die 62 untersuchten Länder/Gesellschaften zehn unterschiedlichen Gruppen zugeordnet, die ähnliche kulturell geprägte Verhaltensmuster aufweisen. Die ‚kulturellen‘ Verhaltensweisen werden von gesellschaftlichen Regeln, Werten, Normen, Symbolen, Glaubensmustern und Traditionen geprägt bzw. prägen die ‚Kultur‘ einer Gesellschaft.

Tabelle 17: 10 Gesellschaftsgruppen mit unterschiedlicher Ausprägung der neun Kulturdimensionen

Englisch (Kanada, USA, Australien, Irland, England, Südafrika-weiß, Neuseeland)	Südeuropa (Italien, Schweiz-französisch, Frankreich, Spanien, Portugal, Israel)
Nordisch (Dänemark, Finnland, Schweden)	Deutsch (Deutschland, Österreich, Niederlande, Schweiz-deutsch)
Osteuropa (Ungarn, Griechenland, Albanien, Slowenien, Polen, Russland, Georgien, Kasachstan)	Lateinamerika (Ecuador, El Salvador, Kolumbien, Brasilien, Bolivien, Guatemala, Argentinien, Costa Rica, Venezuela, Mexiko)
Sub-Sahara Afrika (Zimbabwe, Namibia, Zambia, Südafrika-schwarz, Nigeria)	Mittlerer Osten (Türkei, Kuwait, Qatar, Ägypten, Marokko)
Südostasien (Indonesien, Philippinen, Malaysien, Indien, Thailand, Iran)	Konfuzianisches Asien (Singapur, Hongkong, Taiwan, China, Südkorea, Japan)

Quelle: House et al. 2004, eigene Darstellung. Länder in Klammer wurden analysiert und den 10 Clustern zugeordnet.

Diesen Studien zufolge sind die kulturellen Gemeinsamkeiten innerhalb der Cluster am höchsten. Die kulturelle Distanz nimmt nicht immer mit der geographischen Entfernung der Cluster zu. So ist etwa die kulturelle Distanz zwischen den nordischen Ländern und den osteuropäischen Ländern gemäß Globe-Forschung besonders ausgeprägt, gefolgt vom Mittleren Osten und Südostasien; während die kulturelle Distanz zwischen dem deutschsprachigen Cluster und dem konfuzianischen besonders hoch ist, gefolgt vom mittleren Osten und Südostasien.

In weiter Folge wird der Führungsstil von ManagerInnen analysiert, der sich zwischen den Clustern zum Teil stark unterscheidet. Die Kenntnis darüber ist für den Erfolg von Führungskräften in einer globalisierten Welt oft entscheidend. Eine genauere Analyse würde allerdings den Rahmen dieser Studie sprengen.

6.2.2 Edward Hall und interkulturelle Kommunikation

Edward Hall (1966, 1990) war einer der Begründer der interkulturellen Kommunikationsforschung. Sein Fokus lag auf der Interaktion zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Kulturen und brachte die nonverbale Kommunikation ins Spiel. Dabei wird Kultur als erlerntes Verhaltensmuster definiert. Sie beeinflusst uns auf eine tiefgreifende und dauerhafte Art, ohne dass wir uns dessen bewusst sind; das macht eine bewusste Kontrolle des eigenen Verhaltens unmöglich. Hall weist darauf hin, dass man nur über den Kontakt mit anderen Kulturen die eigenen, kulturell geprägten Verhaltensmuster erkennen kann und sie damit erst einer bewussten Beeinflussbarkeit zugänglich macht.

Hall identifiziert zehn primäre Handlungsweisen, die einer kulturellen Prägung unterliegen: 1. Interaktion, 2. Gemeinschaftsbildung, 3. Daseinsvorsorge, 4. Konzepte der Maskulinität und Femininität, 5. Territorialität/Raum, 6. Zeitverständnis, 7. Lernverhalten, 8. Spielen, 9. (Selbst)-Verteidigung, 10.

Verwertungsmethoden (von Materialien etc.). Kultur ist demzufolge eine komplexe Interaktion von interdependenten Handlungen, deren Wurzeln zum Teil weit in die Vergangenheit zurück reichen.

Hall zufolge wird Kultur auf drei Ebenen wirksam, der formalen, der informellen und der technischen. Manche Gesellschaften operieren vor allem auf der formalen Ebene, indem sie der Tradition einen besonderen Stellenwert einräumen, während andere auf informelles Verhalten setzen, das kein großes Bewusstmachen voraussetzt. Technische Handlungsmuster hingegen sind solche, die ein bewusstes Handeln voraussetzen, etwa wissenschaftliches Arbeiten, das zu Veränderungen in formalem und informellem Handeln führen kann.

Hall hat nicht versucht, Kultur messbar zu machen, sondern neue Wege beschritten, die uns den Umgang mit anderen Kulturen erleichtern.

Die Konzepte, die von Hall entwickelt wurden, wurden von anderen wie Fons Trompenaars (1993) und Schwartz (2012) weiter entwickelt und zum Teil operationalisiert. Trompenaars differenziert zwischen der äußeren, der expliziten und sichtbaren Schale der Kultur, darunter liegt die Welt der Werte und Normen, in denen festgelegt ist, wie man sich zu verhalten hat bzw. welches Verhalten wünschenswert wäre. Im Innersten ist die implizite Kultur verankert, wie etwa die Harmonieorientierung im konfuzianischen Asien und die Leistungsorientierung in Amerika. Zwischen diesen Schichten besteht ein innerer Zusammenhang, demzufolge die implizite Kultur auf die Werte und Normen ebenso ausstrahlt wie auf die explizite Kultur.

6.2.3 Die Theorie der gesellschaftlichen Werte von Schwartz

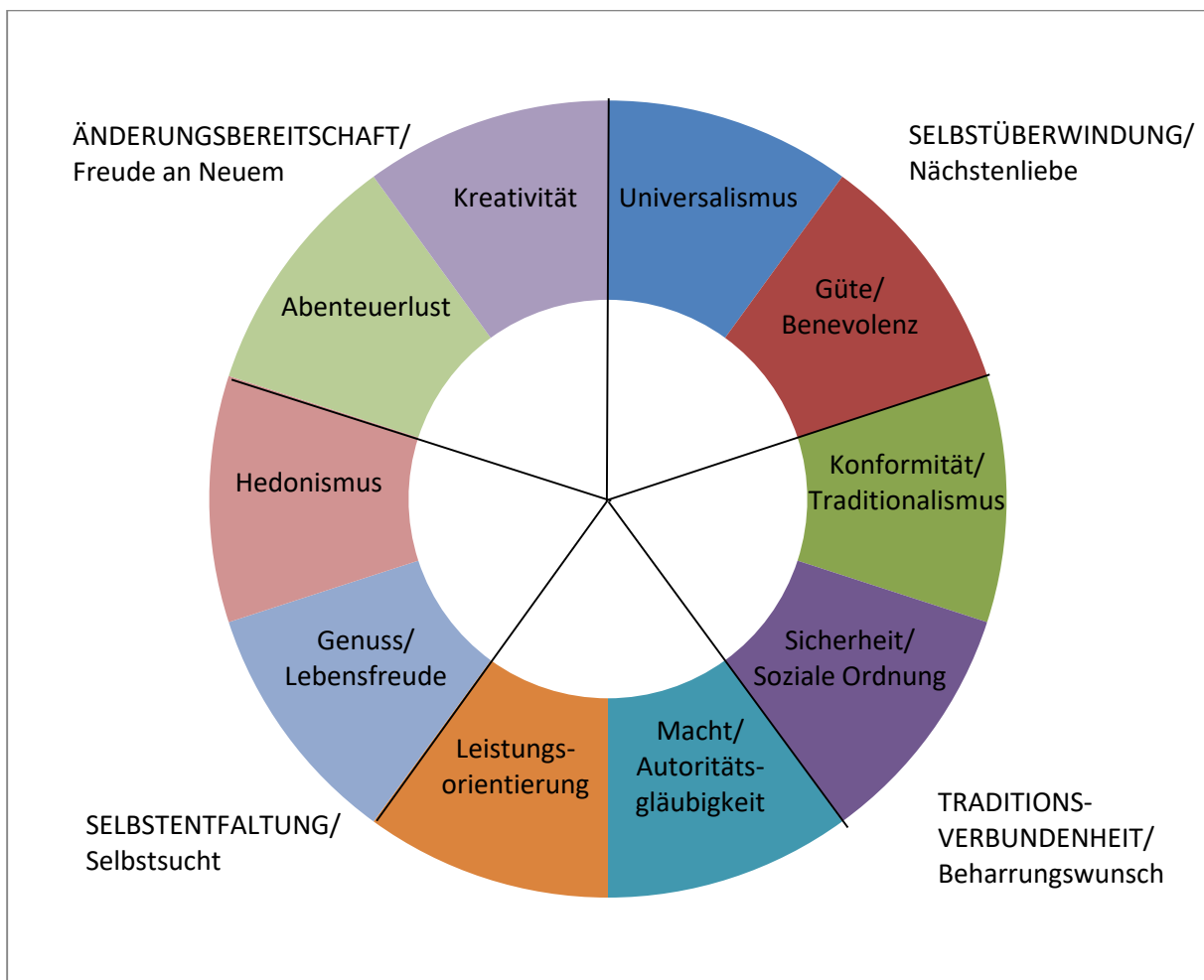
Schwartz (1992) fokussiert in seiner Kulturtheorie auf zehn Werten, die er als universelle Werte menschlicher Gesellschaften ansieht. Sie werden in allen menschlichen Gesellschaften hoch gehalten, auch wenn der Stellenwert jeder einzelnen Werthaltung in einer Hierarchie der Werte in den unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich sein kann. Die Werthaltungen sind bestimmend für die Verhaltensmuster, Überzeugungen und Einstellungen jedes Individuums und von gesellschaftlichen Gruppen. Die zehn universellen menschlichen Werte können in einen zirkularen Rahmen gestellt werden; das erleichtert die Visualisierung von Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Werten und potenziellen Konflikten. (Abbildung 91)

So besteht etwa zwischen dem Universalismus, das ist das Bestreben zur Sicherung der Wohlfahrt Aller (soziale Gerechtigkeit, Naturschutz) und der Benevolenz, das ist das Verhalten innerhalb der Gruppe (Verantwortungswillen, Freundschaft) eine gewisse Beziehung. Ebenso besteht zwischen dem Traditionsbewusstsein (Respekt vor und Akzeptanz von Gebräuchen und (religiösen) Praktiken) und dem Sicherheits- und Ordnungsbedürfnis (Gesellschaftsordnung, Nationale Sicherheit) ein gewisser positiver Zusammenhang. Auch zwischen der Leistungsorientierung (Erfolgsorientierung, Ehrgeiz) und Machtdistanz (Statusdifferenzierung, gesellschaftliche Wertschätzung) gibt es eine gewisse Nähe. Ebenso haben Genuss und Lebensfreude sowie Hedonismus (sinnliche Gratifikation) viel Gemeinsames. Das gilt auch für den Wert der Abenteuerlust und der Kreativität und Innovationsorientierung.

Aktionen, die in einem Wert angesiedelt sind, haben auch Konsequenzen für andere Werthaltungen, woraus Konflikte entstehen können. Das Konfliktpotenzial ist zwischen Werten, die in der Kreisdarstellung auf der gegenüberliegenden Seite liegen, besonders groß. So gesehen ist der Kreis als ein Kontinuum von Werthaltungen zu verstehen, die in jeder Gesellschaft vorzufinden sind.

Auch Schwartz quantifiziert ähnlich wie Hofstede die Kulturdimensionen, nach einer nationalen kulturgeprägten Werteskala. Um diese Werteskala zu operationalisieren hat Schwartz Werteerhebungen vorgenommen (2006), wobei die Befragten jedem Wert, der abgefragt wurde, einen persönlichen Wert zuordnen konnten (welche Bedeutung hat z.B. die Gleichbehandlung (universeller Wert) als Leitgedanke für Dich und Dein Leben). Dabei können 9 Punkte vergeben werden, von 7 (sehr wichtig) bis -1 (widerspricht meinen Werten). Werteerhebungen wurden in 82 Ländern durchgeführt. Die Ergebnisse sind sehr differenziert und erlauben Vergleiche zwischen Ländern in jeder der 10 Dimensionen bzw. Wertegruppen. Die Position Österreichs stimmt in vielen Aspekten mit den Ergebnissen von Hofstede überein.

Abbildung 91: Zirkulare Darstellung der 10 universellen Werte menschlicher Gesellschaften



Quelle: Schwartz 1992, Eigene Darstellung.

6.3 Andere Formen des Ländervergleichs und die Position Österreichs

Andere Formen des Ländervergleichs werden möglich, wenn man spezifische, weltweit erhobene Indikatoren zur Messung des Entwicklungsstands von Ländern in einzelnen Dimensionen heranzieht und diese miteinander in Beziehung setzt. Dann erhält man eine institutionenbezogene (und kulturelle) Beschreibung einzelner Länder in mehreren Dimensionen, die ebenfalls weitergehende Ver-

gleichsmöglichkeiten eröffnen. Einen Einblick in die institutionellen Rahmenbedingungen, die ein Ausfluss einer nationalen ‚Kultur‘ im Sinne von Werthaltungen und Normen sind, vermittelt der World Audit⁵⁹, der politische Rechte, Bürgerrechte, Demokratieverständnis, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Korruption, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit in ein Indexsystem einbaut. Wir ergänzen diese Indikatorensets noch um den Human Development Index (HDI), damit ein umfassender Einblick in die Positionierung Österreichs und wichtiger wirtschaftlicher und migrationspezifischer Partnerländer gegeben ist. Im Folgenden wird auf die wesentlichen Indizes kurz eingegangen, beginnend mit dem World Press Freedom Index.

Der World Press Freedom Index wird seit 2002 jährlich von der Organisation Reporter ohne Grenzen erstellt. Er basiert auf einem umfangreichen Fragebogen, der an Korrespondenten, Reporter, Menschenrechtsanwälten und NGOs in den betroffenen Ländern geschickt wird.⁶⁰ Mittlerweile werden 180 Länder in dem Index erfasst. Die Länder, in denen die Pressefreiheit am wenigsten behindert wird, sind die nordischen Länder Finnland, Norwegen und Dänemark, gefolgt von den Niederlanden, Schweden, Neuseeland, Österreich und Kanada. Deutschland ist an 12. Stelle, Frankreich an 38. Stelle und die USA an 49. Stelle. Südosteuropäische Länder, mit denen Österreich einen regen Handel und Migrationsfluss hat, liegen dahinter (Bosnien-Herzegowina an 66. Stelle und Serbien an 77. Stelle), ebenso die Türkei (149. Stelle).

Ein wesentlicher Index, der eine Einordnung der diversen Länder der Welt in ein Indexsystem erlaubt, ist der Human Development Index (HDI), der seit 25 Jahren von den Vereinten Nationen publiziert wird. Der HDI wurde von dem pakistanischen Ökonomen Mahbub ul Haq entwickelt, in enger Zusammenarbeit mit dem indischen Ökonomen und Nobelpreisträger Amartya Sen und dem indisch/britischen Wirtschaftswissenschaftler Meghnad Desai, mit dem Ziel, internationale Ländervergleiche auf eine breitere Basis als das Bruttonationaleinkommen pro Kopf zu stellen. In den HDI fließen infolge neben dem Lebensstandard auch Informationen über den Bildungsgrad der Bevölkerung (Bildungsindex) und die Lebenserwartung (Index der Lebenserwartung bei Geburt) ein. Der HDI wurde in den vergangenen Jahren mehrfach ergänzt und neu konstruiert, indem etwa menschliche Entwicklungsdimensionen wie Ernährung, Gesundheit, Gleichbehandlung, Mitbestimmungsmöglichkeiten, Einkommensverteilung, Umweltverschmutzung sowie die Migrationsrate in das Konzept aufgenommen wurden. Damit verringert sich zwar die internationale Vergleichbarkeit der Lebensqualität und der menschlichen Entwicklung über die Zeit, sie gewinnt aber an Aussagekraft im heutigen Querschnitt. Dem HDI 2015 zufolge nimmt Österreich mit einem Wert von 0,881 den 21. Rang in der Welt ein⁶¹. An erster Stelle liegt Norwegen (0,944), gefolgt von Australien (0,933), der Schweiz (0,917), den Niederlanden (0,915) und USA (0,914). Deutschland nimmt den 6. Platz ein (0,911), Schweden den 12. (0,898). Die Türkei, ein wichtiger Migrations- und Handelspartner Österreichs, liegt an 69. Stelle (0,759), Serbien an 77. Stelle (0,745).

Eine andere Art, Länder miteinander zu vergleichen, bezieht sich auf das Demokratieverständnis (Campbell 2008). Kernkonzepte der Demokratie betreffen Freiheit, Gleichheit und Kontrolle. Der Verein zur Förderung der Demokratiequalität, der in Österreich angesiedelt ist, publiziert jährlich eine Rangordnung demokratischer Länder.⁶² Das Demokratiekonzept, das in dem Index zur Anwen-

⁵⁹ Mehr dazu auf der website: <http://www.worldaudit.org/publisher.htm>

⁶⁰ Ein Überblick über den Index und die Länderwerte finden Sie auf der website: <http://index.rsf.org/#!/index-details>

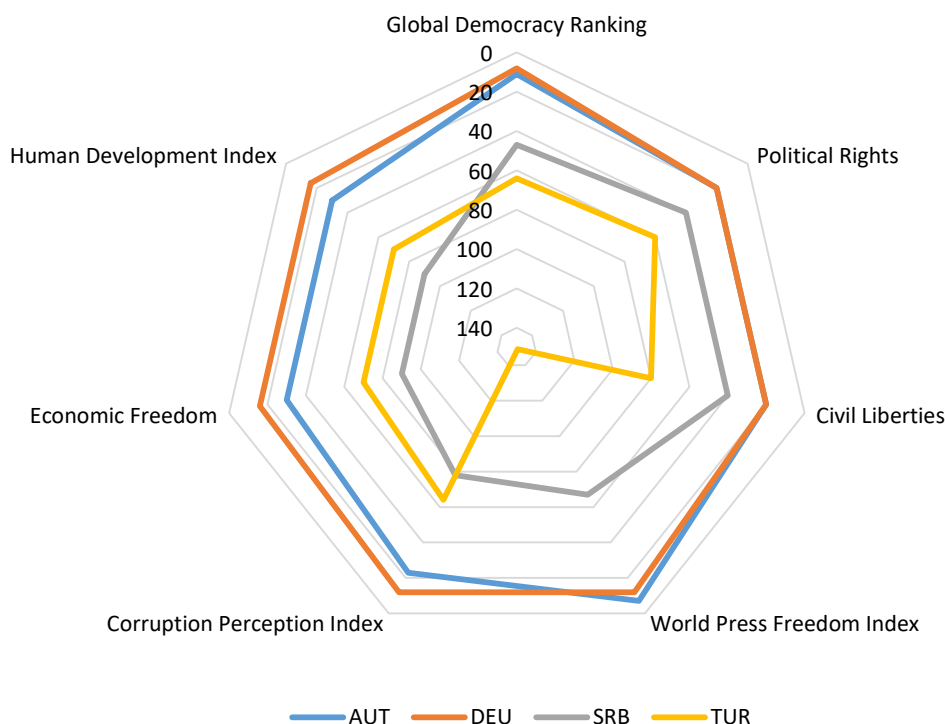
⁶¹ Mehr dazu auf der website: <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/AUT>.

⁶² Mehr adzu auf der website: http://democracyranking.org/wordpress/?page_id=8

dung kommt, geht davon aus, dass die Qualität der Demokratie bestimmend für die Qualität der Politik und der gesellschaftlichen Partizipation ist. Das Konzept beinhaltet die Politik als die Hauptvariable (mit einem Gewicht von 50%) und 5 nicht-politische Indikatoren (Gender/Gleichbehandlung, Wirtschaftssystem, Wissens-/ Informationsgesellschaft, Gesundheitssystem/ -Status, Umwelt/ Nachhaltigkeit) mit jeweils einem Gewicht von 10%. Im Demokratieranking lag Österreich im Jahr 2014 auf Rang 11, hinter Norwegen, Schweiz, Schweden, Finnland, Dänemark, Niederlande, Neuseeland, Deutschland, Irland, Vereinigtes Königreich. Serbien lag 2014 an 47. Stelle und die Türkei an 64. Stelle.

Transparency International publiziert jährlich einen Korruptionsindex (Corruption perception index)⁶³. In diesem Index werden Länder und Regionen entlang einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 100 (sauber) nach dem Grad der Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor gereiht. Österreich liegt in diesem Index mit 72 Punkten an 23. Stelle. Länder mit einem geringeren Korruptionsgrad sind die nordischen Länder sowie Neuseeland und die Schweiz mit Werten zwischen 86 und 92 im Jahr 2014. Vor Österreich liegt eine Vielzahl von Ländern in Europa, Asien und Amerika, darunter die Niederlande (83), Kanada (81), Australien (80), Deutschland (79), das Vereinigte Königreich (78), Japan (76), Hongkong (74), die USA (74) sowie Chile (73). Die Türkei liegt an 64. Stelle (45) und Serbien an 78. (41).

Abbildung 92: Ländervergleich in den Dimensionen Demokratie, politische Rechte, zivile Rechte, Korruption, ökonomische Freiheit und Human Development Index



Quelle: UNDP 2015, Campbell et al. 2015, Heritage Foundation 2015, Transparency International 2015, Reporter ohne Grenzen 2015, eigene Berechnung und Darstellung. Die beiden Indizes für politische und zivile Rechte ordnen die erfassten Länder in 7stufige Skalen, während die anderen Indizes in Bandbreiten zwischen 148 und 187 Rangreihen. Aus Gründen der Darstellbarkeit wurden die Werte für politische und zivile Rechte in dieser Grafik mit 20 multipliziert.

⁶³ Mehr dazu auf der website: <http://www.transparency.org/cpi2014>

Aus Abbildung 92 geht die Position Österreichs in den diversen Indizes hervor, im Vergleich zu unserem wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner Deutschland, sowie den zwei weiteren Ländern, mit denen Österreich eine lange Geschichte der Migration aufweist. Daraus ist ersichtlich, dass Österreich in allen institutionenbezogenen und damit auch ‚kulturellen‘ Indizes verhältnismäßig gut abschneidet, allerdings nicht zu den Besten der Welt zählt. Dessen ist sich die österreichische Bevölkerung zumindest ansatzweise bewusst, was die Erwartungshaltung etwa im Umgang mit dem öffentlichen Sektor ebenso prägt wie die Bereitschaft, sich im Rahmen zivilgesellschaftlicher Aktionen zu beteiligen. *Es soll uns daher nicht überraschen, dass Menschen, die aus Ländern mit einer anderen ‚institutionellen‘ Kultur kommen, Zeit brauchen, um die neuen Gegebenheiten zu verstehen und dementsprechend zu agieren. So wird etwa jemand, der aus einem Land mit einer ausgesprochen hohen Korruption im öffentlichen Sektor kommt, wenig Vertrauen in die österreichischen Behörden haben, weil das Misstrauen aus Erfahrungen im Ursprungsland geprägt wurde. Auch die Nutzung politischer Rechte und der Redefreiheit wird erst schrittweise möglich sein, wenn man damit im Herkunftsland anders umgegangen ist.*

7 Indikatoren-Set für die wirtschaftliche Performanz und die soziale Verantwortung

7.1 Zukunftsperspektiven für die österreichische Wirtschaft und die Rolle der Migrationen

Die globale wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 15 Jahren war sehr stark von der Entwicklung im asiatischen Raum getragen. Der Aufholprozess von China und Indien in diesem Zeitraum war hier besonders bedeutsam und beeindruckend. In den fortgeschrittenen Ökonomien hingegen verlief die Entwicklung deutlich gebremster. Für die nächsten 15 Jahre ist den Prognosen der OECD zufolge davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt, wenn auch etwas gedämpft. Nachfolgend wird zunächst auf die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen eingegangen, die für die Entwicklungen in Österreich einen groben Referenzrahmen liefern und Anhaltspunkte für die mögliche Positionierung Österreichs liefern. Davon können sich Szenarien für die österreichische Migrationspolitik ableiten lassen.

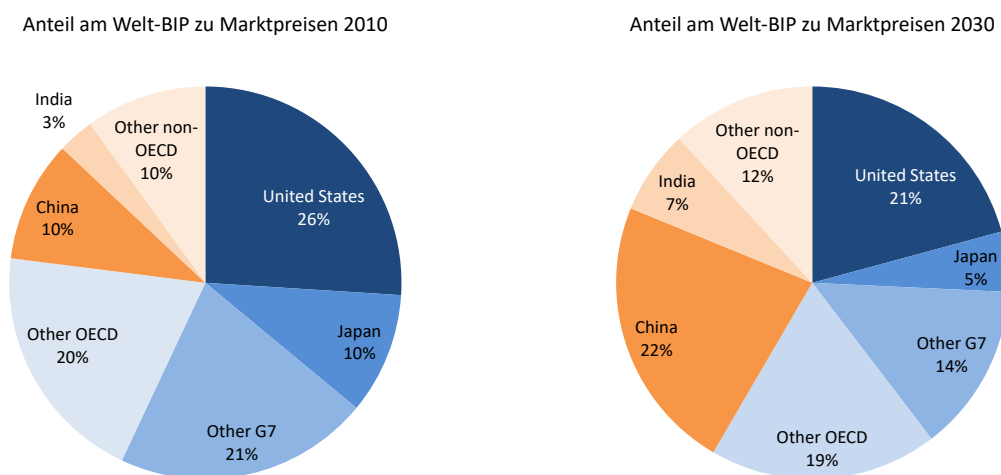
7.1.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Das prinzipielle Bild der Entwicklung der Weltwirtschaft der OECD zufolge kann folgendermaßen dargestellt werden. Wie auch in der Vergangenheit werden jene Länder, die nicht der OECD angehören, im Schnitt schneller wachsen als die OECD-Länder, obwohl das Wachstumsdifferential zurückgehen dürfte. So betrug das Potenzialwachstum des realen BIP im Zeitraum 2001 bis 2007, also dem Zeitraum vor der Krise, in den Nicht-OECD-Ländern rund 7 %, in den OECD-Ländern lediglich 2,1 %. Die Verringerung des Abstands ist aber kaum auf höheres Wachstum in den OECD-Ländern zurückzuführen, sondern auf eine Verlangsamung in den Nicht-OECD-Ländern. Gemäß Prognose wächst die OECD im Zeitraum 2018 bis 2030 um 2,3 %, die Nicht-OECD-Länder zwar moderater als in der Vergangenheit aber immerhin kräftig um 5,3 %. Die gesamte Weltwirtschaft wird sich zwischen 2018 und 2030 ähnlich stark entwickeln wie im Zeitraum 2001 bis 2007, nämlich um 3,6 % jährlich. Von den großen wirtschaftlichen Staaten wird China bis etwa zum Jahr 2020 das höchste Wachstum aufweisen, in den nachfolgenden Jahren legt jedoch die Wirtschaft in Indien deutlich kräftiger zu. Für den Zeitraum

2018 bis 2030 wird für China ein Anstieg des potentiellen BIP um 5,4 % jährlich erwartet, für Indien ein Anstieg um durchschnittlich 6,8 %.

Die Prognose der OECD für die wirtschaftliche Entwicklung baut auf der kurzfristigen Prognose für das Jahr 2014 auf; für die darauffolgenden vier bis fünf Jahre wird unterstellt, dass sich die Output-Lücke schließt und das Wachstum am Ende dieser Periode dem Potenzialwachstum des jeweiligen Landes entspricht. Dies unterstellt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise mittelfristig lediglich zu einem Niveaueffekt beim BIP führt, das Potenzialwachstum aber nicht beeinflusst wird. Hinsichtlich der strukturellen Arbeitslosigkeit wird für die OECD-Länder angenommen, dass eine Konvergenz zur niedrigsten Arbeitslosenquote des Zeitraums 2007 bis 2014 erfolgt. Die strukturelle Arbeitslosigkeit aller jener Länder, die derzeit nicht Mitglied der OECD sind und deren Arbeitslosenquote derzeit höher als der OECD-Schnitt ist, konvergiert zum OECD-Durchschnitt. Ist die Arbeitslosenquote geringer, dann bleibt sie auf diesem Niveau. Ein wesentliches Merkmal der Prognose ist die Annahme einer bedingten Konvergenz der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Ländern als Folge des Ausbaus des Human- und physischen Kapitalstocks in der Ökonomie. Somit wachsen Länder mit sehr großem Produktivitätsdifferential zu den führenden Ländern deutlich stärker. In Ländern, die sich bereits an der Produktivitätsgrenze befinden, wie die USA, wird das Produktivitätswachstum etwa 1,5% betragen, in Ländern mit deutlichem Abstand, wie die osteuropäischen Länder oder die Türkei, wird es sich etwa zwischen 2-3% pro Jahr bewegen.

Abbildung 93: Anteil einzelner Länder bzw. Regionen am Welt-BIP im Jahr 2010 und Prognose für 2030



Quelle: OECD (2013), eigene Darstellung

Der Prognose zufolge wird in den nächsten Jahren China die USA als größte Volkswirtschaft überholen sowie Indien vor Japan den dritten Platz unter den größten Volkswirtschaften einnehmen. Die BRIICS Staaten (Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China und Südafrika) könnten gemäß der OECD Prognose in den frühen 2030er Jahren die OECD an Wirtschaftskraft überholen. Insgesamt verschiebt sich die Wirtschaftskraft in Richtung Asien auf Kosten von Nordamerika und Europa, wie in Abbildung 93 dargestellt. Gemessen in Kaufkrafteinheiten betrug der Anteil Asiens zur Jahrtausendwende rund ein Viertel, stieg auf derzeit rund ein Drittel und wird auf rund die Hälfte weiter ansteigen. Das BIP pro Kopf wird jedoch weiterhin in den meisten Wachstumsländern deutlich hinter den Ländern mit dem höchsten BIP pro Kopf zurückbleiben. Gemäß OECD liegt das BIP pro Kopf im Jahr 2030 in China bei etwa 40% der USA, in Indien bei 15,6%, in Indonesien bei 16,7% oder Brasilien knapp 31%.

Der Beitrag des Arbeitsangebots zur wirtschaftlichen Entwicklung nimmt in beinahe allen Regionen über die Zeit ab. Dies ist eine Folge der demographischen Entwicklung, insbesondere der Alterung der Gesellschaften. Dies erfolgt trotz der Berücksichtigung von Pensionsreformen im Basisszenario, um die steigende Lebenserwartung zu berücksichtigen. Von 2018 bis 2030 steigt gemäß OECD die potenzielle Beschäftigung in der Welt um 0,6% jährlich, in OECD-Ländern um 0,4% und in Nicht-OECD-Ländern um 0,6%. Dies stellt eine deutliche Abschwächung gegenüber der Periode 2001 bis 2007 (1,2%) bzw. 2012 bis 2017 (0,9%) dar. Die Verteilung über die einzelnen Länder ist aber sehr unterschiedlich, mit einem negativen Wachstum z.B. in Japan, Deutschland und einigen osteuropäischen Ländern. Auch in China und Russland ist ein Rückgang des Arbeitsangebots zu erwarten. In Indien hingegen ist das prognostizierte Beschäftigungswachstum in der Periode bis 2030 weiterhin sehr kräftig.

7.1.2 Sozio-ökonomische Entwicklung

Hinsichtlich der Entwicklung der sozialen Ungleichheit ist in den meisten OECD-Staaten sowie in vielen Schwellenländern seit den 1980er Jahren ein Anstieg zu verzeichnen (siehe Braconier und Ruiz-Valenzuela, 2014). Wie während der Rezession in den frühen 1990er Jahren hat sich der Anstieg der sozialen Ungleichheit während der Finanz- und Wirtschaftskrise abgeschwächt. Nach der Rezession der 1990er Jahre war allerdings ein deutlicher Anstieg der Ungleichheit zu beobachten. In den meisten OECD-Ländern waren die Veränderungen durch eine größere Ungleichheit in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung sowie insbesondere in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung verursacht und nicht zwischen den beiden Hälften der Einkommensverteilung.

Braconier und Ruiz-Valenzuela untersuchen die Einflussfaktoren, die die Entwicklung der Einkommensverteilung⁶⁴ bestimmen. Die Autoren kommen, basierend auf der Entwicklung von Mitte der 1990er Jahre bis 2006, zu dem Ergebnis, dass der Anstieg auf technologische Faktoren zurückzuführen ist. Dazu gehören die Entwicklung bezüglich des *skill-biased technological change* (SBTC), der Gesamtfaktorproduktivität sowie der Trendkomponente bezüglich privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E). Strukturveränderungen, wie z.B. bei der Produktmarktregulierung, und Veränderungen bei den Arbeitsmarktinstitutionen haben ebenfalls zu einer stärkeren Divergenz der Einkommensverteilung geführt. Die Bildungsausweitung, steigende Erwerbstätigkeit von Frauen, die stärkere Internationalisierung, gemessen als Restriktionen im Außenhandel und Direktinvestitionen, sowie der Anstieg des BIP pro Kopf haben hingegen zu einer gleicheren Einkommensverteilung geführt. Der SBTC führt insbesondere zu einem stärkeren Anstieg bei den höchsten Einkommen. Demgegenüber bleibt die Verteilung ansonsten weitgehend unverändert, sodass die Veränderung des Verhältnisses des durchschnittlichen Einkommens des neunten und ersten Einkommensdezil in etwa gleich groß ausfällt wie zwischen neuntem und fünftem Einkommensdezil. Auf die untere Hälfte der Einkommensverteilung übt der SBTC keinen statistisch signifikanten Einfluss aus.

Das Basisszenario der OECD geht davon aus, dass der SBTC weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Die Prognose wird für das Jahr 2060 durchgeführt. Für den Durchschnitt der betrachteten OECD-Länder wird das Einkommensdifferential zwischen neuntem und erstem Einkommensdezil um jährlich etwa 0,6% zulegen und somit etwa im gleichen Ausmaß wie seit dem Beginn der 1990er Jahre bis zum

⁶⁴ Die Ergebnisse basieren auf dem Verhältnis des durchschnittlichen Einkommens des neunten Einkommensdezils zum ersten Einkommensdezil. Datengrundlage bilden Informationen über vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer.

Ausbruch der Finanzkrise. Diese Entwicklung wird insbesondere vom SBTC getrieben. Dabei sind aber deutliche Unterschiede zwischen den Ländern unterstellt.

In Ländern mit einer schwachen Entwicklung bei der Humankapitalakkumulation und hohen BIP pro Kopf Werten, wie Deutschland, Finnland oder Kanada, wird eine größere Spreizung der Einkommensdifferenziale erwartet (knapp 40%), während für Länder mit deutlichen Humankapitalzuwächsen (z.B. Irland oder Neuseeland) eine geringere Spreizung prognostiziert wird (um die 20%). Für den OECD-Durchschnitt geht die OECD davon aus, dass die Spreizung der Einkommen jenes Niveau erreicht, welches derzeit in den USA, Korea oder Israel beobachtbar ist.

Für die wichtigen Nicht-OECD Länder (z.B. Brasilien, China, Indien, Indonesien) wird eine geringere Spreizung erwartet (21%). Dies ist darauf zurückzuführen, dass in diesen Ländern sowohl das Wachstum des BIP pro Kopf als auch die Akkumulation von tertiärer Ausbildung stärker ausfällt.

Steigende Ungleichheiten werden insbesondere durch die Divergenz in der Relation zwischen fünften und neunten Dezil getrieben, welche um beinahe 30% im Basisszenario zulegt. Das Verhältnis vom fünften zum ersten Dezil bleibt mit einem Anstieg um 2% hingegen beinahe unverändert. Ungleichheit im oberen Teil der Einkommensverteilung steigt in dieser Prognose für die betrachteten 21 OECD-Länder am stärksten in Deutschland (35%) und am geringsten in Irland (22%). Im unteren Teil der Verteilung ist der Anstieg in Deutschland (5%) ebenfalls am stärksten.

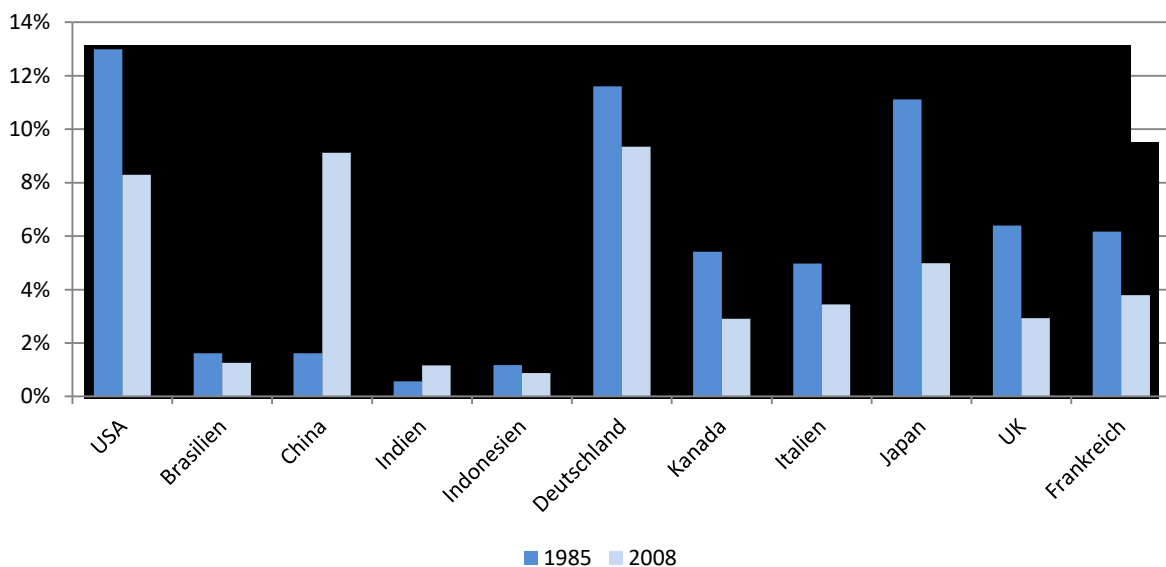
7.1.3 Handel

Über die letzten Jahrzehnte hat sich die Integration der Weltwirtschaft beträchtlich intensiviert und damit auch der Welthandel. Letzterer ist sogar deutlich stärker gestiegen als das weltweite BIP, insbesondere nach 1990. Einige Studien weisen darauf hin, dass der Welthandel mehr als dreimal so schnell zugelegt hat wie das weltweite BIP, nach dem 1,5-fachen in früheren Perioden (siehe Johansson und Olaberría, 2014). Dieser Anstieg wurde teilweise von der Integration von China und Indien in den Weltmarkt getrieben. So ist der Marktanteil Chinas am Welthandel an Gütern von 2% im Jahr 1985 auf 10% im Jahr 2008 gestiegen. Der Anteil Indiens hat sich verdoppelt, jedoch von einem geringen Niveau. Dahingegen ist in den Industriestaaten ist durchwegs ein Rückgang am Anteil des Welthandels zu beobachten. In den USA ging der Anteil am Welthandel von 13% auf 8,3% zurück, in Japan von 11,1% auf knapp 5%. Deutschland konnte seinen Marktanteil vergleichsweise gut behaupten. Es war lediglich ein Rückgang von 11,6% auf 9,3% zu verzeichnen. Die Entwicklung in einzelnen Ländern ist in Abbildung 93 dargestellt. Die starke Ausweitung des Handels hat somit insbesondere mit dem Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2001 zu tun. Mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise ist die Elastizität des Welthandels in Bezug auf die Veränderung des weltweiten BIP zurückgegangen. Johansson und Olaberría führen verschiedene mögliche Gründe hierfür an. Darunter fallen temporäre Schocks, wie Naturkatastrophen in Japan und Thailand, verstärkter Protektionismus, schlechterer Zugang zu Handelskrediten sowie die Zusammensetzung der Nachfrage, d.h. der Handel von dauerhaften Gütern hat stärker abgenommen als Dienstleistungen. Die Erholung der Wirtschaft war dann stärker auf den Bereich der Dienstleistungen konzentriert. Der stärkere Protektionismus scheint von eher geringerer Bedeutung zu sein. Zur Bedeutung des Zugangs zu Handelskrediten werden in der Literatur unterschiedliche Ergebnisse gefunden.

Johansson und Olaberría (2014) stellen auch eine Prognose für die globalen Handelsströme bis zum Jahr 2060 zur Verfügung. Die Arbeit enthält Daten häufig nur für das Jahr 2060, sodass für das Jahr 2030 von einer abgeschwächten Entwicklung auszugehen ist. Die Prognose baut auf der Prognose der OECD (2013) über die wirtschaftliche Entwicklung auf. Im Hauptszenario liefert das Modell ein wei-

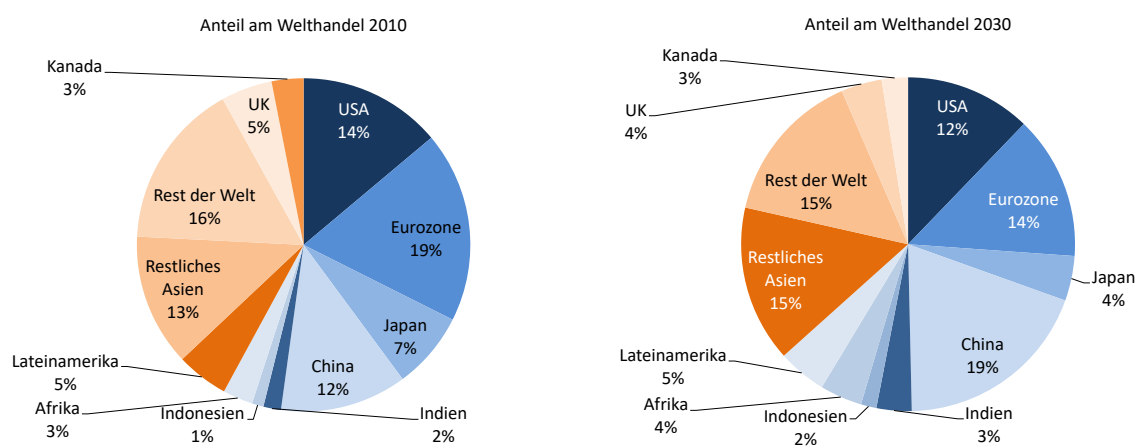
terhin kräftiges Wachstum des Welthandels mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3,5% im Zeitraum 2010 bis 2060. Im Vergleich mit der Periode 1990 bis 2007 (6,9%) bedeutet dies aber dennoch eine deutliche Abschwächung. Die Elastizität des Welthandels in Bezug auf das BIP liegt zwar weiterhin über 1, aber niedriger als vor der Finanzkrise. Dahinter steht die Annahme, dass das Wachstum in dieser Periode weniger vom Außenhandel getrieben wird als in der Vergangenheit.

Abbildung 94: Anteil einzelner Länder am Welthandel



Quelle: Johansson und Olaberría (2014), eigene Darstellung.

Abbildung 95: Anteile am Welthandel im Jahr 2010 und 2030



Quelle: Johansson und Olaberría (2014), eigene Darstellung.

Bezüglich der geografischen Verteilung wird in der Prognose davon ausgegangen, dass China und Indien weitere Marktanteile gewinnen werden, siehe Abbildung 95. Für die Länder Afrikas, Indonesien und andere asiatische Ökonomien werden ebenso Marktanteilsgewinne im Handel prognostiziert. Dies geht insbesondere auf Kosten der Eurozone bzw. EU und Japan. Während sich der Anteil der Eurozone von 19% auf 14% um 5 Prozentpunkte reduziert, wird für die USA lediglich ein Rückgang um 2 Prozentpunkte erwartet. Die veränderte geografische Verteilung spiegelt sich auch in der relati-

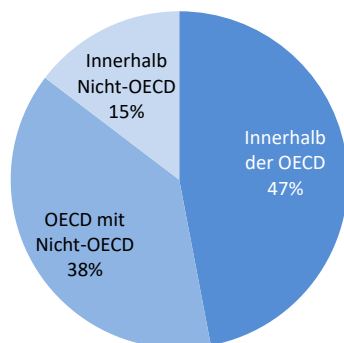
ven Bedeutung der Konstellationen der Handelspartner wieder. Fand im Jahr 2012 noch beinahe fast die Hälfte des Handels innerhalb der OECD-Länder statt und weitere 38% zwischen OECD- und Nicht-OECD Ländern, so ergibt sich bis 2060 eine deutliche Verschiebung des Handels zu den Ländern außerhalb der OECD, von 15% auf 33%. Diese Veränderungen werden durch unterschiedliche Wachstumsperspektiven, Veränderungen in der relativen Produktivität und Herstellungspreisen sowie einer Veränderung der Konsumgüterbündel in den Schwellenländern in Richtung von Dienstleistungen ausgelöst.

Abbildung 97 stellt den prognostizierten Anteil am Welthandel nach sektoraler Aufteilung im Jahr 2010 und 2060 dar. Diese Abbildung spiegelt den Rückgang des Anteils der OECD-Länder am Welthandel, wobei sektoral deutliche Unterschiede bestehen. Betrug im Jahr 2010 der Anteil der OECD-Länder am Welthandel in der Sachgüterproduktion noch knapp zwei Drittel, so dürfte er bis 2060 deutlich zurückgehen (laut Prognose auf etwas über 40%). Insbesondere die Schwellenländer Asiens (+14 Prozentpunkte) und der Rest der Welt (+8 Prozentpunkte) legen in diesem Zeitraum beträchtlich zu. Bei den Dienstleistungen ist die Entwicklung noch ausgeprägter. In diesen Sektoren verlieren die OECD-Länder deutlich Marktanteile (von gut zwei Drittel auf 40%, also -28 Prozentpunkte). Auch bei den Dienstleistungen sind die Schwellenländer Asiens und Afrika die großen Gewinner am Welthandel. Im Bereich der Landwirtschaft und der Energieerzeugung können die OECD-Länder den Welt-handelsanteil erhöhen. Bis auf den Bereich der Landwirtschaft zeigt sich eine Konvergenz des Welt-handelsanteils der OECD in den Sektoren auf rund 40%.

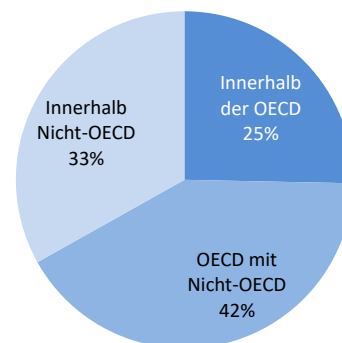
Neben dem Basisszenario untersuchen die Autoren auch noch die Auswirkung der Errichtung einer Freihandelszone zwischen der NAFTA, der EU, der Schweiz, Island und Liechtenstein sowie Australien, Neuseeland, Japan und Korea. Für die Prognose wird angenommen, dass Handelsbarrieren innerhalb dieser Regionen stufenweise auslaufen. Zusätzlich werden ab 2030 bilaterale Handelsabkommen mit Schlüsselpartnern, wie Russland, Brasilien, China, Indien etc. unterstellt. Unter dieser Annahme führt dies zu etwas geringeren Marktanteilsverlusten der OECD-Länder, die Auswirkungen dieses Abkommens fallen aber moderat aus. So fällt im Jahr 2060 der Rückgang des Anteils des Handels innerhalb der OECD auf 27% leicht geringer aus als im Basisszenario (25%, siehe Abbildung 96, rechte Grafik).

Abbildung 96: Handel innerhalb und zwischen Regionen 2012 und 2060

Handel innerhalb und zwischen Regionen 2012

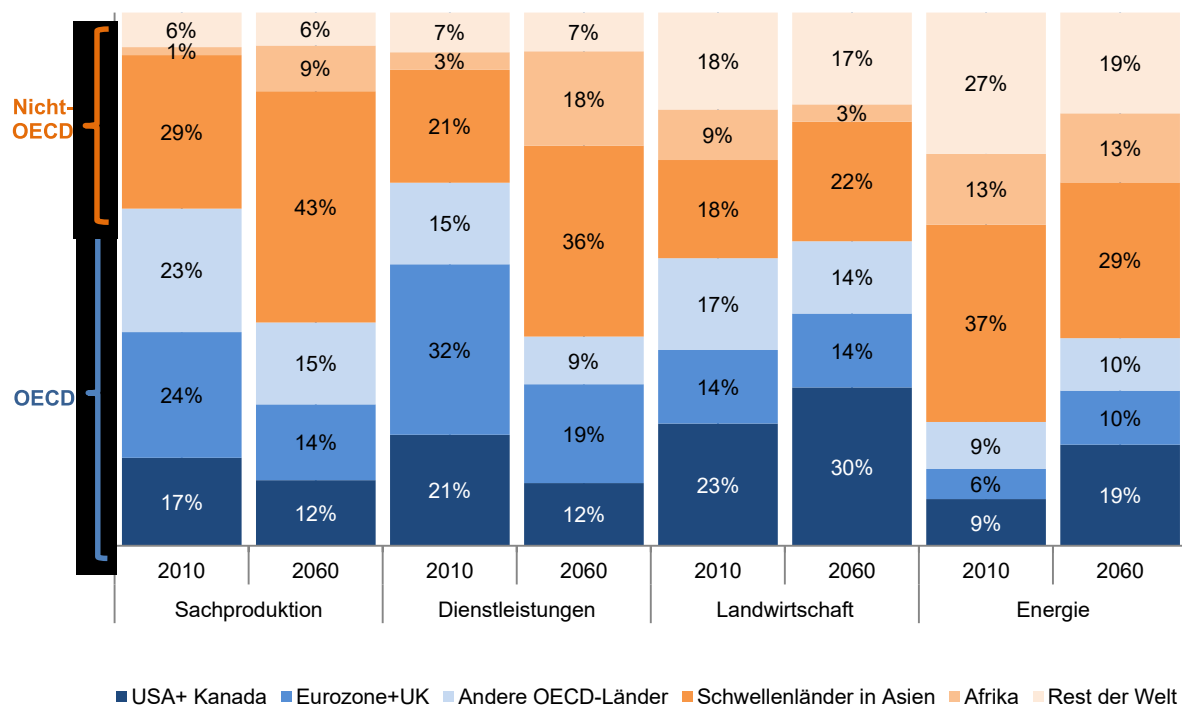


Handel innerhalb und zwischen Regionen 2060



Quelle: Johansson und Olaberría (2014), eigene Darstellung.

Abbildung 97: Relative Bedeutung verschiedener Regionen in spezifischen Branchen 2010 und 2060, regionaler Anteil am Welthandel



Quelle: Johansson und Olaberría (2014), eigene Darstellung.

7.1.4 Unsicherheiten und Risiken der Zukunftsperspektiven

Bei einer langfristigen Prognose bestehen immer beträchtliche Risiken über die Entwicklung, insbesondere über einen langen Horizont wie bis zum Jahr 2030. Daher ist es wichtig, potenzielle Chancen und Risiken, wie sie derzeit vorstellbar sind, darzulegen und zu diskutieren. In ihrer langfristigen Prognose spricht die OECD (2014) verschiedene Unsicherheiten und Risiken an, die die Entwicklung der Weltwirtschaft maßgeblich beeinflussen können und sich auch unterschiedlich für die verschiedenen Regionen der Welt auswirken können. Tendenziell überwiegen derzeit eindeutig die Abwärtsrisiken insbesondere für Europa.

i) Die Entwicklung der Produktivität ist sehr unsicher:

Die Entwicklung der Gesamtfaktorproduktivität ist für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von besonderer Bedeutung. Sie gibt jenen Teil des Wachstums an, der nicht durch Beschäftigung oder Kapitaleinsatz bedingt ist und spiegelt die Innovationskraft einer Ökonomie wieder. Abbildung 98 dokumentiert das durchschnittliche jährliche Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2013 und bringt deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern bzw. Weltregionen zum Ausdruck. Während sich die USA und Japan mit einem Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität von 0,8% jährlich sehr gut entwickelt haben, liegt dieser Wert für die EU und insbesondere für die Eurozone deutlich darunter (0,3% bzw. 0,1%). In Österreich und Deutschland war die Entwicklung mit 0,4% vergleichbar, jedoch deutlich geringer als in den USA. Daneben hatten auch Kanada und Australien eine äußerst schwache Entwicklung bei der Gesamtfaktorproduktivität.

Die Produktivität wird sehr stark von Innovationen und technologischem Fortschritt getragen. Forschung und Entwicklung spielen eine besonders wichtige Rolle. Dabei ist nicht allein die Höhe der

Ausgaben für F&E ausschlaggebend, sondern die Qualität der Ausgaben und die rasche Implementation von Innovationen in der Wirtschaft. Zur möglichen Entwicklung der Produktivität gibt es sehr unterschiedliche Ansichten. Eine optimistische Sichtweise unterstellt unter anderem, dass sich das volle Potential von ICT Anwendungen „kaskadenartig“ durch eine Vielzahl von Innovationen in der Produktivität niederschlägt und sie antreibt (siehe etwa Brynjolfson und McAfee (2011)). Dem widerspricht die pessimistische Ansicht, dass das Potential von ICT Anwendungen verschwinden wird und dementsprechend keine starken Produktivitätseffekte mehr haben wird (siehe etwa Gordon (2012)). Zu erwarten ist jedoch, dass die zunehmende weltweite Integration die Verbreitung von neuen Technologien beschleunigen wird, was insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer von Bedeutung sein dürfte.

Gemäß Gros und Alcidí (2013) werden folgende neuen Technologien in der Zukunft bedeutend sein: neue Formen der Arbeitsorganisation bzw. des Lernens, wie z.B. sogenannte *massive offene Online Kurse* (MOOC). Soziale Netzwerke werden dazu führen, dass Mitglieder dieser Netze nicht nur passive Konsumenten sind, sondern aktive Produzenten von Inhalten. Sie erleichtern die Wissensverbreitung und können die Produktivität erhöhen. Weiters werden Big Data, Cloud Computing oder 3D-Drucker die Wirtschaft der Zukunft deutlich verändern. Für Europa bzw. Österreich besteht die Chance, rasch die Produktion an neue Technologien anzupassen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, es besteht aber auch die Gefahr, möglicherweise den Anschluss zu verlieren (Beispiel: Industrie 4.0).

ii) die steigende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften wird eine Herausforderung für Ausbildungssysteme darstellen;

eine stärkere wissens- und technologiebasierte Entwicklung könnte die Nachfrage nach Hochqualifizierten zusätzlich verstärken. Dies könnte die Bildungsrendite erhöhen und zu zusätzlicher Nachfrage nach Ausbildungsangebot führen.

iii) die Einkommenskonvergenz zwischen OECD- und weniger entwickelten Ländern könnte Migrationsströme dämpfen;

derartige Auswirkungen auf die Migrationsströme können laut Projektionen für die Eurozone sogar zu negativen Nettowanderungssalden führen und hätten dementsprechend signifikante Auswirkungen auf Bevölkerung, Arbeitsangebot und BIP.

iv) Kosten für die demographische Alterung, Gesundheits- und Bildungssystem werden den Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöhen;

Diese zusätzlichen Ausgaben bzw. deren Finanzierung über höhere Abgaben stellen ein Abwärtsrisiko der Prognose dar. Dabei ist zu beachten, dass diese zusätzlichen Ausgaben auch weniger entwickelte Länder treffen werden.

v) der Klimawandel wird auch wirtschaftliche Auswirkungen haben;

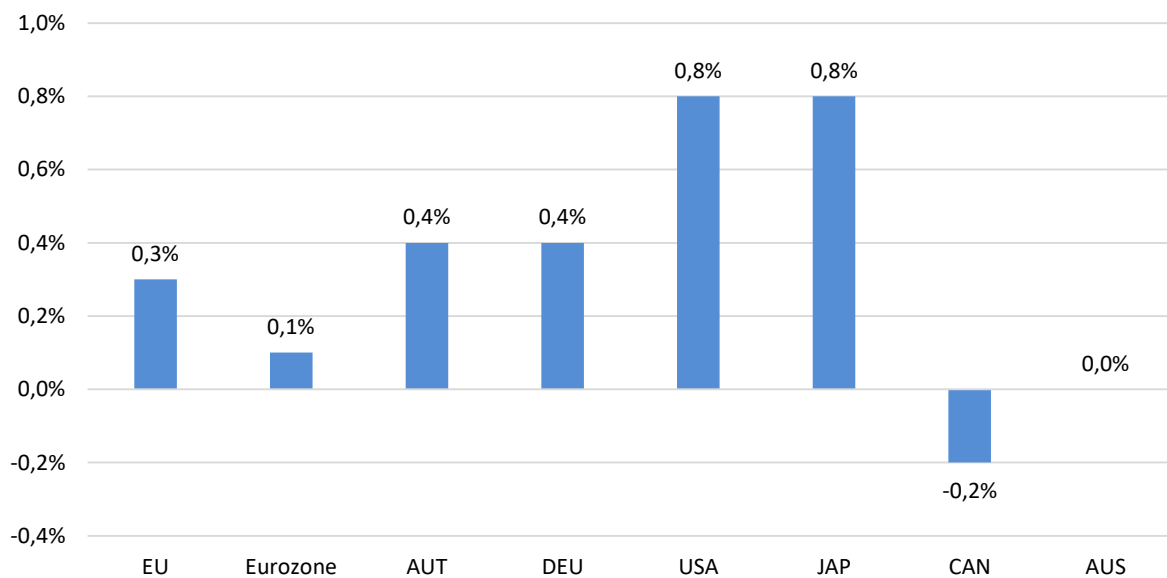
die Entwicklung bei der Emission von Treibhausgasen erhöht das Risiko des Klimawandels und negativer Umweltfolgen. Neue OECD-Prognosen (siehe Braconier und Dellink (2014)), die in der obigen Prognose nicht enthalten sind, erwarten eine Dämpfung des weltweiten BIP durch den Klimawandel um zwischen 0,7 und 2,5 % im Jahr 2060. Ausgelöst werden diese Effekte etwa durch sinkende landwirtschaftliche Produktion oder den Verlust von Land und Kapital durch steigende Meeresspiegel. Zu beachten ist dabei, dass die Auswirkungen nicht gleich auf die verschiedenen Regionen der Welt verteilt sein werden. Insbesondere Regionen in gemäßigteren Zonen könnten etwa von verstärkter landwirtschaftlicher Produktion oder zunehmendem Tourismus profitieren.

vi) persistente Effekte der hohen öffentlichen Verschuldung;

Weiters ist zu berücksichtigen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem beträchtlichen Anstieg

der öffentlichen Schuldenquoten in Europa geführt hat. Wie Abbildung 99 zeigt, ist die Verschuldungsquote seit Ausbruch der Krise deutlich angestiegen. In der EU beträgt der Anstieg rund 30 Prozentpunkte des BIP. Ähnlich war der Anstieg der Verschuldungsquote in der Eurozone von 65% auf 94 % des BIP. In Österreich fällt der Anstieg zwar geringer aus, ist mit 20 Prozentpunkten aber dennoch beträchtlich. Im Vergleich dazu erhöhte sich die öffentliche Verschuldungsquote in Deutschland in diesem Zeitraum lediglich um etwas mehr als 10 Prozentpunkte. In den USA und Japan hat sich die Situation noch deutlicher verschärft (+41 Prozentpunkte in den USA und +64 Prozentpunkte in Japan). Derzeit schlägt sich dieser Anstieg der Verschuldung nur sehr eingeschränkt in den öffentlichen Defiziten nieder, da die Geldpolitik ein Umfeld für ein sehr niedriges Zinsniveau geschaffen hat. Im Zusammenhang mit der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich jedoch, dass der Spielraum für aktive Wirtschaftspolitik derzeit sehr eingeschränkt ist.

Abbildung 98: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität im Zeitraum 2000 bis 2013



Quelle: Ameco Database, eigene Darstellung.

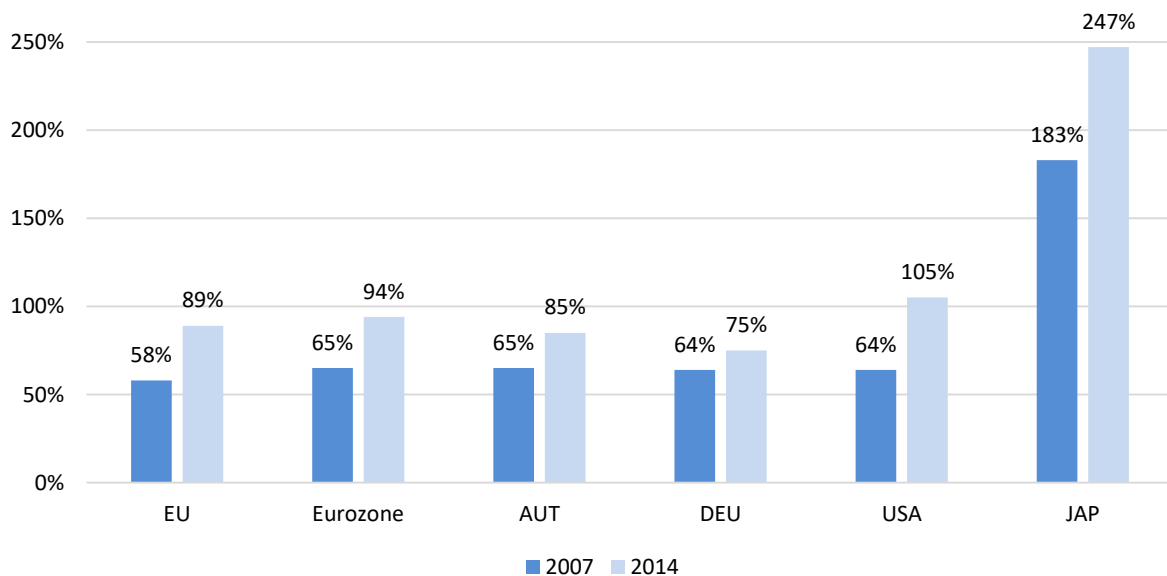
Durch die Entwicklung bei der Verschuldung besteht das Risiko, dass ein deutliches Anziehen des Zinsniveaus die öffentlichen Finanzen unter Druck bringen könnte. Für Europa könnte dies insbesondere dann problematisch werden, wenn sich die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren merklich erholt, während sich die Volkswirtschaften in Europa weiterhin nur schwach entwickeln. Dies würde zu einem Anstieg des Zinsniveaus führen und die Wachstumsaussichten deutlich verringern, da ein deutlich größerer Teil der öffentlichen Einnahmen in Europa für den Schuldendienst ausgegeben werden müsste. In dieser Hinsicht ist eine rasche Rückführung der öffentlichen Verschuldung geboten.

vii. Rohstoff- und Energiepreise; Unsicherheiten bestehen auch hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise, die die weltwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen können. In den letzten zehn Jahren waren diese von einer spürbaren Volatilität geprägt. So hat das zusätzliche Angebot an fossiler Energie durch das Fracking in den USA sowie die geringere Nachfrage durch die Wirtschaftskrise den vorherigen markanten Anstieg der Erdölpreise gestoppt und zu einem deutlichen Rückgang geführt. Verbunden mit Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels ist derzeit ein grundlegender Wandel der Angebots- und Nachfragestrukturen auf Energiemärkten zu beobachten. Dazu zählt eine Tendenz zu verstärkter Eigenproduktion von Verbrauchern, die einerseits große

Energieversorgungsunternehmen unter hohen wirtschaftlichen Druck setzt und andererseits neue Anforderungen an die Netzinfrastruktur stellt. Diese Entwicklungen könnten mittelfristig die Volatilität der Energiepreise weiter erhöhen und substantielle Verwerfungen in den Volkswirtschaften auslösen.

Bei den Metallen und seltenen Erden, deren Angebot sehr stark konzentriert ist, bestehen nach Gros und Alcidi (2013) die größten Risiken in einem starken Anstieg der Nachfrage und politischen Risiken.

Abbildung 99: Öffentliche Verschuldungsquote 2007 und 2014



Quelle: Ameco Database, eigene Darstellung.

7.1.5 Perspektiven für die Migrationen in Österreich

Angesichts der Tatsache, dass sich Österreich im oberen Dezil der einkommensstarken Länder befindet, ist es als Zielland für Migrationsströme attraktiv. Das zeigt sich vor allem auch an der Herkunftsstruktur der MigrantInnen in Österreich, die Großteile aus dem östlichen und südöstlichen Umfeld sind. Diese Länder verzeichneten zwar in den letzten Jahren teils beträchtliche Aufholprozesse, **Wohlstandsdifferenziale bestehen aber fort**. Das gilt auch für die Türkei, die im Vergleich zum unmittelbaren geografischen Umfeld bereits weiter entfernt liegt. Hier spielen historische Gründe und demzufolge starke Netzwerkeffekte eine wichtige Rolle.

Größere BIP-Differenziale bestehen auch mit Ländern in Afrika, Asien und Südamerika. Hier ist davon auszugehen, dass sich aus den Wohlstandsdifferenzialen zwar relevante Migrationsmotive ergeben würden. In Anbetracht der größeren geografischen Distanz, den damit verbundenen hohen Migrationskosten und den geringen wirtschaftlichen und personellen Netzwerken haben sich diese Migrationsströme aber noch nicht unmittelbar auf Österreich als Zielland ausgewirkt. Der ökonomische Ausblick (vgl. oben) zeigt darüber hinaus für viele der asiatischen Länder eine starke wirtschaftliche Dynamik, sodass mittelfristig für Asien und Südamerika eher von einer abnehmenden Migrationswahrscheinlichkeit ausgegangen wird. Was den afrikanischen Raum angeht, ist davon auszugehen, dass ökonomische Motive zur Wanderung auch in Zukunft bestehen bleiben. Die Länder Afrikas weisen zudem häufig jüngere, und damit eher wanderungsbereite Bevölkerungen auf.

Deutschland nimmt eine wichtige Rolle für Österreich ein. Dabei passt das Profil Deutschlands nicht unmittelbar in das klassische Bild. Von der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich stammt die größte Gruppe aus Deutschland. Beim BIP pro Kopf besteht nur ein niedriges Wohlstandsdifferential relativ zu Österreich. Das deutsche Beispiel veranschaulicht, dass es noch andere Faktoren als ökonomische Wohlstandsdifferential zu berücksichtigen sind, wiewohl anhand der durchschnittlichen BIP pro Kopf regionale Wohlstandsdifferential, etwa zwischen den neuen und den alten deutschen Bundesländern, unbeachtet bleiben.

Ein weiterer unmittelbar relevanter Faktor für Migrationen ist die **Arbeitsmarktsituation**. In der empirischen Darstellung wurden die Unterschiede der durchschnittlichen Arbeitslosenquoten relativ zu Österreich dargestellt. Angesichts der niedrigen Arbeitslosenquote ist Österreich daher ein attraktives Zielland. Die Länder mit der größten Differenz, die in geografischer Nähe zu Österreich sind, sind Mazedonien (mit einer Arbeitslosenquote von rund 30%), Bosnien Herzegowina (rund 28%) sowie Serbien (rund 23%). Diese Regionen sind schon bisher Herkunftsregionen von MigrantInnen in Österreich und dürften es auch mittel- bis längerfristig bleiben. Jedoch ist angesichts des zu erwartenden Rückgangs der Arbeitslosigkeitsdifferential zu Österreich mit einer Verringerung der Wanderungsmotive zu rechnen.

Jedoch werden in einigen der für Österreich wichtigen Herkunftsländer, etwa Türkei, Slowakei und Ungarn auch in Zukunft ausgeprägte Differential relativ zu Österreich erhalten bleiben. Das besagt, dass sich aus den ökonomischen Prognosen und Abschätzungen ableiten lässt, dass Österreich ein attraktives Zielland bleiben wird.

Aus der **wirtschaftlichen Verflechtung** ergeben sich wesentliche Informationen über potenzielle Herkunftsländer von MigrantInnen. Diese Verflechtungen geben einerseits Aufschluss darüber, inwieweit die MigrantInnen aus einem potenziellen Herkunftsland über die notwendige (Aus-)Bildung für den heimischen Arbeitsmarkt verfügen und wie einfach eine Integration in den Arbeitsmarkt möglich ist. Der Forschung zufolge reduziert die wirtschaftliche Verflechtung auch Informationskosten über das Zielland für Migration und führt somit dazu, dass Zielländer mit wirtschaftlicher Verflechtung attraktiver sind. Wie die obigen Datenanalysen gezeigt haben, sind Informationen über Direktinvestitionen und Vorleistungsverflechtungen besonders gute Indikatoren für derartige Verflechtungen. Die ausländischen Direktinvestitionen aus Österreich sind sehr stark auf Europa konzentriert. Somit sind die beschäftigungswirksamen Direktinvestitionen im Ausland auf die Nachbarländer bzw. relativ nahe Länder konzentriert.

Bezieht man den Anteil der Beschäftigten in einem Land, der durch direkte **Auslandsinvestitionen** ausgelöst wird, auf den Anteil der MigrantInnen aus demselben Land auf die gesamte Migration (durchschnittliche Zuwanderung in den Jahren 2006 bis 2012), dann zeigt sich ein markanter Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen ($R^2 = 0,46$), siehe Abbildung 100. Dies wird zu einem erheblichen Teil auch darauf zurückzuführen sein, dass sowohl für Migration als auch ausländische Direktinvestitionen die räumliche Entfernung von Bedeutung ist. Für die ausländischen Direktinvestitionen ist davon auszugehen, dass für benachbarte Länder notwendige Informationen für Direktinvestitionen leichter verfügbar sind und Unsicherheiten (auch politische Unsicherheiten) geringer sind.

Um einen Überblick über das Verhältnis des Anteils an FDI und Migration für einzelne Länder zu erzielen, wurde in einem weiteren Schritt der Anteil der MigrantInnen aus einem Land auf den Anteil der Beschäftigten in FDI Unternehmen in einem Land bezogen. Dabei bedeutet ein Wert von über 1, dass der Anteil der MigrantInnen aus einem Land an allen MigrantInnen größer ist, als der Anteil der

Beschäftigten in FDI-Unternehmen an allen Beschäftigten in österreichischen FDI-Unternehmen. Verglichen mit den FDI findet also in diesen Ländern überproportional hohe Migration nach Österreich statt. Ein Wert von unter 1 kann darauf hindeuten, dass, basierend auf dem FDI-Indikator, ein Potenzial für zusätzliche Migration besteht. Der Wert 1 besagt, dass der Anteil eines Staates an der gesamten FDI-Beschäftigung gleich dem Anteil desselben Staates an der Migration ist. Die Werte für die Länder der EU sind in Abbildung 101 zu finden, jene für wichtige Länder außerhalb der EU in Abbildung 102.

Für einen beträchtlichen Anteil an EU-Ländern zeigt sich, dass der Anteil der Migration höher ausfällt als der Anteil an den FDI-Beschäftigten. Nach regionalen Gesichtspunkten besteht hier kein einheitliches Bild. Es gibt in Westeuropa sowohl Länder mit einem Wert über bzw. deutlich über 1, als auch Länder mit Werten unter 1. Selbiges gilt auch für Süd- und Osteuropa. Besonders auffällig ist Tschechien. Einerseits investiert Österreich im Vergleich sehr viel in Tschechien, auf der anderen Seite ist die Anzahl der ZuwanderInnen im Vergleich mit anderen osteuropäischen Staaten sehr gering. Dies führt zu diesem geringen Wert. Des Weiteren weisen auch die südlichen Nachbarländer Kroatien und Slowenien einen Wert von unter 1 auf, sodass man auch hier basierend auf dem FDI-Indikator von einem kurzfristigen Potenzial für Zuwanderung ausgehen kann.

Bei den Ländern außerhalb der EU, wie in Abbildung 102 dargestellt, ist das Bild etwas einheitlicher. Während für die Länder Asiens (Japan, Türkei, Indien, Südkorea oder auch Thailand) mit Ausnahme von China der Wert über 1 liegt, finden sich für Amerika (sowohl Nordamerika, insbesondere USA, als auch Südamerika, vertreten durch Brasilien) und Osteuropa (Russland und Ukraine) nur sehr geringe Werte. Ausgehend von diesem Indikator und ohne andere Faktoren, wie etwa die politischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen – könnte sich kurz- und mittelfristig die Möglichkeit eröffnen, einen stärkeren Fokus auf die beiden Länder Russland und Ukraine zu legen.

In längerer Frist (bis 2030) werden, basierend auf diesem Indikator, durch die starke Dynamik insbesondere die Länder in Ostasien für Migration interessant. Es ist davon auszugehen, dass die Wachstumsdynamik in diesem Wirtschaftsraum auch zu verstärkten Direktinvestitionen führen wird und Potenzial für Migration geschaffen wird. In Afrika spielen österreichische Direktinvestitionen derzeit kaum eine Rolle. Lediglich in Nordafrika, Nigeria und Südafrika finden sich Investitionen. Gegeben, dass jedoch auch für Afrika auf längere Frist eine kräftige wirtschaftliche Dynamik prognostiziert wird, wird auch dieser Kontinent für Direktinvestitionen interessant werden. Auf mittlere Frist könnte insbesondere Nordafrika bzw. Südafrika eine mögliche Herkunftsregion für Migration sein.

Der zweite Indikator für die wirtschaftliche Verflechtung berücksichtigt die Vorleistungsverflechtungen der österreichischen Volkswirtschaft mit anderen Ländern. Die WIOD Datenbank enthält Informationen zu diesen Vorleistungsverflechtungen für 40 Länder. Unter Vernachlässigung⁶⁵ von Deutschland und dem „Rest der Welt“ zeigt Abbildung 103 dass für die restlichen Länder nur ein sehr moderater Zusammenhang zwischen diesen Variablen besteht, schwächer als für die Beschäftigung in FDI-Unternehmen (siehe Abbildung 102). Zur besseren Interpretation wird wie beim FDI-Indikator wiederum der Anteil der Vorleistungsimporte der einzelnen Staaten an den gesamten Vorleistungsimporten auf den Anteil an MigrantInnen aus diesen Staaten bezogen. Ein Wert kleiner 1 kann wie-

⁶⁵ Aufgrund der hohen Werte dieser beiden Kategorien würde die Grafik sonst kaum Informationen bieten.

derum auf ein Potenzial für Migration hindeuten. Die Ergebnisse für EU-Mitgliedsländer sind in Abbildung 104 zu finden, für Länder außerhalb der EU ist auf Abbildung 105 zu verweisen.

Unter den EU-Mitgliedsländern haben die osteuropäischen Länder ein Wert von größer 1. Dies impliziert, gegeben die Vorleistungsverflechtungen, eine sehr starke Migration aus diesen Ländern. Lediglich Tschechien weicht, wie beim FDI-Indikator, von diesem Bild ab. Für die westeuropäischen Länder gilt das Gegenteil. Für diese Länder liegt das Verhältnis deutlich unter 1, sodass nach den Vorleistungsverflechtungen die alten EU-Mitgliedsländer hinsichtlich der Migration Potenziale aufweisen könnten. Interessant ist auch Deutschland. Trotz der äußerst kräftigen Zuwanderung aus Deutschland in den letzten Jahren liegt Deutschland mit einem Wert von 0,55 deutlich unter der roten Linie. Der Spielraum mit Bezug auf Westeuropa könnte in den nächsten Jahren auch deswegen gegeben sein, da die wirtschaftliche Situation als auch die Arbeitsmarktsituation in einigen Ländern weiterhin sehr angespannt bleiben werden, sodass von dieser Seite mit Push-Faktoren in diesen Ländern zu rechnen ist.

Für die Länder außerhalb der EU zeigt sich für die betrachteten Länder, dass mit Ausnahme der Türkei und Russland, die relativen Vorleistungsverflechtungen stärker ausfallen als die Migrationsverflechtungen. Auf mittlere und längere Sicht kann der regionale Fokus basierend auf diesem Indikator stärker auf den asiatischen Raum gelegt werden (z.B. China, Indonesien) oder Südamerika (wie Brasilien). In Bezug auf Südamerika sind die wirtschaftlichen Verflechtungen derzeit noch recht überschaubar. Gemäß WIOD betrug der Anteil Brasiliens an den bezogenen Vorleistungen aus dem Ausland 1,3%. Gemäß Informationen über die gesamten Importe nach OECD betrug der Anteil Brasiliens an den Importen aus Südamerika im Schnitt der Jahre 2012 und 2013 rund 42%. Argentinien und Chile hatten einen Anteil von jeweils etwas über 18%.

Für die afrikanischen Länder liegen keine Informationen über Vorleistungsverflechtungen vor. Basierend auf der Beobachtung, dass Vorleistungsimporte und die gesamten Importe miteinander korreliert sind, kann man die Importe approximativ heranziehen. Im Durchschnitt der Jahre 2012 und 2013 betrug der Anteil der afrikanischen Länder an den Importen lediglich 1,8%. Dabei zeigt sich auch eine starke Konzentration auf wenige Länder (insbesondere Nigeria mit einem Anteil von 42%, Libyen mit 25%, Algerien mit 9% und Südafrika mit 7%). Basierend auf der Handelsverflechtung wären derzeit die Länder Afrikas nicht im Fokus von potenziellen Herkunftsländern für Migration. Gemäß Prognose ist mit einer kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung auf lange Sicht zu rechnen, sodass hier möglicherweise längerfristig eine Neubewertung in Bezug auf diesen Indikator vorzunehmen wäre.

Was **institutionelle Rahmenbedingungen und Regulierungen** anbelangt, so liegen sie in Österreich, wie weiter oben ausgeführt, im europäischen Mittelfeld. Aus der Ziellandperspektive lässt sich argumentieren, dass strengere Regulierungen die Migrationswahrscheinlichkeit dämpfen können, wenn sie es „Outsidern“ erschweren, ein Unternehmen aufzubauen (was z.B. über den PMR-Index abgebildet werden kann) oder unselbständige Beschäftigung zu finden (was z.B. im EPL-Index abgebildet sein kann). Personen, die bereits im Arbeitsmarkt integriert oder unternehmerisch tätig sind, profitieren tendenziell von strengen Regulierungen, was die Migrationswahrscheinlichkeit reduzieren dürfte. „Outsider“, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen oder ein Unternehmen aufbauen wollen, werden tendenziell von strengen Regulierungen benachteiligt und finden dementsprechend schwerer eine Einkommensgrundlage, was die Migrationswahrscheinlichkeit beeinträchtigt. Der Effekt von strengen Regulierungen im Herkunftsland ist nicht eindeutig, könnte aber tendenziell Abwanderung bewirken, wenn Jüngere geringe Chancen haben, sich zu entfalten; in der Folge haben strenger regulierte Länder tendenziell eine höhere Emigrationsrate.

Aufgrund der oben beschriebenen gegenläufigen Effekte von Regulierungen auf Migrationswahrscheinlichkeiten ist zu erwarten, dass andere Variablen (etwa Distanz, Einkommen, wirtschaftliche Verflechtungen) stärkeren Einfluss ausüben und die Regulierungen im Gesamtkontext eher eine untergeordnete Rolle spielen. Dies bestätigt sich auch, wenn man die Regulierungsindizes (EPL, PMR, EFW) in Beziehung zur Migration nach Österreich in den letzten Jahren setzt. Dabei stellt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen den Indizes und der Migration nach Österreich dar.

Für ein zukünftiges Migrationsmanagement könnten sich dennoch tendenziell stärker regulierte Länder anbieten. Gut ausgebildete, junge Personen, die sich im Herkunftsland aufgrund strengerer Regulierungen schwerer eine Einkommensgrundlage aufbauen können, könnten Zielpersonen für ein derartiges Management sein. Wie oben dargestellt, sind die Regulierungen derzeit insbesondere in vielen asiatischen Ländern (insbesondere China und Indien), aber auch in afrikanischen und südamerikanischen Ländern strikt, auch wenn in einigen Ländern eine Rücknahme von Regulierungen zu beobachten ist.

Auch Sozialleistungen haben einen Einfluss auf Migrationen. Dabei werden die Sozialausgaben hauptsächlich als Pull-Faktoren betrachtet. Daneben könnte man sich aber auch vorstellen, dass Sozialausgaben ein Push-Faktor für Migration sind. Geringe soziale Absicherung kann dementsprechend die Motivation für Emigration unter anderem im Falle von Arbeitslosigkeit erhöhen.

Die sozialen Systeme in den einzelnen Ländern unterscheiden sich zumeist relativ stark voneinander. Einerseits bestehen Unterschiede darin, welche sozialen Risiken abgesichert werden, andererseits ist auch die Generosität der sozialen Systeme stark abweichend. So können insbesondere die öffentlichen Altersversorgungssysteme öffentlich organisiert sein oder hauptsächlich auf einer privaten Vorsorge und lediglich öffentlichen Rahmenbedingungen beruhen. Dennoch können die öffentlichen Sozialausgaben als Proxy dafür genommen werden, wie ausgebaut öffentliche Sozialschutzsysteme sind und werden auch in den Schätzungen über den Einfluss auf die Migration herangezogen.

Eine Datengrundlage bietet die „Social Security Expenditure Database“ der International Labour Organization. Diese enthält Informationen über die öffentlichen Sozialausgaben in Prozent des BIP für einen längeren Zeithorizont. Für die einzelnen Regionen der Welt sind die öffentlichen Sozialausgaben zwischen 1990 und 2011 bzw. 2010 in manchen Ländern als Anteil am BIP in Tabelle 18 dargestellt. Wenig überraschend zeigt sich, dass die höchsten öffentlichen Sozialausgaben in Westeuropa zu finden sind. Im Jahr 2010/11 betragen die Ausgaben in Westeuropa 26,7% des BIP. Im Jahr 1990 lagen sie noch bei 20,9%. Dies entspricht einem Anstieg um 5,7 Prozentpunkte oder 27,4%. In Österreich liegen die Ausgaben im Jahr 2011 mit 27,9% um 1,2 Prozentpunkte höher als im Schnitt der westeuropäischen Länder. Jedoch ist der Anstieg seit dem Jahr 1990 mit 4,1 Prozentpunkten bzw. 17,2% niedriger als in Westeuropa insgesamt. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass bislang die Wirtschaftskrise in Österreich geringere Auswirkungen gehabt hat als in anderen westeuropäischen Ländern.

In Mittel- und Osteuropa liegen die öffentlichen Sozialausgaben im Schnitt merklich unter denen in Westeuropa. Im Jahr 2011 lagen diese bei 17,6% des BIP. Seit dem Jahr 1990 sind sie um 4,7 Prozentpunkte bzw. über 37% gestiegen. Somit ist der Anstieg in Prozentpunkten geringer als in Westeuropa. Dies mag auch damit zu tun haben, dass sich die Wirtschaftskrise in Westeuropa 2010/11 noch stärker bemerkbar macht als in Mittel- und Osteuropa. Ein etwas höheres Niveau wie in Mittel- und Osteuropa findet sich in Nordamerika (19,4%), etwas geringer in Lateinamerika und der Karibik (13,2%). Die Entwicklung seit dem Jahr 1990 ist in diesen drei Regionen sehr ähnlich verlaufen mit

einem Anstieg um etwa 5 Prozentpunkte. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass in Nordamerika die Wirtschaftskrise zu einem kräftigeren Anstieg der öffentlichen Sozialausgaben geführt hat.

Wesentlich niedrigere öffentliche Sozialausgaben finden sich in den Ländern Afrikas, Asiens und dem Mittleren Osten. Die Quote der Sozialausgaben liegt teilweise deutlich unter 10% des BIP, mit 8,7% im Mittleren Osten, 5,3% in Asien und 5,1% in Afrika. Dabei unterscheiden sich die Länder innerhalb dieser Regionen noch deutlich voneinander. So beträgt zum Beispiel in den Ländern Nordafrikas die Sozialausgabenquote im Jahr 2010/11 9% des BIP, in den Ländern südlich der Sahara nur 4,2%. China liegt mit 6,8% über dem Schnitt der asiatischen Staaten währenddessen in Indien die Sozialausgaben mit 2,6% des BIP markant darunter liegen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Ausgaben für die soziale Absicherung in allen Regionen zugenommen haben. Absolut ist der Anstieg in Westeuropa am kräftigsten, jedoch vergleichbar mit Nord- und Südamerika. In den anderen Regionen ist die soziale Absicherung markant geringer und kann damit als Push-Faktor für Migration gesehen werden. Für Westeuropa und Österreich im Speziellen bilden die öffentlichen Sozialausgaben Pull-Faktoren für die Migration. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass höhere Sozialausgaben mit einer höheren Abgabenquote verbunden sind. Dies hat Einfluss auf die Zusammensetzung der MigrantInnen in Bezug auf die Ausbildungsstruktur und kann ein Hemmschuh für qualifizierte Zuwanderung sein.

Für die Abschätzung des Einflusses der Potenziale für Zuwanderung basierend auf der sozialen Absicherung ist kurzfristig nur von geringem Einfluss auszugehen. Das Sozialsystem ist relativ rigide und größere Veränderungen, insbesondere Kürzungen von Leistungen, sind politisch nicht so einfach umzusetzen.

Auf mittlere Sicht ist davon auszugehen, dass bei den Sozialsystemen in Europa und Nordamerika keine großen Ausweitungen zu erwarten sind, insbesondere da bereits derzeit ein erheblicher Anteil des BIP hierfür aufgewendet wird und die Problematik der Alterung der Gesellschaft und der Druck auf die öffentlichen Finanzen noch deutlich zunehmen wird. Somit ist hiervon nicht von einer zusätzlichen Stärkung dieses Pull-Faktor auszugehen. Für die Länder Mittel- und Osteuropas ist mit einem Wiedererstarren der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit davon auszugehen, dass eine gewisse Annäherung der sozialen Absicherung an Westeuropa stattfindet. Dies könnte zu einer gewissen Abschwächung der Migrationsdynamik führen.

Für die afrikanischen Länder kann man davon ausgehen, dass die soziale Sicherung mit der wirtschaftlichen Entwicklung zulegt, dennoch vermutlich noch auf lange Sicht weiterhin ein Push-Faktor für die Migration nach Europa bleiben. Die Entwicklung in den asiatischen Ländern ist, gegeben dass es sich um politische Entscheidungen handelt, schwierig vorherzusehen. So könnte die starke Problematik der Alterung in China einem deutlichen Ausbau des Sozialsystems entgegenstehen. Ausgehend vom derzeitigen Stand ist aber auch bei markantem Ausbau des Sozialsystems abzusehen, dass die Sozialausgaben in Prozent des BIP weiterhin deutlich unter jenen Werten für Europa liegen werden. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass hier weiterhin ein migrationsverstärkender Faktor vorliegen dürfte.

Angesichts der Bedeutung von sozialdemographischen Strukturen für Migrationen (etwa Clark et al. (2007) und Mayda (2010)) werden auch hier einige Indikatoren in Hinblick auf Migrationen in Österreich beleuchtet. Abbildung 106 stellt den Zusammenhang zwischen der jungen Bevölkerung (Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren in Mio. Personen) und der Migration nach Österreich in den letzten Jahren für die Herkunftsländer der Europäischen Union dar. Man erkennt, dass die Bevölkerungsgröße einen Einfluss auf den Zustrom nach Österreich hat, dass aber auch andere Faktoren wesentli-

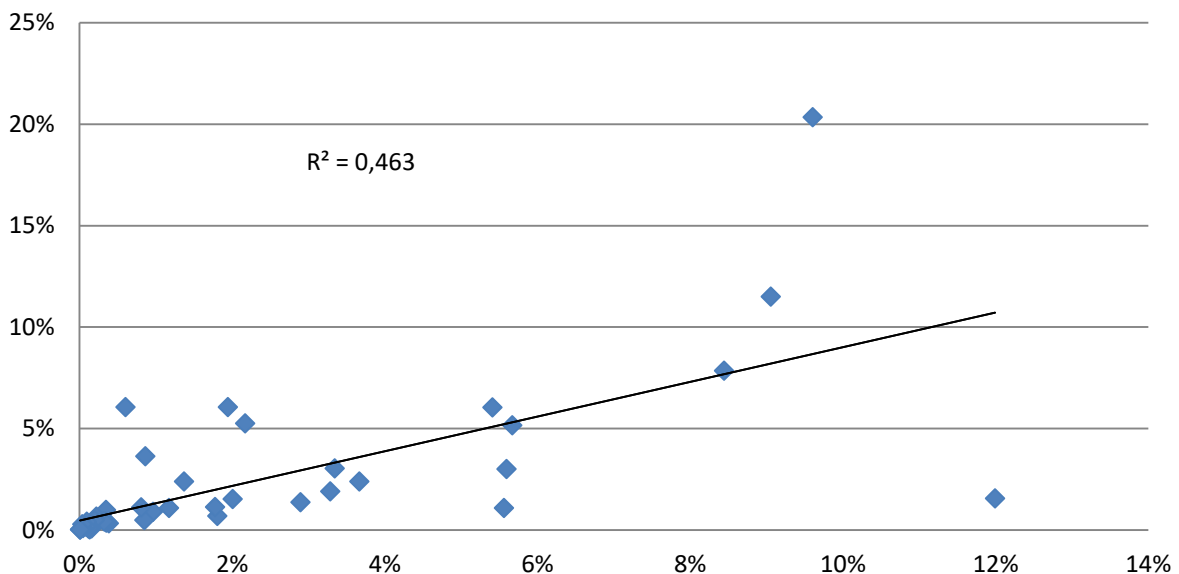
che Einflussgrößen darstellen. Von den großen europäischen Ländern weist Deutschland deutlich überproportionale Zuwanderung nach Österreich auf, Großbritannien und Frankreich stark unterdurchschnittliche.

Abbildung 107 und Abbildung 108 drücken wiederum den Anteil der einzelnen Herkunftsländer an der Zuwanderung nach Österreich relativ zum Anteil an der jungen Bevölkerung für die Länder der EU bzw. für Nicht-EU-Länder aus. Alle Länder der EU weisen einen Wert höher 1 auf, was bedeutet, dass (relativ zur jungen Bevölkerung im Herkunftsland) überproportional viele Migranten nach Österreich kommen. Man erkennt deutlich die sehr hohen Werte für die osteuropäischen (Nachbar-)Länder, aber auch Deutschland weist, gemessen an diesem Indikator, hohe Zuwanderung auf. Berücksichtigt man noch die geografische Distanz zu den einzelnen Herkunftsländern und die Größe der Länder, so scheint hier insbesondere für Tschechien und Italien, aber auch für Spanien und Frankreich, weiteres Potenzial zu bestehen.

In Abbildung 108 ist dieser Quotient für jene Nicht-EU-Länder abgebildet, aus denen im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2012 mehr als 500 Migranten nach Österreich zuwanderten. Auch hier zeigt sich deutlich der überproportionale Anteil der südosteuropäischen Länder. Unter Berücksichtigung der geografischen Distanz, ihrer Bevölkerungsgröße und der relativen Einkommenssituation wäre hier wohl unter anderem für Russland bzw. die Ukraine und asiatische Länder Potenzial festzustellen.

Wie oben dargestellt, gehen die globalen Bevölkerungsprognosen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte von einem starken Bevölkerungswachstum in großen Teilen Asiens, aber auch in Teilen Amerikas und Afrikas aus. Dem gegenüber steht eine prognostizierte negative Bevölkerungsentwicklung insbesondere in jenen Ländern und Regionen, die derzeit wesentlich die Migration nach Österreich prägen (Deutschland und Ost-Südosteuropa). Diese demographische Entwicklung muss bei einem Migrationsmanagement mitberücksichtigt werden.

Abbildung 100: Anteile der Beschäftigten in FDI Unternehmen (horizontal) und der MigrantInnen einzelner Staaten (vertikal)



Quelle: OeNB, OECD, eigene Darstellung.

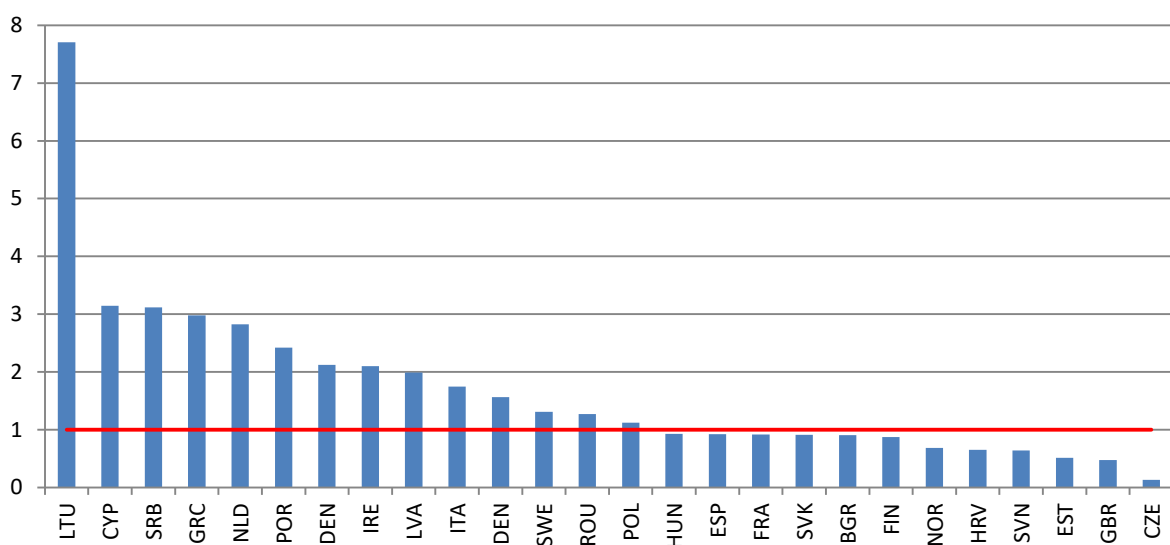
Die Migration nach Österreich wird primär von Herkunftsländern aus Europa geprägt, die im globalen Vergleich relativ gleiche Einkommensverteilungen aufweisen. Hier weisen also Länder mit relativ

gleicher Verteilung höhere Migrationsraten nach Österreich auf. Betrachtet man jedoch isoliert Europa als Herkunftsregion für Migration nach Österreich, so widersprechen diese Daten zumindest nicht der These der inversen U-Form: Länder mit relativ gleicher Verteilung (insbesondere die skandinavischen Länder, aber etwa auch die Tschechische Republik), sowie Länder mit relativ ungleicher Verteilung (etwa die südeuropäischen Länder, aber auch Großbritannien) weisen tendenziell niedrige Migrationsraten auf. Länder mit (im europäischen Vergleich) durchschnittlicher Verteilung (insbesondere osteuropäische Länder, aber auch Deutschland) weisen tendenziell höhere Migrationswahrscheinlichkeiten nach Österreich auf.

Für sich betrachtet würde die Einkommensverteilung in den verschiedenen Regionen der Welt dafür sprechen, das Migrationspotenzial eher weiterhin in (Ost-)Europa bzw. in Teilen Asiens zu suchen ist, sowie in vielen Ländern und Regionen Afrikas und Südamerikas, nicht zuletzt auch wegen hohen Einkommensungleichheiten.

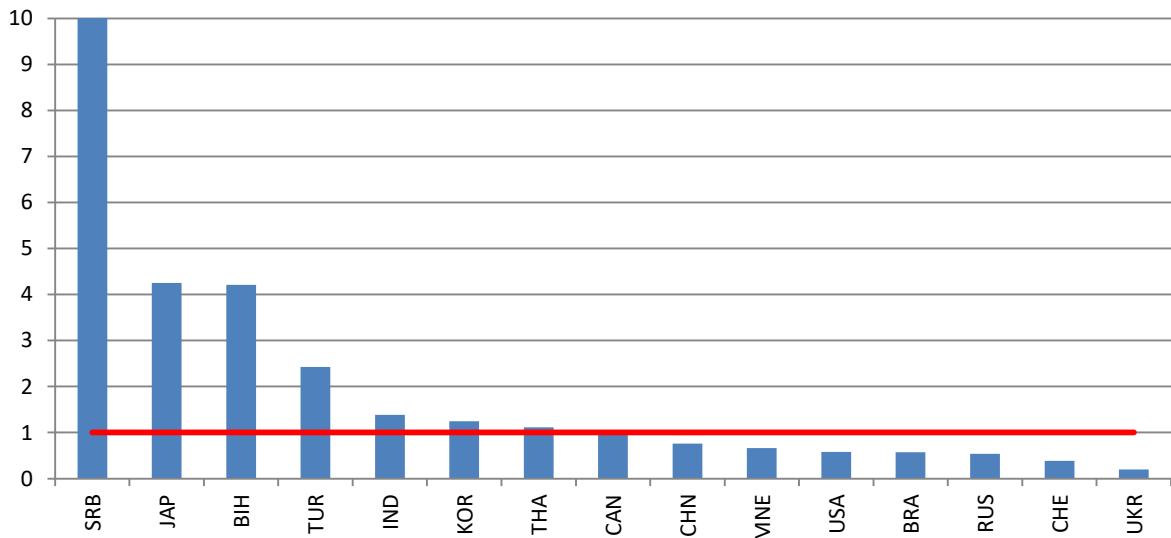
Agosto et al. (2006) ermitteln in einigen empirischen Schätzungen einen positiven Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte im Herkunftsland und der Migrationswahrscheinlichkeit. Dies könnte sich damit argumentieren lassen, dass eine (zu) hohe Bevölkerungsdichte die Lebensqualität in einem Land reduziert und damit die Migrationswahrscheinlichkeit erhöht. Vergleicht man die Migrationsströme nach Österreich seit 2006 und die Bevölkerungsdichte in den Herkunftsländern, so lässt sich kein Zusammenhang erkennen. Weder die Migrationströme nach Österreich aus Europa, noch jene aus der ganzen Welt sind mit der Bevölkerungsdichte korreliert. Die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter steigende Weltbevölkerung könnte jedoch dafür sprechen, dass dieser Variable in Zukunft eine etwas größere Bedeutung zukommt. Neben einigen Stadtstaaten und kleineren Staaten weisen mit Indien (mehr als 400 Personen pro km²) als größerem Staat, in Europa aber auch die Benelux-Staaten und auch Deutschland (mit rund 230 Personen pro km²) eine verhältnismäßig hohe Bevölkerungsdichte auf.

Abbildung 101: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Beschäftigten in FDI-Unternehmen (EU-Mitgliedsländer)



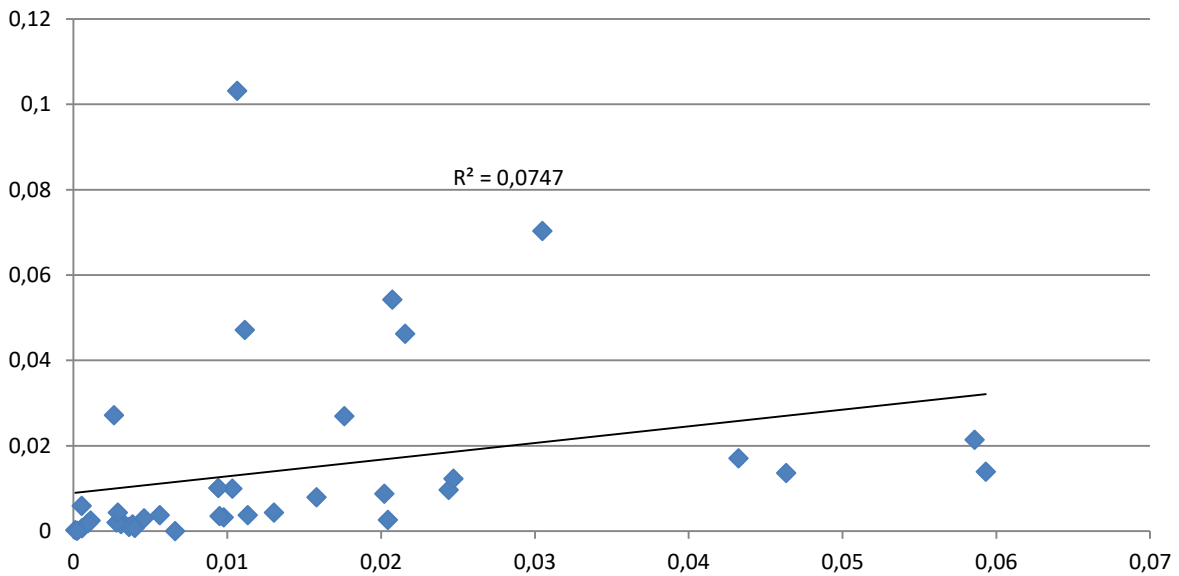
Quelle: OeNB, OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 102: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Beschäftigten in FDI-Unternehmen (Staaten außerhalb der EU)



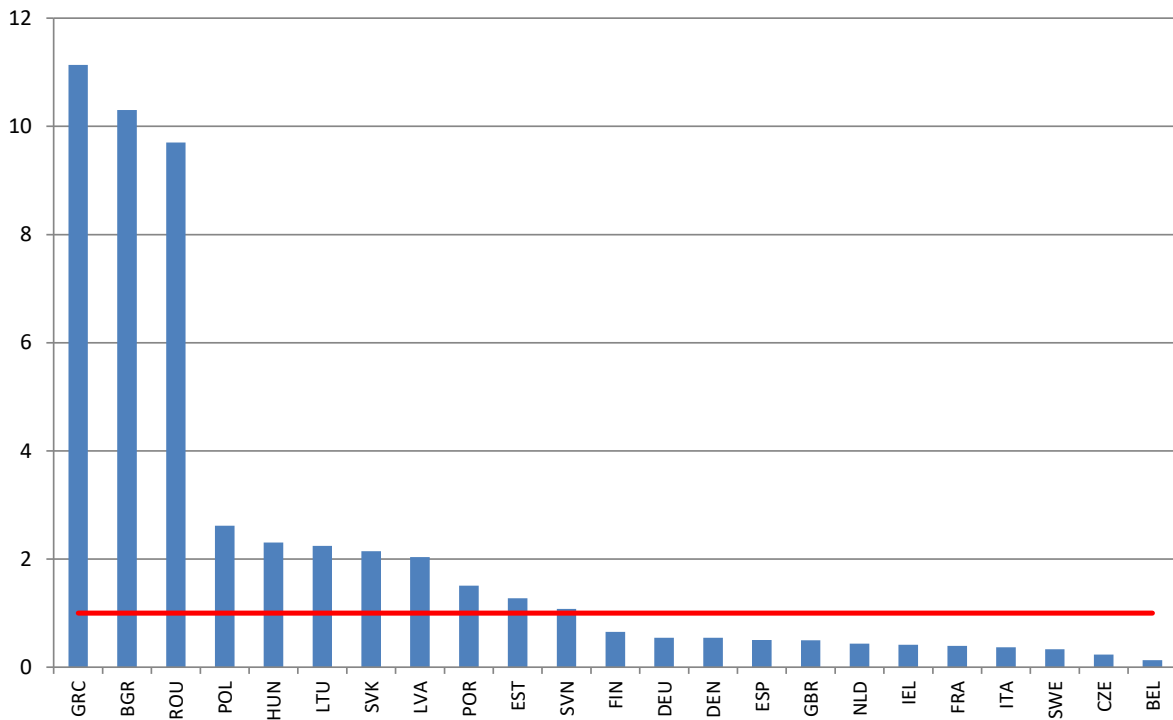
Quelle: OeNB, OECD, eigene Darstellung.

Abbildung 103: Anteil an Vorleistungsimpporten (horizontal) und MigrantInnen (vertikal) einzelner Staaten



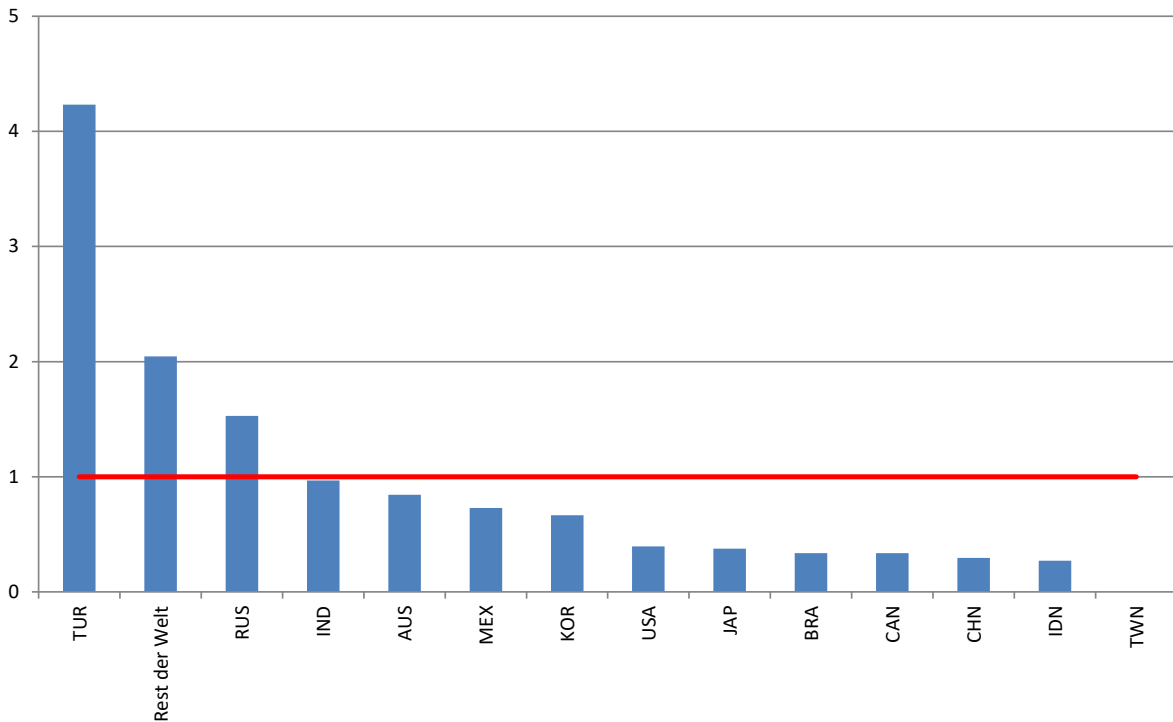
Quelle: WIOD, OECD, eigene Darstellung.

**Abbildung 104: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Vorleistungsim-
porte an den gesamten Vorleistungsimporten (EU-Mitgliedsländer)**



Quelle: WIOD, OECD, eigene Darstellung.

**Abbildung 105: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der Vorleistungsim-
porte an den gesamten Vorleistungsimporten (Staaten außerhalb der EU)**



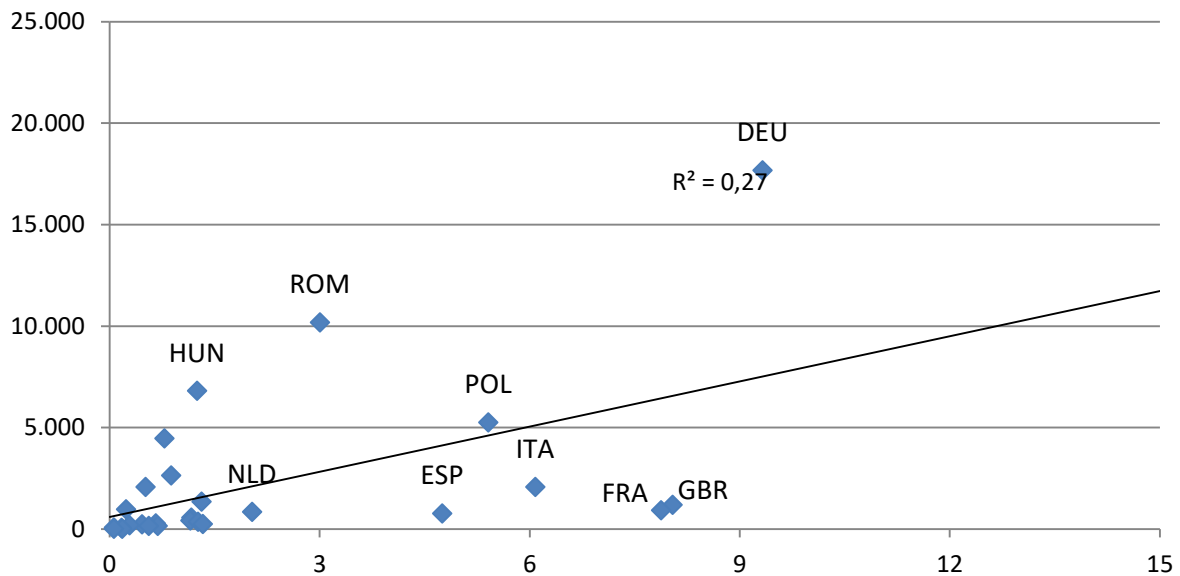
Quelle: WIOD, OECD, eigene Darstellung.

Tabelle 18: Regionale Durchschnitte der öffentlichen Sozialausgaben in % des BIP (gewichtet anhand der Bevölkerungsgröße)

	1990	1995	2000	2005	2007	2009	2010/11	Veränderung zu 1990 in Prozent- punkten	Anstieg seit 1990 in Prozent
Afrika	2,7%	2,8%	3,7%	4,3%	4,8%	5,4%	5,1%	2,4	87,2%
Nordafrika	4,2%	4,3%	5,9%	6,4%	8,4%	9,5%	9,0%	4,8	113,2%
Subsahara-Afrika	2,4%	2,5%	3,2%	3,8%	3,9%	4,4%	4,2%	1,8	77,4%
Asien und pazifischer Raum	3,4%	2,8%	3,5%	3,0%	4,1%	5,3%	5,3%	1,9	56,4%
China	5,2%	3,2%	4,7%	2,7%	5,0%	6,8%	6,8%	1,6	31,3%
Indien	1,7%	1,6%	1,6%	1,5%	1,9%	2,6%	2,6%	0,9	52,9%
Mittlerer Osten	4,9%	5,2%	6,6%	7,6%	6,5%	8,8%	8,7%	3,8	77,3%
Westeuropa	20,9%	23,6%	23,3%	24,8%	24,1%	27,2%	26,7%	5,7	27,4%
Österreich	23,8%	26,5%	26,6%	27,1%	26,3%	29,1%	27,9%	4,1	17,2%
Mittel- und Osteuropa	12,8%	15,5%	14,6%	16,6%	16,2%	19,7%	17,6%	4,7	37,1%
Russland	12,0%	11,1%	10,1%	12,7%	12,8%	16,9%	16%	4,0	33,1%
Lateinamerika und Karibik	8,0%	9,6%	10,2%	11,4%	12,0%	13,6%	13,2%	5,2	64,7%
Nordamerika	14,0%	15,8%	14,7%	16,1%	16,4%	19,2%	19,4%	5,4	38,7%
Welt	5,8%	6,0%	6,5%	6,7%	7,3%	8,8%	8,6%	2,8	48,6%

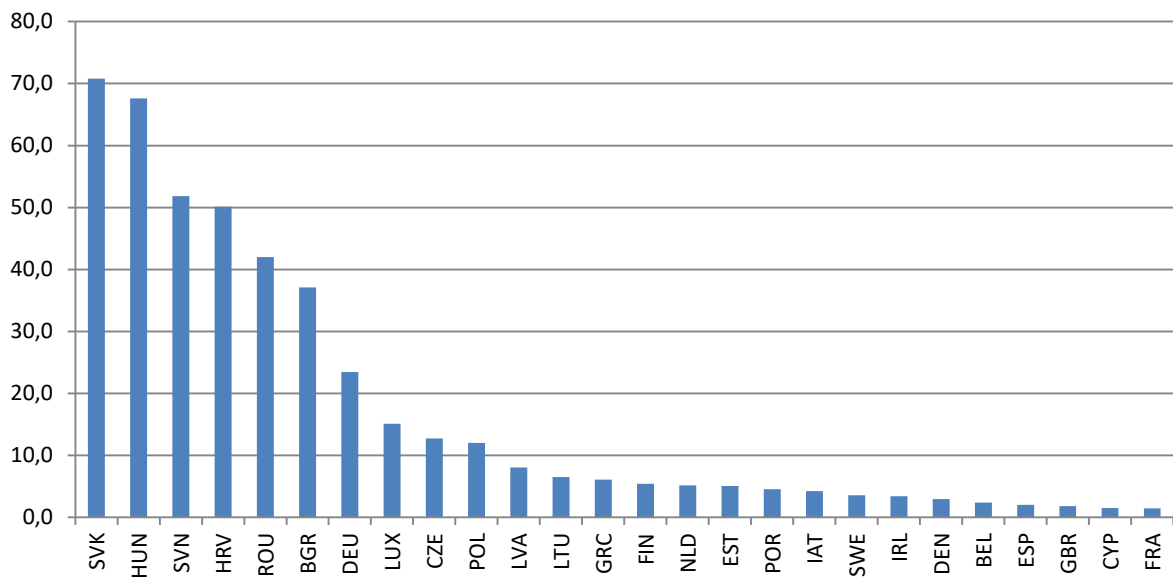
Quelle: ILO Social Security Database, eigene Darstellung.

Abbildung 106: Zusammenhang zwischen der 15-24-jährigen Bevölkerung im Herkunftsland in Mio. (horizontal) und der Zuwanderung nach Österreich (2006-2012, vertikal), für EU-Länder



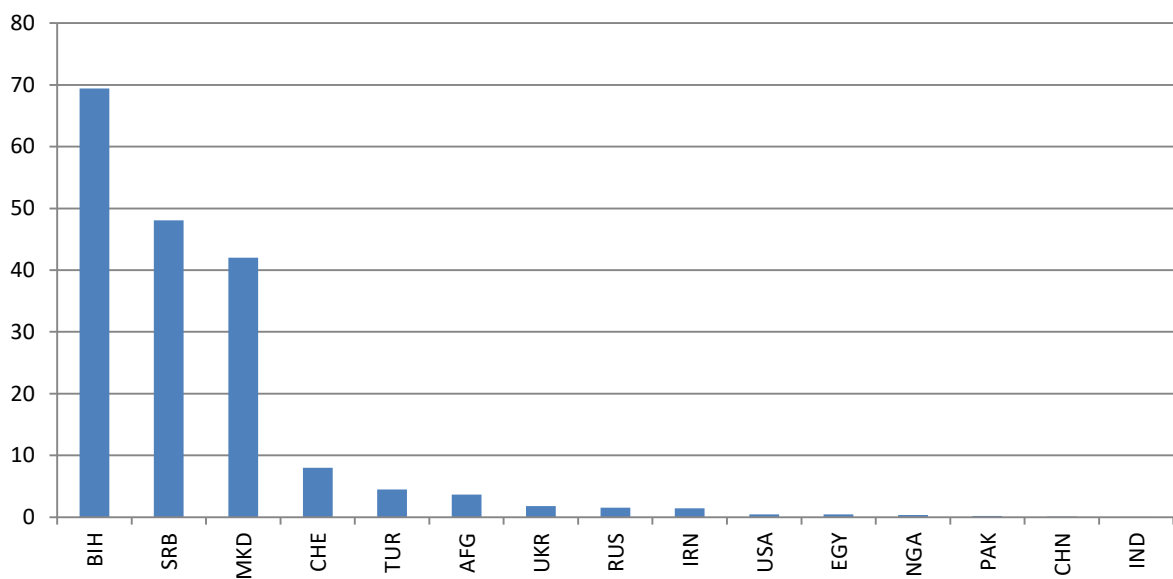
Quelle: OECD, UNO, eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 107: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der jungen Bevölkerung (EU-Mitgliedsländer)



Quelle: OECD, UNO, eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 108: Verhältnis des Anteils von MigrantInnen an Gesamtmigration zum Anteil der jungen Bevölkerung (Nicht-EU-Mitgliedsländer)

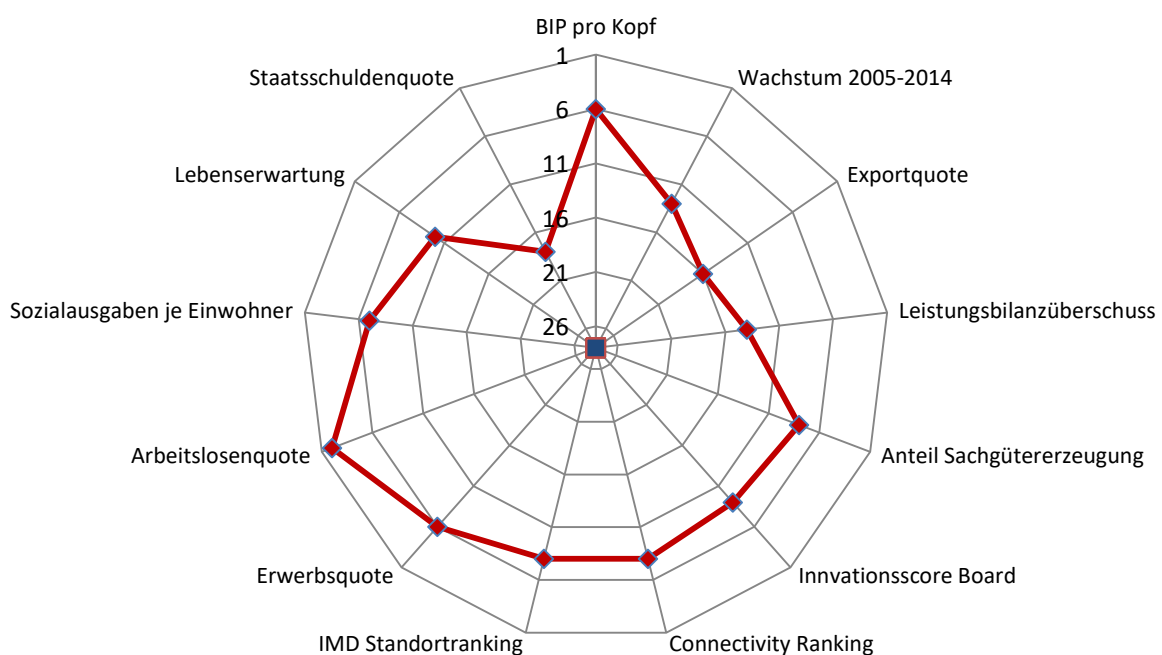


Quelle: OECD, UNO, eigene Berechnung und Darstellung.

7.2 Österreichs Positionierung im Rahmen von Scoreboards

Um besser abschätzen zu können, welche Zukunftsperspektiven Österreichs Wirtschaft hat, wird im Folgenden auf die Positionierung Österreichs hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialpolitischer Indikatoren innerhalb der Europäischen Union eingegangen. Dabei wird für ausgewählte zentrale Variablen die relative Position Österreichs innerhalb der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgewiesen. Für den jeweiligen Indikator wird der Rang Österreichs innerhalb der Mitgliedschaften ausgewiesen, wobei ein Wert von 1 die jeweilige Spitzenposition und ein Wert von 28 die ungünstigste Ausprägung innerhalb der Mitgliedstaaten darstellt.

Abbildung 109: Wirtschaftliche Positionierung Österreichs innerhalb der EU-28 anhand unterschiedlicher Indikatoren, Rangreihen von 1-28



Quelle: Eurostat, Connectivity Ranking, IMD, ILO/OECD, eigene Darstellung

Zur Darstellung der Positionierung Österreichs werden 14 verschiedene Indikatoren ausgewiesen. Vier Indikatoren werden zur Beschreibung der aktuellen wirtschaftlichen Performanz herangezogen. Es sind dies das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das reale Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2005-2014, der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt und der Leistungsbilanzüberschuss. Weitere vier Variable beschreiben die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und sollen Wachstumsperspektiven in der mittleren Frist abbilden. Es sind dies der Anteil der Sachgüterproduktion an der Wertschöpfung, die Position Österreichs im Innovations-Scoreboard der Europäischen Union, der Rang im IMD-Standortranking, sowie die Position im Connectivity Ranking.

Erwerbsquote und Arbeitslosenquote dienen als Indikatoren für das Funktionieren des österreichischen Arbeitsmarkts. Drei Variablen werden herangezogen, um die soziale Situation und das Funktionieren des Sozialstaats in Österreich innerhalb der EU-Mitgliedstaaten einzuordnen. Es sind dies die öffentlichen Sozialausgaben je Einwohner und die Lebenserwartung bei Geburt. Die Staatsschuldenquote bildet schließlich die Stabilität der öffentlichen Finanzen ab.

In Abbildung 109 werden die Ergebnisse der Positionierung Österreichs im EU-Vergleich in einem Netzdiagramm dargestellt. Die rote Linie beschreibt die Performanz Österreichs, wobei Punkte in der Nähe des Ursprungs des Netzes auf eine vergleichsweise schlechte relative Lage in Österreich hindeuten.

7.2.1 Solide wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Österreich ordnet sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Spitzenfeld der EU-Mitgliedstaaten ein. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Euro erreicht Österreich Rang 6 unter allen Mitgliedstaaten. Damit wird das hohe Wohlstandsniveau in Österreich belegt. Etwas ungünstiger ist die relative Position Österreichs beim Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2005 bis 2014 (Rang 13). Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, dass insbesondere die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen wirtschaftlichen Aufholprozess zu bewältigen haben, der vorübergehend höhere Wachstumsraten ermöglicht. Die mittlere Position Österreichs bei der Exportquote ist in Hinblick auf die relative Größe der österreichischen Volkswirtschaft zu beurteilen. Rang 14 beim Ausmaß des Leistungsbilanzüberschusses in Prozent des BIP wird durch die allgemein hohen Leistungsbilanzüberschüsse aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union relativiert. Insgesamt kann die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft als sehr gut beurteilt werden, wobei allerdings Verbesserungspotenzial gegeben sein mag.

7.2.2 Wettbewerbsfaktoren in Einklang mit Wirtschaftskraft

Während die zuvor beschriebenen Indikatoren die aktuelle Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft abbilden und somit tendenziell vergangenheitsbezogen sind, dienen weitere Variablen zur Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit und somit der Beurteilung der künftigen Wachstumspotenzials. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass die Sachgütererzeugung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wesentlich zur Stabilisierung der jeweiligen Volkswirtschaft und der rascheren wirtschaftlichen Erholung beigetragen hat. Als Folge dieser Erfahrungen hat die Europäische Kommission das Ziel formuliert, den Anteil der Wertschöpfung der Industrie von 16% auf 20% bis 2020 zu erhöhen.⁶⁶ Ein höherer Anteil der Wertschöpfung der Sachgüterproduktion wird demgemäß als ein wesentlicher Faktor für wirtschaftliche Stabilität und als Grundlage für künftiges Wachstumspotenzial angesehen. Österreich weist einen vergleichsweise hohen Anteil der Sachgüterproduktion an der Wertschöpfung auf und liegt bei diesem Indikator auf Rang 8.

Die Innovationsfähigkeit ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherung und Vermehrung des Wohlstands in den entwickelten Volkswirtschaften. Die Stärkung der Innovationskraft („smart growth“) stellt folgerichtig eine der drei tragenden Säulen der wirtschaftlichen Strategie „Europa 2020“ der Europäischen Union dar. Im Rahmen des Innovation-Scoreboards der Europäischen Kommission werden mehrere Dimensionen der Innovationstätigkeit zu einer Gesamteinschätzung des jeweiligen Innovationssystems eines Mitgliedstaates kombiniert. Österreich erreichte im jüngsten Innovation-Scoreboard des Jahres 2014 den sehr guten Rang 9. Im EU Vergleich weist Österreich Stärken bei internationalen wissenschaftlichen Publikationen, community designs und der Zusam-

⁶⁶ Vgl. EU-Kommission (2012). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung. Brüssel.

menarbeit von innovativen KMU auf. Als Schwächen ortet die Europäische Kommission die geringe Anzahl von Doktoratsstudierenden aus Drittstaaten und den Mangel von Risikokapitalinvestitionen.⁶⁷ Als ein weiterer wichtiger Faktor für das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft wird die Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) angesehen. Das Connectivity-Scorecard erstellt ein Ranking von Mitgliedstaaten in Hinblick auf Infrastrukturausstattung, Fähigkeiten und Nutzung von IKT. Österreich erreicht bei diesem Vergleich innerhalb der EU-Mitgliedstaaten den sehr guten Rang 8. Bei der Nutzung von IKT Technologien von Unternehmen und Konsumenten liegt Österreich vergleichsweise günstig, während es Aufholpotenzial bei Zugang und Nutzung von modernen Breitbandtechnologien gibt.

Regelmäßig werden von internationalen Organisationen Vergleiche der allgemeinen standortrelevanten Faktoren einer Volkswirtschaft vorgenommen. Beispielhaft wird für die gegenständliche Studie das Standortranking von IMD herangezogen. Die Standortattraktivität wird dabei aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, der Effizienz des öffentlichen Sektors, der Effizienz des privaten Sektors und der Ausstattung mit Infrastruktur ermittelt. Österreich nimmt hier unter den EU-Mitgliedstaaten den sehr guten Rang 8 ein.

Zusammenfassend ergibt sich ein stimmiges Bild der Positionierung Österreichs bei den wettbewerbsrelevanten Faktoren im Verhältnis zur aktuellen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Österreich liegt durchgängig im vorderen Feld der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese Positionierung lässt erwarten, dass Österreich sein hohes relatives Wohlstandsniveau innerhalb der Europäischen Union auch in den kommenden Jahren behaupten können. Allerdings ist auch bei den Wettbewerbsfaktoren anzumerken, dass Österreich vergleichsweise gut liegt, aber auch durchgängig Verbesserungspotenzial zu identifizieren ist. Für eine Verbesserung des relativen Wohlstandsniveaus bedürfte es zusätzlicher Anstrengungen gerade in den wettbewerbsrelevanten Bereichen.

7.2.3 Arbeitsmarktperformance im Spitzenfeld

Ein funktionierender Arbeitsmarkt stellt das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Zusammenhalt dar. Dementsprechend bilden auch die beschäftigungspolitischen Leitlinien den integralen Bestandteil der Wachstumsstrategie der Europäischen Union dar und werden laufend im Rahmen von nationalen Reformprogrammen evaluiert und weiterentwickelt. Zentrale Indikatoren zur Beurteilung der Funktionsweise des Arbeitsmarktes stellen die Erwerbsquote, die den Anteil der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung abbildet, der auf dem Arbeitsmarkt aktiv ist und die Arbeitslosenquote dar. Österreich zeichnet sich traditionell durch einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt aus. Wesentliche Erfolgsfaktoren stellen dabei das duale Ausbildungssystem, ein Arbeitsrecht, das hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit ermöglicht und die Sozialpartnerschaft mit einem international vorbildlichen Lohnbildungssystem dar. Die Indikatoren für den Arbeitsmarkt bestätigen eine vorzügliche Performanz des österreichischen Arbeitsmarkts. Bei der Erwerbsquote erreicht Österreich den sehr guten Rang 6. Lediglich bei der Einbindung der Wohnbevölkerung im Alter über 55 Jahren weist Österreich unterdurchschnittliche Werte auf. Bei der Arbeitslosenquote lag Österreich im Jahr 2014 auf dem hervorragenden zweiten Platz hinter Deutschland.

⁶⁷ Vgl. EU-Kommission (2014), Innovation Scoreboard 2014.

7.2.4 Ein vorbildlicher Sozialstaat

Die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft stellt die dritte tragende Säule des wirtschaftlichen Entwicklungskonzepts der Europäischen Union dar („inclusive growth“). Der öffentlichen Hand kommt dabei eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Entfaltung und Teilhabemöglichkeiten von Mitgliedern der Gesellschaft mit Benachteiligungen zu.

Beim Vergleich der öffentlichen Sozialausgaben pro Einwohner nimmt Österreich den Rang 7 ein. Der Sozialstaat in Österreich ist sehr gut ausgebaut, führt zu einer flächendeckenden Versorgung mit Sozialleistungen und zu einer vergleichsweise gleichmäßigen Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen.

Auch bei den öffentlichen Gesundheitsausgaben weist Österreich eine Position im Spitzenfeld unter den EU-Mitgliedstaaten auf. Dies spiegelt sich in Gesundheitsindikatoren wider. Bei der Lebenserwartung bei Geburt erreicht Österreich den sehr guten Rang 10 unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Vorbildlich wirkt sich die Sozialpartnerschaft auf den sozialen Frieden in Österreich aus.

7.2.5 Der Staatshaushalt erreicht die Grenzen der Belastbarkeit

In allen beschriebenen Dimensionen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bzw. der Wettbewerbsfähigkeit ist der öffentliche Sektor aufgerufen unterstützend tätig zu sein. Dies erfordert die effiziente Bereitstellung eines ausreichenden Ausmaßes an öffentlichen Mitteln. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich erhebliche zusätzliche Belastungen für die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergeben. Insbesondere die nachhaltige Finanzierbarkeit öffentlicher Leistungen wurde durch die die substanzielle Ausweitung öffentlicher Defizite und Verschuldung in Frage gestellt. Das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung in Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ist ein Indikator für die aktuelle Belastung des jeweiligen Staatshaushalts. Österreich liegt bei der Staatsschuldenquote (gereiht vom niedrigsten Wert) lediglich auf Rang 18 unter den Mitgliedstaaten. Dies ist ein Indiz dafür, dass die öffentlichen Haushalte in Österreich die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht haben. Strukturelle Reformen bei den öffentlichen Haushalten werden daher unausweichlich sein, um die aktive Rolle der Fiskalpolitik in den kommenden Jahren zu sichern.

7.2.6 Österreich im Mittelfeld der Innovationskraft

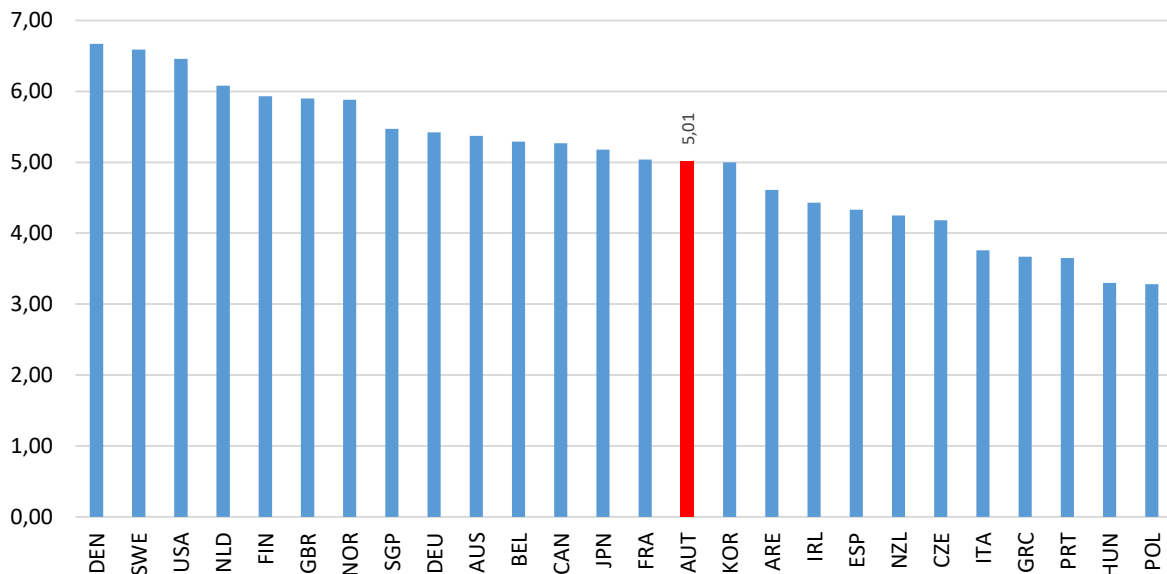
Österreich zeichnet sich durch eine extreme Bandbreite der wirtschaftlichen und sozialökonomischen Performanz aus. Was die Durchdringung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie anbelangt, ein wichtiger Faktor für die Nachhaltigkeit des Wachstumspotenzials, so liegt Österreich im europäischen Mittelfeld. Österreich ist sehr gut in der Nutzung von Mobiltelefonie aufgestellt, sowohl was Konsumenten als auch Unternehmen anbelangt. Die Durchdringung mit Breitbandanlagen ist jedoch schwach ausgeprägt. Der Connectivity Scorecard⁶⁸ zufolge hat Österreich eine schwächere Performanz als man an Hand der hohen Wertschöpfung pro Kopf erwarten würde. Österreich ist unter den Ländern, die eine innovationsgetriebene Wirtschaftsleistung haben, doch vergleichsweise schwach.

Dabei ist klärend anzuführen, dass es sich bei der Connectivity Scorecard um einen globalen Index zum Ranking von Informationen im IKT (Informations- und Kommunikations-Technologie) Bereich handelt, wobei 52 Länder erfasst werden. Der Index misst nicht nur den Entwicklungsstand der IKT-

⁶⁸ Genaueres siehe: <http://www.connectivityscorecard.org/countries/austria>

Infrastruktur, sondern auch das Ausmaß, in dem Regierungen, die Wirtschaft und Konsumenten diese Infrastruktur nutzen. Basierend auf Definitionen des Weltwirtschaftsforums unterscheidet die Connectivity Scorecard zwischen ressourcengetriebenen Ländern und innovationsgetriebenen Ländern. In der Gruppe der 26 innovationsgetriebenen Ländern führt 2013, wie aus Abbildung 110 ersichtlich, Dänemark vor Schweden und den USA. Österreich nimmt in dieser Reihung nur den 15. Platz ein.

Abbildung 110: Ranking der innovationsgetriebenen Länder, 2013



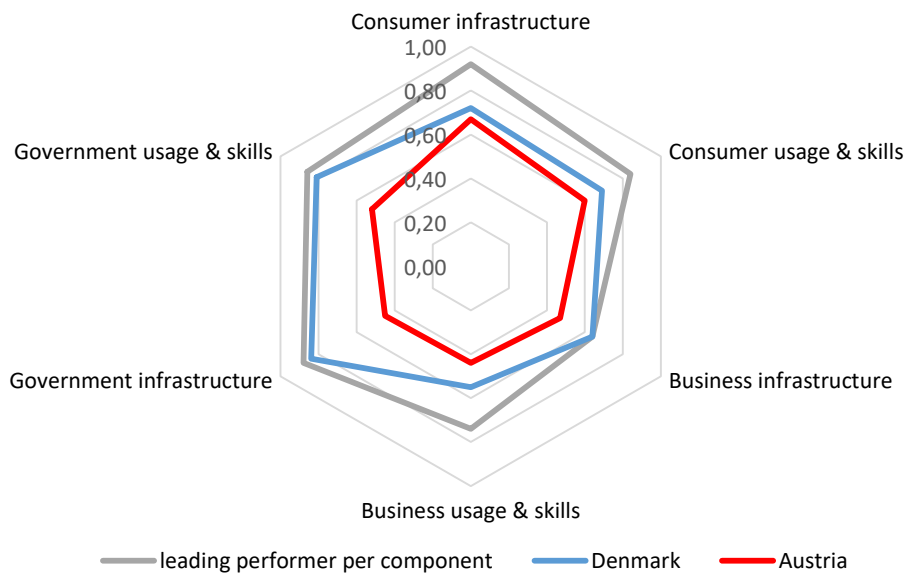
Quelle: Rajala Consulting 2013, eigene Darstellung

Aus Abbildung 111 ist erkennbar, dass Österreich im Vergleich zu den Führenden besonders schwach im Bereich der öffentlichen Verwaltung aufgestellt ist, und zwar sowohl was die Infrastrukturausstattung mit IKT anbelangt als auch den Einsatz und den kompetenten Umgang mit IKT.

Auch der Innovation scoreboard der EU bestätigt diese Aussage. (Hollanders & Es-Sadki 2014) Der 'Innovation Union Scoreboard 2014' gruppiert die EU-MS in vier unterschiedliche Performanzgruppen:

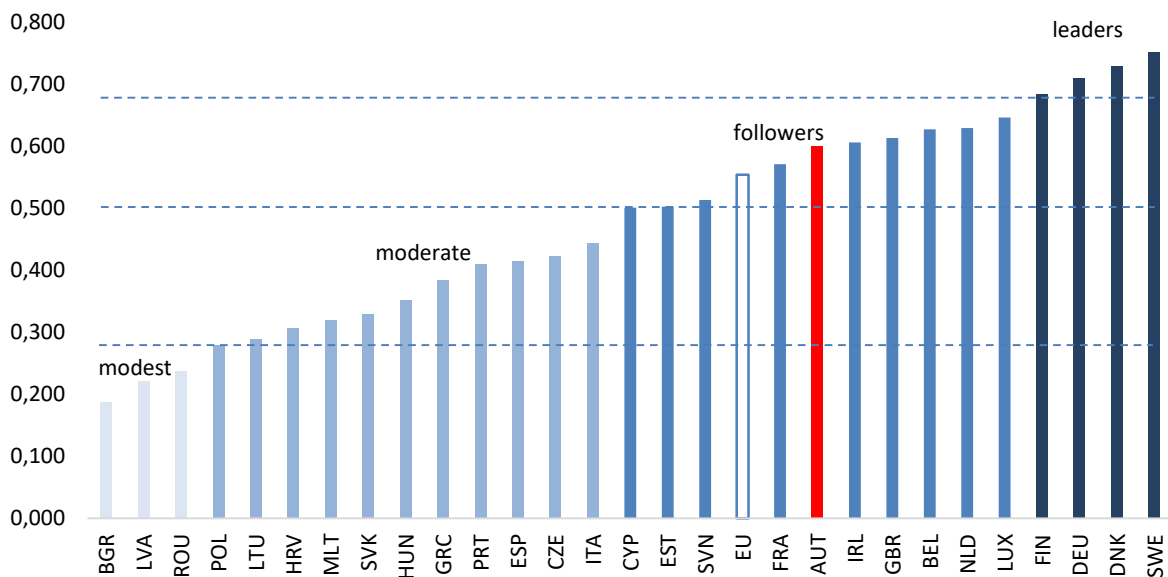
- Dänemark (DNK), Finnland (FIN), Deutschland (DEU) und Schweden (SWE) zählen zu den "Innovation Leaders"; ihre Innovationskraft liegt deutlich über dem EU-Schnitt;
- Österreich (AUT), Belgien (BEL), Zypern (CYP), Estland (EST), Frankreich (FRA), Irland (IRL), Luxemburg (LUX), Niederlande (NLD), Slowenien (SVN) und Großbritannien (GBR) sind "Innovation followers" mit einer Innovationskraft, die etwa im EU-Schnitt liegt;
- Die Performanz von Kroatien (HRV), Tschechien (CZE), Griechenland (GRC), Ungarn (HUN), Italien (ITA), Litauen (LTU), Malta (MLT), Polen (POL), Portugal (PRT), Slowakei (SVK) und Spanien (ESP) liegt moderat unter dem EU-Schnitt. Sie zählen daher zu den "Moderate innovators";
- Bulgarien (BGR), Lettland (LVA) und Rumänien (ROU) liegen deutlich unter dem EU-Schnitt und sind daher "Modest innovators".

Abbildung 111: Scorecard innovationsgetriebener Länder 2013: Österreich im Vergleich zu Dänemark und dem jeweils Führenden pro Kategorie



Quelle: Rajala Consulting 2013, eigene Darstellung

Abbildung 112: Die Innovationsperformanz der EU-Mitgliedsstaaten 2013



Quelle: Hollanders & Es-Sadki 2014, eigene Darstellung

Die Zuordnung Österreichs zu innovativen Technologienachahmern legt nahe, dass Österreich mittel- bis langfristig den Anschluss an die führenden Innovationsländer nicht finden wird, wenn nicht in ausreichendem Maße in Forschung und Entwicklung investiert wird. Eine Strategie der Forcierung der Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften könnte dem wirtschaftlichen Nachhinken Österreichs entgegen wirken.

8 Visionen und Zielsetzungen einer österreichischen Migrationspolitik

Bevor man Visionen zu einer österreichischen mittel- bis längerfristigen Migrationspolitik entwickeln kann, gilt es einige Fragen zur wirtschaftlichen, technologischen und bildungspolitischen Weiterentwicklung zu stellen und zu beantworten. Im Folgenden werden einige wesentliche Fragen dazu gestellt, auf die im Anschluss einige Experten/innen aus Schlüsselbereichen der österreichischen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik versuchen, Antworten zu finden.

8.1 Offene Fragen

Obschon der Überblick über wirtschaftliche und migrationspezifische Rahmenbedingungen einen guten Einblick in den Status Quo gewährt, bleiben doch einige wesentliche Punkte zu den Zukunftsperspektiven offen, sodass eine Vision über die Rolle der Migrationen und der Migrationspolitik schwer zu erstellen ist.

Ein Aspekt betrifft die Punkte, die in Kapitel 7.1 als Risikofaktoren bezeichnet wurden. Ein anderer die Positionierung Österreichs im Umfeld der hochentwickelten europäischen Länder bezüglich der Innovationskraft und einem nachhaltigen Wohlstandspotenzial.

8.1.1 Technologische Wende oder industrielle Revolution

Zum ersten Aspekt ist zu sagen, dass wir uns schon heute an einem Punkt der technologischen Entwicklung befinden, der die Arbeitswelt derart verändert, dass die Auswirkungen auf die Gesellschaft und ihre Organisationsstrukturen nicht mehr zu übersehen sind. Wir stehen nicht mehr nur am Anfang sondern schon mitten in einer dritten industriellen Revolution, die einen tiefgreifenden Wandel der wirtschaftlichen Produktion, der Arbeitsorganisation und, damit verbunden, der sozialen Verhältnisse und Lebensumstände für unsere Gesellschaften zur Folge hat.

Die Umwälzungen, die sich schon jetzt abzeichnen, können ebenso ausgeprägt sein wie die im Gefolge der ersten Revolution, die den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft markierte, verbunden mit dem Ende der Feudalherrschaft und dem Herauskristallisieren von Gesellschaftsklassen, dem Industrieproletariat einerseits und dem kapitalistischen Unternehmertum andererseits.

Der Nukleus der dritten industriellen Revolution liegt in der Mikroelektronik und Informatisierung der Produktion von Gütern, zunehmend auch von Dienstleistungen. Das Besondere an dieser industriellen Revolution ist, dass quasi alle Berufe und Tätigkeitsfelder davon betroffen sind. Zu Beginn der 2000er Jahre haben sich die diversen Kerntechnologien weiter entwickelt, wobei sich vier Technologiebereiche, und damit verbunden Visionen für die Zukunft, herauskristallisieren.

1. Industrie 4.0

Eine Vision für die Zukunft oder Utopie wird mit dem Kürzel Industrie 4.0 bedacht. Dabei handelt es sich um eine Produktionsumgebung, in der sich Fertigungsanlagen und Logistiksysteme (also die Produktionsprozesse) ohne menschliches Eingreifen selbst organisieren; das erfolgt über eine volle Informatisierung der Güterproduktion in einer ‚Smart factory‘. Technologische Grundlage sind Cyberphysische Systeme, das ist ein Verbund informatischer, softwaretechnischer Komponenten mit mechanischen und elektronischen Teilen, die über eine Dateninfrastruktur wie z. B. dem Internet der Dinge miteinander kommunizieren. Diese Technologie ist derzeit noch im Forschungsstadium. Sie hat zum Ziel, die Arbeitsproduktivität und Energieeffizienz zu steigern und damit die Produktionskosten

derart zu senken, dass der Industriestandort Europa erhalten bleibt. Die mit Industrie 4.0 einher gehende Integration der Informationstechnologie in den Produktionsprozess impliziert substantielle Änderungen der Arbeitsprozesse und Arbeitsinhalte; das wiederum hat Konsequenzen für die Qualifikationsprofile der Arbeitskräfte und damit der Ausbildung. Die Erwartung ist derzeit, dass es nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen kommt, sondern dass es zu einem Miteinander von Mensch und Maschine in der Arbeit kommt. Derzeit setzt die EU auf die Forschungsförderung in dieser High-Tech-Strategie, allen voran Deutschland⁶⁹.

2. Internet der Dinge

Eine weitere Vision ist das Internet der Dinge. Dabei werden miniaturisierte Computer (Wearables), die in Gegenständen unserer Umwelt eingearbeitet sind (smart phones, Waschmaschine, Heizung, Rasenmäher, ...) über eine Internet-ähnliche Struktur miteinander verknüpft, mit dem Ziel, unser Leben zu vereinfachen (intelligentes Wohnen oder ‚smart home‘), Routinen zu übernehmen und uns bei unserer Arbeit zu unterstützen. Menschen und Dinge werden verknüpft. Wie das Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik auf seiner website sagt: „Der Weg zum »Ubiquitous Computing« - der Verfügbarkeit künstlicher Intelligenz an jedem Ort – und zur »Ambient Intelligence« im Sinne einer intelligenten Umgebung, die sich auf die Bedürfnisse des Menschen einstellt, ist vorgezeichnet“. In der Folge verringert sich der Bedarf an Arbeitskräften, die Routinejobs ausüben. So wird etwa in der Logistik die menschliche Arbeitskraft schon derzeit abgelöst von ‚intelligenten Robotern‘, die Pakete, die mit RFID-chips ausgestattet sind (radio-frequency identification) an den markierten Zielort bringen. Es gibt auch schon vernetzte Autos, die selbständig ein- und ausparken und in die Garage fahren können. Außerdem kann das Fahrzeug mit seiner Umwelt kommunizieren, etwa mit Ampeln, und in der Folge energieeffizienter fahren. Das Internet der Dinge wird eines Tages alles und jeden verbinden in einem weltumspannenden integrierten Netz, sowohl natürliche Ressourcen als auch Produktionsprozesse, Logistiknetze (intelligente Autobahn), Stromübertragungsnetze, Recycling, Handel, Vertrieb, Verkauf, Konsum. Menschen sind mit Sensoren ausgestattet, die alle Aktivitäten nachvollziehbar machen; daraus wird Big Data gewonnen und in ein globales Netz eingebaut, woraus lernende Maschinen Informationen entnehmen, die gebündelt für die Allgemeinheit oder für bestimmte Nutzer zur Verfügung gestellt werden.

3. 3D-Drucker

Ein weiterer Technologiebereich, der vormalige Utopien zur Realität werden lässt und der ungeahnte Auswirkungen auf die Produktion von Gütern und auf Arbeitsprozesse hat, ist der 3D-Drucker. Dabei handelt es sich um eine Maschine, die dreidimensionale Werkstücke über ein schichtenweises Auftragen von flüssigen oder festen Werkstoffen nach vorgegebenen, am Computer ausgearbeiteten Modellen und Maßen computergesteuert, kosteneffizient und ressourcensparend erzeugt. Das aufwendige Herstellen von Formen und das Formenwechseln während eines Produktionsprozesses entfällt, ebenso der typische Materialverlust. Meist ist der Vorgang auch energetisch günstiger, weil das Material nur einmal in der benötigten Größe und Masse aufgebaut wird. Die Güterproduktion wird damit kostengünstiger. Darüber hinaus kann die Maschine überall aufgestellt werden, was ein ungeahntes Maß der Dezentralisierung der Produktion erlaubt. Menschen werden zu Prosumenten (Toff-

⁶⁹ Mehr dazu in dem Vortrag von Elzbieta Bienkowska anlässlich der Konferenz des Forum Europa zum Thema ‚Reindustrialisation of Europe: Industry 4.0 - Innovation, growth and jobs‘ am 23. Juni 2015 http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/bienkowska/announcements/reindustrialisation-europe-industry-40-innovation-growth-and-jobs-forum-europe-conference_en

ler 1980), d.h. jeder, und somit die Massen, kann die Güter des eigenen Bedarfs selbst herstellen. Das bedeutet nicht notwendigerweise das Ende der Massenproduktion, es eröffnet allerdings neue Diversifizierungsmöglichkeiten des Konsums und der Produktion.

4. Smart grids

Die drei angeführten Technologien, die aus dem Stadium der ‚Utopien‘ heraustreten, werden noch ergänzt um eine 4. Dimension, die dezentrale Energieerzeugung und den Aufbau eines intelligenten Stromnetzes (smart grid). Während bislang Stromnetze grosso modo den Strom aus zentraler Energieproduktion zu dezentralen Verbrauchern leiteten, wird das Stromnetz zunehmend komplexer und ‚kommunikativer‘. Dezentrale Stromerzeugungsanlagen, die aus unterschiedlichen Quellen Strom erzeugen (aus fossiler Primärenergie ebenso wie aus erneuerbaren Energiequellen wie Photovoltaikanlagen, solarthermischen Kraftwerken, Windkraftanlagen und Biogasanlagen), werden mit Netzwerkmanagement, Speicherung und Endverbrauch vernetzt. Kleinere, dezentrale Erzeugeranlagen können in der Folge auch direkt in die unteren Spannungsebenen einspeisen (dezentrale erneuerbare Energie). Dies führt zu einer wesentlich komplexeren ‚intelligenten‘ Struktur des Stromnetzes. Zwischenspeicher werden zwischen das Energieangebot, das schwer prognostizierbar ist, und die Energienachfrage als Puffer platziert, um in Phasen des Überangebots Strom in eine andere Energieform zu konvertieren und solcherart zu speichern, und bei Bedarf wieder in Strom umzuwandeln. Telekommunikationsnetzwerke gewinnen in der Umsetzung eines ‚smart grid‘ ebenso an Bedeutung wie ‚smart metering‘, d.h. die Steuerung der Nachfrage. (Knab/Strunz/Lehmann 2009)

8.1.2 Wohin führt uns diese dritte industrielle Revolution?

Die technischen Möglichkeiten und ihr Einsatz führen zu einem Wandel in der Organisation unseres Wirtschaftslebens, der Lebensweisen, der sozialen Kontakte, der Einkommen. Sie werden getragen von einer neuen Generation von interdisziplinär arbeitenden und kooperierenden WissenschaftlerInnen (Biologie, Chemie, Ökowiensschaften, Ingenieurwissenschaften, Informationstechnologie, Architektur, Städte-/Raumplanung). Neu ist das Verschmelzen des Kommunikationsinternets mit einem Energie-, Logistik-, Produktions- und Verteilungsinternet mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz, der Ressourcenschonung, der Optimierung der Verteilung.

Das Zusammenwirken all dieser Entwicklungen ist aber nicht ohne Bedeutung für die Gesellschaftspolitik und Gesellschaftsorganisation. Während das Industriezeitalter, die sogenannte Moderne, von der Zentralisierung der Produktion geprägt war (Arbeitsteilung in der Massenproduktion, Arbeiterbewegung, Fordismus, ...) eröffnet der 3D Drucker die Möglichkeit der Dezentralisierung der Produktion und erschwert damit die (gewerkschaftliche) Organisation der arbeitenden Menschen. Wie kann sichergestellt werden, dass die Arbeitsbedingungen, die Entlohnung, die Balance zwischen Beruf/Arbeit/ Familie/Freizeit gewährleistet ist? Welche Akteure werden hier aktiv?

Derzeit ist schon ansatzweise ein Kampf um die Governance, d.h. um die Organisationsmacht über die integrierten Netzwerke ausgebrochen: zwischen Staaten, Multinationalen Konzernen, Sozialgruppen, Akteuren des Gemeinwesens (Umweltbewegung, Softwarehacker, ...)

Eine mögliche Entwicklung geht in Richtung einer demokratischen Gemeinwesengesellschaft mit dezentralisierter Selbstverwaltung und Kooperation zwischen Organisationen unterschiedlicher Art – Produktions-, Kommunikations- und Verteilungsorganisationen, Gesundheitseinrichtungen, Interessenverbände, Hausgemeinschaften. In all diesen Institutionen ist das Sozialkapital der Gesellschaft verankert, das sicherstellt, dass es zu einer optimalen Versorgung aller kommt. Wichtig in dem Zusammenhang ist, dass die gemeinsame Nutzung von ‚öffentlichen‘ Gütern, die allen zur Verfügung

stehen, gewährleistet ist bzw. bleibt. Dazu zählen Wasser, Land, Wald, Straßen, Kindergärten, Krankenhäuser, Kunst- und Kulturstätten etc. Ostrom weist in ihrem Buch ‚Governing the Commons‘ (1990) darauf hin, dass angesichts der veränderten technologischen Möglichkeiten eine Neukonstruktion der Gemeinwesenwirtschaft, die vor der ersten industriellen Revolution ein Element des gesellschaftlichen Organisationsmodells war, sinnvoll wäre. Damit könnte eine andere ‚schöne neue Welt‘, ein Gegenpol zum dystopischen Roman ‚Brave New World‘ von Aldous Huxley (1932), aufgebaut werden. In einer derartigen Welt würden Prosumenten zusammenarbeiten; sie verzichten auf ihre Urheberrechte auf eigenes geistiges Eigentum und bringen sich über ein Open Source Modell ein, in dem die Produktion, Verteilung, Kommunikation und Kunst gemeinsam weiter entwickelt werden. Diese Art der Zusammenarbeit setzt Kreativität frei und bringt einen Innovationsschub, von dem alle profitieren können. In so einer Gesellschaft verschwindet der kapitalistische Markt nicht, sondern wird um neue Formen der Peer- to - Peer Initiativen ergänzt.

Ebenso ist aber eine alternative gesellschaftliche Organisationsform möglich, in der vorindustrielle Strukturen an Bedeutung gewinnen, wobei miteinander kooperierende interdisziplinäre Wissenschafterteams eine der vormaligen Aristokratie ähnliche Führungsfunktion wahrnehmen könnten.

Welche Implikationen haben diese Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Wohlfahrt?

Obschon eine Weiterentwicklung des demokratischen Gesellschaftsmodells verbunden mit Vollbeschäftigung und einer Verflachung der gesellschaftlichen Hierarchien und der Einkommensverteilung eine konkrete Möglichkeit ist, weisen doch die Zeichen in eine andere Richtung.

Was wir heute sehen ist eine Ausweitung der Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Reichsten und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, kombiniert mit der Gefahr einer Aushöhlung der Mitte. Wer sind die Reichen und die Armen von heute? Heute sind die Reichen diejenigen, die die eine oder andere der revolutionären Technologien entwickelt oder ausgebaut haben: Computer, Smartphones, Unterhaltungselektronik, Computersoftware wie Microsoft, Suchmaschinen wie Google, soziale Netzwerkdienste wie facebook, 3D Systems sowie hoch qualifizierte Top Manager und bestimmte hochqualifizierte Arbeitskräfte. Zu den Armen zählen nicht nur die Arbeitslosen sondern vor allem auch das Präkariat, das sich über instabile und schlecht bezahlte Jobs recht und schlecht über Wasser hält. Es ist in der postmodernen Gesellschaft das Pendant zum Proletariat der 1. Industriellen Revolution.

Piketty und Saez (2014) vergleichen die Einkommens- und Vermögensverteilung von USA und Europa zwischen 1900 und 2010 und stellen fest, dass die Einkommensungleichheit in Europa seit 1980 zunimmt, in den USA schon seit den 1970er Jahren. Das Auseinanderlaufen der Einkommen ist in den USA steiler verlaufen als in Europa, sodass die obersten 10% der Einkommensbezieher in den USA von heute knapp 50% des gesamten Einkommensvolumens beziehen - im Vergleich zu 35% in Europa. Dafür war die Einkommensungleichheit in Europa um 1900 höher als in den USA - und etwa ebenso hoch wie heute in den USA.

Noch ausgeprägter ist die Ungleichheit der Vermögen. So hielten die obersten 10% der Vermögensbesitzer im Jahr 2010 knapp 65% der Vermögenswerte in Europa; in den USA liegt der Anteil etwas über 70%.

Die hohe Einkommensungleichheit im Europa des frühen 20. Jahrhunderts resultierte aus der großen Rolle der Kapitalerträge für das Einkommen. Dies änderte sich im Gefolge der beiden Weltkriege, die Realkapital (Häuser, Maschinen, Anlagen) zerstörten; darüber hinaus wurden die privaten Ersparnisse aufgebraucht, Betriebe wurden verstaatlicht und Finanzkapitalkontrollen wurden eingeführt, so-

dass es zu einer massiven Reduzierung des privaten Kapitaleinkommens kam. Es dauerte lange bis die Kapitalakkumulation wieder ein Ausmaß erreicht hatte, dass die Erträge daraus einen signifikanten Beitrag zum (oberen) Einkommen leisten konnten. Gemäß Piketty ist der Anstieg der Einkommensungleichheit in Europa seit 1980 im Wesentlichen eine Folge der steigenden Kapitaleinkommen während es in den USA vor allem auch eine Folge des Auseinanderlaufens der Erwerbseinkommen war (Aushöhlung der Mitte).

In dem Zusammenhang ist allerdings zu bedenken, dass eine Ausweitung der Einkommensunterschiede in einer dynamischen und wachsenden Volkswirtschaft eher zu bewältigen ist als in einer stagnierenden, da alle Gruppen einen Realeinkommensgewinn verzeichnen können. Nehmen hingegen die Einkommensunterschiede in einer stagnierenden Volkswirtschaft zu, und das ist in Europa, insbesondere auch Österreich, seit den 2000er Jahren der Fall, so erleiden einige Personengruppen gegenüber der Vergangenheit Einkommensverluste, während andere Realeinkommensgewinne erzielen. Somit hat eine Ausweitung der Einkommensungleichheit bei insgesamt steigendem Einkommen andere Wohlfahrtsimplikationen als in einer Situation stagnierender gesamtwirtschaftlicher Realeinkommen. (Biffi 2008a)

Welche Rolle spielt die nationale Politik bei der Ausweitung der Ungleichheit und welche die Globalisierung? Guy Standing (2009: 63) zufolge spielt die Ausweitung des globalen Arbeitsmarktes eine wesentliche Rolle bei der Verringerung der Einkommenschancen von Menschen mit einfachen Qualifikationen. Deindustrialisierung, Internationalisierung der Produktion in Kombination mit arbeitssparendem technischem Fortschritt verschlechtern die Erwerbs- und Einkommenschancen für viele Arbeitskräfte, vor allem solchen mit einfachen Qualifikationen. Allein die Einbindung von ‚Chindia‘ in die globalen Märkte verdoppelte das globale Arbeitsangebot zwischen 1985 und 2000 und übte damit einen Druck auf Arbeitseinkommen relativ zu Kapitaleinkommen aus. Krugman (2007) schlägt in dieselbe Kerbe und gibt Präsident Obama Recht, wenn er sagt, dass die Einkommensungleichheit „... one of the defining challenges of our time“ ist. Auch Piketty (2014) weist auf die destabilisierende Wirkung einer ungleichen Gesellschaft hin. Er ist davon überzeugt, dass es einen Wandel in der sozialen Werteskala braucht, damit Instrumente gefunden und eingesetzt werden, die eine gleichere Einkommensverteilung gewährleisten und damit den sozialen Frieden fördern. Einen wesentlichen Beitrag bei der Verringerung der Erwerbs- und Einkommenschancen kann die Beschleunigung der Höherqualifizierung der Jugendlichen und Erwachsenen spielen, damit sie in die Lage versetzt werden, dem raschen Wandel an die Arbeitsanforderungen Paroli zu bieten. (Biffi 2007a, 2008b) Schon jetzt steigt die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften, die noch dazu flexibel und rasch auf geänderte Anforderungen reagieren sollen, rasch an. Sie zählen aber nicht notwendigerweise zu den Hocheinkommensempfängern, nicht zuletzt weil die fortschreitende Automatisierung nicht ausreichend Arbeitsplätze schafft. Stattdessen müssen die Menschen sich zunehmend selbst erfinden, d.h. unternehmerisch handeln. Start-ups gewinnen an Bedeutung und weisen den Weg für die zukünftigen Organisationsstrukturen der Arbeit. So arbeiten etwa unterschiedliche start-ups von einer gemeinsamen Plattform aus. Eine neue Idee wird auf ihre Relevanz und Umsetzbarkeit getestet, zum Teil unterstützt von internationalen Netzwerken wie TechStarts und Startupbootcamp, oder von Regierungen. Dann erfolgt eine intensive Phase der Umsetzung. Zum einen sucht man die Begleitung durch Mentoren, zum anderen die Beratung von Experten im Rahmen von Akzeleratoren wie SeedCamp oder man kommt in einer start-up school zusammen, um miteinander und voneinander zu lernen. Viele start-ups werden von großen Unternehmen eingekauft, weniger wegen ihrer ‚Technologie‘ sondern wegen ihrer umfassenden Ausbildung und Erfahrung im Umgang mit der Wissensgesell-

schaft von heute und morgen. In der Startup-Phase haben Gründer viel gearbeitet, wenig verdient und wenig Freizeit genossen.

Viele Industrien werden über die Informatisierung reorganisiert, wobei einige große Konzerne oder Plattformen, die ihre Marktmacht über economies of scale und increasing rates of return ausbauen. Es entsteht eine fragmentierte Landschaft von start-ups und Kleinbetrieben, die auch um eine Gemeinwesenökonomie organisiert sein können.

Neben der zunehmenden Nachfrage nach hochqualifizierten Wissensarbeitern wächst auch die Nachfrage im Niedriglohnbereich, und zwar von komplexer aber manueller Arbeit wie der Reinigung und Transportarbeit.

Eine offene Frage betrifft die Beziehung zwischen dem globalen Norden und Süden. Dabei spielt die demographische Entwicklung und, damit verbunden, der Kampf um Ressourcen eine wichtige Rolle. Wird es in der Folge zu anhaltenden Migrationen unterschiedlicher Art kommen, Flucht-Migration ebenso wie Arbeitsmigration und welche Implikationen lassen sich daraus für politische Systeme erwarten? Und wenn es zu hoher Arbeitslosigkeit und/oder Verarmung einer großen Zahl von Menschen kommt – was wird dadurch ausgelöst? Konfrontationen, Unruhen, totalitäre Regime?

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Vorfeld des letzten IT-Gipfels der Deutschen Bundesregierung die Ansicht vertreten, dass die Digitalisierung unter dem Strich mehr Arbeitsplätze schaffe, als sie vernichte – „wenn man es geschickt anstellt“. Jeremy Rifkin (2014) ist eher skeptisch, was die Schaffung von Arbeitsplätzen anbelangt. Aus heutiger Perspektive ist schwer abzuschätzen, ob letztlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als durch die smart factory verloren gehen. Aber eine mindestens ebenso wichtige Frage ist, wie die Lebensqualität für alle sichergestellt wird.

8.2 Mögliche Antworten und Vorschläge für politische Weichenstellungen

Im folgenden Kapitel werden in einem ersten Schritt die Position von ExpertInnen aus wichtigen Stakeholder-Einrichtungen Österreichs zu einer mittel- bis langfristig ausgerichteten Migrationspolitik vorgestellt. In den leitfadengestützten Interviews mit den ExpertInnen werden die Sichtweisen zum Status quo dargestellt und mögliche Neuorientierungen diskutiert, die nicht zuletzt aus den absehbaren revolutionären technologischen Veränderungen als notwendig erachtet werden.

In weiterer Folge werden zwei mögliche Szenarien der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung entworfen, die im Zeitablauf unterschiedliche migrationspolitische Implikationen haben. In Ergänzung dazu wird Österreichs derzeitige Positionierung in einem Migration Scoreboard dargestellt und eine Kurskorrektur in der Migrationspolitik vorgeschlagen, die eine wichtige Ergänzung zu den möglichen mittel- bis langfristigen Entwicklungsszenarien darstellt.

8.2.1 Meinung der ExpertInnen zur Migrationspolitik in Österreich

Das Forschungsteam der DUK führte mehrere Gespräche mit ExpertInnen aus BMI, BMASK, BMWFW und den Sozialpartnern⁷⁰. Ziel dieser strukturierten Gespräche war es, von den wichtigsten politischen Akteuren in der Migrationspolitik Österreichs Einschätzungen zu unterschiedlichen Migrations-

⁷⁰ Zu den interviewten ExpertInnen und dem Interviewleitfaden siehe Anhang.

formen und zu Möglichkeiten des Migrationsmonitorings zu sammeln. Im Folgenden werden die Hauptaussagen der ExpertInnen thematisch zusammengefasst.

8.2.1.1 EU, Freizügigkeit

Aus Sicht der unterschiedlichen GesprächsteilnehmerInnen gehört die Freizügigkeit für EU-BürgerInnen in Bezug auf Niederlassung und Zugang zum Arbeitsmarkt zu den zentralen Freiheiten der EU, die nicht eingeschränkt werden können. Ein Ergebnis dieser Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein Zustrom von Arbeitskräften, der die ursprünglichen Erwartungen deutlich übertrifft und weiter übertreffen wird. Die Hauptherkunftsländer sind dabei einerseits die neuen EU-Mitgliedsstaaten, angeführt von Ungarn und Rumänien, andererseits aber auch Deutschland. Die Anteile an mittleren und höheren Qualifikationen sind zum Teil höher als in der einheimischen Bevölkerung. Aus Perspektive der Wirtschaftskammer ist die Freizügigkeit eine große Errungenschaft der Europäischen Union. Gerade durch die europäische Binnenwanderung ist das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen in Österreich stark gestiegen. Auch gibt es viele Studien, die belegen, dass Österreich von der Freizügigkeit extrem profitiert hat.

Der Beschäftigungszuwachs in Österreich kann also zu einem großen Teil mit Beschäftigungswilligen aus der EU abgedeckt werden. Die Gleichzeitigkeit von Beschäftigungszuwachs und steigender Arbeitslosigkeit ist dabei nicht notwendigerweise ein Widerspruch. Migration kann also sowohl zu Beschäftigungswachstum führen als auch in manchen Sektoren, vor allem in niedrigqualifizierten Bereich, zu einem Verdrängungswettbewerb.

Trotz einer generell positiven Beurteilung der EU-Freizügigkeit wurden zwei Kritikpunkte diskutiert: einerseits das Lohn- und Sozialdumping, und andererseits der Verdacht des „Sozialtourismus“, bzw. des Sozialmissbrauchs.

Das BMASK verweist auf das neue Lohn- und Sozialdumpinggesetz, mit dem die legislativen Mittel erweitert und Strafmöglichkeiten verschärft wurden. Im Vergleich zu Deutschland gibt es aber noch nicht ausreichend Kontrollorgane in Österreich. Hier könnte deutlich mehr investiert werden, um diesen Gesetzen auch wirklich Geltung zu verschaffen. Auch auf der Ebene der EU wäre es sinnvoll, Lohn- und Arbeitsbedingungen besser abzusichern, doch sind solche Themen in Verhandlungen schwerer durchzusetzen als etwa Ausweitungen der Dienstleistungsfreiheit.

Der Verdacht des „Sozialtourismus“ kann weder aus Sicht des BMASK noch aus Sicht von Wirtschaftskammer oder der Arbeiterkammer für Österreich empirisch nachgewiesen werden. Die Diskussion ist in der EU von Großbritannien initiiert worden und hängt mit den unterschiedlichen Finanzierungsmodellen für nationale Sozialsysteme zusammen (versicherungsbasiert vs. steuerbasiert). In Österreich müssen Ansprüche auf Sozialleistungen durch formelle Beschäftigung erworben werden. Dazu kommt, dass Österreich (im Gegensatz etwa zu Großbritannien und Deutschland) über das Instrument der Anmeldebescheinigung für EU-Bürger verfügt, das die Niederlassung von EU-Bürgern ohne Krankenversicherung und ausreichende Existenzmittel verhindert.

8.2.1.2 Rot-Weiß-Rot-Karte

Das BMI betont die konzeptuellen Vorteile der Rot-Weiß-Rot (RWR) Karte gegenüber Instrumenten, die in anderen Ländern eingesetzt werden. Die RWR Karte beruht auf einem dualen System, das einerseits arbeitnehmerseitig auf gewissen Qualifikationsnachweisen und andererseits arbeitgeberseitig auf tatsächlichen Jobzusagen aufbaut. Diese komplementären Voraussetzungen zur Vergabe der

RWR Karte dürften treffsicherer sein als Verfahren, die nur auf die individuellen Qualifikationsnachweise setzen, wie dies etwa in Kanada bis vor kurzem der Fall war.

Die Rot-Weiß-Rot Karte richtet sich vor allem an hoch qualifizierte Personen (z.B. ManagerInnen und ForscherInnen) und ist deshalb trotz der scheinbar geringen Fallzahlen eine relativ gute Ergänzung zur Zuwanderung aus der EU, die ja den größten Teil der Arbeitsmigration ausmacht. Insofern kann die Kritik, dass die Rot-Weiß-Rot Karte zu restriktiv wäre, vom BMASK nicht nachvollzogen werden. Es gibt hier aber einen Konflikt zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung, etwa in Bezug auf die Höhe des geforderten Mindestlohns für StudienabsolventInnen. Derzeit sind € 2.092,50 pro Monat vorgesehen, eine Unterschreitung dieses Betrags birgt die Gefahr, dass die Rot-Weiß-Rot Karte zum Sozialdumping missbraucht werden könnte.

Angeregt wurde, die Bestimmungen zur ‚Business Migration‘, die seit der FRG-Novelle 2002 unverändert geblieben sind, an die neuen Gegebenheiten und Herausforderungen einer international vernetzten globalisierten Wirtschaft anzupassen. (Biffi-Skrivanek 2014)

8.2.1.3 Familiennachzug

Der Familiennachzug aus Drittländern wurde auf die „RWR Karte plus“ umgestellt, wodurch es gemäß Niederlassungs- und Aufenthaltsstatistik des BMI mittlerweile 85.200 RWR Karten Inhaber in Österreich gibt (aufrechte Aufenthaltstitel Ende Mai 2015). Mit der Einführung der RWR Karte haben nun Familienangehörige vom ersten Tag an Zugang zum Arbeitsmarkt. Aus Sicht der Wirtschaftskammer ist das zu begrüßen, gleichzeitig sollten Familienangehörige arbeitsmarktpolitisch stärker mitgedacht werden. Das sollte auch eine stärkere Dokumentation der Familienangehörigen, etwa in Bezug auf arbeitsmarktrelevante Daten (z.B. Bildung) beinhalten.

8.2.1.4 Asyl

Das BMI beobachtet im Bereich Asyl prinzipiell zwei Formen des Zugangs, einerseits durch individuelle Anreisen ins Aufnahmeland und andererseits durch das aktive Abholen von Betroffenen aus Krisenregionen durch Aufnahmeländer. Aus europäischer Perspektive wird die individuelle Anreise durch verstärkten Grenzschutz tendenziell abnehmen, während das aktive Abholen durch Resettlements zunehmen wird. Sowohl die nationale, als auch die europäische Migrationspolitik sollte sich mit dieser Entwicklung auseinandersetzen. Das bedeutet auch, dass beide komplementären Instrumente Grenzschutz und Resettlement aufeinander abgestimmt werden müssen, dass keines der beiden Instrumente ohne das andere auskommt. Auf europäischer Ebene würde das etwa bedeuten, dass die EU Aufnahmequoten von 500.000 bis 750.000 Personen pro Jahr festlegen und realisieren müsste.

Derzeit bestehen allerdings unter den EU-Mitgliedsländern sehr unterschiedliche Asylzahlen. Dies hat geographische, ökonomische und historische Gründe. So ist Österreich gewissermaßen das erste reiche Land auf dem Weg vom Osten und Südosten nach Westeuropa. Darüber hinaus können auch schon bestehende Communities ein wichtiger Anker für Flüchtlinge aus derselben Community sein.

Gleichzeitig beobachtet das BMI, dass sich viele Mitgliedsländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen verweigern und hier eine stärkere Verteilung angestrebt werden müsste. Österreich hat in diesem Bereich auf europäischer Ebene in der politischen Diskussion an Ansehen gewonnen, unter anderem

mit der ‚save lives‘ Initiative, die eine solidarischere Verteilung von Flüchtlingen in Europa auf Basis von Quoten vorsieht. Im „Forum Salzburg“⁷¹ wurden drei Punkte ausgearbeitet, die dann auch Eingang in die europäische Migrationsagenda fanden, nämlich:

1. Selbstverpflichtung von AsylwerberInnen, in ein bestimmtes Land zu gehen, bevor sie nach Europa kommen
2. daran gebundener Aufenthaltstitel von 5 Jahren
3. daran gebundene Sozialleistungen im ausgewählten Land.

Das BMASK beobachtet, dass Flüchtlinge aus Syrien, zum Teil auch aus Afghanistan, sehr rasch anerkannt werden und damit auch automatisch Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Zwei Probleme machen es dem AMS fast unmöglich, diese Personengruppen zu betreuen: fehlende Deutschkenntnisse und das Fehlen von Zeugnissen und Qualifikationsnachweisen. Diese Probleme werden aufgrund der derzeit großen Flüchtlingszahlen noch deutlich verschärft. Hier sei es notwendig, rasch Maßnahmen zu setzen, etwa um die Mittel für rasch zu organisierende Deutschkurse bereitzustellen. Auch die Wirtschaftskammer weist darauf hin, dass lange Wartezeiten bei Deutschkursen aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sehr schlecht sind. Aus diesen Aussagen kann man schließen, dass neben den rein asylrechtlichen Fragen auch Begleitmaßnahmen notwendig sind, um die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

8.2.1.5 Migrationsmonitoring und Migrationsmanagement

In mehreren Wortmeldungen wurde der Wunsch geäußert, das Thema Migration in der öffentlichen Diskussion nicht nur negativ darzustellen, sondern auch auf die positiven Seiten zu fokussieren. Das BMFWF verweist etwa auf die Riesenchance, die darin liegt, jungen MigrantInnen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Die Wirtschaftskammer fordert klare und sachliche Kommunikation, um diffusen Ängsten, der Vermischung von Problemstellungen (z.B. Freizügigkeit, Asyl etc.) und Fehlinformationen zu begegnen, bzw. auch um die Vorteile von Migration für Österreich darzustellen. Aus Sicht des BMI wäre es wünschenswert, die durchaus ansehnlichen Leistungen der österreichischen Migrationspolitik expliziter darzustellen und auch aktiv als Argument gegenüber Kritikern ins Feld zu führen.

Aus Sicht der Wirtschaftskammer wäre es vorstellbar, Migrationspolitik auch im Kontext der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen zu analysieren, da österreichische Unternehmen nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland tätig sind. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang könnte die Internationalisierung der dualen Ausbildung sein, quasi ein Bildungsexport, der zur Fachkräftesicherung für österreichische Unternehmen im Ausland und potentiell auch im Inland beitragen könnte. Ausgehend vom voraussichtlichen österreichischen Qualifikationsbedarf könnte Österreich den Kontakt mit bestimmten Zielregionen intensivieren, etwa durch gezielte Informationspolitik, universitären Kooperationen, der Angleichung von universitären Curricula, aber auch dem gezielten Export der dualen Ausbildung. Es geht hier also nicht nur um rechtliche Instrumente oder formelle Abkommen,

⁷¹ „Das ‚Forum Salzburg‘ ist eine vom österreichischen Innenministerium initiierte mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft. Es zielt darauf ab, die Zusammenarbeit und die gemeinsame Arbeit innerhalb der EU zu koordinieren, die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren und die Kooperation mit den ‚Freunden des Forums Salzburg‘ – den Westbalkan-Staaten – zu forcieren.“ (abgerufen von:

<http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/news/bmi.aspx?id=4D53686967746349532B453D&page=429&view=1>, 10.8.2015)

sondern um das Einbeziehen mehrerer Institutionen, neben der Wirtschaftskammer und Unternehmen etwa auch Universitäten und Kulturinstitute. Dazu bräuchte es eine gemeinsame Strategie über unterschiedliche Institutionen hinweg, die auch als Bestandteil eines Migrationsmonitorings gefordert werden sollte. Initiativen in diese Richtung werden schon von der Wirtschaftskammer/Abteilung Außenwirtschaft mit dem BMWFW als Fördergeber über die „Internationalisierungsoffensive“ (IO) gesetzt. So wurden in der letzten Förderperiode („IO-IV“ bis 31.3.2015) mit dem Instrument „Fokus Praktika“ der Austausch zwischen jungen potenziellen MitarbeiterInnen aus Österreich mit Auslandsniederlassungen österreichischer Unternehmen (20 PraktikantInnen) sowie von jungen potenziellen MitarbeiterInnen aus dem Ausland mit der österreichischen Mutter gefördert (47 PraktikantInnen). Beim „Fokus Training“ konnten bestehende österreichische MitarbeiterInnen in den Auslandsniederlassungen bzw. ausländische MitarbeiterInnen in Österreich spezielles, für das österreichische Unternehmen oft erfolgskritisches Know-how erwerben (81 TeilnehmerInnen). Auch das Mentoring für MigrantInnen („Fokus Diversity“), bei dem MentorInnen aus der Wirtschaft qualifizierte MigrantInnen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen, ist auch ein Instrument der IO, bei dem in der letzten Förderperiode fast 400 Mentoring-Paare gebildet wurden.

Im Bereich der Internationalisierung der dualen Ausbildung („Fokus Duale Ausbildung“) gab es Programme in China und der Slowakei, bei dem ausländische Niederlassungen österreichischer Unternehmen das duale Ausbildungssystem übernehmen und ihren Mitarbeiter-Nachwuchs für den Einsatz in der ausländischen Niederlassung ausbilden. Die genannten Instrumente werden auch in der neuen „IO-V“ (bis 31.3.2019) fortgeführt.⁷²

Das BMWFW sieht Migration als ein Thema, das die Bundesregierung insgesamt, das vom BMWFW selbst allerdings nur indirekt beeinflusst wird. Doch spielt die Befassung mit Migration in viele strategische Entwicklungen hinein, die vom BMWFW vorangetrieben werden. So hat das BMWFW in Zusammenarbeit mit betroffenen Leitbetrieben Strategien erarbeitet (etwa die Standortstrategie, die Gründerlandstrategie, die Forschungsraumstrategie) und auch sonst Initiativen gesetzt (etwa die Studie zu Betriebsverlagerungen in Europa, oder die Kampagne der Austrian Business Agency ABA, um Österreich als Forschungs- und Entwicklungsstandort für internationale Investoren attraktiv zu machen) und an Gesetzesänderungen mitgewirkt (etwa an der steuerlichen Zuzugsbegünstigung für zuwandernde Forscher, oder am Entwurf zur Gewerbeordnung für Personenbetreuer und Vermittlungsagenturen). Alle diese Aktivitäten haben mit Migration zu tun und mit dem Denken in internationalen Zusammenhängen. Dabei geht es nicht immer nur um schon hoch qualifizierte ArbeitnehmerInnen, sondern auch um Bildung im Inland, beginnend schon mit dem Deutschunterricht im Kindergarten. Gerade beim Thema Bildung gibt es eine massive Dringlichkeit, etwa um die Akzeptanz der Lehre zu erhöhen. Gleichzeitig gibt es auch zunehmend Bestrebungen, gelungene Bildungsmodelle, wie die Lehre und die HTL, für den Bildungsexport als Marken zu positionieren.

An mehreren Stellen wurde in den Gesprächen auf die Notwendigkeit verwiesen, die Datenlage zu verbessern. Aus Sicht der Wirtschaftskammer wäre es wünschenswert, ein nationales System zur Erfassung von Qualifikationen aufzubauen. Die Arbeiterkammer kann sich vorstellen, schon bei Erstaufnahmegesprächen von AsylwerberInnen Daten über die Qualifikationen und den beruflichen Hintergrund von Personen erheben zu lassen, während die Wirtschaftskammer auf den Aufwand von Kompetenzfeststellungen verweist. Das BMASK weist auch auf die Notwendigkeit hin, die Qualifika-

⁷² E-Mail Info BMWFW 23.6.2015, vgl. auch: <http://www.go-international.at/>

tionen von Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich kommen, zu erfassen, da diese Information mittelfristig arbeitsmarktpolitisch relevant wird.

8.2.2 Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung: Implikationen für eine abgestimmte Migrationspolitik

Eine zukunftsorientierte und nachhaltige Migrationspolitik muss in ein umfassendes Konzept der Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik eingebettet werden. In diesem Verständnis kann Migrationspolitik zum Wohlstand in einer Gesellschaft beitragen und in Abstimmung mit anderen Politikfeldern Funktionen der sozialen und kulturellen Entwicklung erfüllen. Migrationspolitik wird hier als politische Querschnittsmaterie betrachtet.

Wie in Kapitel 5 ausgearbeitet, ist der österreichische Wirtschaftsstandort stark von mitteltechnologieintensiven Produktions- und Wertschöpfungssegmenten geprägt. Im Herstellungssektor liegen die Stärken in den Bereichen Metallverarbeitung, Maschinenbau und in der biochemischen Industrie. Darüber hinaus sind der Hoch- und Tiefbau traditionell starke Wirtschaftsbereiche. Zur mittleren Technologieintensität passt im Wesentlichen auch die Beschäftigungsstruktur, die durch mittlere Qualifikationen geprägt ist. Umgekehrt finden sich Hinweise, dass die Wirtschaftsstrukturen bei strategisch relevanten Zukunfts- und Schlüsseltechnologien eher hinterherhinken. Von Gegenbeispielen abgesehen, hat eine technologische Spezialisierung bis hin zu einer internationalen Vorreiterchaft – etwa in Bereichen der Nanotechnologien, der Informations- und Kommunikationstechnologien – nicht stattgefunden, trotz zahlreicher auch politischer Initiativen in diese Richtung. Weiterhin ist der Wertschöpfungsanteil der mitteltechnologieintensiven Industrie hoch. Dies spricht gar nicht so sehr gegen die österreichischen Unternehmen, sondern vielmehr dafür, dass die Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit bislang halten konnten, verschiedenen strukturellen Nachteilen durchaus zum Trotz. Dabei ist die Wirtschaftsstruktur in Österreich durch einen international vergleichsweise hohen Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Innovationsprozesse finden hier in der Regel nicht systematisch statt, etwa in institutionell gefestigten Forschungseinheiten, sondern im Produktionsprozess selbst. Dennoch deuten internationale Vergleiche an, dass Innovationsprozesse, zum Teil auch als Folge der gegebenen und gewachsenen Produktionsstruktur, vergleichsweise unsystematisch und inkrementell ablaufen.

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre war die Wettbewerbslage, insbesondere im standardisierten und wenig bis mitteltechnologieintensiven Produktionssegment von komparativen Kostenvorteilen der aufstrebenden Wirtschaftsstandorte, den sogenannten ‚Catching-up Economies‘, geprägt. Dabei hat sich der Fokus von den mehr oder weniger benachbarten EU-Osterweiterungsländern sukzessive weiter nach Osten verlagert. Im globalen Kontext wiederum haben die aufstrebenden Ökonomien vor allem in Asien, zum Teil auch in Südamerika eine starke wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Jeweils stellen sich Produktionssektoren und hier insbesondere standardisierte und arbeitsintensive Wertschöpfungselemente als wesentliche Säule dieser Entwicklung dar. Neben den im internationalen Wettbewerb hoch relevanten Arbeitskosten spielen bei dieser Entwicklung auch die Verfügbarkeit und Qualität von Rohstoffen, die Veränderlichkeit von Transportkosten, der Ausbau der modernen Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die institutionelle Festigung der internationalen Wertschöpfungsketten eine wesentliche Rolle.

Die wirtschafts- und strukturpolitische Ausrichtung in Österreich war in diesem Zeitraum, von zwei wesentlichen Entwicklungen geprägt. Zum Ersten kam es im Hinblick auf standardisierte und arbeitsintensive Wertschöpfungselemente zu einer sukzessiven Ver- und Auslagerung bzw. auch Abwanderung in die benachbarten Staaten. Als wesentliche ‚Triebfeder‘ dieser Entwicklung sind einzelbetrieb-

liche Strategien zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit zu sehen. Zum Zweiten waren diese betrieblichen Strategien von der Bestrebung begleitet, in höherwertige und technologieintensive Produktionsbereiche zu investieren. Im Rahmen dieser Prozesse der betrieblichen Restrukturierung wurde, zumindest in Teilen, versucht, Anknüpfungspunkte und Schnittstellen zwischen den österreichischen Zentralen und den Dependancen und Partnerunternehmen in Mittel- und Osteuropa zu halten. Das Konzept der verlängerten Werkbank spielte dabei im Verständnis eine wesentliche Rolle.

Die betrieblichen Strategien zur Stärkung der Innovationsaktivitäten wurden von der Politik durchaus unterstützt, die direkten und steuerlich-indirekten F&E-Förderungen sowie die institutionellen Rahmenbedingungen der betrieblichen F&E wurden seit den 1990er Jahren stark ausgeweitet. Dennoch hat eine konsistente und sektorenübergreifende Innovationsentwicklung nicht stattfinden können. Im Vergleich zu den Innovationsführern unter den kleinen und exportorientierten Ökonomien, Schweden, Finnland, Dänemark oder Schweiz, weist Österreich Aufholpotenzial auf, insbesondere im Hinblick auf die Bildungsstruktur. Weiterhin wandern Höherqualifizierte zu einem im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Anteil aus Österreich ab (vgl. hierzu Kapitel 1), darüber hinaus bestehen Defizite in Bezug auf die Verfügbarkeit von technologie- und wissensbasiertem Risikokapital, wettbewerbsrechtliche Rahmenbedingungen, die Erschließung der Potenziale bei wissensintensiven, kreativen und unternehmensnahen Dienstleistungen, sowie im Hinblick auf private R&D-Investitionen und Patente. Auch die im gegenständlichen Bericht dargestellten Ergebnisse des Innovation-Scoreboard deuten Aufholpotenziale an.

Die migrationspolitische Ausrichtung war in der Vergangenheit stark von den beschriebenen wirtschaftlichen Strukturen geprägt. Auch nach der Hochphase des ‚Gastarbeitermodells‘, das ursprünglich zur Überbrückung eines strukturellen Arbeitskräftemangels erdacht war, dessen institutionelle, arbeits- und sozialrechtliche Fundierung aber in Grundzügen bis heute erkennbar ist, ist die Bildungsstruktur der Zuwanderer historisch eher von formal niedrigeren Qualifikationen geprägt (vgl. Kapitel 4.3.4 in diesem Bericht). Die Einbindung der MigrantInnen erfolgte dabei über die standardisierten und arbeitsintensiven Tätigkeiten innerhalb der betrieblichen Produktionsketten. Anzumerken ist, dass sich die Bildungsstruktur der Zuwanderer seit Anfang der 2000er Jahre verbessert hat (vgl. ebenfalls in Kapitel 4.3.4 in diesem Bericht).

Die wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen in Österreich können nicht von den zu erwartenden großen und globalen Trends losgelöst oder abgekoppelt werden. Hierzu zählen etwa die Bedeutung und die Entwicklung von Energie- und Rohstoffen, die Entwicklung von Mobilitätskosten, das Fortschreiten der internationalen Arbeitsteilung, technologische, ökologische und soziale Entwicklungen, Klimawandel, die Technisierung bis hin zu einer möglichen Flexibilisierung und möglicherweise Dezentralisierung der Produktion durch Implementierung cyberphysischer, informatischer und softwarebasierter Modelle im Produktionsprozess. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird der Wettbewerbsdruck auf standardisierte und arbeitsintensive Produktionen bestehen bleiben. Es ist zu erwarten, dass es in diesen Bereichen zu einer weiteren Konsolidierung kommen wird und Produktionsschritte abwandern bzw. verlagert werden.

Die demografische Entwicklung führt in Europa zu einer Abnahme des Arbeitskräfteangebots, wobei Österreich – nicht zuletzt aufgrund der Netto-Zuwanderung – vergleichsweise begünstigt ist. Ungeachtet dessen ist auch in Österreich eine Verknappung des Angebots von Fachkräften absehbar. Bei den jüngeren Arbeitskräften wird sich tendenziell ein Wettbewerb zwischen der Entwicklung von mittleren Qualifikationen in den Betrieben, Schulen und Institutionen der dualen Ausbildung und der Entwicklung höherer Qualifikationen an den Hochschulen einstellen (vgl. hierzu Kapitel 4.1). Bei Aus-

weitung der Integration in die tertiäre Ausbildung könnte es in den relevanten Altersgruppen auch zu einer relativen Verknappung der Erwerbspersonen kommen. Bei den männlichen mittleren Altersgruppen scheint das Potenzial ausgeschöpft, hier ist keineswegs von einer Ausweitung der Erwerbsbeteiligung auszugehen. Mit zunehmender Integration der mittleren Altersgruppen in die Institutionen der karrierebegleitenden, ‚lebenslangen‘ Weiterbildung bzw. bei verstärkter Erwerbsintegration der Frauen ist sogar von einem leichten Rückgang des Arbeitsangebots auszugehen. Bei älteren Jahrgängen ist analog zu den Bestrebungen im Pensionsbereich und an den Schnittstellen zwischen Arbeitsmarktpolitik, gesundheitlicher Vorsorge und Aktivierung von einer doch deutlichen Ausweitung des Arbeitsangebots auszugehen. Grundsätzlich lässt sich der zukünftige Qualifikationsbedarf, und zwar sowohl der Ersatz- als auch der Expansionsbedarf, nicht nur durch eine verstärkte Einbindung der älteren Jahrgänge kompensieren. Insgesamt wird sich der Anteil der 15- bis 64jährigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung verringern.

In Anbetracht der gegebenen Wirtschaftsstruktur deuten die beschriebenen Trends an, dass in Zukunft mit Schwierigkeiten und Problemstellungen zu kämpfen sein wird, um Beschäftigung und Wertschöpfung in den für den Standort wichtigen Bereichen zu halten. Daraus wiederum ergeben sich Folgeprobleme im Hinblick auf den Wohlstand und die Finanzierung der etablierten Institutionen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates.

8.2.2.1 Zwei Szenarien zur Erhaltung der Wohlfahrt

Wenn Österreich seine Wohlstandsposition halten will, stellen sich **zwei mögliche Szenarien** dar: In einem **ersten Szenario** muss es gelingen, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der vorhandenen Wertschöpfungsprozesse im internationalen Wettbewerb zu halten. Wie mehrfach angedeutet, weist Österreich einen hohen Wertschöpfungsanteil im mittel-technologieintensiven Industriesegment auf, wobei es bereits zu einer starken Auslagerung von standardisierten Arbeitsschritten in Form transnational konstituierter Wertschöpfungsketten gekommen ist. In einem **zweiten Szenario** gelingt es Österreich, eine Trendumkehr in Richtung einer technologie- und innovationsgetriebenen Ökonomie zu schaffen, die der Technisierung und Informatisierung der Produktion, wie unter dem Schlagwort ‚Industrie 4.0‘ beschrieben, nicht nur folgt, sondern die diese Entwicklung als ‚Innovationsführer‘ selbst prägt und dadurch die Wertschöpfungs- und Marktpotenziale des sich wandelnden Herstellungssektors nutzt. Hier kann an die bereits 2006 im WIFO-Weißbuch „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ formulierten Empfehlungen angeknüpft werden. (Aiginger – Tichy – Walterskirchen 2006) Anzumerken ist, dass sich die beiden Strategien nicht vollständig ausschließen, auch eine Kombination oder zeitliche Überlagerung scheint denkbar bzw. wäre wünschenswert, wiewohl anzumerken ist, dass eine Innovationsführerschaft ohnehin nicht ohne zeitliche Friktionen und Verzögerungen etabliert werden kann und insbesondere die Frage zu klären ist, wie man einen solchen Weg beschreiten kann. Für beide Strategien spielt jedoch Migrationspolitik und deren inhaltliche Ausrichtung auf wirtschafts- und strukturpolitische Zielsetzungen eine große Rolle.

Im ersten Szenario wird sich Österreich an den vorhandenen Wirtschaftsstrukturen und an den etablierten Wertschöpfungsketten orientieren. Dabei muss sich die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber den aufstrebenden Ökonomien, die häufig mit komparativen Vorteilen im Hinblick auf Produktions- und Arbeitskosten, Rohstoffe und Energie ausgestattet sind, behaupten; in einer Situation der Verknappung von Fachkräften muss die Versorgung der Arbeitsnachfrage mit entsprechend qualifizierten MitarbeiterInnen gewährleistet werden. Dabei steht Österreich auch in diesem Feld im Wettbewerb mit anderen entwickelten Ökonomien. In diesem Wettbewerb können, sowohl im Hin-

blick auf die wirtschaftlichen Verflechtungen als auch was den Zustrom von Zuwanderern anbelangt, die vorhandenen Stärken Österreichs genutzt werden. Diese Stärken scheinen insbesondere im ex-jugoslawischen Raum des Westbalkans gegeben, darüber hinaus bei den neuen EU-12 Mitgliedstaaten im Osten, insbesondere Slowakei, Tschechien, Slowenien sowie in den östlich an die EU-Außengrenze angrenzenden Staaten, etwa der Ukraine oder Weißrussland.

Wie in Kapitel 4.3.1 dargestellt, ist die Bildungsstruktur der Zuwanderer nach Österreich durch eine Bipolarität geprägt. Dabei weisen gerade die Zuwanderer aus den genannten Ländern eine niedrigere Qualifikationsstruktur auf. Um den zukünftigen Qualifikationsbedarf zu decken kann es sinnvoll sein, neben Maßnahmen zur Reduktion der sozialen Selektion im österreichischen Bildungssystem, der Forcierung moderner Berufe in der beruflichen Ausbildung und Förderung der Weiterbildung (Aiginger – Tichy – Walterskirchen 2006), institutionell auf die Ausbildungs- und Qualifikationsstrukturen in den potenziellen Herkunftsländern von MigrantInnen einzuwirken, eventuell über Partnerbetriebe und Dependancen. Dabei kann man an gewisse Erfahrungen von österreichische Unternehmen anknüpfen, die bereits länderübergreifende Initiativen umgesetzt haben. Der Gedanke ist demnach keineswegs neu, jedoch gilt es institutionelle Schnittstellen zur Qualifizierung und zur Abstimmung von Qualifikationsbedarf und -angebot zu schaffen, zu erweitern und auszubauen. Ein Beispiel hierfür wäre etwa die Etablierung von Elementen der dualen Lehrausbildung in den Betrieben sowie die Schaffung von institutionellen Anknüpfungspunkten mit den Schulsystemen (Bildungssystemexport).

Die Gewährleistung eines qualifizierten Arbeitskräfteangebots zielt letztlich auf die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur der einzelnen Betriebe, sondern der ganzen Wertschöpfungsketten, in die österreichische Unternehmen involviert sind, ab. Die betroffenen Personen in den Herkunftsländern sind dabei aus migrationspolitischer Sicht attraktiv, jedoch erscheint weniger relevant, ob die Personen tatsächlich nach Österreich kommen oder in den Herkunftsländern bleiben, möglicherweise auch zwischen den Ländern pendeln. Relevant ist die Schaffung eines institutionellen Umfeldes aus Qualifizierung und Beschäftigung, das dazu beiträgt, im Rahmen der etablierten transnationalen Wertschöpfungsketten die Dynamik aus Arbeitsnachfrage, -angebot und Berufsausbildung abstimmbare und moderierbar zu machen. Den betroffenen Personen sollte vermittelbar sein, dass sich die Integration in die Bildungs- und Qualifikationsstruktur im Rahmen der etablierten Wertschöpfungsketten für sie auszahlt. Wesentlich erscheint, bestimmte Institutionen und Verfahren an den Schnittstellen zwischen Ausbildung und Beschäftigung zwischen den Ländern zu etablieren und in den Partnerunternehmen zu etablieren. Das Modell der ‚dualen Lehrausbildung‘ ist ein Beispiel, darüber hinaus ist die Weiterentwicklung karrierebegleitender Weiterbildungsmodelle und Institutionen denkbar.

Insbesondere stellt sich an dieser Stelle die Frage, welche Länder für den Aufbau derartiger Strukturen in Frage kommen bzw. an Hand welcher Variablen eine solche Abschätzung umsetzbar ist. In erster Linie sind hierfür Variablen in Betracht zu ziehen, anhand derer es möglich ist, zuverlässige Aussagen über den Grad der internationalen Verflechtung zu treffen. Eine Übersichtsdarstellung der relevanten Variablen findet sich in Kapitel 4.4. Insbesondere sind dabei die aktiven FDI aus Österreich in den Partnerländern von Bedeutung, die FDI in Relation zum BIP der Partnerländer, die Zahl der Beschäftigten in FDI Unternehmen, die Exportvolumina, insbesondere aber die Importvolumina in Relation zur Wirtschaftsleistung der Partnerländer sowie Vorleistungsimporte in Produktionsprozesse in Österreich. Darüber hinaus sind noch die Indikatoren über wesentliche Antriebsfaktoren der Migrationsentscheidung relevant, die Push- und Pull-Faktoren, etwa Wohlstandsdifferenziale, Arbeitslosigkeitdifferenziale, geografische Nähe und Netzwerkeffekte, wenn etwa eine Bevölkerungsgruppe aus einem Herkunftsland bereits stark in Österreich vertreten ist. Schließlich erscheinen noch zwei

relationale Variablen, die ebenfalls im Bericht abgedeckt sind (vgl. Kapitel 7.1.5) von Bedeutung, nämlich der Anteil der Beschäftigten in FDI Unternehmen in einem Land relativ zum Zuwandereranteil aus dem betreffenden Land (vgl. Abbildung 104 und 105) sowie der Anteil der Vorleistungsimpporte eines Landes relativ zum Zuwandereranteil dieses Landes (vgl. Abbildungen 107 und 108). Diese beiden Indikatoren lassen eine Abschätzung zu, inwiefern ein mögliches Herkunftsland relativ zum Grad der Vernetzung über- oder unterdurchschnittlich in der Zuwandererbevolkerung vertreten ist.

Das erste Szenario zielt also auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung der Arbeitskräfteallokation, d.h. eine Optimierung zwischen Qualifikationsbedarf und –struktur, ab. Letztendlich stellt eine solche Strategie auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Erhöhung der Produktivität ab. Dennoch ist nicht klar, ob die österreichischen Unternehmen und deren Produktionsketten gegenüber Produktionsstandorten, die mit komparativen Vorteilen etwa bei Arbeitskosten, Energie und Rohstoffen ausgestattet sind, nachhaltig wettbewerbsfähig bleiben. Die relative Lohnstückkostenposition Österreichs hängt letztlich auch von der Produktivitätsentwicklung und Lohnentwicklung in diesen Ländern ab. Festzuhalten ist, dass der Wettbewerbsdruck sehr wahrscheinlich erhalten bleiben wird, auch wenn eine Strategie wie im ersten Szenario beschrieben über eine gewisse Zeit erfolgreich sein kann. Die Umstellung auf ein zweites, etwas weiterführendes Szenario, ist allerdings notwendig, wenn der Wohlstand langfristig erhalten bleiben soll. Das **zweite Szenario** geht über die gegebenen Unternehmens- und Produktionsstrukturen hinaus und eröffnet neue innovationsträchtige Felder.

Der Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich weist bei den gängigen Innovationsrankings und Vergleichen eher Aufholpotenziale und Defizite auf. Im ‚Innovation Scoreboard‘ des Jahres 2013 der Europäischen Kommission wird Österreich in mittlerer Position einer Gruppe von ‚Innovation Followers‘ zugeordnet. Dabei scheinen einige der Länder, die Österreich in punkto Offenheit und Größe vergleichbar sind, bessere Ergebnisse zu erzielen. Hierzu zählen insbesondere Schweden, Dänemark und Finnland. Auch Deutschland, die Niederlande und Luxemburg erzielen bessere Werte. Wie in Kapitel 4.2 ausgearbeitet wurde, weist Österreich Rückstände im Bereich der Bildungsstruktur auf, darüber hinaus bei der Verfügbarkeit von innovationsorientiertem Risikokapital und im Bereich der Wettbewerbspolitik. Bei wissensintensiven und kreativen Dienstleistungen scheinen Wertschöpfungspotenziale insbesondere im Hinblick auf die Exportfähigkeit ungenützt. Die unternehmerische Forschungslandschaft ist in Österreich stark durch internationale Konzerne geprägt. Im Rahmen einer Studie von EcoAustria für das BMWFW wurde die Struktur der intangiblen Vermögenswerte untersucht. Ein wesentlicher Fokus lag dabei auf innovationsorientierten, kreativen Typen intangibler Vermögenswerte (vgl. EcoAustria et al. 2013, S. 124 ff). Österreich weist bei Investitionen in den immateriellen Kapitalstock, insbesondere bei Software, Organisationskapital, Designs und F&E einen Rückstand zu den führenden Ländern auf.

Hier wird die These vertreten, dass insbesondere solche Länder im internationalen Umfeld unter Konkurrenzdruck geraten, die ein wenig bis mittel innovatives Forschungs- und Unternehmensumfeld aufweisen. Dabei gilt es insbesondere den in Ansätzen bereits beobachtbaren technologischen Wandel als entscheidende Rahmenbedingung mit zu bedenken. Neben dem internationalen Konkurrenzdruck und dem technologischen Wandel sind noch weitere Trends und Entwicklungen zu berücksichtigen, etwa die demografische Entwicklung, Energie- und Transportkosten, die Verteilung und Verfügbarkeit von Rohstoffen bis hin zu ökologischen und sozialen Entwicklungen vom Klimawandel bis hin zu geopolitischen Krisen. Es wird die These vertreten, dass Länder mit hohem Innovationspotential anpassungsfähiger agieren und es leichter haben werden, zukunfts- und marktfähige Güter und Dienstleistungen zu entwickeln und zu produzieren. Österreichs Ausblick ist in diesem Kontext kei-

neswegs optimal. Wenn Österreich seine Wettbewerbsposition stärken und seinen wirtschaftlichen und sozialen Standard sowie den Bestand an wohlfahrts- und sozialstaatlichen Institutionen sichern will, muss es gelingen, das Innovationspotenzial über die bestehenden Wirtschafts- und Wertschöpfungsstrukturen hinaus zu erhöhen. Im zweiten Szenario wird davon ausgegangen, dass Österreich eine Trendumkehr in Richtung einer hochinnovativen Produktionsgesellschaft schafft und dabei dem technologischen Wandel, wie er etwa unter dem Konzept ‚Industrie 4.0‘ beschrieben ist, nicht nur folgt, sondern diese Entwicklung aktiv mitprägt und auf diese Weise die Wertschöpfungspotenziale dieser Entwicklung nutzen kann.

Eine der Grundbedingungen einer solchen Strategie stellt die Etablierung hochqualifizierter Humankapitalstrukturen dar. Wie in Kapitel 8.1.2 ausgearbeitet, wird die technologische Entwicklung getragen von einer Generation interdisziplinär arbeitender und kooperierender WissenschaftlerInnen. Dabei gilt es, Schnittstellen zwischen Universitäten, Unternehmen, akademischer und anwendungsorientierter Forschung zu etablieren. Wesentliches Augenmerk ist dabei auf die internationale Vernetzung zu legen. Die Weiterentwicklung der Forschungs- und Innovationslandschaft über die bestehenden Strukturen hinaus setzt auch die internationale An- und Einbindung in die Spitzenforschung und deren institutionelle Netze voraus. Auch hier scheint Österreichs Position nicht immer optimal, was insbesondere daran ablesbar ist, dass die Höher- und Höchstqualifizierten eher aus Österreich abwandern. Von Bedeutung erscheint die Etablierung eines innovationsfreundlichen, wirtschaftlichen Umfeldes.

Empirisch vermittel- und ablesbar ist die beschriebene Innovationsstrategie weniger an den oben beschriebenen Strukturindikatoren der internationalen Vernetzung, FDI, Außenhandel, Vorleistungen etc., weil eine solche Strategie letztlich über die bestehenden Strukturen hinaus reicht. Relevant erscheinen hier eher die Ergebnisse in internationalen Universitätsrankings, die Entwicklung von Patenten, die Struktur der intangiblen Vermögenswerte, der privaten F&E-Ausgaben etc. Im gegenständlichen Bericht wurden Innovationsindikatoren in Form der Ergebnisse des Innovation-Scoreboards berücksichtigt. Da es im ersten Schritt unrealistisch ist, dass Österreich bei der gegebenen Struktur ein attraktives Zielland für Migrationen aus den innovationsführenden Ländern ist, scheint relevant, aus welchen Ländern etwa die ausländischen Studierenden an österreichischen Universitäten kommen. *Ein attraktives Umfeld für den Verbleib der Höherqualifizierten in Österreich bzw. darüber hinaus, um Höherqualifizierte aus anderen Ländern anzuziehen, benötigt gleichermaßen ein institutionelles und berufliches Umfeld, in dem sich die genannte Personengruppe wiederfinden kann sowie ein Umfeld, das eine entsprechende Lebensqualität, soziale Sicherheit und Stabilität vermittelt.*

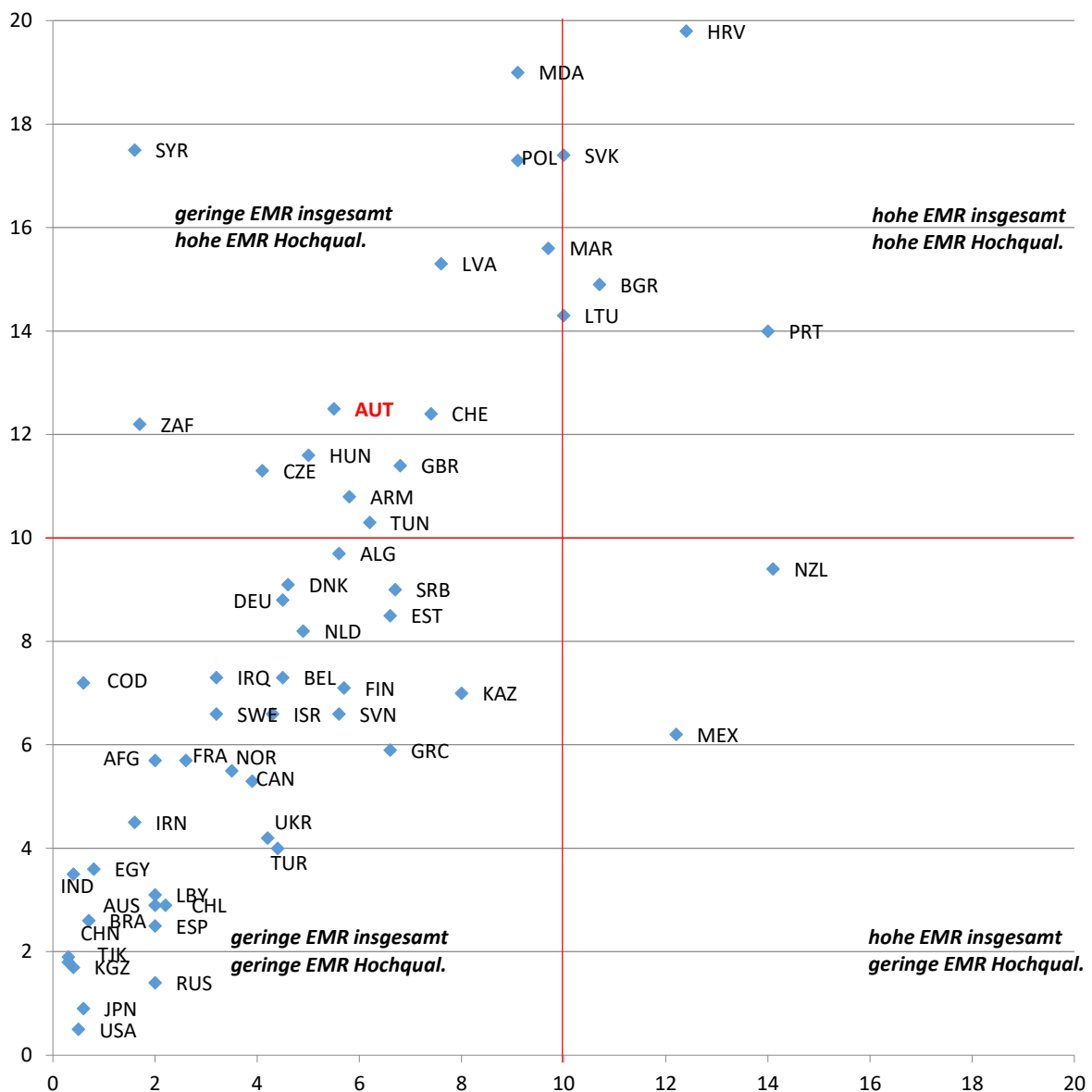
Hier wird die These vertreten, dass Österreich seinen hohen wirtschaftlichen und sozialen Standard, den Lebensstandard sowie das Leistungsniveau der etablierten wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und Leistungen nur behaupten kann, wenn es gelingt, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Strukturen zu optimieren oder darüber hinaus neue und innovative Wertschöpfungspotenziale zu erschließen. Die Verfügbarkeit von Humankapital und damit von Personen, die eine entsprechende Qualifikation und Ausbildung halten, bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten aufweisen, stellt dabei die ‚Conditio sine qua non‘ einer erfolgreichen Strukturpolitik dar. In beiden strategischen Ausrichtungen spielt eine zielorientierte und abgestimmte Gestaltung der Migrationspolitik neben anderen Politikfeldern eine entscheidende Rolle.

8.2.3 Überlegungen zu einem Migration Scoreboard

Das Ziel der Entwicklung eines Migration Scoreboard ist es, rasch und auf einen Blick die österreichische Positionierung in einem internationalen Umfeld von Ländern zu erhalten, die entweder Geber-

länder oder Aufnahmeländer von MigrantInnen sind. Besonders wichtig für wirtschafts- und migrationspolitische Entscheidungen bzw. Strategien ist es herauszufinden, in welchem Maße Migrationen einen Nettozuwachs an qualifizierten bzw. unqualifizierten Arbeitskräften zur Folge haben. (siehe dazu Tabelle 1) Daraus ergeben sich Konsequenzen für das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial, insbesondere aber die technologischen Produktionsmöglichkeiten. Dabei ist es wichtig zu wissen, ob ein Land in der Lage ist, diejenigen Qualifikationen ins Land zu bekommen, die für den Erfolg einer bestimmten Entwicklungsstrategie wichtig sind, etwa die Strategie, in bestimmten Technologiebereichen zur Innovationsführerschaft aufzurücken.

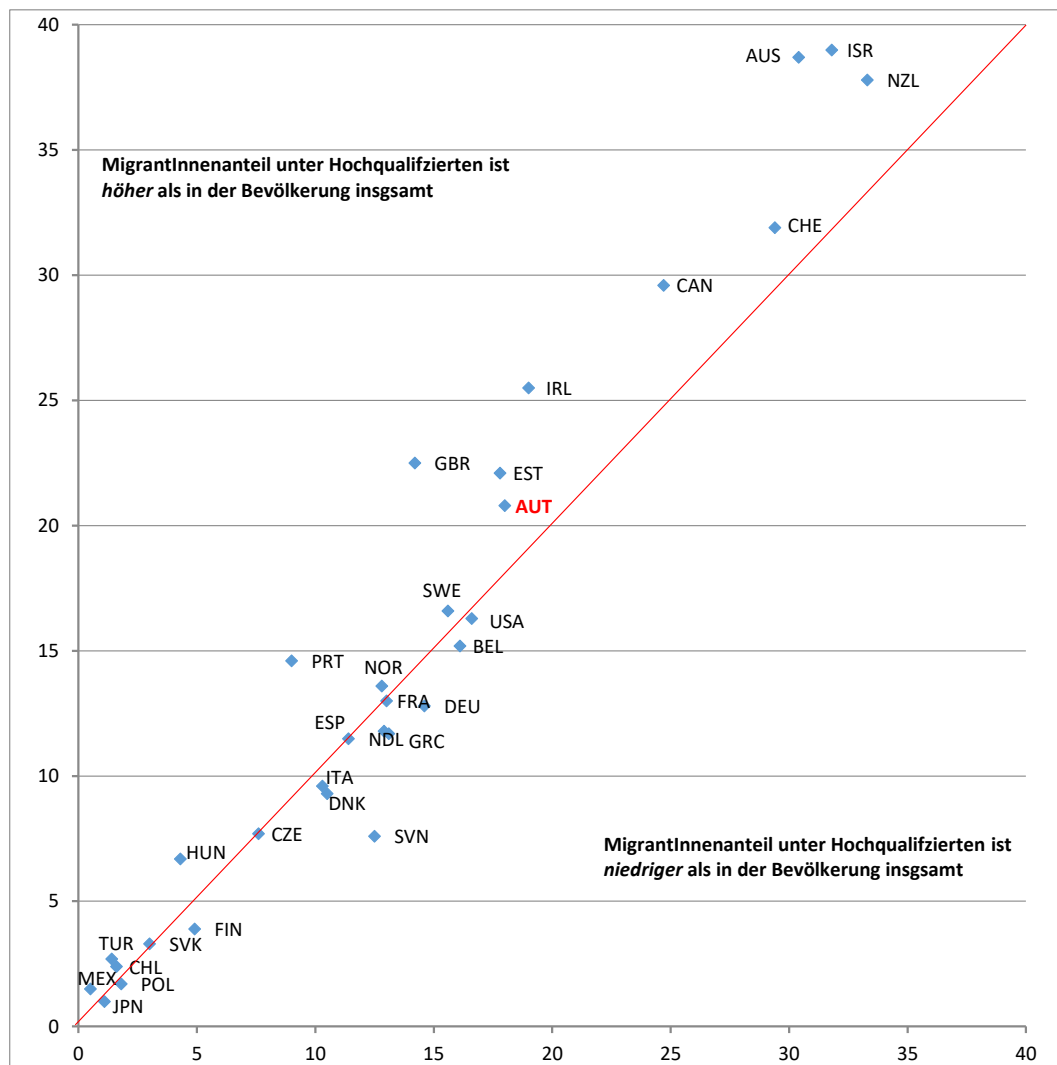
Abbildung 113: Migration Scoreboard: Durchschnittliche Emigrationsrate und Emigrationsrate von Hochqualifizierten im internationalen Vergleich (2010/2011)



X-Achse: Emigrationsrate (EMR) insgesamt bis max. 20%,
 Y-Achse: Emigrationsrate (EMR) Hochqualifizierte bis max. 20%
 Quelle: Arslan et al. 2014, eigene Darstellung

Im Folgenden wird ein Migration scoreboard entworfen, das Aufschluss über die Positionierung Österreichs in einem Abwanderungskontext gibt. So lebten im Jahr 2010/2011 insgesamt rund 415.000 ÖsterreicherInnen (davon 225.100 oder 54% Frauen) im Ausland. Unter den ÖsterreicherInnen hatten 143.000 oder knapp 35% hohe Qualifikationen. Die Auswanderungsquote der ÖsterreicherInnen ist im internationalen Vergleich mit 5,5% relativ gering, wie aus Abbildung 113 hervorgeht. Jedoch ist die Emigrationsrate von Hochqualifizierten überdurchschnittlich hoch mit 12,5-13,5%.

Abbildung 114: Durchschnittliche Einwanderungsquote und Anteil der hochqualifizierten MigrantInnen an den AkademikerInnen in % (Bevölkerung 15+): 2010/11



X-Achse: Anteil der MigrantInnen (Geburtsort im Ausland) an der Bevölkerung 15+ in %

Y-Achse: MigrantInnenanteil (Geburtsort im Ausland) an den Hochqualifizierten in %

Quelle: Arslan et al. 2014, eigene Darstellung

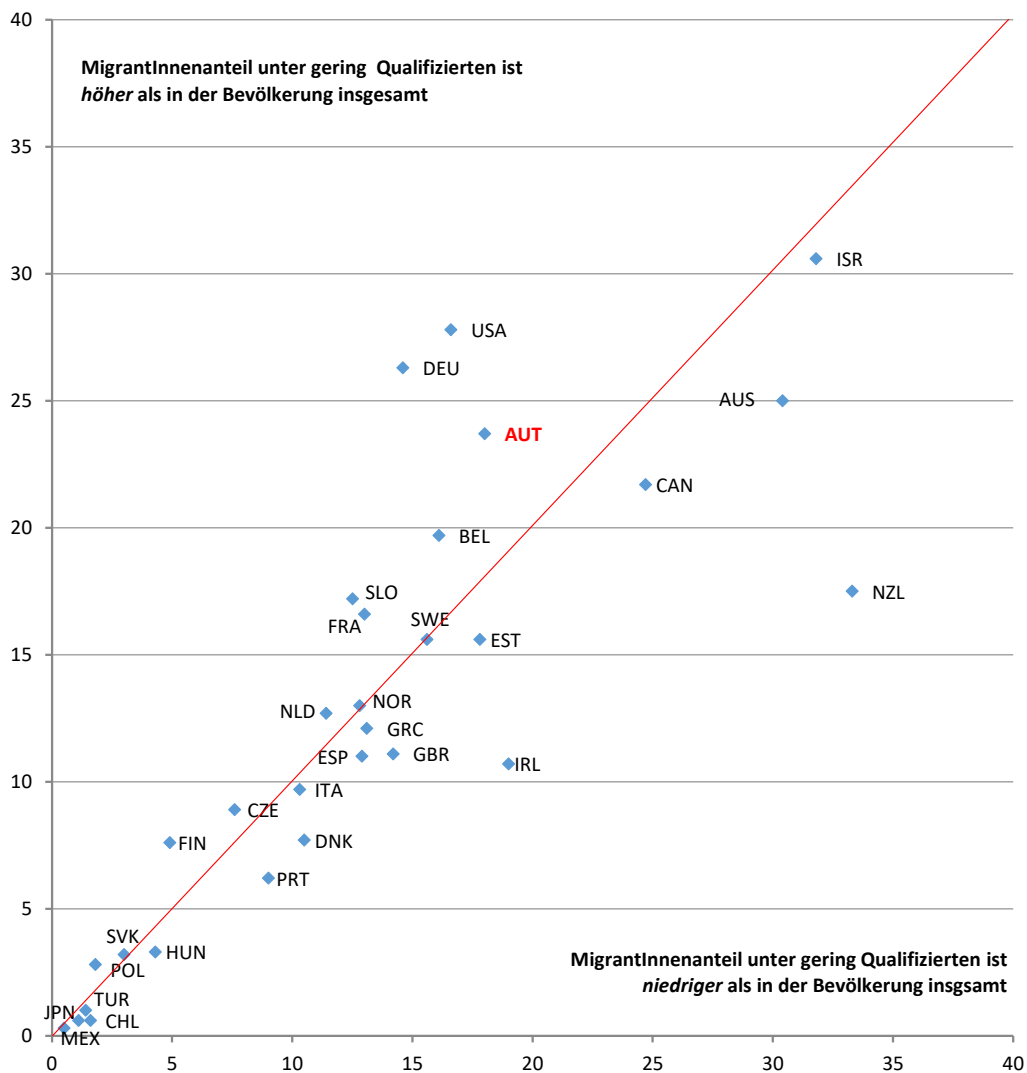
Die Abbildung verdeutlicht, dass vergleichsweise viele Länder eine allgemeine Auswanderungsquote zwischen 1% und 10% der Bevölkerung über 15 haben, dass es zwischen diesen Ländern aber zum Teil sehr große Unterschiede in der Abwanderungsquote von hochqualifizierten Personen gibt. So liegen etwa Japan, die USA, Russland, Kirgistan, Tadjikistan und China im unteren linken Quadranten an der Untergrenze, d.h. sie haben nicht nur eine geringe durchschnittliche Abwanderungsbereitschaft der eigenen Bevölkerung sondern vor allem auch eine geringe Tendenz der Abwanderung von hochqualifizierten Personen (jeweils zwischen 1 und 2%). Im Gegensatz dazu liegt die Abwanderungsquote in so unterschiedlichen Ländern wie Indien, Ägypten, Australien und Syrien unter 2%, die

Abwanderungsquoten von Hochqualifizierten sind jedoch zum Teil bedeutend höher. So liegen sie im Fall von Syrien bei 17,5% (Daten aus 2010/11), während sie in Australien gerade mal bei 2,9% und in Ägypten bei 3,6% liegen.

Im Gegenzug gibt es Länder, die im unteren rechten Quadranten angesiedelt sind, d.h. die eine hohe Abwanderungswahrscheinlichkeit der Bevölkerung im Alter über 15 Jahren aufweisen, jedoch eine geringe Abwanderung von hochqualifizierten Personen. Zu diesen Ländern zählt Mexiko, wo im Schnitt 12,2% der Bevölkerung (15+) auswandern, vorwiegend unqualifizierte Arbeitskräfte nach den USA, während gerade mal 6,2% der AkademikerInnen ins Ausland gehen. Offenbar finden die Hochqualifizierten im eigenen Land ausreichend Karrieremöglichkeiten, dass sie kaum einen Grund zur Abwanderung haben.

Im Gegensatz dazu gibt es im oberen rechten Quadranten Länder, die sowohl eine hohe durchschnittliche Auswanderungsquote aufweisen als auch eine hohe Emigrationsrate von AkademikerInnen. Dazu zählen die neuen EU-MS in Zentral-Osteuropa ebenso wie Portugal.

Abbildung 115: Durchschnittliche Einwanderungsquote und Anteil der gering qualifizierten MigrantInnen an der gering qualifizierten Bevölkerung (15+) in %: 2010/11



X-Achse: Anteil der MigrantInnen (Geburtsort im Ausland) an der Bevölkerung 15+ in %

Y-Achse: MigrantInnenanteil (Geburtsort im Ausland) an den gering Qualifizierten in %

Quelle: Arslan et al. 2014, eigene Darstellung

Im linken oberen Quadranten sind Länder angesiedelt, die eine vergleichsweise geringe durchschnittliche Abwanderungsquote haben, dazu zählt auch Österreich mit 5,5%, aber eine vergleichsweise hohe Abwanderungsquote von AkademikerInnen. Im Fall von Österreich ist sie mehr als doppelt so hoch wie die Abwanderungsquote im Schnitt.

Stellt man nun die Einwanderungsquote (Anteil der im Ausland geborenen Personen über 15 an der Bevölkerung über 15) dem Anteil der hochqualifizierten MigrantInnen unter den AkademikerInnen der Aufnahmegesellschaft gegenüber, wird die Rolle der MigrantInnen im Aufnahmeland besonders deutlich. (Abbildung 114)

So liegt Österreich mit einem Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung von 18% im Jahr 2010/11 im oberen Mittelfeld. Der Anteil der MigrantInnen an den AkademikerInnen liegt mit 20,8% etwas darüber. In Europa sind vor allem Großbritannien und Irland in der Lage, hochqualifizierte MigrantInnen anzulocken. Ebenso haben in Australien, einem Land mit einer überdurchschnittlichen Einwanderungsquote von 30,4%, überdurchschnittlich viele AkademikerInnen einen Migrationshintergrund, nämlich 38,7%. Dies gilt auch für Neuseeland und etwas abgeschwächt für Kanada. Im Gegensatz dazu sind in den USA nur 16,3% der AkademikerInnen MigrantInnen.

MigrantInnen befriedigen in Österreich in stärkerem Maße den Bedarf an Qualifikationen im unteren Qualifikationssegment. Das wird aus Abbildung 115 ersichtlich. Hier wird die durchschnittliche Einwanderungsquote (Anteil der 1. Generation MigrantInnen an der Bevölkerung über 15) dem Anteil der gering qualifizierten MigrantInnen an der gering qualifizierten Bevölkerung über 15 gegenübergestellt. Es zeigt sich, dass in Österreich im Jahr 2010/11 23,7% aller Personen mit einer geringen Schulbildung einen Migrationshintergrund hatten, aber nur 14,9% der Bevölkerung mit mittlerer Qualifikation.

Noch viel stärker als in Österreich haben Länder wie USA, aber auch Deutschland, einen überdurchschnittlich hohen Anteil von MigrantInnen unter den Menschen mit einfacher Qualifikation.

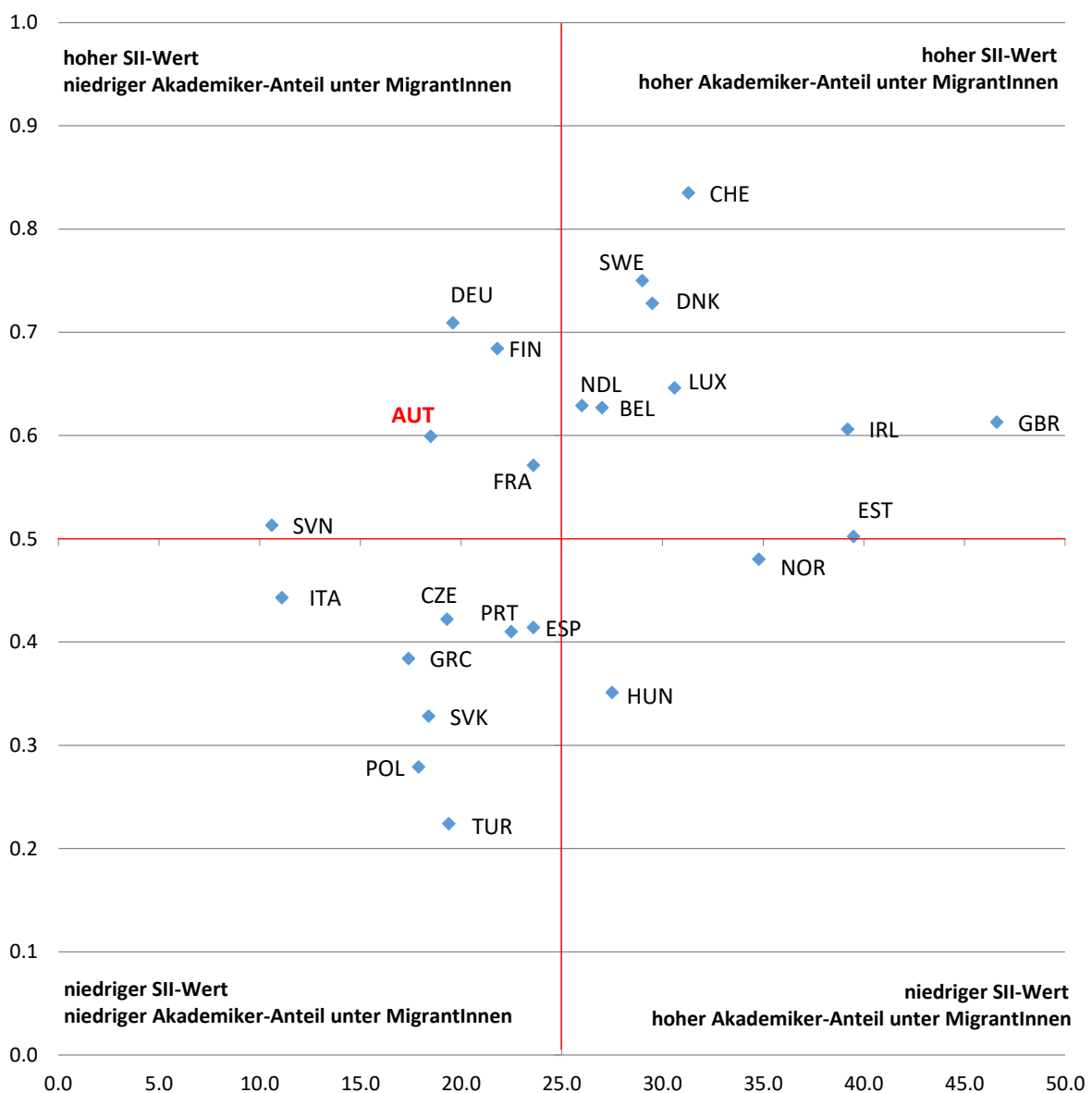
In der obigen Datenbasis kann nicht nach MigrantInnen aus der EU und aus Drittstaaten unterschieden werden. Die nationale Statistik erlaubt aber eine derartige Differenzierung, wie aus Kapitel 4.3 hervorgeht. Derzufolge lag der Bildungsgrad der EU-Staatsangehörigen in Österreich im Jahr 2011 über dem der Einheimischen und der der Drittstaatsangehörigen darunter, obschon es große Unterschiede nach Herkunftsland gibt. Die Mikrozensus Sondererhebung zur Qualifikation von MigrantInnen aus dem Jahr 2014 zeigt darüber hinaus, dass sich der Bildungsgrad der EU-Staatsangehörigen ebenso wie der der Drittstaatsangehörigen seit 2010 rapid erhöht hat. In der Folge lag der Anteil der AkademikerInnen unter den ab 2010 zugewanderten EU-Staatsangehörigen (25-64 Jährige) bei 40% und unter den zugewanderten Drittstaatsangehörigen bei 35%. Pari passu verringerte sich der Anteil der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss auf 10% bei den EU-Staatsangehörigen (nach 11% der Personen, die vor 1999 zugewandert sind) und auf 24% bei den Drittstaatsangehörigen (nach 42% der Personen, die vor 1999 zugewandert sind).

8.2.3.1 Verknüpfung eines Migration Scoreboards mit anderen Scoreboards

Das Instrument des Migration Scoreboard kann auch mit anderen Scoreboards verknüpft werden, etwa dem Innovation-Scoreboard der EU. In Abbildung 116 werden EU-MS und ihre Position im Innovation Scoreboard mit dem Migration Scoreboard verknüpft, wobei hier der Fokus auf dem Anteil der AkademikerInnen an den MigrantInnen liegt.

Daraus ist ersichtlich, dass Österreich einen vergleichsweise hohen Innovationsindexwert hat, ein Resultat der guten Position unter den Innovation Followers, dass jedoch ein relativ geringer Anteil der MigrantInnen einen Universitätsabschluss hat, nämlich nur 18,5% der MigrantInnen. Das bedeutet, dass MigrantInnen in Österreich auch in hohem Maße in der mittleren Fachqualifikation angesiedelt sind, die die Stärke der gegenwärtigen Wirtschaft darstellt und wo der Großteil der österreichischen Erwerbsbevölkerung verortet ist. Im Jahr 2010/11 waren 48,3% aller MigrantInnen Fachkräfte im mittleren Qualifikationssegment, und nur 33,2% im unteren Bildungssegment. Im Gegensatz dazu haben EU-MS, die zu den Innovationsführern zählen, und zwar die Schweiz, Schweden und Dänemark, einen überdurchschnittlich hohen Anteil von AkademikerInnen unter den MigrantInnen, nämlich Anteile um die 30% und mehr. Letztere tragen dazu bei, dass sie den Innovationskurs halten können.

Abbildung 116: Verknüpfung von Innovation und Migration in einem Scoreboard (Summary Innovation Index Werte aus 2013, Anteil der AkademikerInnen an den MigrantInnen 2010/11)



X-Achse: Anteil der Hochqualifizierten an den MigrantInnen (Geburtsort im Ausland)

Y-Achse: Summary Innovation Index Wert (2013) von 0-1

Quelle: Arslan et al (2014): Tabelle 10, Hollanders & Es-Sadki 2014. Eigene Darstellung

Es gibt aber auch Länder, die eine geringe wirtschaftliche Innovationskraft aufweisen und die nicht in der Lage sind, ausreichend hochqualifizierte MigrantInnen zur Einwanderung zu motivieren. Dazu zählen die Türkei sowie viele süd- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten.

8.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Analyse der österreichischen Migrationspolitik hat gezeigt, dass Migrationen stets als wichtige Ergänzung der Wirtschaftspolitik angesehen wurden, dass aber auch humanitäre Überlegungen und die Nachbarschaftspolitik eine bedeutende, auch strategische, Rolle eingenommen haben. Die Funktion der Migrationspolitik in der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie hat sich in Reaktion auf Veränderungen in den internationalen und nationalen Rahmenbedingungen häufig verändert. Dabei stand immer das Ziel einer ausgewogenen, auf Konsens ausgerichteten, Politik im Vordergrund. Das ist ein Resultat der starken korporatistischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsstruktur Österreichs - die auch in den internationalen Vergleichen von Kulturmodellen (Hofstede) ersichtlich ist. So war es die Sozialpartnerschaft, die federführend in der Implementierung einer Migrationspolitik nach dem 2. Weltkrieg war. Angesichts der starken Abwanderung von hochqualifizierten österreichischen Arbeitskräften in den 1960er Jahren – eine Folge der Sozialversicherungsabkommen mit anderen europäischen Ländern – war es notwendig, den Rückgang des Arbeitskräfteangebots zumindest quantitativ über ‚GastarbeiterInnen‘ zu kompensieren. Die Grundidee war, inländische Fachkräfte um ausländische Hilfs- und Anlernarbeiter, die als Zuarbeiter fungierten, zu ergänzen. Dass das zu einer Ausweitung der Lohnunterschiede nach Qualifikationen führen musste, nahm man in Kauf. (Biffel 2011c) Ganz konnte es der Migrationspolitik allerdings nicht gelingen, die Arbeitskräfteknappheit auszugleichen; es braucht zur Ergänzung der Migrationspolitik stets auch andere beschäftigungs- und gesellschaftspolitische Maßnahmen und Anreizsysteme. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde in den frühen 1970er Jahren ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen umgesetzt (Einführung der Individualbesteuerung, Gleichbehandlungsgesetze, Bildungsoffensive). Als in der Folge das nationale Arbeitskräfteangebot wieder expandierte, nicht zuletzt auch unterstützt durch den Eintritt der Babyboomgeneration ins Erwerbsleben, drosselte man die Zuwanderung von ‚GastarbeiterInnen‘, ohne jedoch das Gastarbeitermodell aufzugeben.

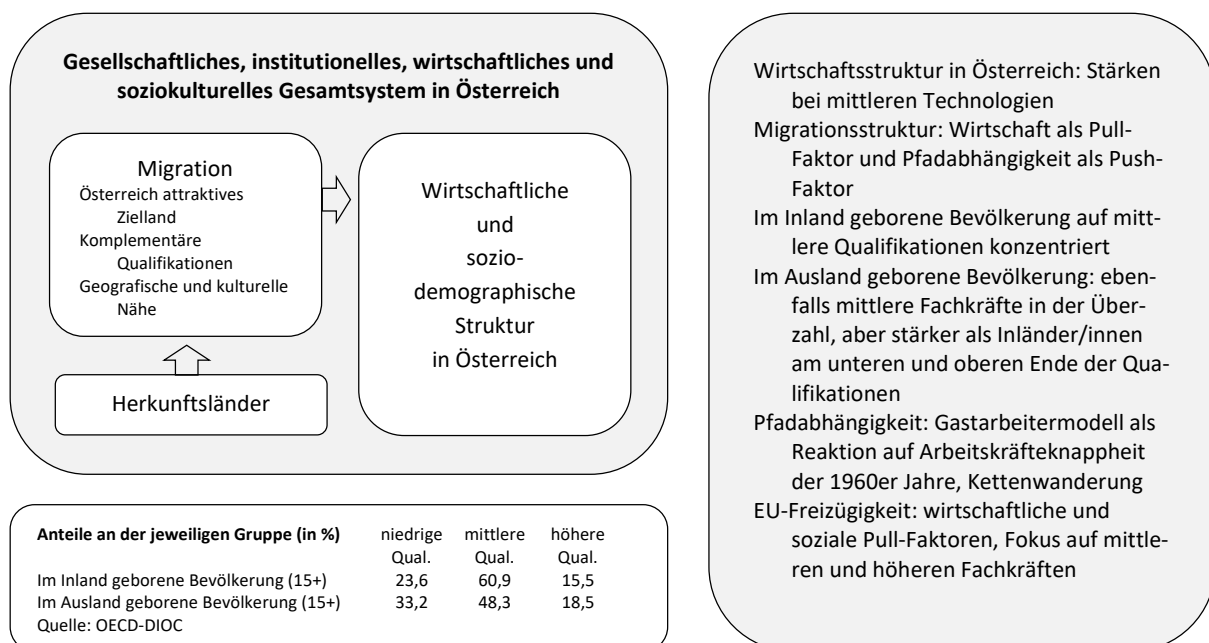
Mit dem geopolitischen Bruch in den wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen durch das Ende der Sowjetunion, die Demokratisierung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), den Zerfall des früheren Jugoslawien, sowie der angestrebten Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union, kam es zu einer Neuausrichtung der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, in der die Migrationspolitik auf neue Beine gestellt wurde. Priorität Nummer eins war die Ausweitung des österreichischen Wirtschaftsraums in die östlichen Nachbarländer entlang einer Wertschöpfungskette. Arbeitsintensive Produktionssegmente im ausgereiften Technologiebereich wurden ausgelagert und höherwertige Produktionsprozesse sowie unternehmensorientierte Dienstleistungen, die zum Teil sehr spezialisierte Qualifikationen im höheren und mittleren berufsorientierten Qualifikationssegment brauchen, wurden in Österreich ausgeweitet. Dieser wirtschaftspolitische Strategiewandel war nicht zuletzt eine Folge des Verlustes der Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Branchen und Tätigkeitsfelder, die in der Vergangenheit nur durch die Unterstützung von GastarbeiterInnen, verbunden mit einer Ausweitung der Lohndifferenziale, erhalten werden konnten.

In dem neuen Setting eines erweiterten Wirtschaftsraums und der Verlagerung von Produktionssegmenten in die östlichen Nachbarländer war es notwendig, den Fokus der verbleibenden steuerbaren Zuwanderung - mit der EU-Mitgliedschaft und der Arbeitnehmerfreizügigkeit verringerte sich der Spielraum der Steuerbarkeit der Zuwanderung - auf hochqualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten zu

richten, nicht zuletzt da es zu einer Verknappung von hochqualifizierten Arbeitskräften sowie Fachkräften in Mangelberufen kam. Zwar mussten auch bildungspolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Aus- und Weiterbildung von obsolet gewordenen Skills gesetzt werden, die allerdings um migrationspolitische neue Weichenstellungen ergänzt wurden. Die Maßnahmen erlaubten es, das Wachstumspotenzial im höheren Qualifikationssegment in Österreich wahrzunehmen und damit die Wohlfahrt aller zu sichern.

Der Erfolg dieser Politik ist an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die auf diesen strategischen Entscheidungen der Vergangenheit beruht, mit einem 6. Platz in der Rangordnung der europäischen Mitgliedsländer (EU-28) abzulesen. Migrationen trugen zur guten Positionierung Österreichs bei, indem sie in allen Qualifikationssegmenten zur Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs beitrugen und damit inflationären Tendenzen, die aus Arbeitskräftemangel resultieren, entgegen wirkten.

Abbildung 117: Zuwanderung im Kontext der österreichischen Wirtschafts- und Qualifikationsstruktur



Migrationspolitik steht in einer Wechselbeziehung mit vielen Einflussfaktoren:

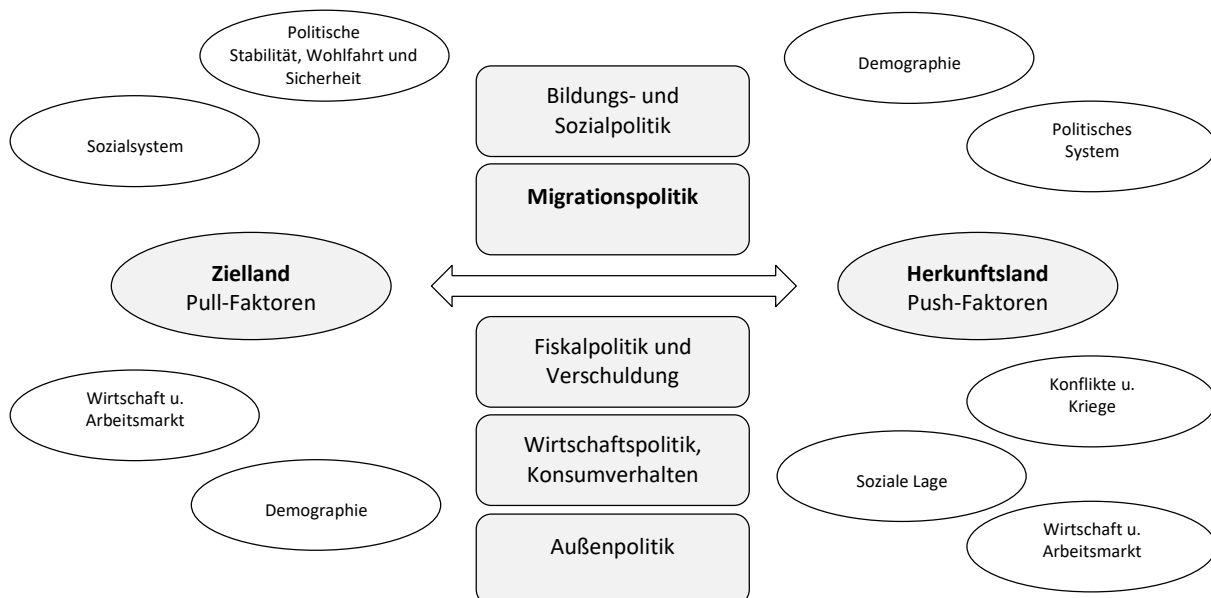
Aus dem Gesagten ist ersichtlich, dass viele Faktoren auf die Migrationspolitik einwirken und dass aus dem Zusammenspiel bestimmter Einflussfaktoren im Aufnahmeland und im Herkunftsland eine konkrete sozio-demographische Struktur der MigrantInnen resultiert. Wie im Kapitel 5 näher ausgeführt, geht von einem starken Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer Verknappung von Arbeitskräften, eine Sogwirkung auf Arbeitskräfte im Ausland aus, die ihre Beschäftigungs- und Einkommenssituation sowie ihre Karrierechancen verbessern wollen (Pull-Faktoren). Gibt es keine absolute Arbeitskräfteknappheit sondern nur eine strukturelle, etwa im Bereich der Hochqualifizierten, wird man zwar die Migrationen zur raschen Überbrückung der Lücke einsetzen, jedoch wird man gleichzeitig versuchen, über das Bildungssystem, und zwar der Erstausbildung und der Erwachsenenbildung, die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte auf die sich ändernden Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes anzupassen. Wird das verabsäumt, steigt die Arbeitslosigkeit und das wirtschaftliche Wachstumspotenzial wird eingeschränkt. Auch der Staatshaushalt kommt in der Folge in Bedrängnis, da die Staatseinnahmen schrumpfen, während die Staatsausgaben expandieren, um

die soziale Wohlfahrt zu sichern. In der Folge steigt der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt (Staatsschuldenquote). Bei einer Staatsschuldenquote von über 80%, wie Ende 2014 in Österreich, die deutlich höher ist als in den Maastricht Kriterien gefordert (60%), verringert sich der finanzielle Spielraum für langfristig wirkende Strukturpolitik.

Migrationen als wechselseitige Beziehung zwischen Zielland und Herkunftsland:

Im Gegenzug motiviert ein hoher Bevölkerungsdruck, verbunden mit einer schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und einer undurchlässigen Sozialhierarchie engagierte Menschen zur Abwanderung in Länder, in denen meritokratische Strukturen einen sozialen Aufstieg ermöglichen. Mangelhafte demokratische politische Strukturen erhöhen tendenziell die Abwanderungsbereitschaft von Menschen mit höheren Qualifikationen (Push-Faktoren). Die Möglichkeiten einer Abwanderung hängen u.a. von der nationalen Migrationspolitik ab. Etablierte Migrationswege bzw. Unterstützungsstrukturen erleichtern die Abwanderung bzw. verringern die Migrationskosten; auch ein ethnisch-kultureller Nukleus im Ausland, etwa eine Diaspora, erleichtern die Abwanderung und die Aufnahme in einem anderen Land (Familienwanderung, Kettenwanderung).

Abbildung 118: Migrationspolitik in Wechselbeziehung mit unterschiedlichen Einflussfaktoren und Politiken



Migrationsbeziehungen zwischen Ziel- und Herkunftsland sind komplex und nur ansatzweise steuerbar

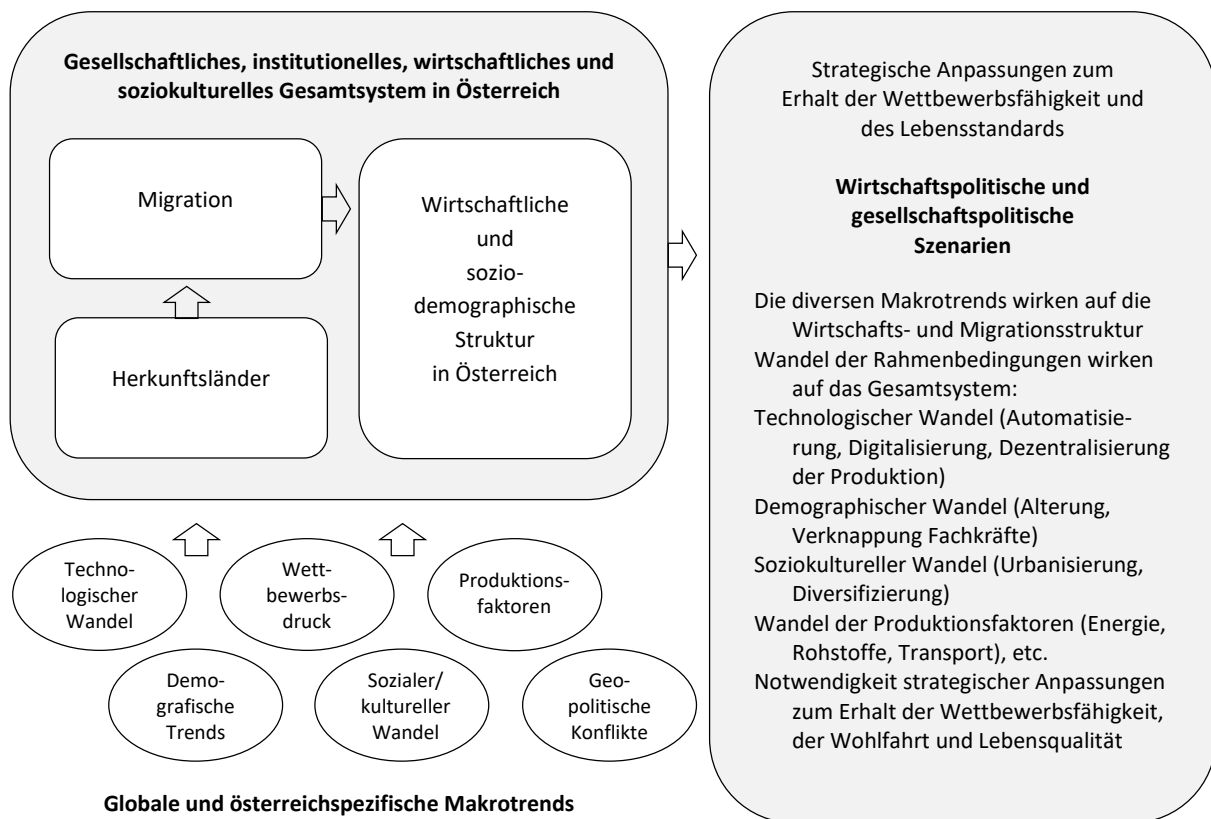
Nachhaltige Sicherung der Wohlfahrt und Migrationspolitik

Für die Nachhaltigkeit der österreichischen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die in hohem Maße den Wohlstand in Österreich beeinflusst, ist allerdings die Positionierung in den zukunftsorientierten Bereichen wichtig. Dazu zählt die Innovationsfähigkeit Österreichs, die in Hinblick auf die Implementierung von und Anpassung an die revolutionären technologischen Veränderungen (Industrie 4.0, Internet der Dinge, 3D-Drucker, smart grid) auf die Probe gestellt wird. Dem Innovation-Scoreboard der EU 2014 zufolge lag Österreich im Jahr 2014 an neunter Stelle in der EU-28, d.h. Österreich ist ein guter ‚Innovation Follower‘, hat aber (noch) nicht die Voraussetzungen geschaffen, an die Innovationsführerschaft aufzuschließen. Verantwortlich dafür ist einerseits die vergleichsweise langsame Ausweitung der universitären Ausbildung der Bevölkerung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich (MINT-Fächer, Biffel 2007b), die vergleichsweise schwache Ausstat-

tung und Nutzung von modernen Breitbandtechnologien – wie aus dem ‚connectivity scorecard‘ ersichtlich ist, sowie geringe Risikokapitalinvestitionen.

Gleichzeitig ergibt sich aus der Alterung der Gesellschaft ein Druck auf die Finanzierung des Bildungs- und Sozialsystems, dem angesichts der im internationalen Vergleich hohen Staatsverschuldung nur mit Reformen sowie einer strategischen Neupositionierung der Wirtschaft begegnet werden kann. Der Migrationspolitik kann in dem Zusammenhang eine Schlüsselfunktion zukommen, einerseits als Instrument zur Abschwächung der Alterungsdynamik, andererseits zur Ausweitung des Qualifikationspotenzials der Gesellschaft.

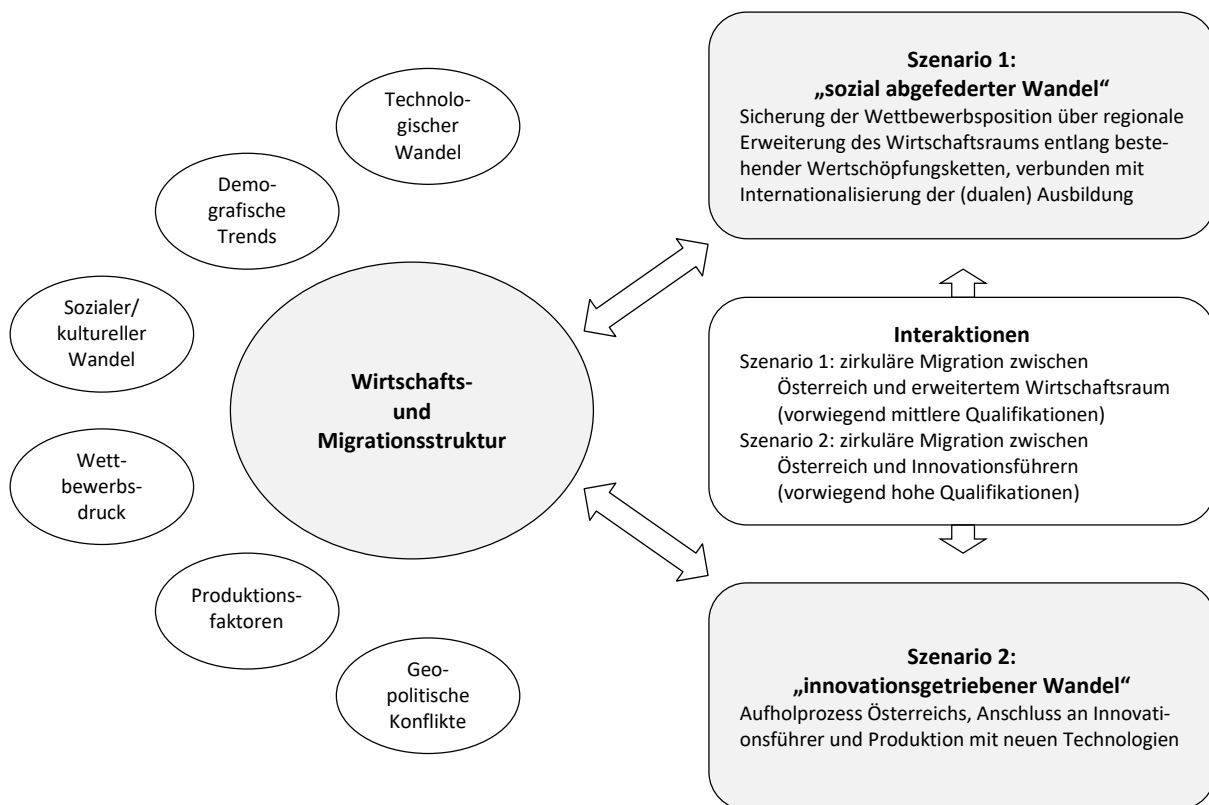
Abbildung 119: Die Notwendigkeit für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Szenarien



Zwei Szenarien und die Rolle der Migrationspolitik:

Wenn man unterstellt, dass sich die Planung und Umsetzung von Reformen an den Modellen der Vergangenheit orientiert, was angesichts der anhaltend großen Bedeutung des Korporatismus in Österreich und der Abwägung von Interessen nicht unwahrscheinlich ist, dann bieten sich zwei Szenarien für die strategische Neuausrichtung an: ein kurz- bis mittelfristiges Wachstums- und Beschäftigungskonzept, das sozial abgefedert ist, sowie ein langfristig ausgerichtetes Szenario, für das allerdings schon kurz- und mittelfristig Weichen gestellt werden müssen, die erst längerfristig ihre Wirkung zeigen werden.

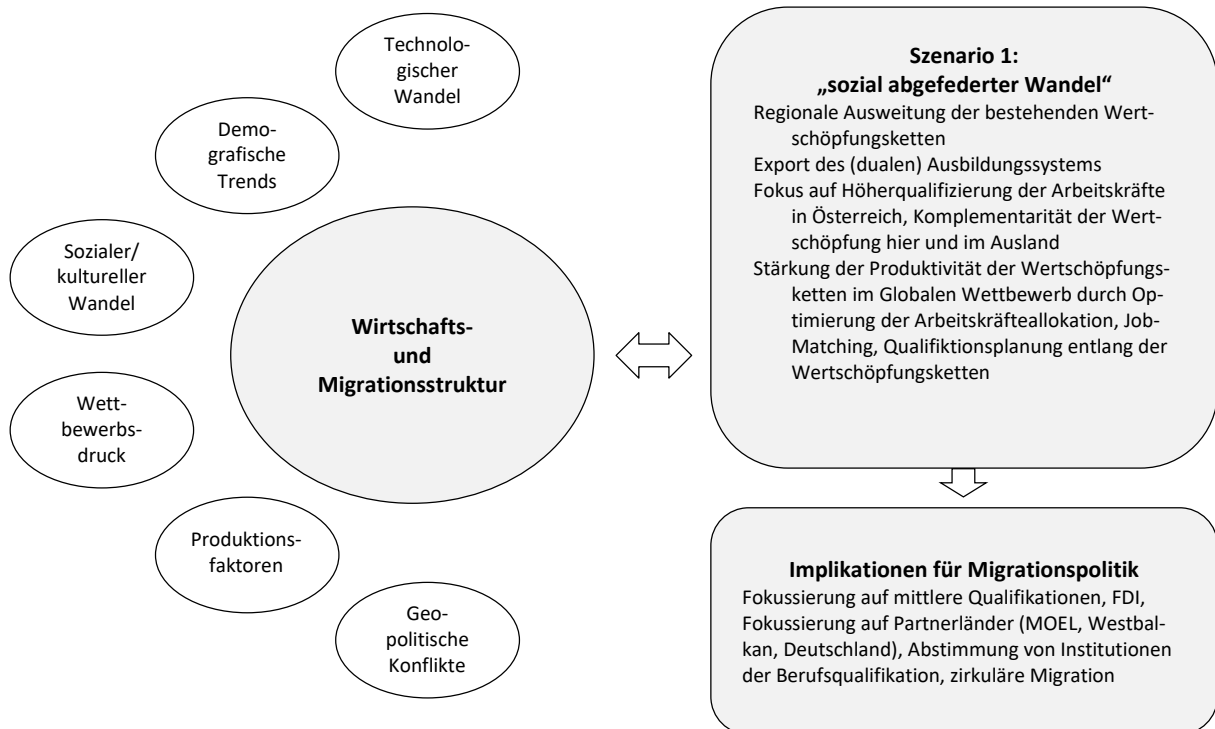
Abbildung 120: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs, 2 Szenarien



In dem **ersten Szenario** wird die bisherige Politik der regionalen Ausweitung der Wertschöpfung entlang von Wertschöpfungsketten fortgesetzt, wobei sich die räumliche Ausdehnung an den wirtschaftlichen Vernetzungen und Investitionsströmen, die in Kapitel 3 dargestellt wurden, orientieren kann. Da es in den etwas weiter entfernten Ländern, wie die Ausführungen zur Bildungs- und Arbeitsmarktlage in Kapitel 4 zeigen, meist einen Mangel an einer mittleren berufsorientierten Ausbildung und damit an Fachkräften gibt, könnte Österreich über bilaterale Abkommen und mit Unterstützung der Betriebe in Österreich das duale Ausbildungssystem ‚exportieren‘. Damit können nicht nur die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette stabilisiert sondern auch ausgebaut werden. Eine bildungspolitische Ergänzung der Wirtschafts-, Handels- und Investitionspolitik wäre eng mit zirkulärer Migration verbunden, die im Wesentlichen auf das mittlere Qualifikationsprofil der Fachkräfte abzielt. Dass der ‚Export‘ von Ausbildung nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen stützen kann, sondern auch zu einem eigenen Wachstumsträger werden kann, zeigt der große Beitrag der universitären Ausbildung von ausländischen Studierenden in Australien und Neuseeland (mit einem Beitrag zum BIP von 1,5-3%).

Das Migrationsmanagement zielt also im Wesentlichen auf die Sicherung gewisser Struktur- und Rahmenbedingungen von Migrationsentscheidungen ab, und nicht nur auf die Modifikation einzelner Politikinstrumente. Das bedeutet, dass es zu einer Stärkung und Internationalisierung von bestehenden Qualifikations- und Ausbildungssystemen kommen muss, insbesondere der Lehre. Die regionale Ausweitung der Wertschöpfungsketten stärkt die internationale Vernetzung und Arbeitsteilung (Vorleistungen, Exporte und Importe, Leistungsbilanz). Diese Entwicklung setzt eine Investitionsbereitschaft und Stärkung der Adaptionfähigkeit bei Qualifikationen und Produktionsverfahren voraus.

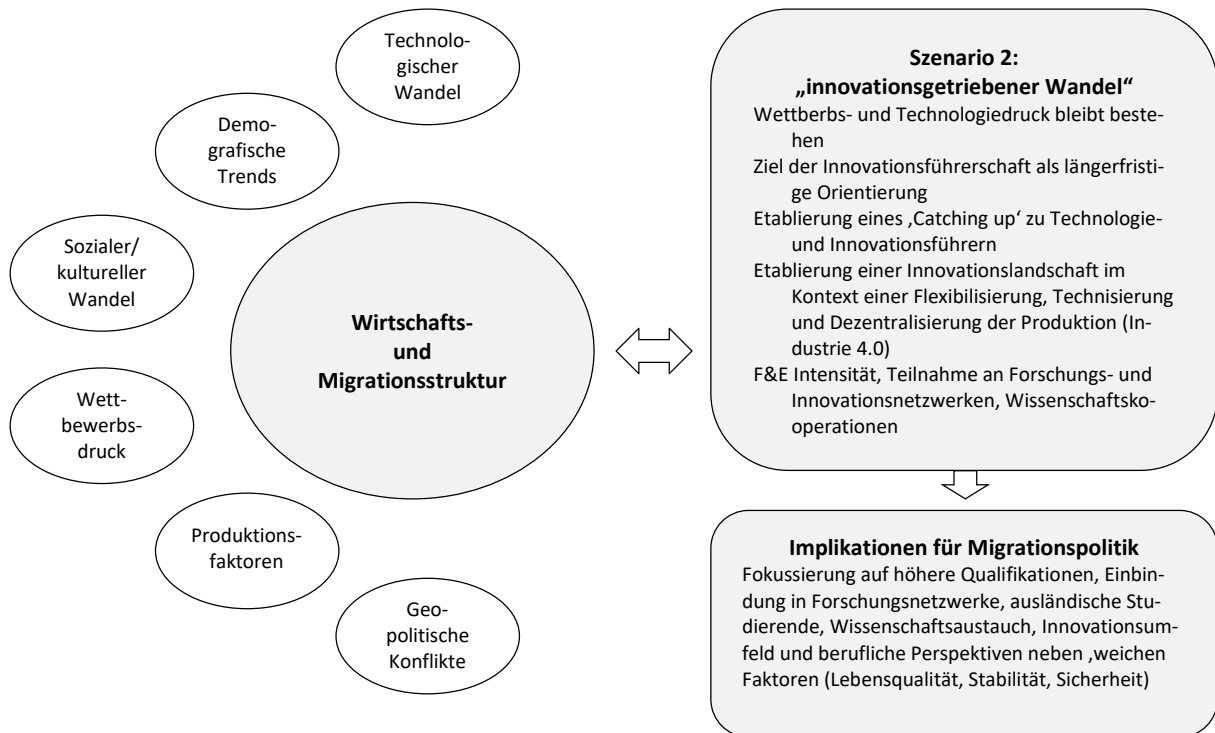
Abbildung 121: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs im Szenario 1: „sozial abgefederter Wandel“



Im **zweiten Szenario**, das zwar gleichzeitig mit dem ersten Szenario in Angriff zu nehmen wäre, das allerdings erst mit einer größeren zeitlichen Verzögerung seine Wirkung zeigen kann, wird in den Aufbau einer hochqualifizierten Humankapitalstruktur investiert. Ziel einer derartigen Innovationsstrategie ist es, Anschluss an die Innovationsführer in Europa und Übersee zu finden. Bis jetzt ist das Österreich nur in einigen wenigen Bereichen gelungen, und zwar im Bereich der Biotechnologie, den Creative Industries und in der modernen Architektur. (Clark – Moonen 2013) Die Positionierung Österreichs, insbesondere der Metropole Wien, in diesen Bereichen trägt substantiell zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit und damit zur Wohlfahrt aller in Österreich bei. Jedoch bedarf es noch großer Anstrengungen, um auch in den Ingenieurwissenschaften und in den Informationstechnologien so weit zu kommen, dass die in Kapitel 8.1 angeführten revolutionären Technologien nicht nur eingesetzt sondern auch mitentwickelt und produziert werden können. Damit käme es zu einer Flexibilisierung, Technisierung und Dezentralisierung der Produktion („Industrie 4.0“) und der Etablierung von Wertschöpfungsanteilen an Instrumenten und Komponenten der zukünftigen Produktionssektoren (Robotik, IKT, Software, wissensintensive Dienstleistungen). Das wäre eine inhaltliche Erweiterung der Wertschöpfungskette, die den Industriestandort Österreich nachhaltig sichern könnte. Verbunden damit wäre eine hohe Investitionsbereitschaft und Stärkung der Innovationsfähigkeit im Unterschied zur Adaptionsfähigkeit von Szenario 1.

Ein hohes Maß an Lebensqualität und Sicherheit kann einen wichtigen Beitrag zur Migrationsentscheidung leisten. Jedoch braucht es darüber hinaus auch eine Willkommenskultur, die in der Diversität der MigrantInnen die Bereicherung sieht, die sie ist, und nicht eine potenzielle Bedrohung. Um das zu bewerkstelligen, braucht es eine gesellschaftliche Bewusstseinsbildung, die ein integraler Bestandteil jeder Migrationspolitik sein muss. Dabei ist sicherzustellen, dass nicht nur der ökonomisch-fiskalische Beitrag der MigrantInnen geschätzt wird, sondern auch ihr Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung.

Abbildung 122: Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtsystems in Österreichs im Szenario 2: „innovationsgetriebener Wandel“



9 Literatur

- Abel, G., Sander, N. (2014). Quantifying global international migration flows. *Science* 28. Mars 2014: Vol. 343 no. 6178 pp. 1520-1522, DOI: 10.1126/science.1248676
- Aiginger, Karl; Tichy, Gunther; Walterskirchen, Ewald (2006) WIFO-Weißbuch: Mehr BEschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Wien.
- Aroca, P., W. F. Maloney (2005). Migration, Trade, and Foreign Direct Investment in Mexico, *The World Bank Economic Review* 19(3), 449-472.
- Arpaia, A., A. Kiss, B. Palvolgyi, A. Turrini (2014). Labour Mobility and Labour Market Adjustment in the EU. *European Economy Economic Paper* 539.
- Arslan, C., Dumont, J-Ch., Kone, Z., Mullan, Y., Parsons, Ch., Xenogiani, T. (2014). A New Profile of Migrants in the Aftermath of the Recent Economic Crisis, *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* No. 160, Paris.
- Auer, E., Wanek-Zajic, B., Zauner M. (2012). *Wohin nach der Ausbildung? Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring 2012*, AMS-BMASK, Wien.
- Bauböck, R., Perchinig, B. (2006). Migrations- und Integrationspolitik. In: Herbert Dachs u.a. (Hg.), *Politik in Österreich*. Wien, S. 726–742.
- Berger, Johannes, Biffi, Gudrun, Schuh, Ulrich, Skrivanek, Isabella, Strohner, Ludwig (2014). *Volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkulation zur wirtschafts- und arbeitsmarktbezogenen Zu- und Rückwanderung in Oberösterreich, Studie im Auftrag von Regionalmanagement OÖ*. http://www.inn-salzach-euregio.at/wp-content/uploads/Endbericht_Volkswirtschaftl-Erhebung.pdf
- Berger, Johannes, Hofer, Helmut, Miess, Michael, Schuh, Ulrich, Strohner, Ludwig, Biffi, Gudrun (2011) *Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend. Wien.
- Biffi, Gudrun (2014). Migration and Labour Integration in Austria, *SOPEMI Report on Labour Migration Austria 2013-14*. Report of the Austrian SOPEMI correspondent to the OECD. Monograph Series Migration and Globalisation, Edition Donau Universität Krems, Krems.
- Biffi, Gudrun (2013). The role of migration in economic relations between Europe and Turkey. *The European Review* Vol 21 issue 3, Cambridge University Press.
- Biffi, Gudrun (2012A). Turkey and Europe: The role of migration and trade in economic development. *Migration Letters*, Special issue Migration and Development: Comparing Mexico – US and Turkey – Europe. Philip Martin und Eugen Stark (Hrsg.): S 47-63.
- Biffi, Gudrun (2012B). Sources of Irregularity: The Social Construction of Irregular Migration. In Biffi, Gudrun und Altenburg, Friedrich (Hrsg) *Migration and Health in Nowhereland*. Access of undocumented migrants to work and health care in Europe. Omninum Verlag, Bad Vöslau, S. 39-72.
- Biffi, Gudrun (2011A). Integration und Identitätsfindung. In Gudrun Biffi und Nikolaus Dimmel (Hrsg.) *Grundzüge des Managements von Migration und Integration*. Band 1: S 81-94. Omninum Verlag, Bad Vöslau.
- Biffi, Gudrun (2011B). Migrationsmodelle und ihre Steuerbarkeit. In Gudrun Biffi und Nikolaus Dimmel (Hrsg.) *Grundzüge des Managements von Migration und Integration*. Band 1: S 51-66. Omninum Verlag, Bad Vöslau.
- Biffi, Gudrun (2011C). Entwicklung der Migrationen in Östererich aus historischer Perspektive. In Gudrun Biffi und Nikolaus Dimmel (Hrsg.) *Grundzüge des Managements von Migration und Integration*. Band 1: S 33-50. Omninum Verlag, Bad Vöslau.

- Biffi, Gudrun (2008A). Verteilung der Haushaltseinkommen aus einer Gender-Perspektive. WIFO-MB 10/2008: 783-796.
- Biffi, Gudrun (2008B). Bildung und Arbeitsmarkt aus ökonomischer Sicht. WIFO-Vorträge 103, Wien. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=32820&mime_type=application/pdf
- Biffi, Gudrun (2007A). Erwachsenenbildung – Schlüssel zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Magazin Erwachsenenbildung.at, 2/2007. http://erwachsenenbildung.at/magazin/07-2/meb07-2_02_biffi.pdf
- Biffi, Gudrun (2007B). Forschungsstandort Wien: Zur Rolle der Humanressourcen. WIFO-Studien, Wien. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=29059&mime_type=application/pdf
- Biffi, Gudrun (2006). Towards a common migration policy: Potential impact on the EU economy. Journal for Labour Market Research/ Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ZAF 1/2006: S 7-23.
- Biffi, Gudrun (2004). Der Einfluss von Immigration auf Österreichs Wirtschaft. Im Beitrag Österreichs zur Studie des Nationalen Kontaktpunktes im europäischen Migrationsnetzwerk zum Thema ‚Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft‘, IOM-EMN, Wien <http://www.linz.at/images/EinflussImmigrantenaufoesterrGesellschaft.pdf>
- Biffi, Gudrun (2003). Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa, WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(6).
- Biffi, Gudrun (2002A). Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, WIFO-Monatsberichte 8/2002: 537-550; Wien. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=22516&mime_type=application/pdf
- Biffi, Gudrun (2002B). Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren, WIFO-Monatsbericht, 2002, 75(6).
- Biffi, Gudrun (2000A). Der Arbeitsmarkt der Akademiker im Wandel: Implikationen für das Finanzierungssystem der Universitätsausbildung, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(2).
- Biffi, Gudrun (2000B). Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider-Diskussion, in: Husa, Karl, Parnreiter, Christof, Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration, Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Wien, 207-227.
- Biffi, Gudrun (2000C) Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider-Diskussion. In: Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (Hg.) Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/Main, S. 207-227.
- Biffi, Gudrun (1991). Betriebsinterne und externe Arbeitsmärkte in Österreich. WIFO-Monatsberichte 7/91, S. 446-451.
- Biffi, Gudrun, Altenburg, Friedrich (Hrsg.) (2012). Migration and Health in Nowhereland. Access of undocumented migrants to work and health care in Europe. Omnium Verlag, Bad Vöslau.
- Biffi, Gudrun, Berger, Johannes, Schuh, Ulrich, Skrivanek, Isabella, Strohner, Ludwig (2014). Volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkulation zur wirtschafts- und arbeitsmarktbezogenen Zu- und Rückwanderung in Oberösterreich. Schriftenreihe des Departments Migration und Globalisierung, Donau-Universität Krems.

- Biffi, Gudrun, Bock-Schappelwein, J. (2013). Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern. Studie von WIFO & DUK im Auftrag des BMI, Wien.
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Niederlassung/statistiken/files/2013/Endbericht_zur_NLV_2014.pdf
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, Julia, Leoni, Thomas (2005). Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme von Randgruppen in Grenzregionen im Gefolge der Ostöffnung. WIFO-Monatsbericht 2/2005:115-130.
http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25447&mime_type=application/pdf
- Biffi, Gudrun, Faustmann, Anna (2013) Österreichische Integrationspolitik im EU - Vergleich. Zur Aussagekraft von MIPEX. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres. Schriftenreihe Migration und Globalisierung, Krems (Edition Donau - Universität Krems)
- Biffi, Gudrun, Isaac, Joe (2002). Should Higher Education Students Pay Tuition Fees? *European Journal of Education* Vol. 37(4): 433-455.
- Biffi, Gudrun, Skrivanek, I. (2014). EMN Focussed Study 2014: Admitting third country nationals for business purposes. DUK & EMN.
- Biffi, Gudrun, Zentner, Manfred, Skrivanek, Isabella (2014). Der Einfluss sozialer Netzwerke auf die Bildungs- und Berufsentscheidungen von Jugendlichen mit Schwerpunkt auf Wien und Vorarlberg. In: Department für Migration und Globalisierung, Schriftenreihe Migration und Globalisierung, Edition Donau-Universität Krems, Krems
- Biffi, Gudrun, Skrivanek, Isabella (2014). EMN Focussed Study 2014: Admitting third country nationals for business purposes, emn, Wien.
- Bock-Schappelwein, Julia/Bremberger, Christoph/Huber, Peter (2008) Zuwanderung von Hochqualifizierten nach Österreich. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Wien.
- Bock-Schappelwein, Julia/Horvath, Thomas (2013) Einschätzung der mittelfristigen CEDEFOP-Prognosewerte zum Qualifikationsangebot und -bedarf für Österreich. In: Lassnigg, Lorenz/Bock-Schappelwein, Julia/Skriner, Edith/Horvath, Thomas (Hg.) Analyse der Datengrundlage zum künftigen Qualifikationsangebot und -bedarf in Österreich. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien, S. 35-57.
- Bock-Schappelwein, Julia/Horvath, Thomas (2013) Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte in Österreich. Detailanalyse mittels MZ-Arbeitskräfteerhebung. In: Lassnigg, Lorenz/Bock-Schappelwein, Julia/Skriner, Edith/Horvath, Thomas (Hg.) Analyse der Datengrundlage zum künftigen Qualifikationsangebot und -bedarf in Österreich. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien, S. 58-74.
- Borjas, George (1987). Self-Selection and the Earnings of Immigrants, *American Economic Review* (AER), Vol.77. Nr 4: S. 531-553.
- Borjas, George (1999). Immigration and Welfare Magnets. *Journal of Labor Economics* 17(4), 607-637.
- Braconier, H., J. Ruiz-Valenzuela (2014). Gross Earning Inequalities in OECD Countries and Major Non-member Economies: Determinants and Future Scenarios, OECD Economics Department Working Papers, No. 1139, OECD Publishing.
- Braconier, H., R. Dellink (2014). Consequences of Climate Change Damages for Economic Growth – A Dynamic Quantitative Assessment, OECD Economic Department Working Papers.
- Brücker, H., G. S. Epstein, B. McCormick, G. Saint-Paul, A. Venturini, K. F. Zimmermann (2002). Managing Migration in the European Welfare State, in: Boeri, T., G. Hanson, B. McCormick (Hrsg.), *Immigration Policy and the Welfare System*, 1-168. Oxford: Oxford University Press.

- Brynjolfsson, E. A. McAfee (2011). *Race Against The Machine: How the Digital Revolution is Accelerating Innovation, Driving Productivity, and Irreversibly Transforming Employment and the Economy*, Digital Frontier Press.
- Bundeskanzleramt Österreich (BKA) (2015) Allgemeine Aufnahmevoraussetzungen. [Internet] Abgerufen von: https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/moderner_arbeitgeber/start_im_bundesdienst/aufnahme_voraussetzungen.html [5.6.2015]
- Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) (2014) Gesetzliche Grundlagen schulischer Maßnahmen für SchülerInnen mit anderen Erstsprachen als Deutsch. Informationsblätter des Referats für Migration und Schule Nr. 1/2014-15. Wien.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) (2002) Hochschulbericht 2002. Wien, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) (o.J) Europäische Nachbarschaftspolitik. [Online] <http://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/europapolitik/eu-aussenpolitik/europaeische-nachbarschaftspolitik-enp/> [7.5.2015]
- Bundesministerium für Inneres (BMI) (2010): Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht. Wien. http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/NAP/nap_bericht.pdf, zuletzt abgerufen am: 19. 7. 2012.
- Campbell, D. F. J. (2008). *The Basic Concept for the Democracy Ranking of the Quality of Democracy*. Vienna: Democracy Ranking.
- Campbell, D. F. J. / Thorsten D. Barth / Paul Pözlbauer / Georg Pözlbauer (2015). *Democracy Ranking (Edition 2014): The Quality of Democracy in the World*. Vienna: Democracy Ranking <http://www.amazon.com> (Paperback)
- Castles, Stephen, Miller Mark J. (2009) *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. Palgrave MacMillan. Basingstoke.
- Clark, G., Moonen, T. (2013). *The 10 Traits of globally fluent Metro Areas*. Brookings Institution Press, Washington, D.C.
- Clark, X., T. J. Hatton, J. G. Williamson (2007). Explaining U.S. Immigration, 1971-1998, *The Review of Economics and Statistics* 89(2), 359-373.
- Crawford, Claire, Johnson, Paul, Machin, Steve, Vignoles, Anna (2011). *Social Mobility: a Literature Review*. Department for Business, Innovation and Skills, London. https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/32111/11-750-social-mobility-literature-review.pdf
- D'Agosto, E., N. Solferino, G. Tria (2006). *The Migration and FDI Puzzle: Complements or Substitutes?*, CEIS Research Paper 76, Vergata University.
- De Giorgi, G., M. Pellizzari (2009). Welfare Migration in Europe, *Labour Economics* 16(4), 353-363.
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2015) *Länder-Informations-Portal. Afghanistan*. Letzte Aktualisierung Juli 2015. Abgerufen von: <http://liportal.giz.de/afghanistan/>
- DG Migration and Home Affairs (2015) *Global Approach to Migration and Mobility*. [Online] Abgerufen von: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/international-affairs/global-approach-to-migration/index_en.htm [27.04.2015] Donau-Universität Krems)
- EcoAustria, BGW, ITEM-HSG, Landl (2013). *Immaterielle Vermögenswerte – geistiges Eigentum als Wachstumstreiber*. Studie im Auftrag des BMWFJ, Wien. <http://www.bmwfw.gv.at/Innovation/Foerderungen/Documents/Immaterielle%20Vermögenswerte%20-%20geistiges%20Eigentum%20als%20Wachstumstreiber.pdf>

- Egel, D., Salehi-Isfahani, D. (2011) Youth Transitions to Employment and Marriage in Iran: Evidence from the School to Work Transition Survey. Middle East Youth Initiative Working Paper Nr. 11. Abgerufen von: http://www.meyi.org/uploads/3/2/0/1/32012989/egel_and_salehi-isfahani_-_youth_transitions_to_employment_and_marriage_in_iran_-_evidence_from_the_school_to_work_transition_survey.pdf
- Enchautegui, M. E. (1997). Welfare Payments and Other Economic Determinants of Female Migration, *Journal of Labor Economics* 15(3), 529-554.
- Europäische Kommission (EK) (2008) Rahmenprogramm für Solidarität und die Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007-2013. Letzte Änderung: 07.04.2008. [Online] Abgerufen von: http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/l14509_de.htm [27.04.2015]
- Europäische Kommission (EK) (2014a) EU und Tunesien vereinbaren Mobilitätspartnerschaft. Pressemitteilung. [Online] Abgerufen von: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-208_de.htm [27.04.2015]
- Europäische Kommission (EK) (2014b) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Fünfter Jahresbericht über Einwanderung und Asyl (2013). COM(2014) 288 final. Brüssel.
- Europäische Kommission (EK) (2014c) Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Bericht über die Umsetzung des Gesamtansatzes für Migration und Mobilität 2012-2013. COM (2014) 96 final. Brüssel.
- Europäisches Parlament (EP) (2015) Die Unionsbürgerschaft. [Online] Abgerufen von: http://www.europarl.de/de/europa_und_sie/europa_vorstellung/unionsbuergerschaft.html [27.04.2015]
- European Training Foundation (ETF) (2005) Investment in Education, Employment and Economic Performance in Syria. Working Paper. Turin.
- Fassmann Heinz, (2002) Transnationale Mobilität: Empirische Befunde und theoretische Überlegungen. *Leviathan* 30/3, S. 345-359.
- Fassmann, Heinz (2003) Transnationale Mobilität. Konzeption und Fallbeispiel. *SWS-Rundschau* 4/2013, S. 429-449.
- Fassmann, Heinz (2014) Estimating migration potential: Egypt, Morocco and Turkey. In: Bommers, Michael; Fassmann, Heinz; Sievers, Wiebke (Hg.) *Migration from Middle East and North Africa to Europa. Past Developments, Current Status and Future Potentials*. Amsterdam, S. 231-248.
- Fassmann, Heinz; Münz, Rainer (1996) Europäische Migration – ein Überblick. In: Fassmann, Heinz; Münz, Rainer (Hg.) *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen*. Frankfurt/New York, S. 13-52.
- Fassmann, Heinz; Shovakar, Nadine (2015) Internationalisierungspanorama I/2015. Wien, Österreichische Universitätenkonferenz.
- Foad, H. (2011). FDI and immigration: a regional analysis, *The Annals of Regional Science* 49, 237-259.
- Fortuny, Mariangels; Hussein, Jalal Al (2010) Labour market policies and institutions, with a focus on inclusion, equal opportunities and the informal economy. International Labour Office, Employment Policy Dept. . ILO. Employment working paper No.64. Genf.
- Fuchs, Johann, Kubis, Alexander , Schneider, Lutz (2015). Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050. Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial – unter Berücksichtigung

- sichtigung der zukünftigen inländischen Erwerbsbeteiligung und der EU-Binnenmobilität. Bertelsmann Stiftung.
- Gärtner, H. (2015) Besuch bei iranischen Think Tanks. OIIP Policy Paper 1/2015. Abgerufen von: http://www.oaip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Arbeitspapiere/Iran_Think_Tanks_Policy_Paper.pdf
- Gelbach, J. B. (2000). The Life-Cycle Welfare Migration Hypothesis: Evidence from the 1980 and 1990 Censuses, University of Maryland, College Park Working Paper 00-01.
- Giulietti, C., J. Wahba (2012). Welfare Migration, IZA DP No. 6450.
- Giulietti, C., M. Guzi, M. Kahanec, K. F. Zimmermann (2012). Unemployment Benefits and Immigration: Evidence from the EU, International Journal of Manpower, Special Issue on Migration, the Welfare State, and European Labor Markets.
- Gros, D. und C. Alcidi (2013). The Global Economy in 2030: Trends and Strategies for Europe, Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, [Online] Abgerufen von: europa.eu/espas/pdf/espas-report-economy.pdf.
- Groznik, P. (2003). Immigration and international financial flows, Indiana University Working Paper.
- Haase, Marianne, Jugl, Jan C. (2007) Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. [Online] Abgerufen von: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik> [27.04.2015]
- Hall, E.T. (1966). The hidden Dimension. Doubleday, New York.
- Hall, E.T., Reed-Hall, M. (1990). Understanding cultural differences: Germans, French and Americans, Nicholas Brialey Publ.
- Han, Petrus (2006) Theorien zur internationalen Migration. Ausgewählte interdisziplinäre Migrationstheorien und deren zentrale Aussagen. Lucius & Lucius. Stuttgart.
- Hanganu, E., Heß, B. (2014). Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013. Forschungsbericht 23, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb23-hochschulabsolventen.pdf?__blob=publicationFile
- Hatton, T. J., J. G. Williamson (2003). What Fundamentals Drive World Migration?, World Institute for Development Economics Research Discussion Paper No. 2003/23.
- Hofer, H., Huber, P. (2001), Wage and Mobility Effects of Trade and Migration on the Austrian Labour Market, in: Institute of Advanced Studies (ed.): Economic Series, 97.
- Hofstede, G. (1980). Culture's consequences. Beverly Hills: Sage.
- Hofstede, G. (2011). Dimensionalizing Cultures: The Hofstede Model in Context. Online Readings in Psychology and Culture, 2(1). <http://doi.org/10.9707/2307-0919.1014>
- Hofstede, G., Hofstede, G. J., & Minkov, M. (2010). Cultures and Organizations - Software of the Mind: Intercultural Cooperation and Its Importance for Survival (3., revised edition.). New York: McGraw-Hill Publ.Comp.
- Hollanders, H., Es-Sadki, N. (2014). Innovation Union Scoreboard 2014. European Union 2014. http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/files/ius/ius-2014_en.pdf
- Horvath, Traude, Neyer, Gerda (Hrsg.) (1996): „Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19.Jahrhunderts bis zur Gegenwart“, Böhlau Verlag, Wien.
- House, R. J., Hanges, P. J., Javidan, M., Dorfman, P.W., Gupta, V. (Hrsg.) (2004). Culture, Leadership, and Organizations: The GLOBE Study of 62 Societies. Sage Publ., Thousand Oaks, London, Delhi.
- Huntington, Samuel (1998). Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, Simon& Schuster, New York.

- International Labour Organization (ILO) (2008) Economic Growth and Decent Work. Recent Trends in Eastern Europe and Central Asia. International Labour Office Moskau. Moskau.
- International Labour Organization (ILO) (2009) Decent work and social protection in six countries. Umbrella Paper. Executive Summary. India, Jordan, Morocco, Syria, Thailand and Viet Nam. International Labour Office, Social Security Department. ILO. Genf.
- International Labour Organization (ILO) (2010) Afghanistan. Decent Work Country Programme 2010-2015. Abgerufen von:
<http://www.ilo.org/public/english/bureau/program/dwcp/download/afghanistan.pdf>
- International Labour Organization (ILO)/Europarat (2007) Employment Policy Review. Serbia. Prepared by the International Labour Office and the Council of Europe in 2005 and 2006. Abgerufen von: <http://www.ilo.org/public/libdoc/igo/2007/410625.pdf>
- Janger, Jürgen/Reinstaller, Andreas (2009) Innovation: Anreize, Inputfaktoren und Output im Spiegel der österreichischen Wirtschaftsstruktur. WIFO-Monatsberichte 8/2009, S. 603-617.
- Javorcik, B. S., C. Özden, M. Spatareanu, C. Neagu (2011). Migrant networks and foreign direct investment, *Journal of Development Economics* 94(2), 231-241.
- Johansson, A., E. Olaberría (2014). Global Trade and Specialisation Patterns over the Next 50 Years, OECD Economic Policy Paper No. 10/2014.
- Kim, C. U. (2006). Immigration, FDI, and international trade, University of Oregon Working Paper.
- Knab, Sebastian, Strunz, Kai, Lehmann, Heiko (2009). Smart Grid: The Central Nervous System for Power Supply - New Paradigms, New Challenges, New Services. Scientific Series of the Innovation Centre Energy at the Technische Universität Berlin, Vol. 2, University Press, Berlin.
http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1531655.
- Koen, V., Herd, R., Hill, S. (2013) "China's March to Prosperity: Reforms to Avoid the Middle-income Trap", OECD Economics Department Working Papers, No. 1093, OECD Publishing. Abgerufen von: <http://dx.doi.org/10.1787/5k3wd3c4219w-en>
- Kratzmann, Katerina (2014) Europäische Migrations- und Asylpolitik Post-Stockholm: Die zukünftige Ausrichtung der Generaldirektion Inneres. In: Biffel, Gudrun, Rössl, Lydia (Hg.) Migration & Integration 5. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau, S. 85-99.
- Kugler, M., H. Rapoport (2005). Skilled Emigration, Business Networks and Foreign Direct Investment, CESIFO Working Paper No. 1455.
- Lasnig, Lorenz, Skriner, Edith, Bock-Schappelwein, Julia, Horvath, Thomas (2013). Analyse der Datengrundlage zum künftigen Qualifikationsangebot und –bedarf in Österreich, Studie von IHS und WIFO, Wien. <http://www.equi.at/dateien/data-ihsrep-ak.pdf>
- Levine, P. B., D. J. Zimmermann (1999). An Empirical Analysis of the Welfare Magnet Debate Using the NLSY, *Journal of Population Economics* 12(3), 391-409.
- Lim, Linda (1980). Women workers in multinational corporations: the case of the electronics industry in Malaysia and Singapore, in Krishna Kumar, *Transnational Enterprises: Their Impact on Third World Societies and Cultures*, Boston: Federal Reserve Bank of Boston.
- Lücke, M., Mahmoud, T.O., Steinmayr, A. (2009). Labour migration and remittances in Moldova: Is the boom over? Trends and preliminary findings from the IOM-CBSAXA panel household survey 2006- 2008, IOM, Chisinau.
- Matsumoto, Makiko/Elder, Sara (2010) Characterizing the school-to-work transitions of young men and women : evidence from the ILO school-to-work transition surveys. International Labour Office, Employment Sector, Country Employment Policy Unit, Employment Policy Department. ILO. Employment working paper No.51. Genf.

- Matuschek, Helga (1985) Ausländerpolitik in Österreich 1962-1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft. In: Journal für Sozialforschung, 25. Jg., 1985, Heft 2, 159-196.
- Mayda, A. M. (2010). International migration: a panel data analysis of the determinants of bilateral flows, *Journal of Population Economics* 23, 1249-1274.
- McKinnish, T. (2005). Importing the Poor: Welfare Magnetism and Cross-Border Welfare Migration, *Journal of Human Resources* 40(1), 57-76.
- McKinnish, T. (2007). Welfare-Induced Migration at State Borders: New Evidence from Micro-Data, *Journal of Public Economics* 91(3-4), 437-450.
- Micevska, M. (2007). Ageing and economic growth – Macedonia, Bulgaria and Romania in comparison. In Gabriele Sinigoj, Gavin Jones, Katsuiro Hirokawa, Sepp Linhart (Hrsg.) *The Impact of Ageing: a Common Challenge for Europe and Asia*, Lit Verlag, Wien/Berlin: S. 235-249.
- Migrationsrat für Österreich (2016) Bericht des Migrationsrats: Migration verstehen - Migration steuern. Wien (Bundesministerium für Inneres).
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/migration/Migrationsbericht.pdf
- Mihes, Cristina/Popova, Natalia/Roch, Stefan (2011) A comparative Overview of Informal Employment in Albania, Bosnia and Herzegovina, Moldova and Montenegro. International Labour Office Budapest. Budapest.
- Miyamoto, K. (2003). Human Capital Formation and Foreign Direct Investment in Developing Countries, *OECD Working Paper Series No. 211*.
- Molle, Willem, Mourik, Aad van (1988), International Movements of Labour under Conditions of Economic Integration: The Case of Western Europe, *Journal of Common Market Studies*, XXVI(3).
- Murgasova, Zuzana/Ilahi, Nadeem/Miniane, Jacques/Scott, Alasdair/Vladkova-Hollar, Ivanna /IMF staff team (2015) The western Balkans. 15 years of economic transition. *Regional Economic Issues Special Report*. International Monetary Fund. Washington, D.C.
- Nowotny, K. (2015). Institutions and the Location Decisions of Highly Skilled Migrants to Europe, MS18 Policy paper on implications of migration policies Working paper no 78.
- OECD (1978), *The Migratory Chain*, Paris.
- OECD (2012) India. Sustaining High and Inclusive Growth. Education and human capital development in the giants of Asia. OECD “Better Policies” Series. Abgerufen von:
<http://www.ilo.org/public/libdoc/igo/2012/478629.pdf>
- OECD (2013). *International Migration Outlook 2013*. Paris.
- OECD (2013). *OECD Economic Outlook volume 2013/1*, OECD Publishing.
- OECD (2014A) *Recruiting Immigrant Workers. Austria 2014*. OECD-Publishing. Paris.
- OECD (2014B). *International Migration Outlook 2014*. Paris.
- OECD (2015) *International Migration Database*, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=MIG> (abgerufen am 18.6.2015)
- Österreich 2008: Regierungsprogramm 2008-2013. Gemeinsam für Österreich, BKA, Wien.
- Pedersen, P. J., M. Pytlikova, N. Smith (2008). Selection and network effects – Migration flows into OECD countries 1990-2000, *European Economic Review* 52, 1160-1186.
- Piketty, Thomas (2014). *Capital in the 21st Century*. Harvard University Press.
- Piketty, Thomas, Saez, Emmanuel (2014). Inequality in the long-run, *Science* Vol. 344: 838-843.
- Rajala Consulting (2013) *Connectivity Scorecard*, <http://www.connectivityscorecard.org> (zugegriffen am 18.6.2015)
- Rat der EU (2008) *Joint Declaration on a Mobility Partnership between the European Union and the Republic of Moldova*. Brüssel.

- Rat der EU (2009) Joint Declaration on a Mobility Partnership between the European Union and Georgia. Brüssel.
- Rat der EU (2011) Joint Declaration on a Mobility Partnership between the European Union and Armenia. Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2008) Europäischer Pakt zu Einwanderung und Asyl. [Online] Abgerufen von: <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2013440%202008%20INIT> [Zugriff: 27.4.2015]
- Razin, A., J. Wahba (2011). Welfare Magnet Hypothesis, Fiscal Burden and Immigration Skill Selectivity, NBER Working Paper 17515.
- Rifkin, Jeremy (2014). The zero marginal cost society. The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism. Palgrave & Macmillan.
- Ruhs, Martin (2015). The Price of Rights: Regulating International Labor Migration, Princeton University Press.
- Salehi-Isfahani, D. (2009) Education and Earnings in the Middle East: A Comparative Study of Returns to Schooling in Egypt, Iran, and Turkey. Economic Research Forum Working Paper Series, Working Paper 504. Abgerufen von: <http://www.erf.org.eg/CMS/uploads/pdf/504.pdf>
- Sassen, Saskia (1989). Migration in a World Economy. *Revue française d'études américaines* No. 41: S 277-289.
- Saxeonian, A. (2001). Bangalore, the Silicon Valley of India?, CRE DPR Working Paper No. 91, Stanford University.
- Schmid, T., Rosenberg, A., Kluschatzka, R. E. (2004). Don't wait – Asyl- & Fremdenrecht in Österreich. Sozialökonomische Forschungsstelle (SFS) – Projektbericht. <http://www.sfs-research.at/projekte/P29-EQUAL%20Don't%20wait/Asyl-u.%20Fremdenrecht%20Endfassung.pdf>
- Schwartz, S. H. (1992). Universals in the content and structure of values: Theory and empirical tests in 20 countries. In M. Zanna (Ed.), *Advances in experimental social psychology* (Vol. 25, pp. 1-65). New York: Academic Press. [http://dx.doi.org/10.1016/S0065-2601\(08\)60281-6](http://dx.doi.org/10.1016/S0065-2601(08)60281-6)
- Schwartz, S. H. (2006). Value orientations: Measurement, antecedents and consequences across nations. In Jowell, R., Roberts, C., Fitzgerald, R. & Eva, G. (Hrsg.) *Measuring attitudes cross-nationally - lessons from the European Social Survey* (pp.169-203). London, UK: Sage.
- Schwartz, S. H. (2012). An Overview of the Schwartz Theory of Basic Values. *Online Readings in Psychology and Culture*, 2(1). <http://dx.doi.org/10.9707/2307-0919.1116>
- Skriner, Edith (2013) Prognosen und Struktur. In: Lassnigg, Lorenz/Bock-Schappelwein, Julia/Skriner, Edith/Horvath, Thomas (Hg.) *Analyse der Datengrundlage zum künftigen Qualifikationsangebot und –bedarf in Österreich. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien*, S. 20-34.
- Smith, P. B., Fischer, R., Vignoles, V. L., & Bond, M. H. (2013). *Understanding Social Psychology Across Cultures: Engaging with Others in a Changing World*. London: SAGE.
- Statistik Austria (2014) Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Abgestimmten Erwerbsstatistik und Erwerbsstatistik der Registerzählung 2011. Bearbeitungsstand: 05.05.2014. Wien.
- Statistik Austria (2014). migration & integration. zahlen.daten.indikatoren 2014, Wien.
- Subrahmanyam, Gita/Castel, Vincent (2014) Labour market reforms in post-transition North Africa. Economic Brief. African Development Bank Group/Chief Economist Complex 2014. Abgerufen von: http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/Economic_Brief_-_Labour_market_reforms_in_post-transition_North_Africa.pdf

- Thaler, Bianca, Unger, Martin (2014) Dropouts ≠ Dropouts: Wege nach dem Abgang von der Universität. Studie im Auftrag der Österreichischen Universitätenkonferenz. IHS Research Reports, Wien, IHS. http://www.equi.at/dateien/IHS_Dropoutstudie2014.pdf
- Thursby, J./Thursby, M. (2006) Here or There. A Survey of Factors in Multinational R&D Location. Report to the Government-University-Industry Research Roundtable, The National Academies Press, Washington D.C.
- Toffler, Alvin (1980). The Third Wave. Bentam Books.
- Trompenaars, F. (1993). Riding the Waves of Culture. Understanding Cultural Diversity in Business. Random House Business Books.
- UNESCO Institute of Statistics (UIS) (2014) International Literacy Data 2014. Abgerufen von: <http://www.uis.unesco.org/literacy/Pages/literacy-data-release-2014.aspx>
- UNHCR (2015) Global Trends Forced Displacement in 2014. Geneva, United Nations High Commissioner for Refugees. <http://www.unhcr.org/globaltrends/2014-GlobalTrends-annex-tables.zip>
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (UN-DESA) (2013a) Changing Landscape of International Migration Policies. PopFacts 2013/5.
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (UN-DESA) (2013b) International Migration Report 2013. New York.
- Venables, A. (1999). Trade liberalisation and factor mobility: An overview. In R. Faini, J. De Melo, and K. F. Zimmermann (Hrsg), Migration: The Controversies and the Evidence (Cambridge: Cambridge University Press), pp. 23-47.
- Vogtenhuber, Stefan; Lassnigg, Lorenz; Bruneforth, Michael (2012): Indikatoren A: Kontext des Schul- und Bildungswesens. In: Michael Bruneforth und Lorenz Lassnigg (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Band 1. Graz: Leykam, S. 15-30.
- Weltbank (2015) World Bank Open Data, <http://data.worldbank.org/> (abgerufen am 18.6.2015)
- Westmore, B. (2014). International Migration: The Relationship with Economic and Policy Factors in the Home and Destination Country, OECD Economics Department Working Papers, No. 1140, OECD Publishing.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J. (1999): Do immigrants displace native workers? in: Journal of Population Economics, 2, 327-340.
- Wirtschaftskammer Österreich (2014) Handelsabkommen EU-Mittelmeer. [Online] Abgerufen von: https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Handelsabkommen/Handelsabkommen_EU-Mittelmeer.html [7.5.2015]
- Zuser, Peter (1996) Zur Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990. Institut für Höhere Studien/Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 35. Wien.

10 Appendix

Tabelle 19: Bevölkerung mit ausländischem Geburtsland 2002 und 2015 im Vergleich

Geburtsland	Bevölkerung		Rangplatz: Bevölkerung		Anteil an im Ausland Geborenen		Zuwachs				
	1.1.2002 absolut	1.1.2015 absolut	2015 absolut	2002 absolut	2015 in %	2002 in %	2002-2015		2002/05	2005/10	2010/15
							absolut	in %	in %	in %	in %
Afghanistan	2.594	20.349	17	34	1,4	0,2	17.755	684,5	60,8	79,5	171,9
Ägypten	10.059	13.518	21	17	0,9	0,9	3.459	34,4	14,8	8,7	7,7
Albanien	1.833	3.358	38	41	0,2	0,2	1.525	83,2	24,6	18,5	24,1
Algerien	621	1.393	68	66	0,1	0,1	772	124,3	34,9	30,5	27,3
Angola	210	412	100	94	0,0	0,0	202	96,2	24,3	18,0	33,8
Argentinien	987	1.549	65	57	0,1	0,1	562	56,9	17,6	8,8	22,6
Armenien	609	3.117	40	67	0,2	0,1	2.508	411,8	182,1	53,7	18,1
Aserbaidshjan	189	1.246	73	101	0,1	0,0	1.057	559,3	173,5	88,0	28,2
Äthiopien	419	1.183	75	75	0,1	0,0	764	182,3	55,1	67,5	8,6
Australien	1.766	2.271	52	44	0,2	0,2	505	28,6	6,5	7,4	12,4
Bangladesch	1.538	2.737	45	49	0,2	0,1	1.199	78,0	48,6	3,8	15,4
Belgien	1.576	2.543	47	48	0,2	0,1	967	61,4	14,7	22,0	15,3
Benin	35	100	139	136	0,0	0,0	65	185,7	71,4	16,7	42,9
Bolivien	279	475	98	89	0,0	0,0	196	70,3	30,5	22,8	6,3
Bosnien und Herzegowina	135.104	158.853	3	2	10,7	12,1	23.749	17,6	6,9	3,5	6,2
Brasilien	2.783	4.950	36	33	0,3	0,3	2.167	77,9	29,8	22,0	12,4
Bulgarien	7.601	21.615	15	22	1,5	0,7	14.014	184,4	30,2	36,5	60,0
Burkina Faso	56	137	128	131	0,0	0,0	81	144,6	41,1	35,4	28,0
Chile	895	1.198	74	59	0,1	0,1	303	33,9	11,5	6,3	12,9
China	7.636	15.143	19	21	1,0	0,7	7.507	98,3	60,0	10,5	12,2
Costa Rica	106	184	126	118	0,0	0,0	78	73,6	23,6	9,9	27,8
Côte d'Ivoire	86	265	113	125	0,0	0,0	179	208,1	66,3	27,3	45,6
Dänemark	1.063	1.281	70	54	0,1	0,1	218	20,5	9,8	-0,1	9,9
Deutschland	140.126	214.998	1	1	14,5	12,6	74.872	53,4	11,0	23,0	12,4
Dominikanische Republik	1.616	3.031	41	47	0,2	0,1	1.415	87,6	42,4	16,6	13,0
Ecuador	305	673	90	86	0,0	0,0	368	120,7	47,5	28,9	16,0
Eritrea	29	237	115	138	0,0	0,0	208	717,2	51,7	127,3	137,0
Estland	138	489	97	112	0,0	0,0	351	254,3	55,8	55,8	46,0
Finnland	1.233	1.548	66	53	0,1	0,1	315	25,5	7,1	2,6	14,2
Frankreich	5.944	8.246	28	25	0,6	0,5	2.302	38,7	10,2	15,4	9,1
Gambia	190	622	94	100	0,0	0,0	432	227,4	118,4	32,0	13,5
Georgien	546	3.148	39	70	0,2	0,0	2.602	476,6	318,1	28,9	7,0
Ghana	1.649	2.204	53	46	0,1	0,1	555	33,7	35,3	-6,7	5,9
Griechenland	3.168	5.261	34	29	0,4	0,3	2.093	66,1	4,0	-0,1	59,8
Großbritannien-Nordirland	6.762	10.320	27	24	0,7	0,6	3.558	52,6	12,6	19,1	13,8
Guatemala	206	387	102	96	0,0	0,0	181	87,9	13,6	36,3	21,3
Guinea	106	325	105	117	0,0	0,0	219	206,6	100,9	24,4	22,6
Honduras	57	102	138	130	0,0	0,0	45	78,9	3,5	37,3	25,9
Hongkong [China]	193	325	106	98	0,0	0,0	132	68,4	0,0	9,8	53,3
Indien	8.689	13.088	22	19	0,9	0,8	4.399	50,6	22,0	8,2	14,1
Indonesien	774	1.249	72	63	0,1	0,1	475	61,4	16,3	23,6	12,3
Irak	3.183	6.016	32	28	0,4	0,3	2.833	89,0	14,2	29,0	28,3
Iran	11.262	16.203	18	16	1,1	1,0	4.941	43,9	5,5	10,1	23,9
Irland	550	1.088	76	69	0,1	0,0	538	97,8	28,0	13,8	35,8
Israel	1.831	2.193	54	42	0,1	0,2	362	19,8	9,9	3,8	5,0
Italien	25.933	29.287	13	10	2,0	2,3	3.354	12,9	0,0	-3,6	17,1

Geburtsland	Bevölkerung		Rangplatz: Bevölkerung		Anteil an im Ausland Geborenen		Zuwachs				
	1.1.2002	1.1.2015	2015	2002	2015	2002	2002-2015		2002/05	2005/10	2010/15
	absolut	absolut	absolut	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	in %	in %
Jamaika	156	211	122	108	0,0	0,0	55	35,3	9,0	6,5	16,6
Japan	1.952	2.611	46	40	0,2	0,2	659	33,8	13,2	9,5	7,9
Jemen	53	119	131	132	0,0	0,0	66	124,5	11,3	37,3	46,9
Jordanien	519	703	88	71	0,0	0,0	184	35,5	14,3	-0,2	18,8
Kambodscha	591	847	84	68	0,1	0,1	256	43,3	11,8	24,5	2,9
Kamerun	229	664	91	93	0,0	0,0	435	190,0	84,3	32,7	18,6
Kanada	1.675	2.331	50	45	0,2	0,2	656	39,2	12,1	12,2	10,6
Kasachstan	188	1.897	57	102	0,1	0,0	1.709	909,0	144,1	115,5	91,8
Kenia	385	1.055	77	79	0,1	0,0	670	174,0	36,1	61,1	25,0
Kirgisistan	95	807	85	123	0,1	0,0	712	749,5	198,9	101,8	40,8
Kolumbien	874	1.667	62	61	0,1	0,1	793	90,7	23,3	23,9	24,8
Kongo	230	278	111	92	0,0	0,0	48	20,9	28,3	-26,8	28,7
Kongo, DR (ehem. Zaire)	392	923	80	77	0,1	0,0	531	135,5	25,0	64,3	14,7
Korea, Dem. VR (Nord-)	95	122	130	124	0,0	0,0	27	28,4	30,5	-30,6	41,9
Korea, Rep. (Süd-)	1.378	2.298	51	50	0,2	0,1	920	66,8	22,1	28,3	6,4
Kosovo	16.151	30.432	12	12	2,0	1,5	14.281	88,4	28,2	30,1	13,0
Kroatien	40.777	41.718	8	7	2,8	3,7	941	2,3	4,8	-7,1	5,1
Kuba	399	899	81	76	0,1	0,0	500	125,3	46,6	27,4	20,7
Kuwait	197	268	112	97	0,0	0,0	71	36,0	0,0	10,2	23,5
Laos	104	124	129	120	0,0	0,0	20	19,2	1,9	11,3	5,1
Lettland	353	1.356	69	82	0,1	0,0	1.003	284,1	40,8	44,1	89,4
Libanon	1.250	1.628	64	52	0,1	0,1	378	30,2	11,0	12,4	4,4
Liberia	192	248	114	99	0,0	0,0	56	29,2	70,8	-25,0	0,8
Libyen	343	770	86	83	0,1	0,0	427	124,5	-5,8	28,5	85,5
Litauen	333	1.254	71	84	0,1	0,0	921	276,6	49,8	60,3	56,8
Luxemburg	514	869	83	72	0,1	0,0	355	69,1	5,8	17,1	36,4
Madagaskar	38	109	135	135	0,0	0,0	71	186,8	28,9	42,9	55,7
Malaysia	316	503	95	85	0,0	0,0	187	59,2	19,6	6,6	24,8
Mali	40	116	133	134	0,0	0,0	76	190,0	87,5	14,7	34,9
Malta	72	105	137	127	0,0	0,0	33	45,8	6,9	20,8	12,9
Marokko	1.006	2.046	56	56	0,1	0,1	1.040	103,4	31,1	27,0	22,1
Mauritius	70	117	132	128	0,0	0,0	47	67,1	8,6	46,1	5,4
Mazedonien	14.882	23.243	14	13	1,6	1,3	8.361	56,2	23,6	12,5	12,3
Mexiko	752	1.773	60	64	0,1	0,1	1.021	135,8	21,4	42,4	36,4
Moldawien	372	2.167	55	80	0,1	0,0	1.795	482,5	259,4	17,4	38,1
Mongolei	174	1.897	58	103	0,1	0,0	1.723	990,2	288,5	130,6	21,7
Montenegro	1.045	1.708	61	55	0,1	0,1	663	63,4	16,4	22,5	14,7
Namibia	105	222	120	119	0,0	0,0	117	111,4	25,7	49,2	12,7
Nepal	164	634	92	104	0,0	0,0	470	286,6	93,3	54,6	29,4
Neuseeland	246	467	99	91	0,0	0,0	221	89,8	26,4	16,4	29,0
Nicaragua	134	230	118	114	0,0	0,0	96	71,6	3,0	30,4	27,8
Niederlande	5.105	8.168	29	26	0,6	0,5	3.063	60,0	14,5	24,2	12,5
Nigeria	3.664	7.456	30	27	0,5	0,3	3.792	103,5	99,4	-0,5	2,6
Norwegen	816	766	87	62	0,1	0,1	-50	-6,1	3,2	-9,6	0,7
Oman	11	144	127	139	0,0	0,0	133	1209,1	90,9	14,3	500,0
Pakistan	2.356	5.183	35	36	0,3	0,2	2.827	120,0	35,0	30,7	24,6
Palästin. Gebiete - Besetzte	138	399	101	113	0,0	0,0	261	189,1	5,1	95,2	41,0
Paraguay	102	215	121	121	0,0	0,0	113	110,8	31,4	48,5	8,0
Peru	933	1.632	63	58	0,1	0,1	699	74,9	22,5	25,1	14,1
Philippinen	9.315	12.622	23	18	0,9	0,8	3.307	35,5	14,4	11,8	5,9
Polen	41.337	69.898	6	6	4,7	3,7	28.561	69,1	15,7	19,2	22,6
Portugal	888	2.394	49	60	0,2	0,1	1.506	169,6	26,7	26,8	67,8

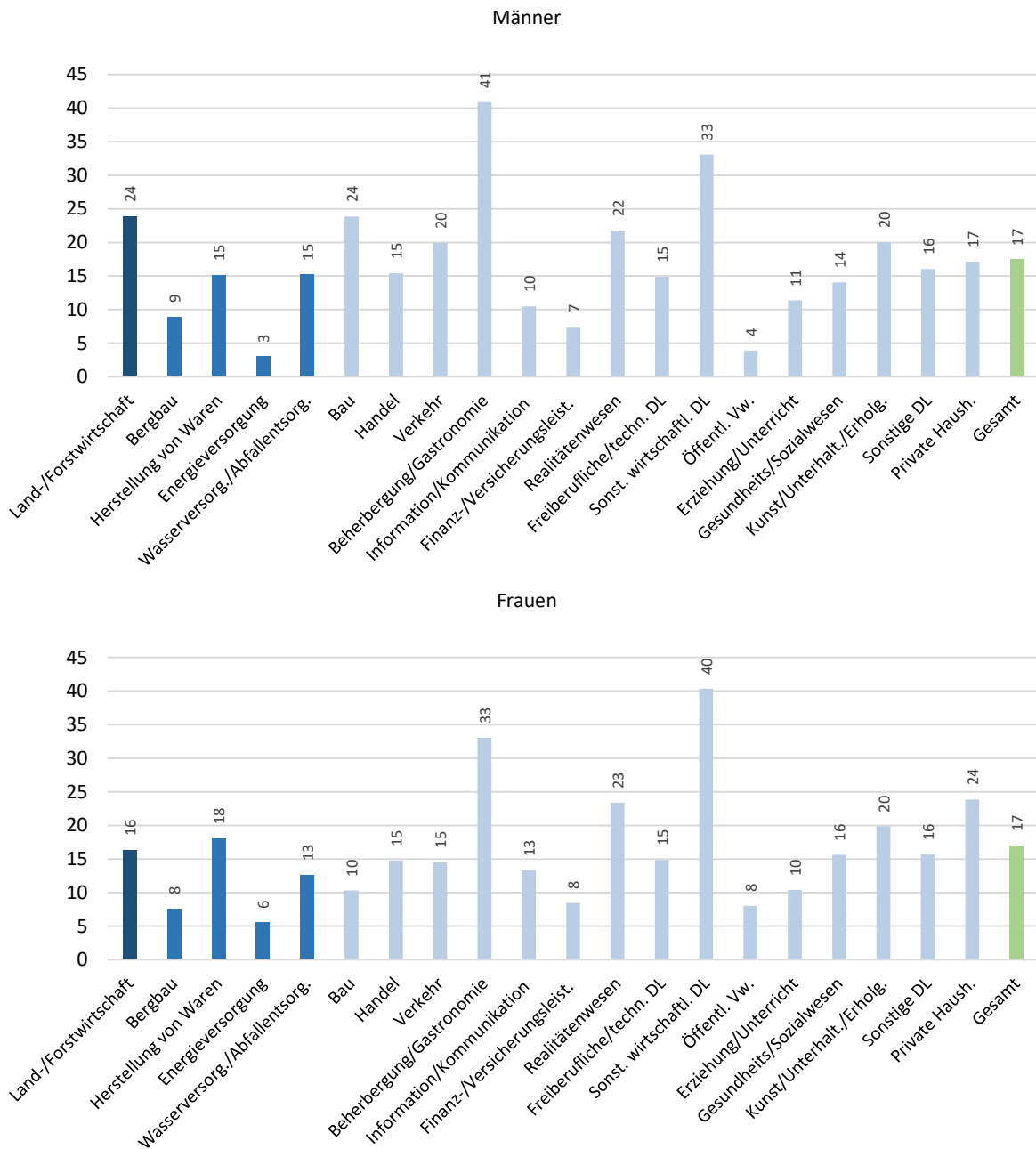
Geburtsland	Bevölkerung		Rangplatz: Bevölkerung		Anteil an im Ausland Geborenen		Zuwachs				
	1.1.2002	1.1.2015	2015	2002	2015	2002	2002-2015		2002/05	2005/10	2010/15
	absolut	absolut	absolut	absolut	in %		absolut	in %	in %	in %	in %
Ruanda	144	225	119	110	0,0	0,0	81	56,3	9,7	9,5	30,1
Rumänien	39.149	91.271	5	8	6,1	3,5	52.122	133,1	19,1	28,7	52,1
Russische Föderation	7.811	31.717	11	20	2,1	0,7	23.906	306,1	130,9	43,4	22,7
Sambia	73	107	136	126	0,0	0,0	34	46,6	5,5	35,1	2,9
Saudi-Arabien	279	633	93	88	0,0	0,0	354	126,9	1,1	44,0	55,9
Schweden	2.927	2.920	43	31	0,2	0,3	-7	-0,2	3,1	-2,9	-0,4
Schweiz	11.958	14.394	20	15	1,0	1,1	2.436	20,4	5,0	7,7	6,4
Senegal	156	344	103	107	0,0	0,0	188	120,5	41,7	24,0	25,5
Serbien	120.058	134.679	4	4	9,1	10,8	14.621	12,2	8,6	0,0	3,3
Sierra Leone	364	236	116	81	0,0	0,0	-128	-35,2	-7,4	-34,7	7,3
Simbabwe	164	327	104	105	0,0	0,0	163	99,4	25,0	33,7	19,3
Singapur	148	295	110	109	0,0	0,0	147	99,3	23,0	24,2	30,5
Slowakei	12.796	35.450	10	14	2,4	1,2	22.654	177,0	30,9	51,1	40,1
Slowenien	20.573	21.109	16	11	1,4	1,8	536	2,6	-1,8	-7,5	13,0
Somalia	142	2.860	44	111	0,2	0,0	2.718	1914,1	62,0	363,0	168,5
Spanien	2.133	6.226	31	38	0,4	0,2	4.093	191,9	24,1	29,9	81,0
Sri Lanka	695	885	82	65	0,1	0,1	190	27,3	12,4	7,8	5,1
Südafrika	1.982	2.429	48	39	0,2	0,2	447	22,6	9,5	6,9	4,7
Sudan und Südsudan	387	689	89	78	0,0	0,0	302	78,0	20,4	14,2	29,5
Syrien	1.784	12.332	24	43	0,8	0,2	10.548	591,3	25,3	29,0	327,6
Tadschikistan	129	490	96	115	0,0	0,0	361	279,8	34,1	85,0	53,1
Taiwan [China]	1.315	1.398	67	51	0,1	0,1	83	6,3	-3,4	7,2	2,6
Tansania	100	194	125	122	0,0	0,0	94	94,0	8,0	42,6	26,0
Thailand	2.793	5.583	33	32	0,4	0,3	2.790	99,9	34,8	26,7	17,1
Togo	115	210	123	116	0,0	0,0	95	82,6	40,9	22,8	5,5
Trinidad und Tobago	52	111	134	133	0,0	0,0	59	113,5	17,3	63,9	11,0
Tschechische Republik	56.739	40.324	9	5	2,7	5,1	-16.415	-28,9	-4,6	-17,0	-10,3
Tunesien	2.273	3.685	37	37	0,2	0,2	1.412	62,1	19,7	16,0	16,8
Türkei	126.828	160.039	2	3	10,8	11,4	33.211	26,2	16,6	6,7	1,4
Turkmenistan	31	206	124	137	0,0	0,0	175	564,5	67,7	153,8	56,1
Uganda	207	303	108	95	0,0	0,0	96	46,4	-6,8	24,9	25,7
Ukraine	3.085	10.651	25	30	0,7	0,3	7.566	245,3	71,2	40,6	43,4
Ungarn	30.722	61.508	7	9	4,1	2,8	30.786	100,2	5,8	15,7	63,5
Uruguay	162	232	117	106	0,0	0,0	70	43,2	18,5	12,0	7,9
USA	7.439	10.465	26	23	0,7	0,7	3.026	40,7	7,1	16,7	12,6
Usbekistan	291	1.016	78	87	0,1	0,0	725	249,1	46,4	93,9	23,0
Venezuela	504	955	79	73	0,1	0,0	451	89,5	27,2	23,1	21,0
Vereinigte Arabische Emirate	67	307	107	129	0,0	0,0	240	358,2	35,8	76,9	90,7
Vietnam	2.415	2.969	42	35	0,2	0,2	554	22,9	10,1	5,9	5,4
Weißrussland	424	1.826	59	74	0,1	0,0	1.402	330,7	136,3	44,7	25,9
Zypern	253	298	109	90	0,0	0,0	45	17,8	5,1	3,8	8,0

Anmerkung: Länder mit weniger als 100 Personen im Jahr 2015 werden in der Tabelle nicht dargestellt.

Quelle: Statistik Austria (Statistik des Bevölkerungsstandes), eigene Berechnungen.

10.1 Abbildungen aus Kapitel 4

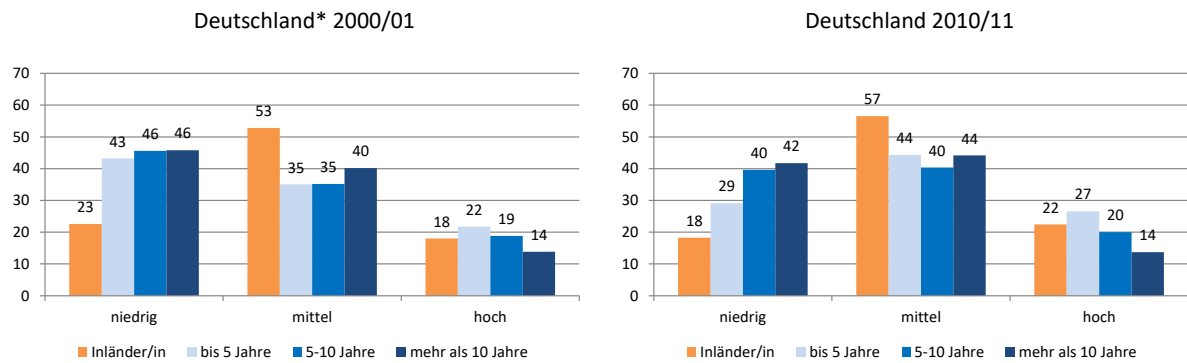
Abbildung 123: Anteil der unselbständig Beschäftigten mit ausländischem Geburtsland nach Branchen und Geschlecht 2011, in %



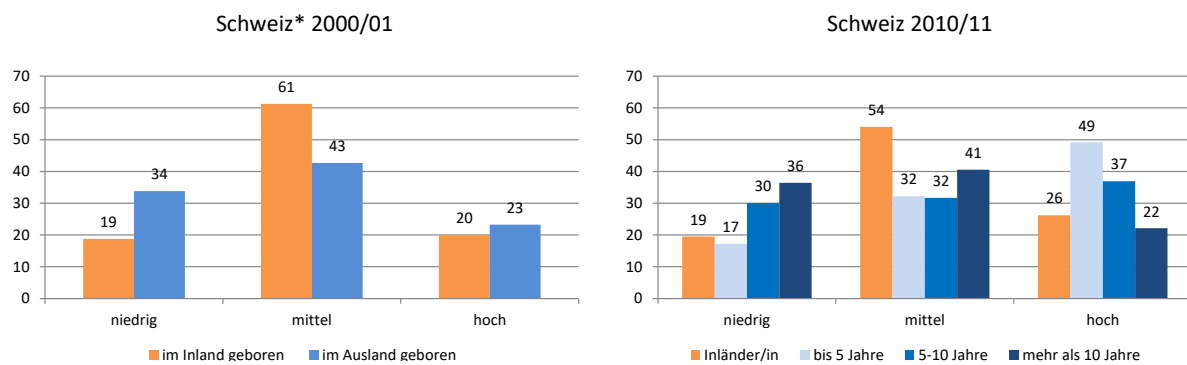
Anmerkung: Exterritoriale Organisation sind in der Darstellung nicht enthalten (0,1% der Gesamtbeschäftigung, 2.200 Beschäftigte, davon 66% im Ausland geboren).

Quelle: Statistik Austria/Abgestimmte Erwerbsstatistik 2011, DUK-Darstellung.

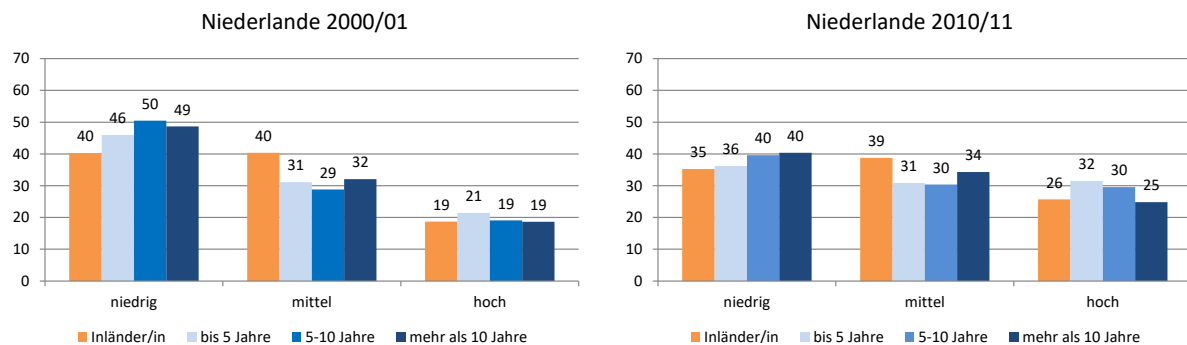
Abbildung 124: Bildungsstruktur der Bevölkerung (15+) nach Geburtsland (Inland/Ausland) und Aufenthaltsdauer 2000/01 im Vergleich mit 2010/11, Anteile in %



* Deutschland 2000/01: 8% Geburtsort unbekannt, 7% Bildung unbekannt (in % der Gesamtbevölkerung)



* Schweiz 2000/01: 30% Aufenthaltsdauer unbekannt (in % der im Ausland geborenen Bevölkerung)

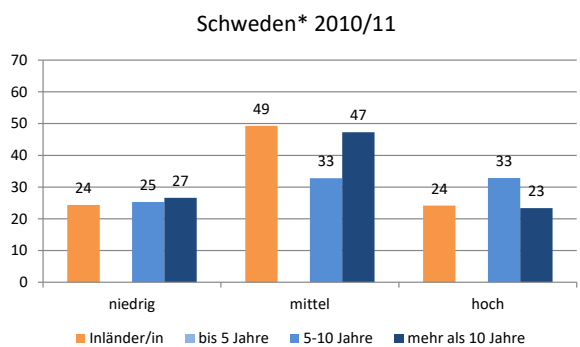
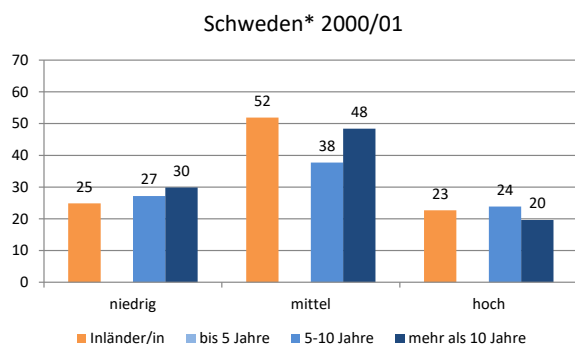
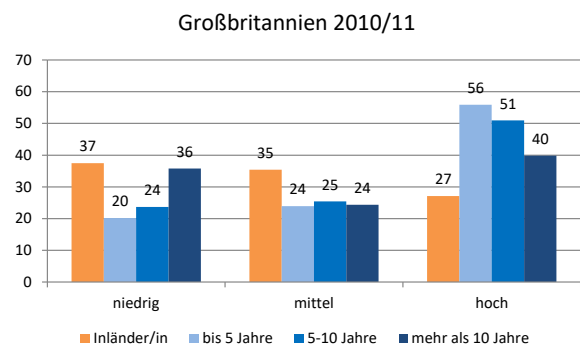
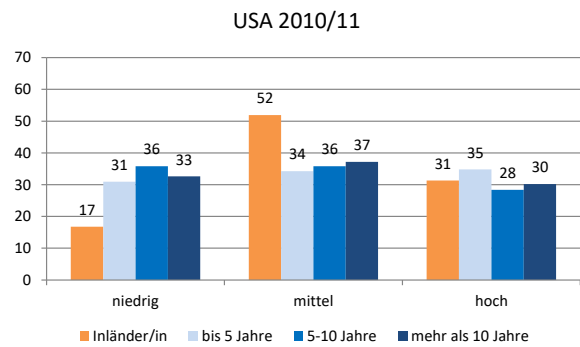
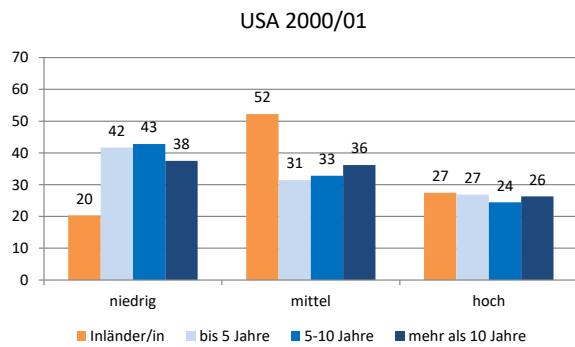
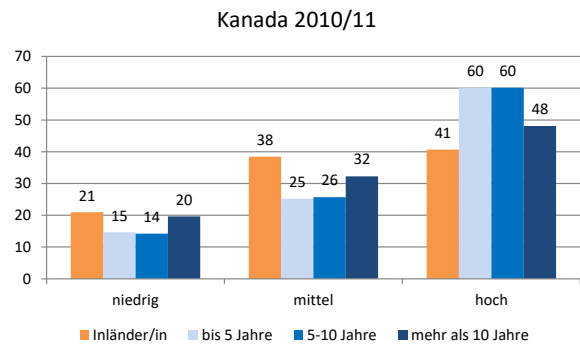
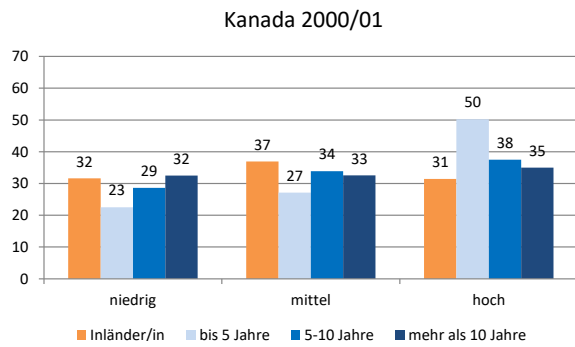


Bildung: niedrig (ISCED 0-2), mittel (ISCED 3-4), hoch (ISCED 5-6)

Bevölkerung im Alter 15+

Indikator Migration: Geburtsland (im Inland geboren, im Ausland geboren)

Quelle: OECD DIOC 2000/01, 2010/11, DUK-Auswertungen und Darstellung.



* Schweden 2000/01 2% Aufenthaltsdauer unbekannt, bis 5 Jahre 29% Bildung unbekannt, 5-10 Jahre 11% Bildung unbekannt. Schweden 2010/11 2% Aufenthaltsdauer unbekannt, bis 5 Jahre 27% Bildung unbekannt, 5-10 Jahre 9% Bildung unbekannt.

Quelle: OECD DIOC 2000/01, 2010/11, DUK-Auswertungen und Darstellung.

Bildung: niedrig (ISCED 0-2), mittel (ISCED 3-4), hoch (ISCED 5-6)

Bevölkerung im Alter 15+

Indikator Migration: Geburtsland (im Inland geboren, im Ausland geboren)

10.2 Indikatorenset als Monitoringinstrument

Tabelle 20: Erwerbsquote (15-64 Jahre) nach Geschlecht, 2013

Land	Erwerbsbevölkerung (in Tausend)			Bevölkerung (in Tausend)			Erwerbsquote in %		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
EU-15									
Österreich	4.340	2.328	2.012	5.705	2.855	2.849	76,1	81,5	70,6
Belgien	4.863	2.631	2.232	7.224	3.628	3.596	67,3	72,5	62,1
Deutschland	42.109	22.701	19.408	54.389	27.440	26.949	77,4	82,7	72,0
Dänemark	2.831	1.472	1.358	3.629	1.830	1.799	78,0	80,5	75,5
Spanien	23.292	12.732	10.561	31.396	15.928	15.468	74,2	79,9	68,3
Finnland	2.643	1.372	1.271	3.502	1.771	1.731	75,5	77,5	73,4
Frankreich	29.126	15.323	13.803	41.085	20.360	20.726	70,9	75,3	66,6
Großbritannien	31.236	16.830	14.406	41.011	20.511	20.500	76,2	82,1	70,3
Griechenland	4.981	2.863	2.118	7.311	3.696	3.615	68,1	77,5	58,6
Irland	2.142	1.177	965	3.071	1.531	1.541	69,7	76,9	62,6
Italien	25.261	14.636	10.625	39.530	19.742	19.788	63,9	74,1	53,7
Luxemburg	249	138	111	363	184	179	68,7	75,1	62,2
Niederlande	8.758	4.688	4.070	11.045	5.565	5.480	79,3	84,2	74,3
Portugal	5.188	2.698	2.490	7.049	3.499	3.549	73,6	77,1	70,1
Schweden	4.941	2.580	2.361	6.105	3.101	3.004	80,9	83,2	78,6
EU-10									
Zypern	590	333	256	808	420	388	73,0	79,5	66,0
Tschechien	5.330	2.991	2.340	7.330	3.722	3.608	72,7	80,4	64,9
Estland	641	328	314	851	415	436	75,3	78,9	71,9
Ungarn	4.364	2.360	2.004	6.782	3.352	3.431	64,3	70,4	58,4
Litauen	1.535	764	772	2.088	1.006	1.081	73,5	75,9	71,4
Lettland	1.026	514	512	1.365	659	706	75,2	78,0	72,5
Malta	188	118	69	296	151	146	63,4	78,6	47,6
Polen	18.093	9.898	8.195	26.994	13.394	13.600	67,0	73,9	60,3
Slowakei	2.743	1.522	1.221	3.925	1.964	1.961	69,9	77,5	62,2
Slowenien	1.006	545	462	1.419	733	686	70,9	74,3	67,3
EU-3									
Bulgarien	3.278	1.746	1.532	4.844	2.441	2.403	67,7	71,5	63,7
Kroatien	1.835	998	837	2.869	1.435	1.434	64,0	69,5	58,4
Rumänien	9.813	5.495	4.319	15.156	7.571	7.585	64,7	72,6	56,9

Quelle: ILO (KILM 1a), eigene Darstellung.

Tabelle 20: Erwerbsquote (15-64 Jahre) nach Geschlecht, 2013 (Fortsetzung)

Land	Erwerbsbevölkerung (in Tausend)			Bevölkerung (in Tausend)			Erwerbsquote in %		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Balkan									
Albanien	1.368	805	563	2.177	1.087	1.090	62,9	74,0	51,7
Bosnien-Herzegowina	1.431	875	556	2.629	1.305	1.324	54,4	67,1	42,0
Mazedonien	961	584	377	1.496	759	737	64,2	77,0	51,1
Montenegro	250	140	110	424	212	212	59,1	65,9	52,1
Serbien	4.054	2.280	1.774	6.606	3.289	3.317	61,4	69,3	53,5
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)									
Belarus	4.387	2.249	2.139	6.638	3.202	3.436	66,1	70,2	62,2
Moldau	1.155	585	570	2.514	1.210	1.303	46,0	48,4	43,7
Russland	74.673	38.148	36.526	101.744	48.498	53.247	73,4	78,7	68,6
Ukraine	21.618	11.193	10.425	31.909	15.264	16.644	67,7	73,3	62,6
Türkei	26.854	18.625	8.229	50.183	24.623	25.560	53,5	75,6	32,2
Zentralasien-Kaukasus									
Armenien	1.390	803	588	2.066	1.059	1.007	67,3	75,8	58,4
Aserbaidshan	4.806	2.454	2.352	6.798	3.343	3.455	70,7	73,4	68,1
Georgien	2.036	1.101	935	2.940	1.397	1.543	69,3	78,8	60,6
Kasachstan	8.741	4.421	4.320	11.121	5.365	5.755	78,6	82,4	75,1
Kirgistan	2.574	1.473	1.101	3.633	1.786	1.847	70,9	82,5	59,6
Tadschikistan	3.542	1.992	1.549	5.008	2.497	2.512	70,7	79,8	61,7
Turkmenistan	2.277	1.382	895	3.534	1.734	1.800	64,4	79,7	49,7
Nordafrika									
Algerien	12.344	10.217	2.127	26.532	13.413	13.119	46,5	76,2	16,2
Ägypten	27.292	20.669	6.622	51.809	26.144	25.666	52,7	79,1	25,8
Libyen	2.266	1.613	652	4.075	2.027	2.049	55,6	79,6	31,8
Marokko	11.642	8.587	3.055	22.172	10.890	11.282	52,5	78,9	27,1
Tunesien	3.918	2.859	1.058	7.657	3.787	3.870	51,2	75,5	27,3
Naher-Mittlerer Osten									
Afghanistan	7.632	6.381	1.251	15.585	7.882	7.704	49,0	81,0	16,2
Iran	25.920	21.107	4.813	54.903	27.523	27.380	47,2	76,7	17,6
Irak	8.444	6.955	1.489	19.152	9.636	9.517	44,1	72,2	15,6
Syrien	6.077	5.142	935	13.293	6.770	6.523	45,7	76,0	14,3
Afrika									
Nigeria	51.663	29.729	21.934	91.967	46.717	45.251	56,2	63,6	48,5
Somalia	3.043	2.013	1.030	5.253	2.599	2.655	57,9	77,5	38,8
Asien									
China	783.214	440.154	343.060	1.012.779	524.240	488.539	77,3	84,0	70,2
India	463.854	350.898	112.956	822.088	425.416	396.672	56,4	82,5	28,5

Quelle: ILO (KILM 1a), eigene Darstellung.

Tabelle 21: Beschäftigungsstatus insgesamt

Land	Jahr	Alter	Gesamtbeschäft.		Unselbst. Beschäftigte		Selbständige (a+b+c+d)		(a)		(b)		(d)		Vulnerabel Beschäft. (b+d)	
			in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-15																
Belgien	2013	15+	4.530	84,9	3.847	84,9	683	15,1	195	4,3	447	9,9	41	0,9	488	10,8
Dänemark	2013	15+	2.688	91,0	2.446	91,0	242	9,0	93	3,5	145	5,4	5	0,2	149	5,6
Deutschland	2013	15+	40.450	88,8	35.920	88,8	4.530	11,2	1.905	4,7	2.432	6,0	192	0,5	2.624	6,5
Finnland	2013	15+	2.457	86,6	2.127	86,6	330	13,4	99	4,0	220	9,0	11	0,5	231	9,4
Frankreich	2013	15+	25.747	88,8	22.852	88,8	2.894	11,2	1.103	4,3	1.679	6,5	112	0,4	1.792	7,0
Griechenland	2013	15+	3.513	63,0	2.214	63,0	1.300	37,0	234	6,7	894	25,4	172	4,9	1.066	30,3
Großbritannien	2013	15+	29.821	85,0	25.335	85,0	4.338	14,5	735	2,5	3.496	11,7	108	0,4	3.604	12,1
Irland	2013	15+	1.881	82,7	1.556	82,7	325	17,3	87	4,6	223	11,9	15	0,8	238	12,7
Italien	2013	15+	22.420	75,3	16.878	75,3	5.542	24,7	1.537	6,9	3.686	16,4	320	1,4	4.005	17,9
Luxemburg	2013	15+	239	90,9	217	90,9	21	8,8	6	2,7	14	5,8	1	0,4	15	6,2
Niederlande	2013	15+	8.365	83,9	7.018	83,9	1.347	16,1	321	3,8	983	11,8	43	0,5	1.026	12,3
Österreich	2013	15+	4.175	86,7	3.620	86,7	555	13,3	190	4,5	287	6,9	78	1,9	365	8,7
Portugal	2013	15+	4.429	78,1	3.458	78,1	972	21,9	232	5,2	710	16,0	30	0,7	740	16,7
Schweden	2013	15+	4.704	89,4	4.206	89,4	498	10,6	179	3,8	309	6,6	10	0,2	319	6,8
Spanien	2013	15+	17.139	82,1	14.069	82,1	3.061	17,9	872	5,1	2.074	12,1	115	0,7	2.189	12,8
EU-10																
Estland	2013	15+	621	90,9	565	90,9	57	9,1	23	3,8	32	5,1	2	0,3	33	5,4
Lettland	2013	15+	1.293	88,2	1.141	88,2	152	11,8	28	2,2	109	8,4	15	1,2	124	9,6
Litauen	2013	15+	894	88,4	790	88,4	103	11,6	38	4,2	58	6,5	8	0,8	66	7,4
Malta	2013	15+	175	86,1	151	86,1	24	13,9	8	4,5	16	9,4				
Polen	2013	15+	15.568	78,2	12.170	78,2	3.398	21,8	653	4,2	2.231	14,3	514	3,3	2.745	17,6
Slowakei	2013	15+	2.329	84,5	1.967	84,5	362	15,5	73	3,1	288	12,4	2	0,1	289	12,4
Slowenien	2013	15+	906	83,1	753	83,1	153	16,9	30	3,3	80	8,8	43	4,8	123	13,6
Tschechien	2013	15+	4.937	82,1	4.055	82,1	882	17,9	166	3,4	669	13,6	47	0,9	716	14,5
Ungarn	2013	15+	3.938	88,9	3.501	88,9	437	11,1	202	5,1	221	5,6	14	0,4	235	6,0
Zypern	2013	15+	365	82,4	301	82,4	64	17,6	15	4,0	43	11,9	6	1,6	49	13,5
EU-3																
Bulgarien	2013	15+	2.935	87,9	2.579	87,9	356	12,1	115	3,9	222	7,6	20	0,7	241	8,2
Kroatien	2013	15+	1.524	81,9	1.249	81,9	276	18,1	67	4,4	184	12,1	25	1,6	209	13,7
Rumänien	2013	15+	9.247	67,8	6.271	67,8	2.977	32,2	116	1,3	1.728	18,7	1.132	12,2	2.861	30,9

Anmerkungen: Selbständige: a) Arbeitgeber, b) Selbständige ohne eigene Mitarbeiter, c) Mitglieder von Produktionskooperativen, d) Mithelfende Familienangehörige. Nicht ausgewiesen sind Selbständige in Produktionskooperativen (c).

Quelle: ILO (KILM 3), eigene Darstellung.

Tabelle 21: Beschäftigungsstatus insgesamt (Fortsetzung)

Land	Jahr	Alter	Gesamtbeschäft.		Unselbst. Beschäftigte		Selbständige (a+b+c+d)		(a)		(b)		(d)		Vulnerabel Beschäft. (b+d)	
			in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Balkan																
Albanien	2013	15+			40,2		59,8		1,7		24,1		34,0		58,1	
Bosnien-Herz.	2013	15+	822		613 74,6		208 25,3				170 20,7		38 4,6		208 25,3	
Kosovo	2012	15-64	303		226 74,5		77 25,5	26 8,5		34 11,3		17 5,7		51 17,0		
Mazedonien	2013	15+	679		488 71,9		191 28,1	32 4,7		98 14,5		61 9,0		159 23,4		
Montenegro	2012	15+	202		166 82,4		36 17,7			32 15,8		4 1,8				
Serbien	2013	15+	2.311		1.561 67,6		750 32,4	89 3,8		483 20,9		178 7,7		661 28,6		
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)																
Belarus	2009	15+	4.613		4.346 94,2		145 3,1	49 1,1		93 2,0		4 0,1		96 2,1		
Moldau	2013	15+	1.173		807 68,8		366 31,2	9 0,7		332 28,3		25 2,2		358 30,5		
Russland	2008	15-72	70.965		65.774 92,7		5.190 7,3	1.057 1,5		3.941 5,6		88 0,1		4.029 5,7		
Türkei	2013	15+	25.520		16.351 64,1		9.168 35,9	1.182 4,6		4.771 18,7		3.216 12,6		7.986 31,3		
Ukraine	2013	15-70	20.404		16.502 80,9		3.902 19,1	208 1,0		3.625 17,8		69 0,3		3.694 18,1		
Zentralasien-Kaukasus																
Armenien	2011	15-75	1.175		653 55,6		357 30,4	8 0,6		350 29,8				350 29,8		
Aserbaidshen	2013	15+	4.521		1.514 33,5		3.007 66,5	456 10,1		1.202 26,6		1.350 29,9		2.552 56,4		
Georgien	2012	15+	1.724		663 38,4		1.054 61,1									
Kasachstan	2013	15+	8.571		5.950 69,4		2.621 30,6	159 1,9		2.415 28,2		34 0,4		2.449 28,6		
Kirgistan	2006	15+	2.096		1.066 50,8		1.030 49,2	24 1,1		714 34,1		276 13,2		991 47,3		
Tadschikistan	2009	15-75	1.857		969 52,2		887 47,8	8 0,4		867 46,7		8 0,4		875 47,1		
Nordafrika																
Ägypten	2013	15+	23.974		14.642 61,1		9.331 38,9	3.010 12,6		3.566 14,9		2.755 11,5		6.322 26,4		
Algerien	2013	15+	10.788		7.440 69,0		3.348 31,0	443 4,1		2.674 24,8		231 2,1		2.905 26,9		
Marokko	2012	15+	10.511		4.593 43,7		5.602 53,3	273 2,6		3.069 29,2		2.260 21,5		5.329 50,7		
Tunesien	2011	15+	3.140		2.235 71,2		904 28,8			768 24,5		136 4,3		904 28,8		
Naher-Mittlerer Osten																
Iran	2008	10+	20.500		10.898 53,2		9.602 46,8	996 4,9		6.780 33,1		1.826 8,9		8.606 42,0		
Syrien	2011	15+	4.949		3.098 62,6		1.695 34,2	221 4,5		1.474 29,8		156 3,2		1.630 32,9		
Asien																
Indien	2010	15+	374.286		67.816 18,1		306.470 81,9	4.165 1,1		239.108 63,9		63.197 16,9		302.305 80,8		

Anmerkungen: Selbständige: a) Arbeitgeber, b) Selbständige ohne eigene Mitarbeiter, c) Mitglieder von Produktionskooperativen, d) Mithelfende Familienangehörige. Nicht ausgewiesen sind Selbständige in Produktionskooperativen (c), nicht klassifizierbare Erwerbstätige (in Armenien 14%, in Belarus und Marokko 2,7%, übrige kleiner 1% bzw. 0%).

Quelle: ILO (KILM 3), eigene Darstellung.

Tabelle 22: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, 2013

Jahr	Jahr	Alter	Gesamt-	Landwirtschaft		Produktion		Dienstleistungen	
			beschäft.	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
			in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-15									
Belgien	2012	15+	4.524	53	1,2	984	21,8	3.487	77,1
Dänemark	2012	15-74	2.689	70	2,6	529	19,7	2.085	77,5
Deutschland	2012	15+	40.062	620	1,5	11.310	28,2	28.131	70,2
Finnland	2012	15-74	2.483	103	4,1	563	22,7	1.805	72,7
Frankreich	2012	15+	25.798	754	2,9	5.596	21,7	19.334	74,9
Griechenland	2012	15+	3.763	490	13,0	627	16,7	2.646	70,3
Großbritannien	2012	15+	29.428	347	1,2	5.569	18,9	23.226	78,9
Irland	2012	15+	1.838	86	4,7	336	18,3	1.414	76,9
Italien	2012	15+	22.899	849	3,7	6.362	27,8	15.688	68,5
Luxemburg	2012	15+	236	3	1,3	29	12,4	199	84,1
Niederlande	2011	15+	8.369	209	2,5	1.278	15,3	5.985	71,5
Österreich	2012	15+	4.184	205	4,9	1.095	26,2	2.885	68,9
Portugal	2012	15+	4.635	486	10,5	1.188	25,6	2.958	63,8
Schweden	2012	15-74	4.657	95	2,0	910	19,5	3.627	77,9
Spanien	2012	16+	17.282	753	4,4	3.578	20,7	12.950	74,9
EU-10									
Estland	2012	15-74	624	29	4,7	194	31,1	400	64,1
Lettland	2012	15-74	886	74	8,4	208	23,5	603	68,1
Litauen	2012	15+	1.279	114	8,9	318	24,8	842	65,9
Malta	2012	15+	173	2	1,0	38	22,1	132	76,4
Polen	2012	15+	15.591	1.960	12,6	4.740	30,4	8.884	57,0
Slowakei	2012	15+	2.329	75	3,2	874	37,5	1.379	59,2
Slowenien	2012	15+	924	77	8,3	285	30,8	557	60,3
Tschechien	2012	15+	4.890	149	3,1	1.864	38,1	2.877	58,8
Ungarn	2012	15-74	3.878	201	5,2	1.156	29,8	2.518	64,9
Zypern	2012	15+	389	11	2,9	78	20,2	299	76,9
EU-3									
Bulgarien	2012	15+	2.934	189	6,4	919	31,3	1.825	62,2
Kroatien	2012	15+	1.446	198	13,7	396	27,4	849	58,7
Rumänien	2012	15+	9.263	2.682	29,0	2.652	28,6	3.928	42,4

Anmerkung: Falls Differenz auf 100 bei den Anteilen umfasst diese die keinem Sektor zuordenbaren (nicht definiert) Beschäftigten.

Quelle: ILO (KILM 4a), eigene Darstellung.

Tabelle 22: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren (Fortsetzung)

Jahr	Jahr	Alter	Gesamt- beschäft. in 1.000	Landwirtschaft		Produktion		Dienstleistungen	
				in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Balkan									
Albanien	2010	15-64			41,5		20,8		37,7
Bosnien-Herz.	2012	15+	814	167	20,5	247	30,3	399	49,0
Kosovo	2012	15-64	305	14	4,6	87	28,4	204	67,1
Mazedonien	2012	15+	651	113	17,3	194	29,9	344	52,8
Montenegro	2012	15+	202	11	5,7	37	18,1	154	76,2
Serbien	2012	15+	2.228	467	21,0	590	26,5	1.172	52,6
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)									
Belarus	2009	15+	4.613	484	10,5	1.554	33,7	2.300	49,9
Moldau	2012	15+	1.147	303	26,4	221	19,3	622	54,3
Russland	2009	15-72	66.995	6.531	9,7	18.674	27,9	41.752	62,3
Türkei	2012	15+	24.819	5.846	23,6	6.460	26,0	12.513	50,4
Ukraine	2012	15-70	20.354	3.507	17,2	4.206	20,7	12.642	62,1
Zentralasien-Kaukasus									
Armenien	2011	15+	1.175	457	38,9	196	16,7	522	44,4
Aserbaidzhan	2012	15+	4.445	1.674	37,7	635	14,3	2.136	48,0
Georgien	2007	15+	1.704	911	53,4	177	10,4	617	36,2
Kasachstan	2012	15+	8.507	2.173	25,5	1.649	19,4	4.686	55,1
Kirgistan	2008	15+	2.184	743	34,0	451	20,6	990	45,3
Tadschikistan	2004	15+	2.453	1.361	55,5	440	17,9	643	26,2
Nordafrika									
Algerien	2011	15+	9.599	1.037	10,8	2.966	30,9	5.606	58,4
Ägypten	2011	15+	23.346	6.810	29,2	5.491	23,5	10.991	47,1
Libyen	1986	...	905	179	19,7	272	30,0	455	50,2
Marokko	2012	15+	10.511	4.120	39,2	2.249	21,4	4.131	39,3
Tunesien	2011	...	3.140	510	16,2	1.051	33,5	1.556	49,6
Naher-Mittlerer Osten									
Iran	2008	10+	20.500	4.344	21,2	6.611	32,2	9.526	46,5
Irak	2008	15+	7.606	1.782	23,4	1.387	18,2	4.438	58,3
Syrien	2011	15+	5.054	724	14,3	1.651	32,7	2.680	53,0
Afrika									
Nigeria	2004	15+	40.982	18.268	44,6	4.728	11,5	17.105	41,7
Asien									
China	2011	16+	764.200	265.940	34,8	225.440	29,5	272.820	35,7
Indien	2012	15+	392.666	185.222	47,2	96.933,906	24,7	110.511	28,1

Anmerkung: Falls Differenz auf 100 bei den Anteilen umfasst diese die keinem Sektor zuordenbaren (nicht definiert) Beschäftigten.

Quelle: ILO (KILM 4a), eigene Darstellung.

Tabelle 23: Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2013

Land	Erwerbsbevölkerung			Arbeitslose			Arbeitslosenquote		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
EU-15									
Belgien	4.910	2.662	2.248	412	229	183	8,4	8,6	8,1
Dänemark	2.895	1.517	1.379	203	102	101	7,0	6,7	7,3
Deutschland	43.043	23.275	19.768	2.274	1.296	978	5,3	5,6	4,9
Finnland	2.710	1.415	1.295	221	124	97	8,2	8,8	7,5
Frankreich	29.409	15.482	13.928	3.061	1.607	1.454	10,4	10,4	10,4
Griechenland	5.051	2.910	2.141	1.379	708	671	27,3	24,3	31,3
Großbritannien	32.306	17.476	14.830	2.424	1.389	1.036	7,5	7,9	7,0
Irland	2.194	1.215	979	287	182	105	13,1	15,0	10,8
Italien	25.758	14.997	10.761	3.153	1.738	1.415	12,2	11,6	13,1
Luxemburg	252	140	112	15	7	7	5,9	5,3	6,6
Niederlande	8.955	4.828	4.126	600	342	258	6,7	7,1	6,2
Österreich	4.430	2.381	2.048	217	117	100	4,9	4,9	4,9
Portugal	5.456	2.869	2.587	900	470	430	16,5	16,4	16,6
Spanien	23.446	12.818	10.628	6.243	3.338	2.905	26,6	26,0	27,3
Schweden	5.095	2.676	2.419	412	221	191	8,1	8,2	7,9
EU-10									
Estland	671	339	332	59	31	28	8,8	9,3	8,3
Lettland	1.057	528	529	118	62	55	11,1	11,8	10,5
Litauen	1.560	777	783	184	102	82	11,8	13,1	10,5
Malta	190	121	70	12	8	5	6,5	6,5	6,5
Polen	18.374	10.069	8.305	1.902	976	925	10,4	9,7	11,1
Slowakei	2.756	1.530	1.226	391	212	178	14,2	13,9	14,5
Slowenien	1.025	555	470	105	52	53	10,2	9,4	11,2
Tschechien	5.422	3.043	2.380	377	181	196	6,9	5,9	8,2
Ungarn	4.410	2.387	2.023	448	242	206	10,2	10,1	10,2
Zypern	604	343	260	95	57	39	15,8	16,5	14,9
EU-3									
Bulgarien	3.321	1.772	1.549	428	244	184	12,9	13,8	11,9
Kroatien	1.874	1.019	855	331	187	143	17,7	18,4	16,8
Rumänien	10.420	5.770	4.650	759	453	306	7,3	7,9	6,6

Quelle: ILO (KILM 9a), eigene Darstellung.

Tabelle 23: Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2013 (Fortsetzung)

Land	Erwerbsbevölkerung			Arbeitslose			Arbeitslosenquote		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Balkan									
Albanien	1.387	818	570	222	144	78	16,0	17,6	13,8
Bosnien-Herz.	1.462	894	568	415	239	175	28,4	26,8	30,9
Mazedonien	969	590	380	281	171	110	29,0	29,0	28,9
Montenegro	252	141	111	50	27	23	19,8	19,0	20,8
Serbien	4.176	2.350	1.827	927	452	475	22,2	19,2	26,0
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)									
Belarus	4.439	2.275	2.164	259	166	93	5,8	7,3	4,3
Moldau	1.183	600	583	60	37	23	5,1	6,2	3,9
Russland	76.588	38.951	37.636	4.266	2.317	1.950	5,6	5,9	5,2
Türkei	27.541	19.106	8.435	2.747	1.746	1.001	10,0	9,1	11,9
Ukraine	22.995	11.698	11.297	1.813	1.058	755	7,9	9,0	6,7
Zentralasien-Kaukasus									
Armenien	1.505	862	642	243	131	112	16,2	15,2	17,5
Aserbaidschan	4.844	2.478	2.367	266	110	156	5,5	4,4	6,6
Georgien	2.318	1.228	1.091	331	187	144	14,3	15,2	13,2
Kasachstan	8.848	4.470	4.378	457	182	275	5,2	4,1	6,3
Kirgistan	2.605	1.492	1.113	210	108	102	8,0	7,2	9,2
Tadschikistan	3.580	2.018	1.562	382	233	150	10,7	11,5	9,6
Turkmenistan	2.304	1.400	904	244	147	97	10,6	10,5	10,7
Nordafrika									
Ägypten	27.776	21.055	6.721	3.531	1.565	1.966	12,7	7,4	29,3
Algerien	12.453	10.308	2.144	1.223	862	361	9,8	8,4	16,8
Libyen	2.316	1.654	662	453	253	200	19,6	15,3	30,2
Marokko	12.030	8.783	3.247	1.107	789	318	9,2	9,0	9,8
Tunesien	4.019	2.938	1.081	533	365	168	13,3	12,4	15,5
Nahe-Mittlerer Osten									
Afghanistan	7.801	6.521	1.280	621	465	156	8,0	7,1	12,2
Irak	8.559	7.055	1.504	1.368	1.006	362	16,0	14,3	24,1
Iran	26.619	21.731	4.888	3.501	2.519	983	13,2	11,6	20,1
Syrien	6.181	5.238	943	670	402	267	10,8	7,7	28,4
Afrika									
Nigeria	54.205	31.185	23.020	4.073	2.380	1.693	7,5	7,6	7,4
Somalia	3.112	2.063	1.048	215	138	78	6,9	6,7	7,4
Asien									
China	809.814	456.757	353.057	37.179	23.906	13.273	4,6	5,2	3,8
Indien	480.955	364.328	116.627	17.423	12.701	4.721	3,6	3,5	4,0

Quelle: ILO (KILM 9a), eigene Darstellung.

Tabelle 24: Jugendarbeitslosigkeit, 2013

Land	Arbeitslose Jugendliche in 1.000		Jugend-EWP in 1.000		Jugend-ALQ in %		Erwachsene Arbeitslose in 1.000		Erwachsene EWP in 1.000		Erwachsene ALQ in %		Verhältnis JugendALQ- ErwachsenenALQ		Arbeitslose insgesamt in 1.000		Anteil jugendliche AL an allen AL		Jugendliche Bevölkerung in 1.000		Anteil arbeitslose Jugendliche an jugendlicher Bevölkerung in %		
	in 1.000	Jugendl. EWP in 1.000	Jugend-ALQ in %	Arbeitslose in 1.000	Erwachsene EWP in 1.000	Erwachsene ALQ in %	Arbeitslose in 1.000	Erwachsene EWP in 1.000	Erwachsene ALQ in %	Verhältnis JugendALQ- ErwachsenenALQ	Arbeitslose insgesamt in 1.000	Anteil jugendliche AL an allen AL	Jugendliche Bevölkerung in 1.000	Anteil arbeitslose Jugendliche an jugendlicher Bevölkerung in %									
EU-15																							
Österreich	56	610	9,1	161,0	3.820,0	4,2	2,2	217	25,7	1.015	5,5												
Belgien	93	404	23,1	319,0	4.506,0	7,1	3,3	412	22,6	1.312	7,1												
Dänemark	57	439	13,0	146,0	2.457,0	5,9	2,2	203	28,2	712	8,0												
Finnland	69	350	19,6	152,0	2.359,0	6,5	3,0	221	31,0	656	10,4												
Frankreich	710	2.991	23,7	2.351,0	26.418,0	8,9	2,7	3.061	23,2	7.877	9,0												
Deutschland	346	4.437	7,8	1.928,0	38.606,0	5,0	1,6	2.274	15,2	8.801	3,9												
Griechenland	197	337	58,4	1.182,0	4.714,0	25,1	2,3	1.379	14,3	1.109	17,7												
Irland	60	225	26,7	227,0	1.969,0	11,5	2,3	287	20,9	564	10,7												
Italien	691	1.742	39,7	2.462,0	24.016,0	10,3	3,9	3.153	21,9	6.053	11,4												
Luxemburg	3	18	19,2	11,0	234,0	4,8	4,0	15	23,5	66	5,2												
Niederlande	157	1.424	11,0	443,0	7.531,0	5,9	1,9	600	26,1	2.032	7,7												
Portugal	148	393	37,8	751,0	5.063,0	14,8	2,5	900	16,5	1.112	13,3												
Spanien	941	1.642	57,3	5.302,0	21.804,0	24,3	2,4	6.243	15,1	4.494	20,9												
Schweden	159	669	23,8	253,0	4.427,0	5,7	4,2	412	38,7	1.233	12,9												
Großbritannien	940	4.624	20,3	1.484,0	27.682,0	5,4	3,8	2.424	38,8	7.845	12,0												
EU-10																							
Zypern	26	71	36,9	69,0	533,0	13,0	2,8	95	27,3	177	14,7												
Tschechien	72	381	18,8	305,0	5.041,0	6,1	3,1	377	19,0	1.205	6,0												
Estland	11	60	18,3	48,0	611,0	7,9	2,3	59	18,6	148	7,5												
Ungarn	84	311	27,0	364,0	4.098,0	8,9	3,0	448	18,8	1.176	7,1												
Lettland	20	99	20,3	97,0	958,0	10,2	2,0	118	17,1	243	8,3												
Litauen	29	132	21,9	155,0	1.428,0	10,9	2,0	184	15,7	410	7,1												
Malta	4	28	14,1	8,0	162,0	5,2	2,7	12	31,8	56	7,1												
Polen	449	1.651	27,2	1.453,0	16.723,0	8,7	3,1	1.902	23,6	4.829	9,3												
Slowakei	73	219	33,5	317,0	2.538,0	12,5	2,7	391	18,8	703	10,4												
Slowenien	17	73	22,8	88,0	952,0	9,2	2,5	105	16,0	215	7,8												
EU-3																							
Bulgarien	68	228	29,7	360,0	3.093,0	11,6	2,5	428	15,8	761	8,9												
Kroatien	74	144	51,5	257,0	1.730,0	14,8	3,5	331	22,4	493	15,1												
Rumänien	187	787	23,8	572,0	9.633,0	5,9	4,0	759	24,7	2.578	7,3												

Verwendete Abkürzungen: Arbeitslosenquote (ALQ) Erwerbspersonen (EWP)

Quelle: ILO (KILM 10a), eigene Darstellung.

Tabelle 24: Jugendarbeitslosigkeit, 2013 (Fortsetzung)

Land	Arbeitslose Jugendliche in 1.000		Jugend-ALQ in %		Erwachsene		Erwachsene EWP		Erwachsenen-ALQ in %		Verhältnis JugendALQ- ErwachsenenALQ	Arbeitslose insgesamt in 1.000	Anteil jugendliche AL an allen AL	Jugendliche Bevölkerung in 1.000	Anteil arbeitslose Jugendliche an jugendlicher Bevölkerung in %
	Jugendl. in 1.000	Jugendl. EWP in 1.000	Jugend-ALQ in %	Jugend-ALQ in %	Arbeitslose in 1.000	Erwachsene EWP in 1.000	Erwachsene ALQ in %	Erwachsene ALQ in %							
Balkan															
Albanien	61	212	28,7	12,2	162,0	1.176,0	13,7	1.176,0	13,7	2,1	222	27,4	585	10,4	
Bosnien-Herz.	110	183	60,4	14,8	304,0	1.279,0	23,8	1.279,0	23,8	2,5	415	26,6	558	19,8	
Mazedonien	54	104	52,2	14,5	227,0	866,0	26,2	866,0	26,2	2,0	281	19,3	305	17,7	
Montenegro	11	27	41,3	20,4	39,0	226,0	17,2	226,0	17,2	2,4	50	22,1	87	12,7	
Serbien	180	367	48,9	17,8	748,0	3.809,0	19,6	3.809,0	19,6	2,5	927	19,4	1.265	14,2	
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)															
Belarus	57	466	12,2	12,2	202,0	3.973,0	5,1	3.973,0	5,1	2,4	259	22,0	1.183	4,8	
Moldau	16	112	14,8	14,8	44,0	1.071,0	4,1	1.071,0	4,1	3,6	60	27,3	537	3,1	
Russland	1.014	7.005	14,5	14,5	3.252,0	69.583,0	4,7	69.583,0	4,7	3,1	4.266	23,8	17.724	5,7	
Türkei	1.022	5.015	20,4	20,4	1.725,0	22.526,0	7,7	22.526,0	7,7	2,7	2.747	37,2	12.681	8,1	
Ukraine	412	2.311	17,8	17,8	1.401,0	20.684,0	6,8	20.684,0	6,8	2,6	1.813	22,7	5.565	7,4	
Zentralasien-Kaukasus															
Armenien	59	179	33,1	33,1	184,0	1.326,0	13,9	1.326,0	13,9	2,4	243	24,3	484	12,2	
Aserbaidschan	90	611	14,8	14,8	176,0	4.233,0	4,2	4.233,0	4,2	3,6	266	33,9	1.760	5,1	
Georgien	64	205	31,0	31,0	267,0	2.113,0	12,7	2.113,0	12,7	2,4	331	19,2	614	10,4	
Kasachstan	57	1.277	4,5	4,5	400,0	7.571,0	5,3	7.571,0	5,3	0,8	457	12,4	2.689	2,1	
Kirgistan	86	551	15,6	15,6	124,0	2.054,0	6,0	2.054,0	6,0	2,6	210	40,9	1.145	7,5	
Tadschikistan	129	825	15,6	15,6	254,0	2.755,0	9,2	2.755,0	9,2	1,7	382	33,7	1.723	7,5	
Turkmenistan	97	481	20,2	20,2	147,0	1.823,0	8,1	1.823,0	8,1	2,5	244	39,7	1.063	9,1	
Nordafrika															
Algerien	497	2.072	24,0	24,0	726,0	10.380,0	7,0	10.380,0	7,0	3,4	1.223	40,6	7.174	6,9	
Ägypten	2.006	5.160	38,9	38,9	1.525,0	22.617,0	6,7	22.617,0	6,7	5,8	3.531	56,8	15.158	13,2	
Libyen	207	404	51,2	51,2	246,0	1.912,0	12,9	1.912,0	12,9	4,0	453	45,6	1.095	18,9	
Marokko	412	2.233	18,5	18,5	695,0	9.798,0	7,1	9.798,0	7,1	2,6	1.107	37,2	6.153	6,7	
Tunesien	184	590	31,2	31,2	349,0	3.429,0	10,2	3.429,0	10,2	3,1	533	34,5	1.869	9,8	
Naher-Mittlerer Osten															
Afghanistan	414	2.362	17,5	17,5	207,0	5.439,0	3,8	5.439,0	3,8	4,6	621	66,6	6.289	6,6	
Iran	1.290	4.348	29,7	29,7	2.211,0	22.271,0	9,9	22.271,0	9,9	3,0	3.501	36,8	14.028	9,2	
Irak	657	1.930	34,1	34,1	711,0	6.630,0	10,7	6.630,0	10,7	3,2	1.368	48,1	6.725	9,8	
Syrien	391	1.309	29,8	29,8	279,0	4.872,0	5,7	4.872,0	5,7	5,2	670	58,3	4.344	9,0	
Afrika															
Nigeria	1.684	12.342	13,6	13,6	2.389,0	41.863,0	5,7	41.863,0	5,7	2,4	4.073	41,4	32.859	5,1	
Somalia	97	919	10,6	10,6	118,0	2.193,0	5,4	2.193,0	5,4	2,0	215	45,2	2.051	4,7	
Asien															
China	12.104	119.965	10,1	10,1	25.075,0	689.849,0	3,6	689.849,0	3,6	2,8	37.179	32,6	212.704	5,7	
Indien	8.648	81.988	10,5	10,5	8.774,0	398.967,0	2,2	398.967,0	2,2	4,8	17.423	49,6	232.582	3,7	

Verwendete Abkürzungen: Arbeitslosenquote (ALQ) Erwerbspersonen (EWP)

Quelle: ILO (KILM 10a), eigene Darstellung.

Tabelle 25: Analphabetenrate nach Geschlecht

	Jahr	Geschlecht	Analphabetenrate in %			Nicht alphabetisierte Bevölkerung		
			Jugendliche	Erwachsene	Insgesamt	Jugendliche	Erwachsene	Insgesamt
EU-15								
Griechenland	2011	Männlich	0,6	1,8	1,6	3.517	74.779	78.296
		Weiblich	0,7	4,1	3,7	4.063	179.805	183.868
Italien	2011	Männlich	0,1	0,9	0,8	2.834	191.403	194.237
		Weiblich	0,1	1,4	1,3	2.476	336.210	338.686
Portugal	2011	Männlich	0,3	3,4	3,0	1.657	127.414	129.071
		Weiblich	0,2	6,8	6,0	1.240	284.681	285.920
Spanien	2010	Männlich	0,5	1,6	1,5	12.008	271.129	283.137
		Weiblich	0,3	3,3	3,0	7.258	591.187	598.444
EU-10								
Estland	2011	Männlich	0,3	0,2	0,2	224	954	1.179
		Weiblich	0,2	0,2	0,2	129	990	1.119
Lettland	2011	Männlich	0,4	0,2	0,2	543	1.476	2.019
		Weiblich	0,3	0,2	0,2	391	1.753	2.144
Litauen	2011	Männlich	0,2	0,3	0,3	571	3.501	4.072
		Weiblich	0,2	0,3	0,3	530	3.751	4.280
Polen	2011	Männlich	0,0	0,1	0,1	1	17.194	17.196
		Weiblich	0,0	0,5	0,4	1	70.886	70.887
Slowenien	2011	Männlich	0,2	0,3	0,3	226	2.154	2.380
		Weiblich	0,1	0,4	0,3	112	2.846	2.959
Ungarn	2011	Männlich	1,2	0,8	0,8	7.704	25.324	33.028
		Weiblich	1,0	1,1	1,1	5.800	42.198	47.997
Zypern	2011	Männlich	0,2	0,8	0,7	182	3.168	3.350
		Weiblich	0,2	2,3	1,9	135	8.376	8.511
EU-3								
Bulgarien	2011	Männlich	1,9	1,1	1,3	8.550	29.853	38.403
		Weiblich	2,3	2,0	2,0	9.885	57.591	67.477
Kroatien	2011	Männlich	0,4	0,5	0,5	1.017	7.738	8.754
		Weiblich	0,3	1,9	1,7	850	32.265	33.115
Rumänien	2011	Männlich	3,0	1,5	1,7	41.846	105.982	147.828
		Weiblich	2,6	2,9	2,9	35.831	234.030	269.861
Balkan								
Albanien	2011	Männlich	1,3	2,2	2,0	3.861	20.824	24.685
		Weiblich	1,1	5,2	4,3	3.287	51.296	54.583
Bosnien- Herzegowina	2011	Männlich	0,3	0,6	0,5	798	7.536	8.334
		Weiblich	0,3	3,8	3,3	718	54.808	55.525
Mazedonien	2011	Männlich	1,2	1,3	1,3	1.869	8.961	10.830
		Weiblich	1,5	4,5	4,0	2.237	31.741	33.977
Montenegro	2011	Männlich	0,7	0,6	0,6	307	1.213	1.520
		Weiblich	0,7	2,7	2,4	305	6.056	6.361
Serbien	2011	Männlich	0,7	0,8	0,8	4.858	26.939	31.797
		Weiblich	0,8	3,6	3,1	4.866	124.953	129.819

Quelle: ILO (KILM 14d, basierend auf Daten von UNESCO Institute of Statistics – Albanien, Bulgarien und Zypern Zensusdaten, Spanien LFS, andere Länder: Schätzungen mit dem UIS Global Age-specific Literacy Projections Model), eigene Darstellung.

Tabelle 25: Analphabetenrate nach Geschlecht (Fortsetzung)

Jahr	Geschlecht	Analphabetenrate in %			Nicht alphabetisierte Bevölkerung			
		Jugendliche	Erwachsene	Insgesamt	Jugendliche	Erwachsene	Insgesamt	
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)								
Belarus	2009	Männlich	0,2	0,2	0,2	1.485	7.358	8.843
		Weiblich	0,2	0,6	0,5	1.085	21.438	22.523
Moldau	2011	Männlich	0,0		0,5	0	0	6.535
		Weiblich	0,0		1,5	0	0	23.880
Russland	2010	Männlich	0,3	0,3	0,3	35.294	114.455	149.748
		Weiblich	0,2	0,4	0,4	24.433	209.236	233.669
Türkei	2011	Männlich	0,6	2,5	2,1	36.168	519.967	556.134
		Weiblich	2,1	12,0	9,7	130.982	2.536.707	2.667.689
Ukraine	2011	Männlich	0,3	0,2	0,2	8.144	28.551	36.695
		Weiblich	0,2	0,4	0,3	5.496	66.629	72.126
Zentralasien-Kaukasus								
Armenien	2011	Männlich	0,3	0,3	0,3	866	2.356	3.222
		Weiblich	0,2	0,6	0,5	475	6.997	7.472
Aserbaidschan	2009	Männlich	0,0	0,2	0,2	431	4.987	5.418
		Weiblich	0,1	0,4	0,3	513	11.190	11.703
Georgien	2011	Männlich	0,2	0,2	0,2	838	2.696	3.534
		Weiblich	0,1	0,3	0,3	493	5.642	6.136
Kasachstan	2009	Männlich	0,2	0,2	0,2	3.016	9.016	12.032
		Weiblich	0,1	0,4	0,3	2.012	18.085	20.097
Kirgistan	2009	Männlich	0,3	0,6	0,5	1.770	6.889	8.660
		Weiblich	0,2	1,4	1,0	1.191	18.046	19.238
Tadschikistan	2011	Männlich	0,1	0,2	0,2	1.167	2.958	4.125
		Weiblich	0,1	0,5	0,4	967	7.877	8.845
Turkmenistan	2011	Männlich	0,2	0,3	0,3	1.252	3.529	4.782
		Weiblich	0,1	0,7	0,5	596	8.857	9.453
Nordafrika								
Ägypten	2012	Männlich	7,6	22,5	18,3	616.314	4.664.144	5.280.458
		Weiblich	13,9	41,7	34,2	1.088.605	8.865.490	9.954.095
Algerien	2006	Männlich	5,6	24,9	18,7	213.703	2.007.733	2.221.436
		Weiblich	10,9	47,4	36,1	397.173	3.853.314	4.250.487
Libyen	2011	Männlich	0,1	5,6	4,2	328	93.099	93.427
		Weiblich	0,1	21,9	16,7	789	371.402	372.191
Marokko	2011	Männlich	11,2	28,8	23,9	348.150	2.343.203	2.691.354
		Weiblich	26,0	48,0	42,4	806.920	4.315.731	5.122.650
Tunesien	2010	Männlich	1,8	16,3	12,6	18.123	484.984	503.106
		Weiblich	3,9	36,9	28,9	38.342	1.128.877	1.167.219
Naher-Mittlerer Osten								
Irak	2011	Männlich	15,9	13,0	14,0	522.432	767.419	1.289.851
		Weiblich	19,5	33,4	28,8	607.304	2.117.073	2.724.377
Iran	2008	Männlich	1,2	15,1	10,7	107.207	2.892.010	2.999.216
		Weiblich	1,5	27,6	19,3	127.611	5.129.021	5.256.631
Syrien	2011	Männlich	3,6	12,7	9,7	80.643	562.879	643.522
		Weiblich	5,9	29,6	22,3	120.791	1.348.452	1.469.243
Afrika								
Nigeria	2008	Männlich	24,4	46,4	38,7	3.691.382	13.052.490	16.743.881
		Weiblich	42,0	67,1	58,6	6.123.186	18.978.109	25.101.301
Asien								
China	2010	Männlich	0,3	3,1	2,5	370.088	13.584.900	13.954.990
		Weiblich	0,4	9,0	7,3	431.682	37.960.180	38.391.859
Indien	2006	Männlich	11,6	30,2	24,8	13.595.780	86.725.492	100.321.297
		Weiblich	25,6	58,5	49,2	27.679.211	159.355.000	187.034.203

Quelle: ILO (KILM 14d, basierend auf Daten von UNESCO Institute of Statistics – Belarus, Russland, Kasachstan, Kirgistan und China Zensusdaten; Aserbaidschan, Marokko, Türkei Haushalts- oder Arbeitskräfteerhebung; Ägypten, Tunesien, Iran LFS; Moldau, Ukraine, Armenien, Tadschikistan, Irak, Syrien Schätzung mit dem UIS Global Age-specific Literacy Projections Model; Algerien Multiple Indicator Cluster Survey (UNICEF); Nigeria und Indien Household demographic survey/UIS estimates), eigene Darstellung.

Tabelle 26: Erwerbspersonen nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Land	Jahr	Geschlecht	Alter	EWP	ISCED 1-2		ISCED 3-4		ISCED 5-6	
				in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
EU-15										
Belgien	2012	weiblich	25-74	2.039	345	16,9	739	36,2	955	46,8
		männlich		2.426	574	23,7	962	39,7	890	36,7
		insgesamt		4.465	919	20,6	1.701	38,1	1.845	41,3
Dänemark	2012	weiblich	25-74	1.160	191	16,5	432	37,2	496	42,7
		männlich		1.298	249	19,2	606	46,6	404	31,1
		insgesamt		2.459	440	17,9	1.038	42,2	900	36,6
Deutschland	2012	weiblich	25-74	17.344	2.074	12,0	10.246	59,1	5.007	28,9
		männlich		20.376	2.072	10,2	11.674	57,3	6.611	32,4
		insgesamt		37.721	4.145	11,0	21.921	58,1	11.618	30,8
Finnland	2012	weiblich	25-74	1.130	108	9,5	455	40,3	567	50,2
		männlich		1.229	180	14,6	599	48,8	450	36,6
		insgesamt		2.359	288	12,2	1.055	44,7	1.017	43,1
Frankreich	2012	weiblich	25-74	12.379	2.711	21,9	4.974	40,2	4.693	37,9
		männlich		13.420	3.133	23,3	5.980	44,6	4.306	32,1
		insgesamt		25.800	5.845	22,7	10.954	42,5	9.000	34,9
Griechenland	2012	weiblich	25-74	1.971	481	24,4	816	41,4	675	34,2
		männlich		2.674	918	34,3	1.041	38,9	714	26,7
		insgesamt		4.645	1.399	30,1	1.857	40,0	1.389	29,9
Großbritannien	2012	weiblich	25-74	12.514	2.203	17,6	4.733	37,8	5.457	43,6
		männlich		14.723	2.641	17,9	6.128	41,6	5.765	39,2
		insgesamt		27.237	4.845	17,8	10.861	39,9	11.222	41,2
Irland	2012	weiblich	25-74	853	116	13,6	283	33,1	436	51,1
		männlich		1.070	261	24,4	383	35,8	404	37,7
		insgesamt		1.923	376	19,6	665	34,6	840	43,7
Italien	2012	weiblich	25-74	10.014	2.843	28,4	4.781	47,7	2.391	23,9
		männlich		13.841	5.673	41,0	6.047	43,7	2.121	15,3
		insgesamt		23.855	8.515	35,7	10.828	45,4	4.512	18,9
Luxemburg	2012	weiblich	25-74	103	20	19,4	39	38,2	43	41,4
		männlich		129	23	17,6	47	36,3	58	44,8
		insgesamt		232	43	18,4	86	37,1	101	43,3
Niederlande	2012	weiblich	25-74	3.400	699	20,6	1.408	41,4	1.253	36,9
		männlich		4.063	942	23,2	1.616	39,8	1.443	35,5
		insgesamt		7.463	1.641	22,0	3.023	40,5	2.697	36,1
Österreich	2012	weiblich	25-74	1.752	287	16,4	1.099	62,8	365	20,9
		männlich		2.014	209	10,4	1.322	65,6	484	24,0
		insgesamt		3.766	496	13,2	2.421	64,3	849	22,5
Portugal	2012	weiblich	25-74	2.368	1.262	53,3	520	22,0	586	24,7
		männlich		2.612	1.698	65,0	487	18,7	427	16,3
		insgesamt		4.980	2.960	59,4	1.007	20,2	1.013	20,3
Spanien	2012	weiblich	25-74	9.675	3.486	36,0	2.301	23,8	3.887	40,2
		männlich		11.583	5.171	44,6	2.611	22,5	3.801	32,8
		insgesamt		21.258	8.657	40,7	4.912	23,1	7.689	36,2

Abkürzungen: Erwerbspersonen (EWP). ISCED-97 1-2 Primarstufe + Untere Sekundarstufe, ISCED-97 3-4 Obere Sekundarstufe + Post-sekundär, nicht tertiär, ISCED-97 5-6 Tertiärstufe

Quelle: ILO (KILM 14a), eigene Darstellung.

Tabelle 26: Erwerbspersonen nach Bildungsabschluss und Geschlecht (Fortsetzung)

Land	Jahr	Geschlecht	Alter	EWP	ISCED 1-2		ISCED 3-4		ISCED 5-6	
					in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-10										
Estland	2012	weiblich	25-74	315	18	5,6	143	45,3	155	49,0
		männlich		310	34	10,9	181	58,4	95	30,8
		insgesamt		625	51	8,2	324	51,8	250	40,0
Lettland	2012	weiblich	25-74	478	28	5,8	253	52,9	198	41,3
		männlich		460	57	12,4	293	63,6	110	24,0
		insgesamt		939	85	9,0	546	58,2	308	32,8
Litauen	2012	weiblich	25-74	690	24	3,5	345	50,0	320	46,4
		männlich		660	38	5,7	423	64,1	199	30,2
		insgesamt		1.350	62	4,6	769	56,9	520	38,5
Malta	2012	weiblich	25-74	55	23	41,6	16	28,6	16	29,6
		männlich		101	56	55,2	27	26,6	18	18,2
		insgesamt		155	78	50,5	43	27,3	35	22,2
Polen	2012	weiblich	25-74	7.132	438	6,1	4.063	57,0	2.631	36,9
		männlich		8.602	672	7,8	5.902	68,6	2.029	23,6
		insgesamt		15.735	1.110	7,1	9.965	63,3	4.660	29,6
Slowakei	2012	weiblich	25-74	1.115	71	6,4	770	69,1	274	24,6
		männlich		1.369	67	4,9	1.061	77,5	242	17,6
		insgesamt		2.484	138	5,6	1.831	73,7	516	20,8
Slowenien	2012	weiblich	25-74	434	47	10,8	219	50,5	168	38,7
		männlich		498	58	11,6	321	64,6	119	23,8
		insgesamt		932	105	11,3	541	58,0	287	30,7
Tschechien	2012	weiblich	25-74	2.147	146	6,8	1.535	71,5	466	21,7
		männlich		2.731	105	3,9	2.066	75,7	558	20,5
		insgesamt		4.877	251	5,1	3.601	73,8	1.024	21,0
Ungarn	2012	weiblich	25-74	1.873	245	13,1	1.071	57,2	557	29,7
		männlich		2.180	259	11,9	1.445	66,3	477	21,9
		insgesamt		4.053	503	12,4	2.516	62,1	1.034	25,5
Zypern	2012	weiblich	25-74	188	34	18,3	66	35,3	87	46,4
		männlich		209	42	20,1	86	41,1	81	38,7
		insgesamt		397	76	19,3	152	38,4	168	42,4
EU-3										
Bulgarien	2012	weiblich	25-74	1.460	174	11,9	773	52,9	513	35,2
		männlich		1.633	234	14,4	1.047	64,1	351	21,5
		insgesamt		3.094	409	13,2	1.820	58,8	865	28,0
Kroatien	2012	weiblich	25-74	716	122	17,1	401	56,0	191	26,7
		männlich		837	116	13,9	552	65,9	168	20,0
		insgesamt		1.553	238	15,4	953	61,4	359	23,1
Rumänien	2012	weiblich	25-74	4.071	987	24,2	2.236	54,9	849	20,8
		männlich		5.059	1.013	20,0	3.217	63,6	829	16,4
		insgesamt		9.130	1.999	21,9	5.453	59,7	1.677	18,4

Abkürzungen: Erwerbspersonen (EWP). ISCED-97 1-2 Primarstufe + Untere Sekundarstufe, ISCED-97 3-4 Obere Sekundarstufe + Post-sekundär, nicht tertiär, ISCED-97 5-6 Tertiärstufe

Quelle: ILO (KILM 14a), eigene Darstellung.

Tabelle 26: Erwerbspersonen nach Bildungsabschluss und Geschlecht (Fortsetzung)

Land	Jahr	Geschlecht	Alter	EWP	Weniger als 1 Jahr		ISCED 0		ISCED 1-2		ISCED 3-4		ISCED 5-6	
					in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Nordafrika														
Ägypten	2011	weiblich	15+	5.989	1.696	28,3	203	3,4	223	3,7	2.122	35,4	1.745	29,1
		männlich		20.541	4.718	23,0	2.200	10,7	2.528	12,3	7.752	37,7	3.343	16,3
		insgesamt		26.529	6.414	24,2	2.403	9,1	2.751	10,4	9.874	37,2	5.087	19,2
Tunesien	1997	weiblich	30-74	326	120	36,8			77	23,6	94	28,7	35	10,8
		männlich		1.427	347	24,3			596	41,7	376	26,4	109	7,6
		insgesamt		1.753	467	26,6			673	38,4	470	26,8	144	8,2
Naher-Mittlerer Osten														
Iran	2008	weiblich	10+	4.058					1.379	34,0	1.001	24,7	1.634	40,3
		männlich		18.835					11.054	58,7	4.789	25,4	2.674	14,2
		insgesamt		22.893					12.432	54,3	5.790	25,3	4.309	18,8
Syrien	2007	weiblich	15+	847	80	9,5	41	4,9	263	31,1	341	40,3	121	14,3
		männlich		4.554	322	7,1	527	11,6	2.689	59,1	727	16,0	288	6,3
		insgesamt		5.401	402	7,4	568	10,5	2.953	54,7	1.068	19,8	409	7,6
Afrika														
Nigeria	1995	weiblich	insgesa	2.218	365	16,5	1	0,0	518	23,4	868	39,1	466	21,0
		männlich	mt	3.011	233	7,7	5	0,2	577	19,2	1.232	40,9	964	32,0
		insgesamt		5.229	598	11,4	5	0,1	1.095	20,9	2.100	40,2	1.430	27,3
Asien														
Indien	2010	weiblich	15+	100.600			60.739	60,4	12.487	12,4	20.331	20,2	7.034	7,0
		männlich		287.420			95.268	33,1	43.428	15,1	117.519	40,9	31.180	10,8
		insgesamt		388.020			156.007	40,2	55.915	14,4	137.849	35,5	38.215	9,8

Abkürzungen: Erwerbspersonen (EWP).

ISCED-97 0 Kindergarten und ähnliches, ISCED-97 1-2 Primarstufe + Untere Sekundarstufe, ISCED-97 3-4 Obere Sekundarstufe + Post-sekundär, nicht tertiär, ISCED-97 5-6 Tertiärstufe.

Andere Abgrenzungen der Bildungsabschlüsse:

Ägypten: ISCED nicht verfügbar. Weniger als 1 Jahr inkl. Analphabeten. ISCED 0 inkludiert Lesen und Schreiben. ISCED 1-2 inkludiert weniger als "intermediate". ISCED 3-4 inklusive "intermediate", höher als "intermediate" und weniger als tertiär. ISCED 5-6 inkludiert Universität und darüber.

Tunesien: ISCED 1-2 nur Primarstufe, ISCED 3-4 inkl. untere Sekundarstufe.

Iran: ISCED 3-4 nur Obere Sekundarstufe

Indien: ISCED nicht verfügbar. ISCED 0 inkl. "weniger als 1 Jahr".

Quelle: ILO (KILM 14a), eigene Darstellung.

Tabelle 27: Beschäftigte nach Haushaltskonsum-basierten wirtschaftlichen Klassen

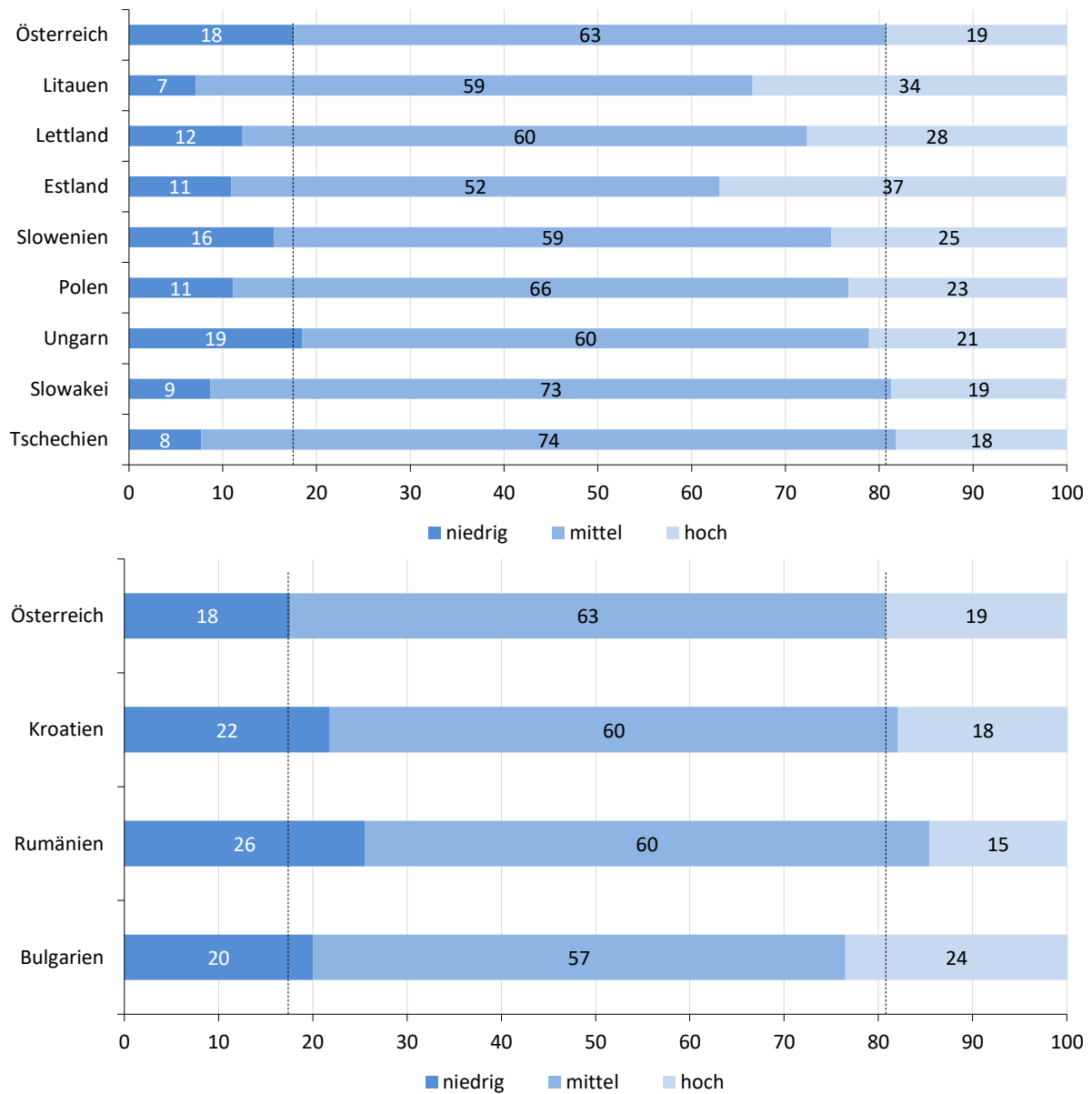
Land	Jahr	Gesamt- beschäftigung (GET Point Estimate)	Anteile an Gesamtbeschäftigung in %; US\$ in Kaufkraftparitäten*				
			"Extremely poor" <US\$ 1,25\$	"Moderately poor" ≥US\$1,25 & <US\$2	"Near poor" ≥US\$2 & <US\$4	"Developing middle class" ≥US\$4 & <US\$13	"Developed middle class and above" ≥US\$13
Balkan							
Albanien	2012	1.179.535	1,1	2,8	16,2	78,9	1,0
Bosnien-Herz.	2007	981.295	0,5	1,5	1,7	62,9	33,5
Mazedonien	2008	625.382	0,9	3,2	8,5	80,1	7,3
Montenegro	2011	196.800	0,5	1,3	2,3	92,7	3,3
Serbien	2010	3.362.623	0,5	1,3	2,3	90,8	5,1
Osteuropa + Türkei (Nachbarländer zur EU)							
Belarus	2011	4.182.377	0,9	1,8	2,3	53,1	41,9
Moldau	2011	1.146.802	0,8	2,4	10,6	84,9	1,3
Russland	2009	70.941.844	1,2	2,2	3,8	60,6	32,2
Türkei	2011	24.008.779	0,3	2,2	6,9	53,4	37,1
Ukraine	2010	21.353.850	0,6	1,2	1,7	90,5	6,1
Zentralasien-Kaukasus							
Armenien	2012	1.231.594	3,5	8,7	44,0	41,2	2,5
Aserbaidshan	2008	4.091.503	1,8	3,2	14,0	79,1	2,0
Georgien	2012	1.973.614	5,0	15,6	42,1	35,3	2,0
Kasachstan	2010	8.052.720	0,9	2,8	7,5	85,9	2,8
Kirgistan	2011	2.304.044	3,1	11,4	55,6	28,4	1,4
Tadschikistan	2009	2.820.996	5,7	13,4	59,3	21,5	0,1
Turkmenistan	1998	1.462.094	7,5	24,2	45,6	20,1	2,6
Nordafrika							
Algerien	1995	5.642.892	2,4	11,1	44,3	38,6	3,5
Ägypten	2008	22.616.529	1,8	7,8	63,8	25,1	1,4
Marokko	2007	10.025.160	3,9	9,4	33,1	49,7	4,0
Tunesien	2010	3.336.567	1,2	3,3	11,0	81,5	3,1
Nahe-Mittlerer Osten							
Afghanistan	2005	5.517.226	56,9	31,2	7,0	4,5	0,4
Iran	2005	21.753.529	1,8	5,6	23,6	66,9	2,1
Irak	2012	6.982.800	2,0	8,6	48,5	36,1	4,8
Syrien	2004	4.658.869	2,3	9,5	48,6	37,2	2,4
Afrika							
Nigeria	2010	45.971.031	55,9	20,7	17,2	6,1	0,1
Somalia	2005	2.318.039	35,1	51,7	8,3	4,4	0,5
Asien							
China	2010	754.373.813	7,9	12,5	30,9	47,3	1,4
Indien	2012	455.340.406	20,4	35,1	36,4	7,7	0,4

* Umrechnung des Dollars in lokale Kaufkraft.

Quelle: ILO (KILM 18b), eigene Darstellung.

10.2.1 Andere Datenquellen zur Ergänzung der ILO Key Indicators of the Labour Market

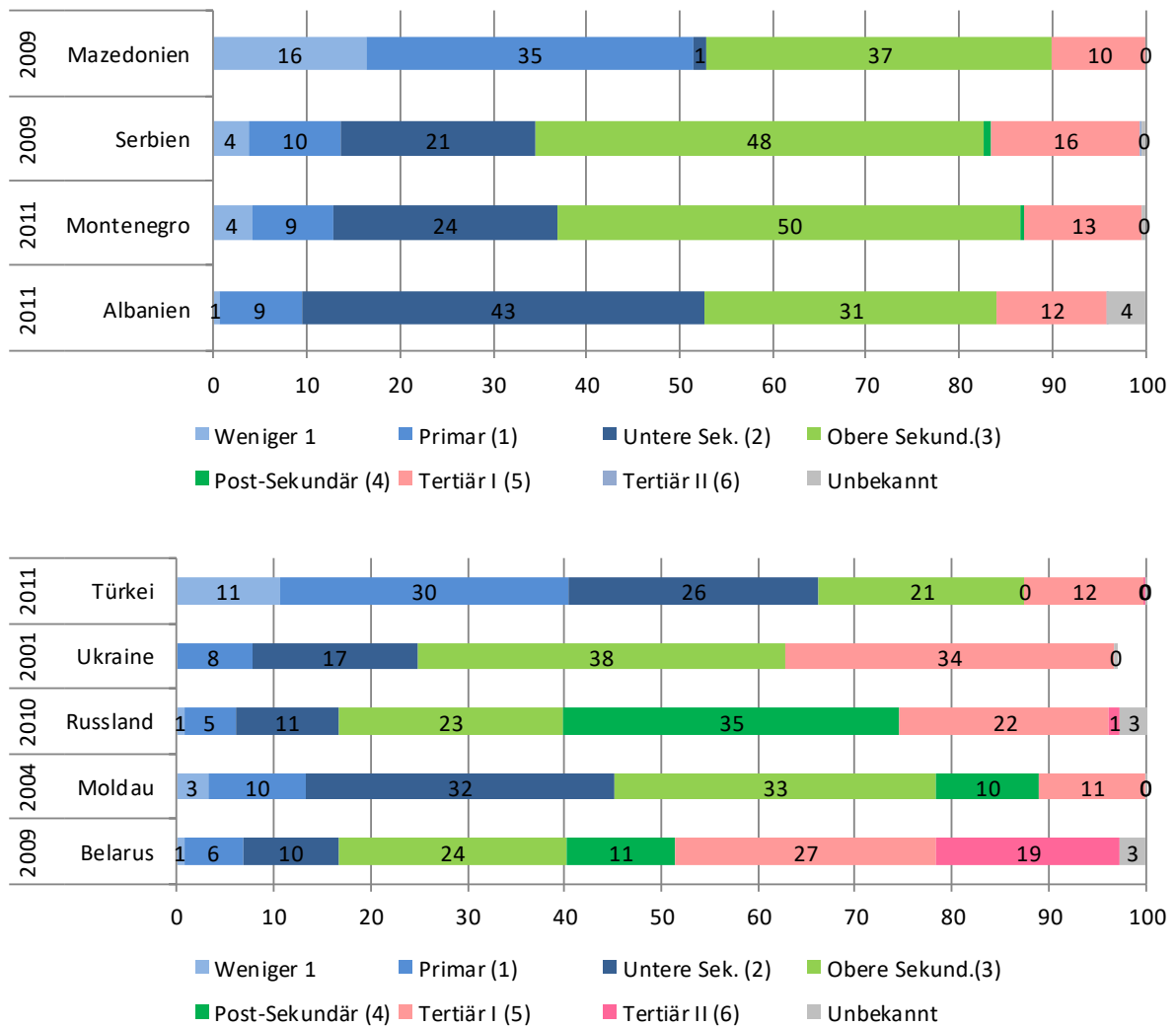
Abbildung 125: Bildungsstruktur der Bevölkerung (25-64 Jahre) der mittel- und osteuropäischen EU-Länder im Vergleich zu Österreich, 2011, Anteile in %



Anmerkung: niedrig (ISCED 0-2, Pflichtschulabschluss), mittel (ISCED 3-4, Lehre, berufsbildende mittlere Schule, Matura), hoch (ISCED 5-8, Tertiärabschluss).

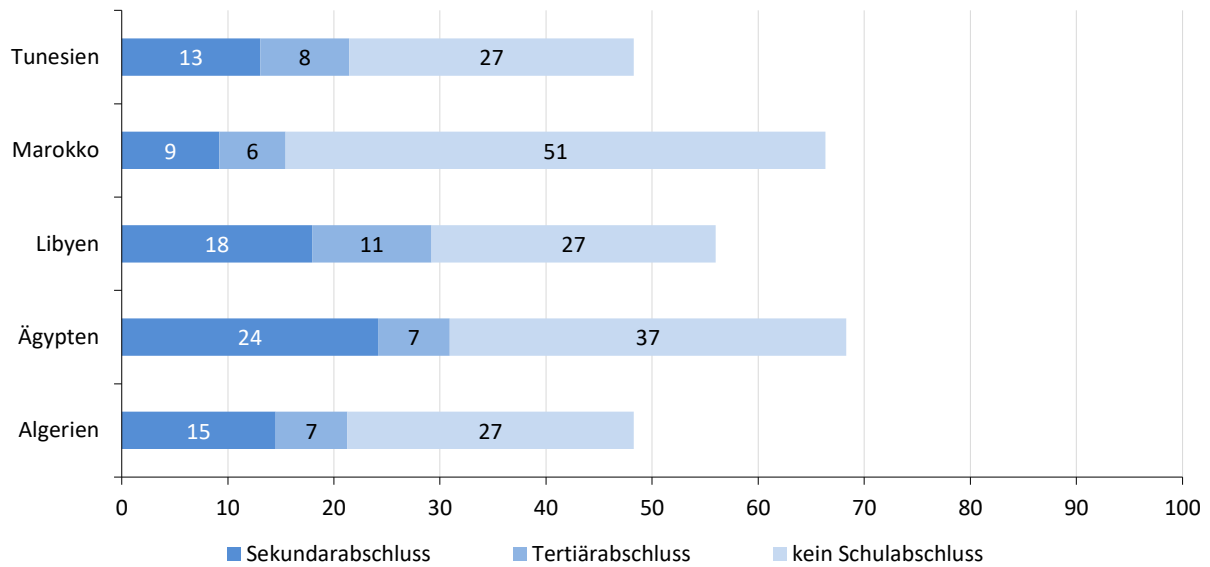
Quelle: Eurostat. eigene Darstellung.

Abbildung 126: Anteil der Bevölkerung (15+ Jahre) nach Bildungsabschluss, EU-Nachbarländer, Anteile in %



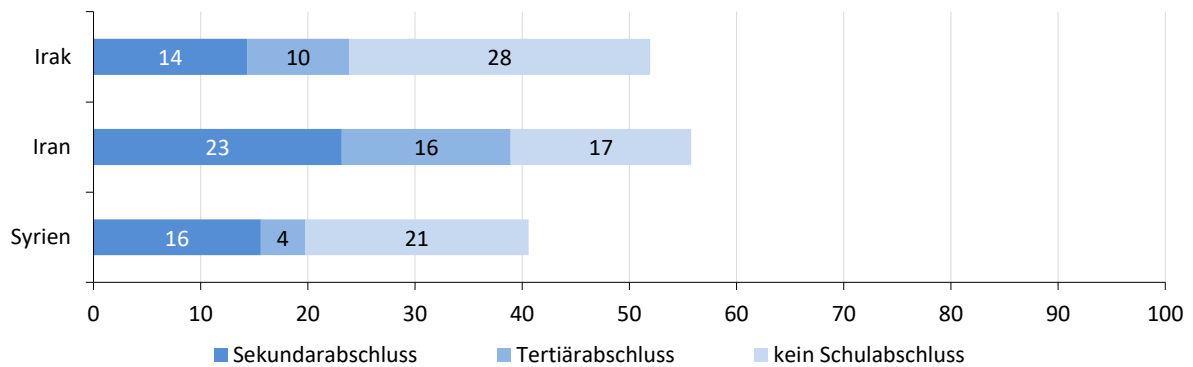
Quelle: UN. eigene Darstellung.

Abbildung 127: Anteil der Bevölkerung (25+ Jahre) mit Sekundarabschluss, Tertiärabschluss, ohne Schulabschluss in Nordafrika, 2010, Anteile in %



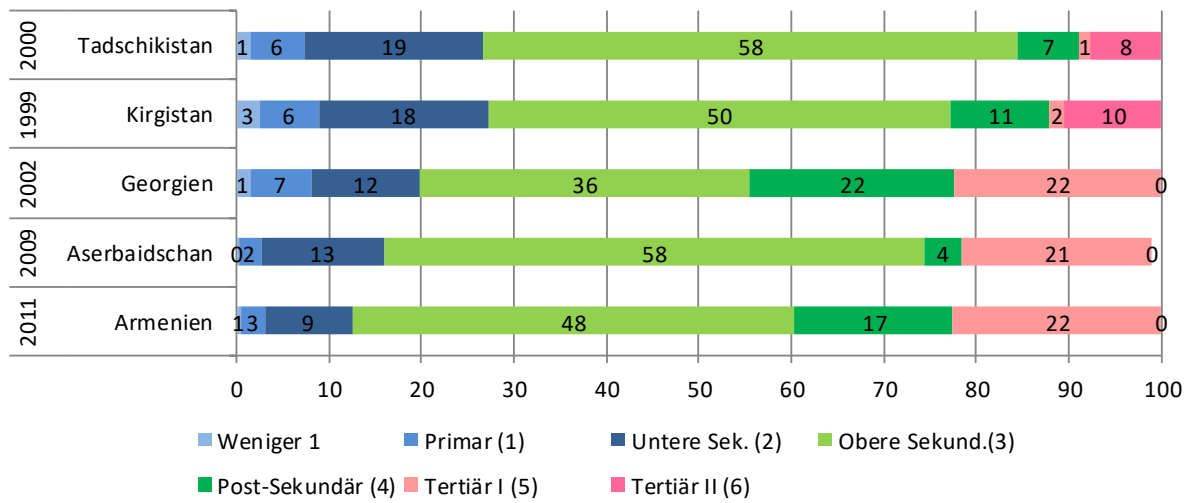
Quelle: Weltbank (Barro-Lee dataset). eigene Darstellung.

Abbildung 128: Anteil der Bevölkerung (25+ Jahre) mit Sekundarabschluss, Tertiärabschluss, ohne Schulabschluss im Nahen/Mittleren Osten, 2010, Anteile in %



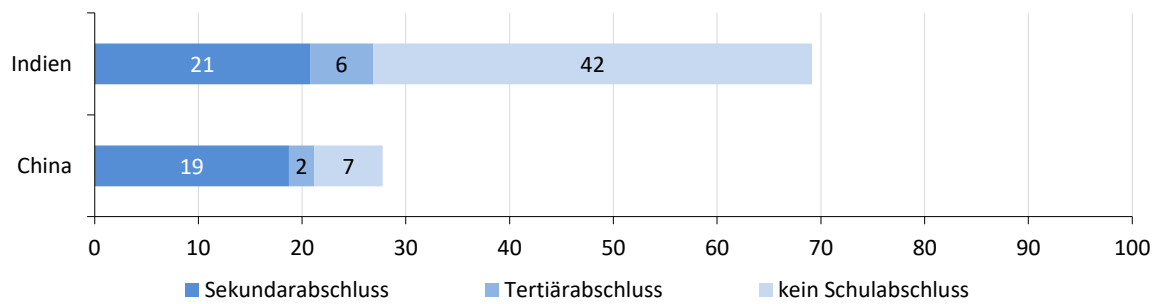
Quelle: Weltbank (Barro-Lee dataset). eigene Darstellung.

Abbildung 129: Anteil der Bevölkerung (15+ Jahre) nach Bildungsabschluss in Eurasien/Kaukasus, Anteile in %



Quelle: UN. eigene Darstellung.

Abbildung 130: Anteil der Bevölkerung (25+ Jahre) mit Sekundarabschluss, Tertiärabschluss, ohne Schulabschluss in Asien, 2010, Anteile in %



Quelle: Weltbank (Barro-Lee dataset). eigene Darstellung.

Tabelle 28: Beschäftigte (15+ Jahre) nach Wirtschaftsbereichen in der EU-28, Anteile in %

Land	Land-/Forstwirtschaft		Produktion		Dienstleistungen		keine Antwort		Insgesamt in 1.000
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
EU-28	10.239	5	52.512	24	153.733	71	1.283	1	216.483
EU-15	4.892	3	38.784	23	128.112	75	1.230	1	171.787
Österreich	199	5	1.059	26	2.855	69	0	-	4.113
Belgien	55	1	972	21	3.516	77	-	-	4.544
Bulgarien	209	7	898	30	1.874	63	1	0	2.980
Dänemark	67	2	521	19	2.117	78	9	0	2.705
Deutschland	569	1	11.187	28	28.122	71	0	0	39.879
Estland	24	4	188	30	412	66	1	0	624
Finnland	104	4	533	22	1.798	74	12	0	2.435
Frankreich	714	3	5.279	21	19.513	77	264	1	25.506
Griechenland	480	14	530	15	2.527	71	0	0	3.536
Großbritannien	382	1	5.767	19	24.232	80	261	1	30.381
Irland	109	6	348	18	1.454	76	3	0	1.911
Italien	812	4	5.993	27	15.474	69	-	-	22.279
Kroatien	149	10	422	27	992	63	3	0	1.563
Lettland	66	8	211	24	607	69	1	0	884
Litauen	121	9	322	25	870	66	6	0	1.313
Luxemburg	3	1	26	11	211	88	5	2	240
Malta	2	1	39	21	140	77	0	0	181
Niederlande	178	2	1.238	16	6.249	82	653	9	7.665
Polen	1.820	11	4.836	31	9.178	58	28	0	15.834
Portugal	389	9	1.074	24	3.034	67	3	0	4.497
Rumänien	2.442	28	2.492	29	3.680	43	-	-	8.614
Schweden	94	2	883	19	3.768	79	28	1	4.745
Slowakei	83	3	837	35	1.442	61	2	0	2.362
Slowenien	88	10	282	31	542	59	5	1	912
Spanien	736	4	3.374	19	13.235	76	0	0	17.344
Tschechien	137	3	1.892	38	2.945	59	0	0	4.974
Ungarn	191	5	1.246	31	2.646	65	18	0	4.083
Zypern	16	4	60	16	287	79	0	0	362

Anmerkung: Hervorhebung - jeweils Top-5 mit höchsten Anteilen.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 29: Beschäftigte (15+ Jahre, wenn nicht anders angegeben) nach Wirtschaftsbereichen, Anteile in %

Land	Land-/Forstwirtschaft		Produktion		Dienstleistungen		unbekannt		Insgesamt in 1.000
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
EU-28 (2014, Eurostat)	10.239	5	52.512	24	153.733	71	1.283	1	216.483
EU-15 (2014, Eurostat)	4.892	3	38.784	23	128.112	75	1.230	1	171.787
Österreich (2014, Eurostat)	199	5	1.059	26	2.855	69	0	0	4.113
EU-Nachbarn									
Serbien (2011)	340	15	618	27	1.331	58	15	1	2.305
Montenegro (2003, gesamt)	15	9	38	22	117	69	0	0	171
Mazedonien (2014, Eurostat)	127	18	210	30	353	51	0	0	690
Albanien (2011)	177	26	138	20	337	50	26	4	678
Türkei (2014, Eurostat)	5.468	21	7.224	28	13.240	51	0	0	25.931
Ukraine (2001, gesamt)	3.708	21	4.908	28	8.471	49	163	1	17.250
Moldawien (2004, gesamt)	383	39	153	15	436	44	16	2	988
Nordafrika									
Marokko (2004)	3.189	34	2.263	24	3.673	39	214	2	9.339
Tunesien (2004)	461	16	588	21	1.776	62	29	1	2.855
Libyen (2006)	119	12	153	16	699	72	-	-	971
Naher-Mittlerer Osten									
Iran (2011, 10+ Jahre)	3.902	19	6.006	29	9.435	46	1.204	6	20.547
Kaukasus-Zentralasien									
Tadschikistan (2010)	1.415	59	284	12	693	29	-	-	2.391
Armenien (2001)	343	34	109	11	390	38	180	18	1.021
Asien (Wirtschaft)									
China (2010, 16+ Jahre)	*)	48	*)	25	*)	0	*)	-	*)
EZA-Schwerpunkte									
Uganda (2002, 10+ Jahre)	5.195	75	416	6	1.109	16	230	3	6.950
Burkina Faso (2006, 5+ Jahre)	5.552	48	290	3	648	6	5.007	44	11.497
Staat Palästina (2007, 7+ Jahre)	37	6	166	28	394	66	4	1	601

*) Die Daten für China sind ohne die Sonderverwaltungsregionen Hong Kong und Macao, ohne Taiwan. Datengrundlage: Langform-Zensus, bezieht sich auf 10% der Haushalte, es wurde keine Schätzung auf die Gesamtbevölkerung vorgenommen.

Quelle: UN bzw. Eurostat für EU-28, EU-15, Österreich, Mazedonien, Türkei, eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 30: Erwerbsquoten (15+ Jahre) und Arbeitslosenquoten (15-74 Jahre) in der EU-28, in %

Land	Erwerbsquote (15+)	Arbeitslosenquote (15-74)
EU-28	57,6	10,2
EU-15	58,0	10,4
Österreich	60,7	5,6
Belgien	53,5	8,6
Bulgarien	54,1	11,5
Dänemark	62,2	6,8
Deutschland	60,4	5,1
Estland	61,1	7,5
Finnland	58,9	8,8
Frankreich	56,2	9,9
Griechenland	51,8	26,7
Großbritannien	62,7	6,3
Irland	60,0	11,5
Italien	49,1	12,9
Kroatien	52,4	17,5
Lettland	59,3	11,1
Litauen	58,9	10,9
Luxemburg	60,1	5,9
Malta	53,9	5,9
Niederlande	64,6	6,9
Österreich	60,7	5,7
Polen	56,2	9,1
Portugal	58,8	14,5
Rumänien	54,9	7,1
Schweden	64,7	8,1
Slowakei	59,4	13,2
Slowenien	57,7	9,9
Spanien	58,9	24,6
Tschechien	59,3	6,2
Ungarn	53,7	7,8
Zypern	63,7	16,3

Anmerkung: Hervorhebung jeweils Top-5 mit höchsten Anteilen.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 31: Erwerbsquoten und Arbeitslosenquoten (15+ Jahre, wenn nicht anders angegeben), in %

Land	Erwerbsquote	Arbeitslosenquote
EU-28 (2014, Eurostat)	57,6	10,2
EU-15 (2014, Eurostat)	58,0	10,4
Österreich (2014, Eurostat)	60,7	5,6
EU-Nachbarn		
Albanien (2011)	43,1	29,3
Mazedonien (2014, Eurostat, ALQ 15-74)	55,9	28,0
Montenegro (2011, insgesamt)	37,4	24,5
Serbien (2011, insgesamt) 2)	41,3	22,4
Belarus (2009)	51,7	6,1
Moldau (2004, insgesamt)	43,0	32,0
Türkei (2014, Eurostat, ALQ 15-74)	50,5	9,9
Nordafrika		
Libyen (2006, vorläufige Daten)		20,7
Marokko (2004, insgesamt)	35,9	16,7
Kaukasus-Zentralasien		
Armenien (2001)	65,4	35,9
Ascherbaidshen (2009)	51,2	6,0
Georgien (2002, insgesamt)	42,8	11,7
Tadschikistan (2010) 3)	57,0	5,9
Asien (Wirtschaft)		
China (2010, insgesamt) 1)	57,9	2,9
EZA-Schwerpunkte		
Äthiopien (2007, 10+ Jahre)	69,3	3,8
Burkina Faso (2006, 5+ Jahre)	59,1	1,8
Staat Palästina (2007, 7+ Jahre)	29,1	23,1
Uganda (2002, 5+ Jahre)	37,4	4,7

1) Die Daten für China sind ohne die Sonderverwaltungsregionen Hong Kong und Macao, ohne Taiwan. Datengrundlage: Langform-Zensus, bezieht sich auf 10% der Haushalte, es wurde keine Schätzung auf die Gesamtbevölkerung vorgenommen.

2) Ohne Kosovo und Metochia.

3) Ohne ArbeitsmigrantInnen.

Quelle: UN bzw. Eurostat für EU-28, EU-15, Österreich, Mazedonien, Türkei, eigene Berechnung und Darstellung.

10.3 ExpertInnenrunden Migrationspolitik

10.3.1 Liste der GesprächsteilnehmerInnen

Im Juni 2015 wurden vom wissenschaftlichen Team der DUK (Gudrun Biffl, Thomas Pfeffer, Isabella Skrivanek) mehrere ExpertInnenrunden zur Migrationspolitik durchgeführt, und zwar mit den folgenden Beteiligten:

15.06.2015, Bundesministerium für Inneres (BMI)

- Mag. Peter Webinger, Leiter der Gruppe III/B (Asyl, Migration, Staatsbürgerschaft, Personenstand, Menschenrechte)
- Mag. Dietmar Hudsky, Leiter der Abteilung III/4/a (Aufenthalts-, Personenstands- und Staatsbürgerschaftswesen)

16.06.2015, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK)

- Dr. Hermann Deutsch, Sektion VI (Arbeitsmarkt), Gruppe B (Dienstleistungen AMS)
- Sylvia Ledwinka, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Sozialpolitik - Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik

17.06.2015, Sozialpartner

- MMag. Margit Kreuzhuber, Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit, Beauftragte für Migration und Integration
- Mag. Johannes Peyrl, Arbeiterkammer Wien, Abteilung Arbeitsmarkt und Integration
- Dr. Alexandra Schöngrundner, Industriellenvereinigung, Bereich Bildung & Gesellschaft
- Mag. Sabine Sonja Brunner, Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit

18.06.2015, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW)

- Dr. Christina Burger, Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik
- Elisabeth Großschädl, M.Sc., Abteilung Export- und Investitionspolitik

10.3.2 Gesprächsleitfaden

1) Verhältnis der Migrationstypen zueinander

Grundsätzlich lassen sich folgende Arten der Migration zum Zweck der dauerhaften Niederlassung unterscheiden:

1. *Freizügigkeit innerhalb der EU*
2. *Arbeitnehmer aus 3.-Staaten*
3. *Familiennachzug aus 3.-Staaten*
4. *Humanitäre Migration (Asyl) aus 3.-Staaten*

- Aus Sicht Ihrer Institution, wie sehen Sie die Bedeutung dieser unterschiedlichen Migrationstypen für Österreich (bzw. den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt)?
- Wie beurteilen Sie das Spannungsverhältnis dieser Migrationstypen zueinander?

2) Migrationsmonitoring und Steuerungsmöglichkeiten der Migration

Ziel eines Migrationsmonitorings wäre es, aus Sicht der nationalen Politik attraktive Migrationspotentiale (etwa attraktive Herkunftsländer) zu identifizieren und zur Steuerung von Migration beizutragen.

- Aus der Perspektive Ihrer Institution, was halten Sie von der Idee, Migrationspotentiale zu identifizieren?
- Welche Steuerungsnotwendigkeiten und –möglichkeiten für die nationale Politik nehmen Sie wahr?
- Was halten Sie von der Idee, besondere Herkunftsregionen für Migration in den Blickwinkel nationaler Politik zu nehmen?

3) Rot-Weiß-Rot Karte als Beispiel für ein pro-aktives Zuwanderungsmodell im Bereich Arbeit

Als Beispiel für die pro-aktive Gestaltung einer Migrationspolitik für arbeitsbezogene Migration aus 3.-Staaten kann die Rot-Weiß-Rot Karte herangezogen werden, die für die Anwerbung von Qualifizierten und Hochqualifizierten entwickelt wurde. Ursprünglichen Plänen zufolge sollten mit dieser Politik rund 5000 Personen angeworben werden, tatsächlich kam es auf diesem Wege nur auf knapp über 1000 RWR Karten pro Jahr.

- Wie beurteilen Sie aus Sicht Ihrer Institution die Idee und die Implementierung der RWR Karte?
- Soll ein größerer quantitativer Erfolg der RWR Karte angestrebt werden? Wie könnte er erreicht oder verhindert werden?

4) Asyl

Aktuelle Entwicklungen lassen erwarten, dass Krisenherde in Syrien, Irak, Nordafrika weiterbestehen. Auch der Migrationsdruck aus Subsahara-Afrika besteht weiter. Zusätzlich hat Österreich in der Vergangenheit immer wieder Erfahrung mit auch unerwarteten Ereignissen und daraus resultierenden Strömen der Fluchtmigration gemacht.

- Wie beurteilen Sie aus der Sicht Ihrer Institution die Notwendigkeit, Asyl zu gewähren?
- Wie stehen Sie zur frühzeitigen Integration von Asylwerbern und anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt?